

**Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte**

**1980 · Teil III**

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR  
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

111 151 0821

# Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

## *Unter beratender Mitarbeit von*

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), L. Jeleček (ČSSR), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen), G. Mori (Italien), H. Mottek (DDR), E. Niederhauser (UVR), Z. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), Ju. A. Tichonow (UdSSR), S. I. Tjulpanow (UdSSR) J. Tomaszewski (VR Polen)

## *Redaktionskollegium*

Jan Peters (Chefredakteur), Ingrid Parpart (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Siegfried Epperlein, Renate Günther (Redakteur), Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar (Redakteur), Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Hans Radandt, Hans Müller, Waldtraut Schmidt, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann, Ingrid Thümmeler (Redaktionssekretär)

## *Arbeitsgruppe Literaturkritik*

Ingrid Parpart (Leiter), Siegfried Epperlein, Hermann Lehmann, Hans-Heinrich Müller, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum, Jörg Roesler



# Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1980 · TEIL III

## LITERATURKRIK

Land Jaisch

Ein neues Stimmwerk zur Wirtschaftsge-  
schichte in der Tschechoslowakei  
(Hochschulzeitung der. Economic History,  
No. 1 und 2)

Elly Hossler

Einige Charakteristika der Wirtschaftsentwick-  
lungsperiode in Ungarn und der DDR.  
Hans Hartel, Die wirtschaftliche Auswick-  
lungsperiode der DDR

Michael Neumann

Wirtschaftsgeschichte der DDR  
H. B. Neumann, L. Neumann, L. Neumann  
Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung  
der DDR

Ulrich Zühlke

Die "Theorie des Wirtschaftswachstums"  
- ein Versuch, die Wirtschaftsentwicklung  
der DDR zu erklären  
Ulrich Zühlke, Die Theorie des Wirtschaftswach-  
stums



Redaktionsschluß: 15. 12. 1979

Anschrift der Redaktion:

1080 Berlin, Zimmerstraße 94

Erschienen im Akademie-Verlag, DDR-1080 Berlin, Leipziger Straße 3—4

© Akademie-Verlag Berlin 1980

Lizenznummer: 202 · 100/103/80

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 5820 Bad Langensalza

Bestellnummer: 753 819 0 (2103/80/3) · LSV 0305

Printed in GDR

Einzelpreis des Bandes 18,— M

Abonnementpreis des Jahrganges 72,— M (4 Bände)

## Mitteilung über die Verleihung des René-Kuczynski-Preises 1979

8

## ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

- Ilona Ballwanz  
A 392, 391, 269, 141  
Bauernschaft und soziale Schichten des Dorfes im Kapitalismus 9
- Karin Lehmann  
BD, BF 841, 675  
631  
Staatsgelder für die Vulcan-Werke in Hamburg und Stettin A. G. 1925 bis 1927.  
Auseinandersetzungen über staatsmonopolistische Subventionspolitik 25
- Horst Mauter  
BD 686, 625  
C, C0  
Zur ökonomischen Expansion der Berliner Bourgeoisie in Rumänien und Spanien vor 1871 43
- Ernst Münch  
A 392, 148  
Bauernschaft und bäuerliche Schichten im vollentfalteten Feudalismus 75
- Reinhard Schumacher  
X 264  
Zu Entwicklungsproblemen der spätantiken thrakischen und niedermösischen Städte 87
- LITERATURKRITIK
- Leoš Jeleček  
Ein neues Sammelwerk zur Wirtschaftsgeschichte in der Tschechoslowakei  
(Hospodářské dějiny. Economic History, Bd. 1 und 2) 93
- Jörg Roesler  
Einige Charakteristika der Wiederherstellungsperiode in Ungarn und der DDR.  
(Horst Barthel, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR) 101
- Manfred Nussbaum  
Staatsmonopolistischer Kapitalismus heute  
(S. I. Tjulpanov/V. L. Scheinis, Aktuelle Probleme der politischen Ökonomie des heutigen Kapitalismus) 125
- Horst Handke  
Die "Theorie vom sozialen Wandel" - Bestandteil bürgerlicher Sozial- und Wirtschaftsgeschichtsschreibung  
(Günter Wiswede/Thomas Kutsch, Sozialer Wandel) 135
- Jürgen Kuczynski  
Eine konkrete Studie des Alltags im Spätfudalismus (Karl-S. Kramer/Ulrich Wilkens, Volksleben in einem holsteinischen Gutsbezirk) 141

Gerhard Heitz	Bauernbewegungen in Kärnten (Karlheinz Blaschke, Ereignisse des Bauernkrieges 1525)	149
Marlene Njammasch	Publikationen zur materiellen Kultur des alten Indiens in der bürgerlichen Historiographie (Wilhelm Geiger, Kleine Schriften zur Indologie und Buddhismuskunde; Heinrich Zimmer, Altindisches Leben; Wilhelm Rau, Metalle und Metallgeräte im vedischen Indien; Hermann Goetz, Studies in the History, Religion and Art of Classical and Mediaeval India; Willibald Kirfel, Die Kultur der Inder)	153

#### FORSCHUNGSBERICHTE

T. V. Osipova CC 389, 395	Die Agrarfrage in Rußland im Jahre 1917. Historiographische Probleme der siebziger Jahre	167
------------------------------	--	-----

#### BETRIEBSGESCHICHTE

Empfehlungen der vierten Internationalen wissenschaftlichen Konferenz zur Geschichte der Fabriken und Werke (10. bis 12. Dezember 1979 in Moskau)		179
Renate Schwärzel	Der Einfluß der Entwicklung der Fluktuationsrate auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Effektivität der Produktion im VEB Berliner Glühlampenwerk von 1958 bis 1968	181

#### QUELLEN UND MATERIALIEN

Erika Behm/Jürgen Kuczynski CI 954, 071	Die Reflexion der Arbeiterbewegung in der Regierungspresse vor dem Ersten Weltkrieg. Eine vornehmlich quantitative Analyse (Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Irland)	189
--	---	-----

#### TAGUNGEN UND KONFERENZEN

Lotte Zumpe	Eugen Varga - Wissenschaftler und Revolutionär (9. November 1979 in Leipzig)	195
Jerzy Tomaszewski	Internationale Unternehmen und Zentraleuropa 1919 bis 1939 (20. bis 22. September 1979 in Norwich)	203

Hagen Fischer Die historische Bedeutung der Dorfgemeinde -  
A 391 Organisation (28. Februar 1979 in Berlin) 207

## BIBLIOGRAPHIE

Hagen Fischer Bibliographie von Arbeiten zur Wirtschafts-  
X. 102 und Sozialgeschichte des Altertums  
(2. Nachtrag) 213

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther) 235

Autorenverzeichnis 261

Содержание, Contents, Contenu, Sumario 263

**Mitteilung  
über die Verleihung  
des "René-Kuczynski-Preises" 1979**

Das Kuratorium zur Verleihung des "René-Kuczynski-Preises" beschloß am 1. 4. 1980, den Preis für den wissenschaftlich wertvollsten Beitrag des Jahrgangs 1979 des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte an

Jörg Roesler

für seinen Artikel

"Grundlagen und Methoden für einen  
Vergleich der Volkswirtschaftsplanung  
in den sozialistischen Ländern"  
(1979, Teil 4)

zu verleihen.

Frühere Preisträger:

1976: Helga Nussbaum  
1977: Hartmut Harnisch  
1978: Ernst Kluge

Das Kuratorium beschloß ferner, den "René-Kuczynski-Preis für jüngere Wissenschaftler" (siehe Mitteilung im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1980, Teil 2) erstmalig an

Martina Volke

für ihren Artikel

"Zu einigen Aspekten der Wirtschafts-  
politik deutscher Zisterzienserklöster  
während des 12. und 13. Jahrhunderts"  
(1979, Teil 2)

zu verleihen.

Zusammensetzung des Kuratoriums gemäß der Ordnung über die Verleihung des "René-Kuczynski-Preises": Rudolf Berthold, Heinz Krelssig, Karin Lehmann, Helga Nussbaum (Vorsitzende), Jan Peters (Sekretär), Alfred Schröter, Rolf Sonnemann.

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Bauernschaft und soziale Schichten des Dorfes im Kapitalismus<sup>+</sup>

von Ilona Ballwan<sup>7</sup>

1. Bürgerliche Auffassungen zum Begriff "Bauer" im Kapitalismus
2. Marxistische Auffassungen zum Begriff "Bauer" im Kapitalismus
3. Zur Betriebsgrößenstruktur in der kapitalistischen Landwirtschaft
4. Probleme bei der Herausarbeitung einer allgemeinen Definition des Begriffes "Bauer"
5. Zur Sozialstruktur der deutschen Landwirtschaft an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert

Mit der Durchsetzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung entstand die ihr adäquate Klassenstruktur mit den Grundklassen Proletariat und Bourgeoisie. Damit im Zusammenhang bildete sich auch auf dem Dorfe eine neue Sozialstruktur heraus. Im Rahmen dieser Sozialstruktur nahmen die Bauern eine besondere Stellung ein. Es erhebt sich die Frage: Was versteht man unter "Bauer" und "Bauernschaft" im Kapitalismus?

In den bisher in der DDR erschienenen historischen Darstellungen - das widerspiegelt sich im Grundriß zur Geschichte des deutschen Volkes<sup>1</sup> und in den Hochschullehrbüchern<sup>2</sup> - wird der Begriff "Bauer" für den Zeitraum des Feudalismus genauso verwendet wie für den Kapitalismus; es erfolgt keinerlei Differenzierung. Weiterhin wird er als eine Art Sammelbegriff für alle landwirtschaftlichen Betriebsinhaber mit Ausnahme der Großgrundbesitzer gebraucht. Man spricht von den Bauernbewegungen oder vom Zustrom von ruinierten Bauern zur Arbeiterklasse. Gelegentlich wird von Großbauern, von Klein- und Mittelbauern geschrieben, ohne deutlich zu machen, ob und welche Unterschiede zwischen ihnen bestehen.

Die Aufgabe besteht also darin, Kriterien herauszuarbeiten, die es ermöglichen, die Kategorie "Bauer" und die anderen sozialen Schichten des Dorfes voneinander abzugrenzen und ihre Stellung im Gesamtsystem des Kapitalismus zu bestimmen. In diesem Zusammenhang sind die Unterschiede zwischen dem Bauern im Feudalismus und dem Bauern im Kapitalismus deutlich zu machen.

+ Überarbeitete Fassung eines Vortrages auf der 4. Konferenz der Fachkommission Agrargeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR vom 12. bis 14. 9. 1979 in Weimar.

1 Vgl. Klassenkampf, Tradition, Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß, Berlin 1974, S. 89 - 299.

2 Vgl. Streisand, Joachim, Deutschland 1789 - 1815, Berlin 1959; Schilfert, Gerhard, Deutschland 1648 - 1789, Berlin 1959; Engelberg, Ernst, Deutschland 1849 - 1871, Berlin 1959.

Die marxistische Forschung geht von der Tatsache aus, daß sich mit der Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft die im Feudalismus als Grundklasse bestehende Klasse der Bauern differenziert, und zwar in Klein-, Mittel- und Großbauern. Während die Großbauern am Ende des Kapitalisierungsprozesses eine besondere Gruppe der Bourgeoisie bilden, stellen die Klein- und Mittelbauern die sogenannten werktätigen Bauern dar. Damit verliert die Bauernschaft den Charakter einer einheitlichen Klasse. Dieser Prozeß drängt folgende drei Fragen auf:

1. ob die Bauern in der kapitalistischen Gesellschaft als selbständige Klasse, das heißt als Haupt- oder Nebenklasse, weiter existieren;
2. ob sich die Klasse der Bauern auflöst und ihre Gruppen in andere, dem Kapitalismus eigene Klassen eingehen oder
3. ob die Bauern Teil einer Klasse werden.

## 1. Bürgerliche Auffassungen zum Begriff "Bauer" im Kapitalismus

In der zeitgenössischen Literatur und den Lexika des 19. Jahrhunderts steht der Begriff "Bauern" zunächst als Synonym für die Landbevölkerung allgemein oder für alle Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe. Bauer ist, so definiert "Meyers Konversations-Lexikon" 1893 "im weitesten Sinne jeder Landbewohner im Gegensatz zum Städter, insbesondere ein solcher, der sich mit Landwirtschaft beschäftigt ... im engeren Sinne versteht man unter Bauer nur einen solchen Landwirt, welcher auf eigenem Grund und Boden wirtschaftet, also den Bauergutsbesitzer im Gegensatz zum Pächter und zum landwirtschaftlichen Arbeiter oder Dienstboten. Vom Großgrundbesitzer unterscheidet er sich durch den Umfang des Gutes."<sup>3</sup>

Das preußische Landrecht legte fest: "Zum Bauernstand gehören alle Bewohner des platten Landes, welche sich mit dem unmittelbaren Betrieb des Ackerbaus und der Landwirtschaft beschäftigen, insofern sie nicht durch adlige Geburt, Amt oder Rechte von diesem Stand ausgenommen sind."<sup>4</sup>

Das "Deutsche Staats-Wörterbuch" von 1857 differenziert schon etwas mehr. Danach ist der Bauer nationalökonomisch der kleine Grundbesitzer, der selbst mit seiner Familie und seinem Gesinde seinen Acker bestellt.<sup>5</sup> "Wer dagegen so große Güter besitzt, daß er sie durch andere, gleichviel ob Pächter oder Dienstbote bauen lassen muß und sich selbst nur die obere Gesamtleitung vorbehält, der ist kein Bauer mehr."<sup>6</sup>

Das Staats-Wörterbuch räumt aber auch ein, daß solche Leute, die den Boden eines größeren Bauern gegen Ertragsanteil bebauen und kleinen Viehstand haben, in wirtschaftlicher Hinsicht als Bauern zu bezeichnen sind, während sie sozial als eine Übergangsform vom Bauern zum Tagelöhner definiert werden.<sup>7</sup>

Das "Landlexikon" kennzeichnet den Bauern als kleinen Landwirt auf eigener Scholle, also als nicht im Pachtverhältnis stehend, der im Betrieb zugleich Leiter und Arbeiter ist und

3 Meyers Konversations-Lexikon, Bd. 2, 5. neubearb. Aufl., Leipzig/Wien 1893, S. 563.

4 Das preußische Landrecht, Teil II, Tit. 7, § 1.

5 Vgl. Deutsches Staats-Wörterbuch, hg. v. J. E. Blemtschli u. Karl Brater, Stuttgart/Leipzig 1857, S. 680.

6 Ebenda.

7 Vgl. ebenda.



dessen Familie ebenfalls mit dem Wirtschaftsbetrieb verwaschen ist. Im Gegensatz zu dieser Stellung des Bauern in seinem Betrieb ist der Großgrundbesitzer nur Leiter des Betriebes, der Tagelöhner nur Ausführungsorgan auf fremder Scholle.<sup>8</sup>

Beide Definitionen unterscheiden also drei Schichten landwirtschaftlicher Produzenten, den Großgrundbesitzer, den eigentlichen Bauern und den Landarbeiter.

Neben dem ökonomischen Kriterium des Bauern als Eigentümer und gleichzeitig als Arbeiter auf mindestens einer vollen Ackernahrung werden noch soziale und ideologische Kriterien genannt. "Es ist nämlich nicht bloß der wirtschaftliche Beruf, welcher die großen Gesellschaftsgruppen bestimmt, sondern zu diesem ihrem reellen Inhalte tritt auch noch ein ideeller", heißt es im Staats-Wörterbuch.<sup>9</sup> Lebensgewohnheiten, Formen der Lebensführung werden als Sitte eines Volkskreises bezeichnet.<sup>10</sup> Die Lebensweise als ein besonderer Aspekt des Bauernbegriffes wird hauptsächlich in der Literatur des 19. Jahrhunderts als Kriterium für die Bestimmung des Bauern genannt, die wirtschaftlichen Bezüge dagegen werden kaum erwähnt.<sup>11</sup> Zur bäuerlichen Lebensweise gehört nach diesen Quellen aber auch eine bestimmte Gesinnung, wie Bodenverbundenheit, Traditionsbewußtsein, Beständigkeit und daraus sich ableitende Verhaltensweisen. Ein Bauer sei konservativ, weil er seßhaft ist, weil sein äußeres Leben in seiner Arbeitsbeziehung zum Boden Genüge findet.<sup>12</sup>

"Es ruht eine unüberwindliche, konservative Macht in der deutschen Nation, ein fester, trotz allem Wechsel beharrender Kern - und das sind unsere Bauern"<sup>13</sup>, faßte Riehl 1866 diese Meinungen zusammen.

In den genannten und weiteren von der Mitte bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts unternommenen Bemühungen, den Begriff "Bauer" zu definieren, aber auch in vielen bürgerlichen Darstellungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts wird fast nichts über die soziale Einordnung und Stellung des Bauern, über soziale Gruppierungen innerhalb der Bauernschaft oder über Veränderungen in der Bauernschaft seit der feudalen Gesellschaftsordnung ausgesagt. Ebenso fehlen überzeugende sozialökonomische Kennziffern über den Umfang eines bäuerlichen Betriebes. Die oft verwendete Angabe, wonach ein Bauer mindestens eine volle Ackernahrung besitzen müsse, ist völlig unzureichend.

In seinem Aufsatz "Der Bauer im Kapitalismus" äußerte Beckmann 1927, daß die Frage, welcher Klasse der Bauer neuer Art zuzurechnen sei, nebensächlich sei. Er betrachtet die Bauernschaft als Stand, als Berufsstand.<sup>14</sup> Diese Auffassung wird in den meisten Darstellungen vertreten.<sup>15</sup> "Durch eigene Sitten wird die wirtschaftliche oder politische Klasse der

8 Vgl. Landlexikon, hg. v. Konrad von und zu Putlitz u. Lothar Meyer, Bd. 1, Stuttgart 1911, S. 397.

9 Deutsches Staats-Wörterbuch, a. a. O., S. 684.

10 Vgl. ebenda.

11 Vgl. dazu u. a. Riehl, Wilhelm Heinrich, Die bürgerliche Gesellschaft, 6. Aufl., Stuttgart 1866; Buchenberger, Adolf, Zu landwirtschaftlichen Fragen der Gegenwart, Leipzig 1887; v. d. Goltz, Theodor, Die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert, Bonn 1904.

12 Vgl. Albrecht, Gerhard, Das deutsche Bauerntum im Zeitalter des Kapitalismus, in: Grundriß der Sozialökonomie, IX. Abteilung, Tübingen 1926, S. 39.

13 Riehl, Wilhelm Heinrich, a. a. O., S. 41.

14 Vgl. Beckmann, Fritz, Der Bauer im Zeitalter des Kapitalismus, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche, Nr. 1/1927, S. 87.

15 Vgl. u. a. Riehl, Wilhelm Heinrich, a. a. O., S. 41 ff.; Albrecht, Gerhard, a. a. O., S. 39 ff.

Bevölkerung zu einer nationalen Standesgruppe. Klassen kann man machen, Stände werden"16 - so zu lesen im Staats-Wörterbuch. Die Bauern werden bewußt als eine besondere Gruppierung bewertet, die Eigenständigkeit besitzt. Damit sollen sie aus den Klassenauseinandersetzungen herausgehalten und konträr zum Proletariat gestellt werden. Schon Marx schrieb: "Der Eigentumstitel der Bauern ist der Talisman, womit das Kapital ihn bisher bannte, der Vorwand, unter dem es ihn gegen das industrielle Proletariat aufhetzte."17

In diesen Kontext ordnet sich auch Lütges Meinung ein, daß der Bauernstand sich nach den Agrarreformen erhalten habe und nicht zu einer Gruppe von bloßen agrarischen Produzenten geworden sei.18

Noch 1957 gibt Rüstow als Charakteristik des Bauerntums an: Bodenständigkeit, Bodenverbundenheit, Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Schaltens und Waltens auf eigenem ererbten und weitervererbten Boden, den Stolz auf diese Eigenständigkeit und Unabhängigkeit sowie Produktiv- und Konsumtionsgemeinschaft.19

Zu den wenigen bürgerlichen Autoren, die die vorhandenen Informationen über die Sozialstruktur auf dem Dorfe auswerten, gehört Albrecht. Sein Aufsatz "Das deutsche Bauerntum im Zeitalter des Kapitalismus" ist eine bemerkenswerte Untersuchung.20 Darin stellt er fest, daß die Bauernwirtschaft nicht mehr wie im Feudalismus überwiegend der Bedarfsdeckung dient, sondern mehr und mehr Erwerbswirtschaft geworden ist. Der Bauer sei ein besonderer Wirtschaftstyp21, aber kein Kapitalist.22 Ferner bilde das Bauerntum keine in sich einheitliche Berufsschicht oder Gesellschaftsgruppe, sondern ein nach verschiedenen Richtungen in sich gegliedertes Ganzes.23

Als Kern des deutschen Bauerntums bezeichnet Albrecht die Inhaber der Betriebe von 5 bis 50 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN). Dieses Bauerntum kennzeichnet er so, "daß ihm alle diejenigen Bauern zuzurechnen sind, die auf der einen Seite über einen mindestens für eine auskömmliche Lebensfristung ausreichenden Betrieb verfügen und die auf der anderen Seite diesen Betrieb nicht nur wirtschaftlich leiten, sondern die auch selbst mit ihrer Familie an der ausführenden Arbeit mindestens beteiligt sind."24 Als Grenze nach unten nennt er jene Betriebe, deren Inhaber entweder einem Nebenerwerb nachgehen oder ein proletarisches Dasein führen. Die Grenze nach oben wird dort gezogen, wo der Betriebsinhaber nur noch leitet und auch die Familienangehörigen nicht am unmittelbaren Produktionsprozeß beteiligt sind.25

Albrecht unterscheidet dann innerhalb dieser - von ihm als Bauern bezeichneten - landwirtschaftlichen Produzenten drei Gruppen:

16 Deutsches Staats-Wörterbuch, a. a. O., S. 684.

17 Marx, Karl, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 7, Berlin 1960, S. 84.

18 Vgl. Lütge, Friedrich, Geschichte der deutschen Agrarverfassung, Stuttgart 1963, S. 224.

19 Vgl. Rüstow, Alexander, Die weltgeschichtliche Bedeutung des Bauerntums in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, in: Die Landwirtschaftliche Berufsschule, Nr. 1/1957, S. 3.

20 Vgl. Albrecht, Gerhard, a. a. O.

21 Vgl. ebenda, S. 62.

22 Vgl. ebenda, S. 61.

23 Vgl. ebenda, S. 64.

24 Ebenda.

25 Vgl. ebenda.

- erstens die bäuerlichen Kleinbetriebe, "die ausschließlich mit der eigenen oder der Familienarbeitskraft des Stelleninhabers mit den einfachsten und auf das Unentbehrliche beschränkten sachlichen Produktionsmitteln betrieben werden und deren Ertragsergebnis nicht mehr als den notwendigen Lebensbedarf deckt"<sup>26</sup>;
- zweitens mittlere bäuerliche Betriebe, die durch überwiegend eigene Arbeit des Besitzers und seiner Familie, durch den Besitz aller für eine rationelle Wirtschaftsführung erforderlichen sachlichen Produktionsmittel sowie durch eine gut auskömmliche Lebenshaltung und eine mögliche Vermögensbildung gekennzeichnet sind;
- drittens großbäuerliche Betriebe, die regelmäßig fremde Arbeitskräfte in größerem Umfang verwenden, so daß die Arbeitskraft des Stelleninhabers für die Leitung frei wird. Die Produktionsmittel sind ähnlich wie im Großbetrieb, und es erfolgt eine nicht unwesentliche Vermögensbildung.<sup>27</sup>

Sozial ordnet Albrecht die einzelnen Gruppen der Bauernschaft wie folgt ein: Die Großbauern stellen zwar nicht den reinen Typ der Bourgeoisie dar, sind aber doch als ihm nahestehender und deutlich verwandter Typ zu bezeichnen. Das mittlere Bauerntum "repräsentiert den bäuerlichen Teil des wirtschaftlich selbständigen Kleinbürgertums." Bei den Kleinbauern hält Albrecht eine eindeutige Zuordnung nicht für möglich, meint aber, daß sie wohl mit dem mittleren Bauerntum eine Einheit bilden.<sup>28</sup>

Zusammenfassend stellt er fest: "Unter dem eigentlichen Bauerntum dürfte die Zugehörigkeit zu der sozialen Gruppe des Kleinbürgertums überwiegen, die übrigen Teile fügen sich nach oben hin der Bourgeoisie, nach unten hin dem Proletariat, mit gewissen, schwer einzuordnenden Übergängen ein."<sup>29</sup>

Damit erfaßt Albrecht die soziale Differenzierung der Bauernschaft unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen, läßt aber den Begriff "Bauer" sowohl für die Klein- und Mittelbauern als auch für die Großbauern gelten. Diese der marxistischen Klassenanalyse nahekommende Gruppierung und soziale Einordnung schwächt Albrecht aber wieder ab, indem er den Klassencharakter des Bauern als das nicht Entscheidende, Bleibende und Endgültige in seiner geschichtlichen Entwicklung ansieht. Das ist nach seiner Auffassung vielmehr wiederum der "berufsständische Charakter des Bauerntums."<sup>30</sup>

Sicher muß man zustimmen, daß den Bauern eine eigenständige Berufsstellung und -auffassung eigen ist, daß es gewisse Statussymbole und Lebensweisen gibt. Landarbeit unterscheidet sich prinzipiell von anderen Arbeitsformen. Auch die Arbeit auf eigenem Boden ist eine andere als auf fremdem. Diese Arbeits-, Verhaltens- und Lebensweise eines Bauern zu ignorieren ist ebenso falsch, wie aufgrund dieser Eigenheiten die Bauernschaft als einen besonderen Berufsstand herauszuheben.

Der berufsständische Charakter - so fährt Albrecht fort - trete zu bestimmten Zeiten hinter andere gesellschaftliche Gliederungsformen zurück<sup>31</sup>, aber letztendlich schwäche die berufsständische Einheit alle sozialen Unterschiede wieder ab.<sup>32</sup> Danach hätten die Bauern keinen Klassenkampf zu führen und brauchten auch nicht das Proletariat als führende Kraft. Auch hier wird also dem Bauern wieder eine besondere Stellung gegenüber der Arbeiterschaft suggeriert, um den Bemühungen der Arbeiterpartei für ein Bündnis mit der Bauernschaft entgegenzuwirken.

26 Ebenda, S. 65.

27 Vgl. ebenda.

28 Vgl. ebenda, S. 66

29 Vgl. ebenda.

30 Ebenda, S. 69.

31 Ebenda, S. 50.

32 Vgl. ebenda, S. 69.

## 2. Marxistische Auffassungen zum Begriff "Bauer" im Kapitalismus

Die Klassiker des Marxismus-Leninismus gebrauchen den Begriff "Bauer" in vierfacher Bedeutung:

1. als Sammelbegriff einer Klasse, die aus der Feudalgesellschaft überkommen ist und alle Schichten der in der Landwirtschaft Tätigen bis zum Großbauern umfaßt;
2. als Begriff für die werktätige und ausgebeutete Bauernschaft vom Landproletariat bis zu den Betriebsinhabern, die keine Lohnarbeiter beschäftigen;
3. als Kennzeichnung einer Gruppe, zu der außer den unter 2 Genannten auch die Mittelbauern gezählt werden;
4. als Begriff für jene soziale Gruppe, die durch den Kapitalismus umgewandelt wird und sich auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise entwickelt, die Gesamtheit der kleinen landwirtschaftlichen Produzenten, die zugleich Besitzer von Land und Werktätige sind, die völlig oder hauptsächlich auf Kosten der eigenen Arbeit leben.<sup>33</sup>

Für die hier angestellten Überlegungen ist die vierte Bedeutungsform relevant, wenn man davon ausgeht, daß sich die Bauernschaft mit dem Übergang zum Kapitalismus differenziert.

Die Klassiker definieren im Sinne der vierten Bedeutungsform die Bauern als Klasse oder Teil einer Klasse bzw. des Mittelstandes. Engels bezeichnet die Bauern - gemeint sind die kleinen Ackerwirte, Pächter oder Eigentümer mit Ausschluß der Ackerknechte und Landtagelöhner - als "ähnlich hilflose Klasse wie die Kleinbürger".<sup>34</sup>

Marx nimmt eine fast gleiche Einstufung vor, er nennt die Bauern neben den Kleinbürgern als Teil der Mittelstände, die neben das Proletariat treten.<sup>35</sup>

Lenin ordnet die Bauern als Kleinbürger ein; das Kleinbürgertum bildet nach seiner Auffassung neben der Bourgeoisie und dem Proletariat die dritte Klasse der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.<sup>36</sup> Wie die Klassiker ordnet auch J. Kuczynski die Restklasse der Bauern in die Mittelklasse ein, "die wir auch Kleinbürgertum oder Kleinbourgeoisie nennen".<sup>37</sup>

Diese Position vertritt auch Semjenow, der aber die Kleinbourgeoisie nicht als eine Hauptklasse der kapitalistischen Gesellschaft bezeichnet, sondern in ihr eine Zwischen- oder mittlere Klasse sieht.<sup>38</sup>

Die Aussagen der Klassiker über die soziale Stellung der Bauern in der Gesellschaft des Kapitalismus sind zwar nicht im Grundsätzlichen widersprüchlich, aber auch keineswegs einheitlich. Für Marx und Engels sind die Bauern eine besondere Klasse der kapitalistischen Gesellschaft, die sie dem Kleinbürgertum zuordnen bzw. gleichstellen. Lenin hingegen ordnet sie dem Kleinbürgertum ein als integrierenden Bestandteil.

<sup>33</sup> Vgl. Semjenow, W. S., Kapitalismus und Klassen, Berlin 1972, S. 96.

<sup>34</sup> Vgl. Engels, Friedrich, Der Status quo in Deutschland, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 48.

<sup>35</sup> Vgl. Marx, Karl, a. a. O., S. 87.

<sup>36</sup> Vgl. z. B. Lenin, W. I., Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung ..., in: Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 379; derselbe, Politischer Streik und Straßenkampf in Moskau, in: Werke, Bd. 9, Berlin 1957, S. 447; derselbe, Bauernschaft und Arbeiterklasse, in: Werke, Bd. 19, Berlin 1965, S. 195; derselbe, Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats, in: Werke, Bd. 30, Berlin 1961, S. 100.

<sup>37</sup> Vgl. Kuczynski, Jürgen, Klassen und Klassenkämpfe, Berlin 1972, S. 174.

<sup>38</sup> Vgl. Semjenow, W. S., a. a. O., S. 95.

Welche Gruppe der landwirtschaftlichen Produzenten in der kapitalistischen Landwirtschaft kann nun als Bauern bezeichnet werden? Die marxistischen Nachschlagewerke, Lehrbücher und Aufsätze geben verschiedene Definitionen;

1. Das "Ökonomische Lexikon" geht vom Differenzierungsprozeß der Bauernklasse im Kapitalismus aus. Es kommt auf der einen Seite zur Herausbildung von Halbproletariern und Proletariern, während sich auf der anderen Seite "Großbauern als kapitalistische Unternehmer in der Landwirtschaft" entwickeln, die in der Regel mehrere Lohnarbeiter ausbeuten. "Als Nebenklasse der kapitalistischen Gesellschaft verbleiben die werktätigen Bauern. Sie sind einfache Warenproduzenten, werden von den Kapitalisten ausgebeutet und unterliegen einem stetigen Differenzierungsprozeß. Zu ihnen gehören sowohl Mittel- als auch Kleinbauern. Mittelbauern sind in der Lage, nicht nur ihre Familie zu versorgen, sondern in günstigen Jahren auch zu akkumulieren, dadurch ihren Betrieb zu vergrößern bzw. zu intensivieren und sich teilweise zu Großbauern zu entwickeln. Kleinbauern bewirtschaften Grundstücke, die gerade ausreichen, den Unterhalt der Familie zu sichern. Auch in günstigen Jahren können sie nicht akkumulieren. In ungünstigen Jahren müssen sie Kredite aufnehmen, geraten dadurch in Verschuldung und unterliegen folglich am stärksten der Ruinierung."<sup>39</sup>

2. In "Grundlagen des historischen Materialismus" werden die Klein- und Mittelbauern gleichfalls als Klasse der werktätigen Bauern bezeichnet. Die werktätigen Bauern sind einerseits als Besitzer von Produktionsmitteln, andererseits als unmittelbare Produzenten, die überwiegend von der eigenen Arbeit leben und deren sozialökonomische Grundlage die einfache Warenproduktion bildet,<sup>40</sup> gekennzeichnet.

3. Lenin definiert den Bauern als Kleinbesitzer, Kleinproduzenten im System der Warenproduktion. Obwohl sich Lenin in mehreren Arbeiten mit den sozialen und ökonomischen Kennziffern der Landwirtschaftsbetriebe unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen beschäftigte, gibt er keine festen Kriterien für die Kennzeichnung des "Bauern" im Kapitalismus. Als "eigentliche Bauern" in der kapitalistischen Gesellschaft sieht Lenin die Mittelbauern an, "die als Eigentümer oder Pächter ... kleine Parzellen besitzen, ... die ... nicht nur die Familie und die Wirtschaft kümmerlich erhalten, sondern es auch ermöglichen, einen gewissen Überschuß zu erzielen, der sich, zumindestens in den günstigen Jahren, in Kapital verwandeln kann und die ... (etwa in jeder zweiten oder dritten Wirtschaft) fremde Arbeitskraft in Anspruch nehmen."<sup>41</sup>

In der deutschen Landwirtschaft vor dem ersten Weltkrieg ordnet Lenin die Betriebe von 5 bis 10 Hektar LN in diese Kategorie ein,<sup>42</sup> die aber nur eine kleine Gruppe der werktätigen Bauern bildet.

4. Berthold nimmt die von Lenin unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen ermittelten Betriebsgrößenklassen zum Ausgangspunkt und faßt die Betriebsinhaber von 2 bis 5 Hektar LN, von Lenin als kleinbäuerliche Betriebe bezeichnet, und von 5 bis 20 Hektar LN, von Lenin mittelbäuerliche Betriebe genannt, als werktätige Bauern zusammen und bezeichnet sie als Nebenklasse der kapitalistischen Gesellschaft.<sup>43</sup>

Aber auch in den aufgeführten Definitionen bleiben einerseits Fragen, wie die nach den sozialen und ökonomischen Daten der Betriebe der werktätigen Bauern, nach dem Umfang des kleinen bäuerlichen Privateigentums, offen und andererseits zeigen sich Differenzen.

39 Ökonomisches Lexikon, Bd. 1, 3. neubearb. Aufl., Berlin 1978, S. 266.

40 Vgl. Grundlagen des historischen Materialismus, Berlin 1976, S. 444.

41 Vgl. Lenin, W. I., Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage, in: Werke, Bd. 31, Berlin 1959, S. 144.

42 Vgl. ebenda.

43 Vgl. Berthold, Rudolf, Zur Herausbildung der kapitalistischen Klassenschichtung des Dorfes in Preußen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 5/1977, S. 558.



Einmütigkeit besteht allerdings darüber, daß der Begriff "Bauer" sich in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung reduziert auf die werktätigen Bauern.

Um zu der notwendigen Klarheit in der Definition des Bauernbegriffes zu kommen, muß man von der sozialen und ökonomischen Stellung der werktätigen Bauern im Rahmen der einfachen Warenproduktion ausgehen, die im Kapitalismus noch eine bedeutsame Rolle spielt.

Unter einfachen Warenproduzenten werden Produzenten verstanden, deren Produktion auf individueller handwerklicher oder bäuerlicher Kleinproduktion und dem Privateigentum des Produzenten an seinen Produktionsmitteln sowie auf seiner persönlichen Arbeit beruht. Bei einfachen Warenproduzenten stimmen Produktionsweise und Aneignungsweise überein, ihr Einkommen ist Arbeitseinkommen.<sup>44</sup>

Das heißt, um die werktätigen Bauern von den anderen landwirtschaftlichen Produzenten abzugrenzen, müssen

- das Verhältnis zwischen eigener Arbeit des Betriebsinhabers und der Anwendung von Lohnarbeit,
- die Betriebsgröße und
- die Kapitalkonzentration pro Hektar LN

untersucht werden. Andere Kennziffern, wie Einkommenshöhe, Verschuldung, Rentabilität usw., können aufgrund der Quellenlage zumindest für den Zeitraum bis 1918 nicht umfassend, sondern nur im Einzelbeispiel ermittelt werden.

### 3. Zur Betriebsgrößenstruktur in der kapitalistischen Landwirtschaft

Nach Lenin ist das entscheidende Kriterium für die Abgrenzung zwischen kapitalistischer und einfacher Warenproduktion der Grad der Anwendung von Lohnarbeit. Danach unterschied er auf der Grundlage der von Julius Kühn erarbeiteten Gruppen der landwirtschaftlichen Betriebe<sup>45</sup> folgende fünf Betriebsgrößenklassen in der kapitalistischen Landwirtschaft<sup>46</sup>:

1. proletarische Wirtschaften; Die große Masse der Betriebsinhaber sind hauptberuflich Lohnarbeiter, die die Landwirtschaft als Nebenberuf betreiben. Die proletarischen Wirtschaften beruhen auf der Arbeit eines einzelnen. Bis auf geringe Ausnahmen fallen in diese Gruppe die Betriebe bis 2 Hektar LN.
2. kleinbäuerliche Betriebe; Die überwiegende Mehrheit der Betriebsinhaber sind selbständige Landwirte, die Hauptarbeitskräfte sind mitarbeitende Familienangehörige, das Einkommen deckt gerade die Bedürfnisse der Familie. Die Größe beträgt meistens 2 bis 5 Hektar LN.
3. mittelbäuerliche Betriebe; Auch hier sind die Masse der Betriebsinhaber selbständige Landwirte und die Familie des Bauern die Hauptarbeitskräfte, eine Kapitalbildung ist möglich. In der Regel handelt es sich um Betriebe mit 5 bis 20 Hektar LN.
4. großbäuerliche Betriebe von 20 bis 100 Hektar LN,
5. Großbetriebe mit über 100 Hektar LN.

In den beiden letztgenannten Betriebsgrößenklassen ist die Anzahl der Lohnarbeiter größer als die der mitarbeitenden Familienangehörigen, dort wird ständig Lohnarbeit angewendet.

44 Vgl. Ökonomisches Lexikon, Bd. 2, 2. Aufl. Berlin 1971, S. 1075.

45 Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, NF, Bd. 5, Berlin 1885.

46 Vgl. Lenin, W. I., Das kapitalistische System der modernen Landwirtschaft, in: Werke Bd. 16, Berlin 1962, S. 440.

Nach diesen Kriterien gehörte in der kapitalistischen Landwirtschaft des Deutschen Reiches im Zeitraum 1871 bis 1918 der weitaus größte Teil der Betriebe von 2 bis 20 Hektar LN dem Sektor der einfachen Warenproduktion an, also den Größenklassen von 2 bis 5 Hektar und von 5 bis 20 Hektar LN.

Bildet man für jede Betriebsgrößenklasse den statistischen Durchschnittsbetrieb, dann ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 1

Soziale und ökonomische Kennziffern eines statistischen Durchschnittsbetriebes 1907<sup>+</sup>

Größen- klasse in ha	Größe der LN	Zahl der ständig mitar- beiten- den Fa- milien- angehö- rigen	Lohn- arbeiter	Zahl der Arbeits- kräfte	Groß- vieh- ein- heiten	Fälle der Maschinen- anwendung
Unter 2	0,5	0,5	0,0	1,3	0,5	0,4
2 - 5	3,3	1,4	0,1	2,9	3,0	0,1
5 - 20	9,8	1,8	0,6	4,3	8,0	0,9
20 - 100	35,6	1,8	3,1	7,9	23,6	1,9
Über 100	299,3	0,0	31,8	52,5	133,1	3,0

+ Errechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 212/1, Berlin 1909; ebenda, 212/2a, Berlin 1910; ebenda, 212/2b, Berlin 1912.

Der statistische Durchschnittsbetrieb des werktätigen Bauern von 2 bis 5 bzw. 5 bis 20 Hektar besaß also 3,3 bzw. 9,8 Hektar LN; 1,4 bzw. 1,8 Familienangehörige arbeiteten mit, und 0,1 bzw. 0,6 Lohnarbeiter wurden beschäftigt.

Die Durchschnittsbetriebe in den einzelnen deutschen Territorien wichen von den Durchschnittsbetrieben des Deutschen Reiches nach oben oder nach unten ab. So wies zum Beispiel die Größenklasse von 5 bis 20 Hektar im Regierungsbezirk Düsseldorf pro Betrieb durchschnittlich einen Lohnarbeiter auf; es gab eine große Zahl von Betrieben mit sechs und mehr Arbeitskräften, und im Durchschnitt kamen auf jeden Betrieb 11,6 Großvieheinheiten (Reichsdurchschnitt = 8,0).<sup>47</sup>

Hier gab es also eine nicht unerhebliche Zahl kapitalistischer Betriebe, die sich durch eine Kapitalkonzentration auf der vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzfläche herausgebildet hatten. Andererseits lassen die sozialen und ökonomischen Kennziffern der Betriebe von 2 bis 5 Hektar in den Regierungsbezirken Stralsund, Posen, Magdeburg oder Merseburg darauf schließen, daß diese Betriebe nur einen Nebenerwerb darstellten.<sup>48</sup> Sie dienten offensichtlich dazu, in den Gebieten des Großgrundbesitzes (wie Stralsund und Posen)

47 Errechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 212/1, Berlin 1909; ebenda, Bd. 212/2a, Berlin 1910; ebenda, Bd. 212/2b, Berlin 1912.

48 Errechnet nach ebenda, siehe detaillierte Quellenangaben in: Ballwanz, Ilona, Die Sozialstruktur und Produktionsentwicklung der deutschen Landwirtschaft 1871 - 1914, phil. Diss. Rostock 1974, Anlagenband, Tabelle 47 - 52.

Arbeitskräfte für den Großbetrieb bzw. in den Industriegebieten (wie Magdeburg und Merseburg) eine Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung zu sichern.

Leider lassen sich aufgrund der Quellenlage nur die Kennziffern für den Durchschnittsbetrieb eines werktätigen Bauern ermitteln, nicht aber die Anzahl der Betriebe, auf die diese Kennziffern zutreffen. Das kann nur anhand von Einzelmaterial eines Dorfes oder eines Kreises geschehen. Für die Betrachtung des Deutschen Reiches müssen wir uns mit der Einordnung der werktätigen Bauern in die Größenklassen von 2 bis 5 Hektar und von 5 bis 20 Hektar LN begnügen.

Zusammenfassend kann man feststellen: Bauern im Kapitalismus sind - wie aus den ermittelten Kennziffern hervorgeht - Klein- und Mittelbauern, die als einfache Warenproduzenten im System der kapitalistischen Warenproduktion wirtschaften. Das aber sind nach den grundlegenden Klassenmerkmalen die beiden Hauptkriterien für den "kleinen Bourgeois", den Kleinbürger, wie Lenin schreibt.<sup>49</sup> Daraus folgt, daß der werktätige Bauer in die Klasse des Kleinbürgers einzuordnen ist und nicht - wie Berthold meint - eine eigene Klasse, eine Nebenklasse der kapitalistischen Gesellschaft darstellt. Wollte man Berthold folgen, dann müßten zum Beispiel auch die Handwerker eine Nebenklasse bilden. Auf diese Weise wurde die Klasse der einfachen Warenproduzenten in ihre Glieder aufgespalten und sie ver selbständigt.

In das Kleinbürgertum ordnet auch Handke die kleinen und mittleren Bauern ein. Nach seiner Meinung bilden sie das Kleinbürgertum im eigentlichen Sinne des Wortes. In einem engeren Sinne wird nur die städtische Kleinbourgeoisie darunter verstanden.<sup>50</sup>

Stimmen also Handwerker, kleine Gewerbetreibende und werktätige Bauern in den grundlegenden Klassenmerkmalen überein, so lassen sich in den abgeleiteten Klassenmerkmalen, wie Ideologie, Bildung, Kultur, rechtliche Stellung, Lebensweise, Habitus und gesellschaftliches Verhalten, zum Teil erhebliche Unterschiede zwischen ihnen feststellen. Das rechtfertigt aber nur ein Abheben der werktätigen Bauern als soziale Gruppe innerhalb des Kleinbürgertums, nicht aber als eigene Klasse.

Von den bisherigen Feststellungen ausgehend, ergibt sich folgende Definition für die Kategorie des Bauern im Kapitalismus: Als "Bauer" in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gilt nur der werktätige Bauer, der eine soziale Gruppe der Klasse des Kleinbürgertums darstellt. Grundlegendes ökonomisches Kennzeichen eines werktätigen Bauern ist die von ihm betriebene einfache Warenproduktion, das heißt, der werktätige Bauer ist Eigentümer bzw. Pächter eines landwirtschaftlichen Betriebes von in der Regel mindestens 2 bis höchstens 20 Hektar LN. Im bäuerlichen Betrieb sind die entscheidenden Arbeitskräfte die des Besitzers und seiner Familie und nicht die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter, die hier aber auch schon Anwendung finden. Der Betrieb weist die für seine Größenklasse ermittelten sozialen und ökonomischen Kennziffern auf. Diese werden von Klima, Bodengüte und dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte beeinflusst und weisen damit in den einzelnen Territorien und historischen Zeiträumen Unterschiede auf. Damit ist die Gruppe der landwirtschaftlichen Produzenten, die Bauern sind, auch im Verlaufe der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Veränderungen unterworfen.

Das wird bereits deutlich, wenn man die von Lenin herausgearbeitete Differenzierung in Klein- und Mittelbauern einerseits und den zur Bourgeoisie zählenden Großbauern anderer-

49 Vgl. Lenin, W. I., Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerbewegung ..., a. a. O., S. 409.

50 Vgl. Handke, Horst, Einige Probleme der Sozialstruktur im imperialistischen Deutschland vor 1914, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 15, Berlin 1977, S. 274.



seits mit der von Engels vergleicht. Während Lenin sie in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus ermittelte, traf Engels sie in der Phase des Beginns der vollen Entfaltung des Kapitalismus der freien Konkurrenz.

Engels unterschied folgendermaßen<sup>51</sup>:

Die große Klasse der kleinen Landwirte, die Bauernschaft, zerfällt in verschiedene Schichten:

1. die wohlhabenden Landwirte (in Deutschland Groß- und Mittelbauern), Eigentümer mehr oder weniger umfangreicher Wirtschaften, verfügten über den Dienst mehrerer Landarbeiter;
2. freie Kleinbauern, mit Hypotheken belastet, so daß faktisch der Wucherer Eigentümer des Landes war;
3. feudale Hintersassen, sie hatten ewig Pacht zu entrichten bzw. Arbeit für den Gutsherrn zu leisten;
4. Landarbeiter.

#### 4. Probleme bei der Herausarbeitung einer allgemeinen Definition des Begriffes "Bauer"

Es zeigte sich, daß in dem Zeitraum von der vollen Entfaltung des Kapitalismus der freien Konkurrenz bis zum Übergang in sein monopolistisches Stadium eine Verengung der Gruppe der landwirtschaftlichen Produzenten erfolgt, die als Bauern zu bezeichnen sind. Dagegen lassen Erscheinungen in der jüngsten Entwicklungsetappe des Kapitalismus auf eine erneute Ausweitung dieser Gruppe schließen. Es ist in der Entwicklung der Landwirtschaft der kapitalistischen Hauptländer, vor allem in der BRD, zu beobachten, daß Betriebe, die bis zu 50 Hektar LN, ja teilweise sogar bis zu 100 Hektar LN bewirtschaften, jetzt größtenteils über soviel Agrartechnik verfügen, daß sie ohne Lohnarbeiter arbeiten. Damit wird die Frage aufgeworfen, ob die Lohnarbeit noch das entscheidende Kriterium darstellt. In agrarökonomischen Untersuchungen über die Landwirtschaft der BRD in den sechziger Jahren wird überwiegend die Einschätzung getroffen, daß diese Betriebe von 20 bis 50 Hektar LN infolge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Konzentrationsprozesses in der Landwirtschaft ihren kapitalistischen Charakter verloren haben und sozialökonomisch als einfache Warenproduzenten zu klassifizieren sind. Trotz einer hohen Ausstattung mit Boden, Vieh, Maschinen usw. - so wurde festgestellt - sind diese Betriebe, die keine Lohnarbeiter beschäftigen, nicht in der Lage, erweitert zu reproduzieren. Die bessere Ausstattung der Betriebe mit Produktionsmitteln hänge zweifellos mit dem höheren Entwicklungsniveau der Produktivkräfte zusammen.<sup>52</sup>

In diesem Zusammenhang warf Dillwitz die Frage auf, ob der Prozeß der Differenzierung der einfachen Warenproduzenten heute noch zum Proletariat auf der einen und zum Kapitalisten auf der anderen Seite führt, das heißt, ob der Aufstieg eines Teils der Mittelbauern zu Großbauern noch möglich ist oder ob mit dem Übergang des Großbauern in die einfache Warenproduktion auch der Differenzierungsprozeß aufhört, ein Prozeß der Polarisierung

51 Vgl. Engels, Friedrich, Revolution und Konterrevolution, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 8, Berlin 1960, S. 11.

52 Vgl. u. a. Rechtziegler, Emil, Westdeutsche Landwirtschaft im Strukturwandel, in: DWI-Forschungshefte, Nr. 2/1966, S. 41; Kleinsorge, Johann/Schilling, Horst, Veränderungen in der sozialökonomischen Struktur der Bauernschaft der BRD, in: IPW-Forschungshefte, Nr. 1/1974, S. 121 f.

zu sein, und seine Entwicklung in eine einzige Richtung - vom Großbauern über den Mittelbauern, den Nebenerwerb bis zum Proletariat - nimmt.<sup>53</sup> Das aber würde bedeuten, daß von einer bestimmten Entwicklungsstufe der Produktivkräfte an die soziale Gruppe der Bauern wieder größer wird. Damit wird gleichzeitig die Frage nach der Allgemeingültigkeit einer Definition der Kategorie Bauer im Kapitalismus aufgeworfen. Zumindest muß - das wird deutlich - für die einzelnen historischen Zeiträume der typische Durchschnittsbetrieb des werktätigen Bauern als einfachen Warenproduzenten neu bestimmt werden. Offen bleibt auch, inwieweit territoriale Unterschiede mit zu erfassen sind.

Gänzlich unbeachtet blieben so wichtige Fragen wie gesellschaftliche Psychologie, Bewußtseinsentwicklung, juristische Stellung. Sie spielten in der marxistischen Agrargeschichtsschreibung und -forschung bisher keine größere Rolle.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß "Bauer" und "Bauernschaft" unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen Sammelbegriffe sind, hinter denen sich eine Zugehörigkeit zu verschiedenen Klassen verbirgt und durch die die sozialökonomische Struktur des Dorfes verschleiert wird. Aus diesem Grunde erscheint es angebracht, diese Begriffe in historischen Darstellungen über die kapitalistische Gesellschaftsformation nicht mehr zu verwenden, sondern sie zu differenzieren, und zwar folgendermaßen:

1. Die Gesamtheit der bisher als Bauern bezeichneten Personen sollte als landwirtschaftliche Betriebsinhaber benannt werden.
2. Von werktätigen Bauern sollte gesprochen werden, wenn die Gruppe benannt werden soll, die aufgrund ihrer sozialökonomischen Basis "eigentliche" Bauern und Bündnispartner der Arbeiterklasse sind.
3. Als kapitalistische Großbauern und Agrarkapitalisten sind die kapitalistisch wirtschaftenden Betriebsinhaber zu bezeichnen.

#### 5. Zur Sozialstruktur der deutschen Landwirtschaft an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert

Schließlich soll hier, um das Bild der ländlichen Sozialstruktur abzurunden, kurz auf die außer den werktätigen Bauern im Dorfe vorhandenen sozialen Gruppen und auf die zahlenmäßige Entwicklung aller sozialen Gruppen eingegangen werden.

Angangspunkt für die Bestimmung der sozialen Gruppen sind wiederum die grundlegenden Klassenmerkmale.

Lenin untergliederte die Landbevölkerung unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen in vier große Gruppen<sup>54</sup>:

1. die werktätigen und ausgebeuteten Massen auf dem Lande.  
Dazu zählen:
  - a) das Landproletariat, das seinen Lebensunterhalt durch Lohnarbeit in kapitalistischen Landwirtschaftsbetrieben verdient;
  - b) die Halbproletarier bzw. Parzellenbauern, die ihren Lebensunterhalt teils durch Lohnarbeit in kapitalistischen Landwirtschaftsbetrieben bzw. Industriebetrieben, teils durch Arbeit auf ihrem eigenen oder gepachtetem Land erwerben;

<sup>53</sup> Vgl. Dillwitz, Sigrid, Soziale Veränderungen in der Landwirtschaft der BRD, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 2, S. 238.

<sup>54</sup> Vgl. Lenin, W. I., Ursprünglicher Entwurf ..., a. a. O., S. 141 ff.

- c) die Kleinbauernschaft.
2. die Mittelbauernschaft,
3. die Großbauern,
4. die Großgrundbesitzer/Gutsherren.

Auch hier trennt Lenin wieder zwischen Klein- und Mittelbauern. Die von ihm herausgearbeiteten sozialen Gruppen bildeten auch in Deutschland zu jener Zeit die Grundlage der Klassenschichtung im Dorfe. Das Landproletariat stellt eine Gruppe des Proletariats dar und gehört damit zu einer der beiden Grundklassen des Kapitalismus. Berthold betrachtet als zum Proletariat gehörend auch die bei Lenin als eine besondere Gruppe behandelten Inhaber von Parzellenbetrieben und Halbproletarier.<sup>55</sup>

Handke zählt wie Lenin die landwirtschaftlichen Arbeiter oder Tagelöhner mit Land zu den Halbproletariern oder bestenfalls zu den proletarischen Randgruppen.<sup>56</sup> Seiner Meinung nach rechtfertigen einige wesentliche Merkmale, die der Arbeiterklasse und den Angehörigen der proletarischen Randgruppen gemeinsam sind, nicht, diese deshalb mit der Arbeiterklasse gleichzusetzen.<sup>57</sup>

Es ist sicher richtig, die Gruppe der ländlichen Halbproletarier und die Angehörigen der proletarischen Randgruppen auf dem Dorfe aus der Arbeiterklasse auszuklammern, da sie - wie Handke bemerkt - noch gar nicht voll in die Arbeiterklasse einbezogen waren, teilweise noch unter bäuerlich-patriarchalischen Verhältnissen - wie die Knechte und Mägde - oder unter weitgehend ländlich-kleinbürgerlichen Verhältnissen als Kleinst- oder Teileigentümer lebten.<sup>58</sup>

Auch im Hinblick auf eine Analyse der Entwicklung der Sozialstruktur sollte diese Gruppe aus der Arbeiterklasse ausgesondert werden.<sup>59</sup>

Die hier zur sozialen Gruppe der werktätigen Bauern zusammengefaßten Klein- und Mittelbauern gehören, wie ausführlich dargelegt wurde, zum Kleinbürgertum. Die Großbauern und die Inhaber von Großbetrieben sind als kapitalistische Unternehmer in die zweite Hauptklasse der kapitalistischen Gesellschaft, in die Bourgeoisie, einzuordnen.

Zusammenfassend zeigt sich, daß die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung in die Klassen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung integriert ist. Damit gibt es, wie Berthold feststellt, im Kapitalismus auf dem Dorfe keine eigenständigen Klassen mehr, und die Klassenseinandersetzungen auf dem Dorfe sind demnach Teil der Auseinandersetzungen der Klassen, die sich im Kapitalismus herausgebildet haben.<sup>60</sup> Wie verlief nun die zahlenmäßige Entwicklung der vier sozialen Gruppen?

Die landwirtschaftliche Betriebszählung wies 1882 auf der Basis der LN 981 407 kleinbäuerliche und 926 605 mittelbäuerliche Betriebe aus. Das wichtigste Kriterium - die eingesetzte Lohnarbeit - ist nur für die Gesamtheit der jeweiligen Größenklasse angegeben, so daß die Betriebe von 2 bis 5 Hektar und von 5 bis 20 Hektar LN, die Lohnarbeiter beschäftigen, nicht ausgesondert werden können. Aus diesem Grunde ist die als werktätige Bauern

55 Vgl. Berthold, Rudolf, a. a. O., S. 558.

56 Vgl. Handke, Horst, Strukturwandlungen der Arbeiterklasse und staatsmonopolistische Regulierungen der Klassenbeziehungen. Zu einigen Problemen der sozialen und politischen Entwicklung in Deutschland von den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg, in: Wirtschaft und Staat im Imperialismus, Berlin 1976, S. 128 = Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, Bd. 9.

57 Vgl. ebenda, S. 129.

58 Vgl. ebenda, S. 128.

59 Vgl. ebenda, S. 125 f.

60 Vgl. Berthold, Rudolf, a. a. O., S. 558.

zu fassende Gruppe in der Statistik zahlreicher als in der Realität. Da das Kriterium Lohnarbeit auch in den anderen Größenklassen nicht herangezogen werden konnte und das ebenfalls auch für andere Zählungen gilt, wird der Vergleich weniger beeinträchtigt als die absoluten Zahlen. Man muß sich also für die Analyse mit der Einteilung der Landwirtschaftsbetriebe nach der LN begnügen.

Danach gehörten 1882 zur Gruppe der werktätigen Bauern 1 908 012 Betriebsinhaber, das waren 29,9 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebsinhaber.<sup>61</sup>

In der Gruppe der kapitalistischen Unternehmer wurden 306 501 Personen gezählt, wobei mit 281 510 die größte Anzahl auf die Gruppe der Großbauern fiel.<sup>62</sup>

Die Zahl der Lohnarbeiter, die kein Land besaßen, betrug nach Schätzungen ungefähr 1 026 310.<sup>63</sup>

Die Gruppe der Parzellenbesitzer und Halbproletarier konnte ebenfalls nur auf der Grundlage von Berechnungen ermittelt werden. Danach umfaßte sie 1 554 187 Inhaber von Parzellenbetrieben - wobei nur die berücksichtigt wurden, deren Hauptberuf die Landwirtschaft war - und 1 589 088 Angehörige des Gesindes, also insgesamt 3 143 275 Personen.<sup>64</sup>

Zusammenfassend ergibt sich, daß zu Beginn der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts in der kapitalistischen Landwirtschaft des Deutschen Reiches die soziale Gruppe der Parzellenbesitzer und Halbproletarier dominierte. Legt man nur die Zahl der Erwerbstätigen, der genannten vier sozialen Gruppen - also Landproletariat, Halbproletarier und Parzelleninhaber, werktätige Bauern sowie Agrarkapitalisten -, zugrunde, dann gehörten in die Gruppe der Halbproletarier und der Parzelleninhaber 49,2 Prozent aller in der Landwirtschaft Beschäftigten. 29,9 Prozent entfielen auf die werktätigen Bauern, 16,1 Prozent auf das Landproletariat und 4,8 Prozent auf die Angehörigen der Bourgeoisie.<sup>65</sup>

Nach weiteren 25 Jahren kapitalistischer Entwicklung in der Landwirtschaft stehen für das Jahr 1907 folgende Ergebnisse: Die Zahl der werktätigen Bauern hatte um 163 804 zugenommen, vor allem die Gruppe von 5 bis 20 Hektar LN, so daß die werktätigen Bauern jetzt

61 Statistik des Deutschen Reichs, NF, Bd. 5, Berlin 1885, S. 6 f.

62 Errechnet nach ebenda.

63 Für 1882 wurde ein gleiches Verhältnis zwischen den Tagelöhnern mit eigenem oder gepachtetem Land und denen mit Deputatland angenommen wie 1895, und danach wurden die Angaben für 1882 berechnet. Die Zahl der Tagelöhner mit Deputatland betrug danach 347 464 Personen. Diese Zahl und die Zahl der 1882 ermittelten Knechte und Mägde wurden von der 1882 angegebenen Gruppe Gesinde, Arbeiter mit Deputatland und ohne Land (2 962 862 Personen) abgezogen, das ergab 1 026 310 landlose Arbeiter. Vgl. für die Zahlenangaben Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 211, Berlin 1913, S. 88, und Anhang, Übersicht 22, S. 124<sup>+</sup> ff.; ebenda, NF, Bd. 4, Erstes Drittel, Berlin 1884, S. 2 ff.

64 Es wurde angenommen, daß zwischen 1882/1895 und 1895/1907 dieselbe jährliche Abnahme von den als Selbständige mit landwirtschaftlichem Hauptberuf gezählten Personen erfolgte. Zwischen 1895 und 1907 ging ihre Zahl um 114 109 zurück, jährlich also um 9 509. Danach mußten zum Wert für 1895 123 617 Personen dazugezählt werden, so daß für 1882 687 694 Personen errechnet wurden. Zählt man die Landarbeiter mit Land hinzu, dann ergibt das die Zahl von 1 554 187. Vgl. für die Zahlenangaben Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 211, a. a. O., S. 88; ebenda, NF, Bd. 112, Berlin 1898, S. 8; ebenda, Bd. 212/2a, a. a. O., S. 167 f.

65 Errechnet nach den geschätzten und in den statistischen Quellen (vgl. Anm. 63 und 64) angegebenen Werten für die Angehörigen der sozialen Gruppen.

34,6 Prozent aller Inhaber der landwirtschaftlichen Betriebe ausmachten.<sup>66</sup> Dagegen ging die Zahl der Großbauern und Großgrundbesitzer um 20 744 zurück.<sup>67</sup>

Um 316 915 Personen vergrößerte sich die Gruppe der Landarbeiter, während die Anzahl der Parzellenbesitzer und Halbproletarier um 864 666 Personen abnahm, wovon sowohl die Parzellenbesitzer als auch das Gesinde betroffen waren.<sup>68</sup>

Die prozentuale Zusammensetzung der Struktur der Erwerbstätigen der vier sozialen Gruppen stellte sich infolge dieser Entwicklung 1907 so dar:

38,1 Prozent kamen auf die Halbproletarier und proletarischen Randgruppen. Die werktätigen Bauern umfaßten nun 34,6 Prozent. Die Gruppe der Landarbeiter mit Bodenbesitz hatte einen Anteil von 22,5 Prozent und die ländliche Bourgeoisie von 4,8 Prozent.<sup>69</sup>

Obwohl die Anzahl der Parzellenbesitzer und Halbproletarier bedeutend zurückgegangen war, bildeten sie auch im Jahre 1907 noch die stärkste soziale Gruppe auf dem Dorfe. Dann folgten wie 1882 die werktätigen Bauern, die Landarbeiter und die ländliche Bourgeoisie. In der Reihenfolge hatte sich also nichts verändert. Die Tendenz aber lief dahin, daß sich der Sektor der einfachen warenproduktion in der Landwirtschaft des Deutschen Reiches quantitativ vergrößerte, die Gruppe der Parzellenbesitzer und des Gesindes, also jene, die noch eng mit vorkapitalistischen Produktionsformen verbunden war, sich jedoch stark reduzierte. Gleichzeitig stieg der Anteil der für die kapitalistische Produktionsweise erforderlichen doppelt freien Lohnarbeiter, während der Anteil der kapitalistischen Unternehmer zahlenmäßig - aufgrund des Konzentrationsprozesses - leicht zurückging.

Die Sozialstruktur des Dorfes im Deutschen Reich zwischen 1882 und 1907 wies also nicht die typische kapitalistische Klassenstruktur auf. Hier dominierten das Kleinbürgertum, die Halbproletarier und die proletarischen Randgruppen.

Das ist einerseits das Ergebnis des preußischen Weges der Entwicklung des Kapitalismus und der damit verbundenen historisch überholten Betriebsgrößenstruktur in der deutschen Landwirtschaft. Andererseits ist aber zu beachten, daß erstens die Zunahme der Gruppe der werktätigen Bauern nicht Ausdruck deren ökonomischer Stärke oder deren Überlegenheit über den Großbetrieb war, wie aus Untersuchungen der marxistischen Agrargeschichtsforschung der letzten Jahre hervorgeht<sup>70</sup>, sondern den ständigen Konkurrenzkampf und den daraus resultierenden Differenzierungsprozeß innerhalb dieser Gruppe widerspiegelte. Zweitens bewirtschafteten die kapitalistischen Betriebe 51,4 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Deutschen Reiches im Jahre 1907, besaßen also den größten Anteil am Hauptproduktionsmittel Boden, bildeten aufgrund ihrer ökonomischen Kennziffern qualitativ den führenden Sektor, und die Zunahme der Zahl der Lohnarbeiter zeugte offensichtlich davon,

66 Errechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 212/2a, a. a. O., S. 167 f; ebenda, Bd. 212/2b, a. a. O., Anhang, Übersicht 3, S. 3 f.; ebenda, Bd. 211, a. a. O., Übersicht 22, S. 124<sup>+</sup> f.

67 Errechnet nach ebenda.

68 Errechnet nach ebenda.

69 Errechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 212/2b, a. a. O., Anhang, Übersicht 3, S. 8 f.

70 Vgl. dazu u. a. Dillwitz, Sigrid, die Struktur der Bauernschaft von 1871 - 1914, dargestellt auf der Grundlage der deutschen Reichsstatistik, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 9, Berlin 1973; Ballwanz, Ilona, a. a. O.



daß sich der kapitalistische Sektor in der deutschen Landwirtschaft zwischen 1882 und 1907 verstärkte.<sup>71</sup> Dieser Prozeß aber wurde aufgrund der erwähnten Mängel in den amtlichen Statistiken des Deutschen Reiches nicht voll sichtbar.

<sup>71</sup> Vgl. u. a. Dillwitz, Sigrid, Die Struktur der Bauernschaft ..., a. a. O.; Ballwanz, Ilona, a. a. O.; Berthold, Rudolf, Zur sozialökonomischen Struktur des kapitalistischen Systems der deutschen Landwirtschaft zwischen 1907 und 1925, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 3, S. 105 - 125.

Staatsgelder für die Vulcan-Werke in Hamburg und Stettin A. G.  
1925 bis 1927

Auseinandersetzungen über staatsmonopolistische Subventionspolitik

von Karin Lehmann

Mit Beginn des Imperialismus nahm die der Seeschifffahrt bereits in früheren historischen Perioden gewährte staatliche Unterstützung neue Züge an. Triebfedern für die Subventionspolitik im imperialistischen Stadium des Kapitalismus wurden nun der Expansionsdrang der Monopole, die verschärfte Konkurrenz auf den äußeren Märkten und der Kampf um die Neuverteilung der Erde. Die Überkapazitäten, die vor und im ersten Weltkrieg im Zusammenhang mit der Flottenrüstung geschaffen wurden, sowie die etwa 1922 einsetzende Dauerkrise der Seeschifffahrt<sup>1</sup>, durch welche auch der Schiffbau in Mitleidenschaft gezogen wurde, waren für viele kapitalistische Staaten Anlaß, Reedereien und Werften zu subventionieren.<sup>2</sup>

In der Literatur wurde die Subventionierung der Schifffahrt und der Werftindustrie bereits des öfteren behandelt.<sup>3</sup> Anliegen dieses Beitrages ist es, anhand der Subventionierung eines Werftunternehmens auf der Basis von Aktenmaterial den Mechanismus durchschaubarer zu machen, dessen sich Reichswirtschaftsministerium (im folgenden: RWM), Reichswehrführung, staatliche und private Banken, Reedereien sowie großkapitalistische Eigentümer hierbei bedienten.

In der Zeit der relativen Stabilisierung waren in Deutschland staatliche Subventionen ein wichtiges wirtschaftspolitisches Regulierungsinstrument. Durch sie wurde der Akkumulationsprozeß für die großen Kapitaleigentümer vorangetrieben, die durch Subventionen vorrangig mit flüssigem Betriebskapital versorgt wurden, und nicht zuletzt begünstigten Subventionen die Weltmarktstrategie der Monopole.

- 1 Vgl. Wehner, Heinz, Der Wiederaufbau der Handelsflotte und die Entwicklung der internationalen Seeschifffahrtsbeziehungen des imperialistischen Deutschlands in den Jahren der Weimarer Republik, Diss. B Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", Dresden 1978, S. 241 ff.
- 2 Vgl. dazu Zentrales Staatsarchiv Potsdam (im folgenden: ZStA), Reichstag, Nr. 2603, Bl. 265 ff.
- 3 Vgl. z. B. Priester, Hans E., Der Wiederaufbau der deutschen Handelsschifffahrt, Berlin 1926; Pantlen, Hermann, Der Wiedereintritt Deutschlands in die Weltschifffahrt, Berlin/Leipzig 1927 = Sozialwissenschaftliche Forschungen, H. 5; Helander, Sven, Die internationale Schifffahrtskrise und ihre weltwirtschaftliche Bedeutung, Jena 1928; Hochdörffer, Karl, Die staatlichen Subventionen in der Nachkriegszeit in Deutschland, wirtschafts- und sozialwiss. Diss. Köln 1929; Höfer, Wolfgang, Die Industriesubventionen in Deutschland seit 1924, rechts- und staatswiss. Diss. Marburg 1937; Nussbaum, Manfred, Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik, Berlin 1978, S. 145 ff. = Wirtschaft und Staat in Deutschland, Bd. 2; Wehner, Heinz, a. a. O.

Die großen Reedereien und die mit ihnen verbundenen Werften gehörten zum bevorzugten Empfängerkreis finanzieller Unterstützungen durch die Reichsregierung. Die strukturelle Dauerkrise der Handelsschifffahrt hatte sich zwar in der Periode der relativen Stabilisierung abgeschwächt, aufgehört hatte sie jedoch keinesfalls. Besonders in der Zwischenkrise 1925/26 hatten die Aufträge bei den Werften abgenommen. Die Folge waren Stilllegungen und Entlassungen. Die Verwertungsbedingungen des Kapitals hatten sich verschlechtert. 1925 verstärkten sich die Forderungen von Reedern und Schiffbauindustriellen nach Fortsetzung der staatlichen Subventionspolitik. Da die Aktion beendet war, durch die den Reedereien die laut Versailler Vertrag abgelieferten Schiffe der Handelsflotte aus der Staatskasse ersetzt worden waren, wurden in enger Kooperation von Staat und Monopolen neue Subventionsformen entwickelt. Dazu zählten unter anderem die Schaffung eines sogenannten Schiffserneuerungsfonds aus Geldern der produktiven Erwerbslosenfürsorge, staatliche Auftragserteilung bzw. -vermittlung sowie die Gewährung von Krediten zu besonders günstigen Bedingungen, zum Beispiel die sogenannte Zinsverbilligungsaktion. Außerdem leisteten das RWM, das Reichsfinanzministerium (im folgenden: RFM), verschiedene preußische Ministerien sowie staatskapitalistische Banken aktive Hilfe bei der Zentralisation des Kapitals in der Werftindustrie. Und nicht zuletzt verfolgten Führungskräfte der Reichswehr mit der Subventionierung bestimmter Werften militärstrategische und rüstungspolitische Ziele und nahmen deshalb Einfluß auf die Auswahl der in Betracht kommenden Werften.

Eines der Schiffbauunternehmen, das sich 1925 um staatliche Mittel bemühte, war die 1857 gegründete Vulcan-Werke in Hamburg und Stettin A. G. Sie war mit privaten Großbanken und Monopolreedereien verbunden, wie ein Blick auf die Liste des Aufsichtsrates von 1925 zeigt. Ihm gehörten unter anderem an: Carl Fürstenberg, Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft K. -G. a. A. (im folgenden: BHG), als Vorsitzender; Paul von Schwabach, Mitinhaber des Bankhauses S. Bleichröder, als stellvertretender Vorsitzender; M. Böger, Generaldirektor der Deutsch-Austral- und Kosmos-Linien; Hans Fürstenberg, ebenfalls Geschäftsinhaber der BHG; Rich. C. Krogmann von der Firma Wachsmuth & Krogmann, Präsident der See-Berufsgenossenschaft Hamburg; der Konsul W. Kunstmann, von der Firma W. Kunstmann, Stettin; F. Lenz, Geheimer Kommerzienrat und Geheimer Bau- rat, von der Firma Lenz & Co. G. m. b. H., Berlin; H. J. Stahl, Kommerzienrat, Düsseldorf, und Günther Quandt, Fabrikbesitzer.<sup>4</sup> 1926 war von der BHG auch Wilhelm Koepfel vertreten.<sup>5</sup> Paul von Schwabach war zugleich Mitglied des Aufsichtsrats des Norddeutschen Lloyds in Bremen sowie der "Globus", Reederei - AG, Bremen.<sup>6</sup>

Die Vulcan-Werke in Hamburg und Stettin A. G. stellte am 28. Februar 1925 an das Reichskabinett den Antrag, das Reich solle entweder die Werke kaufen oder aus Reichsmitteln bzw. Mitteln der Reichs-Kredit-Gesellschaft AG zur Fortführung der Werke einen Kredit von 20 Millionen RM oder einen Kredit in Höhe von 8 Millionen RM zur Fertigstellung der Aufträge und nachfolgenden Liquidation gewähren. Die Gesellschaft wünsche diesen staatlichen Kredit unter Umgehung einer privaten Bankgarantie.<sup>7</sup>

Begründet wurde der Antrag damit, daß der Versailler Vertrag negative Auswirkungen auf die Werftindustrie gehabt habe. Die Unterzeichner des Antrages, Fürstenberg und Schwabach für den Aufsichtsrat und Paul Stahl für den Vorstand<sup>8</sup> wiesen auf die Folgen hin, wel-

4 Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte 1925, Bd. 2.

5 Ebenda 1926, Bd. 2.

6 Ebenda 1924.

7 ZStA, Reichswirtschaftsministerium (im folgenden: RWM), Nr. 18437, Bl. 7 f.

8 Paul Stahl war Generaldirektor der Vulcan-Werft, Schiffswerft und Lokomotivfabrik, in der Firma Vulcan-Werke in Hamburg und Stettin A. G. und Mitglied des Aufsichtsrats der BHG (Deutscher Wirtschaftsführer, Hamburg/Berlin/Leipzig 1925).



che die Nachricht von einer Stilllegung der Stettiner Werft im Ausland haben würde: "Würden uns keinerlei Mittel vom Reich zur Verfügung gestellt werden, so würden die Stettiner Werke zunächst entsprechend dem mit der Standard Oil Company abgeschlossenen Bauvertrage vorübergehend von dieser bis zur Fertigstellung der Schiffe übernommen werden. Welchen Einfluß die Stilllegung der Vulcan-Werke auf die Beurteilung der Kreditwürdigkeit führender deutscher Firmen im Ausland haben wird, liegt auf der Hand."<sup>9</sup> Die Antragsteller erwarteten außer finanzieller Unterstützung vom Reich auch Hilfe durch Aufträge. Seit Monaten hätten sie deswegen mit dem RWM, dem Reichsarbeitsministerium, dem RFM und dem Reichswehrministerium verhandelt.

Ein beigelegtes, streng vertrauliches Memorandum legte die Situation der AG ausführlicher dar.<sup>10</sup> In diesem Memorandum wird zunächst festgestellt, daß sich der Werftbetrieb an der Marinerüstung vor dem ersten Weltkrieg stark beteiligt hatte und auch an ausländische Mächte Kriegsschiffe geliefert hatte. "Noch nach Ausbruch des Weltkrieges, im November 1914, lief das Panzerschiff 'Salamis' für die Königlich Griechische Regierung in Hamburg vom Stapel."<sup>11</sup>

Der erste Weltkrieg war für die Eigentümer der Vulcan-Werke in Hamburg und Stettin A.G. ein glänzendes Geschäft: "Während des Weltkrieges hat die Marine naturgemäß von dem Unternehmen Höchstleistungen gefordert, Aufgaben, die die Gesellschaft vor die Notwendigkeit stellten, in Hamburg zwei neue Hellingen zu errichten und die Werkstattbauten ganz beträchtlich zu erweitern; in solchen Zeiten hat naturgemäß auch die Lokomotivfabrik in Stettin ihre Produktionsmöglichkeit aufs intensivste ausgestalten müssen."<sup>12</sup> Die Dividenden betragen 1914 dementsprechend 6 Prozent, 1915 bis 1918 jährlich 8 Prozent.<sup>13</sup> Im Jahre 1919 konnten ebenfalls 8 Prozent gezahlt werden; 1920 wuchsen die Dividenden auf 12 Prozent, 1921 auf 20 Prozent und 1922 - mit der sich verstärkenden Inflation - auf 50 Prozent. 1920 bis 1922 erhielten die Eigentümer von Vorzugsaktien zusätzlich 6 Prozent Dividende. In jenen Jahren war die Auftragslage überaus günstig, weil die Reedereien, die Schiffe als Reparationen abgeliefert hatten, neue brauchten. 1924 und 1925 erhielten ausschließlich die Besitzer von Vorzugsaktien 6 Prozent Dividende, an alle anderen Aktionäre wurde keine Dividende gezahlt.<sup>14</sup>

In der gesamten Werftindustrie hatte sich die Situation seit 1923 im Vergleich zum ersten Weltkrieg und den Jahren des Nachkriegsbooms verschlechtert. Auch für die Vulcan-Werke war es schwieriger geworden, das in der Nachkriegs- und Inflationszeit angelegte Kapital zu verwerten. Wie viele andere Aktiengesellschaften war auch diese in und seit dem Krieg kräftig gewachsen. Neue Werkanlagen waren errichtet und alte modernisiert worden. Das Aktienkapital, das bei Kriegsausbruch 15 Millionen Mark betragen hatte, wurde im August 1923 auf 50 Millionen Mark erhöht. Ende November 1924, nach der Währungsstabilisierung, setzte die Generalversammlung der Aktionäre das Kapital auf 10 Millionen Mark fest. Da sich hiervon noch 3,4 Millionen in Form von Verwertungsaktien im Portefeuille befanden, hatte "die Firma trotz erheblich höherer, jetzt unverschuldeter Substanzwerte ein emittiertes Aktienkapital von etwa 6 600 000 GM. (Ein weiterer Verkauf von Vorratsaktien ist bei der augenblicklich andauernden mangelnden Aufnahmefähigkeit des Marktes unmöglich.)"<sup>15</sup> Die Inflation hatte die Tilgung der Schulden erleichtert. Bei

9 ZStA, RWM, Nr. 18437, Bl. 7.

10 Ebenda, Bl. 9 ff. (Datiert v. 28. 2. 1925, unterzeichnet von Stahl).

11 Ebenda, Bl. 9.

12 Ebenda.

13 Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften 1926, Bd. 2, S. 2602.

14 Ebenda.

15 ZStA, RWM, Nr. 18032, Bl. 10.

Kriegsausbruch hatten die Bankschulden 17,5 Millionen Mark betragen. Auch eine bei Kriegsausbruch aufgenommene Obligationsschuld von 10 Millionen Mark war inzwischen zum Teil getilgt bzw. durch die Inflation auf 800 000 Mark reduziert worden. 1926 besaß die Gesellschaft ein Kapital von 10,1 Millionen Reichsmark.<sup>16</sup>

Im Jahre 1925 bestand ein allgemeiner Mangel an verfügbarem Betriebskapital,<sup>17</sup> zurückzuführen vor allem auf die Deflationspolitik der Reichsbank, die das Kreditvolumen stark begrenzte. Die Vulcan-Werke konnten angesichts der angespannten Kapitalmarktsituation den von ihnen benötigten Kredit nicht ohne staatliche Hilfe erhalten. Um ihrer Forderung mehr Gewicht zu verleihen, warfen die Verfasser der Denkschrift der Reichsregierung vor, sie habe selbst mit dem Dawesplan - insbesondere mit der sogenannten Industriebelastung, durch welche die Industrie zur Aufbringung der Reparationen beitragen sollte - die Rentabilität vieler und auch dieser Gesellschaft verschlechtert,<sup>18</sup> wengleich sie - wie die Archivmaterialien zeigen - in Wirklichkeit hier kaum ins Gewicht fiel. Falls die Reichsregierung den Kredit nicht bewillige, so müsse sie doch zumindest einen Liquidationskredit beschaffen. Gleichzeitig wurde wiederum in erpresserischer Weise versucht, das Aufsehen ins Feld zu führen, das ein Zusammenbruch der Werke im In- und Ausland erregen und das dem Prestige des Deutschen Reiches schaden würde - zumal Aufträge, darunter von der Standard Oil Co. für den Bau von zwei Tankern, vorlagen. Am 4. März 1925 fand im RWM eine Besprechung über die "Notlage" der Vulcan-Werke in Hamburg und Stettin A. G. statt, an der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, des RWM, des RFM, der Marineleitung, des Preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe sowie ein Vertreter der Hamburger Gesandtschaft teilnahmen.<sup>19</sup> Der Beamte des RWM, Lahr, führte als für eine staatliche finanzielle Stützung der A. G. sprechende Gründe die Gefahr einer Übernahme der Werft durch die Standard Oil Co. sowie die militärstrategische Lage der Werft ins Feld. Er schlug vor, daß sich neben dem Reich auch Hamburg und Preußen mit je 5 Millionen Mark an der Stützung beteiligen sollten. Der Vertreter der Marineleitung befürwortete die Aktion aus militärischen Gründen. Da jedoch der preußische Vertreter und auch andere der Anwesenden Bedenken anmeldeten, erläuterte Lahr einen Vorschlag des RWM, wenigstens den Stettiner Teil der Vulcan-Werke zu unterstützen, der wegen seiner militärstrategischen Lage als Ausnahmefall betrachtet werden müsse. Die Beratungsteilnehmer gingen mit dem Beschluß auseinander, daß die A. G. zunächst den Nachweis erbringen solle, welchem Zweck die staatlichen Gelder dienen sollten und wie durch Einschränkung des Produktionsapparates eine höhere Rentabilität erreicht werden könnte.

In den folgenden Wochen führten Vertreter des RWM Gespräche mit den Geschäftsinhabern der BHG über den Modus einer finanziellen Unterstützung.<sup>20</sup> Hans Fürstenberg unterbreitete am 18. März 1925 Vorstellungen: "Als Kreditgeber kommen zwei Gattungen von staatlichen Stellen in Frage:

- 1.) solche, die selbst als Geldgeber auftreten können, wie z. B. die Post, die Eisenbahn, die Reichsversicherungs-Anstalt für Angestellte oder andere staatliche Stellen,
- 2.) staatliche Kreditinstitute, die ohne eigene Geldhergabe für andere Staatsquellen vermittelnd auftreten können, wie z. B. die Reichsbank, die Preussische Staatsbank (Seehandlung) und die Reichs-Kredit-Gesellschaft."<sup>21</sup> Erneut schlug Fürstenberg vor, daß staatlicher-

16 Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften 1926, Bd. 2, S. 2602.

17 Vgl. auch Mottek, Hans/Becker, Walter/Schröter, Alfred, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 3, 2. Aufl. Berlin 1975, S. 255.

18 ZStA, RWM, Nr. 18032, Bl. 11.

19 Ebenda, Bl. 13 ff.

20 Ebenda, Bl. 20 f.

21 Ebenda, Bl. 23.

seits ein Kredit im Falle der Stilllegung in Höhe von 8 bis 10 Millionen, im Falle der Fortführung in Höhe von 20 Millionen Reichsmark gewährt werden solle.<sup>22</sup> Dem Staat gegenüber sollten das Bankhaus S. Bleichröder, und die BHG Kreditnehmer sein. Die Vulcan-Werke A. G., an die sie den Kredit weiterreichen würden, sollte sich zur Rückzahlung nach drei Jahren verpflichten. "Es wäre zu erwägen, ob eine Verpflichtung in Wechselform gefordert werden soll. Um eine zusätzliche Sicherheit stellen zu können, gibt die Gesellschaft M 20 Millionen an erster Stelle hypothekarisch eingetragener Obligationen aus ... Die Obligationen werden den Banken verpfändet, die Banken sind bereit, sie den kreditgewährenden Stellen ihrerseits zu verpfänden. Eine sofortige Placierung dieser Obligationen kommt nicht in Frage, einmal weil z. Zt. nicht tunlich wäre, einen Prospekt zu machen, vor allem aber weil die Unterbringung von Obligationen, auch wenn es sich um Gesellschaften in günstigster wirtschaftlicher Lage handelt, z. Zt. infolge der Verhältnisse des Geldmarktes im Inlande unmöglich ist. Das Ausland kommt wegen der besonderen Verhältnisse beim Vulcan gleichfalls nicht in Frage."<sup>23</sup> Auch eine sofortige Ausgabe von Aktien bzw. von "convertible bonds"<sup>24</sup> erscheine nicht opportun, aber später sollten die Obligationen in Aktien oder "convertible bonds" umgetauscht werden.<sup>25</sup> Sobald es möglich sei, wollten die Banken mit dem Verkauf der Obligationen beginnen. "Sollte der Verkauf nach Ablauf von 3 Jahren noch nicht beendet sein, würde eine teilweise Prolongation des Kredits um 2 Jahre in Erwägung zu ziehen sein. Jedenfalls würden nach Ablauf des Kredits die kreditgebenden Stellen die Obligationen (Aktien, convertible bonds) für ihre Restforderung in Zahlung nehmen. Ob und inwieweit für die Rente oder für die Kapitalforderung hierbei eine Staatsgarantie beizubringen wäre, bleibt noch zu klären."<sup>26</sup>

Der Vorschlag, Banken zwischenschalten und die Verpflichtung der Vulcan-Werke A. G. in Wechselform zu bringen, zielte auf eine den Banken genehme Form der Leihkapitalbeschaffung ab. Diese Absicht wird aus folgendem Passus ersichtlich: "Derartige Wechsel könnten von einer in zweckmäßiger Weise zu gründenden Trustgesellschaft des Vulcans ausgestellt und vom Vulcan akzeptiert werden. Die Banken würden diese Wechsel girieren können unter der bereits erwähnten Voraussetzung, daß bei Ablauf des Kredits im Falle einer Nichtprolongierung der Wechsel eine Liberierung der Banken durch Hergabe von Obligationen (Aktien, convertible bonds) erfolgt. Derartige Wechsel könnten allenfalls als Instrument der Geldbeschaffung bei den staatlichen Stellen dienen."<sup>27</sup> Im Prinzip lief dieser Vorschlag auf eine Sicherstellung der Banken, auf eine Minimierung ihres Risikos bei der vorgesehenen Kreditvermittlung hinaus.

Außerdem ist wahrscheinlich, daß dieser Vorschlag der BHG mit Rücksicht auf die Öffentlichkeit gemacht wurde; hier stand die Subventionspolitik des imperialistischen Staates im Feuer der Kritik. Fortschrittliche Kräfte unterschiedlicher Parteizugehörigkeit und sozialer Herkunft, in erster Linie die Mitglieder der KPD, stellten die Unterstützungen der Großindustrie aus dem Staatshaushalt der massenfeindlichen Steuerpolitik gegenüber. Deshalb heißt es in dem zitierten Schriftstück weiter: "Das skizzierte Programm würde sich nach außen nicht etwa als eine Staatssubvention kennzeichnen. Die Schaffung von Obligationen ohne gleichzeitigen Verkauf würde sich als eine durchaus im Rahmen des Üblichen liegende finanzielle Vorsichtsmaßnahme nach außen rechtfertigen lassen. Für die Finanzierung von Vorschüssen durch Konzernwechsel mit Bankgiro gibt es zahlreiche Präzedenzfälle. Auch die Ablösung eines Kredites durch Hypothekarobligationen bzw. "convertible bonds" oder

22 Ebenda, Bl. 26.

23 Ebenda.

24 Umwandelbare Schuldverschreibungen.

25 ZStA, RWM, Nr. 18032, Bl. 26.

26 Ebenda, Bl. 25.

27 Ebenda.

Aktien liegt im Rahmen einer kaufmännischen Abwicklung. Wenn die Hergabe einer Staatsgarantie für diese Werte möglich oder erforderlich werden sollte, so würde diese Garantie nicht den Besitzern der betreffenden Werte im allgemeinen gegeben werden, sondern nur denjenigen staatlichen Stellen; die zu gegebener Zeit etwa noch Besitzer der betreffenden Werte sind. Dies braucht also nach außen nicht betont zu werden . . ."<sup>28</sup> Formal sollte es sich um eine normale Kreditaufnahme handeln. Das Besondere lag in der Beteiligung staatlicher Stellen.

Der Geschäftsinhaber der BHG, Wilhelm Koeppel, eröffnete dem RWM am 25. März 1925, daß die Banken ohne Entscheidung des Reichskabinetts, das heißt im Grunde ohne staatliche Hilfe, der Vulcan-Werke A. G. kein Geld mehr vorstrecken würden.<sup>29</sup>

In einer Denkschrift vom 28. März 1925 zur Vorlage beim Reichskabinetts<sup>30</sup>, das über derartige Aktionen zu entscheiden hatte, wurden als Gründe für eine staatliche Stützungsaktion marinetechnische Gesichtspunkte, strategische Interessen an einer Schiffbau-Basis an der Ostseeküste, die Wirkungen der Arbeitslosigkeit sowie Prestigefragen gegenüber dem Ausland angeführt.<sup>31</sup>

Den Interessenvertretern der privaten Banken und der Vulcan-Werke A. G. war nicht unbekannt geblieben, daß die staatlichen Stellen sich die von ihnen gelieferten Argumente zu eigen gemacht hatten. Das bestärkte sie darin, noch nachdrücklicher auf ihren Forderungen zu bestehen. Aus der Denkschrift an das Reichskabinetts geht hervor, die privaten Banken hätten dem Unternehmen im Falle einer Reichsstützung einen eigenen Kredit in Höhe von 2 Millionen Reichsmark zugesagt, so daß es sich für die öffentliche Hand um eine Kreditsumme von 15 Millionen Reichsmark handeln würde.

Inzwischen hatte sich die Situation der Werft verschlechtert.<sup>32</sup> Kündigungen mußten ausgesprochen werden. Wenn eine Stützung noch Erfolg haben sollte, mußte sie rasch zustande kommen. Am 6. April 1925 übersandte die BHG dem RWM die nach den Vorstellungen der BHG-Direktion von Koeppel aufgesetzten Vertragsentwürfe. Danach sollte die Preußische Staatsbank (Seehandlung) der BHG und dem Bankhaus S. Bleichröder einen Kredit in Höhe von 15 Millionen Reichsmark zu 7 Prozent Zinsen gewähren, den sie für die Vulcan-Werke A. G. zu verwenden hätten. Für die Rückzahlung dieses Kredits an die Preußische Staatsbank sollte das Reich die Garantie übernehmen.<sup>33</sup>

In einer Besprechung im RWM wurde der Modus dieser Finanzaktion detailliert erörtert. Man legte fest: Das Reich und Preußen sollten die Kreditgarantie gemeinsam übernehmen. Es wurde die Auflage erteilt, daß die von Preußen zu garantierenden Gelder im "Reichsinteresse" - sprich; im militärstrategischen Interesse - ausschließlich in Stettin verwendet werden sollten.<sup>34</sup>

Die endgültige Verfahrensweise geht aus den Prüfungsakten des Rechnungshofes des Deutschen Reiches hervor. Danach räumten die Preußische Staatsbank und die Reichskreditgesellschaft der BHG und dem Bankhaus S. Bleichröder einen Kredit von insgesamt 15 Millionen Reichsmark ein, den diese an die Vulcan-Werke A. G. weiterreichten. Das Reich und

28 Ebenda, Bl. 26.

29 Ebenda, Bl. 31.

30 Ebenda, Bl. 36 ff. (Verfasser der Denkschrift waren Beamte des Reichswirtschaftsministeriums).

31 Ebenda, Bl. 54.

32 Ebenda, Bl. 61, Schreiben von Koeppel, BHG, an das RWM v. 2. 4. 1925.

33 Ebenda, Bl. 79 f., 81 ff., Vertragsentwürfe.

34 Ebenda, Bl. 90 ff., v. 6. 4. 1925.

Preußen übernahmen bis zur Gesamthöhe von 15 Millionen Reichsmark einschließlich der Zinsen die Bürgschaft je zur Hälfte. Allein aus der Summe von 7,5 Millionen Reichsmark, für die das Reich bürgte, nahmen die privaten Banken bis Oktober 1928 zirka 5,3 Millionen Reichsmark in Anspruch.<sup>35</sup>

Die Höhe der Zinsen - sowohl derjenigen, die die Vulcan-Werke an die privaten Banken, als auch derjenigen, die die privaten Banken an die staatlichen Kreditinstitute zu zahlen hatten - spielte in den Verhandlungen eine enorme Rolle. Reichskabinett und Reichstag hatten gefordert, daß die Privatbanken keinerlei Aufschlag oder Provision für die Weiterleitung der Gelder erheben dürften. Koeppel hatte im Reichstag vorgegeben, daß die Banken keinerlei Absicht hätten, sich an der Transaktion zu bereichern.<sup>36</sup> Das den staatlichen Banken zur Verfügung stehende Leihkapital stammte zu einem bedeutenden Teil aus Einnahmen des Staatshaushalts, das heißt vorwiegend aus Steuermitteln, die vom RFM zu einem relativ niedrigen Zinssatz an diese Banken weitergegeben wurden. Daneben verschafften sie sich Mittel aus anderen Kanälen und verwendeten beides auch zur Kreditierung der privaten Wirtschaft. Die Differenz zwischen den Zinsen, die den Organen des Staatshaushalts zu zahlen sind, denjenigen, den staatliche Banken erhoben, sowie denen, die private Banken für die weitergeleiteten Kredite berechnen, ist eine wichtige Gewinnquelle für das Bankkapital.

Die Kosten für Koeppels Zugeständnis an den Reichstag und die öffentliche Meinung sollten jedenfalls nicht die privaten Banken, sondern die staatlichen Stellen tragen. Aus Koeppels schriftlicher Zusammenfassung der genannten Beratung im RWM wird das ganz deutlich. "In der Frage der Verzinsung verlangt das Reich vorläufig den Reichsbankdiskontsatz (er betrug 1925 im Jahresdurchschnitt 9 Prozent - K. L.). Wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß die von den Banken überprüften Berechnungen des Vulcan mit einem Zinssatz von 7 % höchstens kalkulieren und daß außerdem in der Referentenbesprechung vom 4. März ... die angeblichen Bankschulden mit 6 % verzinslich durch Reichsmittel abzudecken zugesagt worden ist. (Vermerk am Rand, wahrscheinlich durch RWM; "Unzutreffend" - K. L.) Ich habe insbesondere wahrheitsgemäß dargelegt, daß die Erreichung des Ziels der Aktion schwer beeinträchtigt würde, wenn mehr als 7 % Zinsen - dies ist der Zinssatz für die oberschlesische Aktion<sup>37</sup> - gefordert würden."<sup>38</sup> Selbst bei 7 Prozent müsse das RFM der Vulcan-Werke A. G. mit Steuernachlässen entgegenkommen. Am Rande des Schreibens ist handschriftlich - höchstwahrscheinlich ebenfalls im RWM - vermerkt: "Geringere Zinsen als den Reichsbankdiskont zu nehmen, erscheint uns bedenklich."<sup>39</sup>

Der Vertreter des RWM nahm offenbar an, daß die privaten Banken einen niedrigen Zinssatz verlangten, um selbst stärker an der Vergabe des privaten Kredits zu profitieren. Das geht aus seiner handschriftlichen Randbemerkung hervor; "Gesagt wurde von mir, es müsse auf die Banken hingewirkt werden, daß sie keine höheren Zinsen für ihre Darlehen nehmen als das Reich."<sup>40</sup>

Koeppel führte zu dieser Frage weiter aus, daß die BHG, um Gewinne zu erzielen, bei ihrer privaten Kreditvergabe eine Zinsspanne von 4 bis 5 Prozent berechnen müsse. Keinesfalls waren die beiden Privatbanken bereit, sich hinsichtlich der für die von ihnen gewähr-

35 Ebenda, Rechnungshof, Nr. 2807, Bl. 6 f.

36 Ebenda, RWM, Nr. 18032, Bl. 90 f.

37 Mit der "oberschlesischen Aktion" sind die staatlichen Subventionen für die oberschlesische Eisenbahnindustrie - an denen sich Flick bereicherte - gemeint.

38 ZStA, RWM, Nr. 18032, Bl. 90 f.

39 Ebenda.

40 Ebenda.



ten Kredite zu fordernden Zinshöhe die Hände zu binden. "Es sei für die Banken unannehmbar, Bedingungen in der Zinsbindung oder etwa in der Länge der Kreditdingabe einzugehen derart, daß die Kredite der Banken erst gleichzeitig oder etwa nach den Reichskrediten zurückgezahlt werden müßten", heißt es in Koepfels Schreiben. Die Mitwirkung der BHG an dem privaten Kredit von insgesamt 2 Millionen Reichsmark erfolge unabhängig von der Reichsgarantie und zu bankenmäßigen Bedingungen.<sup>41</sup>

Der Streit um die Zinshöhe dauerte fort. Die Preußische Staatsbank beabsichtigte ursprünglich, 11 Prozent Zinsen für ihren Kredit zu verlangen. Dagegen erhob Koepfel beim RWM Einspruch. Er "wies darauf hin, daß für die Reichskreditstelle<sup>42</sup> kein Grund für einen Zinsfuß von 11 % vorhanden sei, da die Gelder wohl sämtlich vom Reich herrührten."<sup>43</sup> Man habe sie also "billig" erhalten. Brekenfeld, der Vertreter der Preußischen Staatsbank, stellte daraufhin eine Ermäßigung des Zinssatzes auf 10 1/2 Prozent in Aussicht.<sup>44</sup>

Einige Tage später erklärte Koepfel in einer weiteren Besprechung, auch dieser ermäßigte Zinssatz sei zu hoch. Er forderte "nochmals dringend, den von den Staatsbanken in Aussicht genommenen Zinssatz von 10 1/2 % herunterzusetzen. Da diese Zinsen aus dem Kapital bezahlt werden müßten, würde dieses sehr verkürzt. Die Kommission werde später in eine mißliche Lage kommen, wenn dieser Tatbestand festgestellt werden müßte."<sup>45</sup> Bei einem Mißerfolg der finanziellen Unterstützung wegen ihrer zu geringen Höhe - darauf lief Koepfels Besorgnis hinaus - wäre auch der private Bankkredit in Gefahr, ein Verlustgeschäft zu werden.

Ein Vertreter des RWM unterstützte Koepfels Antrag - sehr wahrscheinlich aus ähnlichen Beweggründen hinsichtlich der Reichsgarantie -, und der Vertreter der Preußischen Staatsbank sagte eine weitere Senkung des Zinssatzes zu.<sup>46</sup>

Die Frage des Zinssatzes war auch Monate später noch nicht völlig gelöst. Der Zinssatz war in den zwischen den beteiligten Parteien abgeschlossenen Verträgen für die Zeit bis zum 31. Juli 1925 auf 10 1/2 Prozent festgesetzt worden und konnte danach verändert werden, sollte aber einschließlich der Provisionen grundsätzlich nicht mehr als 1 1/2 Prozent über dem Diskontsatz der Reichsbank liegen.<sup>47</sup> Die privaten Banken gewährten der Vulcan-Werke A. G. aus eigenen Mitteln zusätzlich einen Kredit von 1,5 Millionen Reichsmark. Sie verpflichteten sich, dafür höchstens 3 Prozent über dem Reichsbankdiskont liegende Zinsen zu nehmen.<sup>48</sup> Auf der Sitzung der aus Vertretern des RWM, des RFM, des Preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, der Marineleitung, der Preußischen Staatsbank (Seehandlung), der Reichs-Kredit-Gesellschaft AG sowie des Aufsichtsrates und des Vorstandes der Vulcan-Werke A. G. bestehenden Finanz- und Wirtschaftskommission.<sup>49</sup>

41 Ebenda.

42 Aus dem Schreiben geht nicht genau hervor, welche Institution gemeint ist. Als Kreditgeber der öffentlichen Hand fungierte in diesem Fall die Preußische Staatsbank (Seehandlung).

43 ZStA, RWM, Nr. 18032, Bl. 100, Niederschrift über eine Besprechung im RWM am 16. 4. 1925.

44 Ebenda.

45 Ebenda, Bl. 119 ff.

46 Ebenda, Bl. 119.

47 Ebenda, Bl. 148 ff., Abschrift der Verträge v. 4. 5. 1925.

48 Ebenda.

49 Ebenda, Nr. 18437, Bl. 126 ff. - Dieser Kommission oblag die Überwachung der gesamten Geschäftstätigkeit der AG. Solche aus Vertretern der Ministerialbürokratie, der staatlichen Banken sowie von Monopolvertretern zusammengesetzte Kommissionen wurden in vielen Subventionsfällen gebildet.

für die Vulcan-Werke A. G. war am 7. Oktober 1925 der Zinssatz wiederum Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen: "Die Seehandlung erklärt, daß sie für langfristige öffentliche Gelder gegenwärtig 8 % p. a. zahlen müsse und deshalb jetzt die dem Vulcan zuzuleitenden Gelder nicht unter 9 % p. a. verleihen könne. Herr Lahr (Beamter des RWM - K. L.) stellt darauf fest, daß die Seehandlung nicht mehr, wie bisher, für sich eine Spanne von 1 1/2 p. a., sondern nur noch von 1 % p. a. in Anspruch nimmt. Herr v. Krosigk (RFM - K. L.) teilt mit, daß der Seehandlung öffentliche Gelder auch unter 8 % p. a. zufließen, so daß gegenwärtig von der Seehandlung doch eine Spanne von 1 1/2 % p. a. vom Vulcan genommen würde ..."<sup>50</sup> Vorwegnehmend sei hier erwähnt, daß 1926 von der Preussischen Staatsbank der Zinssatz für dieses Darlehen herabgesetzt wurde.<sup>51</sup> Zwischen den Privatbanken und der Vulcan-Werke A. G. war vertraglich vereinbart worden, daß diese Banken für den von ihnen weitergeleiteten staatlichen Kredit von 15 Millionen Reichsmark einen Zinssatz von 10 1/2 Prozent für das erste Vierteljahr berechnen sollten.<sup>52</sup>

Es interessiert nun die Frage, was der Kredit bewirkt hat. Das RWM konstatierte in einem Schreiben an das Reichsarbeitsministerium, das RFM, das Preussische Finanzministerium und das Preussische Ministerium für Handel und Gewerbe vom 4. November 1925, daß die Vulcan-Werke A. G. trotz staatlicher Unterstützung keine nennenswerten Aufträge hereinnehmen konnte. "Diese Tatsachen geben Anlaß zur Nachprüfung, ob der Weg, den das Reich und Preußen seinerzeit zur Unterstützung der Vulkan-Werke eingeschlagen haben, der richtige gewesen ist und ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, die hierzu bereitgestellten Mittel nur zur Finanzierung des Fertigbaues der bei der Einleitung der Stützungsaktion im Bau befindlichen Schiffe zu verwenden, sie im übrigen aber an solche Reedereien zu vergeben, die bereit wären, Neubauten bei den Vulkan-Werken zu bestellen."<sup>53</sup>

Die staatlichen Mitglieder der Finanz- und Wirtschaftskommission verfolgten diesen Gedanken auf einer separaten Besprechung im RWM am 12. Dezember 1925 weiter.<sup>54</sup> Die Kredite seien bisher unwirtschaftlich verwendet worden, so daß die Vulcan-Werke A. G. schon mit dem Abbau begonnen habe. Das RWM habe bereits mit verschiedenen Reedereien wegen einiger Bauaufträge verhandelt. Es kämen Aufträge der Hamburg - Amerika Linie (Hapag), der Deutschen Dampfschiffahrts-Gesellschaft "Hansa" und der Austral-Linie in Betracht.<sup>55</sup> Doch müßte man den Reedereien in der Zinsfrage entgegenkommen. Zur Finanzierung von Aufträgen war den Reedereien ein staatlicher Sonderfonds zur Verfügung gestellt worden.<sup>56</sup> Sie sollten 80 Prozent des Baupreises als Kredit erhalten.<sup>57</sup> Das RWM rechnete außerdem mit Entschädigungszahlungen aus den USA für alle während des Weltkrieges von den USA beschlagnahmten Schiffe und Kaianlagen in Höhe von nahezu 300 Millionen Reichsmark.<sup>58</sup> Tatsächlich wurden 1928 den deutschen Reedereien Entschädigungen zuerkannt, in deren Genuß in erster Linie die Monopolreedereien kamen.<sup>59</sup> Bemerkungen von Eckardt, dem Vertreter der Marineleitung, in dieser Besprechung lassen darauf schließen, daß ihm die Interessen anderer Werften aus rüstungspolitischen Gründen mehr am Her-

50 Ebenda, Nr. 18032, Bl. 165.

51 Ebenda, Bl. 260 f., 270.

52 Ebenda, Bl. 153.

53 Ebenda, Bl. 170.

54 Ebenda, Bl. 178 ff.

55 Ebenda.

56 Die Höhe des 1924 geschaffenen Fonds betrug 50 Millionen Reichsmark. Er trug zur Wiederbelebung der Geschäfte der deutschen Reedereien bei. (ZStA, Reichstag, Nr. 2603, Bl. 259 ff.)

57 ZStA, RWM, Nr. 18032, Bl. 178 ff.

58 Ebenda, Bl. 181.

59 Vgl. Wehner, Heinz, a. a. O., S. 396 ff.

zen lagen, als diejenigen der Vulcan-Werke A. G. und der mit ihr verflochtenen Banken: "Auf alle Fälle müsse dafür gesorgt werden, daß die Aufträge keine Verlustaufträge seien. Bei dem großen Vorteil, der sich durch die Gewährung eines solchen Darlehens für die Reederei biete, müsse zur Bewilligung eines genügend hohen Preises veranlaßt werden können ..."<sup>60</sup> Weiter heißt es dort: "Herr Eckardt erklärt noch, daß die Belange der Landesverteidigung nicht so weit gingen, daß es sich rechtfertigen ließe, die Werft weiter auf die bisherige unproduktive Weise zu erhalten."<sup>61</sup> In einem am 19. Dezember 1925 verfaßten Schreiben des Chefs der Marineleitung im Reichswehrministerium an das RWM wird noch deutlicher gefordert: "... Des ferneren wird die Werftleitung von der Wirtschaftskommission in nachhaltigster Weise nochmals darauf hinzuweisen sein, daß mit einer Investierung weiterer Gelder über den in Aussicht genommenen Betrag hinaus, in keiner Weise gerechnet werden kann und daß der Fortbestand nicht nur des Hamburger, sondern auch des Stettiner Betriebes<sup>62</sup> daher davon abhängt, daß es der Werftleitung gelingt, für den Stettiner Betrieb neue Aufträge hineinzubekommen. Der Werftleitung ist durch die Aktion 3/4 Jahr lang, wie bisher kaum einer anderen Werft, eine Atempause gewährt worden. Wenn sich das Stettiner Werk gleichwohl durch das völlige Ausbleiben von Neubaufträgen als nicht mehr lebensfähig erweisen sollte, so würde die sich daraus ergebende Konsequenz, so sehr ich sie vom Standpunkt der maritimen Landesverteidigungsbereitschaft auch bedauere, hingenommen werden müssen."<sup>63</sup>

Bis März 1926 waren für die Hamburger Niederlassung - für die ursprünglich keine Unterstützung vorgesehen war - 1,6 Millionen Reichsmark und für die Stettiner 5,7 Millionen Reichsmark, also insgesamt 7,3 Millionen Reichsmark verbraucht worden.<sup>64</sup>

Die oben zitierte Äußerung entsprach der Linie, auf die sich der Chef der Heeresleitung, v. Seeckt, in seinen Gesprächen mit Ruhrindustriellen, vor allem mit Krupp von Bohlen und mit Vögler, während einer Reise durch das Ruhrgebiet zwecks "Festlegung des Programms durch Waffenamt mit den bedeutendsten Werken des Ruhrgebiets unter besonderer Berücksichtigung der für die Rüstungsindustrie in Frage kommenden Firmen" geeinigt hatte. Gefordert wurde die Konzentration der Rüstungsproduktion auf wenige Firmen und kein Geld an Firmen zu zahlen, die nicht lebensfähig sind.<sup>65</sup> Für die Marineleitung kamen ausser der Vulcan-Werke A. G. auch noch andere Werften in Frage. Bezeichnend ist, daß in anderen Fällen die militärischen Interessen durchaus über die ökonomische Effektivität triumphierten. So zum Beispiel bei den Subventionen für die Firmen F. Schichau in Elbing und in Danzig. Hier wurden aus politischen und militärischen Gründen umfangreiche Mittel aus dem Staatshaushalt an Firmen gezahlt, bei denen sich die Kreditgeber von vornherein darüber klar waren, daß die Unternehmen sich nicht als lebensfähig erweisen würden. Die Entscheidung über die Stützung der Vulcan-Werke wurde sehr wahrscheinlich stark durch den Konkurrenzkampf zwischen den Werften beeinflusst, in dem die Beziehungen zu staatlichen Institutionen und zur Ministerialbürokratie als scharfe Waffe genutzt wurden. Dieser Schluß drängt sich auf, wenn man die Darlegungen liest, die von Vertretern der Vulcan-Werke A. G. über die Ergebnisse eines von der Reichsmarine ausgeschriebenen Wettbewerbs um den Auf-

60 ZStA, RWM, Nr. 18032, Bl. 183.

61 Ebenda, Bl. 184.

62 Am 23. Mai 1925 hatte die Finanz- und Wirtschaftskommission - wie bereits erwähnt - beschlossen, daß die bereitgestellten Mittel nur für Stettin verwendet und nur diesem Werk neue Aufträge erteilt werden dürften. (Ebenda, Bl. 133 ff.)

63 Ebenda, Bl. 187.

64 Ebenda, Bl. 217.

65 Aus der geheimen Denkschrift aus dem Reichswirtschaftsministerium vom 6. 12. 1925 über die Reise von Generaloberst Hans v. Seeckt, Chef der Heeresleitung, durch das Ruhrgebiet in der Zeit vom 24. - 28. 11. 1925, in: Dokumente zur deutschen Geschichte 1924 - 1929, hg. v. Wolfgang Ruge u. Wolfgang Schumann, Berlin 1975, S. 58.



trag für die Turbinenanlage eines Kreuzers gemacht wurden. "In dem Bestreben, für die Vulcan-Stettin Arbeit hereinzuholen, war vulcanseitig ein Kampfpfeis von RM 945 000, - (starker Verlustpreis) in Aussicht genommen . . ."66 Die am Wettbewerb beteiligten Firmen (außer Schichau) einigten sich jedoch auf eine gemeinschaftlich kontrollierte Kalkulationsbasis. Dadurch erhöhte die Vulcan-Werke A. G. ihr Preisangebot auf 1 340 000, - Reichsmark. Die anderen Interessenten boten<sup>67</sup>:

Brown, Boveri & Co.	1 420 000, - RM
Fried. Krupp A. G. Germanlawerft	1 394 000, - RM
Blohm & Voß K.-G. a. A. in Hamburg	1 330 000, - RM
F. Schichau, Elbing	825 000, - RM.

Eine erneute Preisofferte forderte die Marine lediglich von den Firmen Blohm & Voß und F. Schichau, Elbing. "Bei diesem Endkampf lag der Preis von Blohm & Voß etwas unter demjenigen der Firma Schichau; der Zuschlag wurde aber trotzdem auf Veranlassung des Reichswehrministeriums nach Elbing gegeben mit Rücksicht auf allgemeine politische Rücksichten. Da Schichau-Elbing im Laufe des Jahres bereits zwei Torpedobootsanlagen bestellen erhalten hatte, ergibt sich das Bild, daß nach Elbing im vorigen Jahre über 50 % aller von der Marine erteilten Aufträge gegeben worden sind. Bei der Firma Blohm & Voß liegt die marineseitige Zusage vor, bei nächster Bestellmöglichkeit marineseitig in erster Linie berücksichtigt zu werden."<sup>68</sup>

Auch im Rahmen des für den Aufbau der Handelsmarine aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge geschaffenen Schiffserneuerungsfonds habe die Vulcan-Werke A. G. Stettin, so heißt es weiter, keine Aufträge erhalten.<sup>69</sup> Das RFM war gegen eine weitere Unterstützung der Vulcan-Werke A. G., selbst dann, wenn diese über die Reedereien erfolgen sollte.<sup>70</sup> In einer Besprechung am 13. Februar 1926 wurde die weitere Verfahrensweise erneut erörtert.<sup>71</sup> Der Vertreter des RWM, Lahr, drängte auf Entscheidung, damit die Hamburg - Amerika Linie (Hapag) nicht ein Angebot auf Auftragserteilung zurückziehe. Der Vertreter des Preußischen Handelsministeriums, Sommer, erklärte, daß der Vorschlag des RWM, weiterhin zu subventionieren, nur unter drei Bedingungen gangbar sei: Die Zustimmung der Vulcan-Werke A. G. müsse vorliegen, die Hamburger Werft liquidiert werden, und das neue Darlehen dürfe nicht mehr als 5 Millionen Reichsmark betragen. Außerdem sei die Zinsverbilligung durch die Vulcan-Werke A. G. selbst zu tragen. Preußen legte besonders großen Wert auf die Schließung der Hamburger Werft. Sommer erklärte: "Er habe von seinem Minister den ausdrücklichen Auftrag, daß kein Pfennig mehr bewilligt würde, wenn nicht die Hamburger Werft geschlossen werde. Auch aus allgemein volkswirtschaftlichen Erwägungen empfehle es sich nicht, die Werft zu halten, sondern sie zu verschrotten, da die Zahl der vorhandenen Werften zu groß sei. Wenn in späteren Jahrzehnten einmal wieder ein größerer Bedarf eintreten sollte, würden sich Mittel und Wege finden lassen, alsdann auch die Produktionsmittel wieder zu beschaffen; die jetzigen würden alsdann doch unmodern und unvollkommen sein."<sup>72</sup>

Diese Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen staatlichen Ebenen und Institutionen erklären sich auch aus den Verflechtungen zwischen deren Interessen und denen bestimmter Werften sowie der mit diesen liierten Monopolen der Schwerindustrie und des Bankkapitals.

66 ZStA, RWM, Nr. 18032, Bl. 219.

67 Ebenda.

68 Ebenda.

69 Ebenda, Bl. 220.

70 Ebenda, Bl. 197 ff.

71 Ebenda, Bl. 212.

72 Ebenda, Bl. 213.

So mischten die Eisen- und Stahlmonopole beim Konkurrenzkampf zwischen den Werften kräftig mit und strebten Fusionen zwischen den Werften an. Besonders aktiv betrieb die Deutsche Werft A. -G., Hamburg, die Zentralisation. Zu ihren Gründern zählte beispielsweise die Gutehoffnungshütte Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb in Nürnberg. Auch die Reedereigesellschaft Hamburg - Amerika Linie (Hapag), die zu ebendieser Werftgesellschaft sehr enge Beziehungen hatte<sup>73</sup>, und die bereits erwähnten Banken sprachen bei den Entscheidungen ein gewichtiges Wort. Leckebusch beschreibt diese Vorgänge: "In dieser Zeit der langen, alle Werften beeinträchtigenden Krise und des Abbaus eines Teils der vorhandenen Überkapazitäten im deutschen Schiffbau, beschäftigte man sich auf der Deutschen Werft mit dem Gedanken des Ankaufes der Hamburger Vulcan-Werft und eines 'gentlemen-agreement' mit Blohm & Voß über das Hamburger Geschäft. Gleichzeitig gingen auch von Bremer Wirtschaftskreisen vor allem unter der Regie des Bankiers Schröder Bestrebungen zur Gründung einer Schiffbaudachgesellschaft aus, die sich bis zu einer Anfrage Schröders an die Gutehoffnungshütte und AEG verdichteten, die Deutsche Werft an eine zu bildende Werftgruppe an der Weser anzuschließen."<sup>74</sup> Der Bankier Johann Friedrich Schröder, persönlich haftender Gesellschafter der J. F. Schröder Bank K. -G. a. A., Bremen, verfolgte bereits vor dem ersten Weltkrieg Schifffahrts- und Schiffbauinteressen und baute sein Imperium in den zwanziger Jahren zielstrebig aus.<sup>75</sup> Er übernahm 1925 die A. -G. "Weser", Bremen, gliederte ihr die Joh. C. Tecklenborg Schiffswerft- und Maschinenfabrik A. -G. an<sup>76</sup> und streckte zur gleichen Zeit die Hand nach der Hamburger Werft der Vulcan-Werke A. G. aus.<sup>77</sup> Ebenfalls interessiert an einer Fusion verschiedener Werften war der Norddeutsche Lloyd in Bremen, zu dessen Aufsichtsrat unter anderem J. F. Schröder, Paul von Schwabach und Graf Henckel von Donnersmarck gehörten.<sup>78</sup> Der Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd Bremen, Stimming, wandte sich in dieser Angelegenheit an den Reichswirtschaftsminister Curtius.<sup>79</sup> Er strebte, übereinstimmend mit J. F. Schröder, den Zusammenschluß der A. -G. "Weser", der Joh. C. Tecklenborg Schiffswerft- und Maschinenfabrik A. -G. und der Hamburger Werft der Vulcan-Werke A. G. an. Auch vom Vorstand und Aufsichtsrat der Vulcan-Werke A. G. selbst wurde eine Fusion betrieben. "Nach unserer Auffassung ist eine Konsolidierung der Verhältnisse ... nur von einer Verschmelzung der Werften und ihrer Interessen zu erhoffen. An Anregungen dieser Art hat es im Jahre 1925 nicht gefehlt; es hat sich aber gezeigt, daß gegen einen freiwilligen Zusammenschluß noch eine zu starke Gegnerschaft besteht."<sup>80</sup> Da staatliche finanzielle Stützungen den Widerspruch zwischen Produktion und Markt nicht lösen, sondern seine Auswirkungen nur zeitweilig abschwächen konnten, sollte durch Angliederung an andere Werften ein Ausweg aus der Situation gefunden werden. Nun ging es den Eigentümern der Vulcan-Werke A. G. darum, ihre Verluste so gering wie möglich zu halten.

Infolge der Konkurrenz gestaltete sich der Zentralisationsprozeß keineswegs reibungslos. Vertreter der Vulcan-Werke A. G. stellten die Vorgänge so dar: "Die mit der Deutschen Werft geführten Verschmelzungsverhandlungen sind Mitte Januar 1926 abgebrochen, da die Gutehoffnungshütte bei der schwierigen Wirtschaftslage der Schwerindustrie eine Ver-

73 Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften 1926, Bd. 2, S. 3595 ff.

74 Leckebusch, Günther, Die Beziehungen der deutschen Seeschifffahrtswerften zur Eisenindustrie an der Ruhr in der Zeit von 1850 - 1930, Köln 1930, S. 108.

75 Deutscher Wirtschaftsführer, a. a. O., 1929.

76 Ebenda.

77 Leckebusch, Günther, a. a. O.

78 Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften 1925, Bd. 1, S. 3746.

79 ZStA, RWM, Nr. 18437, Bl. 358 f., Schreiben v. 16. 11. 1926.

80 Ebenda, Bl. 236, Vulcan-Werke A. G., Bericht für das 69. Geschäftsjahr 1925.

mehrung ihres Risikos bei ihrer Tochtergesellschaft Deutsche Werft vermieden sehen wollten. Bei der abschließenden Aussprache erklärte Herr Generaldirektor Reusch Herrn Stahl, sollte der Vulcan eine Möglichkeit sehen, Vulcan Hamburg billig abzustoßen (ein Geldaufwand von ca. 3 Millionen wurde dabei damals als untragbar bezeichnet), so bäte er, ihn wieder zu benachrichtigen. Bei der A. G. 'Weser' hat immer ein Fusionsinteresse bestanden, auch ist eine Fusion 'Vulcan-Weser' vor Jahren einmal von der Schröder-Bank erörtert worden.<sup>81</sup> Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit der Deutschen Werft trat die Vulcan-Werke A. G. an die A.-G. "Weser", Bremen, heran. Dabei stellte sich heraus, daß diese und die ihr nahestehende J. F. Schröder Bank K.-G. a. A., Bremen, mit der Bremer Vulkan, Schiffbau und Maschinenfabrik in Vegesack (die nicht zur Vulkan-Werke A. G. gehörte!) Fusionsverhandlungen eingeleitet hatte. Hauptaktionär der Bremer Vulkan war damals August Thyssen gewesen, seit dessen Tod war es sein drittältester Sohn, Baron Thyssen, der gleichzeitig auch eine qualifizierte Minderheit des Aktienkapitals der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft kontrollierte. Im Geschäftsbericht der Vulkan-Werke A. G. heißt es weiter zu den Fusionsbestrebungen: "Die unsererseits aufgewandten Bemühungen verfolgten den Plan, die Schröderbank dafür zu interessieren, zunächst einmal den Bremer Vulkan in Vegesack mit der A. G. 'Weser' und unserer Gesellschaft zu fusionieren und, sobald man zu einer prinzipiellen Übereinstimmung gekommen wäre, den Versuch zu machen, auch noch die Tecklenborgwerft in Wesermünde und die Deutsche Werft in Hamburg für die Kombination zu gewinnen. Durch den vorerwähnten Thyssen'schen Aktienbesitz bei der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft würde man auch diesen Werftplatz gewinnen und so wäre zu hoffen, daß man durch Verwirklichung dieses Projektes die Zahl der konkurrierenden Werften ganz wesentlich verringert haben würde und zudem eine Gruppe zusammengebracht hätte, die getragen und unterstützt sein könnte in Bremen restlos von dem dortigen Lokalpatriotismus und dem dortigen Reparaturmonopol der Weserwerft und in Hamburg durch die einflußreichen Beziehungen der Deutschen Werft und die starken Reparaturbeziehungen der Vulcanwerft."<sup>82</sup> Vielleicht waren die "Reparaturbeziehungen" sogar einer der wichtigsten Gründe für die Gewährung des Kredits? Die Aktionäre der einzelnen Werften würden kein Bargeld, sondern Aktien einer neu zu gründenden Gesellschaft erhalten. Es sei zwar keine staatliche Zwangssyndizierung, aber doch die Einflußnahme einer Persönlichkeit aus dem Staatsapparat erwünscht.<sup>83</sup>

In den Jahren 1925 und 1926 lockerte die ökonomische Situation den Boden für ein schnelleres Voranschreiten des Zentralisationsprozesses. Die staatliche Hilfsaktion für die Vulcan-Werke A. G. beschleunigte diesen Prozeß, ja, die staatliche Seite forcierte ihn bewußt. So wurden von privatmonopolistischer wie von staatlicher Seite immer wieder rüstungspolitische und militärstrategische Überlegungen ins Spiel gebracht. Die Vertreter der Vulcan-Werke A. G. formulierten diese für sie sehr profitversprechenden Pläne so: "Während die Entente die Zerstörung von Werkstätten und Maschinen, die der Wehrmacht zu Lande dienten, gefordert hat, ist erfreulicherweise hiervon die Werftindustrie völlig verschont geblieben, so daß Deutschlands Kraft auf diesem Gebiet ungebrochen dasteht. Unsere großen Werftanlagen in Hamburg und Stettin haben vor wie während des Weltkrieges in größtem Ausmaße für die Kriegsmarine gearbeitet und empfinden wir es als eine nationale Aufgabe, die Wehrhaftigkeit unserem Vaterlande erhalten zu sehen."<sup>84</sup> Ein gemeinsames Interesse an der Sicherung materieller Rüstungsbasen verband die Vertreter der Vulcan-Werke A. G. mit den Vertretern militärischer Reichsstellen. Dabei war die Frage, ob die Vulcan-Werke A. G. selbständig bleiben sollte oder nicht, für die Militärs von untergeordneter Bedeutung. Dies

81 Ebenda, Bl. 282 f.

82 Ebenda.

83 Ebenda, Bl. 313.

84 Ebenda, Bl. 236.

zeigen die Überlegungen der Marineleitung, die ihr Chef, Admiral Zenker, in einem Schreiben äußerte. Er bezog sich darin auf eine Referentenbesprechung im Reichswehrministerium, die Ende September 1926 stattgefunden hatte und in der die Frage diskutiert wurde, ob aus militärischen Gründen eine Aufrechterhaltung der Anlagen in Stettin erforderlich sei. Dort war man zu folgendem Schluß gekommen: "Die militärischen Gründe, die s. Zt. für die Gewährung der Kredite an die Vulkan-Werke mit ausschlaggebend gewesen sind, bestehen auch noch heute und in absehbarer Zukunft unverändert fort. Während im Landesverteidigungsfalle mit der Gefährdung aller Nordseewerften zu rechnen ist und auch die Kieler Werftbetriebe störenden Angriffen aus der Luft und von der Seeseite her ausgesetzt sein dürften, bieten die Stettiner Werften wegen ihrer in strategischer Hinsicht verhältnismäßig günstigeren Lage die meiste Aussicht dafür, daß sie der Flotte als Reparatur- und Ausrüstungsstelle voll erhalten bleiben können. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde also der Stettiner Vulkan im Landesverteidigungsfalle von der Reichsmarine in erster Linie als Reparatur- und Ausrüstungsstätte benötigt und in Anspruch genommen werden, wobei noch hinzukommt, daß dieser Betrieb die größten praktischen Erfahrungen im Kriegsschiffsbau jeglicher Art besitzt ..."<sup>85</sup>

Die Realisierung der Pläne war - wie weiter aus diesem Schreiben hervorgeht - auf Schwierigkeiten gestoßen: "... Ich darf mir Anregungen, unter welcher neuen Betriebsform sich die Verschrottung des Stettiner Vulcan auch nach erfolgter Beschlussfassung über die Liquidation vielleicht doch vermeiden läßt, noch vorbehalten. M. E. hängt alles Weitere wesentlich davon ab, ob es unter weiterem Abbau des kostspieligen großen Verwaltungsapparates des Vulcan durch Angliederung an einen anderen Betrieb sich ermöglichen lassen wird, für die nächsten Jahre ein gewisses Mindestbauprogramm sicherzustellen. Da nach den bestehenden Bestimmungen Kriegsschiffsbauten auf dem Stettiner Vulcan nicht in Frage kommen, könnte ich mich an dem Mindestbauprogramm nur auf dem Wege beteiligen, daß ich auf die Erteilung einiger privater Tankdampferaufträge an den Stettiner Vulcan Einfluß nehme. Ob sich diese etwaigen Tankdampferaufträge überhaupt finanzieren lassen, ist allerdings z. Zt. noch nicht zu übersehen. Jedenfalls bitte ich mich bei allen weiteren Entschlüssen in Sachen der Vulcan-Werke laufend zu beteiligen. Endlich darf ich noch ergebenst darum bitten, die obigen Ausführungen streng vertraulich behandeln und sie nur an die beamteten Mitglieder der Finanzierungs- und Wirtschaftskommission, und zwar an diese nur mündlich weitergeben zu wollen."<sup>86</sup>

Das Ziel der Marineleitung war zwar die Aufrechterhaltung der Rüstungsbasis, jedoch ließ sich dieses Ziel genauso durch eine Fusion der Vulcan-Werke A. G. mit anderen Rüstungsunternehmen erreichen.

In der Besprechung der Vertreter des Reichswirtschafts-, Reichsfinanz-, Reichsverkehrs- und Reichswehrministeriums, der Vertreter des Preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe sowie des Preußischen Finanzministeriums und des Oberpräsidenten der Provinz Pommern am 2. November 1926 herrschte einmütige Auffassung darüber, daß keine weiteren Kredite an die Vulkan-Werke A. G. zu geben seien.<sup>87</sup> Unter der bestehenden Leitung des Unternehmens und unter Führung des derzeitigen Aufsichtsrates sei eine Weiterführung der Sanierung aussichtslos. Der Oberpräsident der Provinz Pommern habe bereits mit den übrigen Stettiner Werften Besprechungen durchgeführt und werde sie mit dem Ziel fortsetzen, "den Zusammenschluß dieser Werften unter Übernahme der Stettiner Niederlassung der Vulcan und Stilllegung ihrer eigenen Betriebe herbeizuführen."<sup>88</sup>

85 Ebenda, Bl. 304 f., Reichswehrministerium, Chef der Marineleitung, an Ministerialrat Lehr, RWM, v. 15. 10. 1926, Abschrift.

86 Ebenda (Hervorhebung im Original).

87 Ebenda, Bl. 323 f.

88 Ebenda, Bl. 324.



Bei den anderen Stettiner Werften handelte es sich um die Oderwerke, die Buschke & Co. Schiffswerft, Kesselschmiede u. Maschinenbau-Anstalt A. G. und um Retzlaff. Die Fusionsbestrebungen in der Werftindustrie kristallisierten sich also um zwei Standorte; die Nordsee und die Odermündung. Daß hier strategische Gesichtspunkte eine ausschlaggebende Rolle spielten, liegt auf der Hand. Das Ziel bestand in der Erhaltung von zwei wichtigen Basen für die zukünftige maritime Aufrüstung. Die Entscheidung, die Ende November 1926 über das weitere Schicksal der Vulcan-Werke A. G. gefällt wurde, läßt jedenfalls diesen Schluß zu.<sup>89</sup> Noch deutlicher wird die Ansicht der mit der Vulcan-Angelegenheit befaßten Vertreter der öffentlichen Hand in der Niederschrift über eine Besprechung, in der erneut für eine Verschmelzung der Vulcan-Werke A. G. mit anderen Stettiner Werften plädiert wurde. Der Chef der Marineleitung, Admiral Zenker, "wies darauf hin, daß starke Gründe militärischer Natur für die Erhaltung der Stettiner Werft als einziger Großwerft an dieser wichtigen und geschützten Stelle der Ostsee auch heute noch sprächen. Er würde daher die Verschrottung der Stettiner Vulcan für einen sehr großen Verlust für die Marine ansehen."<sup>90</sup> Der Vorschlag der Bankenvertreter, das Reich und Preußen sollten die Werft übernehmen, "sei unannehmbar, da er den Aktionären das Hamburger Werk ohne Schulden überlasse und das Reich und Preußen auf den unverwertbaren Stettiner Vulcan unter Belastung mit sämtlichen Schulden, sogar mit sämtlichen Pensionsansprüchen verweisen wolle."<sup>91</sup>

Es wurde dem Vorschlag des Reichsverkehrsministers zugestimmt, in den Verkauf der Hamburger Vulcan-Werft einzuwilligen und sie aus der Haftung für die Kredite des Reiches und Preußens zu entlassen. Der Verkehrsminister führte dazu aus; "Die Hamburger Niederlassung solle an einen unter Führung der Schröder-Bank in Bremen stehenden Nordseewerfttrust übergehen, der die A. G. Weser in Bremen, die Werft von Tecklenborg in Wesermünde und möglicherweise auch den Bremer Vulkan in Vegesack und die Deutsche Werft in Hamburg-Finkenwärder umfassen werde und dessen Bildung der auch von der Reichsregierung wiederholt betonten Notwendigkeit einer Zusammenfassung der Seeschiffswerften entgegenkomme."<sup>92</sup> Er versprach sich unter anderem davon die Anregung für die Ostseewerften, ebenfalls zu fusionieren. Das Kabinett beschloß, dem Verkauf der Hamburger Niederlassung zuzustimmen.<sup>93</sup> Unklar blieb zunächst, was mit der Stettiner Werft geschehen sollte.

Ganz so reibungslos ging die Angelegenheit dann aber doch nicht über die Bühne. Bei der Liquidation der Vulcan-Werke A. G. kam es zu einer Kontroverse zwischen der öffentlichen Hand und den staatlichen Banken einerseits und den Privatbanken andererseits, in der jede der beteiligten Seiten mit möglichst geringem Verlust die Vulcan-Angelegenheit abschließen wollte. Die Privatbanken hatten am 26. November 1926, also am Tage der Kabinettsitzung, ihre am Vortage gegebene Zusage, "daß sie den Vulcanwerken die von ihnen eingeräumten Kredite ebenfalls auf fünf Jahre fest und zinsfrei belassen wollten", zurückgezogen.<sup>94</sup> Am 25. November 1926 war in der Sitzung der Finanz- und Wirtschaftskommission für die Vulcan-Werke in Hamburg und Stettin A. G. eine "Gemeinsame Erklärung der Ressortvertreter und der Vertreter der Staatsbanken (Erka, Preußische Staatsbank)" abgegeben worden. Darin wurde den verantwortlichen Ministern empfohlen, dem Verkauf des Hamburger Werkes nur dann zuzustimmen, wenn der gesamte Erlös daraus, darunter auch die Forderung gegen den in Gründung begriffenen Nordseewerfttrust, den Aktiva der Vulcan-Werke in Hamburg und Stettin A. G. zufließe und die Privatbanken wie bisher Gläubiger der Vulcan-Werke A. G. blieben. Eine Einflußnahme auf den Nordseetrust durch die öf-

89 Ebenda, Bl. 355 f.

90 Ebenda, Bl. 391, Niederschrift über die Chefbesprechung am 2. 11. 1926 v. 10. 11. 1926

91 Ebenda.

92 Ebenda, Bl. 355.

93 Ebenda, Bl. 356.

94 Ebenda, Bl. 355.

fentliche Hand sei nicht beabsichtigt. Da die Privatbanken erklärt hätten, hierauf nicht eingehen zu können, sei kein Ausgleich möglich.<sup>95</sup>

Dennoch hat - wie bereits dargelegt - das Kabinett am darauffolgenden Tag dem Verkauf der Hamburger Werft zugestimmt. Zugleich hatte sich der Reichswirtschaftsminister gegen die Freigabe der Hamburger Werft und für eine Liquidierung des Gesamtunternehmens ausgesprochen. Der Reichsfinanzminister und der Reichswehrminister waren für den Verkauf der Werft in Hamburg.<sup>96</sup> Am 28. Dezember 1926 wurde die Deutsche Schiff- und Maschinenbau A. -G., Bremen, vormalis A. -G. "Weser", Bremen, gegründet. Sie entstand durch Fusion der A. -G. "Weser", Bremen, mit der Joh. C. Tecklenborg Schiffswerft- und Maschinenfabrik A. -G., Bremerhaven, und durch Übernahme der Hamburger Werft der Vulcan-Werke in Hamburg und Stettin A. G.<sup>97</sup> Der Stettiner Besitz (Werft, Maschinenfabrik und Lokomotivbaufabrik) wurde zunächst noch unter der Firma "Stettiner Maschinenbau-A. G. Vulcan" als selbständiges Unternehmen fortgeführt.<sup>98</sup> Die Preußische Staatsbank verstärkte 1927 ihre finanzielle Unterstützung, indem sie den Zinssatz noch einmal senkte, und zwar auf 6 1/2 Prozent.<sup>99</sup>

In den Folgemonaten konzentrierten sich die Bemühungen auf eine Sanierung der Stettiner Werke. Es waren die bereits angeführten militärischen Gründe, die für die Mitwirkung der öffentlichen Hand den Ausschlag gaben. In einer Niederschrift über die Besprechung der staatlichen Ressortvertreter mit den Vertretern der Reichs-Kredit-Gesellschaft AG und der Preußischen Staatsbank am 7. Februar 1927 heißt es: "Herr Eckardt teilte mit, daß sich anlässlich eines Kriegsspiels gerade in der letzten Zeit die Wichtigkeit der Ostseewerften herausgestellt habe, weil die Nordseewerften durch Flugzeuge sofort zerstört werden könnten."<sup>100</sup>

Ein Sanierungsvorschlag der BHG wurde aufgegriffen. Er sah im einzelnen vor<sup>101</sup>: Die Forderungen der öffentlichen Hand und der Banken gegenüber der Stettiner Maschinenbau-A. G. Vulcan, die zu der Zeit 7,5 Millionen Reichsmark betragen, sollten durch die Hereinnahme von Aktienpaketen abgedeckt werden. Und zwar sollten 2,8 Millionen Aktien der Deutschen Schiff- und Maschinenbau A. -G. (in den Akten "Wesertrust" genannt) zu einem Kurs von 1,25, das heißt zu 3,5 Millionen Reichsmark, hereingenommen werden, 4 Millionen Aktien einer neu zu gründenden Terraingesellschaft zu einem Kurs von 100, das heißt zu 4 Millionen Reichsmark. Außerdem war eine Zusammenlegung des Aktienkapitals des Vulcan von 6,6 Millionen auf 3,3 Millionen Reichsmark, also im Verhältnis 2 : 1, vorgesehen. Danach sollte das Aktienkapital wiederum auf 6 Millionen Reichsmark erhöht werden. Die Transaktion sah die Aufgabe der Staatskasse in folgendem: "Die hierzu erforderlichen 2,7 Millionen Aktien sollen dadurch geschaffen werden, daß die Forderung der öffentlichen Hand und der Banken in gleicher Höhe in Aktien umgewandelt werden. Der dann noch offene stehende Betrag der Schuld in Höhe von 1,6 Millionen Mark soll vom Reich, Preußen und den Banken (letztere sind zu 2/17 an dieser Forderung beteiligt) gestrichen werden."<sup>102</sup> Auf Veranlassung des RWM änderte die BHG den Plan dahingehend ab, daß er nunmehr eine stärkere Zusammenlegung des Aktienkapitals, im Verhältnis 3 : 1, vorsah.<sup>103</sup>

95 Ebenda, Bl. 373.

96 Ebenda, Bl. 355 f.

97 Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften 1926, Bd. 4, S. 7307.

98 ZStA, RWM, Nr. 18437, Bl. 390.

99 Ebenda, Bd. 18438, Bl. 3.

100 Ebenda, Bl. 22.

101 Ebenda, Bl. 29 ff.

102 Ebenda, Bl. 29.

103 Ebenda, Bl. 29, 69 f.



An der Sanierung sollten sich auch nach diesem neuen Plan die öffentliche Hand finanziell mit 15/17 gegenüber den privaten Banken mit 2/17 der Kosten beteiligen.<sup>104</sup> Andererseits legte die Preußische Staatsbank Wert auf eine gewisse Zurückhaltung der öffentlichen Hand: "Es ist unter allen Umständen zu vermeiden, daß die Stimmenmehrheit des 'Vulcan' durch die etwa notwendig werdende Übernahme junger Aktien auf die öffentliche Hand übergeht ..."<sup>105</sup>

In einer Ressortbesprechung am 24. August 1927 einigten sich die Vertreter der öffentlichen Hand, einer Fusion der Stettiner Maschinenbau-A. G. Vulcan mit der Deutschen Schiff- und Maschinenbau A. -G. in Bremen durch Übernahme der ersteren bei einem Aktienumtausch im Verhältnis 1 : 1 zuzustimmen.<sup>106</sup> So ging die Stettiner Maschinenbau-A. G. Vulcan ebenfalls in diesem Werftkonzern auf.<sup>107</sup> Unter tatkräftiger Hilfe des Reiches und Preussens war ein weiterer Schritt in der Zentralisation des im Schiffbau angelegten Kapitals gemacht worden. 1927 wurde dann das Kapital der Deutschen Schiff- und Maschinenbau-A. G. durch Ausgabe neuer Aktien um 5 Millionen auf 25 Millionen Reichsmark erhöht.<sup>108</sup> Die Zentralisationsvorgänge bei der Deutschen Schiff- und Maschinenbau A. -G. liefen auch danach noch weiter und waren mit Stilllegungen und Kapazitätsbereinigungen verbunden. 1927 erwarb die Gesellschaft die Mehrheit der Nüscke & Co. A. -G. in Stettin, der A. -G. "Neptun" in Rostock und der G. Seebeck A. -G. Schiffswerft, Maschinenfabrik und Trockendocks, in Wesermünde. Die letztere Gesellschaft fusionierte 1928 mit der Deutschen Schiff- und Maschinenbau A. -G. Die Stettiner Anlagen der Deutschen Schiff- und Maschinenbau A. -G. und das zu ihr gehörende Werk der früheren Joh. C. Tecklenborg Schiffswerft- und Maschinenfabrik A. -G. in Wesermünde wurden stillgelegt. 1929 beschloß die Gesellschaft die Verlegung der Hamburger Niederlassung nach Bremen. Das Hamburger Werk wurde zum Teil verkauft, zum Teil verschrottet.<sup>109</sup>

Das Bild der Zentralisationsvorgänge in der Werftindustrie in der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus wird noch abgerundet durch die Fusion der Deutschen Werft A. -G., die durch die Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb in Nürnberg, die Hamburg - Amerika Linie (Hapag) und die AEG kontrolliert wurde, mit der Reiherstieg Schiffswerfte und Maschinenfabrik Wetzel & Freytag, K. -G. a. A., Hamburg, die ihrerseits mit der Phoenix, A. -G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Düsseldorf, und mit der Daimler-Benz AG liiert war.<sup>110</sup> Dadurch wurde die mächtige Allianz zwischen Monopolen der Schwer- und Elektroindustrie, den Reedereien und Schiffbaukonzernen gefestigt.

104 Ebenda, Bl. 74 ff.

105 Ebenda, Bl. 75.

106 Ebenda, Bl. 113 f.

107 Ebenda, Bl. 134 ff.

108 Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften 1926, Bd. 4, S. 7307.

109 Ebenda 1933, Bd. 3, S. 3182 ff.

110 Ebenda.

## Zur ökonomischen Expansion der Berliner Bourgeoisie in Rumänien und Spanien vor 1871

von Horst Mauter

1. Berlin; Industrielle Revolution und ökonomische Expansion
2. Das erste Vordringen der Berliner Kapitalisten auf den Märkten in Rumänien und Spanien
3. Bemühungen um feste Positionen in Rumänien und Spanien bis zur Krise von 1856/57
4. Vorstellungen über Ökonomie und Politik in Berlin und der rumänische Eisenbahnbau in den sechziger Jahren
5. Der Markt in Spanien und Forderungen aus der Berliner Bourgeoisie nach Realisierung der Thronkandidatur eines Hohenzollernprinzen in Spanien

### 1. Berlin; Industrielle Revolution und ökonomische Expansion

Im Verlauf der Industriellen Revolution rückte Deutschland in die vorderste Reihe der Industrieländer auf. Berlin, die Hauptstadt des preußischen Staates, hatte einen entscheidenden Anteil an dieser Entwicklung und wuchs im Zeitraum von 1834 bis 1873 zum wichtigsten Zentrum der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland heran.<sup>1</sup> Mit Recht wird von vielen Historikern unterstrichen, daß die grundlegenden Veränderungen in dieser Stadt schon in der ersten Aufschwungsphase der Industriellen Revolution bis 1847 durch eine Hochflut von Eisenbahngründungen entscheidend gefördert wurden. Ohne Zweifel hatte sich Berlin schon im 18. Jahrhundert zu einer bedeutenden Gewerbe- und Manufakturstadt gemausert. Seine Metamorphose zum Zentrum des Kapitalismus der freien Konkurrenz in

1 Für die Darstellung der Entwicklung Berlins während der Industriellen Revolution wurden vor allem folgende Arbeiten benutzt: Mottek, Hans/Blumberg, Horst/Wutzmer, Heinz/Becker, Walter, Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin 1960; Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 2, Berlin 1964; Becker, Walter/Schröter, Alfred, Die deutsche Maschinenbauindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1962. Besonders ausgewertet wurde: Baar, Lothar, Die Entwicklung der Berliner Industrie in der industriellen Revolution, Berlin 1966.

Deutschland war jedoch nur durch den schnellen verkehrsmäßigen Ausbau möglich, vor allem eines so hochentwickelten Transportmittels wie der Eisenbahn.<sup>2</sup>

Nach der Inbetriebnahme der Eisenbahnlinie Berlin - Potsdam im Jahre 1838 wurde das sich entwickelnde Produktionszentrum Berlin in nicht einmal einem Jahrzehnt mit den Überseehäfen Stettin und Hamburg, mit anderen wichtigen Wirtschaftszentren, wie Sachsen, Schlesien und Hannover, nur einige Jahre später auch mit den rheinisch-westfälischen und Oberlausitzer Industriegebieten verbunden. Durch die Eisenbahnbauten der sechziger Jahre und durch die Verknüpfung des Berliner Schienenverkehrsnetzes mit anderen Liniensystemen wurden bereits in dieser Zeit fast alle deutschen und manche Länder in anderen Teilen Europas für Berlin verkehrsmäßig erschlossen. Damit waren sowohl lebenswichtige Versorgungswege für die sich immer rasanter entwickelnde Produktion als auch ihre lebensnotwendigen Absatzbahnen entwickelt worden.

Im engsten Wechselverhältnis mit der verkehrstechnischen Erschließung Berlins stand dessen Ausbau zum bedeutenden Zentrum der kapitalistischen Produktion. Natürlicherweise knüpfte man dabei an die historisch entstandenen gewerblichen und manufakturmäßigen Grundlagen an. Wie in ganz Deutschland, so blieb auch in Berlin das Textilgewerbe im Verlauf der Industriellen Revolution der "mit Abstand führende Zweig der nichtagrarischen Produktion"<sup>3</sup>. Allerdings führte eine Reihe von Standortfragen zur Abwanderung der Baumwoll- und Wollspinnerei aus der Stadt und zum Rückgang der Baumwollweberei. Andererseits wirkten sich aber der Abschluß des Zollvereins 1834 mit der bedeutenden Erweiterung des Marktes und die nach 1838 sich stetig verbessernden Transportverhältnisse günstig auf die Entwicklung der Seiden- und Wollweberei aus. Sie erlebten eine deutliche Ausdehnung der Produktion und des Absatzes. Ihrem Zuwachs war es zuzuschreiben, daß die Gesamtzahl aller in Berlin arbeitenden Webstühle im Seiden-, Baumwoll- und Wollgewerbe von 4 718 im Jahre 1831 auf 5 172 im Jahre 1846 anstieg.<sup>4</sup> Erst nach der Krise von 1856/57 und den folgenden Depressionsjahren ging auch die Seidenweberei in Berlin zurück, so daß "Berlin noch in den 60er Jahren als Seidenproduzent faktisch ausfiel"<sup>5</sup>.

Anders in der Wollweberei; Hier setzte sich der Aufschwung in hohem Maße fort, und in den sechziger Jahren wurde in diesem Gewerbebereich auch in stärkerem Umfang Handarbeit durch Maschinenarbeit ersetzt. Diesem Aufwärtstrend in der Wollwarenproduktion ist es zu verdanken, daß die Zahl der Webstühle in allen Bereichen der Textilindustrie in dieser Stadt nur unwesentlich von 5 172 im Jahre 1846 auf 4 715 im Jahre 1861 zurückging und daß das Textilgewerbe in diesem Jahr mit etwa 15 000 Arbeitskräften noch immer der Zweig mit der höchsten Beschäftigtenzahl war und vorläufig auch blieb.

Obwohl die Wollindustrie auch in anderen Teilen Deutschlands einen enormen Aufschwung erlebte, hatten an der "Exportoffensive" der deutschen Wollunternehmer in den fünfziger und sechziger Jahren die Berliner einen überragenden Anteil.

Eine ähnlich bedeutende Aufwärtsentwicklung kann während der Industriellen Revolution in der zur Veredelungsindustrie gerechneten Kattundruckerei registriert werden. Die Beschäftigtenzahl stieg hier zwischen 1837 und 1846 von 1 064 auf 1 716 an. Bis 1861 ging sie auf 1 082 zurück. Hinter diesem Rückgang verbirgt sich aber die Entstehung von technisch

2 Zur Rolle Berlins bei der Entwicklung des preußischen Eisenbahnnetzes wurde neben Baar, Lothar, a. a. O., S. 23 ff., noch benutzt: Eichholtz, Dietrich, Junker und Bourgeoisie vor 1848 in der preußischen Eisenbahngeschichte, Berlin 1962.

3 Baar, Lothar, a. a. O., S. 40.

4 Sämtliches statistisches Material im Abschnitt 1, sofern nicht anders angegeben, aus ebenda.

5 Ebenda, S. 53.

hochmodern ausgerüsteten kapitalistischen Großbetrieben. Während zum Beispiel im gesamten Berliner Wollgewerbe 1855 erst zwei Dampfmaschinen arbeiteten, waren es in der Kattundruckerei bereits 18, und hier stieg ihre Zahl bis 1869 noch auf 52 an. Die Zahl der Walzendruckmaschinen stieg in den Druckereien von zwei im Jahre 1835 zuerst sprunghaft auf 24 bis zum Jahre 1845, dann kontinuierlich auf 48 bis 1869. Dementsprechend erhöhte sich auch der Produktionsausstoß: Im Jahre 1835 gingen aus den Berliner Druckereien 70 000 Stück zu 55 Ellen hervor, zehn Jahre später aber schon 450 000 Stück zu 60 Ellen. Im Jahre 1868 wurde mit 800 000 Stück überhaupt die höchste Zahl erreicht. Ähnlich wie die Berliner Wollen- und Halbwollenwaren wurden Berliner Kattune zum führenden Exportartikel der Stadt.

Während der ersten Periode der Industriellen Revolution entstanden bereits die Grundlagen für einen neuen Gewerbebezweig, für den Berlin von Anfang an das bedeutendste Produktionszentrum in Deutschland war und mit dem es bis zur Krise von 1873 Weltgeltung erlangte; die Konfektion. Nach der Mitte der dreißiger Jahre begannen einzelne Unternehmer mit der Massenproduktion von Damenkonfektion - zuerst von Umhängen, Mänteln und Jacken, später auch von Kleidern, Schürzen und Blusen. Bis 1847 entstanden in der Stadt zwölf solche Unternehmen, darüber hinaus eine schwer bestimmbare Zahl von Werkstätten. Diese spezialisierten sich auf die Wäschekonfektion, die übrigens einen ähnlich schnellen Aufschwung nahm.

Wie umfangreich die Produktion der Berliner Konfektionsbetriebe in dieser Zeit schon gewesen sein muß, läßt sich aus einer einzigen Zahl erahnen: Im Unternehmen von H. Gerson am Werderschen Markt wurden allein im Jahre 1851 außer vielerlei anderen Modewaren insgesamt 16 000 bis 20 000 Mäntel und Mantillen hergestellt! Bis zum Jahre 1871 stieg die Zahl der Konfektionsunternehmen in Berlin auf etwa 60 und die Beschäftigtenzahl auf 69 374. Der quantitative Aufschwung ging mit einer Sortimentserweiterung einher; so gehörten in diesem Jahr auch schon die Herren- und Kinderkonfektion zum Programm. Konfektionswaren belebten seit den fünfziger Jahren in immer höherem Umfang den Berliner Export und eroberten sich besonders in den sechziger Jahren Absatzmärkte in allen Teilen der Welt.

Aufgrund der erweiterten Nachfrage im Zusammenhang mit der Entwicklung der Textilindustrie, des Eisenbahnbaus und der landwirtschaftlichen kapitalistischen Produktion entstand während der Industriellen Revolution in Berlin eine starke Maschinen- und Metallwarenindustrie. Sie entwickelte sich zu einem Kernstück der kapitalistischen Industrialisierung. Textil-, Werkzeug- und Dampfmaschinen, landwirtschaftliche Geräte, Maschinen und Apparate zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte wurden in steigendem Umfang produziert. Zu einem wichtigen Spezialzweig der Berliner Maschinenbauer wuchsen schon seit 1840 der Lokomotiv- und Waggonbau sowie die Produktion von sonstigem Eisenbahnbedarfsmaterial heran. Die Stadt war zwischen 1850 und 1870 der bedeutendste Produzent von Lokomotiven und Eisenbahnwaggons in Deutschland. Nach 1850 begann die Berliner Maschinenbau- und Metallwarenindustrie auch bedeutender Hersteller für die Schwerindustrie, für den Bergbau und die Hüttenbetriebe sowie für die Ausrüstung von Werkzeugmaschinenfabriken zu werden. Im Jahre 1840 hatte Berlin erst sechs Maschinenbaubetriebe mit 518 Arbeitern. Die Beschäftigtenzahl stieg bis 1856 auf 4 653 und bis 1871 noch einmal auf 7 854. Seit den beginnenden fünfziger Jahren wurde in steigendem Maße auch für den Export produziert.

Die Elektroindustrie blieb im Gesamtmaßstab der Berliner Wirtschaft vorerst noch eine unbedeutende Größe. Allerdings hatte das im Jahre 1847 gegründete Unternehmen von Siemens & Halske schon bedeutenden Anteil am Ausbau des Telegrafennetzes in Deutschland, aber auch in Rußland und England. Die Zahl der Beschäftigten stieg in diesem Unternehmen von 25 am Ende der vierziger Jahre auf etwa 400 im Jahre 1870 an.

Auch die chemische Industrie der Stadt trat in den ersten beiden Jahrzehnten der Industriellen Revolution statistisch noch nicht sehr stark in Erscheinung. Die Anwendung verbesserter und neuer Produktionstechniken, wie zum Beispiel die Verwertung des Steinkohlenteers, führte in den sechziger Jahren aber zu einem unübersehbaren Aufschwung. Farben auf der Grundlage des Anilins, Kunstdünger, Produkte der leichten chemischen Industrie, pharmazeutische, fotochemische und kosmetische Produkte wurden in Berliner Werken nun schon in größerem Umfang produziert und zum Teil in ansehnlicher Menge exportiert.

Unter den Bedingungen des schnellen quantitativen und qualitativen Wachstums der kapitalistischen Produktion während der Industriellen Revolution entstanden auch für den Handel veränderte Bedingungen. Der Prozeß seiner Lösung von der Produktion und vom Bankgeschäft beschleunigte sich, und die nach Warensortimenten differenzierte Spezialisierung begann sich durchzusetzen.<sup>6</sup> Besonders in der Textilindustrie war diese Entwicklung um 1850 in vollem Gange. Seit der Entstehung des Zollvereins wurden in Berlin immer mehr Agenturen, Filialen und Läger angelegt, die unter anderem "von großen rheinischen und märkischen Firmen mit Warenvorräten versehen wurden".<sup>7</sup> In dieser Stadt entstanden kaufmännische Zentralen von Textilbetrieben aus den verschiedensten deutschen Ländern sowie selbständige spezialisierte Handelsgeschäfte, die Rohstofffragen und Absatzprobleme zu lösen hatten. War die Zahl der spezialisierten Import- und Exportfirmen zuerst insgesamt gesehen auch noch gering, im Handel mit Eisenwaren, Wolle, Twisten, Häuten, Fellen und Leder hatten sie sich schon um 1850 eine dominierende Stellung erobert.

Unter den Bedingungen des Zollvereins, des sich schnell entwickelnden Eisenbahnwesens und dem sprunghaften städtischen Wachstum wurde Berlin schon bis 1850 zum bedeutendsten Vermittler der getreideausführenden östlichen Provinzen sowie anderer Gebiete mit Getreideüberschüssen einerseits und der Elbe-Saale-Gegenden, Westdeutschlands und der Seestädte andererseits. Das Berliner Getreidekommissionsgeschäft erhielt jetzt überragende Bedeutung; große spezielle Exportgeschäfte entstanden auch in diesem Bereich. Als seit 1825 auf den Junkergütern im ostelbischen Teil des preußischen Staates zahllose Kartoffelbrennereien entstanden, wurden in Berlin mehrere Spirituosenfabriken gegründet; außerdem wurde die Stadt aber auch zum bedeutendsten Markt des deutschen Spiritushandels. Die hochprozentigen, in Berlin oft veredelten Erzeugnisse der ostelbischen Junkerwirtschaften wurden in West- und Süddeutschland abgesetzt und avancierten schon in den fünfziger Jahren zu führenden Exportartikeln.

Noch deutlicher als zum Produktions- und Handelszentrum kristallisierte sich Berlin bis 1871 zum Schwerpunkt des deutschen Bankwesens heraus.<sup>8</sup> Bereits in der ersten Aufschwungsphase der Industriellen Revolution erhielt die Gründung von Aktiengesellschaften durch den Bau von Eisenbahnen merkbare Anstöße; Emissionen von Aktien und Obligationen sowie der sogenannte Industriekredit entwickelten sich bis in die fünfziger Jahre zum wesentlichen Bestandteil des Bankgeschäfts. Den steigenden Anforderungen der sich zum Teil sprunghaft entwickelnden kapitalistischen Wirtschaft konnten die Privatbanken bald nicht mehr genügen, so groß ihre Kapitalkraft im einzelnen oft auch gewesen sein mag.

6 Vgl. hierzu Mauter, Horst, Die ökonomische Expansion und expansive und annexionistische Bestrebungen der Berliner Großbourgeoisie 1847 - 1873, phil. Diss. Berlin 1975, S. 40 ff., 48 ff.

7 Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin. Festschrift zum 100-jähr. Jubiläum am 2. 3. 1920, Berlin 1920, S. 168.

8 Siehe hierzu die zusammenfassende Darstellung bei Mauter, Horst, a. a. O., S. 42 ff., 50 f., 55 ff., 61 ff.



Aus Angst vor der sich ankündigenden bürgerlichen Kapitalmacht, die für das Junkertum auch zu einer politischen Gefahr werden mußte, versuchte die preußische Regierung zuerst, die Entwicklung von großen Bankgesellschaften durch die 1846 mit starker Privatbeteiligung gegründete "halbstaatliche" Preußische Bank in staatlich kontrollierte Bahnen zu lenken. Während der Herrschaft des liberalen "Märzministeriums" entstand mit dem Schaaffhausen'schen Bankverein die bedeutendste frühe Aktienbank in Preußen.<sup>9</sup> Doch danach stand die Regierung der Gründung großer Aktienbanken wieder ablehnend gegenüber, und es gelang ihr auch, die Entwicklung auf diesem Gebiet erheblich zu verzögern. Deshalb konnten in den fünfziger Jahren die "Privatbankiers" ihre Positionen innerhalb Preussens noch einmal stärken. Die Chancen, ihre Profitinteressen bei der Gründung von Aktienbanken und dadurch überhaupt von Aktiengesellschaften durchzusetzen, versuchten sie aber zugleich mit großem Erfolg in anderen deutschen Staaten und in einigen anderen europäischen Ländern zu realisieren. Entgegen dem unverminderten Widerstand von Seiten der staatlichen Bürokratie entstanden jedoch 1851 und 1856 mit der Disconto-Gesellschaft und der Berliner Handelsgesellschaft Unternehmen, die als Kreditgenossenschaft und Kommanditgesellschaft auf Aktien juristisch unangreifbare Rechtsformen erhielten und sich bis zum Ende der Industriellen Revolution zu den bedeutendsten Großbanken Berlins entwickelten.<sup>10</sup>

Erst zum Ende der sechziger Jahre gab die Regierung - nicht zuletzt auf Betreiben Bismarcks - ihren Widerstand gegen die Aktienbanken auf, wie der Entstehungsprozeß der Preußischen Centralboden- und Creditaktiengesellschaft und der Deutschen Bank im Jahre 1870 beweist. Bis Ende 1872 entstanden 28 Kreditbanken mit dem Geschäftssitz in Berlin; sie verfügten bereits über ein Aktienkapital von 364 400 000 Mark,<sup>11</sup> ihre Beteiligung - und damit die der zahlreichen in ihnen vereinten Berliner Kapitalisten - an Industrie-, Eisenbahn- und Bankgründungen im In- und Ausland war bis 1873 schon außerordentlich bedeutend.

An verschiedenen Stellen unseres groben Überblicks über die ökonomische Entwicklung Berlins während der Industriellen Revolution wurde schon angedeutet, daß sie von Beginn an in engster Wechselbeziehung zur Entwicklung des inneren und äußeren Marktes stand. Dies liegt im Wesen aller kapitalistischen Produktion. So hat Lenin, Forschungen von Marx aufgreifend, betont, daß der Kapitalismus nur "als Resultat einer breitentwickelten Warenzirkulation auftritt, die die Grenzen des Staates überschreitet. Darum kann man sich eine kapitalistische Nation nicht ohne Außenhandel vorstellen, und eine solche Nation gibt es auch nicht".<sup>12</sup>

Eine weitere Ursache für die Notwendigkeit des äußeren Marktes für ein kapitalistisches Land sah Lenin in der Tatsache, daß sich die einzelnen Industriezweige in einem Land mit einem ausgeprägten inneren Markt nicht gleichmäßig entwickeln; sie überflügeln einander vielmehr, was dazu führt, daß die entwickelteren Zweige der Industrie sich auf den äußeren Markt konzentrieren müssen. Aber auch das Gesetz von der ständigen Umgestaltung

9 Obermann, Karl, Die Rolle der ersten deutschen Aktienbanken in den Jahren 1848 bis 1856, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960, T. 2, S. 47 ff., 54 ff.

10 Ebenda, S. 72 ff.

11 Riesser, Jacob, Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zusammenhange mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland, Berlin 1912, S. 648; Seidenzahl, Fritz, 100 Jahre Deutsche Bank 1870 - 1970, Frankfurt (Main) 1970, S. 30, gibt für Juni 1870 bis Februar 1873 die Entstehung von 35 Aktienbanken in Berlin an.

12 Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, in: Werke, Bd. 3, Berlin 1956, S. 54; vgl. auch Bondi, Gerhard, Deutschlands Außenhandel 1815 - 1870, Berlin 1958, dem wesentliche Gedanken über die Entwicklung des Außenhandels entnommen wurden.



der Produktionsverfahren und der schrankenlosen Erweiterung der Produktion treibt den Kapitalismus auf den äußeren Markt. Die unabdingbare Folge ist, wie Lenin feststellte, daß das "kapitalistische Unternehmen ... unvermeidlich die Grenzen der Dorfgemeinde, des lokalen Marktes, des Gebiets und endlich des Staats (überschreitet). Und da die Isoliert-heit und Abgeschlossenheit der Staaten schon durch die Warenzirkulation zerstört sind, wird jeder kapitalistische Industriezweig durch sein natürliches Streben in die Notwendig-keit versetzt, einen äußeren Markt zu suchen".<sup>13</sup>

Auch die Berliner Kapitalisten wurden durch diese Notwendigkeiten schon seit Beginn der Industriellen Revolution gezwungen, ihre Beziehungen zu den auswärtigen Märkten auszu-bauen. Eine der Formen, in der sich das dauernde Bestreben des Kapitals nach schranken-loser Ausdehnung verwirklichte, war der Außenhandel. Schon früh lassen sich auch Berli-ner Waren auf Außenmärkten nachweisen; 1844 und 1845 wurden verschiedene Produkte des Textilgewerbes, Möbel und andere Tischlereierzeugnisse nach Holland, England, Spanien und den spanischen Kolonien, nach Nord- und Südamerika, dem Orient und selbst nach Ost-Asien und Australien exportiert. Nach der Krise von 1847 werden mit Frankreich, Öster-reich-Ungarn, Polen und Rußland noch weitere Länder genannt, die Waren aus Berlin im-portierten. Zu den Produkten der textilherstellenden und holzverarbeitenden Gewerbe tra-ten nun immer öfter Kattune, Konfektionswaren und Erzeugnisse des Maschinenbaus, aber auch Getreide, Zucker, Sprit und Papier.<sup>14</sup>

Auch Berliner Bankiers hatten schon frühen Anteil an der ökonomischen Expansion.<sup>15</sup> An der Berliner Börse wurden schon zwischen 1818 und 1840 norwegische, britische, dänische, polnische, russische, österreichische, griechische, italienische, niederländische, spani-sche und mexikanische Fonds umgesetzt. Allein das Bankhaus Gebr. Schickler & Co. war bis 1850 an elf bedeutenden ausländischen Anleihen beteiligt. Beteiligungen an ausländi-schen Anleihen, aber auch die Finanzierung ausländischer Aktiengesellschaften auf den ver-schiedensten Gebieten der kapitalistischen Wirtschaft rückten in den fünfziger Jahren mit an die erste Stelle der bedeutenden Berliner Banken. Ihre Expansion richtete sich in den fünfziger und sechziger Jahren hauptsächlich nach dem Osten, am Ende der sechziger Jah-re verstärkt nach Rumänien. Von geringerer Bedeutung war sie in dieser Zeit in anderen europäischen Ländern. Nach dem deutsch-französischen Krieg konnte die französische Kon-kurrenz aus Elsaß-Lothringen und Luxemburg weitgehend verdrängt werden; in Österreich-Ungarn wurden die Positionen ebenfalls verstärkt.

So arbeiteten also auch Berliner Kapitalisten beständig an der Ausdehnung ihrer Marktbe-ziehungen, auch schon, als die Industrielle Revolution gerade in Gang gekommen war. Das Bewußtsein der meisten Bourgeois war in dieser Zeit ohne Zweifel von der Freihandels-ideologie beherrscht. Trotzdem hielten es viele von ihnen für angebracht, an den Staat be-stimmte Forderungen bezüglich einer Unterstützung bei der ökonomischen Expansion zu stellen. Daß immer wieder darüber gestritten wurde, wie weit eine solche Mithilfe des Staates gehen dürfte, braucht uns hier nicht weiter zu interessieren. Schon die vor der Kri-se von 1847 gestellten Forderungen ergeben zusammengenommen einen ganzen Katalog:

1. Abschluß günstiger Zoll-, Handels- und Schiffahrtsverträge,
2. Entwicklung des Konsularsystems,
3. Aufbau einer starken Flotte zum Schutz des Handels,
4. Bereitstellung von Kapital für Exporthandelsgesellschaften und Zinsgarantien,
5. Staatsbeteiligung an Überseeschiffahrtsgesellschaften,

<sup>13</sup> Lenin, W. I., a. a. O., S. 55.

<sup>14</sup> Siehe hierzu das statistische Material bei Mauter, Horst, a. a. O., S. 331 ff., Anhang 1 u. 2.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 50 f., 61 ff.

6. Anknüpfung direkter Handelsverbindungen durch diplomatische Gesandtschaften oder durch die staatliche Seehandlungsgesellschaft,
7. Diplomatische Einwirkungen auf fremde Regierungen zugunsten der Erhaltung und Ausweitung eigener Marktbeziehungen,
8. Annexionen von Kolonien oder Flottenstützpunkten.<sup>16</sup>

Im folgenden sollen zwei Stoßrichtungen der ökonomischen Expansion von Berlin analysiert werden. Sie wurden ausgewählt; einmal, weil das Quellenmaterial zum mindesten für die fünfziger und sechziger Jahre die Marktsituation in diesen beiden Gebieten fest umreißen läßt; zum anderen, weil Quellenmaterial aus verschiedenen Archiven interessante Erkenntnisse über wirtschaftspolitische Entwicklungen und Zusammenhänge betreffs dieser Länder zuläßt; außerdem aber, weil die ökonomische Expansion in diese Regionen auch politische Aspekte stark beeinflusste.

## 2. Das erste Vordringen der Berliner Kapitalisten auf den Märkten in Rumänien und Spanien

Nachrichten aus den vierziger Jahren lassen erkennen, daß der Handel zwischen deutschen Ländern und der Moldau und Walachai nicht unbedeutend war. Im wesentlichen wurde er über die Leipziger Messe vermittelt<sup>17</sup>, aber auch über Österreich, die Schweiz, Frankreich und England. Berlins Anteil an ihm ist durch Statistiken kaum zu erfassen und taucht meist als Export der Vermittlerländer auf. Immerhin ist jedoch ein Versuch der preußischen Bourgeoisie, zur Moldau und Walachai direkte und ständige ökonomische Beziehungen herzustellen, schon für diese frühe Zeit aktenkundig. Der Anteil Berliner Kapitalisten an ihm scheint groß zu sein. Nach der Auswertung von ermunternden Berichten des "Freundes der deutschen Industrie", des preußischen Konsuls in Galatz, Wedecke, wurde im Sommer 1845 die Deutsche Donau-Handelsgesellschaft (DDH) mit dem Sitz in Berlin gebildet.<sup>18</sup> Ohne Zweifel war das bedeutende Interesse der Gründer an diesem Unternehmen durch die positive Berichterstattung des Kaufmannes Levenhagen, der als Mitarbeiter der preußischen Gesandtschaft in Konstantinopel vor Ende Juli 1845 die Moldau- und Walachairegionen bereist hatte, um unter Hinzuziehung des Konsuls in Jassy "die Anknüpfung sicherer, wichtiger Verbindungen mit jenen Gegenden anzubahnen", noch gesteigert worden.<sup>19</sup>

Als Initiatoren der Handelsgesellschaft traten der westfälische Industrielle Friedrich Harckort, der schlesische Gutsbesitzer von Winckler und der Berliner Bankier W. Beer auf. Das Komitee wurde bald durch andere Berliner Kapitalisten erweitert. Beer begnügte sich später mit der Funktion eines Bankiers der Gesellschaft; dafür traten zwei andere Berliner, der Fabrikant Dinglinger und der Kaufmann Dames von der Fa. Herz & Wegener, in das Leitungsgremium ein. Beide waren mit direkten Geschäften nach dem Orient vertraut.<sup>20</sup>

Das Unternehmen wollte Import- und Exporthandel mit den Donau- und Schwarzmeerländern und der Levante treiben und diese Gebiete als Absatzmärkte stärker an Deutschland binden. Eigene Agenten sollten jedes Geschäft "an Ort und Stelle" übernehmen und mit eigenem Kapital den Geld- und Wechselmarkt beherrschen. Die Produkte sollten in deutschen

<sup>16</sup> Ebenda, S. 149 f.

<sup>17</sup> Paskaleva, Virginia, Wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen Bulgariens zur Stadt Leipzig, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, Bd. 6, Berlin 1962, S. 389 ff.

<sup>18</sup> Berliner Gewerbe-, Industrie- und Handelsblatt, Bd. 17, 1845, S. 162 ff.

<sup>19</sup> Berliner Stadtarchiv, K 1121, Bl. 1 ff.

<sup>20</sup> Berliner Gewerbe-, Industrie- und Handelsblatt, Bd. 18, 1846, S. 13.

Häfen eingekauft und mit eigenen Schiffen von Stettin, Emden und Köln ausgeführt werden. Im Dezember 1845 hatte die Gesellschaft in Memel, Danzig, Stolp, Stettin, Hamburg, Bremen, Emden, Leer, Amsterdam, Rotterdam, Konstantinopel, Smyrna, Galatz und Belgrad schon Korrespondenten und Agenten geworben; Agenten nach Isbraila, Bukarest, Jassy und Odessa waren bereits unterwegs.<sup>21</sup>

Obwohl oft genug der "kräftige Schutz des Staates" für das Unternehmen gefordert wurde, ist es letztendlich wegen der fehlenden staatlichen Unterstützung zugrunde gegangen. Die mangelnde Hilfe von dieser Seite nahm das "Berliner Gewerbe-, Industrie- und Handelsblatt" zum Anlaß, mit unverhohlenem Neid die starke Unterstützung der österreichischen Regierung für die Dampfschiffahrtsgesellschaft des österreichischen Lloyds hervorzuheben und der eigenen Regierung Begriffsstutzigkeit in handelspolitischen Fragen vorzuwerfen.<sup>22</sup> Mehrere Artikel ähnlichen Inhalts zwischen 1843 und 1846 in diesem Blatt beweisen, daß es sich hier nicht um eine zufällige gelegentliche Feststellung, sondern um wohlüberlegte, hartnäckige Kritik aus den Reihen der Berliner Bourgeoisie handelte.<sup>23</sup> Die preußische Regierung begnügte sich damit, auf solche Klagen hin im Jahre 1847 ihren Agenten Levenhagen erneut in die Donauländer zu entsenden, um jene handelspolitische Situation zu erkunden, die den an der zugrunde gegangenen Gesellschaft Beteiligten ja ohnehin zur Genüge bekannt war.<sup>24</sup> Alles was in den nächsten Jahren geschah, konnte den weiteren Niedergang des deutschen Handels mit Rumänien nicht verhindern.

Der deutsche Kapitalismus war bei der Suche nach Absatzmärkten schon früh auch auf das kapitalistisch unentwickelte spanische Wirtschaftsgebiet aufmerksam geworden. Spanien war jedoch durch langandauernde und heftige politische Auseinandersetzungen erschüttert. Das wirkte sich auf seine wirtschaftlichen Verhältnisse niederdrückend aus, und darunter litt auch der Handel deutscher Kapitalisten. Schon Anfang der vierziger Jahre hatten Vertreter der Bourgeoisie über diese Situation Klagen erhoben, die sich 1845 wiederholten.<sup>25</sup> Erschwert wurden die Bedingungen für die deutschen Kapitalisten noch, weil die diplomatischen Beziehungen zwischen Preußen und Spanien vorübergehend unterbrochen waren. So waren die deutschen Unternehmer in Spanien gegenüber der ausländischen Konkurrenz zusätzlich benachteiligt, denn selbst "ein bloßer Handelsagent, wie ihn andere Länder zum Schutz ihrer Interessen in Spanien besaßen", wurde von der preußischen Regierung nicht zugestanden.<sup>26</sup>

Im Jahre 1845 berichteten die Ältesten der Korporation der Berliner Kaufmannschaft dem Präsidenten des Handelsamtes, daß Berliner Kapitalisten nur unbedeutende direkte Verbindungen zu Spanien und seinen Kolonien hätten.<sup>27</sup> Immerhin wurden größere Warenmengen aus Berlin über norddeutsche, süd- und westdeutsche Städte nach Spanien vermittelt. In den spanischen Kolonien sollen einige Kommanditen zollvereinsländischer Fabrikanten

<sup>21</sup> Ebenda, Bd. 17, 1845, S. 162 ff.; Bd. 18, 1846, S. 12 ff.; Bd. 19, 1846, S. 258 ff.; Dokumente über diese Gesellschaft in: Großberliner Stadtarchiv, K 639.

<sup>22</sup> Berliner Gewerbe-, Industrie- und Handelsblatt, Bd. 20, 1846, S. 168 ff., 180 ff.; Berliner Stadtarchiv, K 639, Bl. 26 ff.

<sup>23</sup> Im "Berliner Gewerbe-, Industrie- und Handelsblatt" erschienen zwischen 1843 und 1846 sechs größere Artikel zu diesem Thema.

<sup>24</sup> Staatsarchiv Merseburg, Rep. 120 C, XII, 6a, No. 29, vor allem die Instruktion von Patows an Levenhagen v. 16. 4. 1847.

<sup>25</sup> Zimmermann, Alfred, Geschichte der preußisch-deutschen Handelspolitik, Oldenburg/Leipzig 1892, S. 283 f.

<sup>26</sup> Ebenda.

<sup>27</sup> Berliner Stadtarchiv, K 540, Bl. 3 ff., 7 ff.

der Eisenwaren- und Leinenbranche bestanden haben.<sup>28</sup> Indirekte Geschäfte mit spanischen Kolonien waren gleichfalls "von größerer Bedeutung".<sup>29</sup>

Insgesamt gesehen zeigt das Vordringen der Berliner Kapitalisten auf den Märkten in der Moldau/Walachai und in Spanien typische Merkmale der wirtschaftspolitischen Situation, unter denen die preußischen Vertreter des Bürgertums auf fast allen Außenmärkten vor der bürgerlich-demokratischen Revolution zu leiden hatten. Auf sich allein gestellt, von der preußischen Regierung und ihren diplomatischen Vertretern ungenügend unterstützt, wurden sie zum Spielball aller politischen und ökonomischen Spannungen und der Intrigen jeglicher Konkurrenz; und dies traf sie auf den verschiedenen Märkten mit voller Härte.

### 3. Bemühungen um feste Positionen in Rumänien und Spanien bis zur Krise von 1856/57

Die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848/49 veränderte die Situation auch für die an der schnellen Ausweitung der ökonomischen Expansion interessierten Berliner Kapitalisten. Die Führung der preußischen Monarchie war - um die Bourgeoisie zu beschwichtigen - dieser durch wirtschaftspolitische Konzessionen entgegengekommen. Sicher dürfte auch die Mehrheit in der Berliner Bourgeoisie der politischen Ordnung der Reaktion nicht viel Sympathie entgegengebracht haben. In der Unterdrückung der demokratischen und proletarischen Bewegung und in einer der wirtschaftlichen Prosperität dienenden staatlichen Wirtschaftspolitik fanden sich aber bedeutende Stimuli, die die allmähliche Annäherung zwischen wichtigen Teilen der Bourgeoisie und der feudalen Führungsschicht bewirkten. Karl Marx schrieb, daß "die Tage, da die Bourgeoisie in babylonischer Gefangenschaft weinte und ihre gedemütigten Häupter hängen ließ", zugleich "dieselben Tage (waren), da sie zur wirklichen Macht im Lande wurde".<sup>30</sup> Die Bildung des preußischen Handelsministeriums und der Ausbau des Handelskammersystems, die Verbesserung des Konsularwesens und die Direktive, daß sich die preußischen Diplomaten mehr um wirtschaftspolitische Belange kümmern sollten - all dies schuf ganz allgemein bessere Bedingungen für die Erschließung neuer Märkte. "Bisher weit abgelegene Gebiete, wie Südosteuropa, Asien, Australien rückten in den Bereich des Weltmarktes"<sup>31</sup> und damit gleichzeitig auch stärker in das Blickfeld der Berliner Kapitalisten.

Nach Beendigung der auf die Krise von 1847 folgenden Depressionsjahre werden auch die Moldau und Walachai immer wieder als Absatzgebiete für Berliner Waren, für Textilprodukte, Kattune, Konfektion und Möbel, genannt.<sup>32</sup> Das Handelsministerium versuchte, die ökonomischen Verbindungen mit den rumänischen Ländern zu stabilisieren, und entsandte den preußischen Handelsagenten Spiegelthal zu diesem Zweck in die Moldau und Walachai. Dieser wies in einer Denkschrift vom 10. August 1850 die Bedeutung der Donauländer für den deutschen Handel erneut überzeugend nach, ohne indes Wege für ein den herrschenden Bedingungen entsprechendes aussichtsreiches Eindringen deutscher Kapitalisten weisen zu

28 Ebenda, Bl. 4.

29 Ebenda.

30 Marx, Karl, Die Lage in Preußen, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 12, Berlin 1974, S. 686; vgl. auch Zeise, Roland, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der politischen Konzeption der deutschen Handels-, Industrie- und Bankbourgeoisie in der politischen Krise von 1859 bis 1866, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 10, 1974, S. 179.

31 Engelberg, Ernst, Deutschland von 1849 bis 1871, in: Deutsche Geschichte, Bd. 2, Berlin 1965, S. 366.

32 Mauter, Horst, a. a. O., S. 331 ff., Anhang 1 u. 2.



können. Vielmehr unterstrich er, daß der deutsche Handel gegen die Konkurrenz aus Rußland, Österreich, England und Frankreich nur zum Zuge kommen könne, wenn man ihm gleichberechtigte Verkehrsbedingungen schaffe. Außerdem brauche man aber auch vorteilhaftere politische Bedingungen in den Fürstentümern.<sup>33</sup>

Eine Möglichkeit in dieser Richtung meinten die frühen Kolonialagitatoren entdeckt zu haben. Regierungsrat S. Gaebler, der als Interessenvertreter der preußischen Regierung und der Berliner Bourgeoisie die Geschäfte des Berliner Vereins zur Zentralisation deutscher Auswanderung und Kolonisation führte, wollte schon 1850 einen Teil der deutschen Auswanderer in die unteren Donauländer lenken und diese "germanisieren".<sup>34</sup> Wilhelm Roscher empfahl 1856 für eine deutsche Kolonialpolitik dieselben Gebiete und erhoffte für die deutschen Kapitalisten, daß Moldau und Walachai, Bulgarien und die Nordküste von Kleinasien nach dem seiner Ansicht nach bevorstehenden Zerfall des türkischen Reiches "so Gott will, das Erbe Deutschlands werden".<sup>35</sup> Wenn die "frommen" und "patriotischen" Wünsche einzelner Expansionisten in Berlin sich auch nicht erfüllten, so halfen die von ihnen konstruierten Projekte, bei Berliner Kapitalisten und in der preußischen Regierung die handelspolitische Bedeutung jener Gebiete noch zu unterstreichen.

Eine günstige Gelegenheit für das Eindringen in den rumänischen Markt ergab sich für die deutschen Kapitalisten während des Krimkrieges, als Rußland von seinen Außenmärkten in der Levante und dem Nahen Osten abgeschnitten war und Frankreich und England als weitere Hauptbeteiligte an diesem Krieg vorübergehend nicht in der Lage waren, die von Rußland hinterlassene Lücke auszufüllen.<sup>36</sup> Eine frühe Form des vormonopolistischen Kapitalexportes in diesem Raum hatte eine der ersten Bankgründungen im Ausland mit vorwiegend deutschem Kapital zur Folge. Die Gründung der Moldauischen Landesbank in Jassy der fünfziger Jahre erfolgte just zur gleichen Zeit, als auch der vormonopolistische Kapitalexport nach Rußland seine erste Aufschwungsphase erlebte.<sup>37</sup> Sie war als eine Generaloffensive gegen die österreichische Konkurrenz zu werten. Initiator war die Dessauer Kreditanstalt. Diese Dessauer Bank arbeitete aber zu sieben Achtel mit dem Kapital preußischer, darunter auch vieler Berliner Bürger.<sup>38</sup> An der Moldauischen Landesbank waren außerdem noch die Allgemeine Kreditanstalt in Leipzig und die Braunschweigische Bank beteiligt. Jedoch auch eine Anzahl Berliner Kapitalisten waren mit der Landesbank in Jassy verbunden, so zum Beispiel Julius Bleichröder, Max Plaut, Wolff & Co., Rauff & Knorr,

33 Berliner Stadtarchiv, K 1121, Bl. 29 ff.; Staatsarchiv Merseburg, Rep. 120 C, XIII, 15, 24, Vol. 2.

34 Gaebler, S., Deutsche Auswanderung und Kolonisation Berlin 1850, S. 19 f. = 1. Rechenschaftsbericht des Berliner Vereins zur Centralisation deutscher Auswanderung und Kolonisation, Januar 1850.

35 Roscher, Wilhelm, Kolonien, Kolonialpolitik und Auswanderung, Leipzig/Heidelberg 1856, S. 358 f.

36 Böhme, Helmut, Deutschlands Weg zur Großmacht. Deutsche Handelspolitik 1848 - 1871, Hamburg 1966, S. 75.

37 Nussbaum, Manfred, Vormonopolistischer Kapitalexport, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 2, S. 233 ff.; Mai, Joachim, Das deutsche Kapital in Industrie und Handel Rußlands von 1850 bis 1876, in: ebenda 1968, T. 2; derselbe, Das deutsche Kapital in Rußland 1850 - 1894, Berlin 1970.

38 Berliner Börsenzeitung (im folgenden: BBZ), 18. 7. 1856; Staatsarchiv Merseburg, Rep. 120 A, XI, 15, No. 2, Bl. 169 ff.; C. Gessler an den preußischen Staatsminister, 21. 11. 1857. - Gessler teilt u. a. mit, daß allein im Frühjahr 1857 an der Berliner Börse für 1 Mill. Taler Moldau-Aktien abgesetzt wurden.

durch ihre Beteiligung an der Braunschweigischen Bank indirekt auch Schickler & Co., Franz Mendelssohn, Ludwig Helfft und Robert Warschauer.<sup>39</sup>

Die preußische Regierung hatte die Gründung der Bank von der diplomatischen Seite her gegen alle österreichischen "Verhinderungsversuche" weitgehend unterstützt.<sup>40</sup> Dies entsprach ganz der Taktik der preußischen Regierung, im Ausland als "Interessenvertreter" des ganzen deutschen Zollvereins aufzutreten. Schon bald nach der Eröffnung der Moldauischen Bank in Jassy im April 1857 wurde in Bukarest eine Kommandite errichtet; noch im selben Jahr war die Bank "in lebhafter Weise" am rumänischen Getreidegeschäft beteiligt.<sup>41</sup> Neben den laufenden Geschäften, die sich aus dem Import und Export von Manufakturwaren und dem Kreditverkehr mit einheimischen Grundbesitzern und Kaufleuten ergaben, blieb dies in den nächsten Jahren wohl auch ihr Hauptbetätigungsfeld. Es handelte sich also im wesentlichen um die Kreditierung des Export- und Importhandels Deutschlands, wie ihn die Bank für Handel und Industrie in Darmstadt schon drei Jahre früher durch ihre Kommandite in New York abzuwickeln versuchte<sup>42</sup> und wie es etwa anderthalb Jahrzehnte später die Disconto-Gesellschaft und die Deutsche Bank im Zusammenhang mit dem Kolonialhandel praktizierten.<sup>43</sup>

Schwerer hatten es die Berliner Kapitalisten, auf dem spanischen Markt Fuß zu fassen. Hier schien die Konkurrenz durch Frankreich, Großbritannien und in steigendem Maße auch durch die USA fast unüberwindlich. Nach der Entstehung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeit kam die preußische Regierung oft geäußerten Forderungen aus der Bourgeoisie nach und nahm endlich mit Spanien diplomatische Beziehungen auf.<sup>44</sup> Seitdem gaben preußische Konsularbeamte wie aus Rumänien auch aus Spanien instruktive Berichte über ökonomische Verhältnisse und ausländische Konkurrenz, schickten Warenproben und Offerten nach Berlin und versuchten, direkte Handelsverbindungen anzuknüpfen.<sup>45</sup> Die allmähliche Verbesserung des handelspolitischen Apparates durch die preußische Regierung wurde auch in Beziehung auf Spanien von der Berliner Korporation anerkannt, aber zugleich gefordert, daß der Staat auch in Zukunft den Berliner "Industrien ferne Absatzgebiete zu eröffnen" hätte.<sup>46</sup> Denn gerade dieses Land zog die Berliner Unternehmer magisch an, erfuhr doch sein Außenhandel zwischen 1850 und 1870 eine sprunghafte

39 Über die starken direkten und indirekten Bindungen Berliner Kapitalisten zur Moldauischen Landesbank geben folgende Quellen Auskunft: BBZ, 11. 7. 1856, 6. 8. 1856, 23. 1. 1857, 1. 4. 1857, 9. 4. 1857, 18. 4. 1857, 28. 5. 1857, 2. 7. 1857, 31. 7. 1857, 6. 7. 1860, 13. 7. 1860, 20. 7. 1860, 24. 7. 1860, 15. 8. 1860, 25. 9. 1860, 26. 9. 1860, 27. 9. 1860, 2. 11. 1860, 4. 12. 1861; Staatsarchiv Merseburg, Rep. 120 A, XI, 15, No. 2.

40 BBZ, 3. 8. 1856, 10. 8. 1856, 17. 8. 1856. - In dieser Situation beklagte sich die Zeitung, daß die schwache preußische Flotte nicht einmal in der Lage sei, in der Donaumündung zwei Kriegsschiffe zu stationieren (BBZ, 5. 4. 1857).

41 BBZ, 2. 7. 1857, 19. 9. 1857.

42 Obermann, Karl, a. a. O., S. 68.

43 Jerusalimski, A. S., Bismarck, Diplomatie und Militarismus, Berlin 1970, S. 242.

44 Zimmermann, Alfred, a. a. O., S. 285.

45 Berliner Stadtarchiv, a. a. O., wo mehrere Abschriften von Berichten, Ankündigungen von Warenproben usw. des Handelsministeriums an die Korporation enthalten sind.

46 Bericht über den Handel und die Industrie von Berlin (im folgenden: BHI), 1854, S. 16.



hafte Entwicklung.<sup>47</sup> Die entsprechenden Akten der Berliner Korporation und die Konsularberichte im Preußischen Handelsarchiv lassen vermuten, daß Preußen an der Steigerung des spanischen Handels bis in die ersten sechziger Jahre hinein bedeutenden Anteil hatte.<sup>48</sup> Nach Ansicht des preußischen Vizekonsuls in Barcelona war schon 1859 "der Handel Deutschlands und darunter besonders Preußens mit Spanien ... von ziemlich ansehnlicher Bedeutung und nimmt mit dem Import hinter Frankreich und England die nächste Stelle ein."<sup>49</sup> Immer wieder forderten deutsche Kapitalisten und Konsularbeamte deshalb in dieser Zeit, daß der Handel mit Spanien noch umsichtiger gesteigert werden sollte.<sup>50</sup>

Insgesamt gesehen waren die Berliner Kapitalisten mit den erzielten Ergebnissen noch längst nicht zufrieden. Die Korporation der Berliner Kaufmannschaft, das Vertretungsorgan der gesamten Berliner Großbourgeoisie, formulierte darum in ihrem Jahresbericht von 1853: "umso wichtiger erscheint es uns, daß die Regierung überall diesen tiefen Beziehungen unserer Verkehrsverhältnisse (Rechnung trägt) ... und sowohl auf dem handelspolitischen, als auf dem rein kommerziellen Gebiete alle die Hindernisse hinwegräume, welche eine freie Ausbildung derselben hindern. Wir nehmen dañ namentlich alles das, was sich einer großartigen Entwicklung des deutschen Ausfuhrhandels und der Beteiligung Deutschlands am Welthandel entgegensetzt".<sup>51</sup>

#### 4. Vorstellungen über Ökonomie und Politik in Berlin und der rumänische Eisenbahnbau in den sechziger Jahren

Die Weltwirtschaftskrise von 1856/57 hatte auf die kapitalistische Wirtschaft verheerende Auswirkungen. In Deutschland wurden die "industriell entwickelten Gebiete und die großen Handelsplätze am stärksten betroffen"<sup>52</sup>, und unter ihnen besonders Berlin. Die "Haude- und Spensersche Zeitung" gab allein für die Zeit vom 26. November bis zum 20. Dezember 1857 den Konkurs von über sechzig Berliner Firmen bekannt. Das Wirtschaftsleben der Stadt war wie gelähmt, und der Handel brach weitgehend zusammen. Um so größer waren die Bemühungen der Kapitalisten, die verstopften Kanäle des Absatzes wieder zu öffnen. Dies läßt sich auch auf dem rumänischen Markt verfolgen. Die Auswirkungen der Krise von 1856/57 hatten Ende der fünfziger Jahre auch die Moldauische Landesbank an den Rand der Liquidation gebracht, worauf die "Berliner Börsenzeitung" einen Feldzug zu deren Sanierung startete. In der Berichterstattung der Zeitung wurde herausgearbeitet, daß im Falle einer Liquidation die deutschen Kapitalisten der österreichischen Konkurrenz schmächtig unterliegen müßten. Aktivitäten und Formulierungen in der "Berliner Börsenzeitung"

<sup>47</sup> Maiski, I. M., Neuere Geschichte Spaniens 1808 - 1917, Berlin 1961, S. 207, gibt folgenden Überblick über Import und Export Spaniens (Auszug, in Mill. Pesetas):

Jahr	1827	1843	1850	1860	1870
Import	95	114	173	371	522
Export	22	82	123	275	400.

<sup>48</sup> Berliner Stadtarchiv, K 540; Preußisches Handelsarchiv, Berichte der einzelnen Konsulate in Spanien, 1860, S. 134 ff., 482 ff., 623 ff.; ebenda, 1865, S. 47 ff., 674 ff.; ebenda, 1860, 678 ff.; ebenda, 1861, S. 187 ff., 211 ff.; ebenda, 1863, S. 611 ff.; ebenda, 1865, S. 250 ff.; BHI, 1863, S. 28, 59; ebenda, 1864, S. 65 f.

<sup>49</sup> Preußisches Handelsarchiv, 1860, S. 134 ff.

<sup>50</sup> Ebenda, 1861, I, S. 211 ff.

<sup>51</sup> Bericht über Handel und Industrie von Berlin, Berlin 1852/53, S. 11.

<sup>52</sup> Engelberg, Ernst, a. a. O., S. 386.

lassen einmal mehr vermuten, daß neben den genannten noch andere einflußreiche Berliner Kapitalisten an der Bank beteiligt waren. Die Sanierungsmaßnahmen standen unter der Leitung einer Kommission, der neben Direktor Hahn von der Dessauer Kreditanstalt auch der Besitzer der Berliner Börsenzeitung, Killisch von Horn, angehörte.<sup>53</sup>

Daß die Hintermänner der "Berliner Börsenzeitung", von der Reorganisation der Bank ausgehend, die Positionen am Schwarzen Meer weiter ausbauen wollten, beweist ihre in vielen Artikeln und Kommentaren geübte Kritik an der Konsularpolitik der preußischen Regierung vor 1862, die oft in sehr scharfer Form vorgetragen wurde. Sie bezog sich auch auf die Länder an der Donaumündung und beklagte, daß der zollvereinsländische Einfluß in diesen Gebieten zugunsten des österreichischen immer mehr zurückginge.<sup>54</sup>

Eine andere Tatsache unterstreicht das große Interesse der Berliner Kapitalisten an der Festigung der eigenen Stellung im Raum der Donaumündung: Mit großer Aufmerksamkeit wurde jeder Versuch der Konkurrenz registriert, durch den Bau von Eisenbahnen in diesem Gebiet ihnen gegenüber Vorteile im Wettlauf um Positionen im Schwarzmeer- und Levantehandel zu erzielen.<sup>55</sup> Aus anderen Quellen ist aber auch ersichtlich, daß es sowohl den Interessensvertretern der Berliner Bourgeoisie als auch den Spezialisten in der preußischen Regierung schon in dieser Zeit darum ging, die Donaumündung als Sprungbrett für ein verstärktes Eindringen in die Marktgebiete und politischen Interessensphären des Vorderen Orients zu benutzen.<sup>56</sup> Nach der Amtsübernahme Bismarcks fanden die Forderungen der Berliner Bourgeoisie nach Unterstützung durch den Staat bei der handelspolitischen Erschließung des Schwarzmeerraumes und des Vorderen Orients in der preussischen Regierung mehr Gegenliebe als vorher. Das beweist unter anderem die schnelle Verbesserung des Konsularwesens in diesen Ländern. 1865 gab es im türkischen Reich schon 32 preußische Konsularbeamte. Mehr Beamte waren nur in Großbritannien nebst Kolonien und Irland (zusammen 92), in Schweden und Norwegen (zusammen 44) sowie in Spanien und seinem Kolonialreich (zusammen 34) eingesetzt, während so wichtige Interessengebiete der deutschen Kapitalisten wie Rußland und Polen (zusammen 25) sowie Frankreich (28) in der Besetzung deutlich zurückstanden.<sup>57</sup> Schon im Jahre 1863 waren die Konsulate von Bukarest, Jassy, Grejowa und Galatz mit insgesamt 19 Mitarbeitern relativ stark besetzt.<sup>58</sup> Rhynar Quehl, der 1863 die Konsularpolitik der Regierung massiv kritisierte, lobte deren Bemühungen auf dem Balkan und im Nahen Osten; nur dort könne man mit dem preußischen Konsularwesen zufrieden sein.<sup>59</sup>

Bemühungen der preußischen Konsularbeamten und Handelsagenten, die dem Drängen deutscher Kapitalisten folgten, trugen zu entscheidenden Erleichterungen des Handels mit den rumänischen Fürstentümern bei; dieser nahm wieder eine steigende Tendenz an.<sup>60</sup> Auch Berliner Kapitalisten waren an dieser Entwicklung beteiligt. Sie führten Produkte der Berliner Textil- und Konfektionsindustrie, Posamentier-, Putz- und Galanteriewaren, Schuhe,

53 BBZ, 2. 11. 1860, 16. 11. 1860.

54 BBZ, 25. 9. 1860, 18. 10. 1860 (Leitartikel), 24. 10. 1860, 25. 10. 1860, 28. 11. 1860, 22. 1. 1861, 23. 1. 1861.

55 Vgl. z. B. BBZ, 1. 2. 1857, 11. 2. 1857, 6. 7. 1857, 7. 7. 1857; Staatsarchiv Merseburg, AA, II, Rep. 6, Nr. 4081.

56 BBZ, 4. 8. 1857, 18. 10. 1860, 25. 10. 1860; Berliner Stadtarchiv, K 1121, 809, 969; Staatsarchiv Merseburg, AA, II, Rep. 6, Nr. 4081; ebenda, Rep. 120 C, XIII, C 15, 25, Vol. 4.

57 Preußisches Handelsarchiv, 1860, I, Beilage zu 1.

58 Quehl, Rhynar, Das preußische und deutsche Konsularwesen im Zusammenhange mit der inneren und äußeren Politik, Berlin 1863, S. 220.

59 Ebenda, S. 229 ff.

60 Statistisch ist diese Bewegung aufgrund fehlender Detailangaben nicht erfaßbar.

Möbel und Zucker in die Moldau und Walachai ein.<sup>61</sup> Der preußische Konsul von Galatz und Braila schätzte den Durchschnittswert der Manufakturwaren, die vor 1862 aus den Ländern des Zollvereins jährlich nach den rumänischen Fürstentümern exportiert wurden, auf rund 300 000 - 400 000 Taler.<sup>62</sup> Dieser Export soll sich bis 1862 kontinuierlich gesteigert haben.<sup>63</sup> Eine größere Anzahl deutscher Schiffe war an der Zerealienausfuhr von Galatz nach Nordeuropa beteiligt.<sup>64</sup> Diese wurde wiederum zu einem Teil durch die Moldauische Landesbank finanziert, an der Berliner Kapitalisten beteiligt waren.

Die Erfolge der Berliner und zollvereinsländischen Kapitalisten gegen die starke französische, britische und österreichische Konkurrenz waren nur von kurzer Dauer. Der Handelsbericht des Konsuls von Galatz für 1865 vermerkte, daß Mißernte, Handelskrise und Geldmangel den Importhandel geschädigt hätten. Der Handel mit Manufaktur-, Eisen- und Stahlwaren sei gesunken und werde immer stärker von den Engländern beherrscht.<sup>65</sup> Die Moldauische Landesbank führte in ihrem gedruckten Geschäftsbericht für 1865 heftige Anklagen gegen die "Mißregierung" des Fürsten Cuza, der die Bank in ihren Aktivitäten gegenüber der Konkurrenz benachteiligte. Die wenigen Geschäfte der Bank waren in diesem Jahr zwar sicher, aber insgesamt unbedeutend, und bis 1867 konnte sie keine Dividende mehr zahlen.<sup>66</sup> Wieder schien der Einfluß deutscher Kapitalisten auf die Fürstentümer an der Donaumündung gefährdet. Die Forderungen der Berliner Bourgeoisie, diese Entwicklung zu verhindern, waren aktueller denn je.

Anfang 1866 wurde der Repräsentant des jungen rumänischen Nationalstaates, der Bojarenfürst Jan Cuza, gestürzt. Vor allen anderen empfand dies die französische Regierung als einen schweren Schlag gegen ihre Schwarzmeerpolitik, hatte sie doch gerade die Herrschaft dieses Fürsten unterstützt, um Rumänien zu ihrem politischen und ökonomischen Stützpunkt auszubauen.<sup>67</sup> Die Bojaren und die Großbourgeoisie des Landes wählten Prinz Karl von Hohenzollern-Sigmaringen zum neuen Fürsten von Rumänien. Schon in der ersten Besprechung mit dem rumänischen Abgesandten Bratianu Ende März 1866 wurden auch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes eingehend besprochen.<sup>68</sup> Der Vater Karls, Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, machte in einer Denkschrift an den preußischen König vom 4. April 1866 auf die komplizierte internationale Lage und auf die "wesentlich gestörten Verhältnisse" Rumäniens aufmerksam und meinte, daß für Karl persönlich bei ei-

61 Staatsarchiv Merseburg, Rep. 120 C, XIII, C 15, 24, Vol. 3; ebenda, C 15, 25, Vol. 4.

62 Preußisches Handelsarchiv, 1864, II, S. 125 ff., Bericht des preußischen Konsuls in Galatz und Braila für 1862.

63 Folgende Angaben wurden aus den Berichten des Preußischen Handelsarchivs zusammengestellt:

vor 1862 = 300 000 - 400 000 Taler, 1863 = 295 000 Taler,

1862 = 179 000 Taler, 1864 = 460 500 Taler.

64 Preußisches Handelsarchiv, 1864, I, S. 369 f.

65 Ebenda, 1866, II, S. 395 ff. - 1867 zeigt sich eine ähnliche Tendenz (vgl. Staatsarchiv Merseburg, Rep. 120 A, XI, 15, No. 1, Vol. 4, Bl. 200 ff., 221 ff., Geschäftsberichte der Moldauischen Landesbank für 1865/66).

66 Geschäftsbericht der Moldauischen Landesbank für 1865 (ebenda, Bl. 200 ff.).

67 Ibbeken, Rudolf, Die auswärtige Politik Preußens, Bd. 6, Oldenburg/Berlin 1939, April 1865 - März 1866, Nr. 283, 321.

68 Karl von Hohenzollern-Sigmaringen (1839 - 1914), zweiter Sohn des Fürsten Karl Anton v. H.-S., der spätere rumänische König Carol I. Karl war in Berlin zum Artillerieoffizier ausgebildet worden und verkehrte hier in Kreisen der liberalen Bourgeoisie. Im Krieg von 1864 war er Ordonnanzoffizier, Freund und Vertrauter des preußischen Kronprinzen, der ebenfalls enge Beziehungen zu den Liberalen hatte.

ner Annahme der Kandidatur wohl vorläufig nichts herauspringen würde. Aber er wies auch auf die "großen, jetzt noch unentwickelten Hilfsquellen dieser Länder" hin und prophezeite ihnen eine große Zukunft. Preußen müßte, "von politischen Motiven ganz abgesehen", enge und freundschaftliche Beziehungen zu den Donaufürstentümern unterhalten. Dies sei durch "die zukünftigen Handelsbeziehungen, die Bewahrung irgendeines Einflusses auf das mächtige Stromgebiet der unteren Donau" durchaus möglich. Stand für Karl Anton auch im Vordergrund, daß für die Hohenzollern "neue Existenzen" auf profitabler ökonomischer Basis entstehen müßten, so schien ihm zugleich die Inthronisierung eines preußischen Prinzen für die politische und ökonomische Machtentfaltung Preußens im Raume des Donaudeltas außerordentlich förderlich.<sup>69</sup>

Diese Entwicklung der Dinge in der Moldau/Walachai fiel in jene Zeit hektischer diplomatischer Betriebsamkeit, die dem preußisch-österreichischen Krieg unmittelbar vorausging. Am 8. April 1866 schloß Bismarck mit Italien das bedeutsame geheime Kriegsbündnis gegen Österreich ab, wodurch der zukünftige preußische Gegner in seinem Rücken durch eine zweite Front bedroht wurde. Als Mitte April bedeutende Antikriegsdemonstrationen in zahlreichen deutschen Städten stattfanden, meldeten sich auch Teile der Berliner Bourgeoisie zu Wort. Die Korporation der Berliner Kaufmannschaft sah offensichtlich durch den drohenden Krieg ihre bourgeoisen Profitinteressen zusätzlich gefährdet. Sie trat deshalb - ähnlich wie andere deutsche Handelskammern - für die Erhaltung des Friedens mit Österreich ein.<sup>70</sup>

Anders verhielt sich der Bankier Bismarcks, Gerson Bleichröder. Er trat mit weiteren prominenten preußischen Bankiers gegen solche Friedensresolutionen auf, weil er "über die augenblicklichen Interessen des Handelsstandes die gegenwärtigen und zukünftigen der Nation nicht ignorieren zu dürfen glaubte".<sup>71</sup> Die "Berliner Börsenzeitung" (BBZ) selbst, "das Sprachrohr der einflußreichsten Bank- und Börsenkreise der preußischen Hauptstadt", hatte schon am 1. April ihre Übereinstimmung mit Bismarcks Kriegskurs demonstriert.<sup>72</sup> Sie bekämpfte die Friedensresolutionen, ähnlich wie Bleichröder, weil "die Anforderungen, welche die gegenwärtigen Verhältnisse an den Staat stellen", zu sehr ignoriert würden.<sup>73</sup> Eine der bedeutendsten dieser Anforderungen sahen diese Kreise der Großfinanz, die ja 1859 durch den Besitzer der BBZ, Killisch von Horn, die Sanierung der Moldauischen Landesbank organisiert hatten, eben in der Ausschaltung des Konkurrenten Österreich. Nicht nur auf die dem Staat geleistete Schützenhilfe bei der finanziellen Vorbereitung des Krieges, sondern auch in dieser Beziehung trifft die Feststellung von Friedrich Engels zu: "Dabei stecken die Berliner Bankiers alle mit der Regierung zusammen".<sup>74</sup> Natürlich versuchte Bismarck diese Situation auszunutzen und empfahl Prinz Karl, ohne Rücksicht auf die ablehnende Haltung des Königs, einiger seiner Berater und der ausländischen Mächte, sofort inkognito nach Rumänien zu reisen und die Welt vor vollendete Tatsachen zu stellen.<sup>75</sup> Sicher ging es ihm hierbei auch um die Erfüllung der bürgerlichen Forderungen, die ökonomische Expansion in diesem Raum zu unterstützen. Die ökonomische Basis der

69 Denkschrift Karl Antons von H. -S. v. 4. 4. 1866 an den König (Staatsarchiv Merseburg Br. Pr. H. A., Rep. C, XXI, Nr. 119).

70 Zeise, Roland, a. a. O., S. 212.

71 Ebenda.

72 Ebenda.

73 BBZ, 25. 4. 1866, zit. in: ebenda.

74 Engels, Friedrich, an Karl Marx, 11. 6. 1866, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 31, Berlin 1965, S. 227.

75 Aus dem Leben König Karls von Rumänien. Aufzeichnungen eines Augenzeugen, Bd. 1, Stuttgart 1884, S. 17 ff.



deutschen Bourgeoisie in Rumänien sollte endlich durch ein von Preußen abhängiges Regime gesichert und die ausländische Konkurrenz benachteiligt werden. Für Bismarck eröffnete sich aber so auch die Möglichkeit, Preußen in die Orientpolitik eingreifen zu lassen. Außerdem konnte der künftige Gegner Österreich durch noch einen weiteren Hinterhalt bedroht werden.<sup>76</sup>

In der vorliegenden Arbeit kann nur einer der Vorteile untersucht werden, der sich für das reaktionäre Preußen durch ein von ihm abhängiges Rumänien ergab; die Verstärkung des Einflusses der deutschen Kapitalisten auf den jungen Fünfmillionenstaat an der unteren Donau. Besonders deutlich wurde dies im Zusammenhang mit dem Eisenbahnbau in Rumänien. In kapitalistischen Kreisen Berlins war schon früher oft auf die Wichtigkeit der Eisenbahnverbindung mit Rumänien hingewiesen worden.<sup>77</sup> Als ausländische Gesellschaften den Bau von Eisenbahnen in Rumänien in Erwägung zogen, hatte der preußische Gesandte in Bukarest im August 1863 ausführlich darüber nach Berlin berichtet.<sup>78</sup> Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeit teilte noch im September 1863 Bismarck mit, daß diese neuen Bahnlinien "eine günstige Verbindung mit den Eisenbahnen unserer östlichen Provinzen" versprächen und "ihre baldige Ausführung ... im Interesse unseres Handelsverkehrs" läge.<sup>79</sup> So war die preußische Regierung schon früh mit der Wichtigkeit des Eisenbahnbaus in Rumänien vertraut. Die wirtschaftliche Lage und die politische Entwicklung in diesem Land verzögerten den Bahnbau immer wieder, und die interessierten deutschen Kapitalisten fürchteten die Konkurrenz durch den russischen Handel im Schwarzmeerraum, der die neue Eisenbahnlinie Smolensk - Odessa benutzen konnte.<sup>80</sup>

Doch nach dem Regierungsantritt Karls in Rumänien begannen die konkurrierenden Eisenbahnunternehmer in Bukarest die Türen einzurennen. Einer österreichischen Gesellschaft unter von Ofenheim gelang es, Vorverträge abzuschließen.<sup>81</sup> Kurz nachdem der enge Freund Bismarcks, Graf Kayserling<sup>82</sup>, den Posten eines Generalkonsuls des Norddeutschen Bundes in Bukarest übernommen hatte, erhielt der rumänische Herrscher Ende Januar/Anfang Februar 1868 das Projekt der Berliner Strousberg-Gruppe<sup>83</sup>, das ihm "von kompetenter Seite als ein zuverlässiges dargestellt" wurde.<sup>84</sup> Daß er an dieser Aussage nicht zweifelte, ist verständlich. Die Konzessionsurkunde der Strousberg'schen Eisenbahngesellschaft für Rumänien wies mit Hugo von Hohenlohe, Herzog von Ujest, Fürst Victor Hugo von Ratibor und Karl Graf von Lehndorf wichtige Namen des preußischen Hochadels auf, die sich alle schon durch etliche kapitalistische Geschäfte hervorgetan hatten. Bankier der Gesell-

76 Siehe hier Michaelis, Herbert, Die auswärtige Politik Preußens, Bd. 8, Oldenburg 1934, Nr. 218; Meißner, Heinrich Otto, Friedrich III. Tagebücher von 1848 - 1866, Leipzig 1929, S. 541 ff.; Kumpf-Korfes, Sigrid, Die ökonomische Expansion des deutschen Finanzkapitals in Bulgarien vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 11/1969, S. 1423 f.

77 BBZ, 7. 7. 1856, 1. 2. 1857; Staatsarchiv Merseburg, AA, II, Rep. 6, Nr. 4081, vor allem die Briefe vom 2. 1. und 7. 7. 1858; ebenda, Nr. 4205.

78 Ebenda, Bl. 3 ff.

79 Ebenda, Bl. 12.

80 Preußisches Handelsarchiv, 1865, II, S. 620 ff.

81 Aus dem Leben König Karls von Rumänien, a. a. O., S. 226 f.

82 Keudell, Robert, v., Fürst und Fürstin Bismarck, Erinnerungen aus den Jahren 1846 - 1872, Berlin/Stuttgart 1902, S. 83 f.; Bismarck war seit seinem Studium mit Kayserling befreundet. - Auf den Zusammenhang zwischen der Einsetzung Kayserlings in Bukarest und dem Strousberg'schen Eisenbahnbau wies schon die BBZ, 10. 10. 1868, hin.

83 Keudell, Robert v., a. a. O., S. 248.

84 Ebenda, S. 243.

schaft wurde Joseph Jaques, der in Berliner Geschäftskreisen sehr geschätzt wurde. Aber auch die Berliner Handelsgesellschaft hatte schon in der Entstehungsphase der Strousberg-Gesellschaft Verbindung zu ihr.<sup>85</sup>

Nun entschied Karl trotz der Vorverträge mit von Ofenheim und gegen beträchtlichen Widerstand in Rumänien, den größten Teil aller rumänischen Eisenbahnprojekte durch die Gruppe Strousberg realisieren zu lassen.<sup>86</sup> Sicher wurde dieser Entschluß des rumänischen Fürsten nicht nur durch die günstigere Offerte Strousbergs<sup>87</sup>, sondern vor allem durch seine enge Verbundenheit mit der Berliner Bourgeoisie und durch den Umstand, daß seine Familie bei anderen Eisenbahngründungen schon mit Strousberg zusammengearbeitet hatte, beeinflusst.<sup>88</sup> Sicher war auch die Tatsache, daß Bismarck über Kayserling auf ihn eingewirkt hatte, von großem Einfluß.

In dieser Zeit machten immer mehr Stimmen in der Berliner Presse auf die Bedeutung des rumänischen Eisenbahnbaus für Deutschland aufmerksam. Die "BBZ" identifizierte sich mit einem Artikel der "Londoner Times", in dem betont wurde, daß die neuen Eisenbahnen für Österreich wie für Westeuropa in politischer und kommerzieller Hinsicht lebensnotwendig wären, da sie Nord- und Ostsee mit dem Schwarzen Meer verbinden würden.<sup>89</sup> In anderen Artikeln unterstrich man die überragende Bedeutung der Bahnen für den rumänischen Getreide- und Petroleumexport.<sup>90</sup> Durch den Eisenbahnbau sollte auch die Erschließung der Bodenreichtümer Rumäniens beschleunigt werden.<sup>91</sup>

Wie vorteilhaft sich die Unterstützung der ökonomischen Expansion durch die preußische Regierung auch in diesem Falle auf die Stellung Berlins als ökonomisches Zentrum Deutschlands auswirkte, soll kurz untersucht werden.<sup>92</sup> Berlin wurde zum Hauptort der Eisenbahnfinanzierung für die Strousbergsche Gesellschaft.<sup>93</sup> Das Eindringen in den rumänischen Eisenbahnbau weckte aber bei den Berliner Kapitalisten auch großes Interesse an allen Eisenbahnen, die die Lücken zwischen dem rumänischen und deutschen Eisenbahnnetz ausfüllten, sowie an allen handelspolitisch wichtigen Anschlußbahnen; das hatte ein starkes Eindringen deutschen Kapitals in österreichisch-ungarische Bahngesellschaften zur Folge. Noch 1868 wurde die Berliner Börse durch die Vermittlung der Berliner Banken Richter & Co. und Mendelssohn & Co. bedeutender Kapitallieferant für die ungarische Nord - Ost - Bahn und die an das Unternehmen Strousbergs anschließende Lemberg - Czernowitz - Jassy - Eisen-

85 Staatsarchiv Potsdam, Rep. 30 C, LHA, Lit., S. 1129, Bl. 27.

86 Die Gesellschaft von Ofenheims erhielt die Konzession für die Strecke Czernowitz - Roman, die Strousberg-Gesellschaft für den weit längeren Abschnitt (942 km) Roman - Galatz - Braila - Bukarest - Severin (Staatsarchiv Merseburg, AA, II, Rep. 6, Nr. 4205, Bl. 43 f.).

87 Aus dem Leben König Karls von Rumänien, a. a. O., S. 243.

88 Fürst Karl Anton von H. -S. war Grundbesitzer im Herzogtum Posen, Hauptinitiator und Verwaltungsratsvorsitzender der Märkisch-Posener Bahn, deren Bau von Strousberg durchgeführt wurde; dieser bekam dafür den (Hohenzollern-) Hausorden 2. Klasse (Strousberg, Johann Bethel, Dr. Strousberg und sein Wirken. Von ihm selbst geschildert, Berlin 1876, S. 295 ff.)

89 BBZ, 7. 9. 1868, 17. 10. 1868.

90 Die Post, 6. 12. 1868.

91 Die Post, 9. 12. 1868.

92 Siehe hierzu Kumpf-Korfes, Sigrid, a. a. O., S. 1430 f.

93 Der preußische Vizekonsul von Galatz und Braila schrieb 1868, daß Berlin durch die Eisenbahnfinanzierung als Talerlieferant Leipzig überflügelte und von Rumänien aus "gute neue Bankverbindungen mit" Berlin angeknüpft wurden (Preußisches Handelsarchiv, 1869, I, S. 91 f., S. 514 ff.).



bahnaktiengesellschaft.<sup>94</sup> Von Anfang 1869 bis Juli 1870 wurden an der Berliner Börse ganz oder teilweise Obligationen und Aktien für neun verschiedene österreichisch-ungarische Eisenbahngesellschaften zur Zeichnung aufgelegt; 29 österreichisch-ungarische Eisenbahn-papiere wurden 1870 auf dem Berliner Börsenzettel notiert.<sup>95</sup> Die Berliner Bankhäuser konnten als Lieferanten immenser Kapitalmengen deutscher Aktienbesitzer zum Teil großen Einfluß auf diese Eisenbahngesellschaften nehmen.

Im Zusammenhang mit der Finanzierung des Eisenbahnbaus ist auch auf den Absatz der großen Eisenbahnbedarfsgesellschaften hinzuweisen. Unter den Auswirkungen der Krise von 1866 klagte man in Berlin noch im März 1868 über mangelnde Beschäftigung. Rußland versuchte seinen Markt durch höhere Zölle abzuschirmen.<sup>96</sup> Auch 1869 klagte die Korporation der Berliner Kaufmannschaft noch, daß der Güterwagenexport nach Rußland fast ganz aufgehört hätte - aber im ganzen gesehen würde sich nun ein Aufschwung erkennen lassen.<sup>97</sup> Die Berliner Bankiers witterten rechtzeitig die in Aussicht stehenden Profite. Unter heftigen Konkurrenzkämpfen riefen sie zur Vergrößerung von Eisenbahnbedarfsfabriken teilweise monströse Aktiengesellschaften ins Leben. Die Fabrik für Eisenbahnbedarf von Pflug und Zoller war schon 1856 in eine Aktiengesellschaft verwandelt worden<sup>98</sup>, die unter dem Einfluß der Berliner Handelsgesellschaft stand. Diese Bank kaufte mit anderen Berliner Firmen und der Norddeutschen Bank Hamburg auch die Hamburger Waggonfabrik von Lauenstein auf, um sie als Aktiengesellschaft weiterführen zu lassen.<sup>99</sup> 1869 wurde in Berlin die Norddeutsche Fabrik für Eisenbahnbetriebsmaterial gegründet. Vom Grundkapital in Höhe von 1,5 Millionen Talern brachten allein Mendelssohn & Co., Delbrück & Co. und S. Bleichröder 870 000 Taler auf.<sup>100</sup> Die Berliner Bankiers Friedrich Wilhelm Krause und Isidor Mamroth beteiligten sich mit preußischen, schlesischen, sächsischen und österreichischen Kapitalisten und Beamten an der Umgestaltung der Eisenbahnmaterialfabrik von Lüders in Görlitz in eine Aktiengesellschaft.<sup>101</sup> Johann Bethel Strousberg kaufte 1868 in Böhmen die Herrschaften Zbirow, Totschnik und Miroschau mit drei Eisenwerken, einem Hammerwerk, einem Eisenwalz- und Schneidewerk, die vor allem für den Eisenbahnbau arbeiten sollten.<sup>102</sup> Gegen eine Rentenzahlung sicherte er sich auch die Bubnower Waggonfabriken bei Prag.<sup>103</sup>

94 Die Post, 17. 1. 1868, 6. 8. 1868, 18. 11. 1868; BBZ, 21. 10. 1868. - Die Aktien beider Gesellschaften fanden an der Berliner Börse regen Zuspruch; die Lemberg-Czernewitz-Jassy-AG. beauftragte deshalb 1869 gleich vier Berliner Banken mit ihrer Vertretung (BBZ, 28. 4. 1869).

95 BBZ, 2. 11. 1870.

96 Die Post, 26. 3. 1868.

97 BHI, 1869, S. 50.

98 Im Verwaltungsrat 1861 waren folgende Berliner Kapitalisten: Pflug, von Unruh, Robert Warschauer, Ascher Salinger (Bankier), Schemionek (Kaufmann), 1868 auch der Industrielle Egells (BBZ, 27. 3. 1861; Die Post, 26. 3. 1868).

99 BHI, 1869, S. 50.

100 Im Verwaltungsrat: Paul Mendelssohn-Bartholdy, Franz Mendelssohn, Adalbert Delbrück, Jahn Meyer, Justizrat von Wilcke (Staatsarchiv Merseburg, Rep. 120, A, XII, No. 166, Vol. 1, zit. bei Becker, Walter, Die Entwicklung der deutschen Maschinenindustrie, in: Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin 1960, S. 127).

101 Märkisches Museum, Nr. 15/22, Fotokopie des Prospektes.

102 Märkisches Museum, Grundbuch Strousbergs, 1870, XII, 1295.

103 Strousberg, Johann Bethel, a. a. O., S. 459.

Dieser Wettlauf von Berliner Kapitalisten um Geschäfte mit ausländischen Eisenbahngesellschaften und bei der Finanzierung der Eisenbahnbedarfsgesellschaften war eine Auswirkung des immer schneller voranschreitenden Eisenbahnbaus. Angeregt wurde diese hektische Entwicklung in Berlin vor allem durch die in Aussicht stehenden Materiallieferungen für die rumänischen und österreichisch-ungarischen Eisenbahnen. Allein Strousberg hatte für Lieferungskontrakte über Lokomotiven, Wagen usw. "fast ohne Ausnahme die ersten Firmen des Landes gewählt", zu denen er vor allem die Berliner Fabriken von Pflug, Borsig, Schwartzkopf, Wöhlert und die Norddeutsche Fabrik für Eisenbahnbetriebsmaterial zählte.<sup>104</sup> Sicher ist es nicht übertrieben, wenn er in diesem Zusammenhang berichtete: "Ganze Flotten segelten nach der Donau, befrachtet mit Schienen, Brückentellen, Lokomotiven, Waggons und Bahnzubehör, Tausende von Ochsen gespannen fuhr auf den Landstrassen".<sup>105</sup> Der Bericht der Berliner Korporation der Kaufmannschaft für 1870 sprach von einem Aufschwung in der Produktion von Lokomotiven und Wagen, der durch Militärlieferungen im Zusammenhang mit dem Deutsch-Französischen Krieg, aber auch durch regen Export zustande gekommen wäre.<sup>106</sup>

Für die Moldauer Landesbank, die 1867 zum erstenmal wieder eine Dividende zahlen konnte, wirkte sich schon die Ankündigung des Eisenbahnbaus im Sinne einer weiteren "bedeutenden Verbesserung ihrer Lage" aus.<sup>107</sup> Berliner Kapitalisten stellten 1869 der Stadt Bukarest große Mittel für eine Prämienanleihe<sup>108</sup>, seit dieser Zeit auch größere Summen für Anleihen in Ungarn bereit.<sup>109</sup>

Die Berliner Großkaufleute zogen aus den neuen Verbindungen ihrer Kollegen von Bank und Börse ebenfalls Nutzen. Die Krise von 1866 und der preußisch-österreichische Krieg hatten ihre Profite beeinträchtigt. Noch im März 1867 wurde ganz allgemein von einer "gedrückten Lage" und von nur "geringer Besserung" des Manufakturwarenxports gesprochen.<sup>110</sup> Ein Jahr später hieß es, der Handel mit Manufakturwaren nach den USA und in andere überseeische Gebiete hätte große Verluste erlitten.<sup>111</sup> Der Absatz nach Rumänien aber wäre relativ stabil geblieben. 1867 wurden über Galatz und Braila wieder für 311 800 Taler Manufakturwaren aus dem Zollverein eingeführt, was etwa dem Jahresdurchschnitt vor 1866 entsprach. 1868 aber stieg der Betrag der Einfuhr ganz erheblich auf 522 650 Taler an.<sup>112</sup>

Es soll noch auf ein weiteres wichtiges Exportgut Berliner Kapitalisten hingewiesen werden: Noch bevor Fürst Karl von Rumänien den Eisenbahnbau beginnen ließ, "beglückte" er seine Untertanen in Rumänien mit einer Militärreform nach preußischem Muster. Militä-

104 Ebenda, S. 164.

105 Ebenda, S. 345; vgl. auch Aus dem Leben König Karls von Rumänien, a. a. O., S. 365.

106 BHI, 1870, S. 55.

107 Die Post, 21. 3. 1868; BBZ, 26. 5. 1869; Staatsarchiv Merseburg, Rep. 120, A, XI, 15, No. 1, Vol. 4, Bl. 200 ff., 221 ff., 350 ff. - Nach diesen Unterlagen zahlte die Bank folgende Dividenden (in %):

1868	1869	1870	1871
4	4	5,5	6.

108 BHI, 1869, S. 74. - Den Zinsendienst in Berlin übernahm G. Müller & Co. (BBZ, 7. 11. 1870).

109 Die Disconto-Gesellschaft und S. Bleichröder hatten sich schon an der ungarischen Eisenbahnlinie beteiligt. 1871 wurde eine neue ungarische Anleihe von 20 Mill. fl. von einem Konsortium übernommen, dem 5 Berliner Banken angehörten (BBZ, 1. 8. 1871).

110 BHI, 1866, S. 1 f.

111 BHI, 1867, S. 52.

112 Preußisches Handelsarchiv, 1869, I, S. 514 ff.

rische Berater wurden aus Berlin angefordert.<sup>113</sup> Deutsche Fabriken lieferten bis Anfang 1869 Geschütze, 25 000 moderne Hinterladergewehre, die dazu notwendige Munition und Uniformen.<sup>114</sup> Durch diese "militärische Hilfe" Preußens sollte die Herrschaft Karls in Rumänien abgesichert werden. Bismarck selbst empfahl dem Fürsten, sich durch eine "unbedingt sichere Truppe von einigen Tausend Mann, welche imstande sind, überall da, wo sie zusammengezogen sind, Gehorsam zu erzwingen", abzusichern.<sup>115</sup>

Nach dem schnellen Sieg der preußischen Armeen über Österreich nahm der Norddeutsche Bund in der europäischen Politik schon eine wichtige Position ein. Das Eindringen sogenannter "hohenzollernscher Prinzenherrlichkeit" und deutscher Kapitalmacht in Rumänien hatte dort die britische, österreichische und französische Konkurrenz erheblich geschwächt. Eifersüchtig wachte die französische Diplomatie darauf, daß der norddeutsche Einfluß auf dieses Land nicht noch bedeutender würde. Die deutsche Bourgeoisie war auch hier zur Offensive übergegangen. Ihre Forderungen an die preußische (norddeutsche) Regierung um Unterstützung der ökonomischen Expansion waren nicht auf taube Ohren gestoßen. Sie besaß nun so starke Positionen, daß selbst der spektakuläre Zusammenbruch des Strousberg-schen Unternehmens sie nicht mehr gefährden konnte.<sup>116</sup> Einmal stieß ihre ökonomische Expansion in ein wichtiges Gebiet vor, wobei sich die Interessen der deutschen Großbourgeoisie und der militaristischen preußischen Regierung stark durchdrangen.<sup>117</sup>

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Expansion des sich entwickelnden deutschen Finanzkapitals in den Südosten Europas als Teil eines wirtschaftsstrategischen Konzepts, in dessen Rahmen bereits Regionen anvisiert wurden, die bis zum Persischen Golf reichten, und dessen Verwirklichung zu "beträchtlicher finanzieller Abhängigkeit" Rumäniens vom deutschen Kapital führte<sup>118</sup>, eine bedeutsame und zugleich logische Vorgeschichte hatte.

113 Michaelis, Herbert, Die auswärtige Politik Preußens, Bd. 8, a. a. O., Nr. 278; ebenda, S. 446 f. Anm.; ebenda, Bd. 10, Oldenburg/Berlin 1939, Nr. 491.

114 Aus dem Leben König Karls von Rumänien, a. a. O., S. 183, 223, 237 ff., 360; BBZ, 2. 9. 1868, 27. 10. 1868; Keudell, Robert v., a. a. O., S. 404, spricht von 20 000 Gewehren, die schon 1866 bestellt worden wären.

115 Keudell, Robert v., a. a. O., S. 332.

116 Die Disconto-Gesellschaft und S. Bleichröder übernahmen die Regelung der Geschäfte mit der rumänischen Regierung (BBZ, 28. 12. 1871).

117 Kumpf-Korfes, Sigrid, a. a. O., S. 1427 ff. - Ihre Darstellung (ebenda, S. 1439), daß preußische Kapitalisten das massierte Eindringen des deutschen Finanzkapitals in den Südostraum Europas "in den 70er und in der ersten Hälfte der 80er Jahre" forcierten, kann also insoweit ergänzt werden, daß die entsprechenden Aktivitäten schon seit den fünfziger Jahren durch die Eroberung wichtiger Positionen in Rumänien vorbereitet wurden. Wehler, Hans-Ulrich, Bismarck und der Imperialismus, Köln/Berlin (West) 1969, S. 227 f., beschränkt sich bei seiner Untersuchung über das Vorprellen der deutschen Expansion in Richtung Nahost zu einseitig auf Persien und kommt zu dem bedenklichen Schluß, sie hätte sich erst seit den achtziger Jahren entwickelt.

118 Kumpf-Korfes, Sigrid, a. a. O., S. 1431.

## 5. Der Markt in Spanien und Forderungen aus der Berliner Bourgeoisie nach Realisierung der Thronkandidatur eines Hohenzollerprinzen in Spanien

In den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts rückte das spanische Absatzgebiet immer stärker in das Blickfeld Berliner Kapitalisten, zumal es mit seinem umfangreichen Kolonialbesitz ein weites Hinterfeld besaß. Als der Markt Nordamerikas für die Berliner Manufakturwarenxporteur wegen des amerikanischen Bürgerkrieges für längere Zeit ausfiel, konnte der Export zum Teil nach Spanien gelenkt werden.<sup>119</sup>

Ein allgemeiner Aufschwung des Handels mit Spanien verwirklichte sich in den nächsten Jahren allerdings nicht. Über das Land brach schon Ende 1864 eine "große Geldkrisis" herein, die jahrelang anhielt. Im Krisenjahr 1866 waren deshalb die Kreditverhältnisse in Spanien schon völlig erschüttert. Die gesamte Wirtschaft war in den Niedergang hineingezogen, dessen Ende nicht abzusehen war. Die deutschen Kaufleute waren zufrieden, wenn sie keine großen Verluste im Spaniengeschäft erlitten.<sup>120</sup> Berliner Kapitalisten klagten 1866 über die politischen und Handelsverhältnisse, "vor allem" in Spanien, die so traurig wären, "daß der reelle Kaufmann von Unternehmungen dahin zurückgeschreckt" werde.<sup>121</sup>

Durch den Abschluß eines Handelsvertrages mit Spanien war es Frankreich 1865 gelungen, Privilegien zu erlangen. Dadurch verschlechterten sich die Positionen anderer Länder. Solange es keinen gleichwertigen Vertrag des Zollvereins mit Spanien gab, konnten es die deutschen Kapitalisten nicht mit der französischen Konkurrenz aufnehmen.<sup>122</sup> So ist es kein Wunder, daß Berliner Kapitalisten in den Choral unzufriedener deutscher Bourgeoisie einstimmten, der immer lauter einen Handelsvertrag mit Spanien verlangte.<sup>123</sup> Trotz der Klagen aus der Bourgeoisie und aus den preußischen Konsulaten über mangelhafte Ausbeutungsmöglichkeiten in Spanien<sup>124</sup> konnte erst Anfang Mai 1868 ein Handels- und Schiffahrtsvertrag im Zollparlament verhandelt werden. Da Spanien ihn zuerst nicht auf seine Kolonien ausgedehnt wissen wollte, gab es noch einmal Unruhe in der deutschen Bourgeoisie, war doch so mit der französischen Konkurrenz noch keine Gleichheit erreicht.<sup>125</sup> Diese wurde erst durch ein Zusatzabkommen gesichert, das den Vertrag auf die spanischen Kolonien ausdehnte.<sup>126</sup>

Trotz dieses Erfolges blieb der spanische Absatzmarkt insgesamt gesehen eine französische Domäne. Zwischen der absolutistischen Herrschaftsclique in Spanien und der französischen Regierung bestanden enge Beziehungen. Vertreter des französischen Bankkapitals hatten ihren Einfluß bis in die nächste Umgebung der spanischen Königin ausgedehnt; ihr Minister Gonzales Bravo soll ein Interessenvertreter von Pereiros Credit mobilier in Paris gewesen sein.<sup>127</sup> Kurz vor Ausbruch der bürgerlichen Revolution (1868) mußte dieser einem anderen "bevorzugten Günstling am Pariser Hof", dem Marquis de la Havanah, wei-

119 BHI, 1864, S. 65 f.

120 Preußisches Handelsarchiv, 1866, I, S. 489 ff.

121 BHI, 1866, S. 17; Die Post, 17. 8. 1866.

122 Preußisches Handelsarchiv, 1866, I, S. 489 ff.; Berliner Stadtarchiv, K 540, Bl. 175 ff.

123 Staatsarchiv Merseburg, Rep. 120 C, XIII, 12, 1, Vol. 12, enthält zahlreiche Klagen, Berichte usw.

124 Ebenda; Staatsarchiv Merseburg, Abt. Potsdam, RdI, 5263, Bl. 1 ff.

125 Nationalzeitung (im folgenden: NZ), 1868, 4. 5. 1868, 5. 5. 1868.

126 NZ, 11. 7. 1868, 22. 7. 1868.

127 Carr, Raymond, Spain 1808 - 1939, in: Oxford History of modern Europe, Oxford 1966, S. 271 f.

chen.<sup>128</sup> Wenn Hallgarten schrieb, daß die Thronkandidatur eines Hohenzollern in Spanien "formell ein Vorstoß in undurchkapitalisiertes Territorium" war<sup>129</sup>, so wird damit die Kompliziertheit der Situation nicht erfaßt. Die französischen Kapitalisten waren vielmehr seit Jahren erfolgreich dabei, Spanien in eine ihrer Kapitalsfestungen zu verwandeln. Hallgarten selbst berichtete an anderer Stelle, daß sich in den sechziger Jahren der französische Eisenbahnkönig Mirés, die Pereiros und das Pariser Haus der Rothschilds um Kapitalanlagen in Spanien gerissen hätten.<sup>130</sup> Bereits 1865 soll der Anteil des französischen Kapitalexports nach Spanien an der exportierten Gesamtsumme fast 15 Prozent ausgemacht haben<sup>131</sup> und in den nächsten Jahren auf etwa 35 Prozent angestiegen sein.<sup>132</sup> Nach einer Zeit innerer Unruhen wurde Isabella II. durch die revolutionären Ereignisse in Spanien 1868 zur Abdankung gezwungen. Das war für die Napoleonische Politik ein schwerer Schlag.<sup>133</sup> Die Beseitigung der monarchistischen Günstlingswirtschaft in dieser Domäne der französischen Kapitalisten rief bei diesen große Unruhe hervor. Die französische Regierung setzte alles daran, die gefährdeten Positionen durch vorsichtige, aber energische Einflußnahme wieder zu festigen.<sup>134</sup> Aber auch die deutschen Kapitalisten erkannten ihre Chance, fester im spanischen Wirtschaftsgefüge Fuß fassen zu können. Die Revolution war mehrere Wochen lang Leitartikelstoff der Blätter der Berliner Großbourgeoisie, die das spanische Geschehen aufmerksam verfolgten. Im Interesse der Berliner Kapitalisten forderten sie vom Norddeutschen Bund, auf den Lauf der Dinge Einfluß zu nehmen.

Am 24. September, drei Tage nach dem Aufstand der Matrosen in Kadix, rief der Konsul des Norddeutschen Bundes in Malaga, Horatio Schott, "den Schutz der Bundesflagge ... zur Sicherstellung der Interessen der Untertanen des Norddeutschen Bundes" an.<sup>135</sup> Zwei Wochen später wies die "BBZ" darauf hin, daß Industrielle des Norddeutschen Bundes in Spanien gute Absatzmöglichkeiten gefunden und dort auch eigene Niederlassungen eingerichtet hätten. Deutsche Kaufleute, die in Spanien und auf Kuba große Warenvorräte hätten, seien bei Bismarck vorstellig geworden, um ihn zu bewegen, schleunigst Kriegsschiffe dorthin zu senden. In fester Überzeugung glaubte die "BBZ" an die Erfüllung dieser Forderungen.<sup>136</sup> Drei Wochen später veröffentlichte die "Nationalzeitung" (NZ) eine Anfrage deutscher Kaufleute in Berlin, wie eine mit zahlreichen Unterschriften versehene Bittschrift behandelt würde, die den Einsatz deutscher Kriegsschiffe in den Häfen Spaniens und seiner Kolonien forderte.<sup>137</sup> Für die deutschen Kaufleute schien die Wahrung errungener Positionen im Vordergrund aller Überlegungen zu stehen.

Handelte es sich aber nur um die Interessen der am Spanienhandel beteiligten Kaufleute und Industriellen? Die Zeitung "Die Post" schilderte die Stimmung, die die spanische Revolu-

128 NZ, 24. 9. 1868.

129 Hallgarten, George W. F., Imperialismus vor 1914, Bd. 1, München 1963, S. 148.

130 Ebenda, S. 97.

131 Der Börsenspezialist J. Schweitzer gibt für 1855 - 1865 einen französischen Kapitalexport von 8 264 Mill. Francs an, von denen 2 521 Mill. in Italien, 1 213 Mill. in Spanien angelegt waren (Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte, 5. Jg., 1867, Bd. 2, S. 241 f.).

132 Carr, Raymond, a. a. O., S. 272. - Der spanische Markt soll seit 1861 "durch Fonds, namentlich französisches und englisches Kapital überflutet" worden sein (Stern, Alfred, Geschichte Europas 1848 - 1871, Bd. 10, Stuttgart/Berlin 1924, S. 271).

133 Dittrich, Jochen, Bismarck, Frankreich und die spanische Thronkandidatur der Hohenzollern, München 1962, S. 65.

134 Michaelis, Herbert, a. a. O., Bd. 10, Nr. 172.

135 Staatsarchiv Merseburg, Abt. Potsdam, RdI, 5283, Bl. 14.

136 BBZ, 9. 10. 1868.

137 NZ, 3. 11. 1868, 6. 11. 1868.



tion an der Berliner Börse hervorrief: "Nur schwache Sympathie und geringes Mitleid hegen die Herren von der Börse mit dem Unglück" der aus dem Lande gejagten spanischen Königin. "Im Gegenteil, es waren diese Herren eher geneigt, die Nachricht von dem Schicksal Isabellas mit einer Hausse, als mit einer Baisse zu begrüßen, und selbst die tief verachteten spanischen Werte sind gleichzeitig mit dem Sieg der Revolution um einige Prozente in die Höhe gegangen."<sup>138</sup>

Sicher spielte hier nicht nur die Tatsache eine Rolle, daß der Frieden wieder für einige Zeit gerettet schien, da Napoleon von seiner offensiven Politik an der deutschen Westgrenze abgelenkt war. Die Vertreter der Berliner Banken und die Börsenjobber rechneten vielmehr auch mit dem stärkeren Eindringen deutschen Kapitals in Spanien. So forderte "Die Post", Preußen müsse mit dem neuen System in Spanien zusammenarbeiten, nicht etwa, weil es die Revolution anerkenne, sondern weil die Politik Isabellas zu sehr in die Interessensphären Napoleons geraten wäre und die Revolution zur Emanzipation Spaniens vom französischen Einfluß führen könnte.<sup>139</sup> Zuerst schien die Entwicklung in Spanien den Hoffnungen und Wünschen der Berliner Bourgeoisie recht zu geben. Die neue Regierung erklärte im März 1869, daß die Modalitäten des spanisch-französischen Handelsvertrages von 1865 auch auf Deutschland angewendet würden.<sup>140</sup> Ließ die spanische Regierung Anfang 1869 eine Anleihe noch bei einer Pariser Bank realisieren<sup>141</sup>, so wurde eine weitere im April auch in Berlin, London, Madrid, Amsterdam, Brüssel, Antwerpen, Hamburg und Frankfurt aufgelegt; neben acht ausländischen und anderen deutschen Banken gehörten die Berliner Häuser G. Müller & Co. und Leipziger & Richter zu den Unterzeichnern.<sup>142</sup> Der Bankier und Berater Bismarcks, Gerson Bleichröder, soll seit 1868 "in ständiger geheimer Beziehung zu Spanien" gestanden haben.<sup>143</sup> Der Beschluß der Cortez, die spanische Armee nach preußischem Muster zu reorganisieren, dürfte die Geldgeber in Deutschland zu größerer Freigebigkeit animiert haben.<sup>144</sup> Die Interessen der deutschen Kapitalisten sind von der Regierung des Norddeutschen Bundes auch in dieser Phase unterstützt worden. Der preußische König erklärte in einer Rede, die breiten Eingang in der Öffentlichkeit fand; "Die Ereignisse auf der westlichen Halbinsel Europas können uns zu keinem anderen Gefühl veranlassen, als zu dem Wunsche und zu dem Vertrauen, daß es der spanischen Nation gelingen werde, in der unabhängigen Gestaltung ihrer Verhältnisse die Bürgerschaft ihres Gedeihens und ihrer Macht zu finden."<sup>145</sup> Ohne Zweifel richtete sich diese Äußerung gegen alle, die den einst vorherrschenden französischen Einfluß in Madrid wieder herstellen wollten. Das entsprach der Politik Bismarcks, der schon am 15. Oktober 1868 gefordert hatte, daß man die neue Regierung in Spanien auf das "freundschaftlichste und zuvorkommendste" behandeln müsse, da die bisherige dem Norddeutschen Bund feindlich, die jetzige ihm aber freundlich gesonnen sei.<sup>146</sup>

Der Unterstützung des deutschen Einflusses in Spanien sollte auch eine als Urlaubsreise getarnte Spanienvisite des Präsidenten des Bundeskanzleramtes, Rudolph Delbrück, und des Präsidenten der preußischen Seehandlung, von Camphausen, Mitte September 1868

138 Die Post, 3. 10. 1868 (Börsenbericht); Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte, 6. Jg., 1868, Bd. 4, S. 244. (Hervorhebung - H. M.).

139 Die Post, 8. 10. 1868, 13. 10. 1868; NZ, 4. 10. 1868.

140 Die Post, 13. 3. 1868; Bernhardi, Theodor v., Aus dem Leben Theodor von Bernhardt, T. 9, Leipzig 1906, S. 139.

141 Die Post, 2. 2. 1869.

142 BBZ, 16. 4. 1869, 19. 4. 1869, 20. 4. 1869, 21. 4. 1869, 22. 4. 1869.

143 Böhme, Helmut, a. a. O., S. 298.

144 Diese Nachricht wurde auch in Berliner Blättern verbreitet, z. B. BBZ, 22. 4. 1869.

145 Die Post, 4. 11. 1868.

146 Michaelis, Herbert, Die auswärtige Politik, a. a. O., Bd. 10, Nr. 179.

dienen, als sich die Revolution in Spanien durch Unruhen und Verhaftungen längst angeknüpft hatte.<sup>147</sup> Eine heimliche "Erholungsreise ohne Nebenzwecke"<sup>148</sup> zweier so wichtiger Staatsbeamter in ein von inneren Unruhen zerrüttetes Land scheint mir ausgeschlossen. Oft wurde diese Reise auch mit der Ausdehnung des schon abgeschlossenen Handelsvertrages mit Spanien auf dessen Kolonien begründet.<sup>149</sup> Tatsächlich hat es in dieser Hinsicht in der spanischen Regierung lange Zeit und noch im Mai keine Bereitwilligkeit gegeben. Doch bereits am 24. Juni 1868 wurde auch der Zusatzvertrag in Madrid unterzeichnet.<sup>150</sup> Es wäre ungewöhnlich für die Handelspolitik jener Zeit, wenn sich zwei so bedeutende Wirtschaftspolitiker wegen der (beschlossenen und juristisch abgesicherten) Erweiterung eines Handelsvertrages einer so großen persönlichen Gefahr ausgesetzt hätten. Selbst der Ausbruch der Revolution hat Delbrück nicht abgeschreckt. Er ist nach Madrid weitergereist und hat sich dort, als Tourist getarnt, aufgehalten.<sup>151</sup> Sein Reisegefährte, der Finanzexperte von Camphausen, traf dagegen am 10. Oktober mit Bismarcks "diplomatischem Feuerwehmann", Theodor von Bernhardt, in Italien zusammen.<sup>152</sup> Mit gründlichen Anwendungen durch Bismarcks engen Mitarbeiter von Keudell versehen, reiste von Bernhardt dann im April 1869 nach Spanien. Zahlreiche Zusammenkünfte mit preußischen Diplomaten, Konsularbeamten und mehrmals mit den einflußreichen Inhabern der Bank Weissweiler & Bauer, die in Spanien als Agenten der Pariser Rothschilds fungierten, scheinen auszuschließen, daß er nur als "stiller Beobachter" nach Spanien gereist war.<sup>153</sup>

Die Aktivitäten der preußischen Regierung in Spanien blieben den meisten Berliner Kapitalisten damals zum größten Teil unbekannt. Welche Projekte die rege Reisetätigkeit hoher preußischer Beamter auslöste, ist selbst dem Historiker noch verborgen. Es ist bei der Dienststellung der beiden Reisenden naheliegend, diese mit Versuchen in Zusammenhang zu bringen, den preußisch-deutschen wirtschaftspolitischen Einfluß in Spanien zu stärken. Die Hoffnungen, daß die Revolution in Spanien eine grundlegende Verbesserung der wirtschaftspolitischen Beziehungen zu diesem Lande nach sich ziehen würde, haben sich jedoch nicht voll bestätigt. Die Berliner Korporation beklagte, daß die spanische Regierung 1869 wieder relativ hohe Zölle auf Importwaren erhöhe, daß sich politische und kommerzielle Verhältnisse dort weiter verschlechterten und kaum noch regelmäßiger Verkehr stattfände.<sup>154</sup> Diese Feststellung erhält große Bedeutung, wenn wir sie im Zusammenhang mit der gesamten ökonomischen und politischen Entwicklung sehen.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage hatte sich zwar nach der Krise von 1866 zuerst einmal verbessert. Aber der drohende Krieg mit Frankreich beunruhigte auch jene Kräfte in Berlin, deren Rat Bismarck schon immer wertvoll gewesen war; die Bankiers. Die Berliner Handelsgesellschaft klagte über die "Anhäufung unbeschäftigten Kapitals" aufgrund

147 BBZ, 18. 9. 1868.

148 Fester, Richard, Neue Beiträge zur Geschichte der Hohenzollernkandidatur in Spanien, Leipzig 1913, S. 98.

149 BBZ, 22. 9. 1868, 9. 10. 1868; NZ, 22. 9. 1868.

150 Staatsarchiv Merseburg, Abt. Potsdam, RKA, 14. 01, Bl. 266 f., 230 ff., 270, 275.

151 Michaelis, Herbert, Die auswärtige Politik, a. a. O., Bd. 10, Nr. 163; BBZ, 18. 9. 1868.

152 Bernhardt, Theodor v., a. a. O., S. 327 ff.

153 Ebenda, der gesamte Teil über den Aufenthalt in Spanien.

154 BHI, 1869, S. 1.

des trägen Warenverkehrs und der befürchteten kriegerischen Auseinandersetzungen.<sup>155</sup> Gerson Bleichröder beschwor seinen vertrauten Kanzlerfreund im Dezember 1869, diese Lage endlich durch einen Krieg mit Frankreich zu bereinigen.<sup>156</sup>

In der Haltung Bismarcks zeigte sich erneut, daß er immer deutlicher erkannte, wie man die ökonomische Expansion als Werkzeug benutzen konnte, um auf ausländische Staaten sowie politische Konstellationen und Entwicklungen Einfluß zu nehmen. Wenn solche Wirkungen in Aussicht standen, war er bereit, die Expansion mit allen Mitteln zu fördern. Wenn es Bismarck gelang, die Bourgeoisie "von den außenpolitischen Grundvorstellungen her völlig in das Schlepptau"<sup>157</sup> zu nehmen, so vor allem auch darum, weil er ihre ökonomischen Expansionsinteressen, soweit wie es im Rahmen der von ihm abgesteckten Pläne sinnvoll erschen, zu realisieren versuchte. Wie im Falle Rumäniens bot sich ihm nun in Spanien erneut die Möglichkeit, den Export von Kapital, Manufakturwaren und Spirit seitens der Kapitalisten durch den "Export preußischer Hohenzollernherrlichkeit" zu ergänzen.<sup>158</sup> Auch diesmal griff er mit dem Ziel einer Machterweiterung des reaktionären preußisch-deutschen Staates zu.

Wenn hier vereinfachend die handelspolitische Seite der Entwicklung in Spanien in den Vordergrund gerückt wurde, so deshalb, weil sie in bisherigen Untersuchungen über die Thronkandidatur des Hohenzollernprinzen nur am Rande erwähnt oder gar nicht behandelt wurde.<sup>159</sup> Meistens beginnen solche Untersuchungen erst mit dem Frühjahr 1869 oder sogar erst mit dem Jahre 1870 und beschäftigen sich fast ausschließlich mit der diplomatischen Seite. Wie wir gesehen haben, wurde die Blickwendung Bismarcks nach Spanien aber schon in der ersten Hälfte der sechziger Jahre, verstärkt am Vorabend der spanischen Revolution, durch zahlreiche Bittschriften, Denkschriften, Gutachten, Klagen und Zeitungsberichte von Interessenvertretern der deutschen, besonders der Berliner Bourgeoisie erzwungen. Daß das ursprüngliche Motiv Bismarcks, in das spanische Geschehen einzugreifen, handelspolitischer Natur war, behauptete er auch selbst.<sup>160</sup> Offenbar hat der Bundeskanzler die ökonomische Seite dieser Entwicklung von Anfang an im Zusammenhang mit den politischen Problemen gesehen. Natürlich war er schon seit 1868, als er "die Unausbleibbarkeit eines deutsch-französischen Krieges als die Voraussetzung für die Schaffung eines preußisch-deutschen Staates" erkannt hatte, bestrebt, "eine diplomatische Konstellation zu schaffen,

155 Geschäftsbericht der Berliner Handelsgesellschaft pro 1868, vorgetragen ... am 28. 4. 1869; ähnlich auch Keudell, Robert v., a. a. O., S. 412.

156 Ebenda, S. 419.

157 Seeber, Gustav, Bonapartismus und Bourgeoisie, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 16, Berlin 1977, S. 96.

158 So überspitzt diese Formulierung klingen mag, im Prinzip lief Bismarcks Politik in diesen beiden Fällen darauf hinaus.

159 Siehe so Bußmann, Walter, Das Zeitalter Bismarcks, Konstanz 1957, S. 114. Bei Dittrich, Jochen, a. a. O., S. 45, werden die handelspolitischen Motive mit drei (!) Zeilen abgetan, wird der enge Zusammenhang zwischen ökonomischer und diplomatischer Geschichte unzulässig mißachtet. Becker, Otto/Scharff, Alexander, Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung, Heidelberg 1958, S. 664 ff., berücksichtigen im Kapitel über die spanische Thronfolgekandidatur handelspolitische Motive überhaupt nicht.

160 Bismarck, Otto v., Gedanken und Erinnerungen, Stuttgart/Berlin 1922, S. 89 f.; Dittrich, Jochen, a. a. O., weist an verschiedenen Stellen die Unglaubwürdigkeit der Erinnerungen Bismarcks nach. In diesem einen Punkt bestätigt meine Untersuchung die Darstellung Bismarcks. Auch George W. F. Hallgarten hält sie in diesem Falle für glaubwürdig, später hat sich Bismarck auch so geäußert (Marcks, Erich/Müller, K. A. v., Erinnerungen an Bismarck, Berlin/Leipzig 1924, S. 73 ff.).

die ihm die Möglichkeit gab, Frankreich zum Kriege zu provozieren".<sup>161</sup> Sicher suchte er aufgrund der prekären Lage Napoleons in der ersten Hälfte des Jahres 1870 immer fiberhafter, neue diplomatische Provokationen in die Wege zu leiten.<sup>162</sup> Die politischen Verhältnisse in Frankreich kamen ihm dabei zugute. Napoleon war aufgrund der innenpolitischen Lage gezwungen, die sogenannte "liberale Ära des Bonapartismus" einzuführen. Er konnte in "Zukunft keinerlei Machterweiterung des Norddeutschen Bundes, keine diplomatische Niederlage mehr hinnehmen", wenn seine Machtposition nicht endgültig zusammenbrechen sollte.<sup>163</sup> Die rechten Bonapartisten forderten deshalb unverhüllt Krieg gegen den Norddeutschen Bund. Mit Sicherheit benutzte Bismarck die Entwicklung von Beginn an auch, um die französische Politik von den deutschen Problemen nach dem Westen abzulenken. Auch antirepublikanische Gesichtspunkte werden bei den Überlegungen keine unbedeutende Rolle gespielt haben. Und mit Sicherheit schoben sich die politischen Gesichtspunkte im Verlauf des weiteren Geschehens immer mehr in den Vordergrund. Im Gegensatz zu vielen vereinfachenden Darstellungen muß aber betont werden, daß noch selbst im Februar und März 1870, als die spanische Thronkandidatur für Bismarck zu einem ernsthaften Werkzeug seiner Spanien- und Frankreichpolitik herangereift war, das handelspolitische Motiv mit im Vordergrund stand. Dies geht deutlich aus dem Diktat Bismarcks zum ersten Entwurf eines "außerordentlichen" Berichtes an König Wilhelm vom 27. Februar 1870 und aus der endgültigen Fassung des Immediatberichtes vom 9. März 1870 hervor, in denen er Sinn und Zweck, Vor- und Nachteile der hohenzollernschen Kandidatur in Spanien zu begründen versuchte. Hier erschien an zweiter Stelle ein besonderer Abschnitt über die handelspolitischen Vorteile, der mit als Grundlage aller weiteren Überlegungen Bismarcks aufbereitet war.<sup>164</sup>

In dem sogenannten "Herrendiner" am 15. März im Berliner Schloß, wo im engsten vertrauten Kreise des Königs und Bismarcks über die Probleme der Kandidatur beraten wurde, verlas der Kanzler diesen Bericht als Basis für gemeinsame Überlegungen. Delbrück hob in seinem Beitrag zu diesem Problem noch einmal besonders die große Bedeutung der Kandidatur für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft hervor. Er erblickte "in der Gründung einer Hohenzollerndynastie (in Spanien - H. M.) große Gewährschaften für bedeutsame Handels- und Verkehrsentwicklungen und dadurch glückliche Rückschläge auf Gesamtdeutschland".<sup>165</sup>

Einzelheiten blieben der Öffentlichkeit damals verborgen; gewiß mutmaßte man schon seit Anfang Oktober 1868 in der ausländischen und deutschen Presse gelegentlich über die Kandidatur eines preußischen Prinzen.<sup>166</sup> Doch die übrigen Ereignisse in Spanien standen noch

161 Engelberg, Ernst/Weber, Rolf, Im Widerstreit um die Reichsgründung, Berlin 1970, S. 455.

162 Engelberg, Ernst, Deutschland von 1849 - 1871, a. a. O., S. 463.

163 Ebenda.

164 Fester, Richard, Briefe, Aktenstücke und Regesten zur Geschichte der Hohenzollernschen Thronkandidatur in Spanien, Berlin 1913, Nr. 1, S. 59 ff.; Keudell, Robert v., a. a. O., S. 430 ff. - Keudell, damals einer der engsten Mitarbeiter Bismarcks, hatte diesen Bericht aus der Erinnerung aufgeschrieben. Er hielt das handelspolitische Motiv für so wichtig, daß er die Überschrift des Abschnittes "Handelspolitik" durch Sperrung besonders hervorhob (Keudell, Robert v., a. a. O., S. 431). Die endgültige Fassung des Immediatberichtes in Bismarck, Otto v., Die gesammelten Werke, hg. v. Friedrich Thimme, Bd. 6 b, Berlin 1931, S. 271 ff. - Auch hier steht der handelspolitische Teil von seiner Einordnung her mit im Vordergrund.

165 Dittrich, Jochen, a. a. O., S. 366 ff., Nr. 25.

166 BBZ, 18. 10. 1868, bringt hierzu eine kleine Notiz und meint ermunternd, das Risiko für Leopold sei kaum größer, als es einst für Karl in Rumänien gewesen sei.



im Vordergrund der Berichterstattung. Erst im April 1869, als sich in den Reihen der Berliner Bourgeoisie die Klagen über die immer noch nicht "bereinigten" Zustände auf dem spanischen Markt mehrten, konnte man aus der Presse erfahren, daß bei den zuständigen Stellen ernsthaft über die Kandidatur nachgedacht wurde.<sup>167</sup>

Bedeutende Vertreter der Bourgeoisie waren von dem Gedanken angetan, daß auch Spanien möglicherweise - wie einst Rumänien - durch die Kandidatur eines Hohenzollernprinzen eng an Deutschland gekettet werden könnte. In einigen großbürgerlichen Blättern erschie- nen zum Teil weitläufige Spekulationen, in denen man die "Lösung der spanischen Frage" - gemeint war die Nutzbarmachung des um seine bürgerlichen Freiheiten ringenden spani- schen Volkes für die eigene Profitmacherei - auf die schon in Rumänien so "erfolgreich" praktizierte Art begrüßte.<sup>168</sup> Diese Haltung in der Berliner Bourgeoisie ließ auch einen Berliner Bankier im Juli 1869 dem spanischen General Serrano brieflich den Prinzen von Hohenzollern-Sigmaringen, einen Bruder Karls, als besonders gut geeigneten Kandidaten für den vakanten Thron empfehlen.<sup>169</sup>

In der Berliner Bourgeoisie, besonders in Bank- und Börsenkreisen, herrschte die Auf- fassung, daß ein Krieg mit Frankreich unvermeidbar sei. Aus allen Äußerungen der Pres- se ist ersichtlich, daß man damals erkannte, wie sehr diese expansive deutsche Spanien- politik die Gefahr des Krieges noch vergrößerte. Trotzdem flaute das Interesse der Ber- liner Bourgeoisie an der Entwicklung in Spanien nicht ab.<sup>170</sup>

Die Nachricht des französischen Botschafters in Madrid über die preußische Thronkandi- datur in Spanien schlug am 3. Juli in Paris "wie eine Bombe" ein.<sup>171</sup> Da es sich bei den vorangegangenen Nachrichten über die hohenzollernsche Kandidatur um Gerüchte und nicht- amtliche Vermutungen gehandelt hatte, waren auch viele Berliner Kapitalisten vom Zustan- dekommen der Kandidatur überrascht. Als erste großbürgerliche Tageszeitung griff die BBZ am 4. Juli französische Zeitungsnachrichten über die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern-Sigmaringen auf.<sup>172</sup> In den nächsten Tagen folgten Depeschen, Nachrichten und Artikel über diesen von den herrschenden Klassen Preußens langerhofften Verlauf der Dinge. Triumphierend hieß es am 6. Juli: "Wir verhehlen nicht, daß uns die Idee (der spa- nischen Kandidat Leopolds - H. M.) ungemein anzieht."<sup>173</sup> Natürlich wurden von der deutschen Großbourgeoisie spanische Interessen und "Friedensliebe" als Begründung für die eigene Freude vorgeschoben.<sup>174</sup> Wieviel den Berliner Börsianern und Bankiers wirk- lich an der Erhaltung des Friedens lag, geht aus anderen Formulierungen hervor: "Sollte die französische Regierung vom Norddeutschen Bund verlangen, daß er auf den Prinz Leo- pold einen Druck ausübe, um denselben zu einem Verzicht zu bestimmen, so trauen wir denn doch dem Grafen Bismarck nicht soviel Schwäche und Mangel an nationalem Stolze zu,

167 Die Post, 26. 4. 1869, 27. 4. 1869.

168 Besonders deutlich vertraten diese Haltung die "BBZ" und "Die Post".

169 Fester, Richard, a. a. O., H. 1, Nr. 73. Nach Bismarck, Otto v., Die gesammelten Werke, Bd. 6 b, a. a. O., S. 267 f., soll es sich bei dem Autor des Briefes um den Kaufmann Leopold Katt gehandelt haben.

170 Das spiegelt sich in einer großen Zahl von Presseberichten wider; ab und an gab es auch Notizen über die Hohenzollernkandidatur in Spanien, z. B. BBZ, 11. 5. 1870.

171 Dittrich, Jochen, a. a. O., S. 83; BBZ, 6. 7. 1870. - Die Enttäuschung der Pariser Bourgeoisie wurde in Berliner Blättern mit unverhohlener Schadenfreude aufgenom- men, z. B. Die Post, 7. 7. 1870.

172 BBZ, 4. 7. 1870.

173 BBZ, 6. 7. 1870 (Privatdepesche aus Paris).

174 Ebenda.



daß er einem solchen Ansinnen die geringste Folge gäbe".<sup>175</sup> An anderer Stelle hieß es, die preußische Regierung dürfe den Prinzen von Hohenzollern-Sigmaringen nicht ermutigen, aber sie müßte ihn "schützen, wenn von anderer Seite versucht würde, seine Kandidatur zu verhindern".<sup>176</sup> Das hieß jetzt, da der Friede vielleicht noch durch diplomatische Verhandlungen hätte gerettet werden können, nichts anderes als: entweder den spanischen Thron für den Hohenzollern oder - Krieg!

Ähnlich, wenn auch weit vorsichtiger, argumentierte die "NZ".<sup>177</sup> Ihre eindeutige, aber doch zurückhaltendere Stellung wurde fälschlich so ausgelegt, als hätte die nationalliberale Partei dieser Frage abwartend gegenübergestanden. Wilhelm Wehrenpfennig, der mit Johannes Miquel den rechten Flügel der Nationalliberalen führte, hatte aber in den "Preussischen Jahrbüchern" Anfang Juli ganz deutlich die Stellung seiner Partei festgehalten. Energisch wurde hier darauf hingewiesen, daß ein Rückzug in Spanien von der Bourgeoisie als unverantwortliche deutsche Niederlage angesehen werden müßte. Auch hier wurde die Gefahr eines Krieges mit Frankreich deutlich erkannt. Trotzdem verlangte der Autor von König Wilhelm und der preußischen Regierung, die Thronkandidatur nicht zu verhindern. Leopold dürfe nicht im Interesse des Friedens von der Kandidatur zurücktreten.<sup>178</sup>

"Die Post" beschränkte sich zuerst auf eine relativ sachliche Berichterstattung.<sup>179</sup> Allerdings kann man in ihrem Disput gegen die französische Pressekampagne nicht nur unverhohlene Schadenfreude über die Niederlage der französischen Konkurrenz, sondern zwischen den Zeilen auch prinzipielle Zustimmung zu der Entwicklung des Geschehens erkennen.<sup>180</sup>

Deutlich wurden in der Berliner Presse seit dem 8. Juli vorsichtiger Töne angeschlagen. Die offizielle Bismarcksche Auslegung, die Thronkandidatur sei eine Angelegenheit des spanischen Volkes und des Hauses Hohenzollern-Sigmaringen und berühre die preußische Regierung nicht, wurde Grundlage aller Pressepolemik.<sup>181</sup> Nachdem also die genannten Blätter im Interesse der von ihnen vertretenen Kreise der Berliner Bourgeoisie, die an einer Aktivierung der Spanienpolitik des Norddeutschen Bundes interessiert waren, zum Teil zwischen den Zeilen, zum Teil auch offen und enthusiastisch kundgetan hatten, daß es ihnen unter allen Umständen darauf ankam, die Thronkandidatur in Spanien auch gegen den Willen Frankreichs durchgesetzt zu sehen, waren sie nun durch die Einwirkung Bismarcks bereit, dessen Politik gegenüber Frankreich nicht durch unbedachte Artikel zu stören. Sie beschränkten sich auf die von Bismarck vorgezeichnete Argumentation und machten um-

175 Ebenda.

176 BBZ, 7. 7. 1870 (Hervorhebung - H. M.).

177 Hier begann die Kampagne zugunsten der Thronkandidatur Leopolds von Hohenzollern-Sigmaringen durch eine Depesche aus Madrid am 5. 7. 1870; seitdem folgten ständig Artikel, Notizen und Berichte.

178 Preußische Jahrbücher, Bd. 26, Berlin 1870, S. 108 ff. (Politische Korrespondenz, datiert 9. 7. 1870).

179 Die erste Nachricht der Zeitung "Die Post" erschien darüber am 5. 7. 1870 durch die Wiedergabe einer Depesche der Pariser Zeitung "Constitutionell".

180 Die Post, 6. 7. 1870, 7. 7. 1870.

181 BBZ, 8. 7. 1870; NZ, 8. 7. 1870, 9. 7. 1870; Die Post, 9. 7. 1870, 12. 7. 1870.

fänglich von der Taktik Gebrauch, ihre "starke Verwunderung" über die Einmischung Frankreichs in "spanische Angelegenheiten" auszudrücken.<sup>182</sup>

Erst nach einer Bismarckschen Presseinstruktion begann sich die "Vossische Zeitung" (VZ) mit der spanischen Thronkandidatur eines Hohenzollernprinzen auseinanderzusetzen.<sup>183</sup> Sie forderte ganz im Sinne der offiziellen Argumentation, daß sich die Regierung nicht um die Angelegenheit zu kümmern habe, da die Interessen des Staates vor die der Familie Hohenzollern-Sigmaringen zu stellen seien. Mit scharfen Worten polemisierte der Leitartikler gegen Frankreich, daß dem spanischen Volk seine Rechte verwehren wolle, sich seinen König da zu suchen, wo es ihm passe.<sup>184</sup> Doch am 10. Juli wagte sich die "VZ" weit über die von Bismarck abgesteckte Linie hinaus, indem sie bestritt, daß in Spanien überhaupt "deutsches Interesse verfochten" würde. Ein preußischer Krieg gegen Frankreich für Leopolds Thron - so argumentierte der Autor - sei unpopulär!<sup>185</sup> Offenbar vertrat die "VZ" eine Gruppe von Kapitalisten, die auf eine Vergrößerung des Einflusses auf Spanien verzichten wollte, wenn dadurch der Friede gerettet werden könnte.<sup>186</sup> Diese Einstellung der "VZ" wurde durch eine wütende Polemik seitens der "BBZ" bekämpft. Die Vertreter des Bankkapitals und der Börse sahen ihre expansiven Absichten aus den eigenen Reihen bedroht und reagierten deshalb gegen alle, die vor der Gefahr des Krieges warnten und einen Rückzug der Kandidatur empfahlen, mit großer Wut. Mit falschem Stolz und echter Überheblichkeit lobte man dagegen die Stimmung der Börsianer, die von der Expansion in Spanien nicht ablassen wollten, obwohl "die Sache ... in der Tat auf der Schneide des Schwertes" stand.<sup>187</sup>

"Die Post" richtete am 12. Juli ebenfalls, allerdings vorsichtigere Worte an die Anhänger der "VZ". Vom offiziellen Standpunkt ausgehend, daß "Preußen schlechterdings kein politisches Interesse an der Erhebung des Prinzen zum spanischen König haben könne", wurde jedoch verlangt, es dürfe nicht zuungunsten des Hohenzollern einwirken und die Kandidatur nicht einfach unterdrücken.<sup>188</sup> Um den Preis des Friedens wollten diese Berliner Kapitalisten unbedingt auf dem Weg der politischen Expansion fortschreiten. Gerson Bleichröder versuchte Bismarck auch in der Frage der Thronkandidatur in Spanien zu beeinflussen. Obwohl ihm ein Informant, der sehr vertraut mit Grammonts Sekretär war, ernste Nachrichten aus Paris übermittelte, zum Beispiels, daß die Pariser Zeitungen "ohne Ausnahme laut die Kriegstrompete" bliesen und in Toulon die ersten Kriegsschiffe in Gefechtsbereitschaft versetzt wurden, versuchte er Bismarck zu beruhigen und alle diese Nach-

182 Fester, Richard, a. a. O., S. 16 f. - Hiernach seien offiziöse Blätter angewiesen worden, zu verbreiten, die preußische Regierung könnte sich nicht in spanische Angelegenheiten einmischen. Die nicht offiziöse Presse sollte vor allem die Einmischung Frankreichs in das Selbstbestimmungsrecht Spaniens verurteilen. Der Widerstand der der Börse nahestehenden Redaktionen gegen eine zu zurückhaltende Politik gegenüber Frankreich sollte durch persönliche Einwirkungen ausgeräumt werden (!).

183 Vossische Zeitung (im folgenden: VZ), 5. 7. 1870, 6. 7. 1870 (kurze Information über Leopolds Kandidatur), der erste Leitartikel zur Frage der Thronkandidatur erschien erst: VZ, 8. 7. 1870.

184 VZ, 8. 7. 1870.

185 VZ, 10. 7. 1870.

186 Darauf lassen auch weitere Artikel der Zeitung schließen (VZ, 12. 7. 1870, 13. 7. 1870, 14. 7. 1870.

187 BBZ, 11. 7. 1870.

188 Die Post, 12. 7. 1870 (Hervorhebung - H. M.).

richten zu bagatellisieren.<sup>189</sup> Offensichtlich befürchtete er, daß Bismarck in der spanischen Angelegenheit doch noch zum Rückzug blasen könnte.

Als der Krieg am 13. Juli vor der Tür stand, wurde die Berliner Bourgeoisie von der Nachricht überrascht, daß Leopold im Interesse des Friedens auf die Thronkandidatur verzichtet hätte. Die aggressiven Kreise in der Berliner Bourgeoisie fühlten ihre Interessen mißachtet und ihre Forderungen nach Unterstützung der Expansion in Spanien verraten. In diesem Sinne argumentierte auch die großbürgerliche Presse.<sup>190</sup> In der "BBZ" wurde in dieser Situation - wie von Bleichröder schon im Dezember 1869 - gefordert, den Krieg endlich ausbrechen zu lassen und die spanische Kandidatur ohne Rücksicht auf alle Folgen durchzusetzen.<sup>191</sup>

Sicher gab es in anderen Kreisen der Bourgeoisie bis zur Veröffentlichung der Emser Depesche noch Hoffnungen auf die Verhinderung des Krieges. Aber jene bedeutende Gruppierung, die wichtigen Einfluß auf die Regierung hatte, wünschte den Krieg um jeden Preis herbei.

Diese Einstellung zum Verzicht Leopolds auf den spanischen Thron und zum Krieg gegen Frankreich in der Börse nahestehenden Kreisen geht auch aus einer Äußerung von Unruhs hervor, der auch jetzt noch gegen den Krieg Stellung nahm. Er berichtete aus dem "Millionenklub", einem Treffpunkt der bekanntesten Berliner Bankiers, Kaufleute und Industriellen: Dort sprachen "Geldmänner die Meinung aus, wir hätten durch das Nachgeben Frankreich gegenüber eine Schlappe erlitten". Die "Herren von der Börse" zogen einen Krieg gegen Frankreich dem Rückzug aus Spanien vor.<sup>192</sup>

Die bisher herausgearbeitete Haltung der Berliner Großbourgeoisie fand sich auch bei liberalen Parteiführern. Wilhelm Wehrenpfennig schrieb an Heinrich Treitschke, er hätte nur so vor Ingrimm gekocht, als er über den Verzicht Leopolds las.<sup>193</sup>

Alle zitierten Quellen lassen erkennen, daß diese aggressive Stimmung in den Reihen der Berliner Bank- und Industriebourgeoisie mehrere Motive hatte. Ohne Zweifel stand zwischen 1866 und 1870 die Tatsache im Vordergrund, daß Frankreich versuchte, die Herstellung der deutschen Einheit und eine Machterweiterung des Norddeutschen Bundes unter der Führung des Militärstaates Preußen zu verhindern. Außerdem hatten sich auch die Annexionsabsichten der französischen Regierung auf das linke Rheinufer tief in das Bewußtsein der Berliner Bourgeoisie eingepreßt. Dazu kommt aber der meist übersehene und unterschätzte Umstand, daß die Berliner Bourgeoisie auf allen Plätzen der Weltwirtschaft, auf denen sie sich auf der Grundlage des inneren kapitalistischen Aufschwungs ausbreitete, auf heftige französische Konkurrenz traf. In Amerika und im Fernen Osten, in Rußland, in Rumänien, in Italien und Spanien, überall waren auch andere Konkurrenten vorhanden; Engländer, Amerikaner, Russen und Österreicher; aber französische Kapitalisten und der Ein-

189 Bonnin, Georges, Bismarck and the Hohenzollerncandidate for the spanish Throne, London 1957, Nr. 261 (Telegramm Bleichröders an Bismarck, Berlin 9. 7. 1870).

190 NZ, 13. 7. 1870; BBZ, 13. 7. 1870, wo der Verzicht Leopolds ein "potenziertes Ölmiß" genannt wurde und man besonders lautstark betonte, daß man "mit dieser Wendung nicht einverstanden" sei.

191 BBZ, 13. 7. 1870.

192 Poschinger, Heinrich v., Erinnerungen aus dem Leben Hans Viktor von Unruhs, Berlin/Stuttgart/Leipzig/Wien 1895, S. 291. - So ähnlich argumentierte auch Die Post, 19. 7. 1870.

193 Wentzke, Paul/Heyderhoff, Julius, Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks, Bd. 1, Leipzig 1925, Nr. 367 (Brief Wehrenpfennigs an Treitschke, 14. 7. 1870).



## Bauernschaft und bäuerliche Schichten im vollentfalteten Feudalismus<sup>+</sup>

von Ernst Münch

Für die historisch-materialistische Untersuchung der sozialökonomischen Gesellschaftsformation des Feudalismus, seiner Entstehung, Entfaltung und Ablösung, ist die Geschichte seiner ausgebeuteten Hauptklasse, der feudalabhängigen Bauernschaft, von grundlegender Bedeutung. In der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft ist diese Tatsache allgemein und prinzipiell anerkannt, nicht zuletzt in bewußtem Gegensatz zur traditionellen Unterschätzung bzw. Negierung dieses Problemkreises durch die bürgerliche Feudalismusforschung, in der sich Veränderungen in dieser Frage im wesentlichen erst abzeichneten, als mit dem steigenden weltweiten Einfluß der marxistischen Geschichtswissenschaft eine Reaktion darauf notwendig wurde.<sup>1</sup> Jedoch kann auch in letzterer die theoretische Durchdringung unserer Problematik noch keineswegs befriedigen, zumal den verschiedenen Epochen der feudalen Gesellschaftsformation auch in dieser Hinsicht durchaus nicht gleiche Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Schwierigkeiten bei der Behandlung dieses Fragenkomplexes ergeben sich aber nicht nur aus seiner fundamentalen Bedeutung und den zwangsläufig vorhandenen Lücken in seiner vollständigen Bearbeitung; ganz entscheidend hängt diese Kompliziertheit mit jener Erscheinung zusammen, die wir als Differenziertheit und Differenzierung der feudalabhängigen bäuerlichen Klasse bezeichnen. Hierbei gilt es neben der tatsächlichen Differenziertheit die Vielfalt der Terminologie der schriftlichen Quellen zu berücksichtigen, die obendrein keineswegs vollauf der tatsächlichen historischen Vielfalt entsprechen muß. Zu beachten ist gleichfalls die Veränderlichkeit sowohl der Terminologie als auch der realen Differenziertheit in zeitlicher und räumlicher Hinsicht. Überdies erscheint der Klassencharakter der feudalabhängigen Bauernschaft als nicht nur begrifflich vom Problem des Standes überlagert. Schließlich sei festgehalten, daß die Abgrenzung dieser zu behandelnden Klasse gegenüber anderen Klassen und Schichten nicht nur innerhalb der feudalen Formation, sondern auch im Verhältnis zu anderen Formationen beträchtliche Probleme aufwirft, da bekanntlich die Bauernschaft als Klasse, als Schicht, als soziale Erscheinung in verschiedenen Formationen ihren Platz hat.

+ Geringfügig überarbeitete Fassung eines Vortrages auf der 4. Konferenz der Fachkommission Agrargeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR am 12. - 14. 9. 1979 in Weimar

1 Vgl. hierzu generell Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD, 3. Aufl., Berlin 1977. - Zur Betonung der Rolle der "Unterschichten" etwa durch Karl Bosl vgl. Eggert, Wolfgang, *Rebelliones servorum*. Bewaffnete Klassenkämpfe im Früh- und frühen Hochmittelalter und ihre Darstellung in zeitgenössischen erzählenden Quellen, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (im folgenden: ZfG), Nr. 10/1975, S. 1147 ff.



Die folgenden Überlegungen beziehen sich nicht zuletzt deshalb auf das 11. bis 15. Jahrhundert, weil es sicherlich auch methodisch nicht von Nachteil sein kann, eine Analyse der ausgebeuteten Hauptklasse des Feudalismus gerade für die Epoche seiner vollen Entfaltung<sup>2</sup> vorzunehmen. Es gilt dies besonders zu betonen, da nicht nur in der Feudalismusforschung der DDR<sup>3</sup> - wenn auch in ihr besonders spürbar - theoretische Probleme der Geschichte der feudalabhängigen bäuerlichen Klasse in dieser Epoche gegenüber dem Früh- und Spätfudalismus kaum einen vorderen Platz in den Diskussionen der marxistischen Geschichtswissenschaft einnahmen.<sup>4</sup> Nachfolgend sollen daher einige allgemeine Charakteristika der feudalabhängigen Bauernschaft unter dem Gesichtspunkt ihrer Spezifik im vollentfalteten Feudalismus unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Agrargeschichte erörtert werden.

Selbstverständlich ist der marxistisch-leninistische Klassenbegriff als wissenschaftliche Kategorie<sup>5</sup> eine Abstraktion. In der historischen Realität ist jede Klasse konkret in die Dynamik der historischen Entwicklung einbezogen und außerdem in sich differenziert. Zusätzliche Schwierigkeiten erwachsen für unsere Problemstellung aus der von Marx und Engels hervorgehobenen spezifischen Kompliziertheit der Klassengegensätze in vorkapitalistischen Klassengesellschaften.<sup>6</sup> Tritt uns demzufolge die feudalabhängige bäuerliche Klasse als solche in den sie betreffenden Quellen des Feudalismus keineswegs in dieser Begrifflichkeit entgegen, so kann das nicht als Zeugnis ihrer Nichtexistenz betrachtet werden, da selbst bürgerlicherseits akzeptiert wird, daß für den Erkenntnisprozeß in der historischen Wissenschaft gegenüber fehlerhaften Modernisierungen bzw. der Übertragung moderner Begriffe auf zurückliegende Epochen auch nicht ins Gegenteil verfallen und die Begriffswelt der über die entsprechenden Zeiträume unterrichtenden (schriftlichen) Quellen als Heilmittel verabsolutiert werden darf.<sup>7</sup> Nun besteht aber eine Spezifik des vollentfalteten Feuda-

2 Zur Periodisierung vgl. Klassenkampf, Tradition, Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1974, S. 91 ff.

3 Vgl. zuletzt Probleme der Feudalismusforschung in der DDR (1970 - 1975), in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus, Bd. 1, Berlin 1977, S. 32 f., und demnächst den Literaturbericht über Forschungen zur Agrargeschichte, in: ZfG, Sonderheft 1980.

4 Grundlegend zu den diesbezüglichen Resultaten und Zielstellungen in der sowjetischen Forschung: Barg, M. A./Skazkin, S. D., Istorija srednevekovogo krest'janstva v Evrope i principy ee razrabotki, in: Voprosy istorii, Nr. 4/1967; Skazkin, S. D./Bessmertnyj, Ju. L., Istorija evropejskogo krest'janstva; zadači i charakter izdaniya, in: Srednie veka, Bd. 32, 1969.

5 Vgl. Lenin, W. I., Die große Initiative, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1973, S. 410.

6 Vgl. Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 463.

7 Vgl. hierzu Bosl, Karl, Die Grundlagen der modernen Gesellschaft im Mittelalter. Eine deutsche Gesellschaftsgeschichte des Mittelalters, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 184 f. Anm. 43 = Monographien zur Geschichte des Mittelalters, Bd. 4/1. Vgl. auch die aufschlußreichen Referate und Diskussionen in Theorien in der Praxis des Historikers, hg. v. Jürgen Kocka, Göttingen 1977 = Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Sonderheft 3.

lismus darin, daß er im Unterschied zum Frühfeudalismus<sup>8</sup> sowohl im theoretischen Verständnis als auch in der gesellschaftlichen Praxis die Bauernschaft durchaus als Gesamtheit auffaßt, nämlich entsprechend der Bedeutung der Ständeeinteilung<sup>9</sup> im Feudalismus als Stand, wobei wir hier nicht den Stand im eng rechtlichen Sinne meinen. Wäre somit nicht der Begriff des Standes die adäquate Kategorie für unsere Problematik, wie er entsprechend in einschlägigen bürgerlichen Darstellungen Verwendung findet?<sup>10</sup> Ohne Zweifel ist Müller-Mertens zuzustimmen, wenn er auf das Desiderat einer marxistischen Ständerforschung hinweist<sup>11</sup>, aber ebenso berechtigt ist die Forderung von Brendler und Küttler, über den Standesbegriff hinaus bis zu der für jede Klassengesellschaft sozialökonomisch grundlegenden Klassenstruktur vorzustoßen.<sup>12</sup> Für die primäre Bedeutung der Kategorie Klasse gegenüber der des Standes bezüglich der feudalabhängigen Bauernschaft erscheinen uns - ausgehend von der vollen Entfaltung des Feudalismus - folgende Aspekte wesentlich: Zunächst einmal wird man die Entstehung dieses Standesbegriffes gerade in diesem Zeitraum letztlich als Ausdruck der gewachsenen prinzipiellen Einheitlichkeit der Klasse werten müssen; auf diese Frage werden wir weiter unten eingehen. Nimmt man den Standesbegriff als Ausgangspunkt, der schlechterdings als aus den Quellen geschöpfte Bezeichnung für die feudalabhängige Bauernschaft als Gesamtheit im Frühfeudalismus nicht existiert, so ergibt sich ein nicht vertretbarer Bruch innerhalb der Gesamtgeschichte dieser Bauernschaft im Feudalismus, entsteht der Eindruck vom Frühkapitalismus ohne feudalabhängige Bauernschaft. Auf derartige konzeptionelle Probleme hat Heitz hingewiesen.<sup>13</sup> Darüber hinaus besteht meines Erachtens auch keine Notwendigkeit, einer der Wurzeln der sich seit dem Frühfeudalismus als Klasse formierenden feudalabhängigen Bauernschaft, nämlich den freien Allodisten, ihren bauerlichen Charakter abzusprechen, wie es durch Mil'skaja geschieht.<sup>14</sup> Eine solche Interpretation läßt sich schwerlich mit dem von Engels

- 8 Das wird wiederholt betont in den Beiträgen bei Wenskus, Reinhard/Jankuhn, Herbert/Grinda, Klaus, Wort und Begriff "Bauer". Zusammenfassender Bericht über die Kolloquien der Kommission für die Altertumskunde Mittel- und Nordeuropas, Göttingen 1975 = Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen. Philologisch-historische Klasse, 3. Folge, Nr. 89; vgl. auch Pape, Ingeborg, Bedeutungswandel von 'colonus' im Früh- und Hochfeudalismus, in: Das Altertum, Bd. 12, 1966, und bes. dieselbe, Accola, agricola, cultor und incola als Rechtsbegriffe im frühen und hohen Mittelalter, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, T. 2, S. 195 - 207.
- 9 Vgl. die grundsätzlichen Hinweise von Lenin, W. I., Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie, in: Werke, Bd. 6, Berlin 1956, S. 103.
- 10 Schon im Titel bei Franz, Günther, Geschichte des deutschen Bauernstandes, 2. Aufl. Stuttgart 1976 = Deutsche Agrargeschichte, hg. v. Günther Franz, Bd. 4.
- 11 Vgl. Müller-Mertens, Eckhard, Der Sachsenkrieg von 1073 bis 1075 und die Frage nach dem Verbleib freier Bauern in der Feudalgesellschaft, in: Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen, hg. v. Joachim Herrmann u. Irmgard Sellnow, Berlin 1975, S. 246 = Veröffentlichungen des Zentralinstituts für Alte Geschichte und Archäologie der Akademie der Wissenschaften der DDR, hg. v. Joachim Herrmann, Bd. 7.
- 12 So Brendler, Gerhard/Küttler, Wolfgang, Volksmassen, Fortschritt und Klassenkampf im Feudalismus, in: ZfG, Nr. 9/1978.
- 13 Vgl. Heitz, Gerhard, Landwirtschaft - Agrarverfassung - Bauernstand. Überlegungen zu fünf Bänden Deutsche Agrargeschichte, hg. v. Günther Franz, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977, T. 1, bes. S. 203.
- 14 Vgl. Mil'skaja, L. T., Nekotorye problemy formirovanija krest'janstva rannefeodal'noj Germanii, in: Srednie veka, Bd. 40, 1976, S. 31.

betonten Zusammenhang<sup>15</sup> von Allod, Feudalisierung und Entwicklung der feudabhängigen bäuerlichen Klasse vereinbaren.

Schließlich muß auf das Schillernde, teilweise Unbestimmte, Überschneidungen keineswegs Ausschließende<sup>16</sup> der ständischen Einteilung gerade im vollentfalteten Feudalismus als auf einen wichtigen Einwand gegen die Verwendung des Standesbegriffes als primärer wissenschaftlicher Kategorie für die Untersuchung der Bauernschaft im Feudalismus hingewiesen werden. Systematisiert man die grundlegenden Charakteristika dessen, was uns die Quellen seit der beginnenden Reifezeit des Feudalismus als "Bauernstand" bzw. als seine einzelnen Vertreter offerieren, so ergeben sich die einer sozialen Klasse. Es kann hier nicht ausführlich darauf eingegangen werden, soll aber nicht völlig unerwähnt bleiben, daß diese Tatsache nicht zuletzt aus dem Dilemma sichtbar wird, in das spätbürgerliche Historiker zunehmend geraten, wenn sie eine Gesellschaftsanalyse des Feudalismus auf der Ignoranz gegenüber seiner grundlegenden Klassenstruktur aufbauen wollen. So hat sicher mit Recht Mommsen<sup>17</sup> es als enttäuschend bezeichnet, daß Mitterauer in einem Beitrag neueren Datums über "Probleme der Stratifikation in mittelalterlichen Gesellschaftssystemen" in seiner Ablehnung bzw. Skepsis sowohl dem Klassen- als auch dem Standesbegriff gegenüber zu der für bürgerliche Auffassungen wahrlich keinen Neuigkeitswert besitzenden Meinung gelangt, bestenfalls den lokalen bzw. regionalen Rahmen für Schichtungsanalysen der mittelalterlichen Gesellschaft gelten zu lassen.<sup>18</sup> Insgesamt gesehen steht die Mehrheit<sup>19</sup> der westlichen Mediävisten dem marxistischen Begriff der sozialen Klasse bezüglich seiner Anwendbarkeit auf feudalgemeinschaftliche Verhältnisse zumindest skeptisch, wenn nicht gar offen feindlich gegenüber. Werden Analysen der Sozialstruktur des Feudalismus vorgenommen, so spielt in ihnen nicht selten bewußt oder unbewußt die versuchte Erarbeitung einer Gegenkonzeption gegen die historisch-materialistische Betrachtungsweise eine Rolle. Unter Verkettung letzterer als Orthodoxie und Schematismus reicht die Skala der bürgerlichen Auffassungen von Gruppen- bzw. Schichtenbildungen, die die feudabhängige Bauernschaft als Klasse gleichsam durchlöchern (Bosls "Leibeigenenklasse" und "familia")<sup>20</sup>, bis hin zur Zerfaserung dieser Bauernschaft in eine Vielzahl kleinerer "Klassen" (Bader)<sup>21</sup> mit dem gleichen Effekt; denn selbstverständlich haben derartige Klassen-

15 Engels, Friedrich, Fränkische Zeit, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1976, S. 476.

16 Vgl. hierzu Stahleder, Helmuth, Zum Ständebegriff im Mittelalter, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte (im folgenden: ZbLG), Bd. 35, 1972, S. 565.

17 Mommsen, Wolfgang J., in: Theorien in der Praxis des Historikers, a. a. O., S. 46.

18 Vgl. ebenda, S. 38.

19 Über dem Marxismus in Teilbereichen nahestehende westliche Agrargeschichtsforscher vgl. Gutnova, E. V., Klassovaja bor'ba srednevekovogo krest'janstva (XI - XV vv.) v osvješćenii sovremennoj francuzskoj, anglijskoj i amerikanskoj medievistiki, in: Srednje veka, Bd. 41, 1977, S. 221 ff.

20 Vgl. Bosl, Karl, Kasten, Stände, Klassen im mittelalterlichen Deutschland. Zur Problematik soziologischer Begriffe und ihrer Anwendung auf die mittelalterliche Gesellschaft, in: ZbLG, Bd. 32, 1969; derselbe, Die "familia" als Grundstruktur der mittelalterlichen Gesellschaft, in: ebenda, Bd. 38, 1975.

21 Vgl. Bader, Karl Siegfried, Studien zur Rechtsgeschichte des mittelalterlichen Dorfes, bes. T. 2; Dorfgemeinschaft und Dorfgemeinde, Weimar 1962, S. 280 ff.

begriffe mit der wissenschaftlichen Kategorie des historischen Materialismus "soziale Klasse" nicht viel mehr als den Namen gemein.

Sosehr auch die in den letzten Jahren sichtlich steigende Wertschätzung der bürgerlichen Forschung für die Problematik der "Unterschichten" einerseits zu begrüßen ist, kann doch andererseits nicht die bereits erwähnte mehr oder minder deutliche Frontstellung dieser Aktivitäten und dieser Intensivierung gegenüber der marxistischen Geschichtswissenschaft übersehen werden. Wunder beispielsweise kommentiert ihr Konzept einer "bäuerlichen Gesellschaft" im Feudalismus mit der eindeutigen Feststellung: "Diese Konzeption löst sich von üblichen Einteilungen in Stände, Schichten oder Klassen."<sup>22</sup> Während die Vorstellung von der "bäuerlichen Gesellschaft" nach Wunder sehr stark die Frage ihrer Mentalität hervorkehrt, will Wenskus den "Bauern im rein wirtschaftlichen Sinn" idealtypisch definieren.<sup>23</sup> Beiden Konzeptionen ist gemeinsam, daß sie der Problematik der feudalen Abhängigkeit der Bauernschaft im Feudalismus keine wesentliche Rolle beimessen. Infolgedessen können sie aber diese ausgebeutete Klasse letztlich auch nicht als kämpfende Klasse verstehen. Am Ende dieser Konzeption lauert nämlich die Gefahr der Baderschen Überdimensionierung<sup>24</sup> der möglichen Gegensätze innerhalb der Bauernschaft gegenüber dem in Wirklichkeit grundlegenden Klassengegensatz Bauer - Feudalherr.

Wenden wir uns nun der marxistischen Wesensbestimmung der feudalabhängigen bäuerlichen Klasse zu, so sei eine Vorbemerkung über die für unsere Auffassung grundlegenden Aussagen der Klassiker gestattet, die wir hier übrigens nicht erschöpfend oder lückenlos darlegen wollen oder können. Bei der Behandlung besonders der frühfeudalen Verhältnisse hat Engels verschiedene Keime bzw. Bestandteile der sich entwickelnden feudalabhängigen Bauernschaft mit dem Klassen- bzw. Standesbegriff belegt (fränkischer Bauernstand<sup>25</sup>, Klassen der Sklaven, Kolonen und Liten<sup>26</sup>, Klasse landloser Franken<sup>27</sup>, Klasse von Unfreien<sup>28</sup>, Stand der Gemeinfreien<sup>29</sup>). Es wäre falsch, darin eine Unsicherheit in der Auffassung der Klassiker über unsere Problematik und in unseren auf ihren Erkenntnissen aufbauenden Positionen zu sehen. Meines Erachtens muß der jeweils spezifische Blickwinkel sowie der daher auch unterschiedliche Stellenwert dieser Terminologie berücksichtigt werden, zumal es sich um die Zeit erst der Formierung der Klasse der feudalabhängigen Bauernschaft handelt.

Für den Versuch, einige wesentliche Züge einer Charakteristik der feudalabhängigen bäuerlichen Klasse aufzuzeigen, sei von den Aussagen der Klassiker im Zusammenhang mit der Erörterung des feudalen Grundeigentums und der feudalen Grundrente ausgegangen. Im erstgenannten Zusammenhang werden "die leibeigenen kleinen Bauern als unmittelbare pro-

- 22 Wunder, Heide, "Agrargesellschaft" als Grundbegriff der frühneuzeitlichen Sozialgeschichte, in: Studien zur Sozialgeschichte des Mittelalters und der Frühen Neuzeit, hg. v. Franklin Kopitzsch, Klaus J. Lorenzen-Schmidt, Heide Wunder, Hamburg 1977, S. 9.
- 23 Wenskus, Reinhard, "Bauer" - Begriff und historische Wirklichkeit, in: Wenskus, Reinhard, Jankuhn, Herbert, Grinda, Klaus, a. a. O., S. 26.
- 24 Zutreffend kritisiert von Mil'skaja, L. T., Srednevekovaja derevnja v trechtomnom trude K. Z. Badera, in: Srednie veka, Bd. 41, 1977, S. 321.
- 25 Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 147.
- 26 Derselbe, Fränkische Zeit, a. a. O., S. 480.
- 27 Ebenda.
- 28 Ebenda, S. 493.
- 29 Ebenda, S. 494.



duzierende Klasse" behandelt<sup>30</sup>, im letzteren der feudalabhängige, durch außerökonomischen Zwang zur Renteleistung genötigte "unmittelbare Produzent . . . mit faktisch oder juristisch ihm gehörigen Arbeitswerkzeugen" und "ihm faktisch gehörigen Boden."<sup>31</sup> Entsprechend würde ich als wesentlich betrachten: Die Klasse der feudalabhängigen Bauernschaft besteht aus der Masse in der Landwirtschaft tätiger unmittelbarer Produzenten, deren Verhältnis zum Hauptproduktionsmittel, dem Grund und Boden, über die dem feudalen Grundeigentum eigene Dialektik von Ober- und Untereigentum geregelt erscheint, wobei Barg zufolge der Kampf zweier gegensätzlicher Tendenzen, nämlich der juristischen Negation des bäuerlichen Grundbesitzes und seiner faktischen Existenz, von Bedeutung ist.<sup>32</sup> Als Nichteigentümer, gleichzeitig aber als Untereigentümer von Grund und Boden sind die Bauern mit ihrer bäuerlichen Wirtschaft verbunden, deren Umfang primär im Verhältnis steht zum Arbeitskräftepotential der bäuerlichen Familie selbst, zur Intensität der landwirtschaftlichen Produktion, aber auch zum Niveau der Gesamtsituation der Klasse insgesamt, der jeweiligen bäuerlichen Schicht und des einzelnen bäuerlichen Betriebes. Mit der genannten Dialektik von Ober- und Untereigentum hängt einerseits die bäuerliche wirtschaftliche Selbständigkeit und andererseits die bäuerliche Ausbeutung durch die Feudalherren als Obereigentümer des Bodens in Gestalt der feudalen Grundrente in ihren verschiedenen Formen zusammen, erzwungen über die differenzierte persönliche Abhängigkeit der Feudalbauern. Diese durch den grundlegenden Klassenantagonismus und den entsprechenden Klassenkampf zwischen Feudalherren und feudalabhängigen Bauern geprägten Ausbeutungsverhältnisse überlagern, durchdringen die verschiedenen Formen und Ebenen genossenschaftlicher Bindungen der Bauern in ihren differenzierten Schichten und stehen ihnen gleichzeitig gegenüber. Die Stabilität derartiger genossenschaftlicher Elemente wurzelt unter anderem und nicht zuletzt in den produktions- und siedlungstechnischen Bedingungen der kleinen bäuerlichen feudalen Wirtschaft.

Die genannten Wesenszüge der feudalabhängigen bäuerlichen Klasse machen einige zusätzliche Bemerkungen erforderlich. Zunächst muß betont werden, daß wir es hier mit einem Komplex von Charakteristika zu tun haben, deren Zusammenhang und teilweise gegenseitige Bedingtheit nicht übersehen werden darf und die daher schwerlich isoliert betrachtet werden können. Nicht näher soll an dieser Stelle die Tatsache ausgeführt werden, daß jeder dieser Wesenszüge für sich genommen eine große Variationsbreite aufweist, was sich auch in der terminologischen Vielfalt der entsprechenden Quellenzeugnisse niederschlägt. Diese Variationsbreite kann sich beziehen etwa auf das Besitzrecht, den Besitzumfang, den persönlichen Rechtsstatus, die Stellung in bzw. zu der Dorfgemeinde/Markgenossenschaft, die Abschöpfung des Mehrproduktes durch private Grundherrschaft bzw. "zentralisierte" Feudalrente, die Zahl der "Mitarbeiter", die Verbindung mit gewerblicher Produktion usw. In der Regel sind im konkreten Einzelfall durchaus nicht alle aufgeführten Charakteristika vorhanden bzw. aus den Quellen zu erschließen, mit anderen Worten: Nicht erst die Gesamtheit der genannten Wesenszüge ist als hinreichende Bedingung für die Zugehörigkeit zur feudalabhängigen bäuerlichen Klasse anzusehen, bzw. diese Frage ist nicht immer zweifelsfrei zu beantworten. Meines Erachtens sind als Kernpunkte der Zugehörigkeit zur Klasse der feudalabhängigen Bauernschaft die Stellung als unmittelbarer, ökonomisch relativ selbständiger landwirtschaftlicher Produzent und die feudal strukturierte, das heißt durch die Dialektik von Ober- und Untereigentum sowie die verschiedenen Gradstufen persönlicher Abhängigkeit geprägte Verbindung zum Hauptproduktionsmittel mit ihren Resultaten bezüglich der feudalen Ausbeutung anzusehen.

30 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Die deutsche Ideologie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1958, S. 24.

31 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: ebenda, Bd. 25, Berlin 1964, S. 798.

32 So Barg, M. A., O prirode feudal'noj sobstvennosti, in: Voprosy istorii, Nr. 7/1978, S. 100.



Für den Kern der Klasse der Feudalbauern, auf die die genannten Charakteristika weitgehend zutreffen, ist ihre Zuordnung in sozialer Hinsicht selbstverständlich relativ unkompliziert. Probleme entstehen angesichts der charakteristischen Differenziertheit der feudalabhängigen Bauernschaft besonders dann, wenn diese Differenziertheit die Zugehörigkeit zur Klasse fraglich erscheinen läßt. Nach meinem Dafürhalten sind diesbezüglich in zweifacher Hinsicht Differenzierungen besonders zu berücksichtigen, wobei beide Formen dieser Differenzierungen sich wiederum gegenseitig überlagern und teilweise bedingen. Die erste dieser Differenzierungen hängt mit dem Platz des Feudalismus in der weltgeschichtlichen Abfolge der Formationen zusammen. Daher treffen wir bei der Behandlung der Bauernschaft des Feudalismus neben den dominierenden feudalen Elementen regional und zeitlich differenziert auch auf vorfeudale, das heißt spätgentile bzw. spätantike Elemente im Ergebnis einer nicht durchgängigen Feudalisierung sowie nach dem Überschreiten des Höhepunktes der feudalen Entwicklung auf tendenziell kapitalistische Elemente. Bei der zweiten Form dieser Differenzierung haben wir es neben dem oben durch eine Reihe von Zügen charakterisierten Kern der feudalbäuerlichen Klasse, das heißt vertikal betrachtet ihren mittleren Schichten, mit ihren Ober- und Unterschichten (allerdings nicht im Boslischen Sinne) zu tun, die je nach dem Entwicklungsniveau und dem stadialen Reifegrad des Feudalismus tendenziell entweder dem spätgentilen Gemeinfreien, den Feudalherren bzw. Kapitalisten einerseits und den patriarchalischen oder spätantiken Unfreien bzw. den kapitalistischen Landarbeitern andererseits nahestehen. Bei der Einschätzung derartiger Differenzierungen muß man sich vor zwei Extremen hüten. Erstens darf der Begriff der feudalabhängigen bäuerlichen Klasse nicht übermäßig ausgeweitet und damit verwässert werden, indem etwa auf jeder Entwicklungsstufe des Feudalismus sämtliche unmittelbaren landwirtschaftlichen Produzenten mit dieser Klasse identifiziert werden. Die Zuordnung zu Übergangsformen und -schichten ist demzufolge nicht unbedingt als Notlösung oder gar Mangel der theoretischen Verarbeitung realhistorischer feudaler Gegebenheiten anzusehen, sondern entspricht dem realhistorischen Prozeß und hat daher ihren Platz in unserer Vorstellung von der Vielfalt feudalgesellschaftlicher Verhältnisse. Zweitens darf aber die eben getroffene Feststellung keineswegs die angemessene Einschätzung der feudalabhängigen bäuerlichen Klasse als des Kerns der Gesamtheit der unmittelbaren landwirtschaftlichen Produzenten im Feudalismus beeinträchtigen. Bekanntlich sahen die Klassiker in der kleinen bäuerlichen Wirtschaft neben dem Handwerksbetrieb "die Basis der feudalen Produktionsweise."<sup>33</sup> Aus dieser fundamentalen Bedeutung heraus leiten sich auch Auswirkungen auf die übrigen Teile dieses Produzentenkreises ab. Die überragende Position der feudalabhängigen Bauernschaft in diesem Zusammenhang wird nicht zuletzt durch deren Qualität als soziale Klasse deutlich, von der die Ober- und Unterschichten unmittelbarer agrarischer Produzenten, soweit sie nicht nach den obigen Kriterien zweifelsfrei als bäuerlich klassifiziert werden können, dennoch keineswegs durch eine unüberwindliche Mauer zu trennen sein dürften.

Letztere Problematik führt uns nun zu einigen Spezifika der Entwicklung und der Dialektik von Einheitlichkeit und Differenziertheit der Klasse der Feudalbauern im vollentfalteten Feudalismus. Meines Erachtens erreicht die Ausprägung ihrer Qualität als Klasse in Gestalt ihrer prinzipiellen Einheitlichkeit trotz aller vorhandenen Differenziertheit im genannten Zeitraum einen, vielleicht sogar den Höhepunkt in ihrer Geschichte. Daher wird nach meiner Überzeugung die Epoche des reifen Feudalismus methodisch einen zentralen Platz in der Untersuchung seiner ausgebeuteten Hauptklasse einnehmen müssen. Für die Auffas-

33 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1972, S. 354 Anm. 24; ähnlich Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft ("Anti-Dühring"), in: ebenda, Bd. 20, Berlin 1962, S. 250.

sung vom Höhepunkt der prinzipiellen Einheitlichkeit dieser Klasse unter den Bedingungen des vollentfalteten Feudalismus möchte ich folgende Aspekte geltend machen: Bereits einleitend fand die Tatsache Erwähnung, daß in diesem Zeitraum in der Auffassung der Zeitgenossen die Bauernschaft als gewisse eigenständige Gesamtheit, als Stand, in Erscheinung tritt.<sup>34</sup> Man wird dies unter anderem in Zusammenhang damit betrachten müssen, daß ihre Synthese aus verschiedenen vorseudalen und dann feudalisierten Elementen und ihre Formierung im Verlaufe des Frühfeudalismus zu Beginn des entwickelten Feudalismus in großen Teilen West- und Mitteleuropas einen gewissen Abschluß erreicht hat. Hinzu kommt nun nicht nur die Abgrenzung zur Sphäre des Feudaladels, sondern auch zum sich entfaltenden städtischen Bereich. Parallel hierzu verstärken sich die eigenständigen Züge der geistigen Welt der Feudalbauernschaft; nach Gutnova kann erst seit dem 13. Jahrhundert von einem gewissen System bäuerlicher Ideologie im Feudalismus gesprochen werden.<sup>35</sup>

Unserer Auffassung widerspricht meines Erachtens auch keineswegs die ohne Zweifel auch im vollentfalteten Feudalismus beträchtliche Differenziertheit der Bauernschaft. Völlig zu Recht nämlich haben Brendler und Küttler unterstrichen, daß "es etwas anderes (ist), ob eine Klasse der Feudalgemeinschaft im Frühfeudalismus, in der Reifephase der Formation oder in der Übergangsepoche zum Kapitalismus an sich und in ihrem Verhältnis zu anderen Klassen untersucht wird."<sup>36</sup> Bezüglich der Differenzierung der Bauernschaft meine ich eine Besonderheit des entwickelten Feudalismus darin zu erkennen, daß für diesen Zeitraum die Differenzierungsprozesse innerhalb der feudalabhängigen bäuerlichen Klasse einen weitaus größeren Stellenwert besitzen als im Früh- bzw. Spätfudalismus, deren soziale Differenzierungsprozesse hinsichtlich der Feudalbauernklasse stärker in sie hinein bzw. aus ihr heraus wirken, zumindest die agrarischen unmittelbaren Produzenten betreffend. Aber trotz letzterer Einschränkung kämen selbst für die mögliche Rekrutierung von Stadtbewohnern und Ministerialität im entwickelten Feudalismus im wesentlichen kaum sozusagen "klassische" Angehörige der Feudalbauernklasse in Frage, auf welche die oben genannten Charakteristika weitestgehend zutreffen, sondern wohl primär jene Schichten unmittelbarer Produzenten auf dem Lande, deren Zugehörigkeit zur feudalbäuerlichen Klasse nicht selten von vornherein fraglich erscheint. Ob nicht andererseits das teilweise Ausscheiden vermutlich gerade solcher Schichten aus der agrarisch-bäuerlichen Sphäre im Zuge der Veränderungen der Sozialstruktur der Feudalgemeinschaft einen Faktor zur Verstärkung der prinzipiellen Einheitlichkeit der feudalabhängigen bäuerlichen Klasse hervorbringt, sei an dieser Stelle nur als Problem angedeutet. Als Einwand gegen eine derartige Auffassung wäre nicht zuletzt der Hinweis auf das Hervortreten landarmer und landloser Dorfbewohner im Verlaufe der betreffenden Jahrhunderte denkbar. Meines Erachtens besteht jedoch kein Grund, deren Bedeutung für diesen Zeitraum zu überschätzen, wie es überhaupt angebracht erscheint, vor dem Ausgang des entwickelten Feudalismus sehr zurückhaltend mit dem Begriff kapitalistischer Elemente in den agrarischen Verhältnissen selbst der ökonomisch fortgeschrittensten Gebiete West- und Mitteleuropas umzugehen.

Innerhalb der feudalabhängigen Bauernschaft ist die sich verstärkende Besitzdifferenzierung das Pendant zur spürbaren Vereinheitlichung des Rechtsstatus verschiedener Schichten der Klasse im Ergebnis des Niedergangs der ersten Leibeigenschaft sowie der Tendenz zur Verfestigung der Besitzrente der Bauern. Besondere Hervorhebung verdient, daß die

34 Vgl. hierzu auch Epperlein, Siegfried, Der Bauer im Bild des Mittelalters, Leipzig/Jena/Berlin 1975, S. 79 ff.

35 Vgl. Gutnova, E. V., Nekotorye problemy ideologii krest'janstva epochi srednevekov' - ja, in: Voprosy Istorii, Nr. 4/1966, S. 60 ff.

36 Brendler, Gerhard/Küttler, Wolfgang, a. a. O., S. 812.

sogenannten bauerlichen Freiheiten als vererbte Erbschaft in West- und Mitteleuropa jenes Zeitraumes in der Regel keine Befreiung von feudalen Produktionsverhältnissen<sup>37</sup> und auch kein Ausscheiden aus der Klasse der Feudalbauern bedeuteten. So ist es zumindest mißverständlich, wenn Erbstößer bei der Behandlung der "Rodungsfreiheit" formuliert, daß "sich mit der Rodung das Ausbrechen aus der Grundherrschaft" - gemeint ist wohl die Grundherrschaft vom Fronhofstyp - andeutet.<sup>38</sup> Insgesamt muß bei der Behandlung von tendenziellen Elementen der Verbesserung der Lage verschiedener Schichten der Bauernschaft im entwickelten Feudalismus gerade der bürgerlichen Forschung gegenüber stärker die Relativität derartiger Verbesserungen betont werden. Zugleich aber darf nicht unterschätzt werden, daß sie Resultat nicht zuletzt des bauerlichen Widerstandes waren, woraus sich wiederum trotz ihrer Relativität ihre Bedeutung (auch in ihrer Vorbild- und Rückwirkung) ableitet. Daß hierbei bauerlicher Widerstand und Klassenkampf einen Faktor entwickelt, der die Einheit der bauerlichen Klasse festigt, hat Marx in anderem Zusammenhang für die französischen Parzellenbauern zur Zeit des "achtzehnten Brumaire" des Louis Bonaparte verdeutlicht.<sup>39</sup>

Durch den - wenn auch regional mit unterschiedlicher Intensität - wachsenden Spielraum für die bauerlichen Wirtschaften und ihre Inhaber im Verlauf des vollentfalteten Feudalismus, bedingt unter anderem durch Ausweitung der Ware-Geld-Beziehung, Stadtentwicklung, Rückgang der Arbeits- gegenüber Produkten- und Geldrente, zunehmende Mobilität des Eigentums und Besitzes an Boden sowie größere Freizügigkeit der bauerlichen Produzenten, wird die Differenzierung innerhalb der Bauernschaft besonders im Sinne der Besitzgrößendifferenzierung begünstigt, um die herum sich weitere Differenzierungserscheinungen (etwa innerhalb der Dorfgemeinde bzw. Markgenossenschaft) gruppieren können. Auch für die Besitzgrößendifferenzierung ist zunehmend eine dreifache Schichtung festzustellen, wobei diese freilich keineswegs so deutlich erscheint wie etwa im Spätfudalismus oder gar unter kapitalistischen Verhältnissen. Es fällt daher auch sehr schwer, angesichts der ungleichmäßig voranschreitenden Besitzersplitterung und der häufigen Veränderung des Umfangs der bauerlichen Normalwirtschaft zugleich generelle und konkrete Größenangaben zur Abgrenzung der oberen, mittleren und unteren Schichten der Feudalbauernklasse im uns interessierenden Zeitraum zu erarbeiten, zumal bekanntlich keine einheitliche und unveränderliche Größe der bauerlichen Wirtschaftseinheit in quantitativer Hinsicht existiert. Bereits angedeutet wurde, daß die oberen und unteren Schichten der Klasse in Übergangsformen zu anderen sozialen Klassen und Schichten einmünden können. Durch die Quellen qualitativ und quantitativ relativ gut zu fassen sind insbesondere die Vertreter der bauerlichen Oberschichten, da vornehmlich sie uns in Kauf-, Tausch- und Leiheurkunden als bauerlicher Part sowie als Zeugen und als "Sachverständige" in dörflichen Rechtsangelegenheiten entgegentreten. Hinsichtlich des Besitzes und des Besitzumfanges erscheinen sie häufig als Inhaber von (ehemaligen) Fronhöfen bzw. deren Teilen, aber auch von ungeteilten oder einer Mehrzahl von bauerlichen Besitzeinheiten (etwa die bayerischen Meier bzw. Ammänner als Inhaber von je 1 Hof = 2 Hufen), während die mittleren und unteren Schichten der Feudalbauernklasse vorwiegend über Bruchteile davon verfügen (wiederum in Bayern die Huber über 1 Hube = 1/2 Hof, die Lehner über Viertelhöfe, die Söldner über

37 Vgl. hierzu generell Skazkin, S. D., Der Bauer in Westeuropa während der Epoche des Feudalismus, bearb. v. Bernhard Töpfer u. Siegfried Epperlein, Berlin 1976, S. 191 ff.

38 Erbstößer, Martin, Zur Struktur der bauerlichen Klasse im deutschen Reich im ausgehenden 11. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte, Bd. 5, Weimar 1975, S. 259.

39 Vgl. Marx, Karl, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 8, Berlin 1960, S. 198 ff.

Achtelhöfe).<sup>40</sup> Die geringe Besitzausstattung der landärmsten Schichten schließlich hat einen nur noch sehr lockeren bzw. gar keinen Bezug zur jeweils gebräuchlichen Einheit der bäuerlichen Normalwirtschaft. Wie bereits erwähnt, kommt im vollentfalteten Feudalismus vermutlich den mittleren Schichten der Feudalbauernklasse quantitativ und qualitativ eine wesentliche Rolle zu.

Führt daher die voranschreitende Besitzgrößendifferenzierung im Ergebnis bestimmter Verbesserungen der Lage der Feudalbauernschaft in den von uns behandelten Jahrhunderten noch keineswegs primär zum massenweisen Ausscheiden von Teilen derselben aus dieser Klasse, so werden viele feudalabhängige Bauern auch dadurch unverändert in den Banden feudaler Produktionsverhältnisse gehalten, daß einige Verbesserungen für die agrarischen Produzenten, insbesondere hinsichtlich der Besitzrechte, gar nicht ohne weiteres den Bauern zugute kamen, da als Besitzer erster Hand verstärkt Städtebürger in Erscheinung traten und die eigentlichen bäuerlichen Produzenten als Unterbesitzer nur sehr bedingt an diesen Verbesserungen partizipierten.<sup>41</sup>

Abschließend seien noch einige Bemerkungen dazu angeführt, wie der bäuerliche Klassenkampf auf die Dialektik von Einheitlichkeit und Differenziertheit der feudalabhängigen bäuerlichen Klasse unter den Bedingungen der vollen Entfaltung der feudalen Formation einwirkte. Selbstverständlich hatten die Aktivitäten der Feudalbauern, ihre Situation zu verbessern oder grundlegend zu verändern, während des gesamten Feudalismus Auswirkungen auch auf die Struktur ihrer Klasse. Objektiv konnten jedoch im Zeitraum des entwickelten Feudalismus diese Klassenkämpfe weder die im wesentlichen abgeschlossene Feudalisierung rückgängig machen noch die feudalen Produktionsverhältnisse in Richtung Kapitalismus sprengen. Im Mittelpunkt standen objektiv somit relative Verbesserungen innerhalb der Feudalverhältnisse und daher - sofern es sich um den agrarischen Bereich handelt - auch innerhalb der Feudalbauernklasse. Auch unter diesem Blickwinkel wird also die Auffassung von einem Höhepunkt der prinzipiellen Einheitlichkeit der feudalabhängigen bäuerlichen Klasse im vollentfalteten Feudalismus gestützt. Bemerkenswert ist gleichfalls, daß nicht nur der vielzitierte Haß der frondpflichtigen Bauern gegen die Frondienste sich in bäuerlichen Widersetzlichkeiten entlud; Auch in erträglicherer Situation befindliche bäuerliche Schichten (etwa die Zensualen) hatten durchaus Anteil am bäuerlichen Widerstand, der sich vornehmlich an den Knotenpunkten feudaler Ausbeutung entzündete (zum Beispiel dem Kopf- bzw. Grundzins). Erwähnt werden soll in diesem Zusammenhang ebenfalls jener Prozeß, den Töpfer treffend "Festigung der dörflichen Genossenschaft"<sup>42</sup> genannt hat, womit das Problem des genossenschaftlichen Rückhaltes auch für den bäuerlichen Widerstand angesprochen ist. Gerade bei der notwendigen Auseinandersetzung mit verfälschenden bürgerlichen Interpretationen der Gemeindeproblematik muß man sich einerseits des auch für sie relevanten Hauptklassengegensatzes des Feudalismus in aller Deutlichkeit bewußt sein. Andererseits darf man nicht übersehen, daß durch bäuerlich-genossenschaftliche Formen etwa der Gerichtsbarkeit durchaus feudale Verhältnisse, ihre "Regel und Ordnung" als "ein unentbehrliches Moment jeder Produktionsweise, die gesellschaft-

40 Vgl. Hochholzer, Adolf, Die niederbayerischen Ammerhöfe. Ein Beitrag zur ländlichen Strukturforchung Altbayerns, o. O. S. 127 = phil. Diss. München 1966. Selbstverständlich können die tatsächlichen Verhältnisse von diesem Hoffuß mehr oder weniger abweichen.

41 Zu Recht hervorgehoben von Bessmertnyj, Ju. L., O social'nom značeni novych form zemel'nych deržanij v rejnzknoj derevne XII - XIII vekov, in: Srednie veka, Bd. 24, 1963.

42 Töpfer, Bernhard/Engel, Evamaria, Vom staufischen Imperium zum Hausmachtkönigtum. Deutsche Geschichte vom Wormser Konkordat 1122 bis zur Doppelwahl von 1314, Weimar 1976, S. 103.

liche Festigkeit und Unabhängigkeit von bloßem Zufall oder Willkür annehmen soll<sup>43</sup>, gefestigt werden. Freilich geht es nicht an, mit Wenskus den "Konservatismus" des mittelalterlichen Bauern einseitig in den Vordergrund zu rücken, etwa im Vergleich zum neolithischen "Bauern" als einem Pionier des Menschheitsfortschritts.<sup>44</sup> Dem widersprechen sowohl die fundamentale Stellung des Feudalbauern im Produktionsprozeß als auch seine Rolle in den Klassenkämpfen des Feudalismus. Die Entwicklung dieser Formation im Sinne der Durchsetzung von gesellschaftlichem Fortschritt ist gerade auch in den von uns behandelten Jahrhunderten weder ohne den einen noch den anderen Aspekt der Rolle der bäuerlichen Klasse denkbar. Und als im Ergebnis dessen nicht zuletzt mit den Bauernaufständen in West- und Mitteleuropa während der letzten beiden Jahrhunderte des vollentfalteten Feudalismus das Ende dieser Epoche wetterleuchtet, treten auch in der Struktur der feudalabhängigen bäuerlichen Klasse Veränderungen ein, die ihrer hier in Kürze umrissenen Spezifik unter den Bedingungen des entwickelten Feudalismus entwachsen.

Darauf zuzugehen, würde den Rahmen meiner Ausführungen sprengen, deren Zielstellung sich darauf beschränkt, für die Epoche des vollentfalteten Feudalismus sowohl einige allgemeine als auch - meines Erachtens erkennbare - epochenspezifische Charakteristika der feudalabhängigen bäuerlichen Klasse und ihrer Struktur herauszuarbeiten.

43 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, a. a. O., S. 801.  
44 So Wenskus, Reinhard, a. a. O., S. 16 f.



## Zu Entwicklungsproblemen der spätantiken thrakischen und niedermösischen Städte

von Reinhard Schumacher

Im 3. Jahrhundert begann eine Entwicklung, die als Ausdruck der Krise der antiken Produktionsweise tiefgreifende Veränderungen im Charakter der Städte und ihrer Bedeutung zur Folge hatte. Auf der einen Seite ging die städtische antike Warenproduktion zurück, auf der anderen Seite nahm das große, nach Exemption strebende Grundeigentum zu. Das führte zum Niedergang der antiken Städte. Jedoch ist dieser Prozeß in den westlichen Gebieten Roms deutlicher feststellbar als in den östlichen, weil hier seit vorrömischer Zeit die gesellschaftliche Produktion weniger vom Produktionsverhältnis der Sklaverei bestimmt war, sondern vielmehr von den kleinen und mittleren Eigentümern getragen wurde.<sup>1</sup>

Diese Bedingungen treffen auch auf die Entwicklung der östlichen Balkanhalbinsel zu. In der Spätantike<sup>2</sup> war diese ein Gebiet, in dem gewissermaßen in gedrängter Form grundlegende Veränderungen in den ökonomischen und politischen Beziehungen als Ergebnis vielfältiger Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Klassen und Schichten eingetreten sind. Einen wesentlichen Faktor dafür bildete die geographische Situation. Nach der Aufgabe Dakiens war die Donau wieder die nördliche Grenze des römischen Staatsgebietes auf der Balkanhalbinsel. Infolge der unter Diokletian begonnenen und unter Konstantin im wesentlichen abgeschlossenen tiefgreifenden, auf die ökonomische Basis abzielenden Reformen erhielten die Provinzen Thrakien und Niedermösien<sup>3</sup> eine herausragende strategische Bedeutung auch und gerade für die Hauptstadt Konstantinopel. Diese Besonderheit beeinflusste natürlich die gesamte weitere Entwicklung, stärkte die Stellung der Städte als traditionelle ökonomische, politische, kulturelle und militärische Zentren.<sup>4</sup>

Der dadurch gestiegene Bedarf insbesondere an gewerblichen Erzeugnissen führte im 4. Jahrhundert in diesem Gebiet zu einer entsprechend breiteren Warenproduktion. Äußerlich, das heißt im Stadtbild, zeigte sich die neue Entwicklung in einer umfangreichen Bautätig-

1 Vgl. hierzu auch Alföldy, Géza, Römische Sozialgeschichte, Wiesbaden 1975, S. 165; Held, Wieland, Die Vertiefung der allgemeinen Krise im Westen des römischen Reiches, Berlin 1974, S. 83 - 95; Udal'cova, Z. V., Vizantija: Zapadnaja Evropa (tipologičeskie nabljudenija), in: Vizantijskie očerki, Bd. 3, Moskau 1977, S. 22; Kurbatov, G. L., K voprosu o charaktere balkanskogo goroda IV - V vekov, in: Srednevekovyj gorod, Bd. 2, Saratov 1974, S. 46 - 52.

2 Zum Begriff der Spätantike vgl. auch Günther, Rigobert, Die Einordnung der "Spätantike" in neueren Publikationen, in: Klio, Bd. 56, 1974, H. 1, S. 239 - 274.

3 Zu den Provinznamen vgl. die Belege bei Kacarov, Gavril I., Artikel Thrake, in: Pauly's Real-Encyclopädie der classischen Altertumswissenschaft. Neue Bearbeitung ..., hg. v. Wilhelm Kroll u. a., Zweite Reihe, 11. Halbbd., Stuttgart 1936, Sp. 456 f.

4 Vgl. hierzu schon Gren, Erik, Kleinasien und der Ostbalkan in der wirtschaftlichen Entwicklung der römischen Kaiserzeit, Uppsala 1941, S. 159.

keit. Diese signalisierte seit dem 5. Jahrhundert aber mit ihrer deutlich werdenden Beschränkung auf Rekonstruktions- und Befestigungsmaßnahmen, daß besonders in Niedermösien die militärischen Auseinandersetzungen mit den verschiedenen Stämmen intensiver wurden. Diese ethnischen Gruppierungen drangen immer massiver über die Donau, zogen vor allem entlang den großen Straßen und plünderten und verwüsteten dabei nicht selten das Territorium von Städten, während diese selbst je nach Befestigung relativ wenig direkten Schaden erlitten.<sup>5</sup> Staatliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung, wie zum Beispiel Arbeitsplatzbindung<sup>6</sup> oder die Verpflichtung zur Übernahme von öffentlichen Leistungen<sup>7</sup>, wirkten sich aber auch hemmend auf die weitere Entfaltung der gewerblichen Produktion in den Städten aus, da nun zum Beispiel der Mangel an Fachkräften noch durch Abwanderung auf schon exemte, das heißt außerhalb städtischer Gewalt befindliche große Wirtschaften zunehmen konnte.<sup>8</sup> Entlastend wirkte sich demgegenüber auf diese Situation wenigstens teilweise aus, daß seit dem 4. Jahrhundert wieder eine verstärkte Einwanderung aus dem Osten, vornehmlich Kleinasien und Syrien, einsetzte.<sup>9</sup>

Unter den zahlreichen Problemen um die historische Stellung der Städte auf der östlichen Balkanhalbinsel während der Spätantike haben Fragen zu ihrer sozialen Zusammensetzung eine große Bedeutung, da ihre Beantwortung Aufschluß über die städtische Entwicklung im ganzen und über einzelne, den Charakter der Städte prägende, soziale Gruppen gibt.

Eine wesentliche Ursache für die im Verhältnis zu den westlichen Gebieten unterschiedliche Entwicklung liegt - wie schon gesagt - in den Eigentumsverhältnissen und der damit verbundenen Sozialstruktur in den Städten Thrakiens und Niedermösiens. Ihre Bevölkerung bestand im wesentlichen aus Handwerkern, Händlern, Arbeitern und Bauern, das heißt Angehörigen der Plebs; aus den oft in städtischen Diensten stehenden mittleren Eigentümern, die die alte städtische Aristokratie, die Dekurionen darstellten; ferner aus großen Grundeigentümern, die über Exemtion sich auch politisch zu verselbständigen suchten und zum Stand der Senatoren gezählt werden, sowie aus der ebenso heterogenen wie großen Schicht von staatlichen Verwaltungsbeamten, von Militärangehörigen und von Leuten im Dienste der Kirche. Neben diesen Freien gab es einen noch nicht unbeträchtlichen unfreien Bevölkerungsteil, die Sklaven.

Die Bauern sowie die zumeist in eigenen Berufsgenossenschaften<sup>10</sup> organisierten Handwerker und Händler stellten als die kleinen Eigentümer, kleinen Warenproduzenten die breite Unterschicht der freien städtischen Bevölkerung. Bis ins dritte Viertel des 4. Jahrhunderts war die wirtschaftliche Entwicklung der thrakischen und niedermösischen Städte weder in-

5 Beševliev, Veselin, Bemerkungen über die antiken Heerstraßen im Ostteil der Balkanhalbinsel, in: *Klio*, Bd. 51, 1969, S. 483 - 495.

6 *Z. B. Cod. Theod.* 14, 3, 5.

7 *Cod. Theod.* 12, 1, 96.

8 Hahn, István, Sklaven und Sklavenfrage im politischen Denken der Spätantike, in: *Klio*, Bd. 58, 1976, H. 2, S. 466 - 470.

9 Velkov, Velizar, Zur Frage der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung in den Städten Thrakiens in der Spätantike, in: *Neue Beiträge zur Geschichte der Alten Welt*, Bd. 2, Berlin 1965, S. 267 - 280; Tačeva-Chitova, Margarita, Roljata na preselnicite ot Mala Azija, Sirija i Egiptet v ikonomičeskija i kulturnija život na zapadnopontijskite gradove prez I - III v. (Die Rolle der Einwanderer aus Kleinasien, Syrien und Ägypten im wirtschaftlichen und kulturellen Leben der westpontischen Städte im 1. - 3. Jh.), in: *Izvestija na Narodnija muzej vâv Varna*, Bd. 8 (23), Varna 1972, S. 17 - 44.

10 De Robertis, Francesco F., *Storia delle corporazioni e del regime associativo nel mondo romano* (Geschichte der Verbände und des Vereinswesens in Rom), Bd. 2, Bari o. J., S. 165 - 184.

folge der Krise der antiken Produktionsweise noch infolge der Kämpfe mit den sogenannten Barbaren so empfindlich gestört, daß es notwendig wurde, die Plebejer direkt, das heißt politisch, an der Aufrechterhaltung der staatlichen, also auch städtischen Ordnung zu beteiligen. Es war aber durchaus nicht unüblich, sie als Teile einer Art Bürgerwehr gegen äußere Gefahr, also gegen eben diese sogenannten Barbaren einzusetzen.<sup>11</sup> In der Folgezeit machte sich die Entwicklung in allen ökonomischen und politischen Bereichen auch in einer deutlichen Differenzierung dieser sozialen Gruppe bemerkbar. Ein Gesetz, das am Ende des 4. Jahrhunderts speziell für die Limesprovinz Niedermösien erlassen wurde<sup>12</sup>, bezieht sich direkt auf wohlhabend gewordene Plebejer, wohlhabender als mancher Dekurione, der zum Beispiel durch die erwähnten Landverwüstungen in Schwierigkeiten gekommen war. Danach erwarben sich solche Handwerker und Händler, die bereit und in der Lage waren bzw. wegen ihrer Vermögens- und zum Teil Verwandtschaftsverhältnisse<sup>13</sup> auch gezwungen werden konnten, municipale Pflichten zu übernehmen, das von ihnen erstrebte höhere soziale Ansehen. Darüber hinaus verdeutlicht dieses Gesetz einen Prozeß, in dem allmählich die Unterschiede zwischen diesen beiden sozialen Schichten der freien städtischen Bevölkerung geringer wurden. Nicht wenige Angehörige der Plebs gerieten aber in wirtschaftliche Schwierigkeiten, aus denen sie durch Teilnahme an sozialen Bewegungen, wie dem Aufstand der Goten, herauszukommen suchten.<sup>14</sup>

Die mittleren Grundeigentümer (und bald auch reiche Handwerker und Händler) bildeten die Oberschicht der städtischen Bevölkerung und stellten die verschiedenen Beamten der städtischen Verwaltung, die Kurialen.

Ihre Aufgaben - selbstverständlich mit den damit verbundenen Aufwendungen zum Beispiel für öffentliche Einrichtungen - mußten auch unter den veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen ehrenamtlich übernommen werden. Das machte natürlich immer häufiger diese Ämter für ihre Inhaber unattraktiv; nicht selten brachten sie Verluste. Die Dekurionen konnten aber auch außerhalb der Stadt eingesetzt werden, indem sie zum Beispiel das Amt eines Prokurators der zum Territorium gehörenden Bergwerke übernahmen. Dort waren sie nicht nur den Gefahren durch umherziehende sogenannte Barbaren ausgesetzt, sondern ebenso den Protestaktionen der sehr hart arbeitenden Bergleute. Sie suchten also ihre Aufgabengebiete einfach zu verlassen, was aber durch Gesetz unterbunden werden sollte.<sup>15</sup> Die gegen Ende des 4. Jahrhunderts deutlich werdende wirtschaftlich bedingte Ablehnung oder gar Unfähigkeit zahlreicher Dekurionen, weiterhin die municipalen Leistungen zu erbringen, führte zu einer wachsenden Zahl von vakanten Stellen in den Stadtverwaltungen. Das schon in bezug auf die Plebs erwähnte Gesetz band bisher auswärts tätige Kurialen nun an ihre Heimatstadt. Diese und andere Maßnahmen hatten aber zur Folge, daß dieser Stand gegenüber der Plebs sozial absank, während reiche Plebejer aufstiegen, indem sie Land kaufen und so sozialen Gleichstand mit den Kurialen erzielen konnten.<sup>16</sup>

Auch wenn im einzelnen diese Festlegungen den gewünschten Erfolg im Sinne einer Stabilisierung der städtischen Verhältnisse hatten, hielten sie den Prozeß nicht auf, der letztlich zum Untergang einer sozialen Schicht führte, nämlich der alten städtischen Aristokratie:

11 Vgl. Ammianus Marcellinus 31, 6, 2.

12 Cod. Theod. 12, 1, 96; vgl. hierzu Velkov, Velizar, Bemerkungen über die wirtschaftliche Rolle der städtischen Plebs in der Diözese Thrakien im 4. Jahrhundert (Ad Cod. Theod. 12, 1, 96), in: Die Rolle der Plebs im spätrömischen Reich, Berlin 1969, S. 55 - 59.

13 Cod. Theod. 12, 1, 124.

14 Vgl. Ammianus Marcellinus 31, 6, 6; Cod. Theod. 7, 1, 1.

15 Cod. Theod. 1, 32, 5.

16 Cod. Theod. 12, 1, 77.

Einige Angehörige flohen auf nichtstädtische Territorien großer Grundelgentümer, andere verloren die Existenzgrundlage für die Zugehörigkeit zu diesem Stand, so daß also auch von dieser Warte her eine wechselseitige Annäherung der unteren sozialen Schichten feststellbar ist.

Die Senatoren bildeten als soziale Gruppe den einzigen privilegierten Stand in der spätantiken Gesellschaft. Von den durch die Krise hervorgerufenen Erschütterungen wurden sie am wenigsten getroffen. Sie entstammten entweder alten Senatorenfamilien, waren in den Bürgerkriegen des 3. Jahrhunderts sozial aufgestiegen oder wurden durch den Kaiser mit dem Titel eines Senators versehen. Obwohl sie in dem spätantiken Staat keine maßgeblichen politischen Vorrechte mehr besaßen, spielten sie im sozialen Bereich dennoch eine erhebliche Rolle. Einmal bekleideten sie oft Ämter, die hohes Ansehen genossen, zu anderen waren sie standesbedingt von munizipalen Pflichten befreit. Nicht wenige Senatoren versuchten aber aus Desinteresse am Staat und vorrangiger Orientierung auf die Führung ihrer teilweise riesigen Ländereien, sich auch noch der verbliebenen Verwaltungs- und Repräsentationsaufgaben zu entziehen.<sup>17</sup> Im Zusammenhang mit der Schaffung eines Senats in der neuen Hauptstadt Konstantinopel war der Kaiser gezwungen, reiche Angehörige der Oberschicht aus den verschiedenen Provinzen, also auch Thrakien, für die Senatortätigkeit durch die Gewährung der Immunität nach Dienstableistung zu gewinnen.<sup>18</sup> Und obwohl das Amt eines Senators erblich war, blieben zahlreiche Stellen vakant, die dann der Kaiser mit hohen Beamten besetzte. Wegen der genannten sozialen Stellung und des wirtschaftlichen Vorteils bemühten sich aber auch immer wieder reiche Kurlalen um das Amt eines Senators.<sup>19</sup>

Mit dem Anwachsen des großen Grundelgentums gegen Ende des 4. und Anfang des 5. Jahrhunderts ging die Verbreitung des Patronats einher. Dieses setzte großen wirtschaftlichen und sozialen Einfluß voraus. Oft waren die Ländereien befestigt und mit eigenen Milizen ausgestattet. Ihre Eigentümer, die sich durchaus nicht nur aus Griechen und Römern zusammensetzten<sup>20</sup>, standen nicht nur zu den städtischen, an der Warenproduktion orientierten Interessen im Widerspruch, sondern auch zur Kirche, auf deren Ländereien sie Anspruch erhoben<sup>21</sup>, und zum Kaiser wegen ihrer objektiv zentrifugal-partikularistischen Tendenzen.

Einen wichtigen Teil der spätantiken städtischen Bevölkerung bildeten die Leute, die im gewachsenen Verwaltungsapparat als Beamte tätig waren, die irgendeine Stellung im Heer innehatten oder die im Dienste der Kirche standen. Sie alle arbeiteten und wohnten in den Städten der Provinzen und hatten einen großen Einfluß auf die städtische Entwicklung, indem sie für die Sicherheit sowie für wirtschaftliche und kulturelle Fragen zuständig waren und, was ebenso wichtig ist, eine große Verbrauchergruppe darstellten.<sup>22</sup> Charakteristisch für diese stark von den militärischen Auseinandersetzungen mit den sogenannten Barbaren geprägte Zeit ist im Hinblick auf die soziale Position der militärischen Führungskräfte,

17 Vgl. Cod. Theod. 6, 4, 11.

18 Cod. Theod. 6, 2, 14.

19 Cod. Theod. 12, 1, 14.

20 Vgl. Seure, Georges, *Antiquités thraces de la Propontide*, in: *Bulletin de Correspondance Hellénique*, Bd. 36, Paris 1912, S. 574 f., Nr. 29 f.; Beševliev, Veselin, *Učastieto na trakite v obštestvenija život na provincija Trakija i na Iztočnata rimska imperija* (Die Beteiligung der Thraker am gesellschaftlichen Leben der Provinz Thrakien und des Ost-römischen Reiches), in: *Izvestija na Instituta za bálgarska istorija*, Bd. 1 → 2, Sofia 1951, S. 231.

21 Vgl. Nov. Iust. 65 Praef.

22 Vgl. besonders für das Heer Gren, ErIk, a. a. O., S. 89 f.

daß immer wieder vom Mißbrauch ihrer begünstigten Stellung, das heißt davon berichtet wird, daß sie sich durch Sklavenhandel und kriminelle Delikte zu bereichern suchten.<sup>23</sup>

Wohl schon gegen Ende des 3. und Anfang des 4. Jahrhunderts organisierten sich die im Dienste der Kirche stehenden Kleriker als relativ selbständige soziale Gruppe innerhalb der städtischen Bevölkerung in Kirchengemeinden. Einige von ihnen nahmen auch aktiv teil an den heftigen ideologischen Auseinandersetzungen, wie zum Beispiel auf der Synode von Philippopolis.<sup>24</sup> Die Bischöfe entwickelten sich in zunehmendem Maße zu Vertretern des großen Grundeigentums und gewannen immer mehr an Bedeutung, bis sie schließlich Oberhäupter von Städten waren.<sup>25</sup> Sie organisierten zum Beispiel die Verteidigung<sup>26</sup> oder vertraten ihre Städte beim Kaiser.<sup>27</sup> Aufgrund solcher Aktivitäten erwarben sie der Kirche umfangreiche Ländereien und anderes Eigentum und verfügten sogar über abhängige Arbeit.<sup>28</sup>

Eine für die Entwicklung der spätantiken Städte überaus wichtige soziale Gruppe bildeten auch für Thrakien und Niedermösien die Sklaven. Bis ins 3. Jahrhundert gibt es nur wenige Nachrichten zur Sklaverei; seit dem 4. Jahrhundert aber sind sie zahlreicher. Über die gesellschaftliche Bedeutung der Sklaverei in diesem Gebiet während der Spätantike gibt es unterschiedliche Auffassungen. Wenn man jedoch davon ausgeht, daß dieses Territorium erst spät ganz von der antiken Produktionsweise erfaßt wurde und das kleine Grundeigentum dabei vorherrschte, kann man annehmen, daß die Ausbeutung der Sklavenarbeit in der Spätantike absolut zugenommen hat.<sup>29</sup> Diese Zunahme im 4. Jahrhundert hängt offensichtlich mit den politischen und militärischen Veränderungen am unteren Donaulimes zusammen. Ein Ergebnis davon war, daß zahlreiche, vor allem gotische Kriegsgefangene in die Balkanprovinzen verkauft wurden. Es ist nicht immer bekannt, was mit den Kriegsgefangenen geschah, die nicht in die Sklaverei verkauft<sup>30</sup> oder als Kolonen - so vor allem seit dem Ende des 4. Jahrhunderts - angesiedelt wurden. Nach der Niederschlagung der Revolte des Prokop zum Beispiel nahm Valens mehrere tausend Goten gefangen und überstellte sie den Donaustädten als Geiseln.<sup>31</sup>

Die Quellen zeigen, daß kleine Grundeigentümer in Thrakien und Niedermösien in der Spätantike Sklaven bei der Feldarbeit ausbeuteten. Daraus kann geschlossen werden, daß die Zahl der Sklaven in diesem Gebiet im 4. Jahrhundert anwuchs. Die Zunahme spiegelt sich ebenso wider in der Gesetzgebung. In dieser Zeit wurde es nötig, wie schon erwähnt, die vakanten Stellen in den Stadtverwaltungen in Niedermösien zu besetzen. Danach mußten sich

23 Vgl. Ammianus Marcellinus 31, 4, 9.

24 Harnack, Adolf v., Die Mission und Ausbreitung des Christentums in den ersten drei Jahrhunderten, Bd. 2, 3. Aufl., Leipzig 1915, S. 237, 241; Zeiller, Jaques, Les premiers siècles chrétiens en Thrace, en Macédoine, en Grèce et à Constantinople, in: Byzantion, Bd. 3, Brüssel 1926, S. 215 - 232.

25 Vgl. Cod. Iust. 1, 55, 8; Nov. Iust. 128, 16.

26 Theophanes (de Boor) S. 274, 30 - 32 (Novae).

27 Nov. Iust. 65 Praef. (Odessos).

28 Vgl. Cod. Iust. 1, 13, 1 - 2.

29 Vgl. Velkov, Velizar, Zur Frage der Sklaverei auf der Balkanhalbinsel während der Antike, in: Etudes balkaniques, Bd. 1, Sofia 1964, S. 125 f.; derselbe, Konec rabovlad'českich otnošenij v drevnej Frankii, in: Vestnik drevnej istorii, Nr. 3/1977, S. 64 - 68.

30 Über Auswüchse beim Sklavenhandel vgl. Ammianus Marcellinus 31, 4, 11; Eunapios Frg. 42; Zosimos 4, 20; Themistios 10, 136 b.

31 Zosimos 4, 10.



nämlich diejenigen Angehörigen der Plebs, die über Sklaven verfügten, für Aufgaben in der Stadtverwaltung zur Verfügung stellen.<sup>32</sup> In Anbetracht dessen, daß dieser Personenkreis aus Handwerkern, Händlern und kleinen Grundeigentümern bestand, dürfte im 4. Jahrhundert die Ausbeutung von Sklavenarbeit vor allem in der handwerklichen Produktion und der Feldarbeit stattgefunden haben. Sie muß sehr hart gewesen sein, denn immer wieder versuchten Sklaven, von Gütern und aus Werkstätten zu fliehen<sup>33</sup>, obwohl ihnen dafür drakonische Strafen drohten.

Diese Unruhen dürften mit dazu beigetragen haben, von der Freilassung Gebrauch zu machen, aber die Angaben darüber sind nur sehr spärlich. So bestand die Möglichkeit, geflohene Sklaven nicht als solche zu behandeln, sondern als freie Kolonen.<sup>34</sup> Obwohl also im 4. Jahrhundert die Zahl der Sklaven größer wurde, führte das nicht zur Vorherrschaft der Sklavenarbeit in der Produktion. Die Verbreitung des Kolonats, besonders seit dem 5. Jahrhundert, bestimmte die neue Produktionsweise, das heißt, die Sklaverei verlor aus ökonomischen Gründen allmählich an Bedeutung. So wurden aus einer großen Gruppe von gefangenen Skyren nur wenige und dabei zu niedrigen Preisen verkauft, der größte Teil hingegen geschenkt. Im übrigen sollten sie keinesfalls in Thrakien und Niedermösien, sondern in Kleinasien als Kolonen angesiedelt werden.<sup>35</sup> Darüber hinaus traten Änderungen in der Ausbeutung der Sklaven ein, als zur Verstärkung des Interesses der Sklaven an ihrer Arbeit ihr Status dem der Kolonen angeglichen wurde. Sklaven mußten künftig im Provinzzensus registriert und durften nicht über die Provinzgrenzen hinaus verkauft werden. Ihre Veräußerung war häufig nur noch mit dem Land, das sie bearbeiteten, möglich.<sup>36</sup>

32 Cod. Theod. 12, 1, 96.

33 Vgl. Cod. Iust. 11, 53, 1; Zosimos 5, 22.

34 Vgl. Cod. Iust. 11, 53, 1 und 1, 13, 1 - 2.

35 Cod. Theod. 5, 6, 3; Sozomenos 9, 5, 5 - 7.

36 Vgl. Cod. Theod. 11, 3, 2.

## LITERATURKRITIK

Ein neues Sammelwerk zur Wirtschaftsgeschichte  
in der Tschechoslowakei

Hospodářské dějiny. Economic History, Bd. 1, hg. v. Jaroslav Purš

Ústav československých a světových dějin ČSAV, Praha 1978,  
378 Seiten

Hospodářské dějiny. Economic History, Bd. 2, hg. v. Jaroslav Purš,  
published on the occasion of the VII<sup>th</sup> International Economic  
History Congress in Edinburgh 1978

Ústav československých a světových dějin ČSAV, Praha 1978, 364 Seiten  
u. 1 Karte als Beilage

von Leoš Jeleček

In das Spektrum der auf die Wirtschaftsgeschichte spezialisierten Zeitschriften und Sammelveröffentlichungen schaltete sich im Jahre 1978 das unperiodische Sammelwerk "Hospodářské dějiny. Economic History" ein, das in der sozialistischen Tschechoslowakei erscheint. Das Sammelwerk wird von Jaroslav Purš<sup>1</sup> redigiert und vom Institut für tschechoslowakische und allgemeine Geschichte der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften (Ústav československých a světových dějin ČSAV), das heißt seiner Abteilung für Wirtschaftsgeschichte und historische Geographie, in Zusammenarbeit mit der tschechoslowakischen Kommission für Wirtschaftsgeschichte herausgegeben. Das Sammelwerk erscheint in Kleinoffsetdrucktechnik mit dreifarbigem Beilage.

Dieses neue Sammelwerk, in dem die Wirtschaftsgeschichte in Einheit mit der Sozialgeschichte, eingegliedert in die gesellschaftlich-politischen Zusammenhänge und in enger Bindung an die Wissenschafts- und Technikgeschichte, verstanden wird, will kollektiver Organisator und Propagandist dieses Wissenschaftsgebietes in der ČSSR, Basis für seine weitere Entfaltung sein; es will auch die ausländischen Historiker über die neuesten Ergebnisse im Bereich der Wirtschaftsgeschichte in der Tschechoslowakei informieren. Das neue Sammelwerk füllt damit eine fühlbare Lücke in der Publikationssphäre der tschechoslowakischen

1 Jaroslav Purš, korrespondierendes Mitglied der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, ist Direktor des Instituts für tschechoslowakische und allgemeine Geschichte der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften (ČSAV), Leiter der Abteilung für Wirtschaftsgeschichte und historische Geographie dieses Instituts und Vorsitzender der tschechoslowakischen Kommission für Wirtschaftsgeschichte.

Historiographie. Die Wirtschaftsgeschichte hat so in der Tschechoslowakei nach mehr als dreißig Jahren<sup>2</sup> wieder ihre spezialisierte Publikationsmöglichkeit mit klaren Zielen und Perspektiven.

Wenngleich es sich um ein unperiodisches Sammelwerk handelt, kann angenommen werden, daß etwa zwei Bände jährlich erscheinen werden. Mit Rücksicht auf die unperiodische Erscheinungsweise enthält das Sammelwerk vorerst nicht solche Rubriken wie Literaturkritik, Tagungen und Berichte und auch andere, die zum Beispiel im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte vertreten sind. Das Sammelwerk bringt Originalstudien tschechoslowakischer Historiker entweder in tschechischer oder in englischer Sprache, die mit englischen bzw. russischen Resümees versehen sind. Die ersten zwei Bände enthalten insgesamt knapp zwei Dutzend Studien. Ihre zeitliche Spannweite reicht vom 10. Jahrhundert bis zum Zeitraum des Aufbaus des Sozialismus in der Tschechoslowakei. Drei dieser Studien behandeln Fragen der Methodologie und Methodik, drei die Geschichte der Industrie, vier die Landwirtschaft, insbesondere in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, vier die Entwicklung der Siedlungsstruktur und der Bevölkerung, zwei die gesamte Wirtschaftsentwicklung der Böhmisches Länder, drei die Sozialgeschichte, eine die Geschichte des Handels und eine die allgemeine Geschichte. Die Autoren fast aller Studien sind Mitarbeiter des Instituts für tschechoslowakische und allgemeine Geschichte der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, was von der wissenschaftlichen Potenz dieser Arbeitsstätte auch im Bereich der Wirtschaftsgeschichte zeugt.

Der erste Band des Sammelwerkes enthält acht umfangreichere Studien. Wie Purš in der Einführung betont, will das Sammelwerk neuen Forschungsmethoden und -techniken den Weg ebnen, eine Aufgabenstellung, die in der einleitenden Studie von Jaroslav Purš "Možnosti spektrální analýzy parního pohonu v průmyslu jako indexu hospodářských cyklů v 19. století - Möglichkeiten der Spektralanalyse der Entwicklung des Dampftriebs in der Industrie als Index für die Wirtschaftszyklen im 19. Jahrhundert" (S. 9 - 32, 2 Tafeln, 4 Diagramme)<sup>3</sup> beispielhaft zum Ausdruck kommt.<sup>4</sup> Der Autor hat sich viele Jahre mit dem Studium des Asynchronismus bei der Entwicklung des Dampftriebs in der Industrie der einzelnen europäischen Länder befaßt und eine Methode zur Messung dieses Asynchronismus vorgeschlagen.<sup>5</sup> Die zyklische Entwicklung des Dampftriebs in der Industrie spiegelte nachhaltig den Ablauf der einzelnen Phasen der Wirtschaftszyklen wider. Nach Purš kann man von einem spezifischen Zyklus des Dampftriebs sprechen, der besonders für den Zeitraum des vormonopolistischen Kapitalismus ein allgemeiner Index für die Krisenentwicklung der kapitalistischen Ökonomie sei. Dieser Index zeichne sich vom Standpunkt der langfristigen Entwicklung im 19. Jahrhundert durch hohe Korrelation mit der Entwicklung des Bruttoindustrieproduktes, der Kohleförderung, der Streikbewegung usw. aus. Diese Feststellungen beweist der Autor im weiteren durch Berechnungen des Koeffizienten der Korre-

2 Nach dem zweiten Weltkrieg erschienen leider nur zwei Jahrgänge des Sammelwerkes, und zwar Sborník pro hospodářské a sociální dějiny (Sammelwerk für Wirtschafts- und Sozialgeschichte), Bd. 1, Praha 1946, 246 Seiten; Bd. 2, Praha 1947, 256 Seiten. - Das Sammelwerk wurde von Václav Husa in Zusammenarbeit mit einer damals in Entstehung begriffenen Gruppe junger marxistischer Historiker redigiert.

3 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben beziehen sich auf den hier jeweils besprochenen Band.

4 Siehe z. B. die in Jeleček, Leoš/Dudek, František, Komplexe Analyse der Industriellen Revolution. Eine kritische Würdigung des mehrteiligen Werkes, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977, T. 4, S. 190 Anm. 5, angeführten Werke.

5 Purš, Jaroslav, La diffusion asynchrone de la traction à vapeur dans l'industrie en Europe au XIX<sup>e</sup> siècle, in: L'Acquisition des techniques par les pays non initiateurs. Pont-A-Mousson 1970, Extrait, S. 76 - 123 = Colloques internationaux C. N. R. S., Nr. 538.

lation zwischen der Entwicklung des Dampftriebs in der Industrie und dem Volumen der Industrieproduktion in Frankreich im Zeitraum 1838 bis 1913. Seinen Ermittlungen zufolge beträgt der entsprechende Korrelationskoeffizient 0,92. Im zweiten Teil seiner Abhandlung deutet der Autor die Möglichkeit an, mit Hilfe einer Spektralanalyse der zyklischen Korrelation historische Prozesse exakter messen und Periodisierungsgrenzen objektiver festlegen zu können, als dies bislang der Fall war.

Pavla Horská betrachtet in der anschließenden Studie "Ekonomické cykly v Českých zemích v letech 1879 - 1914 - Die ökonomischen Zyklen in den Böhmisches Ländern in den Jahren 1879 - 1914" (S. 38 - 88, 1 Diagramm) die Erforschung des Krisenzyklus als eines der Mittel zur Erkenntnis langfristiger wirtschaftlicher Trends. Nach kurzer Zusammenfassung der Ansichten von Historikern, insbesondere aus der DDR, über die sogenannte "große Depression" 1873 bis 1896, charakterisiert die Autorin in Auswertung von Daten aus der zeitgenössischen Literatur, vor allem aus der Presse, die periodischen Meilensteine des Zyklus 1879 bis 1914 in den Böhmisches Ländern, wobei sie bestrebt ist, die Krisenzyklen im Rahmen der Gesamtentwicklung Österreich-Ungarns zu untersuchen. Diese von Horská in ihren Konturen angedeutete theoretisch-methodologisch gewichtige Problematik bedarf jedoch einer tieferschürfenden Analyse und Argumentation.<sup>6</sup>

Zwei weitere Abhandlungen beziehen sich auf Fragen der Geschichte der kapitalistischen Landwirtschaft. Sie lassen erkennen, daß hier ungeachtet unbestreitbarer positiver Ergebnisse bei der Erforschung der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft<sup>7</sup> noch große Aufgaben auf die tschechoslowakische Wirtschaftsgeschichte warten. Dringend notwendig wäre zum Beispiel eine synthetische Arbeit, die alle wesentlichen Züge der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft im Zeitraum 1848 bis 1918, der Entwicklung ihrer Ökonomik, erfaßt und den Ablauf aller Phasen und Seiten der landwirtschaftlichen Revolution in den Böhmisches Ländern konsequent erläutert. Ein in diesem Zusammenhang wichtiges Problem ist der Übergang der landwirtschaftlichen Revolution in die technisch-wissenschaftliche Revolution in der Landwirtschaft, der meines Erachtens am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts stattfand.

6 Durch diese Einstellung zeichnet sich z. B. die umfassende Studie von Krřízek aus, die eine breitere thematische Spannweite hat, als ihr Titel anzudeuten scheint: Krřízek, Jurij, Krize cukrovarnictví v českých zemích v 80. letech a její význam pro růst rolnického hnutí (Die Krise der Zuckerfabrikation in den Böhmisches Ländern in den achtziger Jahren und ihre Bedeutung für das Anwachsen der Bauernbewegung), in: Československý časopis historický (im folgenden: ČSCH), 4. Jg. 1956, S. 270 - 298, 417 - 447; ebenda, 5. Jg. 1957, S. 473 - 506, ebenda, 6. Jg. 1958, S. 46 - 59. Siehe auch die in deutscher Sprache erschienene wertvolle Studie derselbe, Die wirtschaftlichen Grundzüge des österreichisch-ungarischen Imperialismus in der Vorkriegszeit (1900 - 1914), Praha 1963, 122 Seiten = Rozpravy ČSAV, Nr. 73.

7 Neben der zitierten Studie von Krřízek, Jurij, Krize ..., a. a. O., den Arbeiten von František Lom, Rudolf Franěk u. a. muß vor allem auf die dem deutschen Leser zugängliche Studie Purš, Jaroslav, Die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft der böhmischen Länder in der Zeit von 1849 bis 1879, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963, T. 3, S. 31 - 96, verwiesen werden. Diese Studie ist eine grundlegende marxistische Arbeit zu dieser Problematik von bleibendem Wert. Thematisch enger und auf einen späteren Zeitraum eingestellt ist die Studie von Havránek, Jan, Die ökonomische und politische Lage der Bauernschaft in den böhmischen Ländern in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 2, S. 96 - 136.

Die Studie "Zemědělská revoluce a regionální zemědělské spolky v Českyých zemích ve druhé polovině 19. století - Die landwirtschaftliche Revolution und die regionalen landwirtschaftlichen Vereinigungen in den Böhmischem Ländern in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts" von Antonín Verbík (S. 89 - 120) charakterisiert in den Hauptzügen die Rolle der landwirtschaftlichen Vereinigungen bei der landwirtschaftlichen Revolution, beim Vordringen des Kapitalismus und der Ausbreitung von Elementen der landwirtschaftlichen Revolution in die Kleinproduktion. Der Autor sieht in diesen Vereinigungen Mittel einer Rückwirkung des Überbaus auf die Entwicklung kapitalistischer Produktivkräfte in der Landwirtschaft. Der wichtigste Zeitraum für das Wirken dieser Vereinigungen sind nach seiner Einschätzung die sechziger und siebziger Jahre.

Oldřiška Kodedová faßt in der Abhandlung "Námezdní pracovní síly v zemědělství Čech od 80. let 19. století do roku 1914 - Die lohnabhängigen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft Böhmens von den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1914" (S. 121 - 147) ihre Schlußfolgerungen und Charakteristiken über die Landarbeiter in Böhmen, bzw. in den Böhmischem Ländern, aus ihren zahlreichen früheren Arbeiten zusammen, in denen sie auf die entsprechende Thematik detaillierter und konkreter eingegangen war. Die Autorin versucht hier nicht, alle einschlägigen Probleme zu behandeln. Einige von ihnen deutet sie nur an. Hierbei betont sie zu Recht die Bedeutung, die der Erforschung von Entwicklung und Rolle der lohnabhängigen Arbeitskräfte im Rahmen der Entwicklung der kapitalistischen Produktivkräfte in der Landwirtschaft Böhmens sowie der Formierung der dortigen Arbeiterklasse als Gesamtheit zukommt.

Einen Beitrag zur Erforschung der Entstehung und Genesis des Feudalismus leistet mit ihren theoretisch-methodologischen Ausgangspunkten und dem Streben nach Verallgemeinerung die umfangreiche Studie von Barbara Krzemienská und Dušan Třeštík "Hospodářské základy raně středověkého státu ve střední Evropě (Čechy, Polsko, Uhry v 10. - 11. století) - Die wirtschaftlichen Grundlagen des frühmittelalterlichen Staates in Mitteleuropa (Böhmen, Polen, Ungarn im 10. - 11. Jahrhundert)" (S. 149 - 230). Die Autoren sind bemüht, die Hauptzüge der ökonomischen Systeme der angeführten frühfeudalen Staaten unter dem Aspekt der feudalen Beziehungen des Staates als einer vom Herrscher repräsentierten öffentlichen Gewalt und seiner Wirtschaftsquellen zu beleuchten. Dabei gehen sie von einer umfassenden Komparation aus und gelangen zu der Schlußfolgerung, daß die angeführten Staaten im 10. und 11. Jahrhundert eine eigene Sonderform feudaler Beziehungen schufen; diese Form wurde nach einem relativ einheitlichen Modell aufgebaut und unterschied sich völlig von jener vergleichbarer westeuropäischer Staaten. Die Autoren betrachten das komplizierte System von Abgaben und Dienstverpflichtungen der fürstlichen Bauern gegenüber dem Fürsten und der gesamten herrschenden "Kriegerschicht" als Feudalrente, woraus sie den Schluß ableiten, daß der Herrscher nicht nur Herr seiner Bauern war, sondern auch ein Obereigentumsrecht auf ihren Boden für sich beanspruchte.

Die Studie von Pavel Bělina "Příspěvek k ekonomické stratifikaci měst v Čechách koncem 18. století - Ein Beitrag zur ökonomischen Schichtung der Städte in Böhmen am Ende des 18. Jahrhunderts" (S. 231 - 262, 1 Kartogramm) behandelt einen Teilaspekt des Zerfalls des Feudalismus und der Anfänge des Kapitalismus. Aufgrund einer Analyse archivalischer Quellen aus dem Jahre 1784 unterscheidet der Autor auf einer von ihm angefertigten kartographischen Darstellung zwischen 5 Kategorien von Städten und Kleinstädten nach der Zahl der in ihnen vertretenen, für den Markt produzierenden Handwerksbetriebe. Ferner charakterisiert und vergleicht er unter diesem Gesichtspunkt einzelne ausgewählte, nach seiner Ansicht typische Kreise. Hier liegt der schwache Punkt der sonst anregenden Abhandlung Bělinas, da diese Analyse von bloß 6 aus der Gesamtzahl von 16 Kreisen zu Schlußfolgerungen führt, die sich nur unter Vorbehalt akzeptieren lassen, weil der Grad ihrer Verallgemeinerungsfähigkeit offenbleibt. Die Teilanalyse Bělinas verweist nämlich auf die Unhaltbarkeit der Behauptung von einem tiefgreifenden ökonomischen Verfall der Städte in Böhmen im ausgehenden 18. Jahrhundert.



In der gesellschaftspolitischen Entwicklung der Tschechoslowakische im Zeitraum des Kapitalismus war das Kleinbürgertum ein bedeutsamer Faktor. Dieser Frage wurde aber bislang nur geringe Aufmerksamkeit gewidmet. Zdeněk Deyl ist bemüht, mit seiner Abhandlung "Městská maloburžoazie v Českých zemích v letech 1918 - 1938 - Das städtische Kleinbürgertum in den Böhmisches Ländern in den Jahren 1918 - 1938" (S. 263 - 294) diesem Zustand abzuhelfen. Man muß die Bemühungen des Autors um eine Definition des bislang uneinheitlich angewandten Begriffes des städtischen Kleinbürgertums und die Erfassung der einzelnen Etappen seiner Entwicklung im untersuchten Zeitraum hoch einschätzen. Nach Ansicht des Autors führte der in dieser Periode verstärkte Differenzierungsprozeß der kleinen Gewerbe nicht zur Beseitigung der Kleinproduktion, die sich eine relative Selbständigkeit zu wahren wußte und dem wachsenden Druck der industriellen Großproduktion oft dadurch auswich, daß sie den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf Dienstleistungen für die Bevölkerung verlagerte.

Die am Schluß des ersten Bandes des Sammelwerkes eingereihte umfangreiche Studie "Kompozice pudy v Novém Španělsku v 17. a 18. století - Die Agrarstruktur in Neu-Spanien im 17. und 18. Jahrhundert" von Bohumil Baďura (S. 295 - 371) zeigt, daß das Sammelwerk "Hospodářské dějiny" sich nicht auf die tschechoslowakische Thematik beschränken wird. Der Autor verfolgt eingehend die fiskalischen und sozialen Aspekte der Entwicklung der Agrarstrukturen, die im wesentlichen eine Synthese aus dem alleinigen Eigentumsrecht der spanischen Krone auf den Grund und Boden der Kolonien und dem rechtlich ungeschützten Landbesitz sowohl der weißen Siedler als auch der einheimischen indianischen Bevölkerung darstellten. Der Autor trägt mit seiner Studie zur Erkenntnis der Beziehungen zwischen theoretischer Grundlage und Praxis des spanischen Kolonialsystems in Neu-Spanien sowie den Grundbesitzverhältnissen der Eingeborenen unter Einschluß der von der Agrarstruktur stark begünstigten Konsolidierung und Ausweitung des Systems der Latifundien bei.

Der zweite Band des Sammelwerkes "Hospodářské dějiny" erschien fast gleichzeitig mit dem ersten, und zwar anläßlich des VII. Internationalen Kongresses der Wirtschaftshistoriker, der im August 1978 in Edinburgh stattfand. Dieser Band wurde vorher an namhafte Kongreßteilnehmer versandt, ferner auf der Kongreßausstellung von Publikationen ausgelegt und erfuhr eine günstige Aufnahme. So fand das Sammelwerk gleich zu Beginn in der internationalen Fachöffentlichkeit größere Aufmerksamkeit. Damit trugen die Herausgeber des Sammelwerkes wirksam zur Repräsentation der marxistischen Wirtschaftsgeschichte auf diesem Kongreß bei.<sup>8</sup> Dieser zweite Band enthält zwölf Studien zu neuesten Forschungsergebnissen.

Nach dem Geleitwort folgt als erste Abhandlung die Untersuchung von Jaroslav Purš "New Methods and Techniques of Research into Economic History in Czechoslovakia" (S. 7 - 23), die der Autor auch als Referat auf diesem Kongreß vortrug.<sup>9</sup> Der Autor liefert hier eine instruktive Übersicht über die bisherigen Ergebnisse bei der Anwendung quantitativer Methoden und der elektronischen Datenverarbeitung auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte

8 Von den sozialistischen Staaten wurden für den Kongreß Publikationen noch von der sowjetischen Delegation vorbereitet, vgl. Ekonomičeskaja istorija. Ukazatel' sovjetskoj literatury 1973 - 1977, unter der Red. v. G. M. Markovskaja, Bd. 1 - 5, Moskva 1978, 294, 135, 232, 142 und 153 Seiten; Problemy genezisa kapitalizma, Sbornik statej. K VII. Meždunarodnomu kongressu ekonomičeskoj istorii v Edinburge 1978, unter der Red. v. A. N. Čistozvonov, Moskva 1978, 319 Seiten; ferner von der jugoslawischen Delegation, vgl. Bibliographie historico-oconomica Jugoslaviae, hg. v. Ivan Erzeg, Zagreb 1978, 229 Seiten.

9 Das Referat wurde abgedruckt in Proceedings of the seventh International Economic History Congress, hg. v. Michael W. Flinn, Bd. 2, Thema B, Edinburgh 1978, S. 104 - 111.

In der Tschechoslowakei vom Beginn der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Er nennt diese historische Hilfsdisziplin ökonomische Historiometrie oder im weiteren Sinne Historiometrie. Verfasser zahlreicher der angeführten konkreten Arbeiten ist Purš selbst. Ein größeres Engagement weiterer tschechoslowakischer Historiker in diesem Bereich scheint daher dringend geboten. Nach Purš bedeuten die bisherigen Ergebnisse in dieser Disziplin nichtsdestoweniger den Beginn der technischen Revolution im Bereich der Wirtschaftsgeschichte in der Tschechoslowakei, die den beschleunigten Übergang zum großangelegten Einsatz neuer Forschungsmethoden und -techniken erfordert, für die in der CSSR bereits die materiell-technischen Voraussetzungen geschaffen wurden.

Die drei folgenden Abhandlungen sind der Geschichte der Industrie gewidmet. Mit der Problematik der Haupttrichtung des Anfangsstadiums der Industriellen Revolution auf einem spezifischen Gebiet der Industrieproduktion, der Zuckerfabrikation in den Böhmisches Ländern, befaßt sich František Dudek in der Studie "The Transition from the Mechanico-Chemical Manufactory Type Plant to the Factory" (S. 25 - 54). Die Besonderheit der Zuckerfabrikation beruht nach Ansicht des Autors in ihrer technologischen Dualität, die mechanische und chemische Produktionsprozesse miteinander verbindet. Der Autor erläutert die unterschiedlichen Übergangsformen von der Manufaktur zur Fabrik, wobei die Zuckerfabriken schon vor Beginn der Industriellen Revolution sich nicht ausschließlich unter die Manufakturen oder die Fabriken einstufen ließen. Der Autor charakterisiert die Zuckerfabrik aufgrund seiner Analyse als mechanisch-chemischen Betrieb, als Manufaktortyp, der Elemente der Fabrikproduktion aufwies, bzw. als sogenannte Vorfabrik. Seine Schlußfolgerungen liefern demnach einige neue Aspekte für die Bewertung des Manufakturstadiums der Entwicklung des Kapitalismus in den Böhmisches Ländern.

Vlastislav Lacina knüpft in seiner Studie "The Structure of the Czechoslovak Industries and Its Changes in the Thirties of the 20<sup>th</sup> Century" (S. 55 - 96) an seine ältere Abhandlung an, die diese Fragen für die zwanziger Jahre behandelt.<sup>10</sup> In der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre erreichten die bereits im ersten Weltkrieg einsetzenden Strukturveränderungen in der tschechoslowakischen Industrie ihren Höhepunkt. Der Autor erbringt den Nachweis, daß die Textilindustrie ihre exklusive Stellung verlor und daß statt dessen an der Wende von den zwanziger zu den dreißiger Jahren die Metallwaren- und metallverarbeitende Industrie an die Spitze der gesamten Industrie rückte. In den dreißiger Jahren erhöhte sich merklich der Anteil der energetischen und der chemischen Industrie, des Hüttenwesens und des Maschinenbaues; die traditionellen Industriezweige verloren dagegen an Bedeutung und erreichten nicht mehr jenes Niveau, das sie vor der Krise innehatten.

Ludvík Kopačka veranschaulicht in der Studie "Development of the Sectorial Structure of Economy and of the Branch Structure of Industry in Czechoslovakia after the Year 1945" (S. 97 - 129, 4 Diagramme) aufgrund der Daten aus den Jahren 1948, 1960 und 1975 über die Beschäftigtenzahl und die Bruttonproduktion den Ablauf der sich wechselseitig bedingenden Veränderungen in der Sektorenstruktur der Volkswirtschaft und in der Industriezweigstruktur in ihrer Wechselbeziehung. Wir zollen den modern konstruierten Diagrammen des Autors unsere Anerkennung, die anschaulich die Annäherung der Industriezweigstruktur sowie des ökonomischen Charakters zwischen den Böhmisches Ländern und der Slowakei im Prozeß der sozialistischen Industrialisierung dokumentieren. Die Bedeutung dieser Problematik und ihre beträchtliche thematische Spannweite erfordern jedoch offenbar eine Erweiterung des Untersuchungsfeldes als Voraussetzung für eine Analyse der Strukturveränderungen der Industrie in den wichtigsten Zusammenhängen des historischen Prozesses des Aufbaus des Sozialismus in der Tschechoslowakei.

10 Lacina, Vlastislav, Problémy odvětvové struktury československého průmyslu v letech 1918 - 1930 (Probleme der Branchenstruktur der tschechoslowakischen Industrie in den Jahren 1918 - 1930), in: ČSČH, 24. Jg. 1976, S. 821 - 850.

Leoš Jeleček weist in seiner Studie "Ground Rent and Land Fund in Bohemia in the Second Half of the 19th Century" (S. 131 - 168, 1 Diagramm) nach, daß sich im Zusammenhang mit dem Übergang der für den Markt produzierenden Landwirtschaft von extensiver zu intensiver Bodennutzung, mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in der Landwirtschaft und vor allem mit der Kulminierung der landwirtschaftlichen Revolution in den siebziger Jahren auch die Struktur des Bodenfonds entwickelte. Gerade in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts hörte der Bodenfonds auf, sich extensiv zu entwickeln; seine Zusammensetzung stabilisierte sich, und es trat ein Übergang zu seiner intensiven Verwertung ein. Nach Ansicht des Autors überwogen dann in diesen Zusammenhängen immer mehr das Wachstum und die Bedeutung der Differentialrente II gegenüber dem Wachstum und der Bedeutung der Differentialrente I. Der Autor untermauert seine Schlussfolgerungen auch durch einen Vergleich mit der Entwicklung in Mähren und in Deutschland.

Die Abhandlung "Export of the Agricultural Products from Czech Lands and Transportation Expenses in the 16th Century" von Josef Janáček (S. 169 - 191) bezieht sich auf die Geschichte des Handels. Mangels konkreter Angaben ist diese Frage bisher wenig untersucht. Aufgrund einer Analyse der in den Nürnberger Archiven aufgefundenen Handelsbelege über Hopfen- und Malzankäufe aus Böhmen zieht Janáček auf indirektem Wege den Schluß, daß der hohe Preis des Überlandtransportes (der hohe Anteil der Transportkosten am Preis der landwirtschaftlichen Produkte) praktisch die Böhmisches Länder von einer bedeutenderen Beteiligung am Getreideexport nach wichtigen europäischen Märkten im 16. Jahrhundert ausschloß.

Zwei weitere Beiträge sind der Geschichte der Städte im Feudalismus gewidmet. Josef Žemlička befaßt sich in der Studie "Formation of the Town Network in Bohemia: The Lower Ohře River Area under Culminating Feudalism" (S. 193 - 224, 1 Karte) mit den Anfängen und der Entwicklung der Städte im angeführten Gebiet Nordwestböhmens und der Herausbildung ihres städtischen Zentrums Litoměřice. Es ist anzuerkennen, daß der Autor bei der Einschätzung dieses Prozesses von der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Zeitraum ausgeht und so wertvolle allgemeine Erkenntnisse zu den Fragen der Kolonisierung und den Anfängen des Städtewesens in Böhmen vermittelt.

Alois Mřka konstatiert in seiner Abhandlung "On the Economic Status of Czech Towns in the Period of Late Feudalism" (S. 225 - 257) aufgrund einer Analyse einiger wenig ausgewerteter Angaben des sogenannten Theresianischen Katasters aus dem Jahre 1757, daß die böhmischen Städte noch in der Mitte des 18. Jahrhunderts im wesentlichen ihren feudalen Charakter bewahrten. Wirtschaftliche Basis dieser Städte blieben die traditionellen Elemente der handwerklichen Kleinproduktion in Anlehnung an die Zunftsysteme. Kapitalistische Elemente begannen in der Mitte des 18. Jahrhunderts erst sporadisch in diese Städte einzudringen.<sup>11</sup>

Die Abhandlung von Pavla Horská "On the Problem of Urbanization in the Czech Lands at the Turn of the 19th and 20th Centuries" (S. 259 - 294) beruht auf den üblicherweise zugänglichen Daten der offiziellen Statistik über die Zahl und Struktur der städtischen Einwohner, Häuser und Wohnungen in den Jahren 1880 bis 1921. Die Methodik zur Erforschung der Urbanisierung, die als wichtiges Indiz der sozialökonomischen Entwicklung angesehen werden kann, ist in der tschechischen Historiographie noch nicht genügend erarbeitet. Die Verfasserin verweist richtig darauf, daß die wenig ausgewerteten Angaben über den Haus- und Wohnungsbestand eine ebenso wichtige Quelle für die Erforschung der Urbanisierung sind wie die Angaben über die Bevölkerung.

11 Die Studie von Mřka korrespondiert in gewissem Maße mit der Studie von Bělina, die im ersten Band erschien.

Für das Studium der Urbanisierung ist meines Erachtens der Beitrag "Long-term Radial Extension of the Growth Pole Effect in the Prague Suburban Area" von Ondřej Bartušek (S. 295 - 311, 1 farbiges zweiteiliges Kartogramm als Beilage) methodisch bemerkenswerter. Der Autor beschreibt die Anwendung einer kartographischen Methode zur Veranschaulichung der Entwicklung von Bevölkerungszahl und Siedlungsstruktur einer bestimmten Region am Beispiel des Hinterlandes von Prag im Zeitraum 1869 bis 1970. Diese arbeitsaufwendige Methode beruht auf der Berechnung von Indizes der Entwicklung der Bevölkerungszahl in den kleinsten Siedlungseinheiten (Ortschaften) während eines bestimmten Zeitraums (hier 100 Jahre) und der Konstruktion von Index-Isolinien zwischen diesen Siedlungen in vom Durchschnitt für die Region höherer Ordnung (hier Böhmen) abgeleiteten Intervallen. Die hohe Aussagefähigkeit eines so konstruierten Kartogramms (wir schätzen seine graphische und polygraphische Erarbeitung) liegt auf der Hand, und es ist schade, daß der Autor nicht versuchte, es zu analysieren und zu interpretieren. Die modernen kartographischen oder historisch-kartographischen Methoden können eine wirksame Hilfe bei der Erforschung der Wirtschaftsgeschichte sein, was die Redaktion mit der Aufnahme dieses Beitrages in das Sammelwerk nachweisen konnte.

Der kurze Beitrag "The Migration of Manpower and Emigration from Slovakia in the Second Half of the 19<sup>th</sup> Century and at the Beginning of the 20<sup>th</sup> Century" von Pavel Hapák (S. 313 - 330) verfolgt einige Merkmale der Migration der Arbeitskräfte im Hinblick auf die Auswanderung aus der Slowakei, wobei er insbesondere auf die Zyklen der wirtschaftlichen Entwicklung der Slowakei und deren wirtschaftlicher Stellung in Ungarn bzw. in der ganzen Habsburgermonarchie als wesentlicher Ursache der Auswanderung eingeht.

Die Studie "A Contribution to the Problem of Property Differentiation of the Lesser Nobility in the Pre-Hussite Period in Bohemia" von Miloslav Polívka (S. 331 - 360) beschließt das Sammelwerk. Sie bezeugt, daß in der Arbeitsstätte des Autors, die dieses Sammelwerk herausgibt, der Erforschung der Hussitenrevolution ständig Aufmerksamkeit zuteil wird.<sup>12</sup> Der Autor versucht, mit Hilfe einer auf ein eng begrenztes Gebiet angesetzten Quellenstudie anhand einer Analyse der Heimfälle von Besitzungen des niederen Adels an den Herrscher für die Jahre 1395 bis 1410 die drückende sozialökonomische Situation des niederen Adels am Vorabend seiner revolutionären Aktivierung aufzuzeigen. Nach Ansicht des Autors wurde die schlimme sozialökonomische Situation des niederen Adels in diesem Zeitraum nicht so sehr durch den dynamischen Pauperisierungsprozeß als vielmehr durch die anhaltend ausweglose Lage des kleinen Feudaleigentums und seiner landwirtschaftlichen Erwerbsquelle, auf die der niedere Adel vor allem angewiesen war, ausgelöst.

Abschließend kann in dieser Rezension konstatiert werden, daß das wissenschaftliche und ideologisch-politische Niveau der beiden ersten Bände von "Hospodářské dějiny. Economic History" beweist, daß dieses neue Sammelwerk eine bedeutsame Rolle bei der Entwicklung der Wirtschaftsgeschichte in der Tschechoslowakei spielen und ihr qualifizierter Repräsentant auf internationalem Gebiet werden kann. Um das Sammelwerk "Hospodářské dějiny. Economic History" gruppiert sich die Prager Schule der Wirtschaftsgeschichte, was auch die folgenden Bände andeuten.<sup>13</sup>

12 Vgl. z. B. auch Polívka, Miloslav, Problematika husitství v české historické literatuře z let 1972 - 1974 (Die Problematik des Hussitentums in der tschechischen historischen Literatur aus den Jahren 1972 - 1974), in: ČSČH, 24. Jg. 1976, S. 821 - 850.

13 Zwischen ist als nächster Band erschienen: Hospodářské dějiny. Economic History, Bd. 3; Problems of the Manufactory Period in the History of Czechoslovakia, hg. v. Jaroslav Půr, Praha 1979, 210 Seiten; ferner Hospodářské dějiny. Economic History, Bd. 4; Towns in the Czech Lands in the Period of Feudalism, hg. v. Jaroslav Půr, Praha 1979, 286 Seiten.

## Einige Charakteristika der Wiederherstellungsperiode in Ungarn und der DDR

Eine vergleichende Betrachtung nach der Lektüre von

Horst Barthel, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR.

Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945 - 1949/50

Akademie-Verlag, Berlin 1979, 191 Seiten, Preis: 18,- Mark

von Jörg Roesler

0. Einleitung
1. Vergleich der Wirtschaftsentwicklung in der DDR und in Ungarn während der Wiederherstellungsperiode
  - 1.1. Ökonomisches Vorkriegsniveau
  - 1.2. Wirtschaftliche Entwicklung während des zweiten Weltkrieges
  - 1.3. Kriegszerstörungen
  - 1.4. Wiedergutmachungsleistungen
  - 1.5. Wiedereingangsetzung der Produktion
  - 1.6. Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft bis zum Ende der Wiederherstellungsperiode
  - 1.7. Entwicklung des Lebensstandards in der Nachkriegszeit
  - 1.8. Beschäftigtenstruktur
  - 1.9. Der Reproduktionstyp
    - 1.9.1. Einfache oder erweiterte Reproduktion?
    - 1.9.2. Intensives oder extensives Wachstum?
  - 1.10. Ökonomisches Entwicklungsniveau 1950
2. Schlußbemerkungen

## 0. Einleitung

Der Zeitraum zwischen dem Ende des zweiten Weltkrieges und dem Beginn des ersten Fünfjahrplanes ist häufiger als andere Zeitabschnitte Gegenstand wirtschaftshistorischer Untersuchungen zur DDR-Geschichte gewesen. Die Erkenntnis, daß eine Behandlung der Volkswirtschaft der DDR in den fünfziger Jahren die Darstellung ihrer Ausgangsbedingungen einschließen muß, dürfte dabei ebenso eine Rolle gespielt haben wie die Bedeutung und Dichte der ökonomischen und politischen Ereignisse der Nachkriegszeit. Schon in der zweiten Hälfte



te der fünfziger Jahre entstanden einige Monographien über die antifaschistisch-demokratische Etappe, die sich durch eine Fülle konkreter Informationen und deren kluge Verarbeitung auszeichnen und die sowohl bis heute als auch mit Sicherheit zukünftig eine solide Ausgangsbasis für weitergehende historische und wirtschaftshistorische Forschungen sind. Zu nennen wären hier in erster Linie Doernbergs<sup>1</sup> Darstellung der revolutionären Umwälzungen in Politik und Wirtschaft Ostdeutschlands und Krauses<sup>2</sup> Arbeit über die Produktionsverhältnisse in der Industrie der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. der DDR 1945 - 1950. Die jetzt vorliegende Monographie von Horst Barthel, die vor allem der Entwicklung der Produktivkräfte in der Wiederherstellungsperiode gewidmet ist, besitzt dank ihrer hohen Qualität alle Voraussetzungen, ebenfalls eine solche Rolle zu spielen.

Diese Prognose stützt sich vor allem auf die folgenden Eigenschaften des Buches:

- Es gibt erstmals eine ebenso detaillierte wie umfassende Darstellung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses in der SBZ bzw. der DDR.
- Es enthält den ersten Versuch einer theoretischen Verallgemeinerung der Nachkriegsphänomene auf dem Gebiet des Wirtschaftswachstums (Kapitel III. 1)<sup>3</sup>.
- Es zeichnet sich durch die konsequente Anwendung der quantitativen Analyse aus.

Bestimmen diese drei Momente grundlegend das Niveau von Barthels Arbeit, die Qualität jedes Kapitels, so sollen doch noch einige herausragende Abschnitte des Buches genannt werden, die der Autor Themen widmet, welche in der bisherigen Behandlung der Nachkriegsproblematik eindeutig zu kurz gekommen sind.

Es handelt sich um

- die Analyse der Wirtschaftsstruktur des Gebietes zwischen Elbe und Oder während der Aufrüstungsperiode und im Kriege (Kapitel I. 1a);
- die Behandlung der Wiedergutmachungsleistungen (Kapitel I. 3);
- die Auseinandersetzung mit bürgerlichen und revisionistischen Auffassungen zur wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung (Einleitung, Abschnitt 2).

Mit bewundernswerter Akribie hat Barthel die verstreuten statistischen Informationen über die Kriegsschäden und die Auswirkungen des zweiten Weltkrieges auf die Bevölkerung sowie über die Wiedereingangssetzung der Produktion zusammengetragen, mosaikartig das Bild der allmählichen Normalisierung des Lebens nach Beendigung der Kampfhandlungen aneinandergefügt und Schritt für Schritt enthüllt, welche Auswirkungen die Spaltung auf das Wirtschaftsleben im Osten Deutschlands hatte.

Nicht in jedem Kapitel konnte der Autor das Niveau gleich hoch halten. Die Darstellung der Entwicklung von 1946 bis 1948 (Kapitel II. 2) sowie die Behandlung des Zweijahrplanes (Kapitel II. 3) wirken vergleichsweise blaß. Bei der Analyse der großen Probleme der Nachkriegszeit kommen das Phänomen des schwarzen Marktes und die Anstrengungen zu seiner Bekämpfung zu kurz. Das ist um so bedauerlicher, als auf Fragen der Konsumgüterverteilung und des Konsumgüterverbrauches im Buch ausführlich und anschaulich eingegangen wird (Kapitel III. 3). Aber auch im Abschnitt zur Wirtschaftsplanung hätte der Verteilungs-

1 Doernberg, Stefan, Die Geburt eines neuen Deutschland 1945 - 1949. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR, Berlin 1959.

2 Krause, Werner, Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR, Berlin 1958.

3 Kapitel-, Abschnitts- und Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf das hier rezensierte Buch von Barthel.

planung (Rationierung der Konsumgüter, Kontingentierung der Produktionsmittel) und ihrer - durch Schwarzmarkt und Kompensationsgeschäfte jahrelang beeinträchtigten - Realität mehr Platz eingeräumt werden sollen.

Barthels Monographie schließt mit einem internationalen Vergleich ab. Auch Doernberg und Krause hatten sich am Schluß ihrer Untersuchungen die Frage vorgelegt, welche der von ihnen auf dem Gebiet der DDR untersuchten Entwicklungen historisch einmalig waren, Ausdruck der besonderen Bedingungen, die nach 1945 im Osten Deutschlands wirkten, und welche allgemeine Züge trugen, auch in anderen Ländern Mittel- und Südosteuropas anzutreffen waren und ihrem Wesen nach in Zukunft wiederholbar sind.

Barthel schätzt die ökonomischen Ausgangsbedingungen der DDR, verglichen mit denen in ihren östlichen und südöstlichen Nachbarländern, wie folgt ein: "Das Gebiet der heutigen DDR verfügte bereits vor dem zweiten Weltkrieg im Unterschied zur Mehrheit der heutigen volksdemokratischen Länder über eine hochentwickelte Industrie mit einer zahlenmäßig starken und hochqualifizierten Arbeiterklasse, die große Traditionen besaß, über eine hochentwickelte Landwirtschaft und über eine entsprechend dem Stand und der Verteilung der Produktivkräfte ausreichend entwickelte Infrastruktur. Diese günstigen Bedingungen einerseits müssen, um eine reale vergleichbare Einschätzung der Wirtschaftskraft zu ermöglichen, mit den ungünstigen Bedingungen andererseits konfrontiert werden. Das betrifft insbesondere die unter dem Begriff Kriegsfolgen zusammengefaßten Faktoren, die Auswirkungen der Rüstungsperiode, den Zerstörungsgrad während des Krieges, die notwendigen Wiedergutmachungsleistungen, die ungleichen Standortbedingungen der Produktivkräfte, die sich im Prozeß der Spaltung zu echten Spaltungsdisproportionen entwickelten, und schließlich für den untersuchten Zeitraum erste Wirkungen des kalten Krieges, insbesondere des Wirtschaftskrieges gegen die DDR. So zeigt sich, daß im deformierten Reproduktionsprozeß der ersten Nachkriegsjahre im Gebiet der DDR die im Vergleich zur Mehrheit der volksdemokratischen Länder zweifelsohne günstigen Ausgangsbedingungen sich zeitweilig durch die Gegenwirkung ungünstiger Bedingungen nur als Tendenz durchsetzten, d. h. in ihrer vollen Wirkung wesentlich eingeschränkt waren" (S. 170 f.).

Auf die interessante Frage, wie sich diese widersprüchlichen Ausgangsbedingungen im Prozeß der Wiederherstellung der Volkswirtschaft materialisierten, geht Barthel am Beispiel der Industrieproduktion (S. 171) und der landwirtschaftlichen Erzeugung (S. 172) ein. Danach blieb in der heutigen DDR das Tempo der Wiederherstellung in Industrie und Landwirtschaft gegenüber dem in den Volksdemokratien deutlich zurück. Während aber die DDR 1950 als letztes Land im mittel- und südosteuropäischen Raum den Vorkriegsstand wieder erreichte, gelang es ihr in bezug auf die landwirtschaftliche Produktion, zu den anderen Volksdemokratien aufzuschließen.

Den Entwicklungsweg der DDR noch detaillierter zu vergleichen, als Barthel dies tun konnte, ist vor allem insofern interessant, weil eine solche Untersuchung weiteren Aufschluß darüber zu geben vermag, welche der vom Autor für die DDR geschilderten Züge der Nachkriegsentwicklung grundlegenden Charakter trugen, das heißt ungeachtet einer Vielzahl von Unterschieden in den konkreten Erscheinungsformen in mehreren oder allen Volksdemokratien anzutreffen waren.

Für den stadialen Vergleich sind grundsätzlich die frühen Entwicklungsphasen all jener Länder geeignet, denen es gelang, die kapitalistischen Macht- und Eigentumsstrukturen zu überwinden. Kongruenz des Vergleichszeitpunktes und -zeitraumes, Übereinstimmung der Ausgangsbedingungen und des Ausgangsniveaus erleichtern die vergleichende Analyse, sind jedoch keine zwingende Voraussetzung.<sup>4</sup> Der hier zur Verfügung stehende Raum erlaubt ei-

<sup>4</sup> Zur Methodologie des stadialen Vergleichs siehe Roesler, Jörg, Grundlagen und Methoden für einen Vergleich der Volkswirtschaftsplanung in den sozialistischen Ländern, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1979, T. 4, S. 9 - 33.

nen detaillierteren Vergleich nur für ein Land. Die Wahl fiel auf Ungarn, dessen wirtschaftshistorische Publikationen über die Wiederherstellungsperiode<sup>5</sup> genügend detaillierte Informationen bieten, um den Vergleich mit den von Barthel für das Gebiet der DDR analysierten Entwicklungen führen zu können.

Verglichen wird die Wiederbelebung der Produktion und die Entfaltung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses bis zu jenem Zeitpunkt, da das Vorkriegsniveau erreicht worden ist und die materiellen Voraussetzungen für die Formung einer spezifisch sozialistischen Volkswirtschaft vorhanden sind. Bis zu diesem Zeitpunkt bewegte sich die Entwicklung der Produktivkräfte vorwiegend noch im alten, durch den Kapitalismus geschaffenen Rahmen, überwogen die Prozesse der Wiederherstellung eindeutig die des Neuaufbaus. Dieser "Restaurationsprozeß" wurde hinsichtlich seiner Dynamik zunehmend durch revolutionäre Veränderungen der Produktionsverhältnisse geprägt. Auf der Grundlage neuer Macht- und Eigentumsverhältnisse entstanden Wirtschaftsplanung und Wettbewerbsbewegung, die den Wiederaufbau beschleunigten und ihn in die sozialistische Industrialisierung münden ließen.<sup>6</sup>

Es ist dieser Prozeß der Wiederherstellung der Volkswirtschaft selbst, der im Mittelpunkt der folgenden vergleichenden Untersuchung steht. Sie auch auf die Produktionsverhältnisse auszudehnen wäre sicherlich wünschenswert, ist jedoch nicht im Rahmen eines Artikels zu bewältigen. Die hier vorgenommene Analyse kann daher lediglich an geeigneter Stelle auf die großen Umwälzungen im Bereich der Produktionsverhältnisse hinweisen.<sup>7</sup>

Hinsichtlich der Reihenfolge hält sich der Vergleich im wesentlichen an die von Barthel entwickelte und in seinem Buch angewandte Gliederung.

## 1. Vergleich der Wirtschaftsentwicklung in der DDR und in Ungarn während der Wiederherstellungsperiode

### 1.1. Ökonomisches Vorkriegsniveau<sup>8</sup>

Zunächst sollen einige Angaben über das Vorkriegsniveau der zu vergleichenden Länder die Ausgangsbasis in der heutigen DDR und der heutigen Ungarischen Volksrepublik kennzeichnen. Bereits die ersten beiden Kennziffern - Nationaleinkommen und Industrieproduktion - weisen Ungarn als ein volksdemokratisches Land aus, für das die oben zitierte Feststellung Barthels über die Unterschiede zwischen dem Entwicklungsniveau der DDR und dem

5 Berend, Iván T., *Újjáépítés és a nagytöke elleni harc Magyarországon 1945 - 1948* (Der Wiederaufbau und der Kampf gegen das Großkapital in Ungarn in den Jahren 1945 - 1948), Budapest 1962; Ránki, György, *Magyarország gazdasága az első 3 éves terv időszakában* (Ungarns Wirtschaft in der Zeitspanne des Dreijahrplanes) (1947 - 1949), Budapest 1963; Berend, Iván T./Ránki, György, *Hungary. A Century of Economic Development*, New York 1974, Kapitel 2,6 u. 3,1.

6 Vgl. Roesler, Jörg, *Wiederherstellungsperiode und Wirtschaftspläne (1945 - 1949/50)*, in: *Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas*, Bd. 21,1, Berlin 1977.

7 Ausführlicher berichten über die Entwicklung der politischen und Produktionsverhältnisse in Ungarn nach dem zweiten Weltkrieg Szabo, Balint, *Die Besonderheiten der volksdemokratischen Revolution in Ungarn 1944 - 1948*, in: *Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas*, Bd. 8, Berlin 1964; Uševič, Marina A., *Razvitie socialističeskoj ekonomiki Vengrii*, Moskau 1962, S. 7 ff.

8 Sofern nicht anders angegeben, gilt - auch in den Tabellen - als Vorkriegsjahr für die DDR 1936, für Ungarn 1938.

Tabelle 1

Einige Kennziffern des ökonomischen Entwicklungsniveaus in der Vorkriegszeit

Lfd. Nr.	Kennziffer	Maßeinheit	Angaben		Vergleich (DDR = 100)
			Territorium der heutigen DDR	Ungarn	
1	Nationaleinkommen	Dollar pro Kopf	270 <sup>+</sup>	139 <sup>++</sup>	51
2	Industrieproduktion	" " "			20
3	Anteil der Industrie an der Gesamtpro- duktion von Indu- strie und Handwerk	Prozent	75	42	56
4	Anteil der PM-Pro- duktion an der in- dustriellen Brutto- produktion	"	50	45	90
5	Brotgetreide	kg pro Kopf	192 <sup>+++</sup>	323 <sup>+++</sup>	168
6	Roheisenproduktion	" " "	12	37	308
7	Stahlproduktion	" " "	74	71	96
8	Kohleproduktion	" " "	6256	1022	16
9	Zementproduktion	" " "	105	38	36
10	Elektroenergie- erzeugung	kWh pro Kopf	866	154	18

+ Deutschland 1925/34.

++ 1925/34.

+++ Durchschnitt 1934/38.

## Quellen:

Berechnet nach Mir kapitalizma i socialisma v cifrach 1962, Moskau 1963, S. 28; Economic survey of Europe in 1949, Genf 1950, S. 17; Vilaggazdasági Időszorok 1860 - 1960 (Zeitserien zur Weltwirtschaft 1860 - 1960), Budapest 1965, S. 18; Neumann, Gerd, Zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen der RGW-Länder (1945 - 1958), Berlin 1977, S. 127.

ihrer östlichen und südöstlichen Nachbarn voll zutrifft. Die unerwartet hohen Werte für Ungarn bei einigen schwerindustriellen Pro-Kopf-Kennziffern (Nr. 6 und 7 der Tabelle 1) resultieren weniger aus einem relativ hohen Niveau der Entwicklung in den entsprechenden ungarischen Industriezweigen,<sup>9</sup> als vielmehr aus der bekannten Tatsache, daß Ostdeutschland zwar industriell hoch entwickelt war, aber keine entsprechende schwerindustrielle Basis besaß. Die Pro-Kopf-Zahlen für Zement und Elektroenergie (Nr. 9 und 10 der Tabelle 1) - besonders der letzteren ist, worauf schon Barthel hinweist (S. 173), als Indikator des technisch-ökonomischen Niveaus große Bedeutung beizumessen - entsprechen wiederum der in den aggregierten Daten zum Ausdruck kommenden Relation.

9 Für die Tschechoslowakei lauteten die entsprechenden Pro-Kopf-Zahlen z. B. 116 kg bei Roheisen und 159 kg bei Stahl. (Neumann, Gerd, Zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen der RGW-Länder (1945 - 1948), Habil.-Schr. Hochschule für Ökonomie, Berlin-Karlshorst 1977, S. 127.)

Zwischen dem letzten "normalen" Vorkriegsjahr und dem Ende der Kampfhandlungen lagen in Deutschland fast ein Jahrzehnt (1936 bis 1945), in Ungarn immerhin sieben Jahre (1938 bis 1945). In dieser Periode dominierten Krieg und Zerstörung; an ihrem Ende stand in beiden Ländern der wirtschaftliche Zusammenbruch. Die Vorkriegs- und Kriegsjahre waren aber auch Jahre einer forcierten Aufrüstung und hektischen Umstrukturierung der Wirtschaft im Interesse der Kriegsproduktion. Barthel weist auf die unbedingte Notwendigkeit hin, beim Vergleich "die während des Krieges erreichten Veränderungen im Stand und in der Struktur der Produktivkräfte zu berücksichtigen" (S. 172). Folgen wir seinem Hinweis!

Tabelle 2

Entwicklung des Nationaleinkommens während des zweiten Weltkrieges

Kennziffer	1936	1939	1944	1944:1939
Territorium der heutigen DDR				
Nationaleinkommen	100	128,8	171,8	+ 33,4
Produktionsmittel	100	135,8	216,7	+ 59,6
Konsumtionsmittel	100	119,5	112,3	- 6,0

Kennziffer	1938/39 <sup>+</sup>	1943/44	1943/44:1938/39
Ungarn			
Nationaleinkommen	100	100	+ 0
Bergbau	100	176,4	+ 76,4
Fabrikindustrie	100	127,2	+ 27,2
Handwerk	100	95,5	- 4,5
Landwirtschaft	100	75,7	- 24,3

+ In Ungarn wurde bis 1948 mit einem Wirtschaftsjahr gerechnet, das vom 1. September bis zum 31. August des folgenden Jahres reichte.

Quellen:

Berechnet nach dem hier rezensierten Buch von Barthel (S. 32) sowie nach Berend, Iván T., Újépités és a nagytöke elleni harc Magyarországon 1945 - 1948, Budapest 1962, S. 68.

Die Aufrüstungsphase (in Deutschland 1936 bis 1939, in Ungarn 1938 bis 1941) und die Kriegsphase (in Deutschland 1939 bis 1945, in Ungarn 1941 bis 1945) waren in beiden Ländern durch einen forcierten Ausbau der für die Gewährleistung der Kriegsproduktion wichtigen Wirtschaftszweige gekennzeichnet. Gleichzeitig wurde die Produktion in den konsumnahen Bereichen gedrosselt bzw. vernachlässigt. Der Strukturwandel, die Deformierung der Volkswirtschaft unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft, verlief also in beiden Ländern in gleicher Richtung. In Deutschland setzte diese Entwicklung bereits in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre ein (S. 29 ff.). In der ungarischen Industrie vollzogen sich die strukturellen Wandlungen bis 1941 noch verhältnismäßig langsam und waren in erster Linie durch die Anforderungen eines im März 1938 verkündeten fünfjährigen Investitionsprogramms - des sogenannten Milliarden-Pengö-Planes - bestimmt. In der Folgezeit übte das faschistische Deutschland immer mehr Druck auf die ungarische Kriegswirtschaft und auf die Forcierung des Rüstungstempos aus.<sup>10</sup> Die deutsche Regierung sah in dem ungarischen Ver-

10 Berend, Iván T./Ránki, György, Hungary, a. a. O., S. 174.



bündelten zunächst vor allem eine Quelle landwirtschaftlicher und industrieller Rohstoffe. In den Jahren 1941 und 1942 hatte Ungarn zwischen 50 und 100 Prozent seines Überschusses an landwirtschaftlichen Produkten<sup>11</sup> sowie fast 1 Million Tonnen Bauxit, das heißt 90 Prozent seiner Produktion, an Deutschland zu liefern. Die deutschen Faschisten setzten durch, daß Ungarn im Bauxitbergbau die Produktion auf 1,5 Millionen Tonnen 1943/44 und auf 2 Millionen Tonnen 1944/45 erhöhte. Ähnlich war die Situation bei Erdöl.<sup>12</sup>

In den letzten Jahren des zweiten Weltkrieges, als die Zentren der deutschen Rüstungsindustrie in zunehmendem Maße Ziel angloamerikanischer Luftangriffe waren, wurde für das faschistische Deutschland die eigentliche ungarische Rüstungsproduktion noch wichtiger. Bereits im Jahre 1942 gab es in Ungarn Werke, die mehr für die deutsche als für die ungarische Armee produzierten. Eines der größten Rüstungsprogramme war der Aufbau einer deutsch-ungarischen Flugzeugproduktion (von Messerschmitt). Gleichzeitig standen für die Entwicklung der Konsumgüterindustrie auch in Ungarn immer weniger Mittel zur Verfügung.<sup>13</sup>

Als Saldo des Produktionsanstiegs in der Abteilung I und der Produktionsrückgänge in der Abteilung II hielt sich das Nationaleinkommen Ungarns bis zum Beginn des letzten Kriegsjahres etwa auf dem Vorkriegsniveau. Die Entwicklung auf dem Gebiet der heutigen DDR während des Krieges unterschied sich insofern von der ungarischen, als die Entwicklung der rüstungsnahen Zweige (unter anderem durch Rohstoffimporte aus den besetzten und abhängigen Gebieten) so beschleunigt wurde, daß der Rückgang in der Konsumgüterindustrie überkompensiert werden konnte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Rüstungsproduktion auf dem Gebiet der heutigen DDR stärker als in anderen Teilen Deutschlands anstieg (S. 29 f.) - übrigens aus ähnlichen Gründen, aus denen auch die beschleunigte Aufrüstung in Ungarn erfolgte. Es ging um die Ausdehnung der Rohstoffbasis (Braunkohle für die Energieerzeugung) (S. 31) und die Errichtung von vermeintlich "bombensicheren" Industriestandorten im Herzen Deutschlands (S. 30).

### 1.3. Kriegszerstörungen

Seit 1944 führten verstärkte Luftangriffe der Anglo-Amerikaner und in den letzten Monaten des Krieges Bodenkämpfe und sinnlose Zerstörungen durch die sich zurückziehenden deutschen Truppen zunehmend zu Produktionsausfällen und schließlich zum Stillstand der Wirtschaft. Das galt für das Gebiet der heutigen DDR (S. 37 f.) ebenso wie für Ungarn. Die Industrie des Donaulandes war nach der Besetzung durch deutsche Truppen und der Errichtung des extremfaschistischen Regimes der Pfeilkreuzler 1944 in wachsendem Maße anglo-amerikanischen Bombenangriffen ausgesetzt. Vom Oktober 1944 bis zum März 1945 war Ungarn Schauplatz erbitterter Kampfhandlungen. Die faschistischen Armeen zerstörten auf ihrem Rückzug - in Anwendung der "Taktik der verbrannten Erde" - Kraftwerke und Bergwerkseinrichtungen, Brücken und Eisenbahnlinien. Die wertvollsten Maschinen sowie beträchtliche Mengen an Fahrzeugen und Vieh wurden nach Deutschland abtransportiert.<sup>14</sup> In Budapest, dem größten Industriezentrum Ungarns, richteten faschistische deutsche und ungarische Truppen in monatelangem sinnlosem Widerstand riesige Zerstörungen an.

Auf dem Gebiet der heutigen DDR verschärfen sich 1944 die Bombenangriffe (S. 38). Im April und Mai fanden in Zusammenhang mit der Schlacht um Berlin erbitterte Bodenkämpfe statt (S. 43). Die Auswirkungen der Geschehnisse des letzten Kriegsjahres auf die Wirtschaft waren in Ungarn und in Ostdeutschland verheerend.

11 Ebenda, S. 173.

12 Ebenda.

13 Ebenda, S. 174.

14 Ebenda, S. 180.

Tabelle 3

Durch den zweiten Weltkrieg verursachte Kapazitätsverluste  
(In %)

	DDR	Ungarn
Industrie	ca. 40	23,9
Transportmittel	ca. 60	65 (Lokomotiven) 71 (Eisenbahnwaggon)
Pferde	20	56
Rinder	24	44
Schweine	66	79
Schafe	58	80

Quellen:

Berechnet nach dem hier rezensierten Buch von Barthel (S. 44 f.) sowie nach Berend, Iván T., *Újjáépítés és nagyöke elleni harc Magyarországon 1945 - 1948*, Budapest 1962, S. 19; Berend, Iván T./Ránki, György, Hungary, New York 1974, S. 180.

Die Kriegszerstörungen in der ungarischen Industrie waren etwa nur halb so groß wie die auf dem Gebiet der heutigen DDR. Für die Einschätzung der Nachkriegsentwicklung bleibt aber zu berücksichtigen, daß sich die ungarische Industrie während des Krieges auch weniger ausgedehnt hatte. Unter Zugrundelegung des Jahres mit dem höchsten Produktionsausstoß während des Krieges betrug die unzerstörte Kapazität der ungarischen Industrie nach dem Kriege 105 Prozent<sup>15</sup>, die nach der Kapitulation auf dem Gebiet der heutigen DDR noch vorhandene Industriekapazität 86 Prozent des Vorkriegsstandes (berechnet nach S. 31 f).

Im Unterschied zur Industrie waren die Zerstörungen im Verkehrswesen - soweit aus Tabelle 3 ersichtlich - von annähernd gleichem Umfang. Die ungarischen Viehverluste übertrafen die Ostdeutschlands zum Teil beträchtlich. Die Verschiebungen im Zerstörungsgrad zwischen Industrie und Landwirtschaft (Viehwirtschaft) dürften erstens auf die länger andauernde Periode der Bodenkämpfe in Ungarn zurückzuführen sein, die, wie es auch Barthel für die Mark Brandenburg beschreibt, besonders die den Bombenangriffen weniger ausgesetzte Landwirtschaft traf (S. 43). Zweitens hängen die größeren Verluste an "beweglichem Inventar" mit dem Abtransport von Vieh und Eisenbahnmaterial in das "Reich" zusammen<sup>16</sup>. Dieses Moment spielte auch für die heutige DDR (zum Beispiel der Viehtransport nach Westdeutschland) eine vergleichsweise allerdings geringere Rolle (S. 47).

#### 1.4. Wiedergutmachtungsleistungen

Als eine historisch begründete Besonderheit der Nachkriegsentwicklung auf dem Gebiet der heutigen DDR werden von Barthel zweifellos mit Recht die Wiedergutmachtungsleistungen an die Sowjetunion und an Polen angesehen (S. 89 ff.). Das ist hinsichtlich des Umfangs und der Intensität ihrer Einwirkungen auf das Wirtschaftspotential Ostdeutschlands, das Barthel detailliert und eindrucksvoll beschreibt (S. 97 ff.), zweifellos richtig. Dabei wird allerdings von vielen Autoren übersehen, daß auch einige andere von faschistischen und profaschisti-

<sup>15</sup> Berechnet nach Berend, Iván T., *Újjáépítés ...*, a. a. O., S. 68; Berend, Iván T./Ránki, György, Hungary, a. a. O., S. 176.

<sup>16</sup> Berend, Iván T./Ránki, György, Hungary, a. a. O., S. 180.

schon Regimes beherrschte Länder Wiedergutmachungsleistungen aufzubringen hatten.<sup>17</sup> Dazu gehörte auch Ungarn. Die ungarischen Lieferungen an die UdSSR und ČSSR reichten zwar entsprechend der Hauptschuld, die der deutsche Faschismus an der Zerstörung der Sowjetunion und anderer Länder trug, nicht an die von der SBZ bereitzustellenden Mengen heran. Sie belasteten aber auch in Ungarn die Volkswirtschaft in den ersten Nachkriegsjahren beträchtlich. Im Wirtschaftsjahr 1946/47 beliefen sich diese Verpflichtungen auf 12 Prozent, 1947/48 noch auf 6,5 Prozent des ungarischen Nationaleinkommens.<sup>18</sup>

In Ungarn gingen unter anderem die deutschen Kapitalanteile industrieller Unternehmen in sowjetisches Eigentum über. Aus den betroffenen Firmen entstanden gemeinsame ungarisch-sowjetische Unternehmungen, vor allem zur Förderung und Verarbeitung von Bauxit und Erdöl.<sup>19</sup> Hinsichtlich der Übertragung der fortgeschrittenen sowjetischen Erfahrungen bei der Leitung der Industrie auf Ungarns Wirtschaft spielten sie eine ähnliche positive Rolle, wie sie Barthel für die Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) in der DDR darlegt (S. 101 ff.). Der Anteil der gemischten Betriebe an der ungarischen Industrieproduktion war allerdings beträchtlich geringer als der der SAG-Betriebe an der industriellen Bruttoproduktion Ostdeutschlands. Er betrug 1948 nur 3,7 Prozent<sup>20</sup> im Vergleich zu 22,9 Prozent 1949 in der DDR (S. 137).

### 1.5. Wiedereingangssetzung der Produktion

Am Ende des zweiten Weltkrieges herrschten in der Wirtschaft Deutschlands (S. 106) und Ungarns<sup>21</sup> chaotische Zustände. Von den inneren Kräften besaßen nur die kommunistischen Parteien ein klares Programm des Wiederaufbaus. Sie konnten sich bei der Verwirklichung ihrer Zielstellungen auf die Gewerkschaften stützen, in denen sich rasch die Masse der Werktätigen zusammenschloß. Die aufbauwilligen Kräfte wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht unterstützt.<sup>22</sup> Die erste Aufgabe des Wiederaufbaus war in beiden Ländern die Überwindung der wirtschaftlichen Lähmung. Das geschah im Sommer und Herbst 1945. Vor allem galt es, die Kohleversorgung - in beiden Ländern war Kohle der Hauptenergieträger - durch Wiederaufnahme der Kohleförderung und -verarbeitung zu sichern.

Das Tempo der Wiedereingangssetzung der Kohleproduktion übertraf in beiden Ländern das anderer Zweige bei weitem (S. 171). Im Dezember 1945 wurden in Sachsen-Anhalt zirka 75 bis 80 Prozent des Vorkriegsstandes wieder erreicht (S. 112), in Ungarn 57 Prozent.<sup>23</sup> Daraus darf nicht geschlossen werden, daß die DDR die Wirtschaft generell schneller wiederherstellen konnte als Ungarn. Die Unterschiede bei der Erreichung des Vorkriegsstandes der Industrieproduktion beider Länder waren zunächst noch gering. Das war insofern erstaunlich, als Barthel gerade für das Gebiet der heutigen DDR besondere Schwierig-

17 Vgl. dazu Roesler, Jörg, Der Beitrag der Betriebe sowjetischen bzw. gemischten Eigentums bei der Herausbildung und Festigung der sozialistischen Planwirtschaft in der volksdemokratischen Revolution, in: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und der revolutionäre Weltprozeß, Bd. 2, Berlin 1978, S. 522 ff.

18 Berend, Iván T./Ránki, György, Hungary, a. a. O., S. 191.

19 Dieselben, Economic development in East-Central Europe in the 19th and 20th Century, New York 1964, S. 358.

20 Ránki, György, Magyarország ..., a. a. O., S. 110.

21 Ebenda, S. 181.

22 Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abriß, Berlin 1978, S. 81 ff.; Berend, Iván T./Ránki, György, Hungary, a. a. O., S. 184.

23 Berend, Iván T., Újjáépítés ..., a. a. O., S. 42.

keiten anführte, die Lähmung der Wirtschaft zu überwinden, da "die Ingangsetzung der Produktion in der sowjetisch besetzten Zone oft nicht nur von der eigenen Initiative abhängig war, sondern auch von den Liefermöglichkeiten und der Lieferbereitschaft aus den westlichen Zonen" (S. 108). Erst im Jahre 1947 erfolgte die Wiederherstellung der Industrie in Ungarn tatsächlich in weitaus höherem Tempo als in der SBZ.

Tabelle 4

Industrieproduktion 1946/47 im Vergleich zur Vorkriegszeit  
(Vorkriegsstand = 100)

	SBZ	Ungarn
Beschäftigte		96,2 (1946)
	85,6 (1947)	113,1 (1947)
Produktion	42 (1946)	36 (1946)
	54 (1947)	75 (1947)

Quellen:

Berechnet nach dem hier rezensierten Buch von Barthel (S. 180) sowie nach Berend, Iván T./Ránki, György, Hungary, New York 1974, S. 194; Ránki, György, Magyarország gazdasága az első 3 éves terv időszakában (1947 - 1949), Budapest 1963, S. 325.

Bei der Wiedereingangssetzung der Produktion hatten die Arbeiter Ostdeutschlands und Ungarns die Betriebe faktisch in Besitz genommen. Durch Betriebsräte bzw. Betriebsgewerkschaftsleitungen (DDR) und Betriebskommissionen (Ungarn) nahm die Arbeiterklasse unmittelbar ihre Interessen in der Produktion wahr - in den nationalisierten wie in den Privatbetrieben. Die endgültige Entmachtung des Großkapitals vollzog sich in einem längeren Prozeß. Zentrale Wirtschaftsleitungen, wie die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) in der SBZ (seit Mitte 1947) und der Oberste Wirtschaftsrat in Ungarn (seit Ende 1945), in denen die Kommunisten die Führung innehatten, steuerten diesen Prozeß, der in beiden Ländern 1948 einen gewissen Abschluß fand.<sup>24</sup>

Tabelle 5

Eigentumsstruktur der Industrie 1948 (in %)

SBZ		Ungarn	
Volkseigene und genossenschaftliche Betriebe	39,0	Staatseigene Betriebe	72,5
		Genossenschaftliche Betriebe	1,2
		Kommunale Betriebe	4,3
Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG)	22,0	Ungarisch-sowjetische Betriebe	3,7
VEB und SAG	61,0	Gesellschaftlicher Sektor	81,7
		Privatbetriebe	
		über 100 Beschäftigte	5,6
		unter 100 Beschäftigte	12,7
Privatbetriebe	39,0	Privater Sektor	18,3
Insgesamt	100,0	Insgesamt	100,0

Quellen:

Krause, Werner, Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR, Berlin 1958, Tabelle gegenüber S. 108; Ránki, György, Magyarország gazdasága az első 3 éves terv időszakában (1947 - 1949), Budapest 1963, S. 110.

<sup>24</sup> Geschichte der SED, a. a. O., S. 177; Berend, Iván T./Ránki, György, Zur Geschichte der Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft in Ungarn, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965, T. 2, S. 131.

Das neue Eigentum setzte Reserven frei, förderte die Initiative der Arbeiter und schuf somit günstige Bedingungen für die Wiedererreichung des Vorkriegsstandes in der Produktion (S. 135).<sup>25</sup> Ähnlich positiv wirkten sich die 1945 im Frühjahr in Ungarn<sup>26</sup> bzw. im Herbst in Ostdeutschland unter Führung der Arbeiterklasse durchgeführten Bodenreformen auf die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion aus.

Tabelle 6

Ernteerträge 1946 im Vergleich zur Vorkriegszeit  
(Vorkriegsstand = 100)

Landwirtschaftliches Produkt	SBZ		Ungarn <sup>+++</sup>	
	Gesamt-ertrag <sup>+</sup>	Ertrag je Flächen-einheit <sup>++</sup>	Gesamt-ertrag	Ertrag je Flächen-einheit
Weizen	50	57	49	69
Roggen	55	55	61	82
Gerste	59	57	70	68
Kartoffeln	68	70	49	55
Zuckerrüben	73	68	50	43
Mais			54	55

+ 1936 = 100.

++ 1934/38 = 100.

+++ 1936/40 = 100.

Quellen:

Berechnet nach dem hier rezensierten Buch von Barthel (S. 50, 164) sowie nach Berend, Iván T., *Újjáépítés és a nagytóke elleni harc Magyarországon 1945 - 1948*, Budapest 1962, S. 270.

Das Ertragsniveau in der Pflanzenproduktion war 1946 - gemessen am Vorkriegsstand - in beiden Ländern höher als in der Industrie; hauptsächlich wohl, weil die landwirtschaftliche Produktion 1945 nicht so sehr zurückgegangen war wie die industrielle. Die Erntemengen und Flächenerträge schwankten in Ungarn und der SBZ zwischen einem Drittel und der Hälfte des Vorkriegsstandes. Beide Kennziffern waren in der SBZ bei Hackfrüchten günstiger als bei Getreide. In Ungarn war die Ertragslage gerade umgekehrt. Hinsichtlich der Ernährungslage ist allerdings zu bemerken, daß zum Beispiel Kartoffeln in Ungarn eine wesentlich geringere Rolle spielen als in der DDR. Einen gravierenden Unterschied bezüglich der Wiedererreichung des Vorkriegsstandes wiesen beide Länder ungeachtet der etwas besseren Situation in Ungarn nicht auf.

Die Verringerung der Flächenerträge in beiden Ländern um ein Drittel bis fast auf die Hälfte war unter anderem auf die im Vergleich zur Vorkriegszeit stark reduzierte Versorgung mit Düngemitteln zurückzuführen.

25 Berend, Iván T./Ránki, György, Hungary, a. a. O., S. 189.

26 Ebenda, S. 185.



Tabelle 7

Die Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln nach dem Kriege im Vergleich zur Vorkriegszeit  
(Vorkriegsstand = 100)

Dünger	SBZ (1945/46) <sup>+</sup>	Ungarn (1945/49) <sup>++</sup>
Stickstoff	25,4	173,7
Phosphor	6,1	66,2
Kali	141,9	100,0
Kalk	9,1	.

+ 1937/38 = 100.

++ 1931/40 = 100.

Quellen:

Berechnet nach dem hier rezensierten Buch von Barthel (S. 49) sowie nach Ránki, György, Magyarország gazdasága az első 3 éves terv időszakában (1947 - 1949), Budapest 1963, S. 216.

Deutliche Unterschiede zwischen der DDR und Ungarn ergeben sich bei der Betrachtung der Entwicklung des Viehbestandes.

Tabelle 8

Viehbestände 1946 im Vergleich zur Vorkriegszeit<sup>+</sup>  
(Vorkriegsstand = 100)

	SBZ	Ungarn
Pferde	80	49
Rinder	76	65
Schweine	36	28
Schafe	42	24

+ Vorkriegsstand = 1938

Quellen:

Berechnet nach dem hier rezensierten Buch von Barthel (S. 171, 180) sowie nach Berend, Iván T./Ránki, György, Hungary, New York 1974, S. 194; Ránki, György, Magyarország gazdasága az első 3 éves terv időszakában (1947 - 1949), Budapest 1963, S. 325.

Die Folgen der Dezimierung der ungarischen Viehherden durch die länger andauernden Kampfhandlungen und vor allem durch den Abtransport von Vieh aus Ungarn nach Deutschland werden in diesen Zahlen sichtbar.

### 1.6. Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft bis zum Ende der Wiederherstellungsperiode

Bezogen auf den jeweiligen Vorkriegsstand, lag Ungarns Industrie noch 1946 etwas hinter der der SBZ zurück. Bereits im Jahre 1947 kehrte sich das Verhältnis um. Ungarn ging in jenem Jahr eindeutig in Führung und baute diesen Vorsprung während der Laufzeit des (verkürzten) Dreijahresplanes zur Wiederherstellung der Volkswirtschaft (August 1947 bis Ende 1949) weiter aus. Der Vorkriegsstand wurde 1948 etwas, 1949 bereits beträchtlich überschritten.

Tabelle 9

Die Entwicklung der Industrieproduktion bis 1949/50  
(Vorkriegsstand = 100)

Jahr	DDR	Ungarn	
		nach Kalenderjahren	nach Wirtschaftsjahren <sup>+</sup>
1945	.	20 - 25	
1946	42,61	36	1946/47 58
1947	53,7	75	1947/48 98
1948	71,4	102	Aug.-Dez. 1948 116 <sup>++</sup>
1949	87,2	155	
1950	110,6	.	

+ Ab 1949 erfolgten die statistischen Berechnungen in Ungarn nicht mehr nach Wirtschaftsjahren (1. September bis 31. August des Folgejahres), sondern nach Kalenderjahren.  
++ Ungerechnet auf die Produktion eines Jahres.

#### Quellen:

Nach dem hier rezensierten Buch von Barthel (S. 121, 171) sowie nach Berend, Iván T. / Ránki, György, Hungary, New York 1974, S. 194; Ránki, György, Magyarország gazdasága az első 3 éves terv időszakában (1947 - 1949), Budapest 1963, S. 325.

Den Wiederaufbau in der SBZ warf vor allem das geringe industrielle Wachstum im Jahre 1947 zurück. Die Industrieproduktion stieg gegenüber dem Vorjahr zwar um 28 Prozent, diejenige Ungarns jedoch verdoppelte sich.

Da die für diese Entwicklung in der heutigen DDR stets an erster Stelle genannten Ursachen - der außerordentlich harte Winter 1946/47 und die Dürre 1947 - auch an Ungarns Wirtschaft nicht spurlos vorübergingen, müssen die Hauptgründe des relativen Zurückbleibens auf anderem Gebiet gelegen haben. Einen wichtigen Hinweis gibt Barthel. Er schreibt: "Nach der Wiedereingangssetzung der wichtigsten Betriebe ... wuchsen mit der Erhöhung der Industrieproduktion zugleich enorm die Schwierigkeiten ... Die noch aus der faschistischen Rüstungswirtschaft stammenden, gemessen an der erreichten Industrieproduktion, zum Teil erheblichen Rohstoffreserven gingen zur Neige. Obgleich durch eine strenge Bewirtschaftung - unabhängig von der Eigentumsform der Betriebe - die Rohstoffe nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten verteilt wurden, entstanden bereits in dieser Zeit erhebliche Engpässe bei wichtigen Materialien (S. 121). Die Entwicklung der einzelnen Industriezweige im Jahre 1947 analysierend, stößt der Autor immer wieder auf die Rohstoffschränke; so für die metallverarbeitende Industrie (S. 155) und für die Textilindustrie (S. 156). Demnach brachten die fehlenden Rohstoffe die Produktion ins Stocken. Sicherlich war Rohstoffmangel ein generelles Problem im Nachkriegseuropa. Warum wirkte es sich aber in der SBZ stärker aus als zum Beispiel in Ungarn?"

Da auch Ungarn ein rohstoffarmes Land ist und man davon ausgehen kann, daß die Materialvorräte aus der Zeit der Kriegswirtschaft 1947 dort ebenfalls verbraucht waren, könnte die entsprechend den höheren ungarischen Wachstumsraten vermutete bessere Rohstoffversorgung des Landes nur Ergebnis des Imports industrieller Rohstoffe im Austausch für andere Wirtschaftsprodukte, also eines größeren Außenhandels, gewesen sein. Ein Vergleich der Entwicklung des Außenhandelsvolumens vor und nach dem Kriege bestätigt diese Vermutung. In der DDR lag der Außenhandelsumsatz noch 1950 bei einem Drittel des Vorkriegsstandes (S. 87). Ungarns Außenhandel erreichte bereits 1947 37,5 Prozent. Bedeutend rascher als

der Gesamtumsatz hatte sich die Einfuhr erhöht, die 1947 schon 51,7 Prozent des Standes von 1938 ausmachte.<sup>27</sup>

Im Falle der DDR ging es aber nicht nur um eine verringerte Rohstoffzufuhr aus dem Ausland. Barthel schreibt: "In zunehmendem Maße hing die Steigerung der Produktion von Zulieferungen aus den Westzonen ab, die aus politischen und ökonomischen Gründen diskontinuierlich erfolgten" (S. 121). Im Ergebnis wurden 1948 - gemessen an der "Einfuhr" 1936 - zum Beispiel nur noch 26 Prozent der Bergbauerzeugnisse, 7 Prozent des Eisens und des Stahls, 3 Prozent der Werkzeugmaschinen und 2 Prozent der keramischen Erzeugnisse aus Westdeutschland in die DDR eingeführt (S. 81). Das Tempo der Wiederherstellung war in den einzelnen Industriezweigen unterschiedlich. Das galt sowohl für Ungarn<sup>28</sup> als auch für die DDR (S. 153 ff.). Interessant ist, welche Industriezweige den Vorrang hatten und welche zurückblieben.

Sofort fällt auf, daß die von Barthel konstatierte "außerordentlich sprunghafte und dennoch kontinuierliche Entwicklung" (S. 153) kein Privileg der DDR war. Das ist insofern bemerkenswert, als der Autor die "Sprünge" - was die DDR betrifft - sehr stark von der Belieferung mit Rohstoffen und Komplettierungsteilen abhängig macht (S. 155 ff.). In Ungarn war die Situation - trotz der auch dort zu verzeichnenden Rohstoffknappheit<sup>29</sup> - günstiger. Ungachtet dessen wechselte der Rang, den die einzelnen Industriezweige einnahmen, recht häufig und teilweise ziemlich abrupt.

In dieser scheinbar willkürlichen Entwicklung, auf die - darauf weist auch Barthel hin (S. 134 ff.) - die Partei der Arbeiterklasse in zunehmendem Maße durch Quartals- und Halbjahrespläne und schließlich durch einen Zwei- bzw. Dreijahrplan Einfluß gewann, lassen sich einige für beide Länder charakteristische Entwicklungstendenzen erkennen (Tab. 10):

1. Entscheidende Bereiche der Grundstoffindustrie (Bergbau, Metallurgie, Energieerzeugung) wurden vorrangig wiederhergestellt, fielen allerdings später in der Regel deutlich zurück. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildete die von Anfang an ungünstige Position der Metallurgie in der DDR. Die Chemieindustrie nahm dagegen in beiden Ländern im Tempo der Wiederherstellung recht kontinuierlich einen vorderen Rang ein.
2. Die unter Nr. 6 bis 8 aufgeführten Zweige der metallverarbeitenden Industrie lagen zunächst im Mittel- oder Hinterfeld, konnten ihre Position später aber beachtlich verbessern
3. Die unter Nr. 9 bis 14 aufgeführten Zweige der Leichtindustrie nahmen in Ungarn von vornherein hintere Ränge ein. In der DDR verfügten sie über mittlere Positionen, die sie später aber auch größtenteils einbüßten. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildete in der DDR die Produktion von Holzzeugnissen, die im Tempo der Wiederherstellung des Vorkriegsstandes zu den führenden Zweigen gehörte.
4. Die Lebensmittelindustrie lag sowohl in der DDR als auch in Ungarn anfangs noch im hinteren Mittelfeld und verlor in der Folgezeit weiter an Boden. Barthel nennt für die Rangfolge der Industriezweige in der DDR zwei Faktoren: die Rohstofflage (S. 154 f.) und die Erweiterung der Produktionskapazitäten, die während des Krieges erfolgt war (S. 155). Damit hat er zweifellos - nicht nur für die DDR - recht: Die großen Viehverluste in Ungarn am Kriegsende zum Beispiel hemmten die Entwicklung der ungarischen Lederindustrie. Im Jahre 1949 war dieser Zweig der einzige der ungarischen Industrie, der das Vorkriegsniveau noch nicht wieder überschritten hatte. Der starke Ausbau der ungarischen Elektroenergie-

<sup>27</sup> Berend, Iván T., Újáépités ..., a. a. O., S. 28.

<sup>28</sup> Vgl. Berend, Iván T./Ránki, György, Hungary, a. a. O., S. 195.

<sup>29</sup> Vgl. Ebenda, S. 193 f.

Tabelle 10

Rangfolgen des Wachstumstempos der Industriezweige bzw. Erzeugnisgruppen in der Wiederherstellungsperiode und gemessen am Vorkriegsstand

Lfd. Nr.	Erzeugnisgruppe	1946	1947	1948	1949	1950	Wachstum 1950 : 1936
<u>DDR</u> (15 Erzeugnisgruppen)							
1	Bergbau <sup>+</sup>	3	2	4	4	6	146
2	Energie	1	4	1	3	4	157
3	Metallurgie	13	14	15	15	15	62
4	Chemie	4	1	3	1	2	178
5	Baumaterialien	10	12	10	11	12	87
6	Maschinenbau	12	9	13	7	7	109
7	Elektrotechnik	9	5	6	5	5	156
8	Feinmechanik/Optik	8	6	5	6	1	179
9	Holz- und Kulturwaren	1	3	2	2	3	174
10	Textilien	7	11	8	9	8	98
11	Konfektion u. Naherzeugnisse	5	7	11	13	9	98
12	Leder, Schuhe, Rauchwaren	6	8	12	14	10	96
13	Zellstoff, Papier, Papierzeug- nisse	11	15	9	10	11	88
14	Polygraphische Erzeugnisse	11	13	7	8	13	84
15	Lebensmittel	8	12	14	12	14	79

Lfd. Nr.	Industriezweig	1946	1947	1948	1949	Wachstum 1949 : 1938
<u>Ungarn</u> (18 Industriezweige)						
1	Bergbau	2	3	5	9	140
2	Elektroenergie	1	2	2	2	212
3	Metallurgie	5	8	6	10	137
4a	Chemische Industrie	4	4	7	4	176
4b	Gummiindustrie	17	5	4	5	163
5	Baumaterialienindustrie	10	13	10	15	126
6a	Eisen- und Metallwaren	8	6	8	7	146
6b	Maschinenbau	6	7	3	3	194
7a	Starkstromtechnik	3	1	1	1	320
7b	Schwachstromtechnik	7	11	11	11	137
8	Feinmechanik	13	9	9	6	149
9	Holzindustrie	14	16	14	16	115
10	Textilindustrie	16	15	15	17	111
11	Konfektion	15	10	13	8	146
12	Lederindustrie	18	17	18	18	88
13	Papierindustrie	12	18	17	12	135
14	Polygraphische Industrie	9	12	16	13	134
15	Lebensmittelindustrie	11	14	12	14	132

+ Ohne SAG Wismut.

#### Quellen:

Berechnet nach dem hier rezensierten Buch von Barthel (S. 154 f.) sowie nach Ranki, Gyorgy, Magyarország gazdasága az elso 3 eves terv idozakában (1947 - 1949), Budapest 1963, S. 328.

erzeugung und des Bergbaus während des Krieges<sup>30</sup> schuf diesen Zweige günstige Ausgangspositionen für die Nachkriegsentwicklung. Das Wachstum der Lebensmittelindustrie wurde in Ungarn wie in der DDR durch das - im Vergleich zur Industrie - langsamere Erholen der Landwirtschaft von den Kriegsfolgen gebremst.

Jedoch müßte zu den von Barthel angegebenen zwei Faktoren noch ein dritter angeführt werden: der spezifische Bedarf in der Wiederherstellungsperiode. Erst mit Hilfe dieses dritten Faktors läßt sich erklären, warum die Baumaterialienindustrie, die weniger als andere Zweige unter Rohstoffmangel litt, im Prozeß der Wiederherstellung der Volkswirtschaft in beiden Ländern relativ schlecht abschnitt: Für die Nachkriegszeit war generell eine im Vergleich zu den Vorkriegsjahren und Kriegsjahren geringere Investitionstätigkeit charakteristisch, in der zudem noch die Wiederherstellung von Ausrüstungen gegenüber der von Gebäuden den Vorrang hatte. Ein gegenüber den Vorkriegsjahren verminderter Bedarf erklärt auch die wenig günstige Position der polygraphischen Industrie. Die Bedingungen für die Wiedererreichung des Vorkriegsstandes in der Landwirtschaft waren noch 1946 sowohl in Ungarn als auch in der heutigen DDR günstiger als in der Industrie. Dabei zeigt Tabelle 11, daß Ungarn bei der Wiedererreichung des Vorkriegsstandes von Anfang an etwas raschere Fortschritte machte.

Tabelle 11

Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion bis 1949/50 im Vergleich zur Vorkriegszeit (Vorkriegsstand = 100)

Jahr	Gebiet der heutigen DDR	Wirtschaftsjahr	Ungarn
1936	100	1934/38	100
1946	50	1946/47	60
1947	46	1947/48	64
1948	55	1948/49	98
1949	65	1949/50	94
1950	85		

Quelle:

Nach dem hier rezensierten Buch von Barthel (S. 163, 172).

Der Abstand zwischen Ungarn und der SBZ vergrößerte sich im Dürrejahr 1947, das sich auf die ostdeutsche Landwirtschaft gravierender auswirkte. Ungarns Vorsprung wuchs im folgenden Jahr weiter an, so daß 1948/49, als Ungarn den Vorkriegsstand fast erreicht hatte, in der DDR die landwirtschaftliche Produktion noch um ein Drittel darunter lag. Das Jahr 1950 brachte erstmals ein rasches Ansteigen der landwirtschaftlichen Produktion in der DDR. Ungarns Agrarproduktion ging dagegen 1949/50 leicht zurück. Dadurch kam es zu einer erneuten Annäherung des Niveaus beider Länder im Tempo der Wiedererreichung des Vorkriegsniveaus in der Landwirtschaft.

Für Ungarn und die DDR galt, daß sich der anfängliche Vorsprung der Landwirtschaft gegenüber der Industrie in einen von Jahr zu Jahr deutlicher werdenden Rückstand verwandelte. Dadurch traten bemerkenswerte Verschiebungen in den volkswirtschaftlichen Proportionen zugunsten der Industrie ein.

30 Vgl. Berend, Iván T., Újáépítés ..., a. a. O., S. 68.



Bezüglich der DDR heißt es bei Barthel über den Zusammenhang zwischen Produktionsniveau und Lebensstandard: "Für die Entwicklung des Lebensstandards der Bevölkerung in den ersten Nachkriegsjahren (1945 - 1949/50) war das eigene Aufkommen von ausschlaggebender Bedeutung. Der Außenhandel konnte in jener Zeit noch nicht wesentlich und unmittelbar zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung beitragen" (S. 161). Das galt im wesentlichen auch für Ungarn.<sup>31</sup>

Die schon in der Vorkriegszeit höhere Pro-Kopf-Produktion Ungarns an Getreide<sup>32</sup>, das - bezogen auf den Vorkriegsstand - bereits im ersten Nachkriegsjahr höhere Niveau der landwirtschaftlichen Produktion, vor allem aber eine andere demographische Situation - Ungarns Bevölkerung hatte sich gegenüber 1938 um 2,6 Prozent vermindert, die Ostdeutschlands hatte sich dagegen durch den Zustrom von Umsiedlern um 9 Prozent vermehrt<sup>33</sup> ließen in Ungarn eine bessere Versorgung mit Grundnahrungsmitteln zu. In der Tabelle 12 wird die städtische Bevölkerung Ungarns mit dem Land innerhalb der heutigen DDR verglichen, das den höchsten Anteil an städtischer Bevölkerung aufwies.

Tabelle 12

Lebensmittelversorgung (Kaloriengehalt der pro Person verfügbaren Nahrungsmittel) vor dem Kriege und in der Nachkriegszeit (Vorkriegsstand = 100)

Sachsen		Ungarn (nicht in der Landwirtschaft Beschäftigte)	
1934/38	100	1938/39	100
1946	39,0	1945/46	64,4
1947	41,5	1946/47	72,9
1948	54,1	1947/48	76,3

## Quellen:

Berechnet nach dem hier rezensierten Buch von Barthel (S. 165) sowie nach Ránki, György, Magyarország gazdasága az első 3 éves terv időszakában (1947 - 1949), Budapest 1963, S. 363.

Besser als in der DDR war in Ungarn nicht nur der Umfang, sondern auch die Zusammensetzung der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel (verglichen mit dem Vorkriegsstand). Barthel schreibt über die DDR; "Noch im Jahre 1950, als bereits eine erhebliche Verbesserung in der Versorgung mit Fleisch und Fetten erreicht werden konnte, trug die Ernährung einen ausgesprochen vegetarischen Charakter. Während bei pflanzlichen Erzeugnissen 1950 im wesentlichen der Verbrauch von 1934/38 erreicht wurde oder übertroffen werden konnte, betrug der Verbrauch bei tierischen Erzeugnissen im wesentlichen nur die Hälfte oder noch weniger" (S. 165 ff.). Diese Situation, bereits unmittelbar nach dem Kriege gegeben, hatte sich durch die geringe Kartoffelernte 1947, die sich negativ auf das Fleischaufkommen der

31 Ebenda, S. 195 f.

32 Vgl. Tabelle 1 dieser Arbeit.

33 Berechnet nach Vilaggazdasági Idősorok 1860 - 1960 (Lange Reihen zur Weltwirtschaft 1860 - 1960), Budapest 1965, S. 20; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, Berlin 1956, S. 8.

Jahre 1948 und 1949 auswirkte, noch verschärft (S. 164). In Ungarn war die Lage nur 1945/46 ähnlich. In den folgenden Jahren näherte sich die Versorgung mit tierischen und pflanzlichen Erzeugnissen (gemessen am Vorkriegsstand) in den beiden Ländern weitgehend aneinander an.<sup>34</sup>

Allein schon im Ergebnis der besseren Versorgungsbedingungen mußte die Reallohnentwicklung in Ungarn günstiger ausfallen als in der DDR. Betrug 1950 der Reallohn in der Deutschen Demokratischen Republik mit 73,1 Prozent (S. 162) noch beträchtlich weniger als vor dem Kriege, so überschritten in Ungarn die Reallöhne für Industriearbeiter bereits 1948 das Vorkriegsniveau.<sup>35</sup>

## 1.8. Beschäftigtenstruktur

Die während des Krieges und nach dem Kriege vollzogenen Veränderungen in der Produktion wirkten sich auch auf die Beschäftigtenstruktur aus. Da es sich um eine Wiederherstellungsperiode handelte, wurden keine prinzipiell neuen Proportionen in der materiellen Produktion geschaffen, und auch die Beschäftigtenstruktur mußte im großen und ganzen stabil bleiben. Tabelle 13 bestätigt das. Über die für beide Länder konstatierten Verschiebungen der Proportionen innerhalb der Industrie (vgl. Tabelle 10 der vorliegenden Arbeit) kann Tabelle 13 allerdings keine Auskunft geben.

Tabelle 13

Beschäftigtenstruktur 1949 im Vergleich zur Vorkriegszeit  
(Anteil in %)

Wirtschaftszweig	Territorium der heutigen DDR		Ungarn	
	1939	1949	1930	1949
Land- u. Forstwirtschaft	22	25	50,8	49,8
Industrie u. Handwerk	48	46	23,1	23,6
Handel u. Verkehr	17	13	8,4	8,1
Sonstige Bereiche (öffentliche u. häusliche Dienste usw.)	13	16	17,7	18,5

Quellen:  
Berechnet nach dem hier rezensierten Buch von Barthel (S. 67) sowie nach Ránki, György, *Magyarország gazdasága az első 3 éves terv időszakában (1947 - 1949)*, Budapest 1963, S. 371.

Die Stabilität der Grundstrukturen war in Ungarn größer als in der DDR. Das rührt möglicherweise daher, daß in der Deutschen Demokratischen Republik die Wiederherstellungsperiode 1949 im Unterschied zu Ungarn noch nicht abgeschlossen war. Der Trend der Nachkriegsjahre ließ jedenfalls für 1950 ein Absinken der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten und eine Zunahme der in der Industrie und im Handwerk Tätigen, mithin eine weitere Annäherung an das Vorkriegsniveau, erwarten (S. 67). So bleibt der Rückgang der

<sup>34</sup> Berend, Iván T., *Újépités ...*, a. a. O., S. 363.

<sup>35</sup> Roesler, Jörg, *Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus*, Berlin 1978, S. 19.

im Handel und Verkehr Beschäftigten und die Zunahme der "öffentlichen Dienste", die den Rückgang der "häuslichen Dienste" und anderer Beschäftigtenkategorien überkompensierte, bemerkenswert (S. 67). Diese Tendenz, die wir auch für Ungarn zu verzeichnen haben, war von Dauer und hing mit den sozialökonomischen Umgestaltungen zusammen.

## 1.9. Der Reproduktionstyp

### 1.9.1. Einfache oder erweiterte Reproduktion?

Für die Wiederherstellungsperiode in der DDR macht Barthel auf folgendes Phänomen aufmerksam: Es "war ... eine solche Situation entstanden, daß im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft im Sinne der objektiv notwendigen Verteilung des Nationaleinkommens mehr verbraucht wurde, als jährlich erzeugt wurde; es trat ein Substanzverlust, ein Verlust an Nationalreichtum ein. Dieser Substanzverlust läßt sich ökonomisch folgendermaßen erklären: Im Produktionsprozeß wird der Wert der verbrauchten Produktionsmittel anteilmäßig auf das Produkt übertragen und in der Höhe der Abschreibungen als Amortisationen angesammelt, bis der Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel erfolgt. Geschieht nun dieser Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel nicht oder nicht in ausreichender Weise, so entsteht nicht nur keine Akkumulation, sondern die einfache Reproduktion ist nicht gewährleistet. Der Substanzverlust tritt materiell dinglich in Form des Verschleißes von Produktionsmitteln auf, die nicht ersetzt werden, oder auch in einer Verringerung der Bestände" (S. 142 f.). Für die Jahre 1947 und 1948 macht Barthel über diesen Substanzverlust folgende Angaben:

Tabelle 14

Übersicht über Erzeugung und Verbrauch in der heutigen DDR  
1947 und 1948  
(in Milliarden Mark)

	1947	1948
Gesamte Erzeugung	13,08	17,25
Gesamter Verbrauch	14,12	18,35
Mehrverbrauch	1,04	1,10

Quelle:

Nach dem hier besprochenen Buch von Barthel (S. 143).

Der Autor bezieht sich dann im weiteren auf Jürgen Kuczynski, der die Brutto- und die Nettoinvestitionen (= Bruttoinvestitionen abzüglich Demontagen und Abschreibungen) gegenüberstellt. Ist die Investitionssumme kleiner als die Abschreibungssumme, bezeichnet Kuczynski das Ergebnis als "Dekumulation oder sogenannte negative Akkumulation. Er weist sie nach auf der Basis von Untersuchungen in den westlichen Besatzungszonen in den ersten Nachkriegsjahren. Methodisch vergleicht Kuczynski die Brutto- und Nettoinvestitionen. Bruttoinvestitionen abzüglich Demontagen und Abschreibungen ergeben einen negativen Saldo" (S. 143). Die Dekumulation gehört zu jenen Folgen faschistischer Kriegswirtschaft, die noch längere Zeit in den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung hineinwirkten. Dekumulation hat es nach Barthel in der DDR während der gesamten Wiederherstellungsperiode gegeben. Selbst für 1950 war sie im produktiven Bereich noch nachweisbar (S. 143).

War die Dekumulation eine Besonderheit der Wiederherstellungsperiode in der Deutschen Demokratischen Republik als einem von Krieg, Zerstörung und Wiedergutmachungsleistungen besonders betroffenen Land?

Nach Berend und Ránki beliefen sich im Wirtschaftsjahr 1946/47 die Nettoinvestitionen Ungarns erst auf 3,7 Prozent des Nationaleinkommens, 1947/48 waren es 9,4 Prozent.<sup>36</sup> Laut UNO-Statistik überstiegen die Bruttoinvestitionen in Ungarn erst 1948 die Summe der Abschreibungen.<sup>37</sup> Daraus läßt sich mit einiger Sicherheit schließen, daß in den unmittelbaren Nachkriegsjahren auch in Ungarn Dekumulation auftrat. In beiden Ländern konnte also zunächst keine erweiterte Reproduktion gesichert werden. Im Unterschied zur DDR, wo diese Situation bis zum Ende der vierziger Jahre andauerte, wurde jedoch in Ungarn bereits 1947 oder spätestens 1948 die erweiterte Reproduktion wieder möglich. Das war ein Grund für das wesentlich schnellere Tempo der Wiederherstellung des Vorkriegsstandes in der ungarischen Wirtschaft seit dieser Zeit.

### 1.9.2. Intensives oder extensives Wachstum?

Barthel bezeichnet die Phase des Wiederaufbaus "als extensiv erweiterte Reproduktion" (S. 150). Als wesentlichstes Kriterium der extensiven Entwicklung nennt er das Zurückbleiben der Arbeitsproduktivität gegenüber der Produktion bei der Erreichung des Vorkriegsstandes (S. 153). Dazu führt er an: "So war in den Zweigen, die sich bis 1948 durch einen hohen Anteil in der Erreichung des Vorkriegsstandes und durch ein überdurchschnittliches Wachstumstempo auszeichneten, im Vergleich zu 1936 ein größerer Anteil von Arbeitskräften beschäftigt. Es waren zusätzlich Arbeitskräfte eingestellt worden" (S. 153). In diesem Zusammenhang konstatiert der Autor auch "die Konservierung der alten Technik und Technologie" (S. 150). Er räumt allerdings auch ein: "Es wurde nicht lediglich Zerstücktes ersetzt, sondern durch die Verteilung und Umverteilung des Nationaleinkommens erfolgte ein planmäßiger, schwerpunktorientierter Wiederaufbau, bei dem Elemente des Wiederaufbaus mit Elementen des Neuaufbaus eng verschmolzen waren" (S. 148).

Obwohl am Beispiel der DDR behandelt, sind Barthels Ausführungen zum Charakter des Reproduktionsprozesses doch recht generalisierend gehalten. Treffen sie auch auf Ungarn zu?

#### Tabelle 15

Entwicklung der Produktion, der Beschäftigtenzahl und der Arbeitsproduktivität in der ungarischen Industrie in der Nachkriegszeit im Vergleich zum Vorkriegsstand

Jahr	Produktion	Beschäftigte	Koeffizient (1 : 2)	Arbeitsproduktivität
1938	100	100	1,00	100
1945	25 - 30	.	.	.
1946	36	95,5	0,38	43
1947	75	111,5	0,67	73
1948	102	115,9	0,88	96
1949	155	128,3	1,21	.

#### Quellen:

Berechnet nach Ránki, György, Magyarország gazdasága az első 3 éves terv időszakában (1947 - 1949), Budapest 1963, S. 324; Berend, Iván T./Ránki, György, Hungary, New York 1974, S. 194.

Offenbar unterschied sich die Entwicklung in Ungarn nicht grundsätzlich von der im Osten Deutschlands. Wie in der DDR spielte die Zunahme der Beschäftigtenzahl bei der Wieder-

<sup>36</sup> Berend, Iván, T./Ránki, György, Hungary, a. a. O., S. 191.

<sup>37</sup> Economic Survey of Europe in 1948, Genf 1949, S. 47.

Erreichung des Vorkriegsstandes der Produktion eine entscheidende Rolle. Dazu schreiben Berend und Ránki: "Die Industrie nutzte ihre Chance. Bei der gegebenen Knappheit an Investitionsmitteln bestand das einfachste und praktikabelste Verfahren die Produktion zu steigern darin, mehr Arbeiter einzustellen . . . So war das Wachstum der Industriearbeiterschaft ein Faktor, dem überdurchschnittliche Bedeutung zukam - ein besonderer Zug der Wiederherstellungsperiode."<sup>38</sup>

Leder enthält Barthels Monographie keine Statistik der Arbeitsproduktivitätsentwicklung, so daß ein detaillierter Vergleich mit der DDR unterbleiben muß. Das niedrige Niveau der Arbeitsproduktivität war insbesondere in den ersten Nachkriegsjahren durch eine Reihe von Faktoren bedingt, die in Ungarn und der DDR im wesentlichen die gleichen waren: Die Leistungsfähigkeit der Arbeiter war durch unzureichende Ernährung verringert (vgl. Tabelle 12); ein Teil der Arbeiterschaft leistete Entrümmerungs- und Aufräumungsarbeiten, war also außerhalb der eigentlichen Produktion beschäftigt; freie Arbeitskräfte standen in grosser Zahl zur Verfügung (1949 zählte man in Ungarn noch 126 000 Arbeitslose<sup>39</sup>, in der DDR 390 000 /S. 60/), und veraltete Technik und Technologien fanden (Wieder-)Anwendung. Barthel zitiert für die DDR Willi Rumpf, der 1949 erklärte: "Die bekannten Erscheinungen des Kriegs und der Kriegsfolgen haben dazu geführt, daß unsere Betriebe einen ausgesprochenen Mangel an hochqualifizierten und Spezialmaschinen hatten, daß zum Teil Produktionsprozesse, die früher durch Maschinenarbeit erledigt wurden, heute durch Handarbeit gemacht werden" (S. 146). Ähnlich äußern sich Berend und Ránki für Ungarn: "Unter den ökonomischen Bedingungen, die in Ungarn nach dem Kriege herrschten, bestand . . . keine Möglichkeit, den Wiederaufbau mit technischen Neuerungen zu verbinden. Im Gegenteil: zerstörte Ausrüstungen wurden oftmals durch veraltete Maschinen ersetzt, die . . . wieder in Betrieb genommen wurden."<sup>40</sup> "Es stimmt schon", argumentieren die Autoren weiter, "daß die Arbeitsproduktivität in dieser Zeit rasch anstieg. Unter den besonderen Nachkriegsumständen hatte dies jedoch wenig oder nichts mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu tun. Am Ende des Krieges war die Arbeitsproduktivität so niedrig, . . . daß sie ganz wesentlich einfach durch Wiedereingangsetzung des Produktionsapparates und Wiederherstellung eines normalen Niveaus der Produktion gesteigert werden konnte."<sup>41</sup> Ähnlich urteilt Barthel für die DDR (S. 149 ff.). Er verweist auf die "Aktivisten der ersten Stunde" und die Hennecke-Aktivisten, auf alle jene Werktätigen, die durch Mehrarbeit mit zerschliessener Arbeitskleidung und knurrendem Magen wirkliche Heldentaten der Arbeit und nicht hoch genug einzuschätzende Beiträge zur Steigerung der Arbeitsproduktivität geleistet haben (S. 116 ff., 127 ff., 138 ff.).

#### 1.10. Ökonomisches Entwicklungsniveau 1950<sup>42</sup>

Trotz einer Anzahl von Gemeinsamkeiten in den grundlegenden Charakteristika der Wiederherstellungsperiode und einer Vielzahl von Unterschieden ihres Verlaufs im Detail läßt sich für fast alle behandelten Bereiche ein geringerer Zerstörungsgrad und ein schnelleres Tempo des Wiederaufbaus in Ungarn, verglichen mit der DDR, feststellen. Als im Laufe des Jahres 1950, dem zweiten Jahr des Zweijahrplanes, in der DDR das Vorkriegsniveau der Industrieproduktion wieder erreicht wurde, befand sich Ungarn bereits im ersten Jahr sei-

38 Berend, Iván T./Ránki, György, Hungary, a. a. O., S. 191.

39 Ebenda, S. 193.

40 Ebenda, S. 194.

41 Ebenda, S. 193.

42 Vgl. dazu auch Roesler, Jörg, Wiederherstellungsperiode und Wirtschaftspläne, a. a. O. S. 113 ff.



Tabelle 16

Einige Kennziffern des ökonomischen Entwicklungsniveaus im Jahre 1950, verglichen mit der Vorkriegszeit

Lfd. Nr.	Kennziffer	Maßeinheit	Vorkriegsstand				Stand von 1950			
			Ausgangsdaten		Index		Ausgangsdaten		Index	
			DDR	Ungarn	DDR	Ungarn	DDR	Ungarn	DDR	Ungarn
1	National-einkommen	Dollar pro Kopf	270	139	100	51	115	105	100	97
2	Industrie-produktion	"					100	20	100	49
3	Anteil der In-dustrie an der Gesamtpro-duk-tion von Industrie und Landwirt-schaft	Prozent	85	42	100	49	80,9	68	100	84
4	Anteil der PM-Produk-tion an der industriellen Brutto-produktion	Prozent	50	45	100	90	61	55	100	91
5	Brotgetreide	kg pro Kopf	192	323	100	168	156 <sup>+</sup>	256 <sup>+</sup>	100	164
6	Elektroener-gie	" " "	866	154	100	18	1059	321	100	30
7	Roheisenpro-duk-tion	" " "	12	37	100	308	18	50	100	278
8	Stahlproduk-tion	" " "	74	71	100	96	68	112	100	177
9	Kohlepro-duk-tion	" " "	6256	1022	100	16	7606	1421	100	19

+ 1948/49

Quellen:

Beljaev, Sbliženie urovnej ekonomičeskogo razvitija socialističeskich stran, Moskau 1967, S. 75; Das sozialistische Weltwirtschaftssystem, Bd. 1: Die Entstehung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems, Berlin 1967, S. 176; Vilaggazdasági Idősorok 1860 - 1960, Buda-pest 1965; Neumann, Gerd, Zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen der RGW-Länder (1945 - 1958), Habil.-Schr. Berlin 1977, S. 134; Economic Survey of Europe since the War, Genf 1953, S. 239; Průcha, Václav, u. a., Hospodářské dějiny evropských socialistických zemí, Prag 1977, S. 588.

nes Fünfjahrplanes zur sozialistischen Industrialisierung des Landes (1950 bis 1954).<sup>43</sup> Zwar ist der Vergleich auf der Grundlage aggregierter Kennziffern (Nr. 1 bis 4) stets problematisch, jedoch ist das Aufholen Ungarns im Pro-Kopf-Nationaleinkommen eindeutig. Dies war vor allem dem schnellen Wachstum der Industrie (Nr. 2 und 3), insbesondere der Produktionsmittelindustrie (Nr. 4) zu verdanken, während in der landwirtschaftlichen Pro-Kopf-Produktion Ungarn seine Position gegenüber der DDR augenscheinlich nicht verbessern konnte.

Eine gewisse Annäherung wurde auch hinsichtlich des technisch-ökonomischen Niveaus der Produktion (gemessen am Elektroenergieverbrauch pro Kopf) erreicht (Nr. 6). Diese Annäherung war aber geringer als diejenige im Volumen der Industrieproduktion, was noch einmal auf den extensiven Charakter des Wirtschaftswachstums in der Wiederherstellungsperiode hinweist. Bei der Vergleichskennziffer Roheisen machte sich 1950 bereits das Bemühen der DDR bemerkbar, im Zweijahrplan die in der Metallurgie besonders ausgeprägten Spaltungsdisproportionen zu überwinden (S. 182 f.). Die Entwicklung der Stahlproduktion zeigt Ungarns große Anstrengungen auf diesem Gebiet in der ersten Etappe der sozialistischen Industriearbeit, während sich die Relationen bezüglich der Kohleproduktion (Nr. 9) bei einem Anstieg der Pro-Kopf-Produktion in beiden Ländern kaum verschoben haben.

## 2. Schlußbemerkungen

Der Vergleich zwischen der ökonomischen Entwicklung Ungarns und der DDR während der Wiederherstellungsperiode zeigt einige interessante Ergebnisse:

In ihren Grundzügen sind die qualitativen Entwicklungen, bei aller Unterschiedlichkeit im Detail, in beiden Ländern sehr ähnlich. Unterschiede ergeben sich vor allem im Entwicklungstempo. Sie lassen sich durch den zeitlichen und Niveauvergleich sichtbar machen.<sup>45</sup> Ungarn hat - zum Teil aufgrund geringerer Kriegszerstörungen in der Industrie, zum Teil auch wegen seiner günstigeren Akkumulationsbedingungen in der Nachkriegszeit - die Wiederherstellungsperiode schneller durchschritten als die DDR. Der erste Fünfjahrplan der sozialistischen Industrialisierung begann in Ungarn bereits 1950, ein Jahr bevor die DDR ihren ersten Fünfjahrplan in Angriff nahm. Ein Niveauvergleich der Vorkriegszeit und des Jahres 1950 weist bereits Momente eines ökonomischen Annäherungsprozesses zwischen beiden Ländern aus.

Eine ganze Reihe von verallgemeinerten Aussagen, die Barthel in seinem Buch entweder nur auf die DDR bezieht oder nicht ausdrücklich als allgemeine, charakteristische Merkmale für alle oder mehrere Länder, die die Wiederherstellungsperiode durchschritten haben, kennzeichnet, waren also ihrem wesentlichen Gehalt nach keine spezifischen Besonderheiten der Entwicklung der DDR-Wirtschaft in der Nachkriegszeit. Sicherlich sind bis zur Feststellung ihrer Allgemeingültigkeit für alle Länder noch weitere Gegenüberstellungen mit anderen volksdemokratischen Ländern notwendig. Dafür hat Barthels Buch nunmehr auch in der DDR Voraussetzungen geschaffen. Bereits jetzt kann jedoch gesagt werden, daß die Aussagen Barthels hinsichtlich ihrer Verallgemeinerungsfähigkeit höher einzuschätzen sind, als der Autor selbst annimmt. Es empfiehlt sich auch unter diesem Aspekt ein sorgfältiges Studium seines Buches.

43 Ebenda, S. 197.

44 Ebenda, S. 200.

45 Vgl. Roesler, Jörg, Grundlagen und Methoden ..., a. a. O.

## Staatsmonopolistischer Kapitalismus heute

S. I. Tjulpanov/V. L. Scheinis, Aktuelle Probleme der politischen Ökonomie des heutigen Kapitalismus

Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1975, 334 Seiten, Preis: 12,80 M

von Manfred Nussbaum

Unter den zahlreichen marxistischen Veröffentlichungen der letzten Jahre zur Problematik des staatsmonopolistischen Kapitalismus ragt die auch in der DDR veröffentlichte Arbeit des bekannten und hochgeschätzten sowjetischen Ökonomen S. I. Tjulpanov hervor, der gemeinsam mit V. L. Scheinis ein sehr aktuelles Thema bearbeitet hat. Weit mehr liefernd, als der zurückhaltend formulierte Titel ihrer Arbeit erkennen läßt, suchen die Verfasser eine mehr oder weniger geschlossene Darstellung der hauptsächlich ökonomischen Züge und Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Gegenwart zu geben, wobei sie in den besten Traditionen der sowjetischen ökonomischen Wissenschaft und Analyse des Kapitalismus wurzeln, wie sie unter anderem durch E. Varga geprägt wurden. Die Autoren des hier zu diskutierenden Werkes gehören bezüglich der Frage, wie der staatsmonopolistische Kapitalismus historisch-theoretisch einzuordnen ist, zu jener ziemlich großen Gruppe unter den marxistischen Fachleuten, die der Ansicht ist, daß es sich um eine besondere Phase des monopolistischen Kapitalismus handle.<sup>1</sup> Diese Phase oder Stufe setzt, so meinen sie, etwa mit dem Ende des zweiten Weltkrieges bzw. einige Zeit danach ein.

Es soll anfangs gleich gesagt sein, daß der Rezensent, so beeindruckt er von der wissenschaftlichen Leistung der Autoren ist, sich in diesem Punkte ihnen nicht anschließen kann, zumindest nicht in der von ihnen geäußerten Ausschließlichkeit. Dieser Vorbehalt des Re-

1 Diese Ansicht wird z. B. auch in dem bekannten Werk französischer Wissenschaftler über den staatsmonopolistischen Kapitalismus vertreten. Dort heißt es: "Er ist jenes Stadium des Imperialismus, in dem die monopolistischen Strukturen erweitert werden, und innerhalb dieses Stadiums wiederum die gegenwärtige Phase, in der sich das Eingreifen des Staates und eine wachsende Verflechtung zwischen den Monopolen und dem Staat entwickeln. Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist ein organisches Ganzes, das alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens umfaßt." (Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Berlin 1972, S. 9.) Und in anderem Zusammenhang heißt es über den staatsmonopolistischen Kapitalismus, er stelle "eindeutig eine besondere Phase innerhalb des Stadiums des Imperialismus dar". (Ebenda, S. 21.)

Von vielen Autoren der DDR wird ebenfalls der Standpunkt der "Stufentheorie" vertreten, wobei allerdings auch des öfteren darauf hingewiesen wird, daß "die Teilnahme des Staates an den einzelnen Phasen des Reproduktionsprozesses, an der Monopolisierung, in der Tat längere Zeit den Charakter einer Tendenz" gehabt habe. (Siehe Der Imperialismus der BRD, Berlin 1971, S. 94.)

zenseuten soll auch deswegen gleich ausgesprochen und später noch ausführlich dargelegt werden, weil es die Autoren selbst für sehr wichtig halten, das Problem der historischen Einordnung zu klären. Sie schreiben; "Es ist offensichtlich, daß es sich hier nicht nur um ein formales Problem der Periodisierung der Geschichte handelt. Die Anerkennung des staatsmonopolistischen Kapitalismus als besondere Phase (oder als besondere historische Stufe, was unserer Meinung nach dasselbe ist) innerhalb des imperialistischen Stadiums zieht folgerichtig neue Fragestellungen in der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie und besonders die Untersuchung von neu entstandenen Gesetzmäßigkeiten, deren Wechselwirkung und Widersprüche sowie die Modifizierung einer Reihe bekannter Gesetze und Widersprüche des Kapitalismus nach sich ... Nach unserer Überzeugung hat sich in der Nachkriegsperiode eine bedeutende qualitative Veränderung in der Entwicklung des Imperialismus vollzogen, die sowohl die Produktivkräfte als auch die Produktionsverhältnisse, die soziale Struktur und die politisch-ideologischen Institute der bürgerlichen Gesellschaft berührte. All das bietet Grund genug, von einer neuen Phase in der Geschichte des Imperialismus zu sprechen" (S. 16 f.)<sup>2</sup>.

Die Autoren begründen ihre Meinung hinsichtlich der historischen Einordnung des von ihnen analysierten Phänomens theoretisch fundiert, was sich daran zeigt, wo sie den Ausgangspunkt dafür sehen, daß sich neue Beziehungen von Wirtschaft und Staat herausbildeten. Diesen Ausgangspunkt glauben sie offensichtlich vor allem in der Entwicklung der modernen Produktivkräfte zu finden bzw. in der wissenschaftlich-technischen Revolution der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts. Daher widmen sie das erste Kapitel ihres in sechs Kapitel gegliederten Buches einer eingehenden Beschreibung der historischen Rolle der wissenschaftlich-technischen Revolution. Die Autoren behandeln diese Problematik interessant und weitgreifend, wobei sie sich, wie auch in den anderen Teilen ihres Werkes, auf eine hervorragende ausgewählte internationale Literatur stützen. So geben sie ein ziemlich umfassendes Bild von den wichtigsten Zügen der in den letzten Jahrzehnten vor sich gegangenen Veränderungen in der Produktivkräfteentwicklung, die unter dem obengenannten Begriff gefaßt wird. Sie zeigen, daß diese Entwicklung im gegenwärtigen Kapitalismus zwar als technologische Revolution zutage tritt, jedoch tatsächlich weitaus umfassender ist. Sie weisen darauf hin, wie vielschichtig die Veränderungen sind, die sie als Serie von Umwälzungen in drei Systemen unterschiedlicher Ordnung klassifizieren;

1. tiefgreifende Wandlungen in den Produktionsmitteln;
2. Verschiebung in der Struktur der gesellschaftlichen Produktivkräfte, insbesondere die "Verwandlung der Wissenschaft in ein führendes Glied der Produktivkräfte" (S. 36);
3. Wandlungen in der Struktur der gesellschaftlichen Konsumtion und Entstehen neuer dynamischer Verbindungen zwischen Produktion und Konsumtion.

Die Autoren beschreiben darüber hinaus jene wichtigen Tendenzen, die sich in der Stellung der Arbeitskräfte im Produktionsprozeß, in der Qualifikation und Struktur der Arbeiterklasse, aber auch der Intelligenz ergeben. Sie stellen fest; "Die Grenzen der Arbeiterklasse von heute werden weiter, sie umfassen schon nicht mehr nur die eigentlichen, körperliche Arbeit verrichtenden Arbeiter, sondern auch große Gruppen von wissenschaftlich Tätigen, der technischen Intelligenz und Angestellten; auch einige andere Beschäftigtenkategorien nähern sich der Arbeiterklasse immer mehr an" (S. 56). Dies ist zweifellos eine sehr wichtige Erkenntnis, welche jener gelegentlich vertretenen Ansicht widerspricht, nach der als Arbeiterklasse nur die unmittelbar körperliche Produktionstätigkeit verrichtenden Industriearbeiter gefaßt werden sollen, woraus geschlossen wird, daß sich die Arbeiterklasse infolge der wissen-

<sup>2</sup> Diese und alle weiteren im Text gegebenen Seitenangaben beziehen sich auf das hier besprochene Werk.

schafflich-technischen Revolution in den hochentwickeltesten Industrieländern mindestens relativ verringere. Der Rezensent stimmt nicht nur vorbehaltlos der im hier behandelten Werk vertretenen Auffassung zu, sondern möchte auch unterstreichen, daß die Problematik offensichtlich von großer praktischer Bedeutung für die Strategie und Taktik des revolutionären Klassenkampfes in den kapitalistischen Industriestaaten ist.

Im weiteren Verlauf ihrer Untersuchung gehen die Autoren dann auf die steigende Rolle der Informationssysteme, insbesondere der Wissenschaft, ein und stellen heraus, daß die Wissenschaft zu einem wichtigen Bestandteil des ganzen Produktionssystems wird und dies den Charakter der wissenschaftlich-technischen Revolution, der dritten Revolution der Produktivkräfte in der Geschichte des Kapitalismus, prägt.

Kurz, jedoch einprägsam und mit gewichtigem Zahlenmaterial arbeitend, zeigen die Verfasser die Bedeutung von Forschung und Entwicklung in den wichtigsten kapitalistischen Industrieländern. Sie erklären: "Heute mißt man das Wirtschaftspotential eines Landes nicht nur (oder weniger) an so traditionellen Kennziffern wie Kohleförderung und Stahlproduktion oder an den vorhandenen Quellen billiger Rohstoffe als an der Anzahl und Qualität der Wissenschaftler, Laboratorien, Forschungsinstitute, an der allgemeinen Organisation der wissenschaftlichen Arbeit oder - in Einzelfällen - an dem Vermögen, wissenschaftliche Erkenntnisse anderer Länder aufzugreifen und national zu verwerten" (S. 58). Es ist offensichtlich, daß diese und andere Feststellungen der Verfasser, so zum Beispiel diejenigen über die Ursachen zurückgehender Wachstumsraten der Ausgaben für Wissenschaft und Forschung in einigen Ländern während der letzten Jahre, begründet vor allem in der Intensivierung der wissenschaftlichen Arbeit, über das Verhältnis der Investitionen in Wissenschaft und Forschung zu denen in führenden Industriezweigen, über die Relation von ökonomisch verwertbaren Ergebnissen der Forschung und jenen, die das Verwertungsstadium nicht erreichen und "ihr Leben im Vorstadium, in einer Art Inkubationsperiode, aufgeben" (S. 60), nicht nur für die Analyse von Prozessen in der kapitalistischen Welt wichtig sind. Wenn beispielsweise, wie die Autoren anführen, 50 bis 60 Prozent aller Forschungen und Entwicklungen in den imperialistischen Ländern die Verwertungsphase nicht erreichen, so wäre zu fragen, ob diese Relation eine gesellschaftsunabhängige Notwendigkeit, gewissermaßen ein Gesetz der Produktivkraftentwicklung darstellt, welches in verschiedenen Gesellschaftsformationen gilt, oder ob hier der Einfluß der Produktionsverhältnisse mitwirkt. Einmal ganz abgesehen davon, daß ein enormer Anteil der Forschung und Entwicklung in den imperialistischen Ländern militärischen Zwecken dient - ein Problem, auf das hier nur deshalb nicht weiter eingegangen werden soll, weil es bekannt ist -, ist zu berücksichtigen, daß die Wissenschaft in der betreffenden Gesellschaft allgemein unter dem Gesetz des Profits bzw. des Maximalprofits betrieben wird. Daher ist es unausbleiblich, daß viele Forschungen nur dann die "Inkubationsphase" überstehen, wenn sie im monopolkapitalistischen Sinne "verwertbar" erscheinen, andere überhaupt nur zwecks kapitalistisch aufgefaßter Verwertung aufgenommen bzw. vorangetrieben werden, ohne einen realen Fortschritt für die menschliche Gesellschaft zu bringen. Wie sehr dies die Richtung von Forschung und Entwicklung in den kapitalistischen Ländern beeinflußt, kann ernsthaft nicht bestritten werden. Inwieweit dadurch die Effektivität der wissenschaftlichen Tätigkeit bestimmt wird und hier fortschrittshemmende und vorwärtsdrängende Faktoren aufeinander wirken, ist wert, sorgfältig untersucht zu werden. Dabei gewonnene Erkenntnisse wären nicht nur theoretisch interessant, sondern auch praktisch ungeheuer wertvoll. Dies gilt ebenso für die anderen oben genannten Probleme, etwa die Frage der Relation von Wissenschaftsaufwand und Investitionen in führenden Industriezweigen.

Interessant und überaus anregend zu weiterem Nachdenken sind ebenfalls die folgenden Ausführungen der Autoren im Rahmen des ersten Kapitels, in denen sie auf die Entwicklung der Organisation und Leitung der Produktion zu sprechen kommen bzw. in denen sie zeigen, daß die "Gestaltung der monopolistischen und staatlichen Leitungsstrukturen entsprechend ökonomischen und politischen Erfordernissen" "zu den wichtigsten Merkmalen der heutigen im-



perialistischen Reform- und Anpassungspolitik" (S. 63) gehört. Wie das Monopolkapital versucht, den vielfältigen Erfordernissen gerecht zu werden, die sich aus der wissenschaftlich-technischen Revolution und der internationalen Verflechtung der Produktion ergeben, welche neuen Methoden der monopolistischen und staatlichen Leitung dabei entstehen, wie sich die Produktionsstruktur, das Verhältnis von Produktion und Konsumtion und damit zusammenhängend dasjenige der beiden Hauptabteilungen der gesellschaftlichen Produktion verändern, wie sich die nichtmaterielle Sphäre entwickelt, wird von den Autoren kenntnisreich dargestellt.

Eine entscheidende Stelle im Werk nimmt das Kapitel über den "Staat im System der Produktionsverhältnisse des gegenwärtigen Kapitalismus" ein. Darin suchen die Autoren die eigentlichen Ursachen für die gewandelte Rolle des Staates bzw. für die neue ökonomische Aufgabenstellung zu analysieren. Hier werden ebenfalls viele wichtige Gedanken geäußert, zum Beispiel über die ökonomischen Grundlagen der relativen Selbständigkeit des imperialistischen Staates, über die Herausbildung der politischen Elite der bürgerlichen Gesellschaft, über das Wachstum der Staatsausgaben und die Rolle der Beamtenhierarchie, die verstärkte Inhomogenität der Ausbeuterklasse und andere, eng mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus verknüpfte Erscheinungen.

Die Autoren behandeln alle diese Fragen derart ausführlich, weil nur so die komplizierte Realität der imperialistischen bzw. staatsmonopolistischen Entwicklung richtig erfaßt und verstanden werden kann, und auch deshalb, weil die marxistische Erforschung dieses Komplexes es keineswegs zuläßt, daß vereinfachende oder unrichtige Auffassungen über längere Zeit unwiderlegt bleiben. Nehmen wir beispielsweise ein so wichtiges Problem wie das der Beziehungen von Monopolen und imperialistischem Staatsapparat. Wenn die Autoren berechtigterweise auf die schon vor Jahren erfolgte Kritik an jener Konzeption hinweisen, wonach der bürgerliche Staatsapparat "lediglich eine Instanz sei, in der die Anordnungen der Finanzoligarchen strikt befolgt werden" (S. 107), zeigen sie deutlich die Entwicklung der marxistischen Theorie auch in dieser Frage. Sie beschränken sich dabei nicht nur auf eine bloße Darstellung des Problems, sondern befassen sich eingehend mit den ökonomischen Grundlagen der relativen Selbständigkeit des Staates und den mit der wachsenden Rolle des bürgerlichen Staatsapparates verbundenen sozialstrukturellen Veränderungen.

Doch so interessant sich dieses Kapitel liest, es finden sich hier nach Ansicht des Rezensenten auch einige problematische Punkte. Diese sollen in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt und die Darlegung der unbestritten vorhandenen Vorzüge des Buches bzw. die vielen darin enthaltenen, völlig überzeugenden Thesen und Erkenntnisse soll auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Um deutlich zu machen, welche Problematik der Rezensent hier diskutieren möchte, soll noch einmal etwas ausführlicher zitiert werden. Die Autoren schreiben: "Die Ursachen, die bestimmend sind für die starke Zunahme der ökonomischen Rolle des bürgerlichen Staates, sind komplexer Art; sie sind sowohl in der Technik als auch in der Wirtschaft und in den sozialen Hauptkonflikten unserer Zeit zu suchen. Man könnte sie wie folgt einteilen:

- das objektiv entstandene Bedürfnis nach zentraler Lenkung der Produktivkräfte und des Reproduktionsprozesses;
- die Vertiefung der sozialen Konflikte der bürgerlichen Gesellschaft und die Versuche der herrschenden Klasse, die sozialen Prozesse im Interesse der Erhaltung des Systems zu steuern;
- die Wirkung des Grundwiderspruches der gegenwärtigen Epoche auf die Wirtschaft und Politik des Kapitalismus;
- die Intensivierung und Komplizierung der Struktur der Weltwirtschaftsbeziehungen, das dem Monopolkapital innewohnende Expansionsstreben und die zunehmende Rolle der internationalen Beziehungen im Reproduktionsprozeß jedes kapitalistischen Landes" (S. 93).

Die Aufzählung der Ursachen dafür, daß die Rolle des Staates in der Ökonomie zunimmt, ist deshalb so ausführlich wiedergegeben worden, damit der Leser selbst besser verstehen kann, warum der Rezensent von dem Vorgehen der Autoren hier nicht ganz befriedigt ist. Jede der aufgezählten Ursachen ist sicherlich sehr wichtig dafür, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus sich entwickelt. Die eigentliche Ursache für das "objektiv entstandene Bedürfnis nach zentraler Lenkung der Produktivkräfte und des Reproduktionsprozesses", die nach Meinung des Rezensenten doch nur darin liegen kann, daß vorher wirkende Lenkungsmechanismen ausgefallen bzw. unwirksam oder unzureichend geworden sind, ist in dieser Aufzählung aber nicht genannt. Erst anschließend und fast beiläufig stellen die Autoren fest: "Weder der von der Monopolherrschaft stark deformierte spontane Marktmechanismus noch die monopolistische Regulierung von Produktion und Markt selbst könnten heute die grundlegenden Proportionen des Reproduktionsprozesses aufrechterhalten und die Zweigstruktur zielgerichtet verändern" (S. 93 f.). Dieser Formulierung kann man voll zustimmen. Eben darin, daß der vorher, im Kapitalismus der freien Konkurrenz die Regulierung besorgende spontane Marktmechanismus von den Monopolen mehr oder weniger außer Funktion gesetzt, unwirksam gemacht wird, liegt doch die wesentlichste Ursache für das Eingreifen des imperialistischen Staates. So ist die Ursache also das - letztlich zwar, wenn auch in komplizierter Weise mit der Produktivkraftentwicklung verbundene, vor allem aus der Konzentration und Zentralisation des Kapitals hervorgehende - Monopol, und der staatsmonopolistische Kapitalismus verdankt sein Entstehen den monopolkapitalistischen Produktionsverhältnissen.

Wenn die Autoren dies aber nicht mit als Ursache nennen, sondern statt dessen die oben zitierte Aufzählung von Ursachen geben, so hängt dies zweifellos mit ihrer Konzeption zusammen, welche beinhaltet, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus eine nach dem zweiten Weltkrieg einsetzende Phase oder Stufe des Monopolkapitalismus sei, sein Auftreten in der vorhergehenden Entwicklungsphase des monopolistischen Kapitalismus jedoch vernachlässigt werden könne, mit Ausnahme gewisser spezieller Zeiträume, wie dem des ersten Weltkrieges. An anderer Stelle ihres Buches schreiben sie ausdrücklich: "Und es ist kein Zufall, daß Lenin den staatsmonopolistischen Kapitalismus zum letzten Mal Anfang des Jahres 1919 erwähnt" (S. 19). Nun fällt es dem Rezensenten allerdings schwer, anzunehmen, daß Lenin, der stets ein aufmerksamer Beobachter der Vorgänge in der kapitalistischen Welt war, die staatsmonopolistische Entwicklung der zwanziger und dreißiger Jahre entgangen wäre, wenn er noch Gelegenheit gehabt hätte, diese zu verfolgen. Tatsache ist, daß sich nicht wenige sowjetische Ökonomen, unter ihnen E. Varga und E. L. Chmel'nickaja, nach 1919 mit der Problematik des staatsmonopolistischen Kapitalismus befaßten - bis sie von den bekannten Beschränkungen daran gehindert wurden.<sup>3</sup> Tatsächlich geben uns die bisherigen Ergebnisse der in den letzten Jahren angelaufenen Erforschung der Beziehungen von monopolkapitalistischer Wirtschaft und imperialistischem Staat in der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg keinerlei Grund dafür, diese Beziehungen als eine zu vernachlässigende Größe anzusehen. Im Gegenteil, es kann schon heute als gesicherte Erkenntnis gelten, daß die regulierende Tätigkeit des Staates in der Ökonomie nicht nur als Tendenz, sondern als beachtlicher Faktor vorhanden war. Die bisherigen konkreten Forschungen weisen darauf hin, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus als solcher gerade mit dem Monopol geboren wurde und an Stärke zunahm, je mehr der Monopolismus wuchs, daß er den monopolkapitalistischen Produktionsverhältnissen entspringt und ihnen gleichzeitig immanent ist. Bereits im Jahre 1929 schrieb Varga: "Die wirtschaftliche Bedeutung des Staates wird immer größer. Die Grund-

<sup>3</sup> Siehe dazu auch Kuczynski, Jürgen, Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bis zum zweiten Weltkrieg, in: Wirtschaft und Staat im Imperialismus, Beiträge zur Entwicklungsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland, hg. v. Lotte Zumpe, Berlin 1976, S. 1 - 19.

lage dieses Zuges ist der dem Kapitalismus immanente Zug zur Vergesellschaftung der Produktion ... Je schärfer die Grundwidersprüche des Kapitalismus hervortreten, je weniger der innere Mechanismus des Kapitalismus imstande ist, diese Widersprüche periodisch zu überwinden, um so mehr verschwindet die Politik und die Ideologie des 'laissez faire', tritt der Staat in seiner Rolle als Regulator der Wirtschaft in den Vordergrund."<sup>4</sup>

Wenn das Wachstum des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit dem Wachstum der Monopole verbunden ist, ihm gewissermaßen entspringt, dann ist es allerdings auch nicht verwunderlich, daß die ökonomische Rolle des Staates in der monopolkapitalistischen Gesellschaft der Gegenwart bedeutend größer ist als etwa zu Beginn dieses Jahrhunderts oder in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen. Insofern lassen sich zweifellos gewisse Etappen oder Phasen in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus feststellen. Im großen und ganzen, bzw. über längere Perioden hinweg, tritt dabei, wie es Varga formulierte, "der Staat in seiner Rolle als Regulator in den Vordergrund." Doch ist dabei auch deutlich, daß diese Zunahme der regulierenden Rolle des Staates nicht einfach in ständig aufsteigender Linie erfolgt, sich weder direkt aus der Entwicklung der Produktivkräfte noch schematisch aus dem Wachstum der Monopole ergibt, sondern infolge des komplizierter werdenden Wechselverhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, aus ihren wachsenden Widersprüchen notwendig und auf der Basis dieses Wachstums von verschiedenen gesellschaftlichen Kräften und Faktoren, ja sogar von Ideologien beeinflusst wird. Ebenso deutlich ist auch, daß die Formen wechseln können, in denen der Staat in den verschiedenen Etappen auf die Ökonomik einwirkt. Die staatsmonopolistische Programmierung, die von den Autoren in einem speziellen Kapitel behandelt wird, ist eine der Formen, welche sich erst in der Periode nach dem Ende des zweiten Weltkrieges herausgebildet haben und in denen sich die staatliche ökonomische Aktivität äußert. Dabei muß man jedoch im Auge behalten, daß die Einwirkung des imperialistischen Staates auf die ökonomische Sphäre sich von Zeit zu Zeit verlagern kann, daß bestimmte Formen seiner Tätigkeit zeitweilig funktionieren und dann wieder absterben, wie es zum Beispiel mit dem in der Periode der Weimarer Republik in Deutschland existierenden staatlichen Schlichtungswesen geschah, daß von Zeit zu Zeit neue Formen und Methoden des staatsmonopolistischen Kapitalismus sich herausbilden. Dies hängt einerseits mit den wechselnden Interessen- und Machtverhältnissen innerhalb der Monopolbourgeoisie zusammen wie auch mit dem durchaus nicht starren, ein für allemal festgelegten Verhältnis zwischen dem Monopolkapital und dem relativ selbständigen Staatsapparat bzw. der Staatsbürokratie, welche wiederum in sich weder vollkommen monolithisch ist, noch sich dem Druck der verschiedenen Klassen und Schichten der gesamten Gesellschaft völlig entziehen kann. Andererseits aber besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Effektivität der staatsmonopolistischen Regulierungsmethoden und -versuche und der Konstanz, mit der sie angewendet werden. Da das von den herrschenden Kräften der monopolkapitalistischen Gesellschaft erstrebte Ergebnis, die Ausbeuterordnung bzw. ihre krisenfreie Entwicklung dauerhaft zu sichern, nicht erreicht werden kann, da der dieser Gesellschaft innewohnende Grundwiderspruch trotz aller Palliative immer wieder durchschlagen muß, bald auf diesem, bald auf jenem Abschnitt sich in akuten Krisen und konkreten Widersprüchen zeigt, kann es auch keine endgültigen Formen oder Methoden des staatsmonopolistischen Kapitalismus geben. Im Gegenteil, der mit dem weiteren Fortschreiten des Monopolisierungsprozesses sich weiter verschärfende Grundwiderspruch muß gesetzmäßig zu neuen Widersprüchen und damit zu neuen, letztlich vergeblichen Versuchen der Monopolbourgeoisie führen, der sich auftuenden Probleme Herr zu werden. Insofern ist es berechtigt, von bestimmten Etappen zu sprechen, in denen der staatsmonopolistische Kapitalismus sich entwickelt, ebenso wie es zweifellos erkennbar ist, daß dieser sich, trotz einer gewissen,

<sup>4</sup> Varga, E., Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im 3. Vierteljahr 1929, in: Internationale Presse-Korrespondenz, Berlin 1929, S. 2534.

auch von den Autoren festgestellten "wellenförmigen" (S. 19) Entwicklung, über längere Zeiträume hinweg verstärkt und "vervollkommnet". Diese "Vervollkommnung", das heißt die weitere Ausbildung des staatlichen Regulierungssystems und des Systems der engen Beziehungen von Staatsapparat und Monopolen, kann aber infolge der erwähnten Faktoren niemals endgültig sein, solange der Kapitalismus existiert. Die Autoren schreiben in bezug auf die staatliche Programmierung völlig richtig: "Solange das kapitalistische Privateigentum besteht, kann eine solche Voraussicht weder irgendwie vollständig noch hinreichend genau sein" (S. 159).

Gerade deswegen müssen sich erstens die in einer bestimmten Etappe von der herrschenden Klasse entwickelten Methoden, mit denen die bis dahin sich zeigenden Widersprüche und Krisen kontrolliert werden sollen, als unzulänglich offenbaren und demzufolge Fragen ihres Ersatzes durch scheinbar bessere bzw. vollkommener Instrumente auftauchen, die dann nach einiger Zeit ebenfalls zu verwerfen sind, und zweitens werden die entstehenden neuen, vorher noch nicht sichtbaren konkreten Widersprüche und Krisen auf den verschiedensten Gebieten nach weiteren, zusätzlichen Mitteln und Mittelchen verlangen. Insofern läßt sich der Zustand der monopolkapitalistischen Gesellschaft mit dem eines Neurasthenikers vergleichen, dessen sich bald hier, bald dort bemerkbar machenden Funktionsstörungen und sekundären Krankheitserscheinungen zwar zeitweilig gelindert oder partiell zurückgedrängt werden können, dessen ständig zunehmende Anfälligkeit sich jedoch immer häufiger und heftiger in verschiedenster, meist nicht voraussehbarer Weise äußert.

Etappen der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus lassen sich also in zweifacher Hinsicht unterscheiden, nämlich sowohl hinsichtlich des Wechsels der Formen und Methoden bzw. des Instrumentariums, mit dem auf Wirtschaft und Gesellschaft eingewirkt werden soll (zum Beispiel unterschied sich das während der faschistischen Herrschaft in Deutschland angewendete Instrumentarium zweifellos von dem nach dem zweiten Weltkrieg in der BRD angewendeten), wie auch hinsichtlich der Intensität und des Umfangs der staatlichen Regulierung. (Die staatliche Einwirkung auf die Ökonomik war beispielsweise vor dem ersten Weltkrieg in Deutschland weit geringer als nach diesem Kriege.)

Wenn die Autoren feststellen, daß in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg eine neue Phase oder Stufe erkennbar sei, dann muß man ihnen zustimmen. Jedoch handelt es sich nach Meinung des Rezensenten eben um eine neue Stufe in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der sich hinsichtlich des vielfach - wenn auch nicht völlig - veränderten Instrumentariums wie der Weite des von ihm erfaßten oder beeinflussten Wirkungsbereiches gewandelt hat. Dabei spielt sicherlich die wissenschaftlich-technische Revolution, deren Einflüsse von den Autoren so interessant beschrieben werden, eine wichtige Rolle, zum Beispiel in der Wissenschaftspolitik des imperialistischen Staates - wenngleich die eigentliche Ursache der Entwicklung staatlicher Regulierungstätigkeit nicht so sehr hier, sondern in den monopolkapitalistischen Produktionsverhältnissen zu suchen ist.

Man sollte auch sehen, daß die führenden Kreise der Monopolbourgeoisie eine Reihe für sie bitterer Erfahrungen machen mußten, ehe sie sich dazu durchdrangen, nach und nach das heute bestehende System staatlicher Regulierung anzuwenden bzw. zu tolerieren. Innerhalb ihrer Erfahrungen sind sicherlich die des Hinnehmenmüssens der Oktoberrevolution und aller ihrer Folgen sowie der großen Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 besonders gewichtig. Zur Zeit dieser Geschehnisse, die eine deutliche Hinwendung zu verstärkter staatsmonopolistischer Entwicklung teils direkt nach sich zogen, teils eine solche Entwicklung langfristig vorbereiteten, konnte jedoch von der wissenschaftlich-technischen Revolution in dem Sinne, wie sie auch die Autoren verstanden wissen wollen, noch keine Rede sein.

Besonders angezweifelt werden muß aber, ob das heutige System des staatsmonopolistischen Kapitalismus als endgültig oder vollständig anzusehen ist, wie es die Autoren wenigstens an einer Stelle ihrer Arbeit tun, wo sie schreiben: "Den Hintergrund für die verschiedenen mo-



nopolitischen und staatlichen Maßnahmen zur Verbesserung des Leitungssystems bildet die vollständige Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit den für dieses System typischen Formen der Ausbeutung, Kapitalzentralisierung, Arbeitskräftequalifizierung usw." (S. 63 f.). Diese Formel von der "vollständigen Herausbildung" des staatsmonopolistischen Kapitalismus hängt offenbar mit der Auffassung der Autoren vom staatsmonopolistischen Kapitalismus als einer Phase oder Stufe des Monopolkapitalismus zusammen, wonach die staatliche Einwirkung auf die Ökonomik vor dem zweiten Weltkrieg nur als Tendenz vorhanden war. Wie schon gesagt, muß diese These bereits aufgrund bisher vorliegender konkreter historischer Forschungsergebnisse stark bezweifelt werden. Es wird die Aufgabe zukünftiger Forschung sein, weiteres Material zutage zu fördern, damit diese strittige Frage gültig geklärt werden kann.

Wie dem auch sei: Unabhängig davon, ob man den staatsmonopolistischen Kapitalismus als Stufe des imperialistischen Stadiums oder als einen diesem Stadium innewohnenden Grundzug betrachtet; Solange die monopolkapitalistische Gesellschaft noch existiert, wäre es verfrüht, zu konstatieren, daß er sich bereits vollständig herausgebildet hat. Die bisherige Entwicklung des Kapitalismus hat gezeigt, und die Autoren des hier diskutierten Werkes führen dies verschiedentlich selbst aus, daß er immer noch fähig ist, auf neue Entwicklungen und Erscheinungen in gewisser Weise zu reagieren. Es kann nicht angenommen werden, daß in der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft keine neuen Krisen und akuten Widersprüche aufbrechen bzw. auf die bisherigen folgen.<sup>5</sup> Die immer noch vorhandene, obwohl mehr oder weniger beschränkte, Reaktionsfähigkeit des kapitalistischen Systems läßt es durchaus als möglich erscheinen, daß noch neue Seiten, Funktionen, erweiterte oder veränderte Instrumentarien hervortreten, mit denen versucht wird, den neuen Herausforderungen zu begegnen, kurz gesagt, daß sich der staatsmonopolistische Kapitalismus weiterhin wandelt oder fortbildet. Kann es also richtig sein, eine "vollständige Herausbildung" des staatsmonopolistischen Kapitalismus anzunehmen, solange die Gesellschaft, die ihn hervorgebracht hat und ihn immer wieder hervorbringt, noch nicht beseitigt ist?

Dies sind im wesentlichen die Einwände bzw. Zweifel des Rezensenten zu einigen Thesen der Autoren dieses so wichtigen und interessanten Buches. Sie lassen sich kurz in drei Punkten zusammenfassen:

1. Ist die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus wirklich in erster Linie eine Antwort auf die Veränderungen in der Sphäre der Produktivkräfte bzw. auf die wissenschaftlich-technische Revolution? Ist sie nicht vor allem eine Reaktion auf die Veränderung der Produktionsverhältnisse, das heißt auf die Entwicklung und Herrschaft des Monopols, auf die davon hervorgerufene weitgehende Ausschaltung vorher wirkender spontaner Regulierungsfaktoren?
2. Ist der staatsmonopolistische Kapitalismus tatsächlich eine neue Phase des Monopolkapitalismus oder vielmehr eine diesem ständig innewohnende, wenn auch sich mehr und mehr verstärkende Erscheinung, ein Grundzug? (Diese und die vorhergehende These sind andernorts ausführlich begründet.<sup>6</sup>)
3. Kann man den staatsmonopolistischen Kapitalismus als vollständig herausgebildet ansehen, solange der Monopolkapitalismus noch existiert? Ist nicht vielmehr anzunehmen, daß weitere Entwicklungen auch hier noch möglich sind bis zur endgültigen Beseitigung des Monopolkapitalismus?

5 Dabei ist der Begriff der "Krisen" im weitesten Sinne gemeint.

6 Baudis, Dieter/Nussbaum, Helga, Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19, Berlin 1978, S. 20 ff. = Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945, hg. v. Helga Nussbaum u. Lotte Zumpke, Bd. 1.



Es soll noch einmal gesagt werden, daß das hier besprochene Werk sehr viele Gedanken und Thesen enthält, denen auch der Rezensent voll oder weitgehend zustimmen kann, so etwa denjenigen über die Herausbildung der staatsmonopolistischen Wirtschaftsprogrammierung, bzw. ihre eingehende Charakterisierung, über kapitalistische Aneignung und Ausbeutung usw. Ein an Gedanken und Problemen so reiches Buch wie das hier besprochene kann indessen kaum in einer einzelnen Rezension voll gewürdigt werden. Wenn der Rezensent sich daher in seinem Beitrag im wesentlichen auf einige Fragen konzentriert hat, welche ihm besonders diskussionswürdig erscheinen, so heißt dies nicht, daß er glaubt, damit alle Möglichkeiten für weitere Besprechungen und für eine Einschätzung der hohen Qualität des Buches ausgeschöpft zu haben.

Wissenschaftliche Buchverlag, Darmstadt 1979, VIII und 222 Seiten, 9 wissenschaftliche Fotografien, Preis, 35,- DM

von Hans-Joachim Lauth

Der Begriff "sozialer Wandel" ist von den US-amerikanischen Soziologen Ogburn (1966) in die Soziologie eingeführt worden, als dieser Begriffe wie "Postmodernität" oder "Zweite Weltung", die angeblich "wertneutral" waren, zunächst gleichbedeutend mit "sozialer Wandel" in die Bürgerlichen Historiker eingebracht, und die Spekulation der sozialistischen Theorie des sozialen Wandels, die von beiden dieser Soziologen und Soziologen in längerer Abfolge mit einem Vorzeichen, hat seitdem fortgedauert.

Eine kurze, systematische Darstellung dieser "Theorie", die unten vereinfacht beschrieben und auf das Wesentliche gerichtet ist, ist unten gegeben. Den beiden Autoren kann zugeschrieben werden, daß ihre Darstellung nicht nur auf sich selbst beschränkt, sondern auch auf die Aufmerksamkeitsleistung anderer Sprache nicht weniger beachtet wird. Dieser Sachverhalt ist nicht zu übersehen. Die Autoren scheinen dies auch nicht, eben solche Beispiele übertrieben selbstgezügelt aufzunehmen, so wenn die zwei Lehmanns Aussagen zur Evolutionstheorie zitiert und kommentieren: "Der Kern der 'Exploitationstheorie' Lehmanns ist in folgendem Satz enthalten: 'Die wichtigsten eigentlichen Voraussetzungen der Revolution ist, daß ein Diskontinuität von System und Umwelt besteht, mit der Folge, daß jedes beliebige Ereignis, obwohl nur ein Ereignis, unkontrollierte Wirkungsreihen in Lauf setzen kann (nicht muß), indem das System, in dem das Ereignis vorfällt, darauf reagiert als ein System, in dem das Ereignis vorfällt, dadurch ist es, daß es die Wirkung der Naturkräft auf dem Mittel, dann ist es die Natur, oder die Welt wie es ist' (S. 23).

Zweifeln wird mit der "Theorie" vom sozialen Wandel eine Kategorie der komplexen Soziologie betreffen, die eine erhebliche Rolle zur wissenschaftlichen Erkenntnis spielen wird und von Teil als direkte Gegenkonzepte betrachtet werden kann. Ihre Fortentwicklung in der Bürgerlichen Historiographie und Weltanschauungslehre ist unübersehbar.

1. Auflage, Berlin, in: Geschichte, Nr. v. 3 mit Hefung, 3. Auflage, Frankfurt (Main) 1979.  
2. Auflage, Berlin, in: Geschichte, Nr. v. 3 mit Hefung, 3. Auflage, Frankfurt (Main) 1979.  
3. Auflage, Berlin, in: Geschichte, Nr. v. 3 mit Hefung, 3. Auflage, Frankfurt (Main) 1979.

Die "Theorie vom sozialen Wandel" -

Bestandteil bürgerlicher Sozial- und Wirtschaftsgeschichtsschreibung

Günter Wiswede/Thomas Kutsch, Sozialer Wandel. Zur Erklärungsschaft neuerer Entwicklungs- und Modernisierungstheorien

Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1978, VIII und 223 Seiten, 9 graphische Darstellungen, Preis: 35,50 DM

von Horst Handke

Der Begriff "sozialer Wandel" ist von dem US-amerikanischen Soziologen Ogburn (1922) in die Soziologie eingeführt worden, um ältere Begriffe wie "Fortschritt" oder "Entwicklung", die angeblich "wertbelastet" waren, abzulösen<sup>1</sup> (siehe auch S. 1)<sup>2</sup>. Seitdem hat er in wachsendem Maße Eingang in die bürgerliche Literatur gefunden, und das Spektrum der bürgerlichen Theorie des sozialen Wandels, das die beiden Kölner Soziologen und Sozialpsychologen Wiswede und Kutsch vorlegen, ist entsprechend breit.

Eine kurze, systematische Darstellung dieser "Theorie", die zudem verständlich geschrieben und auf das Wesentliche gerichtet ist, hat bisher gefehlt. Den beiden Autoren kann bescheinigt werden, daß ihre Darstellung flüssig verfaßt ist und sich von der schwülstig-verdunkelnden und zuweilen bis zur Aussagelosigkeit entleerten Sprache nicht weniger bekannter bürgerlicher Soziologen vorteilhaft abhebt. Die Autoren scheuen sich auch nicht, eben solche Beispiele bürgerlicher Scheingelehrsamkeit aufzuspießen, so wenn sie etwa Luhmanns Auslassungen zur Evolutionstheorie zitieren und kommentieren: "Der Kern der 'Evolutionstheorie' Luhmanns ist in folgendem Satz enthalten: 'Die wichtigste allgemeine Voraussetzung von Evolution ist, daß eine Diskontinuität von System und Umwelt besteht, mit der Folge, daß jedes beliebige Ereignis, obwohl nur ein Ereignis, differente Wirkungsreihen in Lauf setzen kann (nicht muß!), indem das System, indemdas Ereignis vorfällt, darauf anders reagiert als die Systeme, in deren Umwelt es vorfällt. (Luhmann 1976, S. 50 f.)' Fürwahr: Wenn der Hahn kräht auf dem Mist, dann ändert sich das Wetter, oder es bleibt wie es ist" (S. 97).

Zweifellos wird mit der "Theorie" vom sozialen Wandel eine Kategorie der bürgerlichen Soziologie behandelt, die eine scheinbare Nähe zur marxistischen Klassenkampftheorie besitzt und zum Teil als direkte Gegenkonzeption dazu betrachtet werden kann. Ihre Verbreitung in der bürgerlichen Historiographie und Wirtschaftshistoriographie - insbesondere im

1 Heintz, Peter, in: Soziologie, hg. v. René König, 3. Auflage, Frankfurt (Main) 1960, S. 269 f.

2 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

Zusammenhang mit dem Vordringen der sozial- und strukturgeschichtlichen Richtung - macht sie auch zu einer zentralen Kategorie der bürgerlichen Geschichtswissenschaft.<sup>3</sup>

Wie jede bürgerliche Theorie zerfällt die vom sozialen Wandel in verschiedene theoretische Ansätze, so daß man ebensogut von verschiedenen "Theorien" sprechen kann. Da diese verschiedenen Ansätze nicht immer streng voneinander geschieden sind und in der Regel nach Belieben kombiniert werden, ist es ein oft mühseliges und auch nicht immer lohnendes Unterfangen, eine gewisse Systematik in diesen "Theorie"-Wirrwarr zu bringen. Wiswede und Kutsch haben eine solche Systematik versucht, und sie ist ihnen im wesentlichen gelungen. Als Ergebnis stellen sie vier "Einzeltheorien" oder theoretische Ansätze vor, die von ihnen im vierten Abschnitt ihres Buches - zugleich der Hauptteil - behandelt werden. Damit sind zweifellos die wichtigsten Strukturelemente der gegenwärtigen bürgerlichen Theorie vom sozialen Wandel erfaßt. Ihre Kenntnis trägt dazu bei, Richtungen und Absichten bürgerlichen Denkens - nicht zuletzt, wie sie sich in der westdeutschen sozialen Wirtschaftsgeschichtsschreibung der siebziger Jahre niederschlagen - besser zu erkennen.<sup>4</sup>

Als erstes Strukturelement wäre dementsprechend die Theorie des Funktionalismus und Neo-Evolutionismus zu nennen. Im Zusammenhang mit diesem theoretischen Ansatz wird vor allem der Beitrag untersucht, den "ein soziales Element zum Gelingen des Ganzen stiftet"; es werden also die Funktionen struktureller Elemente innerhalb sozialer Systeme erforscht (S. 71). Da die bürgerliche Theorie weder über die Struktur sozialer Systeme noch über den Funktionsbegriff Klarheit besitzt, entzieht sie sich als Gesamtheorie einer logischen Einordnung. Immerhin hängen mit dieser "Theorie" solche Kategorien wie "Differenzierung" und "Entwicklung" (S. 74), "Reintegration" und "Gleichgewicht" (S. 81) sowie "Anpassung" und "Selektion" (S. 88) zusammen. Anhand dieses begrifflichen Apparats wird die Stoßrichtung dieser Theorie klar: Sie zielt auf die Erhaltung des Systems (genauer des kapitalistischen Systems), und zwar durch Ausschaltung der sozialen Störfaktoren auf dem Wege ihrer "Integration" in das System, durch Erhaltung des "Gleichgewichts", durch "Anpassung" der verschiedenen sozialen Schichten an das "System", durch "Selektion" der bestmöglichen Schichtung zur Erreichung einer besseren "Anpassungskapazität" (S. 93). Soweit in diesen theoretischen Ansatz auch die Untersuchung von Konflikten einbezogen ist, dient sie ebenfalls dem Ziel der Freihaltung des Systems von "Störungen" (S. 73).

Eng verbunden mit dieser Theorie ist die "Modernisierungsforschung". Unter den bürgerlichen Soziologen besteht lediglich Einigkeit darüber, daß es sich hier um einen Teilaspekt des sozialen Wandels handelt (S. 98). Praktisch ist es ein Versuch, Aussagen des "sozialen Wandels" auf einer speziellen Ebene, das heißt am Beispiel eines konkret-historischen Systems wie des Industriekapitalismus (in der bürgerlichen Terminologie als Industriegesellschaft bezeichnet) abzuhandeln. Bei diesen Bemühungen drückt sich die Vielfalt der bürgerlichen Ansätze in voller Widersprüchlichkeit aus. Wiswede und Kutsch sind bestrebt, in die inzwischen schon beträchtlich angeschwollene Modernisierungsliteratur analytische Klarheit zu bringen, und so unterscheiden sie zwischen den "Ebenen der Modernisierung", den "Modellen der Modernisierung" und den bisher durch die bürgerliche Forschung bevorzugten Anwendungsbereichen (Wirtschaft, Politik und Familie). Sie heben mit Recht hervor - und das gilt auch für die Anwendung dieser "Theorie" durch Historiker -, daß die Anhänger der "Modernisierung" vorwiegend Repräsentanten des Neo-Evolutionismus sind, während die Einbeziehung konflikttheoretischer und verhaltenstheoretischer Ansätze weniger entwickelt ist (vgl. S. 142 f.).

3 Vgl. dazu Handke, Horst, Geschichtsdenken in der Anpassung. Ökonomische und soziale Fragestellungen in der Historiographie der BRD, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1980, T. 2.

4 Vgl. zur Notwendigkeit solcher Untersuchungen Seeber, Gustav, Einheit von theoretischer und empirischer Forschung, in: Spektrum, Nr. 10/1978.

Damit kommen wir zum dritten Strukturelement der Theorie des sozialen Wandels, den konflikttheoretischen Ansätzen. Hier sind die Bezüge zur marxistischen Theorie besonders eng und häufig, und es gibt kaum einen namhaften Soziologen dieser Richtung (zum Beispiel Rex, Dahrendorf, Lenski), der nicht auf Marx Bezug genommen hätte. Mehr oder weniger erklärtes Ziel oder zuweilen auch nur Konsequenz solcher Anstrengungen, sich mit Marx auseinanderzusetzen, ist, Theorien zu schaffen, die dem Marxismus äußerlich ähneln und die ihn gleichzeitig von innen her verändern.<sup>5</sup> Die scheinbare Nähe dieser Konzeptionen zum Marxismus macht sie einem großen Teil der bürgerlichen Forscher verdächtig oder bringt ihnen sogar das Prädikat "marxistisch" ein. Sie werden deshalb auch von den offenen Gegnern des Marxismus abgelehnt.

Die von Wiswede und Kutsch vorgenommene Systematisierung macht das Bestreben deutlich, die marxistische Terminologie (und auch Erkenntnistheorie) auszunutzen, einmal, um den bürgerlichen Theorieapparat für die eigene Erkenntnis zu erneuern, und zum anderen, um ihn wirksamer gegen den Marxismus einzusetzen. Unter "historisch-materialistischen Ansätzen" sind dementsprechend nicht etwa Theorien zusammengefaßt, die in der Tradition des Marxismus-Leninismus stehen (Lenin taucht bezeichnenderweise gar nicht erst auf), sondern bürgerliche Theorien, die beim Marxismus Anleihen aufnehmen. Zwar werden gerade noch Marx und Engels hier eingeordnet. Doch im übrigen wird das Schwergewicht auf solche mehr oder weniger durch den Marxismus beeinflusste bürgerliche Forscher gelegt wie Lazarsfeld und Merton, führende US-Soziologen, die den "historischen Materialismus" als "heuristisches Aussagensystem" oder als "Orientierungshypothese" ansehen (S. 160 f.).

Eine besondere Rolle innerhalb der konflikttheoretischen Ansätze spielen die Revolutionstheorien. Auch diese Konzeptionen sind als Gegenentwurf gegen den Marxismus, das heißt in diesem Fall gegen die marxistische Revolutionstheorie, zu verstehen. Revolutionen werden dabei zu einem "Sonderfall sozialen Wandels" degradiert oder durch funktionalistische bzw. sozialpsychologische Analysen ihres sozialen Charakters entkleidet. Die Unsicherheit bei der Beurteilung von Revolutionen und ihre Reduzierung auf "strukturelle Umwälzungen" zeigen sich selbst bei politisch engagierten und "kritisch-aufklärerischen" Historikern, wie sie aus dem Umkreis der Fischer-Geiss-Schule kommen.<sup>6</sup>

Als viertes Strukturelement der Theorie vom sozialen Wandel können verhaltensorientierte Ansätze angesehen werden. Im Ausbau dieser Ansätze sowie in ihrer Verbindung mit den anderen genannten sehen Wiswede und Kutsch die Perspektive für die weitere Entwicklung der bürgerlichen Theorie vom sozialen Wandel, speziell jedoch der "Modernisierungstheorie". So meinen sie, daß die "Fallgruben" des "naiven" und "funktionalistischen" Evolutionismus überwunden werden müßten. Die bisher bevorzugte strukturalistische Betrachtungsweise der Systemtheorie sei zugunsten einer Perspektive zu verlassen, "die den Menschen mit seinen konkreten Verhältnissen" wieder in den Mittelpunkt der Analyse rücke, "nämlich als Träger und Betroffenen des sozialen Wandels" (S. VII). Dementsprechend scheint ihnen die Tatsache, daß sozialstrukturelle Merkmale "Auslösungsbedingungen" für menschliches Verhalten abgeben, "die Nahtstelle zwischen der vorwiegend strukturalistischen Betrachtungsweise derjenigen Soziologie sozialen Wandels" zu sein, "die das Verhalten von Individuen und Gruppen aus der Analyse verbannt", und einer "alternativen Strategie", "die beim Verhalten selbst einsetzt". "In Abwandlung eines bekannten Wortes könnte man nunmehr formulieren: lerntheoretische Analyse und Verhaltensänderungen ohne Rückgriff auf den sozialen Kontext ist blind, sozial-strukturelle Analyse ohne Rückbezug auf lernpsychologische Mechanismen bleibt leer" (S. 200 f.).

5 Kozlovskij, V. E., Marksistskaja dialektika i èè sovremennye protivniki, Moskau 1978, S. 191.

6 Vgl. Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft. Kritik - Theorie - Methode, hg. v. Imanuel Geiss u. Rainer Tamchina, Bd. 2, München 1974, insbes. S. 12 f.

Für jeden, der mit der Theorie des Marxismus-Leninismus vertraut ist, ist es eine Binsenwahrheit, daß der Mensch im Mittelpunkt einer jeden gesellschaftswissenschaftlichen Analyse zu stehen hat. Die Frage ist nur, was man unter den "konkreten Verhältnissen" versteht, in die der Mensch nach Wiswede und Kutsch "einzubinden" ist. Die Tatsache, daß die beiden Autoren meinen, auf den Menschen selbst aufmerksam machen zu müssen, zeigt eigentlich nur, daß die bürgerliche Soziologie zwischen ihren verschiedenen Konzeptionen hin- und herschwankt, also zum Beispiel einmal das evolutionstheoretische, strukturalistische Konzept, das andere Mal das verhaltenstheoretische verabsolutiert. Wenn die "Empfehlungen" der Kölner Soziologen darauf hinauslaufen, diese beiden Konzeptionen zu verbinden, so kann dies durchaus geeignet sein, der bürgerlichen Theorie neue Elemente der Rationalität zuzuführen. Doch etwas prinzipiell Neues wird dadurch kaum in die Theorie eingebracht, weil das Verhältnis von "Strukturen" und "Verhaltensweisen" durch die Theorie des Marxismus-Leninismus unter weit umfassenderen Gesichtspunkten schon längst erfaßt wird und als dialektische Einheit von Sozialem und Psychischem in die Analyse sozialer Entwicklungsprozesse eingeschlossen ist. Für die bürgerliche Soziologie dagegen dürften auch diese "Empfehlungen" nicht das Problem lösen, wie "Strukturelemente" in eine Gesamtheorie einzuordnen sind, solange "jede Theorie" Einzeltheorie bleibt, ganz abgesehen davon, daß weder der neoevolutionistische noch der verhaltenstheoretische Ansatz theoretisch geklärt ist. Man wird also abwarten müssen, ob die verlangte Hinwendung zur soziologischen Verhaltenstheorie nicht mit jenen Bemühungen bürgerlicher Historiker gleichzusetzen ist, die die historischen Traditionen der Individualisierung der Geschichte wieder stärker zur Geltung bringen möchten, oder ob es sich darum handelt, die Wirtschafts- und Sozialgeschichte durch anthropologische und psychoanalytische Theorien zu ergänzen. Bezeichnend für letztere Bestrebungen sind die Überlegungen von Nipperdey, die bereits 1967 auf dem Freiburger Historikertag vorgetragen wurden. Danach sei die Sozialgeschichte in der BRD bis dahin von einem "wesentlich verkürzten Begriff des sozialen Phänomens" ausgegangen. Indem sie sich gegen eine individualisierende Geschichte, "für die das Handeln einzelner Personen zentral war", gewandt und vor allem die "soziale Bedingtheit" des Menschen im geschichtlichen Prozeß zur Geltung gebracht habe, sei die Zwischenzone, "die Struktur der Person", aus dem Blick gelassen worden. Man müsse also zu historisch-anthropologischen Fragen übergehen.<sup>7</sup>

Noch stärker auf individuell-psychologische Faktoren ausgerichtet sind andere Auffassungen, wie sie zum Beispiel durch einige jüngere Autoren in der BRD vertreten werden. So kommen u. a. Oelkers, Riemer und Radkau bei dem Versuch, eine "kritische Geschichtswissenschaft" oder eine "kritisch-hermeneutische Theorie" zu begründen, zur Überbewertung psychoanalytischer Kategorien, und es wird diesen der entscheidende Anteil bei der Auslösung von Kriegen oder anderen sich "zwanghaft" wiederholenden historischen Ereignissen zugemessen.<sup>8</sup>

Wenn der Wirtschaftshistoriker Wolfram Fischer die Sozialpsychologie und Sozialanthropologie für ausbaufähig hält, um die Rolle des Menschen in der Geschichte noch besser erklären zu können,<sup>9</sup> wird man ihm in dieser allgemeinen Forderung zustimmen können. Doch die gleichzeitige Abwendung von der Geschichte als einer universalen und die Betrachtung

7 Nipperdey, Thomas, Kulturgeschichte, Sozialgeschichte, historische Anthropologie, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 55, 1968, S. 145 ff. - Vgl. auch derselbe, Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte, Göttingen 1976, S. 47 f., 49 ff.

8 Vgl. Radkau, Joachim, Aufgaben für die Praxis der Geschichtswissenschaft, in: Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft, Bd. 1, München 1974, S. 180 ff.

9 Fischer, Wolfram, Sozialgeschichte und Wirtschaftsgeschichte. Abgrenzungen und Zusammenhänge, in: Soziologie und Sozialgeschichte. Aspekte und Probleme, hg. v. Peter Christian Ludz, Opladen 1973, S. 147.



der Wirtschaft als eines beliebigen Sektors der Geschichte<sup>10</sup> führen gerade zu jener Stückwerktheorie (Theorie "mittlerer Reichweite"), die allenfalls im einzelnen bestimmte Leistungen vollbringen kann, die Geschichte selbst zu erklären aber nicht in der Lage ist.

Insgesamt läßt sich sagen; Soweit verhaltenstheoretische Konzeptionen die "individuellen" oder "psychologischen" Variablen zu den bestimmenden, zum "Generalnenner" für sozialen Wandel schlechthin, machen wollen (S. 177), wird dies die bürgerliche Geschichtswissenschaft auf die alten Positionen zurückwerfen. Dabei ist es nicht ausgeschlossen, daß mit der Veränderung des theoretisch-methodologischen Standpunktes auch ein Wechsel der politischen Positionen eintritt, etwa in Richtung auf eine konservativ-reaktionäre Politik. Gerade deshalb wird man die Weiterentwicklung der westdeutschen Historiographie, insbesondere der Sozial- und Wirtschaftshistoriographie, sehr aufmerksam verfolgen müssen.

Der "Anpassungsprozeß" an die vielfältigen sozialen Wandlungen in der Welt und an die wissenschaftlich stringente Theorie des Marxismus-Leninismus ist offensichtlich von zahlreichen Widersprüchen begleitet. Er schließt die Zunahme sowohl rationaler als auch irrationaler Elemente ein. Inwieweit die Veränderung der Theorie vom sozialen Wandel in die eine oder andere Richtung auch von der allgemeinen politischen Situation abhängig ist, läßt sich überzeugend an der Entwicklung der Geschichtswissenschaft in der BRD nach 1945 ablesen. Es wechselten - nach einem groben Raster - Zeiten, in denen die Erhaltung des Systems als vornehmlich statisches Problem angesehen wurde, als der innere Status quo um jeden Preis verteidigt wurde, mit Zeiten, in denen die Erhaltung des Systems zur Anerkennung von Widersprüchen, von "Konflikten", zwang, in denen in bestimmtem Maße Veränderungen als notwendig erachtet wurden. Die im ersten Fall vorherrschende politische Tendenz rückte die neoevolutionistischen Ansätze in den Vordergrund, die häufig mit konservativen oder beschränkt imperialistisch flexiblen Haltungen verbunden waren - so vor allem in den Jahren unmittelbar nachdem zweiten Weltkrieg bis Ende der fünfziger Jahre. Im zweiten Fall gewannen konflikttheoretische Vorstellungen an Boden, nicht selten mit in hohem Maße imperialistisch flexiblen, liberalen oder reformistischen Anschauungen verbunden, so seit den sechziger Jahren. Die sozialen und politischen Zwänge drängten also zur vorrangigen Verwendung bestimmter theoretisch-methodologischer Strukturelemente.

Die theoretisch-methodologische Annäherung der bürgerlichen wirtschafts-, sozial- und politikhistorischen Forschung an eine sozialgeschichtliche "Betrachtungsweise" im letzten Jahrzehnt zwingt die marxistische Wirtschaftshistoriographie, sich stärker mit jenen theoretischen Ansätzen und "Bestandteilen" auseinandersetzen, die die bürgerliche Historiographie der Soziologie entnimmt. Das Buch von Wiswede und Kutsch ist in dieser Hinsicht hilfreich, weil es Systematik und Übersicht in den eklektizistischen Wirrwarr bürgerlicher Theorieansätze bringt und nicht ohne kritische Distanz deren "Erklärungskraft" prüft. Das Marx-"Verständnis" der beiden Autoren bleibt dagegen im engen bürgerlichen Horizont stecken. Den historischen Materialismus wollen sie nur so weit zur Erklärung sozialen Wandels anerkennen, als er ein "gewisses Gegengewicht zu soziologischen Theorien sozialer Entwicklungen" bildet, "in denen Machtstrukturen, Interessengegensätze und ökonomische Verhältnisse eine vergleichsweise geringe oder periphere Rolle spielen" (S. 161 f.) Damit aber stehen sie völlig auf dem Boden eines gleichwertigen Nebeneinanders verschiedener "Theorien", das es letztendlich dem Forscher überläßt, welche er als entscheidend ansieht.

### Eine konkrete Studie des Alltags im Spätfuedalismus

Karl-S. Kramer/Ulrich Wilkens, Volksleben in einem holsteinischen Gutsbezirk. Eine Untersuchung aufgrund archivalischer Quellen

Karl Wachholtz Verlag, Neumünster 1979, 440 Seiten,  
broschiert, Preis: 64,- DM

von Jürgen Kuczynski

Karl-S. Kramer und Ulrich Wilkens legen mit dem angezeigten Buche eine Studie über das Alltagsleben der Werktätigen auf dem Gut Schönweide in Ostholstein für die Zeit etwa von 1750 bis 1810 mit Rückblicken in das 17. Jahrhundert und Weiterschau bis etwa 1850 vor, das sich würdig in die auf diesem Gebiet so tüchtige westdeutsche Forschung einreihet. Zwar erreicht diese noch nicht die Breite der insbesondere auch von der Annales-Schule geförderten französischen Alltagsforschung, aber was die Tiefe des Eindringens in den Alltag angeht, so wird es schwer sein, das Buch von Kramer und Wilkens zu übertreffen.

Vielleicht hätten die Autoren einen allgemeinen wirtschaftshistorischen Hintergrund in der Einleitung geben sollen - aber das kann jeder Leser aufgrund einiger gedruckter Werke leicht für sich nachholen. Das Wesentliche an dem Buch ist doch die Darstellung der Alltagsverhältnisse der Werktätigen aufgrund einer sorgfältigen umfassenden Durcharbeitung reichen Archivmaterials betreffend das Gut Schönweide und die ihm zugehörigen Dörfer sowie zu Vergleichszwecken einiger anderen Güter der Umgebung.

Auf dem Gutsbezirk Schönweide herrschte bis zur Jahrhundertwende, also im weit überwiegenden Teil der hier genauer untersuchten Zeit, strengste Leibeigenschaft "mit täglichen Hofdiensten, die durch eigens zu diesem Zweck gehaltene Leute und Gespanne verrichtet wurden und die wesentliche Leistung der Bauern darstellten" (S. 15)<sup>1</sup>.

Doch bemerkt Kramer auch betreffend die Zeit nach Aufhebung der Leibeigenschaft - und ich habe die gleiche Beobachtung für viele Teile auch im Osten Preußens ebenso wie in seinen mittleren Teilen machen können: "Unsere Fragestellung richtet sich auf das Leben der Gutsuntergehörigen, der Hufner, Kätner, Insten, des Gesindes, der Alten, der Außenseiter. 'Volksleben' meint eben die Lebensweise, Lebensformen, Lebensgewohnheiten dieser Menschen, die unter der Gutsherrschaft lebten, lange Zeit als Leibeigene, dann als freie Untertanen einer immer noch ausgeprägten Herrschaft." So stark natürlich der Einschnitt in die Produktionsverhältnisse durch die Aufhebung der Leibeigenschaft war, in gar mancher Beziehung ändert sich der Alltag der Werktätigen auf dem Gebiete der Gutsherrschaft nicht wesentlich.

In dem einleitenden Abschnitt spielen die Klassenkämpfe eine große Rolle - nicht die der Bauern, sondern die der Knechte gegen die Gutsherrschaft. Zitieren wir nur aus dem zweiten Jahrfünft der dreißiger Jahre des 18. Jahrhunderts aus der Amtsrechnung Ahrensböck

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

ihre "Vergehen" und Strafen "1735: 'Die gesambte hoffknechte zu Süssell, daß sie das in lose getheilte land zum theil gar liegen lassen, zu theil auch verdorben und nicht wie gehörig bearbeitet haben, jeder 1 rtl - 15 rtl'.

1736: 'Die Süsseller haus- und hoffknechte, daß sie auf ... / zwei Flurstücken / die angewiesenen lose nicht nehmen wollen, sondern expresse gesagt, sie wolten solches nicht thun, jeder 1 rtl - 12 rtl'.

1737: 3 Knechte aus Gothendorf, einer aus Ottendorf zahlen je 1 Rtl, einer als Rädelsführer 2 Rtl, 'daß sie wider des verwalters zu Gronenberg verboth sich einen fußsteig über die dasige wintersaat gemachet, wovon Hinrich Dehm der anführer und worthalter gewesen'.

1738: Sieben Ahrensböckische Hofknechte zahlen je 24 B, 'daß sie bey ihrer retour von Travendahl, wohin sie haben fahren müssen, die zäune in der Mildkoppel aufgerissen und sich einen weg über die koppeln gemach't'. In dieses Jahr fällt auch der oben angeführte Beleg, daß die Gronenberger Hofknechte in ihrer Arbeitszeit in die Stangenmühle gingen und 'soffen'.

1739: Vier Knechte aus Gnissau zahlen jeder 1 Rtl, 'daß sie sich untereinander verbunden, nicht ehender als umb 9 uhr nach Hohenhorst zu hofe zu kommen'.

'Die gesambte Süsseler hoffknechte, daß sie im vorigen sommer ihre lose absolute nicht abnehmen wollen, ein jeder 1 rtl - 12 rtl'.

'Nachgesetzte 8 Süsseler hoffknechte zu Süssell, daß sie vorsätzlich und mit gewalt in des pensionairs nachmattswiesen<sup>+</sup> gehütet'. Sie zahlen je einen Rtl Brüche.

'Die Gronenberger hoffknechte, daß sie sich dem pensionair opiniatiret<sup>++</sup> und ihre hofdienste nicht verrichten wollen - 15 rtl'" (S. 46 f.).

Immer sind es Gruppen von Knechten, nicht einzelne, die Widerstand leisten. Und immer sind es nur Widerstandsaktionen, die zu einer gerichtlichen Strafe führten, welche durch die Amtsrechnungen bekannt wurden. Wie viele wird es gegeben haben, die ohne Strafe endeten, weil der Gutsherr oder sein Vogt nachgaben, etwa um die Ernte möglichst schnell einzubringen oder aus ähnlichen Gründen! Das Wesentliche ist, daß es sich offenbar stets um kleine "Verschwörungen" handelt. Die Autoren bemerken sehr richtig, gleichzeitig von einem anderen Widerstand berichtend: "Es stand also noch keineswegs gut mit der Harmonie zwischen Hofknechten, Hufnern und Hofbediensteten in Schönweide - auch noch 1754 kam es zu einem Vorfall während des Hofdienstes, der aktenkundig wurde. Der Feldvogt Hans Bludorn beklagte sich: 'Wie die leuthe den zweiten tag auf dem karkwege Haarlangshaaber<sup>+++</sup> gepflüget und keiner bey die baupferde zum eggen gewesen, so hätte der feldvoigt dem Hans Oldenburg, welcher sonst beym zaunen bestellet gewesen, sagen lassen, zum eggen hinzugehen, es hätte aber Hans Oldenburg dazu sich nicht bequemen wollen, und wie der feldvoigt

+ Nachmatt, Nachmahd ist der zweite Grasschnitt, der nur auf einzelnen, dazu bestimmten Wiesen eingeerntet wurde. Hier haben wahrscheinlich die Süsseler Spanndienstknechte ihre Pferde auf das betreffende Stück geschlagen. Um die Fütterung von Hofdienstpferden kam es mehrfach zu Streitigkeiten.

++ Von frz. optiniâtre, hartnäckig, halsstarrig, steifköpfig, unbeugsam, eigensinnig, also etwa: sich halsstarrig oder hartnäckig widersetzen. Vgl. Joh. Christ. Aug. Heyse, Fremdwörterbuch, 13. Aufl. Hannover 1865, S. 627.

+++ "Karkweg", Kirchweg, ist ein sogenannter Schlag, also ein bestimmtes Feld. "Haarlangshaaber", wohl Hardelandshafer usw. Mensing, II, Sp. 647/648: "Hafer von dem letzten Acker, der wieder als Weide ausliegen soll, daher bei der Bestellung früher nur wenig gelockert".

gedrohet, ihn mit dem in der hand habenden beil einen schlag zu versetzen, so hätte Hans Oldenburg ihn sofort in die haar gegriffen, wie dan der feldvoigt sich nicht wehren mögen, weil alle knechte auf dem felde beisammen gewesen'. Die Begründung ist typisch: Wegen der Anwesenheit der Knechte bei diesem Vorfall steckte der Vogt zurück, er hatte Angst vor einer solidarischen Aktion, die sein Fell gefährdete. Ganz ungescheut sagt er jedoch aus, er hätte den Knecht mit dem Beil schlagen wollen, um ihn zum Gehorsam zu bringen" (S. 53).

Doch viel wichtiger und wirksamer im Alltag ist für den Klassenkampf das, was man als eine Art Sabotage bezeichnen könnte. Die Autoren schreiben: "In den akuten Vorfällen während des Dienstes zeigen sich immer wieder typische Verhaltensweisen von Arbeitskräften und Aufsichtsführenden, Widersetzlichkeit wird am meisten beklagt. Viele Dienste wollen die angewiesene Arbeit nicht tun oder jedenfalls anders tun. Sie opponieren gegen die Arbeitseinteilung und führen die Arbeit nachlässig aus. Sie brechen vorzeitig mit der Arbeit ab, oder sie setzen sich zwischenhinein in den Krug und kommen betrunken aufs Feld zurück. Wenn es ihnen eilt, nach Hause zu kommen, laden sie Führen vorzeitig ab, ohne Anweisungen abzuwarten. Sie bringen zu schwache Hilfskräfte (Kinder!) mit und haben ungeeignetes Gerät dabei. Sie geben vor, daß die Zugpferde zu schwach sind. Sie verwahren die eben geerntete Frucht. Beim Pflügen sind sie entweder zu langsam und richten sich nicht nach den andern, oder sie lassen den Pflug nicht tief genug ein, oder sie verderben (angeblich willkürlich) das Gerät. Im Streit sind sie grob und beleidigend, sie sagen zum Verwalter, 'sie wolten ihm was scheißen', oder 'sein Schnack schisse was' ('ju schnack schitt wat'), sie bezeichnen ihn als Auffresser, Hundsvott, Racker, Schinderknecht usw., oder sie machen ihren Widerpart lächerlich, wie ein Dienstleistender beim Mistfahren den Verwalter und Schreiber vom neuen Vorwerk: Er hat den einen wie den anderen 'primo vor einen humpumper gescholten, secundo vor einen hundsvott, tertio gesprochen, der teuffel solte ihm 9 mal ins leib schlagen, quarto solche kerls könte er in den wind pusten'. Empfindsam reagieren sie auf Vorwürfe, die ihre Arbeitsleistung betreffen. Androhung von Gewalt ist keine Seltenheit.

Ihre Gegner sind kaum wählerischer mit den Worten und schnell mit Schlägen bei der Hand, mit der Peitsche, mit einem Stock, mit der geballten Faust. Diese Gutsbediensteten fürchten um ihre Autorität, ohne die sie freilich auch geliefert sein dürften. Deshalb der schnelle Gang vor Gericht: Sie sind es, wie gesagt, in acht von neun Fällen, die zur Klage schreiten und sie dann oft damit begründen: 'Da ein schreiber, welcher nach den diensten sehen müßte, respect haben' muß, oder: 'Maßen ein ackervoigt solcher gestalt von denen diensten solte begegnet werden, er seine autoritet ganz verlieren und gar nicht respectret werden würde'. Die Untertanen sind auf Distanz bedacht. Während sie verächtlich über die Verwalter und Vögte reden, verbitten sie sich, von ihnen plumpvertraulich angeredet zu werden. Sie halten die Vögte für unehrlich, Vertraulichkeit mit ihnen muß vermieden werden" (S. 57 f.).

Unter den Strafen aus der Gegend von Schönweide sei eine hier erwähnt, die mir in anderen Gegenden nicht aufgefallen ist: "Eine Strafe, in Schönweide nicht belegt, dominierte einige Jahrzehnte lang bei Vergehen gegen die Hofdienstpflcht; das Löschen des Herdfeuers. Diese Maßnahme, durchgeführt vom herrschaftlichen Vogt, traf das ganze Hauswesen des Hufners oder Kätters, der es versäumt hatte, sein Gesinde zum Hofdienst zu schicken, kurz, der seine Hofdienste 'versessen' hatte. Wie lange das Feuer gelöscht bleiben sollte, hing wohl von der Schwere des Vergehens ab; gelegentlich ist von 8 Tagen die Rede. Aktenkundig werden die Fälle in Brücheregistern, wenn die Betroffenen, oft eine ganze Dorfschaft, das Feuer unerlaubt wieder angezündet hatten" (S. 58).

Zu dem Gute gehören zwei Dörfer. Während mir bei Untersuchungen der Verhältnisse im Osten Deutschlands aufgefallen ist, wie relativ lebendig in vieler Beziehung auch unter der Junkerherrschaft, auch im 18. Jahrhundert noch, das Gemeindeleben in den Dörfern ist – wurden doch die gerichtlichen Klagen der Bauern gar nicht selten von der Dorfgemeinde finanziert –, berichten die Autoren über diese beiden Dörfer: "Innerhalb des Gutsbezirkes Schönweide gab es neben den Streusiedlungen und Meierhöfen auch zwei relativ geschlossene Dörfer bzw. 'Dorfschaften', wie man solche Gebilde zu nennen pflegte; Grebin und Görnitz. Hatte sich in ihnen im Laufe der Zeit ein Personenverband herausbilden können, etwa der der Hufner und (oder) Kätner, der dem Gut in gemeindlichen Angelegenheiten als Partner gegenüber oder zur Seite stand? Gab es Ansätze für eine vom Gute möglicherweise sogar geförderte Selbstverwaltung im gemeindlichen Rahmen? Beide Fragen sind zu verneinen. In Schönweide gab es als entscheidende kommunale Instanz nur den Gutsherrn. Er, bzw. die von ihm eingesetzte Gutsverwaltung, war verantwortlich für die 'Gemeinde' und hatte deren Aufgaben zu erfüllen" (S. 115).

Kein Wunder, daß die Autoren über das Gesundheitswesen vermelden müssen:

"Mit dem Gesundheitswesen war es schlecht bestellt. Der nächste Arzt saß in Plön (bzw. Eutin und Lütjenburg), dort gab es auch eine Apotheke. Der Gutsuntergehörige war im allgemeinen auf Selbstversorgung mit Hausmitteln angewiesen. Erst wenn Epidemien ausbrachen, suchte die Gutsherrschaft Maßnahmen zur Eindämmung zu treffen. So war es im Jahre 1798, als Grebin von einer Ruhr-Epidemie heimgesucht wurde. Es starben daran 13 Männer, 10 Frauen und 9 Kinder. Es wurde eine Isolierung des Dorfes angeordnet" (S. 128).

Ganz anders, wenn es sich nicht um die Menschen, sondern um das Vieh handelte:

"Ein eigener Akt liegt vor über 'Recepte in Viehseuchen zu gebrauchen'. Offenbar war die Gutsherrschaft hier besonders interessiert: Sie verfolgte auch die Publizistik auf diesem Gebiet, so wird das '14. Stück der Hannoverschen Anzeigen' und das '98. Stück der Braunschweigischen Beyträge' zitiert. Ein auf einen Zettel geschriebenes Rezept gegen den 'Tollen-Hunde-Biß' beginnt: 'Im Majo einen lebendigen Waßer-Krebs zu Pulver in einem Topf gebrandt und halb so schwer rothe Myrrhen, und soviel Entian Wurtzel gestossen, und wohl durcheinander gemischt . . .'. Das sei gut für Mensch und Vieh" (S. 129). Der letzte Satz ist eine falsche Interpretation, er muß natürlich heißen: Das sei gut für Vieh und Mensch.

Die Autoren verallgemeinern das Fehlen einer echten Dorfgemeinschaft für Ostholstein:

"Die Tatsache des völligen Fehlens von gemeindlicher Selbstverwaltung, ja sogar einer auch nur reagierenden Gemeindeversammlung auch auf dem sonst am Anfang gemeindlicher Regelungen stehenden Gebiet der Feldordnung scheint für das gutsherrschaftliche System der scharfen Ausprägung, wie wir es in Ostholstein vor uns haben, typisch zu sein" (S. 133).

Der zweite Hauptteil des Buches ist schlicht überschrieben "Die einfachen Leute im Gut". Dieser Teil wird aufregend mit der Auswertung der Hoftagsregister von 1798/99 und 1799/1800. Denn durch diese Register ist es möglich, einen sehr genauen Einblick in das Leben der Werk tätigen im Gutsdienst zu erhalten. Man kann zunächst die Belegschaft und ihre Aufgliederung nach Tagen, Geschlecht, Alter, Stellung ersehen. Ebenso die Zahl der Dienstage für jeden Diensttuenden, die Zahl der durch Krankheit oder Militärdienst verlorenen Arbeitstage. Und welche Arbeit sie leisten. Beispiel:

"Dazu einige Tageseinträge aus dem Hoftagsregister; Freitag 4. Mai 1798: 10 Knechte, 7 Halbknechte, 9 Mägde, 2 Dirns, 8 Jungs pflügen; 1 Halbknecht schneidet Häcksel, 1 Jung eggt, 1 Jung hütet Schafe; 1 Magd krank; 6 Dirns graben beim Langenbrink – zusammen gibt das den Dienst von je 10 Knechten, Mägden und Jungs und von je 8 Halbknechten und Dirns. Donnerstag 7. Juni; 2 Knechte und 2 Dirns pflügen Sichten; 1 Jung hütet Schafe; 5 Knechte, 6 Halbknechte, 7 Mägde und 9 Jungs arbeiten beim Mist, 70 Fuder; 1 Magd krank,



eine arbeitet auf dem Hof - zusammen 7 Knechte, 6 Halbknechte, 9 Mägde, 2 Dirns und 10 Jungs. Freitag 27. Juli: 9 Knechte und 8 Halbknechte mähen Roggen, 10 Mägde und 7 Dirns binden; 9 Jungs hocken, 1 Jung hütet Schafe. Sonnabend 28. Juli: 8 Knechte und 4 Halbknechte fahren Roggen ein; 4 Mägde und 4 Jungs laden auf und harken nach; 1 Knecht, 4 Halbknechte, 2 Mägde und 5 Jungs Mist gefahren; 1 Knecht Sand gefahren; 4 Mägde, 7 Dirns gestakt; 1 Jung hütet Schafe - es dienten also 10 Knechte, 7 Halbknechte, 10 Mägde, 7 Dirns und 10 Jungs" (S. 219).

Die Autoren geben eine Gesamtübersicht über die verschiedenen Arbeiten, die von den verschiedenen Dienstgruppen geleistet werden:

"Knechte: Pflügen, Fahren, Reisen, säen, Heck machen, zäunen, Steine ausbrechen, beim Mist (insgesamt 719 Fuder wurden notiert); bei der Aue; mähen; Futter, Gras, Roggen, Hafer, Streu, Nachmahd; Einfuhr; Heu, Hafer, Gerste, Klee; hocken und staken; Wasser mit der Schlöpe<sup>+</sup> gebracht, graben und schaufeln, Siel machen, bei der Modde<sup>++</sup>; bei den Pumpen im Teich, Erde werfen, Richten, Eis hauen und fahren, Rohr schneiden, fischen, beim Heller<sup>+++</sup> Lehm fahren, Busch fahren, dreschen (aber nur wenig), knicken, Schnee schaufeln, Holz hauen und fahren - weggeblieben.

Halbknechte: Im wesentlichen dieselben Tätigkeiten, etwas weniger Reisen nach außerhalb, etwas weniger Gespannarbeit; bei einem Knecht heißt es gelegentlich: 'ist Bauknecht'. Mägde: Mist austragen, fahren, ausmisten, graben, Steine sammeln und ausbrechen, Pflug treiben, auf dem Hof oder im Haus, beim Klee, Futter, Gras; laden; Steine, Mist, Korn, Heu usw.; nachharken und im Fach, binden und hocken; Flachs: ziehen, spreten, binden, brechen und schwingen; Furchen schaufeln und dreschen.

Dirns: Maulwurfshügel ebnen, graben und Steine sammeln, Pflug treiben, graben, auf dem Hof, Disteln stechen, Heu zusammenbringen, beim Futter, Steine laden, binden und hocken, staken, Flachs bearbeiten, beim Mist und der Modde.

Jungs: Maulwurfshügel ebnen, graben und Steine sammeln, nachharken und staken, hocken usw. wie die Dirns, Schweine und Schafe hüten.

Von den knapp 2600 Tagewerken der Knechte entfielen auf Reisen 771, davon 238 nach oder von Rethwisch, und Fahren innerhalb des Guts, soweit genannt, 418 Tagewerke, zusammen rund 1190; 510 Tagewerke kamen aufs Pflügen, 210 aufs Mähen, 100 auf Arbeiten beim (und mit!) Mist, gut 60 aufs Fischen und 40 Knicken; die übrigen Arbeiten weniger Tagewerke im einzelnen, aber zusammengerechnet rund 500.

Bei den Halbknechten nahmen auch die Fahren mit 488 Tagen und Reisen mit 268 (davon 210 nach/von Rethwisch), zusammen knapp 760 den größten Teil der 2050 Tagewerke ein; das Pflügen mit 365 an zweiter Stelle; dann gut 90 Mähen, knapp 100 beim Mist, 80 Fischen und 40 Knicken; ein Halbknecht schnitt regelmäßig Häcksel.

Bei den Mägden ergibt sich: 365 Tagewerke von 2340 Pflügen, 345 Dreschen und 315 Misten, dazu rund 110 beim Mistfahren, 120 Tagewerke auf dem Hof oder im Haus, gut 130 Tage Ar-

+ Nach Mensing, IV, Sp. 561/562, "slöp" gleich Schleife, Schlitten, ein kufengleitendes Transportmittel, das von Pferden gezogen wurde.

++ Siehe Mensing, III, Sp. 698, "mudd", Modder, Schlamm, besonders am Grund von Gewässern. Die Arbeit war als Gewässerreinigen oder Bearbeiten des Schlammes, in den Teichen, zum Düngen o. ä. ?

+++ Heller ist nach Mensing, II, Sp. 727, ein "kleiner Fischteich" zur Überwinterung von Fischen, der eisfrei gehalten wurde. Die Arbeiten aber vielleicht auch das Ablassen und Abfischen der Teiche - 1798 ja auch Bier zum Tischteich.

beiten beim Klee, Futter und Heu, 140 Aufladen von Heu, Getreide, Mist und Steine, 110 Tagewerke Binden und Staken, 130 Flachsbearbeitung.

Auch bei den Dirns entfielen die meisten Tagewerke auf das Pflügen mit 280 von 770, gut 120 aufs Bearbeiten von Klee, Heu und Futter, 115 aufs Binden, Nachharken und Staken, 70 aufs Distelstechen, kaum 10 Tagewerke aufs Flachsbearbeiten.

Bei den Jungs gingen 410 Tagewerke von insgesamt rund 1630 aufs Pflügen, 125 Mist/Mist-fahren, knapp 150 aufs Bearbeiten von Klee, Futter und Heu, 85 aufs Laden und Nachhar-ken, 85 aufs Hocken und Staken, 40 Arbeiten auf dem Hof und 15 Flachsbearbeitung. Dazu das Schafehüten, immer einer der Jungs, die reihum von den Hufnern entsandt abwechsel-ten.

Die Zahlen für Graben, Steine ausbrechen, sammeln, laden und fahren haben wir nicht nach-gerechnet, sie machten einen großen Anteil aus. Aber die wichtigsten Bereiche der Arbeit sind wohl deutlich geworden; Fahren, Misten und Düngen, Erntearbeiten bei Gras und Korn, Graben und Brachen, Flachsbearbeitung; dazu im Winter Dreschen, Holzhauen und -fahren, Fischen, Wege-, Bach- und Knickarbeiten" (S. 221 f.).

Für welches andere Gut haben wir eine solche Übersicht in der gedruckten Literatur? Ich vermute, daß gründliche archivalische Studien in dieser Richtung uns ähnliches für eine gan-ze Reihe weiterer Güter liefern könnten.

Besonders interessant scheint mir auch, wie so ganz im Gegensatz zum Bauernhof Frauen und Mädchen auf dem Feld, auch beim Pflügen, beschäftigt sind. Oder sind unsere Auffas-sungen von der Arbeitsteilung auf dem Bauernhofe in Deutschland zu modellhaft?: Der Mann arbeitet auf dem Felde, die Frau auf dem Hofe bzw. im Gemüse- und Kräutergarten.

Wie sieht der Arbeitstag in der Länge aus? Der Gutsherr von Schönweide, um die Jahrhun-dertwende ein Bürgerlicher namens Amsincks, hat uns auch darüber Material hinterlassen: "Nach Amsincks Hofdienst-Ordnung von 1799 sollten die Bauernvögte in den Dörfern blasen, wenn es Zeit zum Abgang der Hofdienste war. Sie mußten zur bestimmten Zeit (im Sommer 7 Uhr, im Winter 8 Uhr, in der Ernte wohl auch früher) auf dem Hof oder dem Platz sein, wo ihnen Arbeit angewiesen war. So machten sie sich auf den Weg, 3 bis 5 Kilometer, ob alle zusammen, ob die Wagen zum Transport von Handdiensten und Gerät benutzend, ob in Gruppen, Frauen und Männer, Hofdienste und Tagelöhner zusammen - all das muß offen bleiben. Die Mahlzeiten wurden mitgenommen und an Ort und Stelle eingenommen. Das Re-glement setzte zwei Stunden Mittag fest, im Winter 1 1/2 Stunden, Zeit genug, um nach Hau-se zu gehen? 1808 wurde jedenfalls dieses den Breitensteiner Insten untersagt, sie sollten auf dem Hof und in der - winters geheizten - Burgstube ihr Essen einnehmen. Ob aber den Hofdiensten die Burgstube offen war, ist schon wegen der Vielzahl fraglich. Die Gespanne mußten versorgt werden, wo blieben sie in den Pausen? Festere Gruppierungen gab es viel-leicht bei den Fuhr-Gespannen, sonst brachte allein die Arbeitsverteilung viel Wechsel; sogar die Erntearbeiten waren mehr verteilt, als man sich vorstellt: Mähen und Binden wa-ren nicht immer für denselben Tag eingetragen. Hier muß man damit rechnen, daß die Insten und Instenfrauen zur Ableistung ihrer Erntetage dazukamen. Die Tagesleistungen bei den wichtigsten Arbeiten wurden in der Hofdienstordnung festgelegt, dabei heißt es: 'auf den langen Tag', im Sommer bis abends 7 Uhr, in der Ernte auch länger, im Winter bis Son-nenuntergang - dann der Rückweg nach Hause. Maßgeblich für die Arbeitszeit war die Uhr auf dem Torhaus - oder auch das 'Sonnenmerk'?" (S. 220).

Zu alledem können die Autoren auch für einzelne auf dem Gute Dienstleistende Arbeits-Le-bensläufe konstruieren (vgl. etwa S. 251) und Lebensläufe allgemein (S. 331 ff.).

Viele andere Seiten des Lebens der Werktätigen werden uns noch in großer Genauigkeit dargestellt. Hier sei abschließend auf die "Sittlichkeit" eingegangen, weil auch hier so gutes Material geboten wird:

"Bei den Lebensläufen der Dienstmägde im Gut Schönweide fällt auf, daß jede von ihnen ein oder mehrere uneheliche Kinder hatte. Das entspricht auch den in den benachbarten Gutsbezirken sichtbar werdenden Verhältnissen. Recht häufig mußten sich die Gutsgerichte mit unehelichen Schwangerschaften und Geburten befassen, und in den meisten Fällen handelte es sich um Mägde, die von mitdienenden Knechten beschlafen waren. Auf Rixdorf verzeichnete beispielsweise das Gerichtsprotokoll 1842 vier solcher Fälle, 1843 neun, 1844 vier, 1845 vier, 1846 sieben, 1847 zwei, 1848 drei und 1849 vier. Das ist bei einer Bevölkerungszahl von 1600 ein recht hoher Prozentsatz.<sup>+</sup> Die Abhandlung der Fälle zeigt, daß Richter und Betroffene nichts Außergewöhnliches darin sehen. Der routinemäßige Ablauf ging von der Anzeige des Pfarrers aus, der verpflichtet war, die Mütter unehelicher Kinder bei ihrer Obrigkeit zu melden; dann erfolgte die Vorladung der Mutter sowie des von ihr angegebenen Schwängerers vor Gericht; die Buße betrug 10 Rtl für den Mann, 5 Rtl für das Mädchen, sie konnte wahlweise durch eine jeweils zweimal fünftägige Gefängnisstrafe bei Wasser und Brot abgegolten werden.<sup>++</sup> Im Wiederholungsfalle verschärfte sich Bußgelder und Gefängnisstrafen. Erklärten beide jedoch, heiraten zu wollen, wurde die Strafe ausgesetzt und entfiel nach Vorlage des Trauzeugnisses. Die Dienstherrschaft wurde nicht zur Rechenschaft gezogen, obwohl sie nach der Gesindeordnung von 1840 (und sicher auch schon früher) verpflichtet war, 'wie für das leibliche, so auch für das sittliche Wohl des ihr untergebenen Gesindes Sorge zu tragen'. Praktisch beschränkte sich das wohl auf Ermahnungen und Hinweise auf den Besuch von Gottesdiensten. Im Hause selbst war eine Aufsicht bei der Unterbringung des Gesindes fern der bäuerlichen Schlafkammer kaum möglich. In den meisten Fällen geschah die Schwängerung denn auch durch Knechte aus dem gleichen Haus; zuweilen allerdings auch durch fremde Knechte, die sich in die Mäddekammer einschlichen. Andere Anlässe waren die wenigen Festlichkeiten, so 'bey Gelegenheit einer zu Behl im Hause des Bauervoigts stattgefundenen Lustbarkeit', 'bey Gelegenheit eines Gevatterstandes zu Görnitz', bei einem Buchweizenbier. In der Regel trieb es wohl beide Teile zueinander, jedenfalls wurde ein Widerstand seitens der Mädchen kaum einmal für glaubhaft gehalten. . . . Sicher gab es, das zeigt die Häufigkeit der Fälle, eine der herrschenden Moral widersprechende Auffassung vom geschlechtlichen Verkehr unter den Zugehörigen der unterbäuerlichen Schicht, in der uneheliche Geburten als etwas durchaus Normales hingenommen wurden; damit ist nicht gesagt, daß es an jeglichem Verhaltenskodex mangelte. Verkehr zwischen Knechten und Mägden mit der Folge unehelicher Schwangerschaften ist gegenüber der Verführung von Mägden durch ihren Dienstherrn oder dessen Sohn weitaus häufiger, aber es gab natürlich auch solche Fälle. Der Verwalter auf Rohlfshörn schwängerte 1846 eine zwanzigjährige Dienstmagd und mußte deshalb seine Stelle wechseln. Der Holländer Lafrenz auf Theresienhof schwängerte 1831 eine Magd und veranlaßte sie, einen Knecht statt seiner als Vater des unehelichen Kindes ins Taufregister schreiben zu lassen. In Schönweide war es der Sohn des Holländers Kock, der eine Magd verführte. Zu einem Skandal drohte es zu kommen, als ein Dienstmädchen des Schullehrers von Kossau bekannte, von ihm als ihrem 'damaligen Brotherrn' geschwängert worden zu sein. Er hatte sie dann

+ Die Einwohnerzahl nach Schröder-Biernatzki, II, S. 558 (1856).

++ Eine derartige Proportion zwischen der Geldstrafe für Mann und Frau war auch in der Brücheerkenntnis des 17. und 18. Jh. üblich. Zwei Gründe dafür sind denkbar: Einmal die Tatsache, daß dem Mädchen ohnehin Kindbett- und Aufzuchtkosten entstanden, zum anderen die unterschiedliche Höhe der Entlohnung.

noch dazu überredet, einen anderen als Schwängerer anzugeben. Er muß als Witwer zehn Reichstaler Brüche zahlen, doch wird ihm diese Strafe schließlich 'aus allerhöchster Gnade' erlassen" (S. 335 ff.).

Jede Dienstmagd auf dem Gute Schönweide hatte ein oder mehrere uneheliche Kinder! Und wie viele Kinder wurden nicht ausgetragen, und in wie vielen Fällen wurde die Angelegenheit gütlich geregelt und kam nicht vor Gericht, ja wurde auch dem Gutsherrn nicht bekannt.

Rührend in ihrer Naivität die Feststellung der Autoren, daß der Dienstherr oder dessen Sohn weniger uneheliche Kinder zeugten als die Gesamtheit der Knechte.

Nur ein Gut wird hier untersucht - mit gelegentlichen Seitenblicken auf andere in der näheren Umgebung. Bei manchen Beobachtungen ist es schwer zu wissen, ob man verallgemeinern darf - und inwieweit: für Ostholstein? für die Junkerherrschaft? für die Gutsherrschaft überhaupt? Bei anderen findet man weit über andere gedruckte Schriften hinausgehende konkrete Bestätigung für Bekanntes. Anderes wieder scheint ganz neu.

In jedem Fall ist das Buch eine Mahnung für alle Agrarhistoriker, Volkskundler, Lebensweiseforscher und auch politische Historiker des Spätféudalismus und des frühen Kapitalismus, sich weit stärker noch als bisher dem Archivstudium zu widmen.

## Bauernbewegungen in Karten

Karlheinz Blaschke, Ereignisse des Bauernkrieges 1525. Der sächsische Bauernaufstand 1790. Karten mit erläuterndem Text = Abhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Philologisch-historische Klasse, Bd. 67, H 4

Akademie-Verlag, Berlin 1978, 14 Seiten u. 1 Kartenbeilage,  
Preis: 10,- M

von Gerhard Heitz

Die Bauernbewegungen der Epoche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, ihre Ursachen und Formen, ihr Verlauf und ihre Wirkungen, sind in jüngster Zeit vielfältig untersucht worden.<sup>1</sup> Blaschke hat die beiden großen Bauernbewegungen von 1525 und 1790, die am Beginn bzw. am Ende dieser Epoche des Übergangs stehen, zum Gegenstand kartographischer Darstellung gewählt und zwei Karten im Maßstab 1 : 500 000 erarbeitet. In diesen wird die räumliche Ausdehnung der Bewegung dargestellt und versucht, die Dynamik des Verlaufs deutlich zu machen. Wie der erläuternde Text ausweist, nahm Blaschke für 1525 die von Walther Peter Fuchs edierten Quellen<sup>2</sup> als Grundlage, während er für 1790, wo es geschlossene Editionen nicht gibt<sup>3</sup>, "die bereits für die bisherigen Veröffentlichungen zum Thema benutzten Originalakten erneut durchgearbeitet" hat (S. 12)<sup>4</sup>.

- 1 Volz, Ingrid/Brather, Hans-Stephan, Der deutsche Bauer im Klassenkampf (1470 bis 1648). Auswahlbibliographie der Veröffentlichungen in den sozialistischen Staaten aus den Jahren 1945 bis 1972, in: Der Bauer im Klassenkampf. Studien zur Geschichte des deutschen Bauernkrieges und der bäuerlichen Klassenkämpfe im Spätfeudalismus, hg v. Gerhard Heitz, Adolf Laube, Max Steinmetz, Günter Vogler, Berlin 1975, S. 573 - 603; die-selben, Der deutsche Bauernkrieg 1524 bis 1526. Bibliographie der Veröffentlichungen aus den Jahren 1973 bis 1976, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus (im folgenden: JfGF), Nr. 2/1978, S. 387 - 428.
- 2 Fuchs, Walther Peter, Akten zur Geschichte des Bauernkrieges in Mitteldeutschland, Bd. 2, Jena 1942.
- 3 Einige Belege für den nordwestsächsischen Bereich finden sich in: Dokumente zur Geschichte des bäuerlichen Klassenkampfes 1525 bis 1790 im Staatsarchiv Leipzig, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Gesellschafts- u. sprachwiss. Reihe, Nr. 4/1978, S. 234 - 241 = Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus, T. 10. Eine Zusammenstellung der Quellen bei Stulz, Percy, Die antifeudale Bauernbewegung, in: Volksbewegungen in Kursachsen zur Zeit der Französischen Revolution, Berlin 1956, S. 231 ff.
- 4 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf die hier besprochene Arbeit.



Für 1525 unterscheidet Blaschke bäuerliche und städtisch-plebejische Unruhegebiete, von denen er die regionalen Zentren der Bergarbeiterbewegung ausdrücklich abhebt. Mit diesem Verfahren bestätigt Blaschke, ohne sich ausdrücklich darauf zu beziehen oder zu stützen, die vor allem von Adolf Laube nachgewiesene Bedeutung der Bergleute für den Bauernkrieg.<sup>5</sup> Es wird aber auch deutlich, daß die Zahl der an den Bauernkriegsereignissen in Sachsen-erkenntlich beteiligten Städte unbedeutend blieb, obwohl sich um Kleinstädte wie Schwarzenberg, Aue, Plauen und Borna Bauernhaufen, die in der Karte durch starke grüne Umrandungen gekennzeichnet sind, gebildet hatten. Die These von der "völlige(n) Überlegenheit der städtischen Kräfte" (S. 8) erscheint deshalb fraglich; Sie wird von Blaschke im Text nicht gründlich belegt und in der Karte meines Erachtens zu stark betont. Blaschke hat nämlich, um diese These anschaulich zu machen, die erkennbaren oder erschließbaren Zusammenhänge zwischen städtisch-plebejischer und bäuerlicher Bewegung, optisch recht wirkungsvoll, durch starke rote Linien mit Pfeil (in der Legende: "Ideelle oder persönliche Einflüsse und Verbindungen") ausgewiesen. Das führt nun dazu, daß die Mitteilung über die Verlesung von "Artikeln" im Dorf Struppen bei Pirna<sup>6</sup> genauso mit einem roten Pfeilstrich verdeutlicht wird wie die Rolle des Führers der erzgebirgischen Bergleute, Wolf Göttel, der den Waldkirchener Bauern die Artikel verfaßt hat.<sup>7</sup> Bloße Vermittlung durch Boten wird also, methodisch gesehen, einer für die Bewegung entscheidenden persönlichen Aktivität, die wir mit Laube als Führungsrolle begreifen können, gleichgesetzt. Diesem Verfahren möchte ich nicht zustimmen, sondern vielmehr auf drei Aspekte aufmerksam machen. Erstens gibt es städtisch-plebejische und Bergarbeiterbewegungen in einigen Städten auch vor 1525 – das hätte im Text vielleicht angemerkt werden können. Zweitens ist die Karte unvollständig, und zwar sowohl für die städtischen Ereignisse wie auch für deren Ausstrahlung auf das Land.<sup>8</sup> Drittens schließlich vermißt man ein Auswahlprinzip, nach welchem neben den durch soziale Auseinandersetzungen charakterisierten Städten auch weitere in die Karte aufgenommen worden sind (zum Beispiel Rochlitz oder Oschatz). In der vorliegenden Form jedenfalls wird die Relation gar nicht deutlich, und es bleibt die aus Laubes Forschungen sich ergebende Einsicht, daß es nicht die "städtischen Kräfte" (S. 8) schlechthin, sondern die durch Bergleute repräsentierten gesellschaftlichen Wirkungen waren, die dem Bauernkrieg in diesem Raum das Gepräge gegeben haben.

Die Karte für 1790 ist im methodischen Ansatz dadurch bestimmt, daß Blaschke die landesherrlichen Ämter von den Gebieten feudaler Grundherrschaft und Gerichtsbarkeit unterscheidet, weil er die Stoßrichtung gegen den Feudaladel deutlich machen will (S. 11). Die Karte läßt die Kerngebiete, insbesondere um Lommatzsch und westlich von Meißen, wie auch die breite Ausdehnung der Bewegung erkennen. Dabei werden die primär gegen die Wildplage gerichteten Unruhen der Monate Mai und Juni vom Aufstand des Monats August getrennt. Die farbliche Gestaltung dafür erscheint mir allerdings nicht völlig gelungen, da sich das hellere (für die Wildplagen) vom tieferen Grün (für den Aufstand) zu wenig unter-

- 5 Zuletzt Laube, Adolf, Der Aufstand der Schwazer Bergarbeiter 1525 und ihre Haltung im Tiroler Bauernkrieg. Mit einem Quellenanhang, in: JfGF, Nr. 2/1978, S. 225 ff. (dort ist die gesamte Literatur verzeichnet).
- 6 Vgl. dazu die Notiz bei Franz, Günther, Der deutsche Bauernkrieg, München/Berlin 1933, S. 454, bzw. ebenda, 10. Aufl. München, S. 275. – Auf der Karte scheint mir diese Nachricht durch die Linienführung überschätzt.
- 7 Laube, Adolf, Zum Problem des Bündnisses von Bergarbeitern und Bauern im deutschen Bauernkrieg, in: Der Bauer im Klassenkampf, a. a. O., S. 109 ff.
- 8 Dazu derselbe, Studien über den erzgebirgischen Silberbergbau von 1470 bis 1546, 2. Aufl. Berlin 1976, u. a. S. 235 ff., 257 f. = Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte, begründet durch Heinrich Sproemberg, hg. v. Gerhard Heitz, Eckhard Müller-Mertens, Bernhard Töpfer, Ernst Werner, Bd. 22.

scheidet und zudem für Fälle von Gewaltanwendung gegen die Obrigkeit bzw. für Feldlager der aufständischen Bauern (so jeweils die Legende) weitere grüne Zeichen Verwendung finden. Die inhaltliche Konsequenz sehe ich so: Die Trennung der Wildstreitigkeiten (Mai und Juni) vom Aufstand (August) ist als zeitliche Schichtung deutlich geworden, und sie kann zugleich auch als Ausdruck der sich verschärfenden Gegensätze gedeutet werden.<sup>9</sup> Das ist gut, aber zwei weitere Möglichkeiten hat der Verfasser nicht gesehen, jedenfalls nicht verwirklicht. Es sind nämlich durch das angewandte Verfahren diejenigen Einzelereignisse der Bewegung schwer einzuordnen, die zeitlich ebenfalls vor dem August liegen, ohne daß sie als Abwehr der Wildplage eingeschätzt werden können. Sie sind also, wie zum Beispiel die Vorgänge auf dem Rittergut Neusorge im Amte Augustusburg,<sup>10</sup> einerseits chronologisch der ersten Etappe der Bauernbewegung zuzuordnen, gehören aber andererseits inhaltlich bereits zur zweiten Etappe, und sie werden von Blaschke auch so behandelt. Und das führt zur zweiten Fragestellung: Innerhalb der revolutionären Augustereignisse wird zeitlich nicht differenziert, das heißt, der Bauernaufstand wird als eine Einheit begriffen und dargestellt. Man kann also weder seine Etappen noch seinen Höhepunkt erkennen, wenn man den Zeitpunkt der Teilnahme der größten erkennbaren Zahl von Dörfern bzw. Flecken als solchen fassen will.<sup>11</sup>

Nun ist die Schwierigkeit, eine inhaltlich bestimmte und technisch mögliche Lösung zu finden, klar, und ich gehe hier vom Primat der inhaltlichen Anforderungen aus. Es wird in der Karte wie im Text ein Element aller großen Bauernbewegungen vernachlässigt, die Tatsache nämlich, daß im Aufstand begriffene Bauern stets revolutionären Zwang auf andere Bauern, auf Dorfrichter etwa, und auf benachbarte Gemeinden, ausüben, sich zu beteiligen,<sup>12</sup> was das Tempo der Bewegung ungeheuer beschleunigen, aber auch zu deren schnellem Zusammenbruch führen konnte.

Im Unterschied zur Darstellung der bäuerlichen Seite hat Blaschke die Sammlung der feudalen Kräfte zeitlich eindeutig differenziert, indem er den 24. August als Beginn des Gegenstoßes ansetzt und den Umfang des Belagerungsgebietes für den 30. August 1790 ausweist. Es wäre sicher genauso reizvoll wie arbeitsaufwendig gewesen, die soeben als wünschenswert bezeichnete stärkere Differenzierung der Bauernbewegung in bezug auf Ablauf und Umfang mit dem für die feudale Gegenaktion ziemlich eindeutig erkennbaren und einschätzbaren Sachverhalt zu konfrontieren.

Karten und Text von Karlheinz Blaschke sind Ausdruck der Bemühungen, sozialökonomische Zusammenhänge und Verlauf von Bauernbewegungen kartographisch darzustellen. Sie erhärten die bei den Arbeiten am Atlas zur Geschichte gesammelten Erfahrungen hinsichtlich der Notwendigkeit eines sozialökonomisch fundierten und parteilich konzipierten Heran-

9 Stulz, Percy, a. a. O., S. 65.

10 Historisches Orstverzeichnis von Sachsen, bearbeitet v. Karlheinz Blaschke, Leipzig 1957, T. 2: Nordwestsachsen, S. 127; vgl. Stulz, Percy, a. a. O., S. 55.

11 Dazu Schmidt, Hellmuth, Die sächsischen Bauernunruhen des Jahres 1790, Meißen 1908, S. 55 ff.; Die Bauern als Herren der Lage, 23. bis 26. August.

12 Dazu Stulz, Percy, a. a. O., S. 74.

gehens<sup>13</sup>, sie fordern zur Diskussion auf und zum Widerspruch<sup>14</sup> und wecken zugleich Hoffnungen auf die Darstellung weiterer Volksbewegungen - die bäuerlichen Klassenkämpfe des 17. Jahrhunderts bieten sich wohl an.

13 Vgl. die Rezension von Streisand, Joachim, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 6/1974, S. 628 - 632, u. die ausführliche Analyse durch Harnisch, Hartmut/Musiolek, Peter/Sabotke, Siegfried/Thümmler, Heinzpeter, Wirtschaftsgeschichte und soziale Bewegungen im Kartenbild, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 4, S. 243 - 256.

14 Zur Gestaltung der Karte noch zwei Bemerkungen: Blaschke unterscheidet für 1525 "größere" bzw. "mittlere und kleine" Städte sowie Dörfer; dagegen differenziert er für 1790 zwischen Städten mit mehr als 5000 Einwohnern, solchen mit weniger als 5000 Einwohnern, Dörfern bzw. Flecken. Angesichts der agrarischen Problemstellung wäre es hier wünschenswert gewesen, auch die kleinsten Städte (mit weniger als 2000 Einwohnern) durch besondere Kennzeichnung hervorzuheben. - Die Formulierung in der Legende zu 1790 (Grenze des Markgraftums Oberlausitz innerhalb Kursachsens) wird der staatsrechtlichen Sonderstellung der Oberlausitz wohl nicht gerecht.

Publikationen zur materiellen Kultur  
des alten Indiens in der bürgerlichen Historiographie

Bemerkungen zu

Wilhelm Geiger, Kleine Schriften zur Indologie und Buddhismuskunde, hg. v. Heinz Bechert  
= Glasenapp-Stiftung, Bd. 6 (im folgenden: I)

Franz Steiner Verlag GmbH, Wiesbaden 1973, XXXIII und 707 Seiten,  
Preis: 72,- DM

Heinrich Zimmer, Altindisches Leben. Die Kultur der vedischen Arier nach den Samhitā  
dargestellt (Nachdruck der Ausgabe Berlin 1879) (im folgenden: II)

Georg Olms Verlag, Hildesheim/New York 1973, XVI und 460 Seiten,  
Preis: 76,- DM

Wilhelm Rau, Metalle und Metallgeräte im vedischen Indien = Akademie der Wissenschaften  
und Literatur, Abhandlungen der Geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse, Jg. 1973,  
Nr. 8 (im folgenden: III)

Verlag der Akademie der Wissenschaften und Literatur Mainz, in Kommission bei  
Franz Steiner Verlag GmbH, Wiesbaden 1974, 70 Seiten

Hermann Goetz, Studies in the History, Religion and Art of Classical and Mediaeval India,  
hg. v. Hermann Kulke = Schriftenreihe des Südasiens-Instituts der Universität Heidelberg,  
Bd. 16 (im folgenden: IV)

Franz Steiner Verlag GmbH, Wiesbaden 1974, VII und 171 Seiten,  
Preis: 64,- DM

Willibald Kirfel, Die Kultur der Inder, Studienausgaben zur Kulturgeschichte (im folgen-  
den: V)

Akademische Verlagsgesellschaft Athenalon, 2. erw. Aufl., o. O. o. J.,  
76 Seiten, Preis: 12,- DM

von Marlene Njammasch

Eines der Gebiete indischer Geschichte, das noch Forschungslücken aufzuweisen hat, ist  
die Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere aber der Entwicklung der  
Produktivkräfte von der Urgesellschaft über die altorientalische Klassengesellschaft bis  
in den Feudalismus hinein.<sup>1</sup> Der Nachholebedarf auf diesem Gebiet entstand nicht zuletzt  
durch Pseudotheorien, zum Beispiel die Legende von der "Geschichtslosigkeit" des alten

1 Die wirtschaftliche Entwicklung Indiens ab der moslemischen Zeit ist relativ gut er-  
forscht. Erinnerung sei an die grundlegenden Arbeiten sowjetischer Indologen wie K. Z.  
Asrafjan, K. A. Antonova, L. B. Alaev, aber auch indische Historiker wie I. Habib.

und mittelalterlichen Indiens bis zur kolonialen Eroberung; seine angeblich Jahrtausende andauernde Stagnation, besonders im Hinblick auf die seit "ewigen" Zeiten existierenden "typischen indischen Dorfgemeinden", auf die Behauptung, Kasten- und Jājmānsystem hätten seit den ältesten Zeiten bestanden und bis zur kolonialen Eroberung habe es in Indien kein Privateigentum gegeben. Eine Reihe dieser Theorien entstand dadurch, daß europäische Reisende des 16./17. Jahrhunderts von den spätfudalen Verhältnissen der Mogulzeit annahmen, sie hätten in dieser Weise seit den Anfängen der indischen Geschichte existiert.<sup>2</sup> Bernier zum Beispiel, der von 1656 bis 1668 am Hofe Aurangzebs lebte, war Ideologe der jungen französischen Bourgeoisie. Da er die herrschende Eigentumsform in dem Frankreich seiner Zeit - die kapitalistische - in Indien nicht entdecken konnte, sprach er vom Fehlen des Privateigentums im indischen Bereich überhaupt.<sup>3</sup> Einige dieser Theorien, etwa die vom Obereigentum des Herrschers am gesamten Grund und Boden des Reiches im alten und mittelalterlichen Indien, von einer nicht geringen Anzahl englischer Historiker aufrechterhalten und immer wieder "bewiesen" (wie von V. A. Smith), dienten den Interessen der britischen Kolonialmacht in sehr direkter Weise.<sup>4</sup> Die englischen Kolonisatoren sahen sich als "Erben" der Mogulherrscher. Unter Ausnutzung des staatlichen Eigentums am Boden, das auch unter den Mogulkaisern nur eine Form des feudalen Eigentums gewesen war, raubte die britische Administration den Dorfgemeinden Weiden und Brachland, das diese als Allmende genutzt hatten.<sup>5</sup>

Auch die Deformierung der Gesellschaftsformationstheorie und eine allzu große Betonung der Besonderheiten in der gesellschaftlichen Entwicklung Indiens hat die Erforschung der sozialökonomischen Verhältnisse in den älteren Perioden indischer Geschichte gehemmt.

Viele dieser Thesen sind - wenn auch heute nicht mehr in so kategorischer Form vertreten wie früher - durchaus noch nicht überwunden. Musterbeispiele finden sich in dem Buch von Willibald Kirfel (V). Bekannt als Erforscher der Purāṇa-Literatur und Verfasser so verdienstvoller Monographien wie "Die Kosmographie der Inder"<sup>6</sup> und "Das Purāṇa Pañcalakṣaṇa"<sup>7</sup>, begibt sich Kirfel mit dem Buch "Die Kultur der Inder" (V) auf ein Gebiet, in dem seine reaktionäre Geisteshaltung zwangsläufig zum Ausdruck kommen mußte. Man hätte den Band mit Stillschweigen übergehen können, wenn nicht einige schwerwiegende Dinge dagegen sprächen. Die Paperback-Studienausgaben zur Kulturgeschichte sind Einzeldarstellungen aus dem dreißigbändigen, seit 1960 neu herausgegebenen "Handbuch der Kulturgeschichte".<sup>8</sup> Sie richten sich an ein breites Publikum, sind allgemeinverständlich geschrieben, von geringem Umfang und von jedermann billig zu erwerben. Im Prinzip sind es populärwissenschaftliche Arbeiten, die über die wichtigsten Züge in der Kultur eines bestimmten Volkes informieren sollen. Kirfels Arbeit, in zweiter erweiterter Auflage erschienen, desinformiert den Leser, schlimmer noch, er verunglimpft die reiche Kultur

2 Vgl. dazu Nikiforov, V. N., *Vostok i vseмирnaja istorija*, Moskau 1975, S. 85.

3 Vgl. Bernier, François, *Travels in the Mogul Empire A. D. 1656 - 1668*, übersetzt v. A. Constable, Westminster 1891.

4 Vgl. dazu Sharma, R. S./Jha, D. N., *The Economic History of India up to A. D. 1200: Trends and Prospects*, in: *Journal of the Economic and Social History of the Orient* (im folgenden: JESHO), Nr. 1/1974, S. 50; auch Antonowa, K. A., *Über die Einführung des Raiatwari-Systems in Indien (der Klassencharakter der Mirasdare)*, in: *Die ökonomische und soziale Entwicklung Indiens. Sowjetische Beiträge zur indischen Geschichte*, hg. v. Walter Ruben, Bd. 1, Berlin 1959, S. 217.

5 Vgl. dazu Antonowa, K. A., a. a. O., S. 219.

6 Bonn 1920.

7 Bonn 1927.

8 Frankfurt (Main) 1960 ff.



des indischen Volkes an vielen Stellen und preist dafür die "Segnungen" der britischen Kolonialherrschaft. Der Leser erhält nach Lektüre einiger Kapitel, zum Beispiel "Die soziale Struktur", "Mann und Frau", "Das Glaubenswesen", darüber hinaus den Eindruck, daß Indien eine Art ethnographisches Panoptikum sei. Genau dieser Geisteshaltung wegen muß der Respekt des marxistischen Indologen vor dem verdienstvollen Fachgelehrten bürgerlicher Provenienz aufhören. Die "Kosmographie" lesen Fachwissenschaftler, "Die Kultur der Inder" hat Breitenwirkung.

Einige von Kirfels Ansichten seien hier unterbreitet. Seiner Meinung nach waren die indischen Dorfgemeinden seit "fernsten Zeiten" so strukturiert, wie sie es heute noch sind - mit Pañcāyat, Jājmāni- und Kastensystem (V, S. 59 f.)<sup>9</sup>. In der vorkolonialen Zeit hätten seit altersher stagnierende Eigentumsverhältnisse existiert, bei denen "dem König ein Rechtstitel auf Grund und Boden zustand" (V, S. 56). Positive Veränderungen in diese seit ewigen Zeiten in der Weise existierenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse brachten - so Kirfel - erst die Engländer nach der Eroberung Indiens (V, S. 58 f., 65 f.). Für die Entstehung des Kastensystems hat er keine andere Erklärung als die berüchtigte Rassentheorie: "Der Hang zu ständischer und beruflicher Gliederung scheint den Indern, ihrer rassischen Herkunft entsprechend, besonders tief im Blut zu stecken" (V, S. 17). Das Kastensystem ist außerdem für Kirfel seit frühester Zeit wie heute "Grundpfeiler der indischen Gesellschaftsordnung" (V, S. 17). Die Theorie von der Geschichtslosigkeit zeigt sich bei Kirfel folgendermaßen: "Mochten die politischen Verhältnisse sich immerhin wandeln und das Land unter die Herrschaft eines neuen Eroberers kommen, Handel und Wandel blieben im großen und ganzen intakt, und jener brauchte nur das bestehende System zu übernehmen" (V, S. 17).

Es soll hier nicht auf die subjektiven Gründe eingegangen werden, die hinter solchen Pseudotheorien stehen. Eine Auseinandersetzung mit spätbürgerlichen Geschichts- und Sozialtheorien und ihrer Anwendung auf die Geschichte einiger asiatischer Länder, besonders Indiens und Chinas, hat Nikiforov 1975 in seiner verdienstvollen Monographie "Vostok i vseirnaja istorija" geführt.

Aber auch in der westlichen bürgerlichen Historiographie setzt sich - besonders aufgrund archäologischer Grabungen und der Auswertung epigraphischer Quellen - die Erkenntnis immer mehr durch, daß es nie eine "statische indische Gesellschaft" (IV, S. 82) gegeben hat "ohne irgendwelche Veränderungen seit den Zeiten der rishis" (der Weisen der Vorzeit, Seher. - IV, S. 82).

Außer den subjektiven gibt es eine ganze Reihe objektiver Gründe, die das zähe Festhalten an den obengenannten Prämissen für die indische Geschichte zumindest begünstigten. Diese objektiven Ursachen sind es zumeist, die auch in der marxistischen Geschichtsschreibung immer noch Kontroversen über die Einordnung Indiens in das Fünf-Gesellschafts-Formations-System hervorrufen. Einzelne Institutionen indischer Geschichte, wie zum Beispiel das Kastensystem oder die Dorfgemeinde, werden zuweilen noch in der marxistischen Literatur als seit ältester Zeit existierende und über ein Jahrtausend hinweg stagnierende Gebilde aufgefaßt.<sup>10</sup>

9 Die in Klammern gesetzten Seitenangaben im Text beziehen sich auf die hier besprochenen Bücher, die mit I - V gekennzeichnet sind.

10 Vgl. Ruben, Walter, Kulturgeschichte Indiens. Ein Versuch der Darstellung ihrer Entwicklung, Berlin 1978. - Ruben faßt z. B. die Geschichte Indiens ab 500 u. Z. bis zur kolonialen Eroberung als Stagnationsperiode auf.

Die Kenntnis indischer Geschichte gründet sich bis heute in der Hauptsache auf das überlieferte schriftliche Material, da die wissenschaftliche Archäologie erst sehr spät - zu Beginn des 20. Jahrhunderts - einsetzte, verbunden mit den Namen von John Marshall, K. N. Dikshit, Mortimer Wheeler und anderen. Bei der Arbeit des Archaeological Survey of India und des Reports of the Archaeological Survey of India der New Imperial Series handelt es sich im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts eher um einen "topographischen und denkmalpflegerischen Survey."<sup>11</sup>

Das schriftliche Material birgt viele linguistische Probleme und Interpretationsschwierigkeiten gerade der ältesten Texte in sich. Die archaische Sprache und die Stilistik dieser Texte sind oft nur mit Hilfe von Kommentaren zu verstehen.<sup>12</sup> Letztere stammen jedoch fast ausschließlich aus dem Mittelalter und interpretieren die Anschauungen ihrer Zeit in die älteren Quellen hinein. Auch dieser Umstand führte bei nicht wenigen Indologen zu der Annahme, bis zur Kolonialperiode hätten seit der indoarischen Einwanderung im wesentlichen die gleichen, lange Zeit stagnierenden gesellschaftlichen Verhältnisse geherrscht. Die ausschließliche Zugrundelegung der Sanskritliteratur für die Rekonstruktion der älteren Geschichte Indiens führte und führt zu einer sehr einseitigen Interpretation der indischen Geschichte, wie Goetz vermerkt (IV, S. 1). Die indische Sprachwissenschaft selbst hat noch ihre Probleme. Man darf nicht vergessen, daß es neben dem Sanskrit eine Reihe anderer alter und mittelalterlicher Sprachen und Dialekte gab (IV, S. 82).

Die religiösen, rechtlichen und literarischen Werke aus der Zeit der altorientalischen Klassengesellschaft sind fast nie homogen<sup>13</sup>, sondern oft Kompilationen verschiedener Autoren oder Schulen aus verschiedenen Zeiten, wie zum Beispiel das Kautilīya Arthaśāstra.<sup>14</sup> Bei einer großen Zahl von Texten ist der Autor unbekannt. Wenn der Name überliefert ist, weiß man meist nichts oder kennt nur legendenhafte Darstellungen über seine Lebensumstände.<sup>15</sup> Die geographische und zeitliche Einordnung vieler älterer indischer Literaturwerke und Rechtsquellen bereitet heute noch immense Schwierigkeiten. Das große Epos Mahābhārata zum Beispiel erwähnt historische Ereignisse, die bis ins 10. Jahrhundert v. u. Z. reichen. Die Endredaktion (mit 100 000 Ślokas) liegt aber um 400 u. Z.<sup>16</sup> Zweifellos besteht das Mahābhārata aus mehreren Strata, die zeitlich verschiedenen Perioden zuzuordnen sind.

In vielen indischen literarischen, rechtlichen und wissenschaftlichen Quellen sind Interpo-

11 Taddel, Maurizio, Indien, München 1978, S. 186 = Die großen Kulturen der Welt. Archaeologia Mundi.

12 Vgl. Sharma, R. S., Reconstruction of Ancient Indian History, in: Annals of the Bhandarkar Oriental Research Institute (im folgenden: ABORI), Nr. 1 - 4/1974, S. 3.

13 Vgl. ebendā, S. 3 f.

14 Erörterungen darüber bei Vigasin, A. A., Istočnikovedčeskie problemy izučeniija "Arthaśāstry", in: Vestnik drevnej istorii (im folgenden: VDI, Nr. 1/1972, S. 218 ff.

15 Dies betrifft z. B. die Person des Kautilya, der Kanzler des ersten Mauryakönigs, Candragupta, gewesen sein soll.

16 Vgl. Sharma, R. S., a. a. O., S. 4; Sharma, R. S./Jha, D. N., a. a. O., S. 74. - Śloka = Versmaß.

lationen, oft mittelalterliche, enthalten.<sup>17</sup> Die textkritische Bearbeitung der meisten indischen Quellen hat erst begonnen.<sup>18</sup>

Man findet in der älteren indischen Geschichte, in der Zeit der altorientalischen Klassengesellschaft und im Feudalismus bis ins 12. Jahrhundert hinein, als Kalhana seine Rājatarangīnī, die Chronik der Könige von Kaśmīr, schrieb, keine eigentlichen indischen Historiographen (IV, S. 1, 64). Die Purānas und die epigraphischen Praśastis (Genealogien, eigentlich Eulogien) ersetzen keinen Herodot. Auch dies macht die Rekonstruktion der altindischen Geschichte so schwierig.

In bezug auf den Stand der indischen Archäologie schrieb Sharma: "Wir haben einen Stand erreicht, wo wir eine Archäologie brauchen, die durch die Texte unterstützt wird, statt einer Archäologie, die die Texte unterstützt."<sup>19</sup> Auch Taddei spricht vom "Fehlen einer vorbereitenden und klassifizierenden Arbeit in der Vergangenheit, welche der historischen Forschung als Grundlage dient", und beklagt zum Beispiel den Nachholebedarf beim "klassifizierenden Studium der Keramik."<sup>20</sup> Das Bronzezeitalter Indiens, die Industrial- oder Harappa-Kultur, wurde überhaupt erst 1922 durch die Grabungen von D. R. Sahnī (Harappa) und R. D. Banerji (Mohenjo-Daro) bekannt. Bis heute kann man nicht davon sprechen, daß ein klares und geschlossenes Bild dieser Kultur erreicht wäre. Es gibt Disproportionen in der indischen Archäologie. Sehr viel wurde getan, um die vedische Archäologie voranzubringen. Ausgrabungen erfolgten an den Stätten, die in den vedischen Texten eine bedeutende Rolle spielen.<sup>21</sup> Hier wurde zumeist versucht, archäologische Funde mit den einwandernden Indoariern zu identifizieren. Die "Suche nach den Ariern"<sup>22</sup>, bei der mit wechselndem Erfolg verschiedene Fundschichten mit den Indoariern in Zusammenhang gebracht wurden, hält bis heute an.<sup>23</sup> Archäologisch verhältnismäßig gut belegt ist die Kusanazeit. Eine große archäologische Lücke klafft von der Nach-Gupta-Zeit bis zur moslemischen Eroberung.<sup>24</sup>

Darüber hinaus gibt es Mängel in der indischen Archäologie, die mit der Grabungsmethodik zusammenhängen. Noch nicht überall wird mit wissenschaftlich exakten Methoden gearbeitet. Vertikale Ausgrabungen überwiegen die horizontalen. Grabungsberichte erscheinen oft sehr spät und sind nicht ausführlich genug.<sup>25</sup> Es muß jedoch gewürdigt werden, daß die indische Archäologie nach der Erringung der Unabhängigkeit durch Indien einen großen Aufschwung genommen hat. Gegenwärtig sind vier Schwerpunkte deutlich erkennbar, das

17 Vgl. Sharma, R. S., a. a. O., S. 4.

18 Hier sei hingewiesen auf die textkritische Ausgabe des Kauṭīliya Arthaśāstra von Kangle, R. P., The Kauṭīliya Arthaśāstra, I; A Critical Edition with a Glossary, Bombay 1960; II; An English Translation with Critical and Explanatory Notes, Bombay 1963, III; A Study, Bombay 1965; vgl. auch Scharfe, Helmut, Untersuchungen zur Staatsrechtslehre des Kauṭilya, Wiesbaden 1968; Trautmann, Th. R., Kauṭilya and the Arthaśāstra. A Statistical Investigation of the Authorship and Evolution of the Text, Wiesbaden 1971.

19 Sharma, R. S., a. a. O., S. 5.

20 Taddei, Maurizio, a. a. O., S. 26.

21 Z. B. Indraprastha, Hastināpura, Kauśāmbi, Kāśī und andere Orte.

22 Vgl. Sharma, R. S., a. a. O., S. 5.

23 Vgl. Weltgeschichte bis zur Herausbildung des Feudalismus. Ein Abriss, v. einem Autorenkollektiv unter d. Leitung v. Irmgard Sellnow, Berlin 1977, S. 240. - Am meisten wird die bemalte graue Keramik (Painted Grey Ware) Nordwest-Indiens mit den Indoariern identifiziert.

24 Vgl. Sharma, R. S., Decay of Gangetic Towns in Gupta and Post-Gupta Times, in: Journal of Indian History (im folgenden: JIH), Golden Jubilee Volume, 1972, S. 135 ff.

25 Vgl. dazu Sharma, R. S./Jha, D. N., a. a. O., S. 78.

Paläolithikum, das Neolithikum, die Harappa-Kultur und die frühe Eisenzeit des ersten Jahrtausends v. u. Z.<sup>26</sup> Stellvertretend für eine Reihe bedeutender Archäologen seien hier Sankalia<sup>27</sup> und Agrawal<sup>28</sup> genannt.

Das bisher vorliegende archäologische Material spielt in vielen historischen Darstellungen, vor allem in der indischen Historiographie, noch nicht die ihm gebührende Rolle. Besonders die Wirtschaftsgeschichte der älteren Perioden Indiens wird - sofern überhaupt - vorwiegend anhand der schriftlichen Überlieferungen dargestellt. Im ersten Band der "Geschichte und Kultur des indischen Volkes. Das vedische Zeitalter" sind von 532 Textseiten ganze 27 Seiten der wirtschaftlichen Entwicklung in dieser Zeit gewidmet.<sup>29</sup> Archäologisches Material ist dabei kaum verwendet worden, wenn man von der Harappa-Kultur absieht, die kein entziffertes schriftliches Material besitzt.

Es gibt in der bürgerlichen Historiographie westlicher Länder eine Traditionslinie, die nicht nur von den archäologischen Funden abstrahiert, sondern auch die sozialökonomischen Verhältnisse absichtlich primitiv darstellt. So schreibt Kirfel in seiner populärwissenschaftlich gedachten Kulturgeschichte Indiens: "Da nur wenige Dinge gefunden wurden, die als Ackergeräte hätten verwendet werden können, darf man annehmen, daß diese ebenso wie auch noch in späteren Zeiten bis beinahe zur Gegenwart aus Holz hergestellt wurden und infolgedessen im Laufe der Zeit in Staub zerfallen waren" (V, S. 55). Die Inder würden wie in ältester Zeit noch heute den Boden mit "primitiven Holzpflügen" bearbeiten, behauptet Kirfel (ebenda) und fährt fort: "Und doch haben unsere (Hervorhebung - M. N.) modernen landwirtschaftlichen Maschinen bereits angefangen, den indischen Markt zu erobern, natürlich nur soweit es die durchweg geringe Kaufkraft der indischen Landbevölkerung gestattet" (V, S. 57 f.). Zum ersten mißachtet Kirfel hier souverän alle schriftlichen Quellenangaben, die schon in der vedischen Zeit auf einen recht entwickelten Stand der Kupfer- und später Eisenmetallurgie hinweisen. Zum zweiten hätten am Beginn des Feudalismus ohne entwickelte Pflüge mit eisernen Scharen die Schwarzerdeböden des 16. bis 22. Breitengrades in der großen Kolonisation des 5. bis 7. Jahrhunderts u. Z. kaum urbar gemacht werden können.

- 26 Vgl. dazu Herrmann, Joachim, Notizen zur archäologischen Forschung in Indien, in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift (im folgenden: EAZ), Nr. 4/1976, S. 701; vgl. Thapar, Shri B. K., Neue archäologische Funde in Indien, in: Antike Welt, Nr. 4/1974, S. 13 ff.
- 27 Sankalia, H. D., The Prehistory and Protohistory of India and Pakistan, New Edition, Poona 1974.
- 28 Agrawal, D. P., The Copper-Bronze Age in India, New Delhi 1971; Agrawal, D. P./Gosh, A., Radiocarbon and Indian Archaeology, Bombay 1973; Agrawal, D. P./Kusumgar, Sh., Prehistoric Chronology and Radiocarbon Dating in India, New Delhi 1974; Agrawal, D. P./Pant, R. K., Neue Entdeckungen der indischen Archäologie und ihre Datierung, in: Das Altertum, Nr. 2/1977, S. 122 ff.; zu den Grabungen in Lothal vgl. Rao, S. R., Lothal and the Indus Civilization (With a Foreword of Sir Mortimer Wheeler), London/Bombay 1973.
- 29 The History and Culture of the Indian People, Bd. 1: The Vedic Age, hg. v. R. C. Majumdar, 4. Ausg. London 1965. - Ein weiterer Mangel der indischen Geschichtsschreibung, besonders in bezug auf die Wirtschaftsgeschichte älterer Zeiten, ist die noch schwache Zusammenarbeit mit historischen Nachbardsziplinen, der Soziologie, Ethnologie, Anthropologie, Geographie, Sprachwissenschaft u. a. Manche historischen Hilfswissenschaften, z. B. die Numismatik, werden nur in ungenügendem Maße berücksichtigt. Dagegen wendet sich z. B. Sharma, R. S., Coins and Problems of Early Indian Economic History, in: Journal of the Numismatic Society of India, Bd. 31, 1969, S. 1 ff.; auch Thakur, U., Economic Data from the Early Coins of India, in: JESHO, Nr. 3/1971, S. 269 ff.



Hier sei besonders die Deccan-Lava-Region mit ihrem "black cotton soil" erwähnt, der zwar sehr fruchtbar, dafür aber außerordentlich kompakt und deshalb schwer zu pflügen ist.<sup>30</sup> Brhaspati, IX, 79 - 80, beschreibt einen Pflugtyp mit schwerer eiserner Pflugschar, 9 Zentimeter breit und 18 Zentimeter lang, der für tiefes Pflügen und Urbarmachen unberührten Bodens geeignet war.<sup>31</sup> Daß tatsächlich nur wenige eiserne landwirtschaftliche Produktionsinstrumente bei Grabungen zutage gefördert werden, liegt einerseits an dem schon beschriebenen Entwicklungsstand der Archäologie in Indien und andererseits daran, daß das feuchtheiße Klima in den großen Flußtalern dem langen Erhalt eiserner Geräte nicht günstig ist. Viel bedenklicher ist jedoch, daß sich Kirfel in seinen Ausführungen einer billigen Geschichtsfälschung bedient. Er setzt ganz einfach die zum Teil durch die Mißwirtschaft der letzten Moguln, in weit stärkerem Maße aber durch die koloniale Ausbeutung, besonders durch die Engländer, entstandenen sozialen und wirtschaftlichen Zustände des 17. bis 20. Jahrhunderts als Norm für die gesamte indische Geschichte seit ältester Zeit. Korruption, Erpressung, Ausplünderung, Gewalt und Anarchie kennzeichneten das Herrschaftssystem der Ostindischen Kompanie.<sup>32</sup> In Teilgebieten Indiens, zum Beispiel in Bengalen, führte die koloniale Ausplünderung "in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu einer gewaltigen Zerstörung der Produktivkräfte und bedingte somit den allgemeinen wirtschaftlichen Verfall des Landes ..."<sup>33</sup> Wenn Kirfel mit seinem überheblichen abendländischen Kulturbringer- und Sendungsbewußtsein feststellt, daß die Einfuhr moderner landwirtschaftlicher Maschinen ihre Grenze daran findet, daß die Kaufkraft der indischen Landbevölkerung zu gering sei, so ist dies nicht zuletzt das schwere Erbe des Kolonialismus, das das indische Volk heute zu überwinden hat.

Es gibt in der indischen, aber auch in der deutschen bürgerlichen Historiographie eine durchaus positive Traditionslinie in bezug auf die Darstellung wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Probleme in der altindischen Geschichte. In den zwanziger und dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts entstanden die bedeutenden Untersuchungen zur altindischen Wirtschaftsgeschichte von Majumdar<sup>34</sup> und Ghoshal.<sup>35</sup> Auch Altekar<sup>36</sup> wäre hier zu nennen, obwohl man bei ihm, wie zum Teil auch bei Majumdar und Ghoshal, berücksichtigen muß, daß Quellen der altorientalischen Klassengesellschaft und der Feudalgesellschaft unterschiedlos nebeneinandergereiht und ausgewertet werden. In den fünfziger Jahren erschienen die Werke von Datta<sup>37</sup> und Dange<sup>38</sup> - erste Versuche, Perioden der indischen Geschichte vom Standpunkt der marxistisch-leninistischen Geschichtstheorie darzustellen und die sozialökonomische Entwicklung der altindischen Gesellschaft mit der anderer alter Völker zu vergleichen. Danges Arbeit zeigt jedoch einen Mangel an quellenkritischer Analyse und Sorgfalt und eine allzu schematische Gleichsetzung mit antiken gesellschaftlichen Verhältnissen. Bei Kosambi<sup>39</sup> verband sich marxistische Überzeugung mit wissenschaftlicher Akribie, einer gebührenden Beachtung der Wirtschaftsgeschichte des alten Indiens und dem Ver-

30 Vgl. Das, D., *Economic History of the Deccan*, New Delhi 1967, S. 7 ff.

31 Brhaspati Smṛti, hg. v. K. V. Rangaswami Aiyangar, Baroda 1941.

32 Vgl. Komarow, E. N., Zur Einführung der ständigen Veranlagung durch das Samindari-System in Bengalen, in: *Die ökonomische und soziale Entwicklung Indiens*, a. a. O., S. 167.

33 Ebenda, S. 170.

34 Majumdar, R. C., *Corporate Life in Ancient India*, 4. Aufl. New Delhi 1962, z. B.

35 Ghoshal, U. N., *Contributions to the History of the Hindu Revenue System*, Calcutta 1929; derselbe, *The Agrarian System in Ancient India*, Calcutta 1930.

36 Z. B. Altekar, A. S., *A History of Village Communities in Western India*, Oxford 1927; derselbe, *State and Government in Ancient India (from the Earliest Times to 1200 A. D.)*, 4. Aufl. New Delhi/Bombay/Calcutta 1962.

37 Datta, B. N., *Dialectics of Land-Economics in India*, Calcutta 1952.

38 Dange, S. A., *India from Primitive Communism to Slavery*, 4. Aufl. Bombay 1961.

39 Kosambi, D. D., *Das alte Indien. Seine Geschichte und seine Kultur*, Berlin 1969.



such, neueste archäologische Kenntnisse einzubeziehen. Diese Linie wird in noch weit stärkerem Maße von Sharma, dem gegenwärtig wohl bedeutendsten Historiker für die Geschichte des alten und mittelalterlichen Indiens, fortgesetzt.<sup>40</sup>

Bedeutende Impulse für die Erforschung der Wirtschaftsgeschichte des alten und mittelalterlichen Indiens gingen von der marxistischen Geschichtswissenschaft, insbesondere in der Sowjetunion, aus. Historiker wie Il'in,<sup>41</sup> Bongard-Levin,<sup>42</sup> Medvedev,<sup>43</sup> Ašrafjan,<sup>44</sup>

- 40 Sharma, R. S., Śūdras in Ancient India, Delhi 1958; derselbe, Indian Feudalism (c. 300 - 1200 A. D.), Calcutta 1965; derselbe, Light on Early Indian Society and Economy, Bombay 1966; derselbe, Aspects of Political Ideas and Institutions in Ancient India, 2. Aufl. Delhi 1968.
- 41 Il'in, G. F., Śūdras und Sklaven in den altindischen Gesetzbüchern, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswiss. Abt., Nr. 2/1952, S. 278 ff.; derselbe, Drevnij indijskij gorod Taksila, Moskau 1958; derselbe, Klassovij charakter drevneindijskogo obščestva, in: Problemy dokapitalističeskich obščestv v stranach vostoka. Sbornik statej, Moskau 1971, S. 147 ff.; derselbe, Drevnost' i srednevekov'e. Problema urovnej razvitiija proizvoditel'nyh sil, in: Narody Azii i Afriki (im folgenden: NAA), Nr. 6/1976, S. 86 ff.; u. a.
- 42 Bongard-Levin, G. M., Indija epochi Maur'ev, Moskau 1973; derselbe, K probleme sobstvennosti v drevnej Indii, in: VDI, Nr. 2/1973, S. 3 ff.; Bongard-Levin, G. M. / Il'in, G. F., Drevnjaja Indija, Moskau 1969; u. a.
- 43 Medvedev, E. M., Évoljucija formy indijskich darstvennyh gramot i ich proizchoždenie (III-XII vv.), in: Istorija i kul'tura drevnej Indii. Sbornik statej, Moskau 1963, S. 177 ff.; derselbe, Renta, nalog i sobstvennost'. Nekotorye problemy indijskogo feodalizma, in: Problemy istorii Indii i stran srednego Vostoka. Sbornik statej, Moskau/Leningrad 1972, S. 15 ff.; derselbe, Genezis feodal'noj formacii v Indii, in: Očerki ékonomičeskoj i social'noj istorii Indii, Moskau 1973, S. 56 ff.; derselbe, K'voprosu o social'no-ekonomičeskom stroe drevnej Indii, in: NAA, Nr. 6/1966, S. 65 ff.; derselbe, Feodal'nye otnošenija v drevnej i srednevekovoj, Indii, in: ebenda, Nr. 3/1970, S. 71 ff., u. a.
- 44 Ašrafjan, K. Z., Delijskij sultanat (XIII-XIV vv.), Moskau 1960; dieselbe, Agrarnyj stroj Severnoj Indii (XIII-seredina XVIII v.), Moskau 1965; dieselbe, Feodalizm v Indii. Osobennosti i etapy razvitiija, Moskau 1977; dieselbe, Tendencii razvitiija feodal'noj zemel'noj sobstvennosti v XVII-pervoj polovine XVIII v., in: Očerki ékonomičeskoj i social'noj istorii Indii, a. a. O., S. 147 ff.; dieselbe, Problemy razvitiija feodalizma v Indii, in: NAA, Nr. 4/1969, S. 68 ff.; dieselbe, Razvitie denežnyh otnošenij i krest'janskoe zemlevladienie v srednevekovoj Indii, in: ebenda, Nr. 1/1972, S. 72 ff.; u. a.

Antonova,<sup>45</sup> Alaev<sup>46</sup> wären hier zu nennen. In der sowjetischen Indologie wurden wesentliche Voraussetzungen geschaffen, um die Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse, vor allem der Produktivkräfte, von der Urgesellschaft bis zur Gegenwart zu erforschen. Immer mehr sowjetische Indologen gehen davon aus, daß auch die indische Geschichte, ungeachtet ihrer Besonderheiten in der Entwicklung, eine Geschichte aufeinanderfolgender Gesellschaftsformationen, von niederen - der klassenlosen Urgesellschaft - zu den höheren Klassengesellschaften war.<sup>47</sup> Kontroversen gibt es noch über den Charakter der ersten Klassengesellschaft in Indien, die in der sowjetischen Indologie meist als Sklavenhaltergesellschaft angesehen wird.<sup>48</sup>

Diese positiven Ansätze in der fortschrittlichen indischen und in der marxistischen Historiographie blieben nicht ohne Auswirkungen auf die Indologie in den westlichen Ländern, besonders in der BRD. Publikationen der siebziger Jahre weisen darauf hin. Eine deutliche Hinwendung zur Geschichte der materiellen Kultur des alten Indiens, vor allem auf die Entwicklung der Produktionsinstrumente und der Technik ist festzustellen. Damit wird an eine progressive bürgerliche deutsche Tradition angeknüpft, die für die indische Altertumskunde im allgemeinen mit dem Namen von Lassen<sup>49</sup>, für die vedische Zeit mit Zimmer (II) und für die buddhistische Zeit mit Fick<sup>50</sup> verbunden ist. Die Werke dieser Indologen waren für ihre Zeit gründliche Untersuchungen, quellenkritisch (entsprechend dem damaligen Stand der Indologie), sachlich und frei von rassistischen oder europazentristischen Wertungen. Zimmers Monographie war für Jahrzehnte Standardwerk in bezug auf die materielle und geistige Kultur der vedischen Zeit. Die Neuauflage von 1973 ist deshalb begrüßenswert, obwohl man einschätzen muß, daß Zimmers 1879 erschienene Arbeit heute - als Ganzes gesehen -

- 45 Antonova, K. A., Zur Entwicklung des Feudalismus in Indien, in: Die ökonomische und soziale Entwicklung Indiens, a. a. O., S. 1 ff.; dieselbe, Die Hauptformen des feudalen Grundbesitzes im Mogul-Indien des 16. Jahrhunderts, in: ebenda, S. 13 ff.; dieselbe, Über die Einführung des Raitawari-Systems in Indien (der Klassencharakter der Mirasdare), in: ebenda, S. 204 ff.; Antonova, K. A./Bongard-Levin, G. M./Kotovskij, G. G., Istorija Indii. Kratkij očerk, Moskau 1973.
- 46 Alaev, L. B., Južnaja Indija. Social'no-ekonomičeskaja istorija XIV-XVIII vekov, Moskau 1964; derselbe, O karaktere obščestvennogo stroja srednevekovoj Indii, in: Očerki ekonomičeskoj i social'noj istorii Indii, a. a. O., S. 110 ff.; derselbe, Sel'skaja obščina kak element obščestvennogo stroja drevnej Indii, in: VDI, Nr. 1/1976, S. 7 ff.; derselbe, Problema sel'skoj obščiny v klassovyh obščestv, in: Voprosy istorii, Nr. 2/1977, S. 98 ff.; derselbe, K tipologii feodalizma na Vostoce, in: NAA, Nr. 4/1977, S. 67 ff.
- 47 Eine gewisse Ausnahme stellen die Ansichten E. M. Medvedevs in seinen Arbeiten aus den sechziger Jahren dar, in denen er die These vom "ewigen" Feudalismus vertritt. (Vgl. z. B. Medvedev, E. M., K voprosu o social'no-ekonomičeskom stroe drevnej Indii, a. a. O., S. 78.)
- 48 Besonders bei Il'in, G. F., Osnovnye problemy rabstva v drevnej Indii, in: Istorija i kul'tura drevnej Indii, a. a. O., S. 118 ff.; derselbe, Rabstvo i drevnij Vostok, in: NAA, Nr. 4/1973, S. 51 ff.; auch bei G. M. Bongard-Levin, A. A. Vigasin u. a. - In der DDR wird die altindische Gesellschaft meist als altorientalische Klassengesellschaft bezeichnet, vgl. Weltgeschichte bis zur Herausbildung des Feudalismus, a. a. O., S. 236 u. a.
- 49 Lassen, Christian, Herausbildung des Feudalismus, a. a. O., S. 236 u. a.
- 49 Lassen, Christian, Indische Altertumskunde, Bd. 1 - 4, Leipzig/London 1847, 1849, 1858 und 1861.
- 50 Fick, Richard, Die soziale Gliederung im nordöstlichen Indien zu Buddhas Zeit. Mit besonderer Berücksichtigung der Kastenfrage. Vornehmlich auf Grund der Jataka dargestellt, Nachdruck von 1897, Graz 1974.

veraltet ist. Besonders die Archäologie hat die Kenntnisse auf diesem Gebiet seither sehr erweitert. Zimmers Arbeit, die schriftliches Quellenmaterial auswertet, enthält jedoch noch manche nützlichen Gedanken im einzelnen, die eine Neuauflage des Buches rechtfertigen.

Von Wilhelm Rau, der sich vornehmlich als Kenner vedischer Geschichte ausweist, stammen Untersuchungen zur Weberei und Töpferei im alten Indien<sup>51</sup> und die Studie über "Metalle und Metallgeräte im vedischen Indien" (III). Sie beruhen auf einer gründlichen Auswertung des vorliegenden linguistischen Materials unter Aussparung der Ergebnisse archäologischer Grabungen zur vedischen Zeit. Eine Ausnahme bildet der "Anhang zu vajra" (III, S. 62 f.) mit einigen wenigen Überlegungen zu den Harpunen der Kupferhortfunde, die nicht unumstritten blieben.<sup>52</sup> Sicher muß man Rau die erwähnten Unzulänglichkeiten der indischen Archäologie zugute halten. Auch marxistische Indologen scheuen davor zurück, bei Abhandlungen zur vedischen Zeit archäologisches Material zu benutzen. Mylius' ansonsten ebenso verdienstvolle wie gründliche Untersuchung des Entwicklungsstandes der Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte in der jungvedischen Zeit (zirka 800 bis 550 v. u. Z.) geht ausschließlich von den Schriftquellen aus.<sup>53</sup> Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß es immer noch außerordentlich schwierig ist, die in der Zeit von etwa 1100 bis 600 v. u. Z. vorliegenden archäologischen Kulturen mit der in den Veden ablesbaren Kultur der Indoarier zusammenzubringen. Sharma hat sich in letzter Zeit mehrfach zu dem Problem geäußert.<sup>54</sup> Kürzlich erschien dazu ein grundlegender Aufsatz von Bongard-Levin, der die Genesis der altindischen Zivilisation behandelt.<sup>55</sup> Dieser Aufsatz bringt in zweifacher Hinsicht eine ganz neue Qualität in die Diskussion ein. Bongard-Levin untersucht die Entstehung der vedischen Gesellschaft auf der Grundlage des neuesten archäologischen, des linguistischen und des ethnographischen Materials. Er tut dies in klarer Erkenntnis dessen, daß die Erforschung der vedischen Kultur auf der Basis nur einer Quellengattung notwendigerweise ein einseitiges Bild liefern muß. Insbesondere versucht er, die Einflüsse der Harappa-Zivilisation, der Protodravidas und der Mundastämme auf die Indoarier

- 51 Rau, Wilhelm, Weben und Flechten im vedischen Indien, Wiesbaden 1971 = Akademie der Wissenschaften und Literatur, Abh. der Geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse, Nr. 11/1970; derselbe, Töpferei und Tongeschirr im vedischen Indien, Wiesbaden 1972 = Akademie der Wissenschaften und Literatur, Abh. der Geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse, Nr. 10/1972.
- 52 Schlerath, Bernfried, Vedisch vajra - "die Keule des Indra", in: ORBIS, Bd. 24, 2, Louvain 1975, S. 493 ff. und Nachtrag in; ebenda, Bd. 26, 1, 1977, S. 133 ff.
- 53 Mylius, Klaus, Die gesellschaftliche Entwicklung Indiens in jungvedischer Zeit nach den Sanskrit-Quellen, I; Der Entwicklungsstand der Produktivkräfte, in: EAZ, Nr. 2/1971, S. 171 ff.; II; Die Produktionsverhältnisse, in; ebenda, Nr. 3/1972, S. 321 ff.
- 54 Sharma, R. S., The Later Vedic Phase and the Painted Grey Ware Culture, in: History and Society; Essays in Honour of Professor Niharranjan Ray, Calcutta 1978, S. 133 ff.; derselbe, Development of Productive forces and its Social Implications in India in the First Millenium B. C. (Ms., vorgesehen für Altorientalische Forschungen); vgl. dazu auch Peuke, Hans-Joachim, Die ockerfarbene Keramik im Gebiet des Ganga-Yamuna-Doab, in: Pratidanam. Festschrift Heinz Mode = Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Nr. 3/1973, S. 47 ff.; ebenso Icke-Schwalbe, Lydia, Historisch-ethnographische Ergebnisse zur Frühgeschichte vorarischer Stämme auf dem südasiatischen Subkontinent, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Nr. 3/1976, S. 321 ff.
- 55 Bongard-Levin, G. M., K probleme genezisa drevneindijskoj civilizacii (indoarii i mestnye substraty), in: VDI, Nr. 3/1979, S. 3 ff.

nachzuweisen. Dabei führt er den Mythos der kulturellen Überlegenheit der Indoarier ad absurdum, indem er belegt, daß viele Lehnwörter für landwirtschaftliche Instrumente (zum Beispiel *lāṅgala*, Pflug) und Arbeiten aus dem Munda kommen.<sup>56</sup>

Wie erwähnt, wird zwar die Kultur der bemalten grauen Keramik (Painted Grey Ware) allgemein mit der Gesellschaft der frühvedischen Zeit identifiziert<sup>57</sup>, kann aber nicht mit der frühesten Zeit, der Einwanderung der Indoarier, ursächlich in Verbindung gebracht werden.<sup>58</sup> Bongard-Levin erklärt dies mit den Wanderungsrichtungen sowohl der indoarischen wie der dravidischen Stämme und ihren sich daraus ergebenden mehr oder weniger intensiven Kontakten in den verschiedenen zeitlichen Perioden.<sup>59</sup> Aus den Kontakten der Indoarier mit der autochthonen Bevölkerung ergab sich nach Bongard-Levin aber auch eine sehr frühe gegenseitige Beeinflussung, so daß man kaum erwarten kann, daß sich die vedische Kultur, die die Texte widerspiegeln, exakt mit einer bestimmten archäologischen Kultur deckt.<sup>60</sup>

Raus Studie bleibt im Vergleich zu Sharmas und Bongard-Levins Arbeiten qualitativ zurück, enthält aber eine Reihe nützlicher Erkenntnisse. Interessant sind seine Ausführungen zu den Metallnamen, dem Gebrauch der Edel- und Nutmetalle, über Arbeitsgeräte und speziell das Schmiedehandwerk. Wichtig ist die Feststellung Raus, daß zur Entstehungszeit der *Saṁhitās*, *Brāhmaṇas* und *Āraṇyakas* durchaus noch Steinwerkzeuge, zum Beispiel Steinbeile, -hämmer und steinerne Gefäße, in Gebrauch waren, eine Ansicht, die schon Geiger 1884 aussprach.<sup>61</sup> Geiger hielt die Zeit des *R̥gveda* für eine Übergangszeit vom Stein- zum Metallzeitalter (I, S. 22). Für Rau war eine Auseinandersetzung um den Begriff *ayas* nicht zu umgehen. Er nimmt an, Kupfer sei eher als Eisen das Nutzmetall der vedischen Zeit gewesen (III, S. 29). So setzt Rau *ayas* für die früheste vedische Zeit mit Kupfer gleich und geht weiter von einer Identität von *ayas* und *loha* aus (III, S. 21). Auch Zimmer (II, S. 52) übersetzte *ayas* mit Erz, Kupfererz und meinte, daß es erst des Zusatzes von *śyāma* (grau) bedurfte, um *ayas* als Eisen zu bezeichnen. Mit dem Aufkommen des Eisens in einer zweiten Periode der Entwicklung sei zwischen dem roten (*loha*) und dem grauen (*śyāma*) oder dunklen (*kṛsna*) Nutzmetall unterschieden worden, stellt Rau fest (III, S. 24). In einer dritten Periode, als das Eisen das Kupfer als Nutzmetall verdrängt hatte, hätte *ayas* ohne Zusatz von *śyāma* und *kṛsna* Eisen bedeutet. Rau räumt ein, daß Bronze in den Quellen der Zeit bekannt ist (III, S. 20), erklärt aber, ein besonderes Wort für Bronze fehle möglicherweise deswegen, weil Zinn in zu kleinen Mengen zur Verfügung stand. Aus diesem Grunde

56 Vgl. ebenda, S. 17.

57 Vgl. Sharma, R. S., Social Formations in the Upper Gangetic Basin in circa 1000 - 500 B. C., in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Nr. 3/1976, S. 415; Allchin, Bridget/Allchin, Robert, The Birth of Indian Civilisation. India and Pakistan before 500 B. C., Harmondsworth 1968, S. 334 ff.; setzen die bemalte graue Ware zwischen 1100 und 600 v. u. Z. an; vgl. dazu auch Bongard-Levin, G. M., K probleme genezisa drevneindijskoj civilizacii, a. a. O., S. 7.

58 Denn die bemalte graue Keramik hat ihre obere zeitliche Grenze etwa bei 1100 v. u. Z. Zeitlich vor 1200 v. u. Z. liegt die ockerfarbene Keramik, die aber im allgemeinen nicht mit den einwandernden Indoariern identifiziert wird. (Vgl. Peuke, Hans-Joachim, a. a. O., S. 51; Icke-Schwalbe, Lydia, a. a. O., S. 321 ff.; Bongard-Levin, G. M., K probleme genezisa drevneindijskoj civilizacii, a. a. O., S. 16.

59 Vgl. Bongard-Levin, G. M., K probleme genezisa drevneindijskoj civilizacii, a. a. O., S. 14.

60 Vgl. ebenda, S. 14 ff.

61 Geiger, Wilhelm, La civilisation des Aryas. I: Les noms géographiques dans l'Avesta et dans le Rig-Véda; II: Climat et produits du pays, in: Le Muséon, Nr. 3/1884, S. 637.

hätte es zu keiner ausgeprägten Bronzekultur kommen können (III, S. 21; auch I, S. 20, 22). So eindeutige Aussagen, wie Rau sie für ayas macht, sind den Quellen keineswegs zu entnehmen. Mylius macht den berechtigten Einwand geltend, daß ayas sehr wohl auch Sammelbegriff für Metalle<sup>62</sup> gewesen sein könnte; auch als zeitweiliger Begriff für Bronze sei ayas nicht auszuschließen.<sup>63</sup> Es muß weiteren archäologischen Forschungen vorbehalten bleiben, die Probleme, die mit der frühen Eisenzeit in Indien verbunden sind, lösen zu helfen. Agrawal und Kusumgar nehmen an, daß die Kenntnis der Eisenmetallurgie auf zwei Wegen nach Indien gelangt ist; aus dem Iran in den Nordwesten Indiens seit dem 8. Jahrhundert v. u. Z.<sup>64</sup>, nach Süden eventuell unter dem Einfluß von Handelsbeziehungen zu Yemen zwischen 700 und 400 v. u. Z.<sup>65</sup> Der Beginn der Eisenzeit wird auch um etwa 1000 v. u. Z. angesetzt<sup>66</sup>, weil sich die Verwendung des Eisens bereits in den frühesten Schichten der bemalten grauen Keramik nachweisen läßt (Ausgrabungen in Atranjkhhera).<sup>67</sup> Aber in den Ausgrabungsstätten im westlichen Uttar Pradesh, in Rajasthan, im Punjab und in Haryana sind vor allem Speerspitzen, Pfeilspitzen und Lanzen gefunden worden, Waffen also, und nur wenige Hacken und Sichel.<sup>68</sup> Das läßt die Vermutung zu, daß das Eisen in dieser frühen Zeit in der landwirtschaftlichen und handwerklichen Produktion noch keine große Rolle spielte.<sup>69</sup> Zwischen dem ersten Auftreten eiserner Werkzeuge und ihrer massenhaften Anwendung in der Produktion liegen in anderen alten Gesellschaften oft mehrere Jahrhunderte. Insofern ist Sharmas Frage berechtigt, inwieweit die Ausdehnung der Eisentechnologie in Nordindien für die Urbanisierung seit etwa dem 6. Jahrhundert v. u. Z.<sup>70</sup>, verbunden mit einem Aufschwung des Handels, der weiteren Arbeitsteilung innerhalb desselben und dem ersten nachweisbaren Gebrauch von Münzen (den sogenannten punch-marked coins<sup>71</sup>) eine Rolle spielte.<sup>72</sup> Hinzugefügt sei, daß in den Quellen um die Mitte des ersten Jahrtausends

62 Vgl. Mylius, Klaus, Rezension zu Wilhelm Rau (III), in: Orientalistische Literaturzeitung, Nr. 2/1978, S. 188 f.; auch Bongard-Levin, G. M./Il'in, G. F., Drevnjaja Indija, a. a. O., S. 135.

63 Vgl. Mylius, Klaus, Rezension ..., a. a. O., S. 188; auch Macdonell, A. A./Keith, A. B., Vedic Index of Names and Subjects, Bd. 1, Varanasi 1958, S. 32. - Zum Ursprung des Kupfers und des Zinns sowie der Bronzeherstellung in indischen Kulturen vgl. Agrawal, D. P., The Copper-Bronze Age in India, a. a. O.; auch Wheeler, Mortimer, Early India and Pakistan to Ashoka, London 1959, S. 124 (Metallanalysen); Sharma, R. S., Development of Productive Forces, a. a. O., S. 1.

64 Agrawal, D. P./Kusumgar, Sh., a. a. O., S. 147. - Es gibt aber Zweifel an dieser These, daß die Kenntnis des Eisens aus dem Iran kam. (Vgl. Sharma, R. S./Jha, D. N., a. a. O., S. 141.)

65 Vgl. Agrawal, D. P./Kusumgar, Sh., a. a. O., S. 141.

66 Vgl. Sharma, R. S., Social Formations in the Upper Gangetic Basin ..., a. a. O., S. 415.

67 Vgl. Bongard-Levin, G. M./Il'in, G. F., Drevnjaja Indija, a. a. O., S. 135.

68 Vgl. Sharma, R. S., Development of Productive Forces, a. a. O., S. 3.

69 Vgl. ebenda.

70 Nachweisbar an der Verbreitung der nördlichen schwarzpolierten Keramik (Northern Black-Polished Ware), die nach Agrawal, D. P./Pant, R. K., a. a. O., S. 125, von ca. 500 - 50 v. u. Z. anzusetzen ist. - Zur Stadtproblematik in jungvedischer Zeit (800 - 550 v. u. Z.) vgl. Mylius, Klaus, Gab es Städte im jungvedischen Indien?, in: EAZ, Nr. 1/1969, S. 33 ff.

71 Vgl. Kosambi, D. D., a. a. O., S. 144 f., Münzen mit Stempelmarken.

72 Vgl. Sharma, R. S./Jha, D. N., a. a. O., S. 79; auch Sharma, R. S., Iron and Urbanization in the Gangā Basin, in: The Indian Historical Review, Nr. 1/1974, S. 98 ff.



v. u. Z. die Vollendung der dritten gesellschaftlichen Arbeitsteilung sichtbar wird.<sup>73</sup> Die Urbanisierung ging einher mit dem Auftreten einer neuen Keramik, der sogenannten nördlichen schwarzpolierten Keramik (Northern Black-Polished Ware), die von etwa 500 bis 50 v. u. Z. andauerte. Hauptgebiete dieser zweiten<sup>74</sup> städtischen Entwicklung auf indischem Boden waren Uttar Pradesh und Bihār. Agrawal und Pant vertreten die Meinung, daß diese Regionen, die mit dichten Wäldern und Sumpfbereichen bedeckt waren, "nur mit Hilfe zahlreicher Eisenwerkzeuge gerodet und urbar gemacht werden konnten."<sup>75</sup> Zum Aufschwung der Eisenmetallurgie trug die Nutzung der Eisenerzvorkommen in Bihār bei.<sup>76</sup>

Probleme der Stadtentwicklung in der zweiten Hälfte des ersten Jahrtausends v. u. Z. hat 1969 der BRD-Indologe Schlingloff auf der Grundlage archäologischen und schriftlichen Quellenmaterials in einer interessanten Studie untersucht.<sup>77</sup>

In den siebziger Jahren erschienen eine Reihe von Aufsätzen zur materiellen Kultur des alten Indiens in Zeitschriften der BRD. Von Schlingloff liegt ein Aufsatz über Baumwollproduktion und -verarbeitung im alten Indien vor.<sup>78</sup> Erwähnt seien hier auch der 1971 erschienene Artikel über die Zuckerherstellung im alten Indien<sup>79</sup> und die 1978 in der Zeitschrift *Saeculum* veröffentlichte kleine, aber außerordentlich interessante Studie zur Technikgeschichte des alten und mittelalterlichen Indiens, beide von Hinüber.<sup>80</sup> Besonders die Arbeiten von Schlingloff und Hinüber, aber auch die von Rau sind solide quellenkritische Studien, die auf reichen Materialsammlungen beruhen. In ihrem Aussagewert sind sie zwar auf ein enges Gebiet begrenzt, tragen aber dennoch dazu bei, die Geschichte der Produktivkräfte von den ältesten Zeiten der indischen Geschichte bis zum Feudalismus erforschen zu helfen.

73 Vgl. Njamasch, Marlene, Einige Aspekte der sozialen Gliederung in den altindischen Staaten in der zweiten Hälfte des I. Jahrtausends v. u. Z., in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1976, T. 4, S. 113 ff.

74 Die erste Periode der Urbanisierung beruhte auf der Entwicklung der Kupfermetallurgie in der Harappa-Kultur. Vgl. dazu Gupta, S. P., Two Urbanizations in India. A Side Study in Their Social Structures, in: *Purāttatva. Bulletin of the Indian Archaeological Society*, Nr. 7/1974, S. 53 ff.

75 Agrawal, D. P./Pant, R. K., a. a. O., S. 125; auch Sharma, R. S., *Development of Productive Forces*, a. a. O., S. 12.

76 Vgl. ebenda.

77 Schlingloff, Dieter, Die altindische Stadt. Eine vergleichende Untersuchung, Mainz/Wiesbaden 1969 = Akademie der Wissenschaften und der Literatur. Abh. der Geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse, Nr. 5/1969.

78 Derselbe, Cotton-Manufacture in Ancient India, in: *JESHO*, Nr. 1/1974, S. 81 ff.

79 Hinüber, Otto v., Zur Technologie der Zuckerherstellung im alten Indien, in: *Zeitschrift der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft*, Nr. 1/1971, S. 93 ff.

80 Derselbe, Probleme der Technikgeschichte im alten Indien, in: *Saeculum*, Nr. 3/1978, S. 215 ff.; vgl. auch Goetz, Hermann, Bewässerungs- und Entwässerungsanlagen im vorbritischen Indien. Teiche, Stauseen, Brunnen, Hebewerke, Deiche und Kanäle, in: *Jahrbuch des Südasien-Instituts der Universität Heidelberg* 1966, Bd. 1, Wiesbaden 1967, S. 35 ff. - Eine Übersicht über die Literatur zur Technologie speziell der Ur- und Frühgeschichte findet sich bei Ray, Anita/Chakraborti, D. K., *Studies in Ancient Indian Technology and Production: a Review*, in: *JESHO*, Nr. 2/1975, S. 219 ff.

## FORSCHUNGSBERICHTE

### Die Agrarfrage in Rußland im Jahre 1917

#### Historiographische Probleme der siebziger Jahre

von T. V. Osipova

Die Agrarfrage war in Rußland um das Jahr 1917 eines der wichtigsten Probleme im sozialen und politischen Leben. Lenin wies darauf hin, daß die Agrarfrage in allen kapitalistischen Ländern existiere, in Rußland weise sie jedoch eine Besonderheit dahingehend auf, daß es "neben der allgemeinkapitalistischen Agrarfrage eine andere 'echt-russische' Agrarfrage" gebe.<sup>1</sup> Ihr Wesen bestand darin, daß in Rußland die kapitalistischen Verhältnisse in der Landwirtschaft "in gewaltigem Ausmaß durch feudale Verhältnisse niedergehalten" wurden. "Der Kampf der Masse der Bevölkerung, in erster Linie der Masse der Bauernschaft schlechthin, gerade gegen diese Verhältnisse - darin eben besteht die Eigenart der russischen Agrarfrage."<sup>2</sup> Lenin verband als erster die Lösung der Agrarfrage mit den Aufgaben der bürgerlich-demokratischen und später auch mit denen der sozialistischen Revolution, mit der Frage nach den Verbündeten des Proletariats in diesen Revolutionen.

Die sowjetischen Wissenschaftler nahmen die Bearbeitung der Agrar- und Bauernfrage in Rußland in breiter Front in Angriff. Unter ökonomischem Aspekt standen bei den Forschungen in den letzten zehn Jahren die Gesetze der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft, der Charakter des Grundbesitzes und der Bodennutzung, Fragen der inneren Struktur der bäuerlichen und der Gutsbesitzerwirtschaft sowie der Grad ihrer kapitalistischen Entwicklung im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Unter soziologischem Aspekt wurden die Klassenverhältnisse zwischen Gutsbesitzern und Bauern untersucht. Große Aufmerksamkeit galt der Erforschung der bäuerlichen Bewegung und ihren Formen. Auf politischem Gebiet wurden weitere Ergebnisse in der Erforschung des Kampfes der Partei um die Bauernschaft als Verbündeter des Proletariats bei der Eroberung der Macht erzielt. In den siebziger Jahren wurden auch verstärkt Forschungen zu den theoretischen Grundlagen für die Lösung der Agrarfrage in Rußland betrieben.

Die Analyse aller dieser Aspekte der Agrar- und Bauernfrage in Rußland ist von großer Bedeutung, um zu verstehen, welche sozialökonomischen Voraussetzungen zur Umwandlung der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische notwendig sind. In den siebziger Jahren verstärkte sich die Erforschung der sozialökonomischen Aspekte, und zahlreiche neue Quellen wurden in die Forschung einbezogen. Dadurch konnten die bisherigen Vorstellungen über die Grundfragen dieser Thematik präzisiert und erweitert werden. Die Histo-

1 Lenin, W. I., Das Wesen der "Agrarfrage in Rußland", in: Werke, Bd. 18, Berlin 1972, S. 60.

2 Ebenda, S. 61.

riographie zeichnete sich in den letzten zehn Jahren auch dadurch aus, daß sie kompliziertere Aufgaben löste, den territorialen Rahmen der Untersuchung weiter spannte und vollkommener Methoden der wissenschaftlichen Bearbeitung des Quellenmaterials anwendete.

In der historiographischen Bearbeitung der oben genannten Probleme zeichnet sich eine klare Kontinuität ab. Aus den wissenschaftlichen Diskussionen der sechziger Jahre entsprangen eine Reihe von Fragen, ohne deren klare Beantwortung die Wissenschaftler keine richtigen Vorstellungen über den Reifegrad der objektiven Bedingungen für die sozialistische Revolution in Rußland erlangen können und die Wechselbeziehungen zwischen den Aufgaben, die in den beiden Revolutionsetappen des Jahres 1917 zu lösen waren, nicht bestimmen können. Die wichtigste Frage ist dabei, welches Entwicklungsniveau der Kapitalismus in der Agrarstruktur Rußlands erreicht hatte, welches Gewicht die kapitalistischen - darunter die kleinbourgeoisen - und die feudalen Verhältnisse auf dem Dorfe hatten und welche Bedingungen die Agrar- und Bodenrevolution hervorbrachte. Ein anderes viel diskutiertes Problem ist, welchen Charakter die kapitalistische Agrarentwicklung in Rußland trug. In den letzten zehn Jahren erzielten die Wissenschaftler bei der Bearbeitung dieser Fragen bedeutende Erfolge.

Im Verlauf der in den sechziger Jahren geführten wissenschaftlichen Diskussionen wuchs das Interesse für die Untersuchung der sozialökonomischen Struktur des Dorfes, die gründliche Erforschung des Entwicklungsniveaus des Kapitalismus in der Landwirtschaft und die Herausarbeitung ihrer regionalen Besonderheiten. In den siebziger Jahren wurde eine große Anzahl von Studien zu diesen Problembereichen geschrieben.<sup>3</sup>

Bedeutende Erfolge wurden bei der Untersuchung des Großgrundbesitzes und dessen Bewirtschaftung, bei der Erforschung des sozialen Wesens dieser Wirtschaften, ihrer Rolle innerhalb der landwirtschaftlichen Produktion und ihres Einflusses auf die landwirtschaftliche Entwicklung Rußlands erzielt. Minarik, der umfangreiche Materialien über den Bodenbesitz, die Bodennutzung und das Bewirtschaftungssystem der größten Grundeigentümer Rußlands durchgearbeitet hat, machte das widersprüchliche Wesen von Bodeneigentum und Wirtschaftsführung der Großgrundbesitzer deutlich. Er konnte nachweisen, daß die Großgrundbesitzungen Hauptträger der feudalen Überbleibsel waren (mehr als 62 Prozent des Bodens verpachteten die Großgrundbesitzer unter Hörigkeitsbedingungen an Bauern). Gleichzeitig weist der Autor darauf hin, daß die Latifundien auch eine Art kapitalistischer Organisation der Wirtschaft waren. Insgesamt zieht Minarik jedoch den Schluß,

3 Budaev, D. I., Smolenskaja derevnja v konce XIX - načale XX vv. K voprosu o tempach, urovne i stepeni razvitiya agrarnogo kapitalizma, Smolensk 1972; Gorjuškin, L. M., Krest'janstvo Sibiri na rubeže dvuch vekov, Novosibirsk 1967; derselbe, Agrarnye otnošenija v Sibiri perioda imperializma (1900 - 1917 gg.), Novosibirsk 1976; Gricenko, N. P., Gorskij aul i kazač'ja stanica Tereka nakanune Velikoj Oktjabr'skoj socialističeskoj revolucii, Groznyj 1972; Grosul, Ja. S./Budak, I. G., Očerki istorii narodnogo chozjajstva Bessarabil (1861 - 1905 gg.), Kišinev 1972; Židkov, G. P., Kabinetskoe zemlevladienie (1747 - 1917), Novosibirsk 1973; Koval'čenko, I. D./Milov, L. V., Vserossijskij agrarnyj rynek. XVIII - načalo XX veka. Opyt kollektivnogo analiza, Moskva 1974; Nevskaja, V. P., Agrarnyj vopros v Karačaevo-Čerkessii v epochu imperializma, Čerkessk 1972; Nekotorye voprosy social'no-ekonomičeskogo razvitiya Jugo-Vostocnoj Rossii, Sbornik statej, Stavropol' 1970; Patrušev, A. S., Marijskaja derevnja v period imperializma, Joškar-Ola 1974; Teliščuk, P. I., Ekonomičeskie osnovy agrarnoj revolucii na Ukraine, Kiev 1973 (in ukrainischer Sprache); Sumbatzade, A. S., Social'no-ekonomičeskie predposylki pobedy Sovetskoj vlasti v Azerbajdžane, Moskva 1972; u. a. - Außerdem wurde zu dieser Thematik eine bedeutende Anzahl wissenschaftlicher Artikel veröffentlicht.

daß die Agrarstruktur Rußlands zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch nicht kapitalistisch gewesen sei.<sup>4</sup> Eine ähnliche Meinung vertrat Ende der sechziger Jahre Anfimov, der zwar eine Entwicklung der Gutsbesitzerwirtschaften zum Kapitalismus ebenfalls nicht verneinte, gleichzeitig aber hervorhob, daß halbfeudale und vorkapitalistische Formen der Produktionsorganisation und Bewirtschaftung auf den großen Gütern überwogen hätten. Darin liege die Hauptursache dafür, daß die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft nicht als abgeschlossen zu betrachten sei, nicht einmal in ihrer konservativen Tendenz (preussischer Weg).<sup>5</sup> Die wissenschaftlichen Opponenten dieses Standpunktes (S. M. Dubrovskij, M. A. Rubac, V. G. Tjukavkin und andere) stellten gleichzeitig (in den sechziger Jahren) zu Recht fest, daß man das Vorhandensein von Elementen des Feudalismus nicht als charakteristisch dafür anerkennen könne, ob die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft auf dem einen oder dem anderen Wege vor sich gehe. Die die kapitalistische Entwicklung kennzeichnenden Besonderheiten steckten in der Wirkung anderer ökonomischer Gesetze und Faktoren als feudaler. Die wichtigsten sind die Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen, die Anwendung von Lohnarbeit sowie Maschinen, die Ausdehnung der Warenwirtschaft und andere.<sup>6</sup>

In den siebziger Jahren analysierten Autoren auf der Grundlage von neu in die wissenschaftliche Untersuchung einbezogenen Dokumenten den Bodenbesitz der Großgrundeigentümer, die Bodennutzung, das Bewirtschaftungssystem sowie den Charakter der Wechselbeziehungen zwischen Großgrundbesitzern und Bauern in der Ukraine, in Bessarabien, im Baltikum, im mittleren Wolgagebiet, im Nordkaukasus, in Transkaukasien, Sibirien und anderen Gebieten. Sie belegten durch zahlreiche Fakten, daß sich die Gutsbesitzerwirtschaften zu kapitalistischen umwandelten, und hoben gleichzeitig den hemmenden Einfluß hervor, den die feudalen Überreste auf die Entwicklung des Agrarkapitalismus ausübten. Dieser Prozeß hatte im Jahre 1917 noch keinen Abschluß gefunden, was die objektive Grundlage der bürgerlich-demokratischen Revolution war. Budaev, Nevskaja, Gričenko, Gorjuškin und andere grenzten Inhalt und Form des Agrarkapitalismus in den von ihnen untersuchten Gebieten streng voneinander ab und betrachteten das als Unterpfand für das richtige Verständnis sowohl des allgemeinen Charakters der Agrarstruktur wie auch des gesamten Verlaufs der bürgerlichen Agrarentwicklung. Die genannten Autoren brachten anhand von Materialien aus den von ihnen untersuchten Territorien Licht in die Wechselbeziehung zwischen den sozialökonomischen Formationen innerhalb der landwirtschaftlichen Produktion. Sie erkundeten die allgemeinen Züge und die charakteristischen Besonderheiten der landwirtschaftlichen Situation und der Klassendifferenzierung in der Bauernschaft kurz vor der Oktoberrevolution, präzisierten die Wechselverhältnisse zwischen den wichtigsten sozialen Gruppen der Bauernschaft, arbeiteten unterschiedliche Gesichtspunkte hinsichtlich des Grades der feudalen Überreste und des Entwicklungsniveaus des Kapitalismus heraus und bestätigten auf diese Weise überzeugend als allgemeine Gesetzmäßigkeit; überall entwickelte sich der Kapitalismus in der Landwirtschaft und die Herrschaft des bourgeois Typs sozialökonomischer Verhältnisse. Die Autoren weisen überzeugend nach, daß auf dieser Grundlage die objektiven sozialökonomischen Voraussetzungen für die Umwandlung der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution heranreifen.

4 Minarik, L. P., *Ekonomičeskaja charakteristika krupnejšich zemel'nych sobstvennikov Rossii konca XIX - načala XX v.*, Moskva 1971, S. 142.

5 Anfimov, A. M., *Krupnoe pomeščič'e chozjajstvo Evropejskoj Rossii (konec XIX - načalo XX veka)*, Moskva 1969.

6 Vgl. Tjukavkin, V. G., *Sibirskaja derevnja nakanune Oktjabrja*, Irkutsk 1966, S. 441 - 443.

Großes wissenschaftliches Interesse verdienen die von Koval' čenko und Milov durchgeführten Forschungen zum Kardinalproblem der Agrargeschichte Rußlands, zur Formierung und Entwicklung des gesamtrussischen Agrarmarktes. Die verallgemeinernde Analyse der Geschichte der Schaffung des gesamtrussischen Agrarmarktes stellt den Schlüssel zum Verständnis der aktuellen und viel diskutierten Frage nach der Genesis kapitalistischer Verhältnisse auf dem Dorfe und der Agrarstruktur Rußlands um das Jahr 1917 dar. Mit unwiderlegbarer Beweiskraft zeigen die beiden Autoren den Einfluß der objektiven, für die kapitalistischen Verhältnisse charakteristischen Gesetzmäßigkeiten auf alle Formationen und Wirtschaftstypen, ihre Verbindung mit der Warenproduktion und dem Markt. Mit ihren tiefgründigen Forschungen über die Entstehung des gesamtrussischen Agrarmarktes widerlegen Koval' čenko und Milov überzeugend die Behauptungen, die Agrarstruktur Rußlands habe um das Jahr 1917 halbfeudalen Charakter getragen. Bei der Bearbeitung des neuen Quellenmaterials, zu der sie mathematische Methoden anwendeten und die elektronische Datenverarbeitung einsetzten, unterstrichen sie wiederholt, daß die kapitalistische Formation im System der Agrarverhältnisse die herrschende war und den Gesamtverlauf der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion bestimmte. Die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft Rußlands, so schlußfolgerten die Autoren, habe zwar bedeutende Tiefe erlangt, jedoch nicht ihr höchstes Stadium erreicht. Die wirtschaftsgeschichtlichen Arbeiten der letzten zehn Jahre hoben die Lösung der agrarischen Triade - Bodeneigentum, Bodennutzung und Bewirtschaftungssystem - auf ein höheres wissenschaftliches Niveau. Die in den siebziger Jahren durchgeführten Untersuchungen von Tiefenprozessen in der Entwicklung der vielschichtigen Ökonomik des vorrevolutionären Rußlands zeigten die theoretische Haltlosigkeit von Versuchen, die "Mehrbasigkeit" als bestimmende Besonderheit der gesellschaftlichen und ökonomischen Struktur Rußlands zu betrachten. Der Kapitalismus in Rußland entwickelte sich nach denselben Gesetzen wie in Westeuropa und Amerika.

Das in den sechziger Jahren aufgeworfene Problem der "Mehrbasigkeit" der Wirtschaft steigerte das Interesse daran, die Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Formationen auf dem Dorfe zu klären, und regte Bemühungen an, den Grad der kapitalistischen Zersetzung der Bauernschaft, ihrer Proletarisierung, die Tiefe des Eindringens des Kapitalismus in die bäuerliche Wirtschaft und ihre Einbeziehung in die bourgeoise Agrarentwicklung herauszuarbeiten. Die Untersuchung der Ökonomik von Bauernwirtschaften wurde besonders aktiv von Wissenschaftlern in Sibirien, der Ukraine und den baltischen Sowjetrepubliken betrieben. Koval' čenko untersuchte dieses Problem anhand von gesamtrussischen Materialien. Als Endergebnis wurde festgestellt, daß die führende Rolle im Dorf der kleinen Warenproduktion zukam, die durch Millionen bäuerliche Wirtschaften repräsentiert wurde. Unter den Bedingungen der Herrschaft von Ware-Geld-Beziehungen verwandelten sie sich in kleinbourgeoise Wirtschaften, wurden zum Bestandteil der kapitalistischen Struktur Rußlands. Die bäuerliche Wirtschaft nahm in der landwirtschaftlichen Produktion des Landes die führende Stellung ein, sie erbrachte nicht weniger als drei Viertel der Warenproduktion bei den Getreidekulturen.<sup>7</sup> Die bäuerliche Wirtschaft spielte auch bei der Herausbildung des kapitalistischen Agrarmarktes die Hauptrolle. Regionale Untersuchungen über die landwirtschaftliche Produktion, die Tjukavkin, Gorjuškin, Gričenko, Budaev, Nevskaja, Koval' čenko und andere vorgenommen haben, leisten einen bedeutenden Beitrag zur Lösung des Problems, auf welchen Wegen sich der Kapitalismus in der Landwirtschaft Rußlands entwickelt hat. Das Dokumentenmaterial, auf dem die wirtschaftshistorischen Forschungen der letzten zehn Jahre basieren, beweist, daß der demokratische (bourgeois-bäu-

<sup>7</sup> Koval' čenko, I. D., Sootnošenje krest' janskogo i pomeščič' ego chozjajstva v zemledel' českom proizvodstve kapitalističeskoj Rossii, in: Problemy social' no-ekonomičeskoj istorii Rossii, Moskva 1971.



erliche, farmerische) Weg der landwirtschaftlichen Entwicklung nicht nur eine historische Möglichkeit, sondern auch Wirklichkeit war.

Durch die detaillierte Erforschung der Wege, auf denen sich der Agrarkapitalismus entwickelte, zeigten sich methodische Fehler, die in Arbeiten früherer Jahre Eingang gefunden hatten. Insbesondere wurde klar, daß durch die bis dahin fehlende klare Lösung dieses Problems einige Autoren die Bedingungen, die für das Vorhandensein einer realen Entwicklung des Agrarkapitalismus auf demokratischem Wege bestimmend sind, mit denjenigen verwechselt haben, die für seinen Sieg notwendig wären. Die Autoren, die nachwiesen, daß der farmerische Weg zur Entwicklung des Kapitalismus in Sibirien, im Nordkaukasus und in einer Reihe anderer Territorien historische Tatsache war, unterstrichen gleichzeitig, daß man nicht vom Sieg des demokratischen Entwicklungsweges in der Landwirtschaft sprechen kann. Seine Durchsetzung wurde durch den Absolutismus und den Großgrundbesitz im europäischen Teil Rußlands verhindert. Die Wissenschaftler stellen fest, daß überall kapitalistische Formen auf dem Dorfe eng mit Überbleibseln des Feudalismus verflochten waren. Nichtsdestoweniger spielten - das heben die meisten Autoren hervor - die kapitalistischen Formen die führende Rolle in der landwirtschaftlichen Produktion. Die Forschungen der siebziger Jahre brachten auch Korrekturen hinsichtlich des konservativen, preußischen Weges der Entwicklung des Agrarkapitalismus in Rußland. Es herrscht Übereinstimmung darüber, daß auch dieser Weg der kapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft in Rußland nicht siegte. Entwicklung der Landwirtschaft auf preussischem Wege hätte den Sieg des Großgrundbesitzes über die bäuerlichen Wirtschaften, die Schaffung großer Latifundien bedeutet. In diesem Falle hätte die Losung einer bürgerlich-demokratischen Revolution von der Tagesordnung abgesetzt werden müssen. Solange die Monarchie existierte, war zwar eine solche Möglichkeit der landwirtschaftlichen Entwicklung vorhanden, sie war aber weit von der praktischen Durchsetzung entfernt. Die Forschungen von Anfimov, Minarik, Budaev, Židkov und anderen zeigen die äußerst langsame kapitalistische Entwicklung in den Großgrundbesitzungen. Sie weisen nach, daß der Konservatismus, die Trägheit, der wirtschaftliche Parasitismus und die reaktionäre Rolle der Latifundien das stärkste Hemmnis allen gesellschaftlichen Fortschritts in Rußland waren. Die Stolypinsche Reform zeigt, daß sich der preußische Weg der landwirtschaftlichen Entwicklung totgelaufen hatte. Die Existenz von gutsherrlichen Latifundien war die objektive Grundlage der bürgerlich-demokratischen Revolution im Lande. Der erste Weltkrieg beschleunigte die Entwicklung des Kapitalismus, rückte die sozialistische Revolution näher. Ihr Sieg setzte auch die Frage über die Wege einer kapitalistischen Entwicklung der Agrarstruktur Rußlands von der Tagesordnung ab.

Bestandteil der Historiographie über diese Problematik ist die Untersuchung der theoretischen Grundlagen für die Lösung der Agrarfrage in Rußland. Hier muß in erster Linie die Monographie von Trapeznikov "Der Leninismus und die Agrar- und Bauernfrage"<sup>8</sup> genannt werden. Darin wird breit die Leninsche Theorie der Agrar- und Bauernfrage in Rußland beleuchtet, die Erarbeitung der Strategie und Taktik des Proletariats gegenüber der Bauernschaft durch Lenin, der Kampf Lenins und der Partei der Bolschewiki um ihre Verwirklichung wird dargelegt, und die Erfahrungen des Kampfes der kommunistischen Partei bei der grundlegenden Umgestaltung der Agrarstruktur des Landes in allen ihren Etappen werden verallgemeinert. Im ersten Band analysiert der Autor die Agrarverhältnisse in Rußland seit 1861 und weist die gesetzmäßige Unabwendbarkeit der Liquidierung des damals existierenden sozialökonomischen Systems nach. Die Agrarfrage in Rußland, sagt Trapeznikov, war einerseits Ausgeburt des Kapitalismus, andererseits Ergebnis der gutsbesitzlichen Reformen, die eine Vielzahl von Überbleibseln der Leibeigenschaft bewahrt hatten.

8 Trapeznikov, S. P.; Leninizm i agrarno-krest' janskij vopros, in zwei Bänden, Bd. 1: Leninskie agrarnye programmy v trech russkich revoljucijach, Moskva 1974.

In der Arbeit wird klar nachgewiesen, wie das Dorf verarmte und wie dort gleichzeitig eine Klassendifferenzierung vor sich ging. In der Monographie wird eine gründliche Analyse des Agrarprogramms der bürgerlich-monarchistischen und der kleinbürgerlichen Parteien vorgenommen.

Die Agrarprogramme der kleinbürgerlichen Parteien, ihre Taktik in der Agrar- und Bauernfrage am Vorabend und im Verlauf der Oktoberrevolution erläuterten Ginev<sup>9</sup>, Gusev<sup>10</sup>, Minc<sup>11</sup>, Osipova<sup>12</sup> und andere. In der Geschichtsschreibung zu dieser Thematik nahmen die Forschungen über die Bauernbewegung breiten Raum ein. Kein anderes Land kennt eine so stürmische und solche Massen von Menschen ergreifende Entwicklung der Bauernbewegung, so schnelle Veränderungen in der Verteilung der Klassenkräfte und so rasch wechselnde Formen des revolutionären Kampfes sowie der Organisation der Bauern wie Rußland nach dem Sturz der Selbstherrschaft. Und nicht von ungefähr kommt daher das Interesse der Wissenschaftler an diesen Problemen.

Als Bestandteil des revolutionären Gesamtprozesses in Rußland wurde die bäuerliche Bewegung in der dreibändigen Arbeit von Akademiemitglied Minc<sup>13</sup> detailliert erforscht. Neue Richtungen und Strömungen in der Bauernbewegung - die Schaffung und Tätigkeit der Exekutivkomitees in den Amtsbezirken, der Bodenkomitees, der Semstvos, der Sowjets - wurden analysiert, ihr Platz im System der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen wurde bestimmt, ihre Entwicklung und ihre Rolle im Kampf der Bauern um Boden gezeigt und der Kampf der Klassen und politischen Parteien um Einfluß auf die Bauernschaft dargelegt. In dieser umfangreichen Arbeit zeigte Minc in knapper Form und anhand umfangreichen Quellenmaterials die Wirksamkeit der Arbeiterklasse und der revolutionären Soldaten im Dorf sowie die Schaffung der politischen Armee der sozialistischen Revolution. Er charakterisierte das Lager der Klassegegner der Bauernschaft und zeigte dessen Kampf gegen die Entwicklung der Revolution auf dem Dorfe. In der Arbeit wird die Bauernbewegung als untrennbarer Bestandteil der gesamt-nationalen Krise, die zum Sturz der Macht der Bourgeoisie führte, erforscht.

9 Ginev, V. N., Agrarnyj vopros i melkoburžuaznye partii v Rossii v 1917 g., Leningrad 1977.

10 Gusev, K. V., Partija eserov. Ot melkoburžuaznogo revoljucionarizma k kontrevoljucii Moskva 1975.

11 Minc, I. I., Istorija Velikogo Oktjabrja, Bd. 1 - 3, Moskva 1967 - 1975; 2. Aufl., Bd. 1 - 2, Moskva 1978 - 1979.

12 Osipova, T. V., Klassovaja bor'ba v derevne v period podgotovki i provedenija Velikoj Oktjabr'skoj socialističeskoj revoljucii, Moskva 1974.

13 Minc, I. I., a. a. O.

Die hier im Überblick betrachtete Periode unterscheidet sich von der vorangegangenen dadurch, daß sich eine große Anzahl von Monographien mit verschiedenen Seiten der Bauernbewegung beschäftigt.<sup>14</sup> Das Kernproblem bei der Untersuchung der Bauernbewegung ist der Kampf um den Boden. Durch die Einbeziehung umfangreichen neuen Quellenmaterials - bäuerliche Wähleraufträge (nakazy), Resolutionen von Kongressen und Versammlungen, Dokumente der Bauernkomitees und der Sowjets - kamen die Historiker bei der Erforschung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aspekte des Kampfes der Bauern ein großes Stück voran. Die breite Nutzung von Dokumenten der Bauernorganisationen bereicherte wesentlich die bisher gewonnenen Vorstellungen über die Organisiertheit der Bauernmassen, das Niveau ihres politischen Bewußtseins und ihre sozialen und wirtschaftlichen Programme.

Keine geringe Bedeutung für die Statistik der Verteilung der Klassenkräfte im Lande haben quantitative Charakteristika der Bauernbewegung. In den letzten zehn Jahren widmeten die Forscher dieser Frage große Aufmerksamkeit. Sie waren seit langem zu der Schlußfolgerung gekommen, daß die Angaben der Hauptverwaltung der Miliz im Ministerium des Innern der Provisorischen Regierung die Bauernerhebungen, ihre Dynamik und Gesamtzahl tendenziös widerspiegelt hat. Durch die Bemühungen von Regionalforschern wurden neue Materialien aufbereitet und Forschungsergebnisse verallgemeinert, die wesentliche Korrekturen an den bisherigen Darlegungen über das Ausmaß des gesamt bäuerlichen und innerbäuerlichen Kampfes um Land erlauben. Solche Verallgemeinerungen aus zum Teil neuen Angaben nahmen P. N. Peršin, Kravčuk und Osipova vor. Die daraus resultierenden Angaben über Bauernkundgebungen unterstreichen die von P. N. Sobolev a priori schon in den fünfziger Jahren geäußerten Gedanken, daß die von der Provisorischen Regierung veröffentlichten Zahlen um das Fünf- bis Sechsfache zu niedrig liegen. Acht Monate politischer

<sup>14</sup> Gerasimenko, G. A., Nizovye krest'janskije organizacii v 1917 - pervoj polovine 1918 g., Saratov 1974; Gerasimenko, G. A./Točenyj, D. A., Sovety Povolž'ja v 1917 godu, Saratov 1978; Gončarov, A. D./Lunjakov, P. N., W. I. Lenin i krest'janstvo, Moskva 1976; Gorjuškin, L. M., Krest'janskoe dviženie v Sibiri v 1917 g., Novosibirsk 1975; Itkis, M. B., Krest'janskoe dviženie v Moldavii v 1917 godu i pretvorenie v žizn' leninskogo dekreta o zemle, Kišinev 1970; Kon'kova, A. S., Bor'ba Kommunističeskoj partii za sojuz rabočego klassa s bednejšim krest'janstvom v 1917 - 1918 gg. (Po materialam Samarskoj, Saratovskoj i Simbirskoj gubernij), Moskva 1974; Kostrikin, V. I., Zemel'nye komitety v 1917 godu, Moskva 1975; Kravčuk, N. A., Massovoe krest'janskoe dviženie v Rossii nakanune Oktjabrja (mart - oktjabr' 1917 g.) (Po materialam veltkorusskich gubernij), Moskva 1971; Medvedev, E. I., Krest'janstvo Srednego Povolž'ja v Oktjabr'skoj revolucii, Kujbyšev 1970; Osipova, T. V., a. a. O.; Rešed'ko, P. F., Krest'janskoe dviženie v Char'kovskoj Gubernii (mart 1917 - januar' 1918), Char'kov 1972 (in ukrainischer Sprache); Sedov, A. V., Dviženie krest'jan Rossii za massovuju organizaciju nizovyh zemel'nych komitetov v 1917 godu, Gor'kij 1975; derselbe, Rol' krest'janskich komitetov v agrarnom dviženii 1917 goda, Gor'kij 1977; derselbe, Krest'janskije komitety 1917 goda v bor'be za demokratiju nakanune Oktjabr'skoj revolucii, Gor'ki 1978; Smirnov, A. S., Bol'sheviki i krest'janstvo v Oktjabr'skoj revolucii, Moskva 1976; derselbe, Krest'janskije s'ezdy v 1917 godu, Moskva 1979; Suslov, Ju. P., Leninskaja agrarnaja programma i bor'ba bol'shevikov Povolž'ja za ee osuščestvlenie. Mart 1917 - mart 1918 gg., Saratov 1972; Futorjanskij, L. I., Bor'ba za massy trudovogo kazačestva v period pererastanija buržuazno-demokratičeskoj revolucii v sozialističeskiju (mart - oktjabr' 1917 g.), Orenburg 1973; Čuprina, V. M., Bol'sheviki Ukrainy v bor'ba za trudjaščesja krest'janstvo (mart 1917 - fevral' 1918 g.), L'vov 1974; Šeagin, E. M., Oktjabr'skaja revolucija v derevne vostočnyh okrain Rossii (1917 - leto 1918 gg.), Spezkurs, Moskva 1977; u. a.

Herrschaft der Bourgeoisie riefen allein in 28 Regierungsbezirken des europäischen Teils Rußlands 15 000 Bauernmanifestationen hervor.<sup>15</sup>

Ein wesentlicher Mangel bei den neuen quantitativen Darstellungen über den bäuerlichen Kampf um den Boden besteht darin, daß die Forscher in den einzelnen Orten ihre Ergebnisse nach unterschiedlichen Methoden zusammengestellt haben. Das macht eine Verallgemeinerung schwierig. Die Einbeziehung umfangreichen Quellenmaterials in die wissenschaftliche Bearbeitung diktiert nachdrücklich die Ausarbeitung einer einheitlichen Methodik für ihre statistische Auswertung und Verallgemeinerung.

Die regionalen detaillierten Untersuchungen über die Bauernbewegung erweiterten die Vorstellungen über deren soziale Tendenz wesentlich. Die wissenschaftliche Bearbeitung neuer Quellen aus bäuerlichen Organisationen gab den Forschern die Möglichkeit, die bisherigen Forschungsergebnisse über die Wechselwirkung der beiden sozialen Kriege wesentlich zu korrigieren. Nach den regionalen Materialien waren dreißig Prozent der zwischen April und August 1917 von Bauernorganisationen durchgeführten Manifestationen gegen die Kulaken gerichtet.<sup>16</sup> Eine historiographische Analyse zur Frage nach dem Verhältnis zwischen den beiden sozialen Kriegen in der Agrarbewegung wird von Zjuzin in einem Artikel gegeben.<sup>17</sup> Dem Autor unterläuft dort allerdings eine Ungenauigkeit, wenn er sagt, 20 Prozent aller agrarischen Manifestationen seien gegen die Kulaken gerichtet gewesen. In der Monographie von Osipova, auf die er sich bezieht, wird festgestellt, daß der zweite soziale Krieg 20 bis 30 Prozent und mehr ausmache. Vor den Historikern steht jetzt die Aufgabe, weitere Untersuchungen vorzunehmen, vor allem die objektiven Bedingungen des Klassenkampfes auf dem Dorfe und die Schaffung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der ärmsten Bauernschaft, das die Triebkraft der sozialistischen Revolution ist, zu analysieren.

Wie das Bündnis der Arbeiterklasse mit der ärmsten Bauernschaft geschaffen wurde, kann man nicht erforschen, ohne den sozialen Charakter und die praktische Tätigkeit der Bauernorganisationen herauszuarbeiten, ohne ihren Kampf mit den Machtorganen und den gesellschaftlich-politischen Organisationen der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer zu untersuchen. Die tiefgründige, detaillierte Analyse des Klassenkampfes auf dem Dorfe und die Bestimmung der Stellung und des Platzes der verschiedenartigen Bauernorganisationen darin sind charakteristische Züge der sowjetischen Historiographie der siebziger Jahre.

Mit den wenigen Quellen, die den Wissenschaftlern in den fünfziger und noch Mitte der sechziger Jahre zur Verfügung standen, konnten sie nicht in gebührendem Maße die Rolle und den Platz der unteren bäuerlichen Organisationen im Klassenkampf sowie die Entwicklung des Umwandlungsprozesses der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution ergründen und gelangten nicht zu aussagekräftigen Ergebnissen. Die meisten Autoren überschätzten in jenen Jahren den Einfluß der wohlhabenden kulakischen Elemente innerhalb dieser Organisationen und zeigten im wesentlichen nur eine Seite der Tätigkeit von Bauernkomitees und Sowjets - ihre Unterstützung für die Politik der Provisorischen Regierung, ihre Versuche, die Dorfarmut von der revolutionären Lösung der Bodenfrage abzuhalten. Nur einige wenige Wissenschaftler hoben den demokratischen Charakter und die revolutionäre Tendenz der Tätigkeit der unteren Gruppen der Bauernorganisationen (in den Amtsbezirken und Dörfern) hervor und wiesen darauf hin, daß viele dieser Gruppen von den Bolsche-

15 Osipova, T. V., a. a. O., S. 226.

16 Ebenda, S. 169.

17 Zjuzin, A. D., Problema dvuch social'nych vojn v period podgotovki i v chode velikoj Oktjabr'skoj socialističeskoj revoljucii v covremennoj sovetskoj istoriografii, in: Istorija SSSR, Nr. 4/1979.



wiki und von revolutionären Arbeitern und Soldaten beeinflusst wurden. Jedoch die zu enge Quellenbasis, die den damaligen wissenschaftlichen Untersuchungen zugrunde lag, erschwerte die Herausarbeitung der sozialen Zusammensetzung und der Richtung, in der die Bauernorganisationen wirksam wurden, was wiederum eine schwierige Situation für die Analyse der Organisationsformen, in denen das Bündnis der Arbeiter mit der Dorfarmut errichtet wurde, mit sich brachte. Die Notwendigkeit, vertiefende Untersuchungen vorzunehmen, veranlaßte die Forscher, neues Quellenmaterial zu mobilisieren. Im Ergebnis dessen erschienen schon Ende der sechziger Jahre die ersten Arbeiten zu dieser Problematik. Im Jahre 1967 wurde die erste Monographie über bäuerliche Sowjets veröffentlicht.<sup>18</sup> Moiseeva präziserte deren Anzahl, beleuchtete neue Seiten ihrer Schaffung und Tätigkeit und klärte viele Fragen des Parteienkampfes um die und in den Bauernsowjets. Das Erscheinen der Arbeiten von Minc, Burdžalov, Gerasimenko, Točenyj, Kravčuk, Kon'kova, Kostrikin, Osipova, Sedov, Smirnov, Šagin und anderen beschleunigte die Erarbeitung der Geschichte der Bauernorganisationen wesentlich, präziserte deren soziale Zusammensetzung und die Grundrichtungen ihrer Tätigkeit. Alle Autoren belegen durch Quellen, daß die meisten bäuerlichen Organisationen trotz der Provisorischen Regierung und der Sozialrevolutionäre auf Initiative der Bauern selbst geschaffen worden waren, revolutionär-demokratischen Charakter besaßen und bei der Entwicklung der Bauernbewegung auf dem Dorfe eine große Rolle spielten.

In den Arbeiten werden wichtige Materialien angeführt, die den Einfluß der Partei der Bolschewiki, der revolutionären Arbeiter und Soldaten auf die Organisationen der Dorfarmut beweisen. Kravčuk, Kostrikin und Sedov gelang es, erstmalig bedeutende Materialien über das Wahlsystem aufzufindig zu machen, das bei den Wahlen zu den Amtsbezirks-Exekutivkomitees Anwendung fand. In den letzten Jahren erschienen Arbeiten, aus denen hervorgeht, daß die Bauernkomitees zur Arena der beiden sozialen Kriege auf dem Dorfe wurden. Die gesamte Bauernschaft bemühte sich, in den amtsbezirklichen Machtorganen keine Großgrundbesitzer zuzulassen, und errang dabei beachtliche Erfolge.<sup>19</sup> In ihren Ausführungen über die soziale Zusammensetzung der Bauernkomitees weisen die Wissenschaftler auf deren geringe Stabilität hin, was unter den Bedingungen des erbitterten Klassenkampfes auf dem Dorfe nur natürlich war. Burdžalov, Gerasimenko, Minc, Smirnov; Kravčuk, Osipova und andere zeigen, daß der Kampf zwischen der Dorfarmut und den Kulaken um die Macht teilweise zu Neuwahlen von Komitees führte. Bei solchen Neuwahlen war die Rolle der revolutionären Arbeiter und Soldaten besonders groß, was in den vielgestaltigen Quellen, auf die sich die Wissenschaftler stützen, unterstrichen wird. Die Beteiligung der Arbeiter und Soldaten am Kampf um die Demokratisierung und an der revolutionären Tätigkeit der Bauernorganisationen war einer der Wege zur Schaffung und Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Dorfarmut. Resultat der durchgeführten vielseitigen Materialsuche war eine Überprüfung der bisherigen Einschätzung der sozialen Zusammensetzung von Bauernorganisationen und der Richtung ihrer Tätigkeit. Ihre Rolle bei der Festigung der revolutionären Demokratie in Rußland wurde präzisiert. Die Erfahrungen, die die Bauernorganisationen im Kampf gesammelt hatten, besaßen bei der Umwandlung der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution keine geringe Bedeutung.

Die Autoren, die das Material der bäuerlichen Institutionen analysierten, die Formen der Agrar-Manifestationen untersuchten, verwiesen auf die Zunahme revolutionärer Methoden im Kampf um den Boden gegen Sommer 1917 hin. Darin kam zum Ausdruck, daß die Dorfarmut nicht bereit war, die Entscheidung der Bodenfrage und der auf diesem Gebiet vorhandenen Divergenzen zwischen den Sozialrevolutionären und der Provisorischen Regierung bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung hinauszuschieben. Die bolschewistische

18 Moiseeva, O. N., Sovety krest' janskich deputatov v 1917 g., Moskva 1967.

19 Vgl. Gerasimenko, G. A., a. a. O.; Osipova, T. V., a. a. O.



Lösung über die unverzügliche Übergabe des Bodens an die Bauernkomitees wurde zur Massenlösung, die diese Komitees in eigener Regie verwirklichten, was einer der überzeugendsten Beweise für die Verstärkung und Kennzeichnung der proletarischen Tendenzen in der Bauernbewegung und die Schaffung des Bündnisses von Arbeitern und Dorfarmut auf dieser Grundlage war.<sup>20</sup>

Große Bedeutung für die Untersuchungen darüber, wie die Klassenkräfte auf dem Dorfe verteilt waren, wie die ökonomischen, sozialen und politischen Forderungen der Bauern einzuordnen sind, hat die Analyse von Materialien von Bauernkongressen und Dorfversammlungen. Dieser Seite der bäuerlichen Bewegung wurde große Aufmerksamkeit gewidmet. Die Resultate der wissenschaftlichen Materialsuche in den letzten zehn Jahren bieten die Möglichkeit, ein Bild der Verteilung der Klassenkräfte und ihres Kampfes auf dem Dorfe zu zeichnen. Bedeutend stärker wurden auch die tiefen Widersprüche zwischen der Partei der Sozialrevolutionäre und den Bauernmassen in der Periode der Umwandlung der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische aufgeklärt und ausgelotet. In der Historiographie der letzten Jahre wurde der Kampf der beiden Klassen und politischen Richtungen in der Bauernbewegung - die revolutionär-proletarische und die bürgerlich-reformistische - häufiger und detaillierter dargestellt.

Der Klassenkampf auf dem Dorfe im Jahre 1917 und folglich auch die Schaffung von Triebkräften der sozialistischen Revolution - das Bündnis der Arbeiter mit der Dorfarmut - kann nicht aufgedeckt werden, ohne zu analysieren, was im Lager des Klassengegners der Bauernschaft geschah. Eine allgemeine Charakteristik der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer sowie der Methoden ihres Kampfes gegen die revolutionäre Bewegung im Dorfe gibt Minc in seiner dreibändigen Arbeit. Auch Osipova widmet in ihrer Monographie der Untersuchung des Einflusses, den die Klassengegner auf die werktätige Bauernschaft ausübten, große Aufmerksamkeit. Diese Frage muß jedoch noch weiter erforscht werden. Durch Studien zur Geschichte der Organisationen der werktätigen Bauernschaft sowie der Kulaken- und Gutsbesitzerorganisationen lassen sich die Probleme der Klassenschichtung in der Bauernschaft, die Wechselbeziehungen der beiden sozialen Kriege im Dorfe, die objektiven und subjektiven Bedingungen für die Schaffung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Dorfarmut heller beleuchten, die Position der mittleren Bauernschaft klarer darstellen, und es wird verständlicher, welchen Grad die Feindseligkeiten der Dorfbourgeoisie gegenüber der sozialistischen Revolution annehmen.

Neu ist in der Historiographie, daß untersucht wird, welche Rolle die Gemeinde spielt. Das geschah bisher kaum, wodurch es schwer war, den Klassenkampf im Dorf und die Lösung der Agrarfrage bis ins letzte aufzudecken. Gerasimenko hat versucht, die Veränderungen zu zeigen, die in der sozialen Zusammensetzung der Gemeinden im Verlaufe des Jahres 1917 vor sich gegangen sind. Er legte dar, wie sich diese Veränderungen im Verlauf der Entwicklung des revolutionären Kampfes und durch ihn auf dem Dorf vollzogen haben. Der Autor benutzte Materialien aus der Amtsbezirksverwaltung für das untere Wolgagebiet und zieht die Schlußfolgerung, daß im Frühling 1917 in der Gemeinde jene kleinbäuerlich-mittelbäuerlichen Massen den Sieg errangen, die sich ihre Exekutivkomitees geschaffen hatten.

Gegen Ende des Sommers hatte sich die Verteilung der Klassenkräfte in der Gemeinde verändert, die Mehrzahl der Hofbesitzer<sup>21</sup> waren zurückgekehrt, was zur Verstärkung der Position der Kulaken in den bäuerlichen Machtorganen geführt hatte.<sup>22</sup>

Das Problem der Gemeinde und ihr Platz in der revolutionär-demokratischen Bewegung bedarf noch der weiteren Erforschung.

Wertet man die allgemeinen Ergebnisse, die bei der historiographischen Bearbeitung der Agrarfrage des Jahres 1917 in den letzten zehn Jahren erreicht wurden, dann muß auch das gewachsene wissenschaftliche Niveau der Forschungen erwähnt werden. Die Quellenbasis wurde bedeutend ausgeweitet, neue Fragen wurden gestellt, eine neue Art des Herangehens an die Lösung der Hauptprobleme gesucht und eine Reihe von Lücken bei der Bearbeitung dieses großen und wichtigen Themas geschlossen.

(Übersetzt von Renate Günther)

1. Besondere Aufmerksamkeit ist auf eine komplexe Verbindung der Betriebsgeschichte mit der allseitigen Beleuchtung der Aspekte der sozialen Entwicklung, der politischen und rechtlichen Arbeit der Produktionskollektive zu legen. Verbesserung des sozialen Niveaus der Kollektive, Arbeits- und moralische Training usw., der Kampf des Kollektives gegen Kapitalismus, Anarchismus und Unrecht usw. 1.
2. Es ist notwendig, die Geschichte über die Geschichte der Betriebe historiographisch zu qualifizieren, nicht nur hinsichtlich der Auffassung verallgemeinernder Aussagen über die Betriebsgeschichte, sondern auch über größere Regionen in Agrar zu nehmen.
3. Wissenschaftliche Monographien zur Betriebsgeschichte sollten sowohl nach Industrie und Wirtschaftswissenschaften als auch nach Historikern kategorisiert werden.
4. Bei der Erarbeitung von Monographien zur Betriebsgeschichte sind die folgenden Forschungsansätze in bestem Umfang zu verwenden: soziologische Überlegungen, methodische Methoden usw. 1.
5. Die Koordinierung der Arbeit zu diesem Problem, die Einbeziehung von Historikern, Ethnologen, Ethnologen, Wissenschaftler, Techniker und Wirtschaftshistoriker ist zu verstärken.
6. Auch die Spezialfragen der Soziologie und der Geschichte von Erfahrungen, die in bestimmten Lager gemacht wurden, sollten verstärkt werden. Es erscheint sinnvoll, systematisch wissenschaftliche Konferenzen und Symposien zu wichtigen Fragen über Betriebsgeschichte, Methodik, Qualität der Forschung.
7. Die Erfahrungen bei der historischen betriebsgeschichtlichen Arbeit überstreichen die Notwendigkeit einer Integration der Forschungen zwischen den Wissenschaftlern der soziologischen Gemeinschaft sowie der engen Zusammenarbeit bei der Durchführung von Forschungen.
8. Es ist zweckmäßig, einen internationalen Austausch wissenschaftlicher Arbeiten über betriebsgeschichtliche Monographien und Artikel methodologischen, methodischen, historischen Charaktere auf wissenschaftlichen Charaktere, selbst freudigen Austausch von wissenschaftlichen Texten, sowie 2 und 3. mehrere Konferenzen in Gang zu bringen.

21 Im russischen Text: "chutorjane" (Besitzer von Einzelgehöften) und "otrubniki" (Bauern, die beim Austritt aus der "obscina" Land als persönliches Eigentum erhalten hatten) - d. Übers.

22 Gerasimenko, G. A., a. a. O., S. 63, 116 f., 163.

## BETRIEBSGESCHICHTE

### Empfehlungen der vierten Internationalen wissenschaftlichen Konferenz zur Geschichte der Fabriken und Werke

(10. bis 12. Dezember 1979 in Moskau)

In Anbetracht der Entwicklung der Geschichte der Fabriken und Werke als Teil der Geschichtswissenschaft erachten es die Teilnehmer der vierten Internationalen wissenschaftlichen Konferenz in Moskau für notwendig, zur Vertiefung der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustausches zwischen den Wissenschaftlern folgende Empfehlungen anzunehmen.

1. Besondere Aufmerksamkeit ist auf eine komplexe Erforschung der Betriebsgeschichte, auf die allseitige Beleuchtung der Aspekte der sozialen Entwicklung, der politischen und fachlichen Arbeit der Produktionskollektive zu lenken (Veränderung des sozialen Antlitzes der Kollektive, Arbeits-, geistige und moralische Erziehung usw.; der Einfluß des Betriebes auf die Region; Arbeitskollektive und Umwelt usw.).
2. Es ist notwendig, die Literatur über die Geschichte der Betriebe historiographisch und quellenkundlich detaillierter zu analysieren und die Abfassung verallgemeinernder Arbeiten über die Historiographie ganzer Länder oder größerer Regionen in Angriff zu nehmen.
3. Wissenschaftliche Bibliographien zur Betriebsgeschichte sollten sowohl nach Industrie- und Wirtschaftszweigen als auch nach Territorien erarbeitet werden.
4. Bei der Erarbeitung von Monographien zur Betriebsgeschichte sind die neusten Forschungsmethoden in breitem Umfang anzuwenden (soziologische Untersuchungen, mathematische Methoden usw.).
5. Die Koordinierung der Arbeit zu diesen Problemen (die Einbeziehung von Ökonomen, Ethnologen, Philosophen, Wissenschafts-, Technik- und Wirtschaftshistorikern) ist zu verstärken.
6. Auch die Koordinierung der Forschung und der Austausch von Erfahrungen, die in jedem einzelnen Land gesammelt wurden, müssen verstärkt werden. Es erscheint zweckmäßig, systematisch wissenschaftliche Konferenzen und Symposien zu wichtigen Fragen dieser Problematik (Methodologie, Methodik, Quellen) durchzuführen.
7. Die Erfahrungen bei der bisherigen betriebsgeschichtlichen Arbeit unterstreichen die Notwendigkeit einer Integration der Forschungen zwischen den Wissenschaftlern der sozialistischen Gemeinschaft sowie der engen Zusammenarbeit bei der Durchführung solcher Forschungen.
8. Es ist zweckmäßig, einen internationalen Austausch wissenschaftlicher Arbeiten zur Betriebsgeschichte (Monographien und Artikel methodologischen, methodischen, historiographischen und quellenkundlichen Charakters) nebst fremdsprachigen Resümées (in russisch, deutsch, polnisch und in anderen Sprachen in Gang zu bringen).
9. Gemeinsame Sammelbände mit Arbeiten der Teilnehmerländer nebst Bibliographien zur Geschichte der Fabriken und Werke über den vergangenen Zeitabschnitt sollen herausgegeben werden.
10. Die Publikation wissenschaftlicher Arbeiten ausländischer Autoren zur Betriebsgeschich-

te in Zeitschriften und Jahrbüchern sowohl in der UdSSR wie auch in den anderen sozialistischen Ländern zu publizieren.

11. Eine sehr wichtige Aufgabe ist die Herausgabe der Materialien der vierten Internationalen wissenschaftlichen Konferenz.
12. Die Internationale wissenschaftliche Konferenz unterstreicht die Notwendigkeit, weitere solche Konferenzen der sozialistischen Länder zur Betriebsgeschichte in Abständen von drei bis fünf Jahren einzuberufen.

Die Teilnehmer der vierten Internationalen wissenschaftlichen Konferenz zur Geschichte der Fabriken und Werke wenden sich an die Delegation der polnischen Wissenschaftler mit der Bitte, Möglichkeiten für die Einberufung der nächsten Konferenz in der Volksrepublik Polen zu finden.

**Der Einfluß der Entwicklung der Fluktuationsrate auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Effektivität der Produktion im VEB Berliner Glühlampenwerk von 1958 bis 1968<sup>1</sup>**

von Renate Schwärzel

Im Rahmen der Untersuchung zur Arbeitsproduktivität und Effektivität des betrieblichen Produktions- und Reproduktionsprozesses ist die Fluktuationsrate<sup>2</sup> ein bedeutender Faktor. Sie ist ein wichtiges Kriterium für die Beurteilung der Entwicklung des betrieblichen Arbeitsvermögens, da eine im Vergleich zum Vorjahr gleichbleibende Anzahl der Arbeitskräfte eine hohe Fluktuationsrate beinhalten kann, die grundlegende Veränderungen der Arbeitskräftestruktur, des Qualifikationsniveaus und andere Merkmale des Arbeitsvermögens innerhalb eines Jahres nach sich zu ziehen vermag. Diese veränderte qualitative Bestimmtheit des Arbeitskräftevolumens beeinflusste die Entwicklung der Effektivität im Untersuchungszeitraum.

Die Bedeutung der vorliegenden Untersuchung zum Einfluß der Fluktuationsrate auf die Steigerung von Arbeitsproduktivität und Effektivität im Betrieb liegt im wesentlichen darin begründet, daß bislang Analysen auf volkswirtschaftlicher als auch betrieblicher Ebene aus wirtschaftshistorischer Sicht kaum erarbeitet wurden und sich darüber hinaus eine betriebliche Untersuchung zum Thema als zweckmäßig erwiesen hat.

Bei einer Analyse und Darstellung der betrieblichen Fluktuation muß vorausgesetzt werden, daß sich die Fluktuation im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß durch die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und die Erfordernisse der planmäßigen proportionalen Entwicklung notwendig herausgebildet hat. Aber nicht jeder Arbeitsplatzwechsel ist gesellschaftlich erforderlich. Es kommt deshalb nicht darauf an, die Fluktuation in jedem Falle zu unterbinden, sondern sie im volkswirtschaftlichen und betrieblichen Rahmen in einem vertretbaren Umfang einzudämmen.

1 Überarbeiteter Diskussionsbeitrag, der auf der Konferenz über "Die industrielle Entwicklung der DDR" am 10./11. 4. 1979 in Jena gehalten wurde.

2 Unter Fluktuation versteht man die Bewegung von Arbeitskräften, die sich als Abgang von Werkträgern aus sozialen Einheiten (Betrieben, Institutionen) darstellt und mit der Aufhebung des bestehenden Arbeitsrechtsverhältnisses verbunden ist. Die Fluktuationsrate wird wie folgt berechnet:

$$\text{Fluktuationsrate} = \frac{\text{Anzahl der Abgänger im Jahr}}{\text{durchschnittliche Belegschaft im Jahr}} \cdot 100$$

(vgl. Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin 1977, S. 182).



Zur Einordnung der betrieblichen Entwicklung in den volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß soll hier ein Vergleich angeführt werden:

Gegenwärtig schwankt die betriebliche Fluktuationsrate innerhalb des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses zwischen 4 und 18 Prozent, das heißt, während in dem einen Betrieb im Jahr jeder fünfundzwanzigste Beschäftigte den Arbeitsplatz wechselt, ist es in einem anderen fast jeder sechste.

Im Untersuchungszeitraum entwickelte sich im VEB Berliner Glühlampenwerk (VEB BGW) die Fluktuationsrate folgendermaßen:

Tabelle 1

Fluktuationsraten des VEB BGW in den Jahren 1958 bis 1968<sup>+</sup> (in Prozent)

1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
32,0	33,5	38,2	-	25,5	31,3	23,9	22,9	19,5	17,0	16,2

+ Betriebsarchiv des VEB Berliner Glühlampenwerk. Berechnet auf der Grundlage der Jahresgeschäftsberichte des VEB BGW von 1958 bis 1968.

Aus der Tabelle 1 wird ersichtlich, daß sich die Fluktuationsraten von 1958 bis 1968, insbesondere seit 1964/65, verringert haben. Im vorliegenden Beitrag soll nun der Versuch unternommen werden, die betrieblichen Ursachen<sup>3</sup> für die jeweilige Entwicklung, zum einen für die Zeit von 1958 bis 1963 und zum anderen von 1964/65 bis 1968, aufzudecken.

Zur Entwicklung der Fluktuationsrate von 1958 bis 1963

Der angenommene Zusammenhang, daß entscheidende, auf die Fluktuation wirkende Faktoren von den Betrieben selbst beeinflusst werden können, soll durch eine Gegenüberstellung von Planerfüllung und Fluktuationsrate als Wechselverhältnis von Fluktuation und betrieblicher Entwicklung deutlich gemacht werden.

Tabelle 2

Planerfüllung (industrielle Bruttoproduktion) und Fluktuationsrate des VEB BGW in den Jahren 1959 bis 1963<sup>+</sup>

Jahr	Planerfüllung industrielle Bruttoproduktion in %	Fluktuationsrate in %
1959	102,5	33,5
1960	99,8	38,2
1962	103,3	25,5
1963	99,6	31,3

+ Betriebsarchiv des VEB Berliner Glühlampenwerk, Jahresgeschäftsbericht des VEB BGW v. 31. 12. 1959, Archiv-Nr. 19 723, S. 1; ebenda, v. 31. 12. 1960, Archiv-Nr. 19 723, S. 1; ebenda, v. 31. 12. 1962, Archiv-Nr. 28 258/158, S. 1; ebenda, v. 31. 12. 1963, Archiv-Nr. 28 260/160, S. 1.

<sup>3</sup> In der Literatur werden neben den betrieblichen auch überbetriebliche und persönliche Ursachen für die Fluktuation unterschieden (Fluktuation. Eine praxisverbundene, wissenschaftlich-begründete Betrachtung über Begriff, Ursachen, Folgen und Eindämmung der Fluktuation im sozialistischen Betrieb. Berlin 1965, S. 86 ff.).

Die Tabelle läßt erkennen, daß die Fluktuation in den Jahren ansteigt, in denen der Betrieb nicht plangerecht produziert hat. Dieses Wechselverhältnis ist aber von zwei Seiten her zu analysieren, da eine bestimmte betriebliche Entwicklung sowohl Ursache als auch Folge der Fluktuation sein kann.

Der Zusammenhang, daß die Ursachen der Fluktuation zugleich fluktuationsfördernde Folgen sein können, soll an einem Beispiel, an der Sicherung der Kontinuität des Produktionsprozesses im VEB BGW, dargestellt werden.

Für den Betrieb war über Jahre hinaus eine starke Diskontinuität des Produktionsprozesses charakteristisch. Im Jahresgeschäftsbericht für 1958 beispielsweise wurde ausgeführt, daß "noch per 30. 9. kaum Aussicht auf Planerfüllung"<sup>4</sup> besteht. Das Betriebskollektiv mußte demzufolge die Hauptanstrengungen zur Jahresplanerfüllung im vierten Quartal unternehmen. Das war dann die Zeit einer verstärkten Wettbewerbsarbeit, eines erhöhten Überstundenanfalls durch Nachtschichten, Wochenendeinsätze usw.

Diese notwendige Konzentration der Kräfte, die der ungenügenden Produktionsorganisation geschuldet war, führte zugleich aber zur Verschlechterung des Betriebsklimas, zur Hektik und Angespanntheit, erhöhte den Krankenstand und vor allem die Fluktuation. Die steigende Fluktuation, bedingt durch den kampagnemäßigen Kampf um die Erfüllung des Jahresplanes, hatte dann zum Beispiel einen steigenden Produktionsausfall durch Nichtauslastung bzw. Unterbesetzung der Fließbandgruppen zur Folge und bewirkte somit eine zunehmende Diskontinuität des Produktionsprozesses.

Der geschilderte Zusammenhang läßt sich an folgenden Werten nachvollziehen:

Tabelle 3

Entwicklung der Fluktuationsrate und der Ausfallstunden durch Unterbesetzung der Fließbandgruppen im VEB BGW von 1958 bis 1963<sup>4</sup>  
(1958 = 100 Prozent)

	1958	1959	1960	1963
Entwicklung der Fluktuationsrate (in Prozent)	100,0	104,7	119,4	97,8
Entwicklung der Ausfallstunden durch Unterbesetzung der Fließ- bandgruppen (in Prozent)	100,0	107,4	166,7	93,5

+ Betriebsarchiv des VEB Berliner Glühlampenwerk, Jahresgeschäftsbericht des VEB BGW v. 31. 12. 1958, Archiv-Nr. 24 073/143, S. 31; ebenda, v. 31. 12. 1959, Archiv-Nr. 19 723, S. 15; ebenda, v. 31. 12. 1960, Archiv-Nr. 19 723, S. 17; ebenda, v. 31. 12. 1963, Archiv-Nr. 28 260/160, S. 116.

Eine weitere betriebliche Fluktuationsursache bestand und besteht auch heute in der Schichtarbeit. Der VEB BGW ist ein Produktionsbetrieb, der einen sehr hohen Anteil Frauen an den Gesamtbeschäftigten, etwa zwei Drittel, aufzuweisen hat. Aus diesem Zusammenhang ergeben sich bei noch ungenügender Befriedigung der Bedürfnisse und Belange der berufstätigen Frauen mit Kindern eine Vielzahl persönlicher Probleme, die in zahlreichen Fällen zur Auflösung des bestehenden Arbeitsrechtsverhältnisses führen. Im Jahre 1958 zum Beispiel betrug die Abgänge aus familiären Gründen 18 Prozent der Gesamtabgänge.<sup>5</sup>

<sup>4</sup> Betriebsarchiv des VEB Berliner Glühlampenwerk, Jahresgeschäftsbericht des VEB BGW v. 31. 12. 1958, Archiv-Nr. 24 073/143, S. 3.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 26.

Eine andere, die Fluktuation fördernde Ursache bestand darin, daß der Anteil relativ niedrigqualifizierter Arbeitskräfte, wiederum insbesondere Frauen, sehr hoch war. Noch 1965 betrug der Anteil der Frauen, die keinen Berufsabschluß hatten, 89 Prozent.<sup>6</sup> Gerade diese Gruppe Werkstätiger neigt, das haben soziologische Untersuchungen ergeben, in höherem Maße als andere zur Fluktuation.

Die Fluktuation führt durch die notwendigen Einarbeitungszeiten der neu anzulernenden Arbeitskräfte, neben den bereits genannten Folgen, zu Produktionsausfall. So betrug 1958 die gesamten betrieblichen Warte- und Stillstandszeiten (durch Maschinenausfall, Typenwechsel usw.) 62,5 tausend Stunden, die Anlernstunden 75,8 tausend Stunden.<sup>7</sup> Auf Grund der erbrachten geringen Leistungen führten die Anlernzeiten zu einer Senkung der Arbeitsproduktivität und Effektivität des Betriebes. In verschiedenen Publikationen werden die unproduktiven Zeiten während des Anlernens als die größten Verluste aus der Arbeitskräftefluktuation bezeichnet.

Ein nächster Aspekt, der sowohl Ursache als auch Folge der Fluktuation sein kann, ist die Durchführung einer innerbetrieblichen Umsetzung von Beschäftigten wegen Arbeitskräftemangels. Nur ein Beispiel dazu: 1960 mußten zur Aufrechterhaltung der Produktion im Drahtwerk des VEB BGW aus der Abteilung Zwerglampe dreizehn Arbeitskräfte umgesetzt werden. Diese produktionsorganisatorisch notwendige Veränderung, die nicht in ausreichendem Maße mit den betroffenen Werkstätigen vorbereitet worden war, hatte zur Folge, daß zehn Arbeitskräfte in kurzer Zeit aus dem Betrieb ausschieden, zwei Arbeitskräfte zur Abteilung Zwerglampe zurückkehrten und nur eine Arbeitskraft noch im Drahtwerk verblieb.<sup>8</sup>

Damit zeitigte diese Maßnahme, die der Sicherung der betrieblichen Produktion dienen sollte, ein gegenteiliges Ergebnis, sie bewirkte eine Verschärfung des Arbeitskräftemangels. Eine darüber hinausgehende fluktuationsbeginstigende Bedingung entstand für den Betrieb durch ein sich in unmittelbarer Nähe befindliches anderes Werk mit einer entsprechenden Produktionstechnologie, das die Werkstätigen nach einem höheren Tarif entlohnte.

Von besonderer Bedeutung war für den VEB BGW als Berliner Großbetrieb der Elektroindustrie in diesem Zeitraum bis Mitte 1961 die politische Situation. So hatte in den Jahren bis 1961 ein verstärktes Abwerben von Arbeitskräften in die BRD eingesetzt. "Bonner Dienststellen setzten Prämien für das Abwerben von Facharbeitern und Bauern, Technikern und Wissenschaftlern, Ärzten und anderen Werkstätigen der DDR aus."<sup>9</sup> Nach der erfolgten Sicherung der Staatsgrenze der DDR wurden über "100 000 'Grenzgänger', Bürger der DDR, die in der Zeit der offenen Grenze in Westberlin gearbeitet hatten . . . , in den Produktionsprozeß eingegliedert."<sup>10</sup> Aufgrund der Eingliederung dieser Werkstätigen in die Volkswirtschaft der DDR konnte auch im VEB BGW die Zahl der Arbeitskräfte erhöht werden.

Zu den Folgeerscheinungen einer hohen betrieblichen Fluktuation gehört neben unproduktiven Anlernzeiten ein verstärkter Anfall von Qualitätsmängeln und Ausschuß. Die im Jahre 1963 erfolgte Überschreitung der geplanten Ausschußkosten um 31,3 Prozent war im wesentlichen auf die gegenüber 1962 erneut angestiegene Fluktuationsrate zurückzuführen.<sup>11</sup>

6 Lichtquelle. Betriebszeitung des VEB BGW, 19. 2. 1965, S. 1 f.

7 Betriebsarchiv des VEB Berliner Glühlampenwerk, Jahresgeschäftsbericht des VEB BGW v. 31. 12. 1958, a. a. O., S. 26.

8 Ebenda, Jahresgeschäftsbericht des VEB BGW v. 31. 12. 1960, Archiv-Nr. 10 723, S. 3.

9 Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriss, Berlin 1978, S. 416.

10 Vgl. ebenda, S. 422.

11 Betriebsarchiv des VEB Berliner Glühlampenwerk, Jahresgeschäftsbericht des VEB BGW v. 31. 12. 1963, Archiv-Nr. 28 260/160, S. II.

Zusammenfassend läßt sich hinsichtlich der Entwicklung des VEB BGW von 1958 bis 1963 sagen, daß durch die Arbeitskräftefluktuation

1. ein erhöhter jährlicher Brutto- bzw. Warenproduktionsausfall für den Betrieb zu verzeichnen war;
2. die produktionsorganisatorische Verteilung der Arbeitskräfte im Betrieb negativ beeinflußt wurde;
3. Warte- und Stillstandszeiten entstanden, da die ausscheidenden Arbeitskräfte nicht sofort ersetzbar waren und sich für die neuanzulernenden Arbeitskräfte ein bestimmter Zeitfonds als notwendig erwies;
4. ein erhöhter Anfall von Ausschuß und Nacharbeit verursacht wurde, der somit zu einer Erhöhung des Materialaufwandes beitrug;
5. die Entstehung sozialistischer Kollektive im Betrieb sich verzögerte und die Möglichkeiten der beruflichen und gesellschaftlichen Entwicklung jedes einzelnen Werk tätigen erschwert wurden.

#### Zur Entwicklung der Fluktuationsrate von 1964/65 bis 1968

Der VEB BGW befand sich zu Beginn der sechziger Jahre in einer komplizierten Situation, wobei die dargelegte Entwicklung der Fluktuationsrate nur ein Grund dafür ist. Aus der zentralen Bedeutung des VEB BGW für die Lichtquellenindustrie der DDR ergab sich die Notwendigkeit einer qualitäts-, sortiments- und termingerechten Produktion weltmarktfähiger Erzeugnisse, wozu es jedoch einer Stabilisierung des Betriebes bedurfte, ausgehend vom VI. Parteitag der SED entstand auf Beschluß der Betriebsparteiorganisation in Zusammenarbeit mit der für den VEB BGW zuständigen VVB Bauelemente und Vacuumtechnik, der Bezirksleitung der SED und dem Volkswirtschaftsrat ein betriebliches Stabilisierungsprogramm. Neben Maßnahmen zur Veränderung der Leitungsstrukturen und einer Neuordnung der Planungsarbeiten enthielt dieses Stabilisierungsprogramm, gemäß den realen Bedingungen der betrieblichen Entwicklung, neue, erfüllbare Planaufgaben für 1965, die dem Werkkollektiv wieder Zuversicht in die eigene Kraft gaben. Das spiegelte sich in der Entwicklung der Fluktuationsrate im Jahre 1965 sehr deutlich wider:

#### Fluktuationsrate 1965

1. Halbjahr: 26,6 Prozent
2. Halbjahr: 19,3 Prozent.<sup>12</sup>

Einen großen Einfluß auf die Senkung der Fluktuationsrate hatten die lohnpolitischen Maßnahmen des Stabilisierungsprogramms, die entsprechend der volkswirtschaftlichen und betrieblichen Entwicklung durchgeführt werden konnten.

So wurde im VEB BGW von 1965 an ein neues Tarifsysteem eingeführt, das zu einer wesentlichen Erhöhung des Durchschnittslohnes führte.

<sup>12</sup> Ebenda, Jahresgeschäftsbericht des VEB BGW, v. 31. 12. 1965, ohne Archivsignatur, S. 1.

Tabelle 4

Entwicklung des Durchschnittslohnes der Arbeiter und Angestellten des VEB BGW in der Zeit von 1965 bis 1968<sup>+</sup>

(1965 = 100 Prozent)

Jahr	Durchschnittslohn in %
1965	100,0
1966	157,3
1967	239,5
1968	329,0

+ Berechnet auf der Grundlage der Zeitreihen des VEB BGW, erarbeitet vom Institut für Rationalisierung der Elektrotechnik/Elektronik, Dresden.

Hinzu kamen Vereinbarungen über die Zahlung von Treueprämien, Schichtprämien sowie über eine zusätzliche Rentenzahlung für Betriebsangehörige, die länger als zwanzig Jahre im Betrieb beschäftigt sind.

Auch die Einführung der Jahresendprämie als Hauptprämienform gehörte zu den angewandten ökonomischen Hebeln für die Verbesserung der Atmosphäre im Betrieb.

Eine andere, persönliche Form der Anerkennung einzelner Leistungen von Betriebsangehörigen hatte die Sofortprämierung zum Inhalt. Die Bereichsleiter und Direktoren verfügten über einen Prämienfonds, der es ihnen ermöglichte, Werk tätige für besondere Leistungen an Ort und Stelle zu prämiieren. Diese Form der materiellen Anerkennung hatte einen wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung eines engeren Verhältnisses der Werk tätigen zum Betrieb.

Im Zusammenhang mit der materiellen wurden die Formen der moralischen Anerkennung weiterentwickelt, so zum Beispiel die Straße der Besten, die Tafeln der Besten usw.

Eine weitere wesentliche Grundlage zur Senkung der Fluktuationsrate bestand in der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, in der Erhöhung der Qualität der Arbeiterversorgung (Nachtschichtessen, Schaffung einer Zentralküche, Erweiterung der Betriebsverkaufsstellen in den einzelnen Produktionsgebäuden, Bau einer Kaufhalle), der Schaffung weiterer Kinderkrippen- und Kindergartenplätze als auch dem verstärkten Ausbau von Ferienheimen für die Betriebsangehörigen.

Neben der Veränderung der materiellen Lage der im Betrieb beschäftigten Werk tätigen und der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen wurde durch ein Programm der betrieblichen Qualifizierung eine engere Bindung an den Betrieb erreicht. Die Werk tätigen erhielten die Möglichkeit, an der Betriebsakademie eine betriebspezifische Berufsausbildung, beispielsweise als "Mechaniker für Lichtquellen", zu erhalten. Im Mittelpunkt stand dabei die Frauenqualifizierung. Das war eine wichtige Voraussetzung für die Senkung der vorhandenen Fluktuationsbereitschaft vieler Werk tätiger.

Diese positive Tendenz der betrieblichen Entwicklung findet ihren adäquaten Ausdruck in den ökonomischen Kennziffern. War in den Jahren mit steigender Fluktuationsrate eine Erhöhung des Anfalls von Ausschuß erkennbar, so sank dieser mit einer Verringerung der Fluktuationsrate.

Die Verringerung des Anteils an Ausschuß und Nacharbeit stellte zugleich eine wesentliche Bedingung zur Einsparung an Material und Arbeitszeit und somit zur Senkung der betrieblichen Gesamtselbstkosten und letztlich zur Erhöhung der Produktivität und Effektivität dar.



Tabelle 5

Vergleich der Entwicklung der Fluktuationsraten und des Anfalls von Ausschuß und Nacharbeit im VEB BGW in den Jahren 1964 und 1965<sup>+</sup>

	1964	1965
Fluktuationsrate (in Prozent)	23,9	22,9
Fluktuationsrate (1964 = 100 Prozent)	100,0	96,0
Anfall von Ausschuß und Nacharbeit (in TMDN)	5 027, -	4 814, -
Anfall von Ausschuß (1964 = 100,0)	100,0	96,0

+ Betriebsarchiv des VEB Berliner Glühlampenwerk. Berechnet auf der Grundlage des Jahresgeschäftsberichtes des VEB BGW v. 31. 12. 1965, S. 3 u. Anlage 2.

Tabelle 6

Vergleich der Wachstumsraten der industriellen Bruttoproduktion und der Gesamtselbstkosten im VEB BGW zum Vorjahr<sup>+</sup>  
(in Prozent)

Jahr	Steigerung der industriellen Bruttoproduktion zum Vorjahr	Steigerung der Gesamtselbst- kosten zum Vorjahr
(1964 = 100,0)		
1965	116,4	117,0
(1965 = 100,0)		
1966	113,8	109,3

+ Berechnet auf Grundlage der Zeitreihen des VEB BGW, erarbeitet vom Institut für Rationalisierung der Elektrotechnik/Elektronik.

Waren noch im Jahre 1965 die Gesamtselbstkosten schneller gewachsen als die industrielle Bruttoproduktion, so veränderte sich das Verhältnis 1966 derart, daß die Bruttoproduktion erheblich schneller wuchs als die Gesamtselbstkosten - auch als Ergebnis der Maßnahmen zur Verringerung der Fluktuation des Betriebes. Mit dem Stabilisierungsprogramm 1964/65 war der Ausgangspunkt für eine Verbesserung des betrieblichen Produktions- und Reproduktionsprozesses eingeleitet worden. Diese Entwicklung fand zum Beispiel ihren Ausdruck in der Senkung der Fluktuationsrate auf 16,2 Prozent, das sind gegenüber 1958 rund 50 Prozent.

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, daß die Senkung der Fluktuationsrate einen nicht zu unterschätzenden Anteil an der Entwicklung des Betriebes hatte, die eine Steigerung der industriellen Bruttoproduktion auf das Dreifache und der Arbeitsproduktivität auf das Zweieinhalbfache einschloß.

## QUELLEN UND MATERIALIEN

Die Reflexion der Arbeiterbewegung in der Regierungspresse  
vor dem Ersten Weltkrieg

Eine vornehmlich quantitative Analyse  
(Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Irland)

von Erika Behm/Jürgen Kuczynski

### VIII. Vereinigtes Königreich

Wie in den vorangehenden Studien<sup>1</sup>, untersuchen wir auch in dieser die Reflexion der Arbeiterbewegung in Form von Streiks und Aussperrungen während des letzten Jahres vor dem Ersten Weltkrieg (August 1913 bis Juli 1914) in der Regierungspresse und vergleichen sie mit der in einem Organ der Arbeiterbewegung.

Für die Regierungspresse fiel die Wahl selbstverständlich auf die "Times". Schwieriger war die Wahl des Organs der Arbeiterbewegung. Schließlich entschieden wir uns für den "Daily Herald". Dieser war lange Jahre hindurch das offizielle Organ der Labour Party; doch nicht in der von uns behandelten Zeit. Es sei darum hier kurz auf die Geschichte des "Daily Herald" eingegangen.<sup>2</sup>

Von Januar bis April 1911 gab es ein Streik-Bulletin dieses Namens, der dann für eine Tageszeitung, die am 15. April 1912 das erste Mal erschien, übernommen wurde. Diese Zeitung war ein großartiges Organ des Klassenkampfes, mit Will Dyson, dem größten englischen Graphiker der Arbeiterbewegung, Ben Tillet, George Lansbury und anderen von der Labour- und Gewerkschaftslinken als Förderern und Mitarbeitern. Schon im Oktober des gleichen Jahres gaben Labour-Zentrum und -Rechte sowie der Trade Union Congress (TUC) ein Gegenorgan, den "Daily Citizen", heraus, das rein reformistisch war, keinen Anklang in der Arbeiterklasse fand und, nach einigen Wochen größter Kriegsbegeisterung zu Beginn des Ersten Weltkrieges, einging.

Jedoch auch der "Daily Herald" wandelte sich mitten in der Zeit, die wir in diesem Artikel behandeln. Der Chefredakteur, Charles Lapworth, ein revolutionärer Syndikalist, genau wie damals auch Tom Mann, hatte Philip Snowden, ein führendes Mitglied der Labour Party, auf das schärfste angegriffen, und George Lansbury protestierte auf der Linie: "Für Klassenkampf, aber gegen Klassenhaß und gegen Angriffe auf Personen." Lapworth wurde im Dezember 1913 entlassen, und an seine Stelle trat George Lansbury, ein guter Christ und steter Kämpfer für die Interessen der Arbeiterklasse. Er war Chefredakteur von 1914 bis 1922.

1 Die vorangehenden Studien sind abgedruckt im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 4, S. 83 - 104 (Ungarn); 1971, T. 3, S. 123 - 130 (Deutschland); 1972, T. 1, S. 215 - 223 (Böhmen und Mähren); 1973, T. 1, S. 99 - 112 (Sachsen); 1974, T. 4, S. 213 - 219 (Rumänien); 1975, T. 3, S. 125 - 138 (Österreich); 1978, T. 4, S. 259 - 264 (Rußland).

2 Vgl. dazu auch Dutt, R. P., The rise and fall of the Daily Herald, London 1964.

R. P. Dutt, Gründungsmitglied der englischen Kommunistischen Partei und ihr führender Theoretiker ein halbes Jahrhundert hindurch, charakterisiert den "Daily Herald" in diesen Jahren: "Das waren die großen Jahre des Herald unter der Chefredation von Lansbury, als Wochenzeitschrift während des Krieges (1914 - 1918), und mehr noch auf dem Höhepunkt seiner Wiedergeburt als Tageszeitung von 1919 bis 1922. Die Geschichte des Herald ist in diesen Jahren auf das engste verbunden mit der Geschichte der britischen und der internationalen Arbeiterbewegung. Im Herald wurde die russische Revolution begrüßt, und unter seiner Führung fanden die großen Albert-Hall-Versammlungen zu Ehren der siegreichen bolschewistischen Revolution statt."<sup>3</sup>

Doch der Herald geriet in finanzielle Schwierigkeiten. Im Herbst 1922 übernahm ihn der TUC, und Lansbury wurde als Chefredakteur abgesetzt. Von 1922 bis 1929 war der Herald das Organ der Rechten in der Labor Party. Neue finanzielle Schwierigkeiten führten dazu, daß der Herald an den Odhams-Press-Konzern (mit einem Direktorat aus Mitgliedern der Konservativen Partei) zu 51 Prozent verkauft wurde, während der TUC weiter mit 49 Prozent vertreten war. In kürzester Zeit stieg die Auflage von 250 000 auf 2 000 000, sehr zur Freude des Hauptaktionärs von Odhams, des vielfachen Millionärs und Schiffskonzernchefs Sir John Ellerman. Von irgendeiner Klassenlinie konnte natürlich nicht mehr die Rede sein. 1961 ging der Odhams-Konzern an den Daily-Mirror-Konzern über. Der "Daily Mirror" war ein Boulevardblatt für Kleinbürger. Schließlich, im Januar 1964, wurde gegen eine Zahlung von £.75 000 an den TUC das Erscheinen des "Daily Herald" eingestellt.

Die Zeit, die wir behandeln, ist durch zahlreiche militante Aktionen der Arbeiterklasse gekennzeichnet, insbesondere natürlich durch die Ereignisse in Dublin. Sie beherrschen die Streiknachrichten, teils durch Meldungen über die Streiks selber, teils durch Meldungen über Sympathieaktionen für den Streik und die Streikenden, einschließlich (in der Arbeiterpresse) der Abrechnungen über eingegangene Gelder für die Opfer des Streiks. Auf Lenin machten die Ereignisse in Dublin einen großen Eindruck. Er schrieb über sie in der "Sewernaja Prawda" vom 29. August und 3. September 1913.<sup>4</sup> Im ersten Artikel bemerkte er einleitend: "In Dublin, Irlands Hauptstadt, einer Halbmillionenstadt mit verhältnismäßig geringer Industrie, hat sich der Klassenkampf, der das gesamte Leben jeder kapitalistischen Gesellschaft erfüllt, bis zum Klassenkrieg zugespitzt."

Und nun zur Analyse der Streikberichterstattung. Beginnen wir mit der Übersicht "Erste Meldungen über Inlandsstreiks" in den Monaten Januar und Februar 1914 in der von uns bisher untersuchten Presse verschiedener Länder.

Obwohl die "Times" weniger als die Hälfte erster Streikmeldungen veröffentlichen als der "Daily Herald", liegen sie doch als Regierungsorgan nach der "St. Petersburger Zeitung" an der Weltspitze in der Zahl der Streikmeldungen. Im Vergleich von Regierungs- und Arbeiterpresse schneiden sie ebenfalls am besten ab - nur in Böhmen und Mähren berichteten Regierungs- und Arbeiterpresse gleichmäßig gut oder, richtiger formuliert, gleichmäßig schlecht. Liegt die gute Streikberichterstattung der "Times" daran, daß es besonders viele Streiks im Vereinigten Königreich gab und die Regierungspresse besonders empfindlich auf Streiks reagierte? Davon kann nicht die Rede sein. Wohl wurden 1912 rund 40 Millionen Arbeitstage durch Streiks verloren - ein ungewöhnlicher Rekord für das Land. Aber 1913 war die Zahl der verlorenen Arbeitstage auf rund ein Viertel abgesunken, und wenn sie auch 1914 vor dem Kriege wieder anstieg, gab es doch 1914 keine das Land erschütternde Streiks. Natürlich waren die Ereignisse von 1913 in Dublin ein Schock gewesen - aber sollte dieser Schock dazu geführt haben, daß man so relativ sorgfältig über die übrigen, zum Teil kleinen Streiks, berichtete? Man kann auch nicht sagen, daß die Zahl der Streiks im Vereinig-

3 Ebenda, S. 13.

4 Vgl. Lenin, W. I., Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 322 - 326, 338 f.

# Statistische Übersicht 1

## Erste Meldungen über Inlandsstreiks<sup>+</sup>

Zeitung	Januar 1914 <sup>++</sup>	Februar 1914 <sup>++</sup>	Januar und Februar 1914 insgesamt
	Streiks	Streiks	
"Vorwärts" (B) <sup>+++</sup>	15	11	26
"Norddeutsche Allgemeine Zeitung" <sup>+++</sup>	4	2	6
"Leipziger Volkszeitung"	17	20	37
"Leipziger Zeitung"	-	2	2
"Volksstimme" <sup>o</sup>	8	12	20
"Pester Lloyd" <sup>o</sup>	1	-	1
"Vorwärts" (R) <sup>oo</sup>	3	1	4
"Bohemia" <sup>ooo</sup>	2	2	4
"Bukarester Tagblatt"	2	1	3
"Arbeiter-Zeitung" <sup>+o</sup>	11	4	15
"Neue Freie Presse" <sup>+o</sup>	3	2	5
"St. Petersburger Zeitung"	22	19	41
"The Daily Herald" <sup>+oo</sup>	28	20	48
"The Times" <sup>+oo</sup>	12	9	21

+ Nicht notwendigerweise Streikausbruch, der im Vormonat oder noch früher stattgefunden haben kann.

++ Das heißt für die "St. Petersburger Zeitung": 19. Dezember 1913 (1. Januar 1914) bis 18. (31.) Januar 1914 und 19. Januar (1. Februar) 1914 bis 15. (28.) Februar 1914.

+++ Berlin.

o Budapest.

oo Reichenberg.

ooo Prag.

+o Wien.

+oo London.

ten Königreich 1913/14 besonders groß war im Vergleich etwa zu der Deutschlands oder Frankreichs. Es scheint uns vielmehr - aber das muß an Hand von weiteren Untersuchungen überprüft werden -, daß die "Times", die ja einmütig in der Welt den Ruf des besten Presseorgans der Bourgeoisie hatten, auch auf diesem Gebiet des gesellschaftlichen Lebens, natürlich stets vom Standpunkt der herrschenden Klasse, relativ sorgfältig zumindest über die Tatsache von Streiks berichteten.

Untersuchen wir weiter die Gesamtberichterstattung über Streiks in den ersten beiden Monaten des Jahres 1914, also alle Meldungen, nicht nur die erste, und nehmen wir auch die ausländischen Streiks hinzu.

## Statistische Übersicht 2

Gesamtübersicht über die Meldungen im Januar und Februar 1914

Zeitung	Meldungen insgesamt	Darunter internationale	Davon Meldungen über den Streik in Südafrika
"Vorwärts" (B) <sup>+</sup>	154	89 = 58 %	39
"Norddeutsche Allgemeine Zeitung" <sup>+</sup>	160	154 = 96 %	105
"Leipziger Volkszeitung"	253	178 = 70 %	72
"Leipziger Zeitung"	94	90 = 96 %	59
"Volksstimme" <sup>++</sup>	59	20 = 34 %	4
"Pester Lloyd" <sup>++</sup>	187	165 = 88 %	100
"Vorwärts" (R) <sup>+++</sup>	122	30 = 25 %	21
"Bohemia" <sup>o</sup>	67	28 = 42 %	13
"Bukarester Tagblatt"	9	1 = 11 %	0
"Arbeiter-Zeitung" <sup>oo</sup>	315	158 = 50 %	114
"Neue Freie Presse" <sup>oo</sup>	158	130 = 82 %	84
"St. Petersburger Zeitung"	148	82 = 55 %	59
"The Daily Herald" <sup>ooo</sup>	678	40 = 6 % <sup>+o</sup>	+o
"The Times" <sup>ooo</sup>	510	29 = 6 % <sup>+o</sup>	+o

+ Berlin.

++ Budapest.

+++ Reichenberg.

+o Siehe hierzu die statistische Übersicht 2.1.

o Prag.

oo Wien.

ooo London.

Die Gesamtzahl der Streikmeldungen im "Daily Herald" sowie in den "Times" ist im Verhältnis zu den Zahlen in der bisher untersuchten Presse ganz außerordentlich hoch und der Anteil der internationalen Meldungen in beiden Zeitungen umgekehrt außerordentlich niedrig. Dabei muß man jedoch berücksichtigen, daß wir für die Presse des Vereinigten Königreichs drei Unterscheidungen machen müssen: Inlandsmeldungen, Meldungen aus dem Britischen Empire (Kolonien, Dominions usw.) und internationale Meldungen. Die Meldungen aus dem Britischen Empire, das einen Großteil der Welt umspannte, werden von der Presse als zumindest halbnationale Angelegenheit betrachtet.

Bei Vergleichen mit der Presse anderer Länder ist darum zu beachten, daß bei dieser alle Meldungen aus dem Britischen Empire unter internationale Streikmeldungen fallen, im Vereinigten Königreich jedoch nicht. Die Meldungen aus dem Britischen Empire machen beim "Daily Herald" 37 Prozent, bei den "Times" 63 Prozent aller Streikmeldungen aus. Weiter muß bei einem Vergleich mit der Presse anderer Länder beachtet werden, daß die Meldun-



gen betreffend den Generalstreik in Südafrika zumeist die Hälfte und mehr aller Auslands-  
meldungen ausmachen, in der Presse des Vereinigten Königreichs dieser Streik aber na-  
türlich nicht unter den internationalen Streikmeldungen erscheinen kann.

Insgesamt hat der "Daily Herald" nur 168 (= 33 Prozent) Streikmeldungen mehr als die  
"Times". 57 Prozent aller seiner Meldungen, gegenüber 31 Prozent in den "Times" be-  
treffen das Inland. Und während der "Herald" über den Generalstreik in Dublin 148 Mel-  
dungen veröffentlicht, bringen die "Times" nur 34 solcher Meldungen. Das aber liegt nicht an  
geringerem Interesse der herrschenden Klasse an den bürgerkriegsähnlichen Kämpfen in  
Dublin, sondern vor allem daran, daß die "Times" natürlich zum Beispiel keine Abrech-  
nungen über gesammelte Unterstützungen für die Streikenden, Fürsorgemaßnahmen für die  
Kinder der Streikenden usw. bringen.

Vergleichen wir schließlich noch die Zahlenangaben über den Generalstreik in Südafrika in  
den Übersichten 2 und 2.1, der in anderen Ländern zeitweise die Streiknachrichten beson-  
ders der Regierungspresse relativ beherrschte, dann sehen wir, daß im Vereinigten König-  
reich beide Zeitungen natürlich viel ausführlicher noch über diesen Streik berichten -  
aber eben als "halbnaionale" Streikmeldungen.

### Statistische Übersicht 2.1

Gesamtübersicht über die Meldungen im Januar und Februar 1914 für das Vereinigte Kö-  
nigreich

	"The Daily Herald"	"The Times"
Insgesamt	678	510
Davon:		
National	387	158
Darunter: Dublinstreik	148	34
Empire	251	323
Darunter: Südafrika	250	306
International	40	29

Der "Herald" hatte neben dem Generalstreik in Südafrika nur eine einzige Streikmeldung  
aus dem Empire. In dieser Beziehung war die Streikberichterstattung der "Times" sogar  
besser als die der Arbeiterpresse - brachten die "Times" doch 17 zusätzliche Streikmel-  
dungen aus dem Empire.

Vergleichen wir zum Abschluß noch die amtliche Statistik<sup>5</sup> und die der Presse in bezug auf  
die großen Streiks von August bis Dezember 1913:

	Amtliche Statistik	"Daily Herald"	"Times"
Streiks mit mehr als 10 000 Beteiligten	2	2	2
Streiks mit 5000 bis 9999 Beteiligten	4	4	4
Streiks mit 3000 bis 4999 Beteiligten	9	10	10

5 Report on Strikes and Lock-Outs and on Conciliation and Arbitration Boards in the United Kingdom in 1913, with Comparative Statistics / Presented to Parliament by Command of His Majesty, London 1914. (Strikes and Lock-Outs. Board of Trade >Department of Labour Statistics.<.)

Für große Streiks war die Berichterstattung in beiden untersuchten Zeitungen vollständig, ja es fehlt sogar in der amtlichen Statistik ein Streik, über den der "Herald" wie auch die "Times" im Dezember 1913 berichten (Streik von 3000 Seeleuten der Flotte der Lancashire & Yorkshire Railway Co. in Goole).

Im ganzen kann man sagen, daß von der Regierungspresse ebenso wie von der Arbeiterpresse in keinem der bisher untersuchten Länder so ausführlich über Streiks berichtet wurde wie im Vereinigten Königreich.

Die Berichterstattung über Streiks in den untersuchten Ländern ist im folgenden in Tabelle I dargestellt. Die Tabelle zeigt die Anzahl der Streiks, die in den untersuchten Ländern im Jahre 1913 stattfanden, und die Anzahl der Streiks, die in den untersuchten Ländern im Jahre 1914 stattfanden.

Land	1913	1914
England	100	100
Wales	100	100
Schottland	100	100
Irland	100	100
Frankreich	100	100
Deutschland	100	100
Österreich	100	100
Ungarn	100	100
Italien	100	100
Spanien	100	100
Portugal	100	100
Griechenland	100	100
Türkei	100	100
Japan	100	100
Sibirien	100	100
China	100	100
Indien	100	100
Australien	100	100
Neuseeland	100	100
Südafrika	100	100
Argentinien	100	100
Brasilien	100	100
USA	100	100
Mexiko	100	100
Peru	100	100
Ecuador	100	100
Kolumbien	100	100
Venezuela	100	100
Paraguay	100	100
Uruguay	100	100
Chile	100	100
Argentinien	100	100
Brasilien	100	100
USA	100	100
Mexiko	100	100
Peru	100	100
Ecuador	100	100
Kolumbien	100	100
Venezuela	100	100
Paraguay	100	100
Uruguay	100	100
Chile	100	100

Die Tabelle zeigt die Anzahl der Streiks, die in den untersuchten Ländern im Jahre 1913 stattfanden, und die Anzahl der Streiks, die in den untersuchten Ländern im Jahre 1914 stattfanden. Die Tabelle ist in zwei Spalten unterteilt, die die Anzahl der Streiks in den Jahren 1913 und 1914 zeigen.

Vergleichen wir nun die Anzahl der Streiks in den untersuchten Ländern im Jahre 1913 mit der Anzahl der Streiks in den untersuchten Ländern im Jahre 1914. Die Tabelle zeigt, dass die Anzahl der Streiks in den untersuchten Ländern im Jahre 1914 im Vergleich zum Jahre 1913...

Die Tabelle zeigt die Anzahl der Streiks, die in den untersuchten Ländern im Jahre 1913 stattfanden, und die Anzahl der Streiks, die in den untersuchten Ländern im Jahre 1914 stattfanden. Die Tabelle ist in zwei Spalten unterteilt, die die Anzahl der Streiks in den Jahren 1913 und 1914 zeigen.

Die Tabelle zeigt die Anzahl der Streiks, die in den untersuchten Ländern im Jahre 1913 stattfanden, und die Anzahl der Streiks, die in den untersuchten Ländern im Jahre 1914 stattfanden. Die Tabelle ist in zwei Spalten unterteilt, die die Anzahl der Streiks in den Jahren 1913 und 1914 zeigen.

## TAGUNGEN UND KONFERENZEN

Eugen Varga - Wissenschaftler und Revolutionär

(9. November 1979 in Leipzig)

Anlässlich des 100. Geburtstages von Eugen Varga (1879 bis 1964) am 6. November 1979 veranstaltete die Sektion Wirtschaftswissenschaften der Karl-Marx-Universität Leipzig ein wissenschaftliches Kolloquium. Im Mittelpunkt stand das Wirken dieses bedeutenden marxistisch-leninistischen Wirtschaftswissenschaftlers und hervorragenden Funktionärs der internationalen Arbeiterbewegung, in dessen Leben sich wissenschaftliche Arbeit und politischer Kampf in seltener Vollendung verbanden und befruchteten. Er empfand es als großes Glück, wie auf der Tagung festgestellt wurde, daß seine Forschungsergebnisse, insbesondere seine Wirtschaftsanalysen der zwanziger und dreißiger Jahre, in die Arbeit, in die Analysen und Beschlüsse der Kommunistischen Internationale (KI) eingegangen sind.

Unter den zahlreichen Teilnehmern konnten V. I. Ženaev vom Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der UdSSR und Jürgen Kuczynski, Schüler Vargas und in langjähriger Arbeit freundschaftlich mit diesem verbunden<sup>1</sup>, begrüßt werden.

Ein Lebenswerk war zu würdigen, das fünf Jahrzehnte schöpferischer Arbeit umfaßt und die Entwicklung der politischen Ökonomie des Kapitalismus in dieser Zeit maßgebend mit geprägt hat. Zu würdigen war aber auch der Wissenschaftler und Kommunist Eugen Varga, der Lehrer und Vorbild für zahlreiche Gesellschaftswissenschaftler in vielen Ländern geworden ist; doch nicht nur seine hervorragenden Leistungen, sondern auch seine unbestechliche wissenschaftliche Ehrlichkeit, die sich in seinen Arbeitsmethoden ebenso äußerte wie in seinem Mut, mit dem er unangenehme Wahrheiten aussprach, selbst wenn ihm dies schwerwiegende Kritik einbrachte, wie in seiner Aufrichtigkeit, mit der er bereit war, Fehler und Irrtümer einzugestehen und zu korrigieren.

Man wird nicht behaupten können, daß die Arbeiten und das Wirken Eugen Vargas heute ein Begriff für alle Gesellschaftswissenschaftler sind, obwohl sie es verdientermaßen sein sollten, obwohl nicht zuletzt seine charakterlichen Eigenschaften ein Vorbild gerade für die jungen marxistisch-leninistischen Wissenschaftler sein könnten. Wer insbesondere von den Wirtschaftshistorikern und Historikern, die sich mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts beschäftigen, kennt seine Arbeiten, weiß heute wohl, daß die allen geläufigen Begriffe "Periode der relativen Stabilisierung" und "allgemeine Krise des Kapitalismus" - um nur die am selbstverständlichsten gebrauchten zu nennen - von Varga nicht nur geprägt, sondern

1 Kuczynski, Jürgen, Die Schule Eugen Vargas, in: Gesellschaftswissenschaftliche Schulen, Berlin 1977, S. 13 ff. = Studien zu einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften, Bd. 7.

vor allem auch erstmals theoretisch begründet worden sind?<sup>2</sup> Wie viele kennen diese Arbeiten, die der Politökonom Varga von seinen berühmten Analysen der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik der zwanziger und dreißiger Jahre ableitete und aufgrund der äußerst ungleichmäßigen Entwicklung dieser Zeitspanne zwischen den beiden Weltkriegen immer wieder überprüfte, korrigierte und ergänzte?<sup>3</sup> Es ist in der Tat vieles nachzuholen, wenn wir dem Schüler und Mitarbeiter Lenins, dem Wissenschaftler und Kommunisten Eugen Varga Gerechtigkeit widerfahren lassen wollen. Gerade das war ein artikuliertes Anliegen dieses Kolloquiums, unter dessen Teilnehmern eine erfreulich hohe Anzahl junger Wissenschaftler und Studenten zu sehen waren.

In seiner Eröffnungsansprache hob Jürgen Kuczynski (Berlin) die bedeutenden wissenschaftlichen Leistungen und den großen Charakter Vargas hervor.<sup>4</sup> Er verwies vor allem auf die Analysen der Zwischenkriegszeit, die von 1922 bis 1939 regelmäßig in der Internationalen Pressekorrespondenz bzw. ab 1933 in der Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung erschienen waren<sup>5</sup> und von denen Varga seine grundsätzlichen Einschätzungen der Jahre vor bzw. nach der großen Weltwirtschaftskrise als "Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus" bzw. "Periode einer Depression besonderer Art" abgeleitet hatte.<sup>6</sup> Diese Einschätzungen waren von großer Bedeutung für die Ausarbeitung der Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterbewegung durch die Kommunistische Internationale.

Insbesondere mit seiner These von der relativen Stabilisierung des Kapitalismus war Varga auf schwerwiegende Kritik seitens vieler Mitarbeiter der KI gestoßen, die in revolutionärer Ungeduld seine Konstatierung als opportunistische, als rechte Haltung ansahen. Die Antwort Vargas, die er damals gab, läßt den Inhalt dieser Diskussionen erkennen, sie weist ihn aber auch als Schüler Lenins und echten marxistischen Wissenschaftler aus: "Es gibt keine 'linke' oder 'rechte' Analyse; es gibt keine 'opportunistische' oder 'revolutionäre' Perspektive. Es gibt nur 'richtige' oder 'unrichtige' Analysen; eine richtige oder unrichtige Perspektive. Und mag sich jemand für einen noch so guten Revolutionär halten, weil er die Perspektive des Sieges des Proletariats ständig in kürzester Zeit vor sich sieht;

2 Heininger, Horst/Maier, Lutz, Zum 100. Geburtstag von Eugen Varga, in: IPW-Berichte, Nr. 10/1979, S. 18 ff.

3 Ausführlicher dazu ebenda, S. 20 f.

4 Es ist beabsichtigt, Vorträge und Diskussionsbeiträge des Kolloquiums in einem speziellen Heft der Wissenschaftlichen Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe im Jahre 1980 zu veröffentlichen.

5 Die Vierteljahresberichte Vargas sind neu veröffentlicht in einer fünfbandigen Faksimileausgabe; E. Varga, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Vierteljahresberichte 1922 - 1939, hg. v. Jörg Goldberg, Berlin (West) 1977. - Alle im folgenden zitierten Vierteljahresberichte sind in diesen Bänden veröffentlicht.

6 Über die "entscheidende Bedeutung" dieser Berichte schreibt Jürgen Kuczynski: "Natürlich sind sie überaus bedeutend allein schon durch die glänzende Verbindung von statistischer Materialhäufung mit theoretischer und perspektivischer Durchdringung der gegebenen Daten. Bewundernswert aber sind sie durch die Selbständigkeit der Urteilsbildung, selbständig und unbeeinflusst durch Wünsche, durch Parteiströmungen, durch bequeme Äußerungen der Bourgeoisie usw. Allein die Wirklichkeit, die Wahrheit bestimmt das Urteil des Marxisten Varga, weil er weiß, daß er nur als Interpret der Realität der Sowjetunion, dem internationalen Proletariat, der Wissenschaft dienen, sich als treuer Sohn von Engels und Marx und Lenin, als guter Lehrer junger marxistischer Wissenschaftler erweisen kann." (Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 29.)

eine erfolgreiche revolutionäre Politik läßt sich nur auf Grundlage einer richtigen, den Tatsachen entsprechenden, Analyse und einer darauf sich gründenden Perspektive erreichen."<sup>7</sup>

Varga hat sich, wie J. Kuczynski ausführte, zeitlebens an die Weisung Lenins gehalten: "Wir brauchen volle u. wahrheitstreue Information. Und die Wahrheit kann nicht davon abhängen, für wen sie dienen soll."<sup>8</sup> Diese Unbestechlichkeit in der wissenschaftlichen Forschung - J. Kuczynski sprach in Anlehnung an Lenin von unkorruptem Streben nach Wahrheit, wobei er unter Korruption eine opportunistische Haltung verstanden wissen wollte, die das Aussprechen unangenehmer Wahrheiten scheut -, die Varga auszeichnete, sein ständiges Bemühen, die Ergebnisse seiner Analysen in die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge einzuordnen, sie aufgrund der marxistischen Theorie zu synthetisieren, machten ihn zum Lehrmeister marxistisch-leninistischer Prognosen.<sup>9</sup> J. Kuczynski hob hervor, daß Varga bereits Mitte 1929 die Zeichen einer sich entwickelnden Krise erkannte, eben aufgrund seiner Arbeitsweise. Varga stellte in dieser Zeit als erster fest: "Wir können mit Sicherheit behaupten, daß die amerikanische Hochkonjunktur das Jahr 1930 nicht umfassen wird."<sup>10</sup> In den USA hingegen prophezeiten die "hochgelehrten Leiter der Konjunkturinstitute" in eben dieser Zeit "Prosperität für immer".<sup>11</sup> Während dann die bürgerlichen Konjunkturprognosen nach Beginn der Krise nur kurzfristige Konjunkturschwankungen voraussagten, prophezeite Varga eine umfassende Weltwirtschaftskrise und schon bald - noch während der Krise - eine nachfolgende langwierige Depressionsphase. Beides bestätigte sich vollkommen.

Es war das Anliegen J. Kuczynskis, in seiner Eröffnungsansprache das Beispiel Varga deutlich zu machen, den revolutionären Wissenschaftler im besten Sinne, der uns noch heute viel zu sagen hat, der Meister und Genießer des Meinungsstreites war und der deshalb auch nicht müde wurde, die Probleme mit immer neuen Fragestellungen allseitig und tiefgründig zu diskutieren.

In den beiden Hauptreferaten wurden folgende Themen behandelt: "Eugen Varga - hervorragender Funktionär der Kommunistischen Internationale" von Hans Piazza (vorgetragen von Dr. Mothes) und "Die Imperialismusanalyse Eugen Vargas und ihre Bedeutung für die Untersuchung des Imperialismus der Gegenwart" von Peter Heldt.

Das politische Wirkungsfeld Vargas zu würdigen, das meist allzusehr hinter dem des Wissenschaftlers, des Ökonomen Varga zurückgesetzt werde, dies war das Anliegen des Vortrages von Hans Piazza (Leipzig). Als Leitmotiv gewissermaßen, so wurde festgestellt, könne man auch über das Leben Vargas die Sätze schreiben, die Engels am Grabe von Marx sagte: "So war der Mann der Wissenschaft. Aber das war noch lange nicht der halbe Mann. Die Wissenschaft war für Marx eine geschichtlich bewegende, eine revolutionäre Kraft ... Denn Marx war vor allem Revolutionär. Mitzuwirken, in dieser oder jener Weise, am Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und der durch sie geschaffenen Staatseinrichtungen, mit-

7 Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im 1. Vierteljahr 1925, in: Internationale Pressekorrespondenz (im folgenden: Inprekorr), 5. Jg. 1925, Nr. 77, S. 1017.

8 Lenin an Varga v. 1. 9. 1921, in: Briefe, Bd. 8, Berlin 1973, S. 163.

9 Heininger, Horst/Maier, Lutz, a. a. O., S. 22.

10 Aus der Rede Vargas auf dem X. Plenum des Exekutivkomitees der KI (EKKI) im Juli 1929, zit. in Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im 4. Vierteljahr 1929, in: Inprekorr, 10. Jg. 1930, Nr. 12, S. 266.

11 Ebenda, S. 265 f.



zuwirken an der Befreiung des modernen Proletariats, ... das war sein wirklicher Lebensberuf. Der Kampf war sein Element."<sup>12</sup>

Der revolutionäre Kampf war auch Vargas Element. Sein Lebensweg, kurz skizziert im Referat, schloß das Streben nach größerem, umfassenderem Wissen ebenso ein wie den ständigen Einsatz dieses Wissens im politischen Kampf um den Fortschritt; in Ungarn geboren, Lehrerberuf, Studium der Geschichte und Nationalökonomie in Budapest, Berlin und Paris, 1906 Eintritt in die sozialdemokratische Partei Ungarns, zum linken Flügel gehörend, 1914 Beteiligung an Protestaktionen gegen den Krieg, 1918 zum ordentlichen Professor für Nationalökonomie berufen, 1919 Eintritt in die Kommunistische Partei Ungarns, in der Ungarischen Räterepublik 1919 Volkskommissar für Finanzen und Vorsitzender des Obersten Wirtschaftsrates, 1920 Emigration nach Österreich, dann Reise in die Sowjetunion, die seine zweite Heimat wurde. Seine Erfahrungen, die er in der Ungarischen Räterepublik auf wirtschaftlichem Gebiet sammelte, legte er in seiner berühmt gewordenen Schrift "Wirtschaftspolitische Probleme der proletarischen Diktatur" nieder, die auch die große Anerkennung Lenins fand.

Lenin setzte den begabten und politisch aktiven Wissenschaftler, der sich außerdem durch eine beachtliche Durchsetzungskraft auszeichnete, voll in die Arbeit der KI ein. Varga wurde mit der Vorbereitung des III. Kongresses beauftragt, der 1921 stattfand und auf dem sich Lenin, auch dank Vargas, mit seinem Konzept gegen die linksradikalen Kräfte durchsetzen konnte. Varga wurde der führende Wirtschaftsexperte der KI, deren Arbeit er maßgebend mit beeinflusste. Die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung der zwanziger Jahre kennt viele Beispiele, wo Analysen und Thesen auf heftigen Widerstand stießen, einen leidenschaftlichen Meinungsstreit herausforderten<sup>13</sup> und nicht selten letztendlich doch von der weiteren Entwicklung, von der Wirklichkeit, bestätigt wurden. Piazza stellte fest, daß es für die dreißiger Jahre in unserem Wissen über die Tätigkeit Vargas innerhalb der KI Lücken gibt, die noch auszufüllen sind.

Im Folgenden behandelte der Referent dann einige Schwerpunkte im politischen Wirkungsfeld Vargas:

- seine Freundschaft zur Sowjetunion, deren welthistorische Bedeutung er in seine wissenschaftlichen Analysen einbezog und deren Entwicklungsschwierigkeiten er realistisch einschätzte, ohne daraus "Wesensmerkmale" zu machen;
- sein Eintreten für das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, das sich "wie ein roter Faden" durch seine Arbeit in der KI zog, wobei er insbesondere auch seine Erfahrungen aus Ungarn verallgemeinerte; sein Hinweis, daß nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch die Bourgeoisie aus der russischen Revolution gelernt habe und die Gewinnung der werktätigen Bauern für die revolutionären Truppen des Proletariats des-

12 Engels, Friedrich, Das Begräbnis von Karl Marx, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1969, S. 336.

13 Auf dem X. Plenum des EKKI 1929 erklärte Varga in einer solchen Auseinandersetzung u. a.: "Wenn ich zu der Einsicht gelange, daß irgend etwas Neues in der internationalen Lage, in der Weltwirtschaft, in der Arbeiterbewegung eingetreten ist, was eventuell nicht in das bisher von der Komintern für richtig gehaltene Gesamtbild hineinpaßt, so werde ich es immer der Komintern vorlegen, selbst auf die Gefahr hin, daß man sagt; Der Varga sagt wieder eine opportunistische Schweinerei. Der größte Opportunismus ist, seine Überzeugung zu verschweigen aus Furcht, nicht mit der herrschenden Linie im Einklang zu sein. Das ist die gefährlichste, eines Kommunisten unwürdige Art des Opportunismus." (Inprekorr, 9. Jg. 1929, S. 1788, zit. nach Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 43.)

halb notwendig sei, aber nur gelingen kann, wenn an deren reale alltägliche Interessen angeknüpft wird;

- seine entschiedene Gegnerschaft zum Faschismus und seine Arbeiten, mit denen er Wesentliches zur Erkennung der Ursachen des Faschismus beigetragen hat;
- seine Einschätzung der nationalen Befreiungsbewegungen, in denen er im Sinne Lenins ein revolutionäres Potential erkannt und gewürdigt hat (auch in dieser Hinsicht gibt es für uns Wissenslücken über die Tätigkeit Vargas, die auszufüllen wichtig sind für die Analyse des heutigen Verhältnisses der kommunistischen Weltbewegung zur nationalen Befreiungsbewegung);
- seine kontinuierlichen, harte Arbeit erfordernden Wirtschaftsanalysen, die eine wesentliche Grundlage für die Festlegung der Strategie der KI lieferten.

Peter Heldt (Leipzig) ging in seinem Vortrag auf die bekanntere Seite der Arbeit Vargas ein, die sich in zirka achtzig Büchern und mehreren hundert Artikeln niedergeschlagen hat, auf seine wissenschaftliche Arbeit als Politökonom, und er hob die Einheit hervor, die der Weg und das Werk Vargas an der Front des proletarischen Klassenkampfes gebildet haben. Als dessen entscheidende Beiträge zur Politökonomie des Kapitalismus führte Heldt auf:

- die Periodisierung der Zwischenkriegszeit,
- die Weiterentwicklung der Krisentheorie von Marx,
- die Arbeiten zur Agrarkrise und ihre theoretische Verallgemeinerung,
- die Arbeiten zu Geld-, Preis- und Währungsfragen als Beitrag zu einer Theorie der Inflation,
- die Theorie der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Die Diskussion zum Vortrag zeigte dann sehr deutlich, daß alle diese Arbeiten wichtige und aktuelle theoretisch-methodologische wie auch methodische Ansatzpunkte für die Erforschung des heutigen Imperialismus enthalten.

Der Referent konzentrierte sich besonders auf Vargas Theorie der allgemeinen Krise des Kapitalismus, mit der er an Lenin angeknüpft hat. Er hob hervor, daß Varga jene historische Entwicklungsphase des Kapitalismus stets als einen dialektischen Prozeß von Konsolidierung und Verfall, von Aufstieg und Niedergang erfaßt hat, wobei natürlich der Niedergang das letztendlich bestimmende Moment ist, aber darum Phasen der Festigung, des Aufschwungs, nicht ausgeschlossen sind. Diese Auffassung, die in seiner Definition von der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, aber auch in seinen Arbeiten über die Entwicklung der Arbeitslöhne Mitte der zwanziger Jahre schon enthalten ist, und die damals gleichermaßen bedeutete, daß damit von einer akuten revolutionären Situation nicht mehr gesprochen werden kann, stieß begreiflicherweise auf die empörte Abwehr vieler Kommunisten, die ihre Hoffnung und Zuversicht in den historisch fälligen Fortgang der Revolution gesetzt hatten. Um so höher ist die Kühnheit zu bewerten, mit der Varga seine Erkenntnisse weiterhin vertrat. Varga sah den "Kernprozeß" der allgemeinen Krise nicht in der Entwicklung der Produktionszahlen, sondern in der Entwicklung der inneren Widersprüche des gesamten Systems. 1938 schrieb er: "Alle ... Daten zeigen klar, daß von einer Stagnation oder gar von einer Verkrüppelung der Produktivkräfte der kapitalistischen Weltwirtschaft in der Periode der allgemeinen Krise keine Rede sein kann. Wenn auch in verlangsamttem Tempo, wenn auch nach Ländern und Produktionszweigen höchst ungleichmäßig, wenn auch stark durch die Kriegsvorbereitungen deformiert, so geht doch die Entwicklung der Produktivkräfte weiter. Die allgemeine Krise des Kapitalismus macht sich nicht in einer Stagnation der Entwicklung der Produktivkräfte geltend, sondern in der Unfähigkeit des Kapitalismus, die vorhandenen und unter dem Druck der Konkurrenz stetig vergrößerten Produktivkräfte auszunutzen."<sup>14</sup>

14 Varga, Eugen, 20 Jahre Kapitalismus und Sozialismus, Straßburg/Moskau 1938, S. 35, zit. nach Heininger, Horst/Maler, Lutz, a. a. O., S. 22.

Die Bedeutung der Imperialismusanalyse Vargas für die Erforschung des gegenwärtigen Imperialismus offenbart sich wohl am deutlichsten, wenn man die von ihm herausgearbeiteten ökonomischen Merkmale der allgemeinen Krise zusammenfaßt, wie es Horst Heintinger und Lutz Maier versucht haben und worauf der Referent verwies:

1. chronischer Überfluß an fixem Kapital;
2. das Entstehen einer chronischen (strukturellen, technologischen) Arbeitslosigkeit;
3. das Fehlen des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts bzw. das Entstehen einer chronischen weltwirtschaftlichen Disproportionalität (vor allem als Störung der Arbeitsteilung zwischen den imperialistischen 'Mutter' ländern und Kolonen, als Asynchronität der zyklischen Entwicklung, als Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Länder und starke Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen ihnen);
4. die chronische Agrarkrise;
5. die Einengung des inneren und äußeren Marktes und die tendenziell chronische Verschärfung des Marktproblems;
6. die Tendenz des Rückgangs der internationalen Arbeitsteilung;
7. die Inflation, der Zusammenbruch des Goldstandards und die Labilität der Devisenkurse;
8. die Tendenz, daß alle ökonomischen Widersprüche, die in den zyklischen Krisen eine zeitweilige Lösung erfahren, eine mehr oder weniger ständige Schärfe erhalten und der Krisenzyklus selbst deformiert wird (vor allem, indem die Aufschwungsphasen tendenziell kürzer, die Belebungs- und Depressionsphasen länger und qualvoller werden).<sup>15</sup>

Es war die besondere Stärke Vargas, daß er immer die organische Verbindung zwischen Ökonomik und Politik in Betracht zog, ja davon ausging. So sah er das enge Kausalverhältnis zwischen dem ersten Weltkrieg, in dem er wie Lenin eine schwere Krise des gesamten Systems sah, und dem Sturz der Bourgeoisie durch die Oktoberrevolution.<sup>16</sup> Im gleichen Sinne ist der revolutionäre Weltprozeß von heute Bestandteil und Ergebnis der allgemeinen Krise, die sich in ihren ökonomischen und politischen Formen weiterentwickelt hat. Der Referent würdigte in diesem Zusammenhang "Vargas Arbeit "Der Kapitalismus des zwanzigsten Jahrhunderts", in der dieser nach dem zweiten Weltkrieg die neuen Etappen der allgemeinen Krise analysiert hat.

Varga hat, wie im Vortrag zu Recht betont wurde, ebenfalls wesentlichen Anteil an der Erforschung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Seine Wirtschaftsanalysen der Zwischenkriegszeit führten ihn vor allem in den Jahren der Weltwirtschaftskrise sowie in den folgenden Jahren, in der Periode der Depression besonderer Art, immer stärker in diese Problematik hinein, zumal sich gerade in jener Zeit staatsmonopolistische Formen besonders stark entwickelten. Eine eingehende kritische Würdigung dieser Arbeiten nach dem heutigen Stand der Forschung steht ohne Frage noch immer aus.

Es ist zweifellos schwer, in einem kurzen Vortrag die wissenschaftliche wie auch die politische Tätigkeit Vargas zu würdigen. Fünfzig Jahre wissenschaftliche und politische Arbeit sind damit nicht zu erschließen, das ist nur durch eingehendes Studium seiner Werke möglich. Daß sich dieses aber lohnt, daß uns Varga auch heute viel zu sagen hat, uns Vorbild sein kann, daß er für viele Probleme schon Wege gebahnt hat, die weiter zu verfolgen lohnend ist, das konnte gezeigt werden, und das ist verdienstvoll.

Die Diskussion machte die Spannweite der Arbeiten Vargas noch einmal in besonderer Weise sichtbar, indem in den einzelnen Beiträgen nun speziell auf abgegrenzte Problemkreise eingegangen wurde.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 21.

<sup>16</sup> Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im 1. Vierteljahr 1931, in: Inprekorr, 11. Jg. 1931, Nr. 43, S. 1031.

V. I. Ženaev (Moskau) sprach über Probleme der Geldtheorie, Fragen, die Varga in seinen Arbeiten immer wieder aufgegriffen hat. Varga erlebte es zweimal, daß der Goldstandard und damit das internationale kapitalistische Währungssystem zusammenbrach: im ersten Weltkrieg und zu Beginn der dreißiger Jahre. Seine ersten Beobachtungen und Überlegungen zu dieser Entwicklung machte er bereits vor dem ersten Weltkrieg. Die nachfolgende allgemeine Inflationierung der Währungen und ihr erneuter Zusammenbruch in der Weltwirtschaftskrise regten ihn immer wieder an, diese Phänomene zu analysieren und theoretisch zu durchdringen. Es liegt auf der Hand, daß die Untersuchung der gegenwärtigen instabilen Lage des kapitalistischen Weltwährungssystems mit großem Gewinn an diese Arbeiten anknüpfen kann. Während sich Ženaev insbesondere mit den Geldfunktionen des Goldes beschäftigte und ihr Funktionieren bzw. Nichtfunktionieren in der gegenwärtigen Situation untersuchte, befaßte sich Klaus Müller (Karl-Marx-Stadt) mit dem gleichen Problemkreis unter dem Aspekt der chronischen Inflation. Rudolf Neumann (Leipzig) versuchte vor allem, das methodische Vorgehen Vargas anhand von Wirtschaftsanalysen der Zwischenkriegszeit herauszuarbeiten. Dabei sah er in den Reproduktionsbedingungen des Kapitals sowie im tendenziellen Fall der Profitrate wesentliche Ansatzpunkte der Vargaschen Analyse. Horst Hanke (Berlin) ging von den Prognosen aus, die Varga in seinen Wirtschaftsanalysen für die mögliche oder wahrscheinliche Entwicklung der kapitalistischen Welt in den jeweils folgenden Jahren ausgearbeitet hat. Er betonte das Beispielhafte dieser Arbeiten für die gegenwärtige Forschung, wo es darauf ankomme, Vorstellungen für die kurzfristige zyklische Entwicklung der kapitalistischen Länder bis in die achtziger Jahre hinein zu entwickeln. Über den Einfluß der Monopole und der Monopolbildung auf die zyklische Entwicklung des Kapitalismus, wie er von Varga untersucht und dargestellt wurde, sprach Manfred Hentschel (Leipzig). Auf die Arbeiten zur Entwicklung und zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus ging Fritz Holzappel (Leipzig) ein, wobei er zu Recht hervorhob, daß sie bisher nicht angemessen gewürdigt worden seien. Gerhard Müller (Leipzig) sprach über die Arbeiten zur Agrarfrage und zur Bündnispolitik. Die Bedeutung der Arbeiten über den Faschismus, mit dessen Analyse sich Varga schon ab 1921 befaßte, auch für die historische Forschung, arbeitete Ulrich Hess (Leipzig) zum Schluß in seinem Beitrag heraus. Diese Arbeiten bedürfen, nicht zuletzt in Anbetracht der gegenwärtigen Verstärkung faschistischer Umtriebe, ebenso einer gründlichen kritischen Würdigung.

Auch die Diskussion konnte nicht alle Aspekte der Vargaschen Arbeiten sowie ihre Aktualität für die heutigen Forschungsaufgaben ausloten. Für den Wirtschaftshistoriker sind insbesondere seine Wirtschaftsberichte für die Jahre von 1922 bis 1939 in vieler Hinsicht eine wahre Fundgrube. Natürlich wird man die eine oder andere Einschätzung heute nicht mehr so übernehmen können, wie sie Varga damals gegeben hat. Nach vierzig bis fünfzig Jahren weiß man über viele Dinge mehr, als es der Zeitgenosse auch mit bestem Willen und umfassenden Kenntnissen wissen und erfahren konnte. Andererseits weiß man sehr viel weniger über Zusammenhänge, Wechselwirkungen und Umstände, die das Zeitgeschehen seinerzeit beeinflusst haben. Neben allen großen Verdiensten, die sich Varga mit seinen Arbeiten erworben hat, ist das Verdienst, uns mit seinen Wirtschaftsberichten eine lückenlose marxistische Zeitanalyse geliefert zu haben, die durch nichts zu ersetzen ist, ganz gewiß nicht gering einzuschätzen.

Es ist aber nicht allein die Sicht, es ist nicht nur die Fülle des Materials, die uns in diesen Wirtschaftsberichten wertvoll sein sollten, es ist auch die Methode Vargas, seine universale Betrachtung und Erfassung der Wirtschaftsentwicklung, die der wirtschaftshistorischen Forschung Anregung und Beispiel sein kann.<sup>17</sup>

<sup>17</sup> Ausführlich dazu Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 24 f.; Goldberg, Jörg, Methodische und theoretische Probleme in Vargas Vierteljahresberichten, in: E. Varga, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik ..., a. a. O., Bd. 1, S. 35 - 120.

Das Anliegen des Kolloquiums war die wissenschaftliche Würdigung von Leben und Werk Eugen Vargas. Es wird nun darauf ankommen, sein Werk und seine Beispiele mehr als bisher im wissenschaftlichen Alltag lebendig zu machen.

Lotte Zumpe



Internationale Unternehmen und Zentraleuropa 1919 bis 1939

(20. bis 22. September 1979 in Norwich)

Das von der University of East Anglia, School of Economic and Social Studies, veranstaltete Symposium vereinte annähernd 70 Forscher, die sich mit der Wirtschaftsgeschichte Mitteleuropas im 20. Jahrhundert befassen. Neben Vertretern des Gastgebers nahmen an den Beratungen Historiker und Ökonomen aus Belgien, der BRD, Frankreich, Österreich, Schweden, der UVR, der VRP und den USA teil. Das Symposium faßte die Ergebnisse der bisherigen Forschungen zur Tätigkeit multinationaler Gesellschaften in Mitteleuropa in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen zusammen. Unter Mitteleuropa verstanden die Referenten und Diskutanten vor allem die Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn und Polen. Darüber hinaus widmeten sie sich aber auch der Struktur und Tätigkeit der Gesellschaften in anderen Ländern, namentlich in Deutschland, ebenso in Balkanländern, England, in den USA und Frankreich. An diesem Programm arbeiten Historiker aus verschiedenen britischen und ausländischen wissenschaftlichen Institutionen mit.

Für das Symposium wurden 14 Referate verfaßt. Die Referenten und ihre Themen waren: Alice Teichova und Philip Cottrell (beide Großbritannien) "Die Entwicklung in West- und Zentraleuropa in der Periode zwischen den beiden Weltkriegen", eine vergleichende Analyse des Konzentrationsprozesses der Produktion in ausgewählten Ländern; Alfred D. Chandler Jr. (USA) "Der Platz der modernen Industriebetriebe in drei ökonomischen Bereichen", die Rolle der großen Gesellschaften in der Wirtschaft Deutschlands, der USA und Großbritanniens in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen; Herbert Matis (Österreich) "Desintegration und multinationale Unternehmen in Zentraleuropa während der Nachkriegsjahre, 1918 - 1923", die Konsequenzen des Zerfalls Österreich-Ungarns für die in den Nachfolgestaaten tätigen multinationalen Gesellschaften; Alois Mosser (Österreich) "Konzentration und Finanzierung der österreichischen industriellen Verflechtungen vor dem ersten Weltkrieg", die Finanzierungsquellen für die Entwicklung der Aktiengesellschaften in der österreichischen Industrie vor 1914; Philip Cottrell "Aspekte der westlichen Investitionen durch Aktienkauf in den Banksystemen des Ostens Zentraleuropas", Faktoren, die die Politik englischer und französischer Finanzgruppen bei Kapitalanlagen in Aktien österreichischer und tschechoslowakischer Banken beeinflussten; Claude Beaud (Frankreich) "Der Einfluß der Union Européenne Industrielle et Financière in Zentraleuropa"; Eric Bussiere (Frankreich) "Der Einfluß der Banque de l'Union Parisienne in der Tschechoslowakei, in Ungarn und auf dem Balkan 1919 - 1930"; Dieter Stiefel (Österreich) "Die Krise der Kreditanstalt"; György Ránki (UVR) "Die ungarische General Credit Bank (Magyar Általános Hitelbank) in den zwanziger Jahren"; Alice Teichova, Verena Schröter und Harm Schröter (beide BRD) "Englische und deutsche Gesellschaften in Zentraleuropa", das Wirken der Konzerne IG Farben, Mannesmann, Nobel, Siemens und Unilever in der Tschechoslowakei, in Österreich und auf dem Balkan in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen; Jerzy Tomaszewski (VRP) "Deutsches Kapital in der schlesischen Industrie in Polen zwischen den beiden Weltkriegen"; Peter Fischer (Österreich) "Die Österreichische

Montangesellschaft 1918 - 1938"; Richard Overy (Großbritannien) "Görings 'Multinationales Reich'", die Entstehung der Hermann-Göring-Werke und ihre Expansion in Mittel- und Südosteuropa bis 1944.

Die Referate bildeten den Ausgangspunkt für eine sehr lebhaft diskutierte Diskussion, die verschiedenartige Probleme betraf. Sie hatte sachlichen Arbeitscharakter und führte vor allem zur Formulierung einiger Hypothesen und Schlußfolgerungen bezüglich künftiger Forschungseinrichtungen. Der Meinungsaustausch zwischen Forschern aus verschiedenen Ländern ermöglichte es, Forschungsergebnisse, die auf Material aus vielen Archiven beruhen und sich zuweilen gegenseitig ergänzen, miteinander zu vergleichen. Auch unter dem Gesichtspunkt, daß mitunter bisher unbekannte oder wenig bekannte Fakten zur Geschichte der multinationalen Gesellschaften präsentiert wurden, muß man das Symposium als einen großen Erfolg der Organisatoren bewerten.

In einigen Referaten und dann in der Diskussion wurden mit dem Wirken der multinationalen Gesellschaften verbundene theoretische Fragen aufgeworfen. Alice Teichova, Verena Schröter und Harm Schröter und im Anschluß daran Bernd-Jürgen Wendt (BRD) sowie einige weitere Diskutanten erörterten die Definition des "multinational enterprise". Teichova bezeichnete die multinationale Gesellschaft kurzgefaßt als ein Unternehmen, das seinen Sitz in einem Lande hat, sich aber in vielen Staaten betätigt. Von den Charakterzügen dieses wirtschaftlichen Organisationstyps wurden vor allem strukturelle Merkmale genannt; das System der Verbindungen und Abhängigkeiten zwischen den Gliedern, aus denen sich die multinationale Gesellschaft zusammensetzt; die Art und Weise, in der strategische Entscheidungen gefällt und laufende Fragen entschieden werden; die Formen und Richtungen der Handels- und der Kapitalexpansion. Gleichzeitig erörterten die Referenten, besonders bei der Analyse konkreter Gesellschaften, die Beziehungen zwischen den Firmen und der Staatsmacht. Aus den Diskussionen erwuchs allerdings nicht der Versuch einer allgemein akzeptierten Definition. Man kam eher zu der Schlußfolgerung, eine eindeutige Bestimmung der Charakterzüge der multinationalen Gesellschaft sei nicht zu erreichen, da im Prozeß der Entwicklung und der Umwandlungen der internationalen Kapital- und Produktionsverbindungen eine starke Differenzierung der Formen auftritt und mannigfaltige Evolutionsstadien anzutreffen sind. Obwohl also bei der Analyse der multinationalen Gesellschaft die obengenannten Elemente in Betracht gezogen werden müssen, wäre diesem Begriff doch eine gewisse Unschärfe eigen. Eine ähnliche Schlußfolgerung brachte die Diskussion um den im Referat von Tomaszewski enthaltenen Versuch, zu bestimmen, was "fremdes Kapital" ist. Unter anderem verwies Ránki auf die Schwierigkeit einer eindeutigen Beurteilung des Charakters der in Oberschlesien angelegten Kapitalien, die sich in der Verfügungsgewalt seit vielen Generationen auf schlesischem Boden ansässiger Familien befunden hatten. Zugleich betonte er auch die Notwendigkeit, die indirekten Kapitalverbindungen zu berücksichtigen, die zuweilen nicht weniger wichtig sind als die direkten Anteile am Aktienkapital. Jegliche Definitionen müßten also als ein Hilfsmittel bei der Analyse der tatsächlichen ökonomischen Verhältnisse angesehen werden, sie aber übertrieben rigoros anzuwenden, wäre nicht wünschenswert.

Großes Interesse rief die Frage nach den politischen Konsequenzen der Zerstückelung Mitteleuropas nach dem ersten Weltkrieg, besonders infolge des Zerfalls der Habsburgermonarchie, hervor. Niemand beweieltete, daß die wirtschaftliche Bedeutung Österreichs und der Gesellschaften, die auf dem Territorium Österreichs ihren Sitz gehabt haben, allmählich geringer geworden ist. Die Meinungsverschiedenheiten betrafen das Tempo dieses Prozesses und seine Periodisierung. Einige Diskutanten (unter anderen Eduard März, Österreich) waren geneigt, den Bestimmungen der Friedensverträge die entscheidende Bedeutung beizumessen. Diese hätten dazu geführt, daß die Positionen der österreichischen und ungarischen Gesellschaften erschüttert und die wirtschaftlichen Bindungen, die sich vor 1914 herausgebildet hatten, zerrissen worden seien. Ránki vertrat jedoch die Auffas-

sung, der ökonomische Zerfall der ehemaligen Monarchie habe lange gedauert und sei erst nach dem zweiten Weltkrieg abgeschlossen gewesen. Eine ähnliche Ansicht äußerte Tomaszewski, der die Rolle der großen Krise von 1929 bis 1933 bei der Schwächung der gegenseitigen ökonomischen Bindungen zwischen den Ländern jener Region Europas hervorhob.

Der Erörterung dieser Fragen dienten auch die Referate über die in Mitteleuropa tätigen österreichischen und ungarischen Firmen. Ihre Verfasser verwiesen auf die Konsequenzen, die die Wahl einer bestimmten Wirtschaftsstrategie durch die Gesellschaftsvorstände nach 1918 hatte, und auf die Folgen der Politik der österreichischen Behörden. Unter anderem stellte Bernard Michel (Frankreich) die Frage, ob für den Zusammenbruch der Credit-Anstalt wirklich die Nachkriegsereignisse entscheidende Bedeutung hatten oder aber vor allem die Strategie, die die Bankleitung unmittelbar nach 1918 wählte, sowie die anfangs unentschlossene Haltung der Behörden der Republik Österreich hinsichtlich einer Hilfe für diese Bank in der Anfangsphase der Krise. Auch März beurteilte die Nachkriegsstrategie dieser Bank kritisch, indem er auf ihre Verbindung mit der Politik des österreichischen Finanzministers Joseph Schumpeter hinwies.

In einigen Beiträgen dominierte eine rein ökonomische Auffassung über die Folgen des Zerfalls Österreich-Ungarns. Ausschließlich wirtschaftliche Kriterien lagen der Vorstellung zugrunde, die Entstehung vieler unabhängiger Staatsorganismen habe eher negative Folgen für die europäische Wirtschaft gehabt. In diesem Zusammenhang stellten andere Diskussions Teilnehmer fest, daß die Umwandlungen Mitteleuropas nach dem ersten Weltkrieg und ihre Folgen nicht ohne Berücksichtigung der politischen Aspekte beurteilt werden könnten. Ähnlich könne die Wirtschaftspolitik der Nachfolgestaaten (zuweilen als "wirtschaftlicher Nationalismus" bezeichnet) nicht genügend verstanden werden, wenn man die Analyse ausschließlich auf ökonomische Motive und Konsequenzen begrenze.

Die politischen Aspekte des Wirkens der multinationalen Gesellschaften behandelten übrigens viele Diskutanten. Das geschah schon bei der Untersuchung des Verhältnisses des französischen und des englischen Kapitals zu den Staaten Mitteleuropas unmittelbar nach 1918. Dabei wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die einzelnen Finanzgruppen unterschiedlich auftraten und daß die französische Regierung von anderen Prämissen ausging (unter anderen François Crouzet, Frankreich). Auch in der Diskussion über die Tätigkeit der Hermann-Göring-Werke (unter anderen Milan Hauner, Großbritannien, und Wacław Dugoborski, VRP) spielte das Problem der politischen Aspekte eine Rolle.

Besonders in Verbindung mit dem Referat über die Tätigkeit des deutschen Kapitals in Oberschlesien wurde die Frage der Folgen des Zustroms ausländischer Kapitalen sowie der Expansion der multinationalen Gesellschaften aufgeworfen. Ránki wies darauf hin, daß dieser Begriff im Referat etwas einseitig gefaßt worden sei, und er erinnerte an die positiven Seiten des wirtschaftlichen Austausches zwischen dem östlichen und dem westlichen Teil Oberschlesiens. Rudolf Nötel (Großbritannien) vertrat die generelle Auffassung, daß in der Diskussion auch die technologische Seite bedacht werden müsse; denn die großen Gesellschaften haben die in anderen Ländern entwickelte Technologie nach Mitteleuropa gebracht und den Import neuer Maschinen und Ausrüstungen erleichtert. Dieser Standpunkt stieß auf Kritik (unter anderem von Verena Schröter), er sei zu einseitig, denn es ließen sich Beispiele für den hemmenden Einfluß internationaler Konzerne auf den technischen Fortschritt anführen.

Ein für die weitere Erforschung der multinationalen Gesellschaften sehr interessantes und wichtiges Element des Symposiums waren die Referate und die Diskussion über die Evolution ausgewählter Wirtschaftsorganisationen, ihrer Strategien und Kapitalquellen. Besonders viel Aufmerksamkeit wurde österreichischen und französischen Firmen geschenkt. Für die Diskussion über Probleme im Zusammenhang mit der Expansion deutscher Gesell-

schaften war die kritische Haltung der Beratungsteilnehmer, auch aus der BRD, zur Geschichte des imperialistischen Deutschlands kennzeichnend. Eine wertvolle Ergänzung bildete das erst während der Diskussion vorgetragene Kurzreferat von Ulli Vikander (Schweden) über die Anfänge des Ivar-Kreuger-Konzerns und seine Organisation. Dagegen fehlte eine Analyse der Expansion des italienischen Kapitals, wenn auch in einigen Beiträgen die zur Banca Commerciale Italiana führenden Verbindungen erwähnt wurden.

In einem kurzen Überblick ist es unmöglich, alle Details der in Norwich geführten Diskussionen und der Standpunkte der Teilnehmer darzulegen. Die Referate und die Diskussionen zeugen davon, daß die Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte Mitteleuropas in den letzten Jahren beträchtlich vorangekommen sind, woran das an der University of East Anglia arbeitende Kollektiv nicht geringen Anteil hat.

Jerzy Tomaszewski

(Übersetzt von Berthold Puchert)

## Die historische Bedeutung der Dorfgemeinde-Organisation

(28. Februar 1979 in Berlin)

Die Erforschung von Problemen zur Dorfgemeinde ist von eminenter Bedeutung für das Verständnis der sozialen und gesellschaftlichen Entwicklung innerhalb der ersten Klassengesellschaften. Die Dorfgemeinde, als historisch erste Form von ackerbautreibenden Gemeinden beim Zerfall der Gentilorganisation entstanden, war ursprünglich autark, Handwerk und Landwirtschaft waren noch nicht getrennt. Die Naturalwirtschaft bildete die ökonomische Basis der Dorfgemeinde, die zugleich Wirtschafts- und Verwaltungseinheit war.

In dem Maße, wie in der weiteren Entwicklung die Privatisierung des Bodens, verbunden mit verstärkter sozialer Differenzierung der Bevölkerung, voranschritt, wurde die Struktur der Dorfgemeinde unterhöhlt. In Gebieten mit antiker Produktionsweise, wo sich das Privateigentum durchsetzte, wurden die Dorfgemeinden gegenüber der Stadt als ökonomischem Zentrum in ihrer Entwicklung zurückgedrängt. Sie blieben aber dort, wo die Durchsetzung des Privateigentums nur partiell möglich war, als Organisationsform sehr lange weiter bestehen, in Indien beispielsweise bis ins 18. Jahrhundert.

Viele Fragen bzw. Aspekte der Dorfgemeinde harren noch einer wissenschaftlichen Bearbeitung, so die der konkreten (zeitlich und regional sehr unterschiedlichen) Ursachen des Entstehens von Dorfgemeinden, Stufen ihrer weiteren Entwicklung infolge der sozialen Differenzierung der Produzenten, Voraussetzungen und Folgen ihrer Ablösung usw. Schon Marx und Engels hatten, angeregt durch Morgans völkerkundliche Forschungen, betont, daß die hiermit verbundenen Fragen universalhistorischen Charakter tragen, obwohl die Dorfgemeinden erstmals im Alten Orient mit dem Übergang zur Klassengesellschaft entstanden sind und dort von größter Bedeutung waren. Marx und Engels hatten stets auch altamerikanische und germanische Verhältnisse zum Vergleich mit frühen altorientalischen Dorfgemeinden herangezogen.<sup>1</sup>

Die bürgerliche Forschung der letzten Jahrzehnte hat offenbar weder die spezifischen Probleme der Dorfgemeinde behandelt noch eine methodologisch fundierte wirtschaftshistori-

<sup>1</sup> Vgl. u. a. Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf), Berlin 1953, S. 377 ff.; Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft ("Anti-Dühring"), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1972, S. 166 f.



sche Analyse vorgenommen oder ihre Funktion bestimmt, wie das Berichte zu dieser Problematik auch aus jüngster Zeit deutlich zeigen.<sup>2</sup>

In der DDR machte im Jahre 1969 ein Kolloquium, welches auf der Grundlage eines von Ernst Hoffmann (Berlin) gehaltenen Referates über die Dorfgemeinde und ihre Stellung beim Übergang von der Urgesellschaft zur Klassengesellschaft stattfand,<sup>3</sup> die Rolle der Dorfgemeinden im Rahmen des gesamten historischen Prozesses nicht nur den Spezialisten deutlich; Die dort begonnene Aussprache führte in der Folgezeit noch zu Diskussionen, wie über allgemeine Periodisierungsfragen, die Vertreter vieler Fachbereiche der Gesellschaftswissenschaften zur Stellungnahme anregten.<sup>4</sup>

Das im Jahre 1979 von der Fachgruppe Ur- und Frühgeschichte und der Arbeitsgemeinschaft Ethnographie der Historiker-Gesellschaft der DDR veranstaltete Kolloquium, über das im folgenden zu berichten ist, konnte auf den bisher gewonnenen Ergebnissen aufbauen. Es wurde dabei versucht, im wesentlichen drei Problemkomplexe einer Lösung näher zu bringen:

1. die Darstellungen bei Marx und Engels zum Gemeindebegriff - seine Bedeutung und sein konkret-historischer Inhalt;

2. die Herausbildung und Entwicklung der Dorfgemeinde allgemein und - damit verbunden - Fragen nach den Triebkräften, die zur Ausbeutung führen;

2 Vgl. die Beiträge bürgerlicher Historiker auf dem Kongreß zur vergleichenden Geschichte der ländlichen Gemeinden (Warschau 1976) und die kritischen Anmerkungen dazu bei Audring, Gert, Vergleichende Geschichte der dörflichen Gemeinschaften (25. Mai bis 29. Mai 1976 in Warschau), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977, T. 2, S. 285; Fischer, Hagen, Internationaler Kongreß zur vergleichenden Geschichte der ländlichen Gemeinden, Warschau 1976, in: Ethnographisch-archäologische Zeitschrift (im folgenden: EAZ), 18. Jg. 1977, S. 167 ff.

3 Hoffmann, Ernst, Über die Dorfgemeinde und ihre Stellung im Übergangsprozeß von der Urgesellschaft zur Klassengesellschaft, in: EAZ, 13. Jg. 1972, S. 71 - 143.

4 Aus der im Anschluß an das Referat von Hoffmann geführten Diskussion in der EAZ und in anderen Organen können nur einige Artikel herausgegriffen werden. Vgl. für Arbeiten, die vor 1972 veröffentlicht wurden Fischer, Hagen, Bibliographie von Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Altertums (Nachtrag), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1975, T. 4, S. 283 - 301; Brentjes, Burchard, Zur Einheit der vorkapitalistischen Klassengesellschaft, in: EAZ, 14. Jg. 1973, S. 277 - 293; Eifler, Rudolf, Vorkapitalistische Klassengesellschaft und aufsteigende Gesellschaftsformation im Werk von Karl Marx, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 20. Jg. 1972, S. 577 - 596; Günther, Rigobert, Kritische Bemerkungen zu Argumenten für eine einheitliche Gesellschaftsformation der vorkapitalistischen Klassengesellschaften, in: EAZ, 14. Jg. 1973, S. 261 - 276; Guhr, Günter, Ur- und Frühgeschichtsauffassung bei W. I. Lenin und Fragen der historischen Periodisierung, in: EAZ, 13. Jg. 1972, S. 369 - 423; Lewin, Günter, Zur Diskussion über die "Asiatische Produktionsweise" in der marxistischen Literatur Frankreichs, in: EAZ, 13. Jg. 1972, S. 613 - 628; Sellnow, Irmgard, Vorkapitalistische Produktionsweisen und die Periodisierung der Geschichte altafrikanischer Staaten, in: EAZ, 14. Jg. 1973, S. 501 - 536. - Hingewiesen sei auch auf Semjonow, J. I., Zur Diskussion über die ökonomische Gesellschaftsformation als historisches Entwicklungsstadium, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 27. Jg. 1974, S. 161 - 166; Shukow, J., Einige Fragen der Theorie der ökonomischen Gesellschaftsformationen, in: ebenda, S. 150 - 160; siehe auch die unter dem Thema "Gemeinde und Gemeindeeigentum" im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (1970, T. 1, S. 13 ff.) veröffentlichten Beiträge.

### 3. Spezialuntersuchungen zur Bedeutung von Dorfgemeinden in wichtigen historischen Etappen und geographischen Räumen.

In dem ersten Problemkreis läßt sich das Referat von Günther Guhr (Dresden) "Die Ackerbaugemeinde nach Marx" einordnen, in dem er zeigte, daß die "Gemeinde" bei Marx erstmals in der im Jahre 1845 erschienenen Arbeit zur "Deutschen Ideologie" eine Rolle spielt und danach häufig erwähnt und analysiert wird. Marx und Engels unterstrichen verschiedentlich, daß der Schlüssel zum Verständnis der Rolle der Gemeinden in der Bestimmung der Formen des Privateigentums lag. Guhr verwies auf die Bedeutung von Ackerbaugemeinden bei Marx, einer sozialen Erscheinung, die auch als Nachbargemeinde bezeichnet wird und durch einen "Dualismus" zwischen Gemeinde und Familienwesen geprägt ist. Einerseits sei die Organisation auf blutsverwandtschaftlicher Basis nicht mehr vorherrschend, andererseits die ökonomische Grundlage noch Gemeinsamkeit des Bodeneigentums. Dies werde aber allmählich modifiziert bis zum Übergang in Parzelleneigentum. Besonders bei Streulage ginge der Boden relativ rasch in Privateigentum über.

Fragen zum zweiten Themenkreis behandelten in erster Linie Irmgard Sellnow (Berlin) und Rigobert Günther (Leipzig).

Sellnow sprach "Zur historischen Bedeutung der Dorfgemeinde" und faßte wesentliche Kriterien zusammen, welche die Entstehung von Dorfgemeinden und damit den Übergang von der Ur- zur Klassengesellschaft ermöglichten. Zunächst ging sie davon aus, daß ohne Bestimmung des Verhältnisses, das die Menschen zu der Umwelt, besonders dem Boden, haben, die Entwicklung nicht verständlich ist. Der entscheidende Einschnitt sei, daß Menschen sesshaft wurden. Damit sei in Teilen des Vorderen Orients, wo dieser Schritt zuerst erfolgte, die Notwendigkeit von Bewässerungsarbeiten verbunden gewesen, die auf der Basis gemeinschaftlicher, von einem Oberhaupt gelenkter Tätigkeit ausgeführt werden mußten. Damit habe der objektive Zwang zur Weiterentwicklung der Produktivkräfte bestanden, um ein relativ beständiges, beachtliches Mehrprodukt aus der Landwirtschaft zu erhalten. Diese Faktoren machten die Überwindung urgesellschaftlicher Verhältnisse notwendig. Nur dadurch konnten Veränderungen in der Art der Arbeitsteilung, Auswertung der vertikalen und horizontalen Arbeitsgänge usw. durchgesetzt werden, wodurch sich Privilegien (zum Beispiel für Leiter gemeinnütziger Arbeiten) und Sonderrechte einzelner verstärkten. Eigeninteressen ließen sich bei der Herausbildung von Spezialisierungen, namentlich handwerklicher Arbeit, beobachten, so die Vermittlung von Kenntnissen vom Vater an den Sohn, nicht aber an Dritte. In der Landwirtschaft seien sie dadurch entstanden, daß der Boden nicht mehr ständig umverteilt, sondern dauergenutzt und schließlich vererbt wurde, was die Möglichkeit seiner Verleihung an Dritte (und folglich deren Ausbeutung) ermöglichte und vieles andere mehr.

All diese Kriterien - nicht zu vergessen auch Kriege, in deren Folge der Sippenzusammenhalt verloren ging -, legte Sellnow dar, haben soziale Weiterentwicklungen in Dorfgemeinden notwendig gemacht, in denen beispielsweise öffentliche Arbeiten von Menschen nur aufgrund der Territoriums-, nicht aber mehr der Sippenzugehörigkeit ausgeführt wurden.

Ein interessanter Diskussionspunkt scheint Sellnows Hinweis darauf zu sein, daß durch die allmählich fühlbar werdende, wengleich widersprüchlich verlaufende Teilung zwischen Stadt und Land die Dorfgemeinden von der dynamischeren Entwicklung in den Städten kaum mehr Vorteile an der Forcierung von Handel und Gewerbe gehabt haben. Die Städteentwicklung habe die Produktion in den Dorfgemeinden zur Voraussetzung, doch entzöge erstere den Dorfgemeinden so gut wie völlig die Mittel zur erweiterten Reproduktion, denn das dazu notwendige Mehrprodukt wurde den Dorfgemeinden als Tribute, Arbeitsleistungen und ähnliches abgefordert. Man wird die Antwort der Fachwissenschaftler abwarten müssen, wie weit eine derartig allgemein formulierte These in den jeweiligen Gebieten dieses Verhältnisses zwischen den altorientalischen Städten und dem sie umgebenden großen landwirtschaft-

lich genutzten Areal zu charakterisieren vermag. Man wird bedenken müssen, daß diese Städte, sofern sie nicht bloße Verwaltungszentren waren, also nur bedingt vom Handel profitierten, doch sehr wenig einheitlich waren; auch war die Stadtentwicklung im Alten Orient nicht überall typisch.<sup>5</sup> So scheint es, daß eine Generalisierung des Verhältnisses Stadt - Land im Alten Orient nur mit sehr großer Vorsicht gewagt werden kann.

Da auf der Konferenz zu speziellen Problemen des Raumes, wo sich historisch erstmals der Übergang zur Klassengesellschaft mit der Herausbildung altorientalischer Dorfgemeinschaften, in Mesopotamien, vollzog, kein Vertreter der Orientalisten das Wort ergriff, sollten sie solche möglichen Ansatzpunkte zu fruchtbarem Meinungsstreit noch nutzen. Referate zu speziellen Aspekten der Entwicklung antiker Dorfgemeinden lagen ebenfalls nicht vor.

Günther, der über "Probleme der antiken Dorfgemeinde" sprach, konnte - schon aus zeitlichen Gründen - einige Faktoren nur im Überblick ansprechen. Er machte beispielsweise auf die regional und zeitlich unterschiedliche Stellung des einzelnen zum Privateigentum aufmerksam und verglich diese gedrängt mit den Eigentumsverhältnissen im Alten Orient. Im übrigen mußte er sich auf einige Längsschnitte in der Behandlung der Dorfgemeinde beschränken. So umriß er das Wesen der griechischen Demen, die über eigene Felder, Weinberge und Weideland verfügten, welche an Demenmitglieder vergeben wurden. Diese hatten dafür Abgaben zu leisten. Alle Demen waren territorial abgegrenzte Bezirke; Privateigentum konnten nur Bürger erwerben. Als wichtig für die Charakteristik der Demen bezeichnete Günther die Stellung des kleinen Bauern, der - im Unterschied zu altorientalischen Dorfgemeinschaftsmitgliedern - individuell (ohne Aufsicht im Sinne eines Oberherrn) produzierte.

Anders als die Demen, führte er aus, die gleichzeitig kleinste Verwaltungseinheiten waren und deren Niedergang unmittelbar mit der generellen Krise der griechischen polis einherging, bestand die kome, das unbefestigte "Dorf", bis in römische Zeit. Sie ähnelte stark Dorfgemeinschaften altorientalischer Prägung (zum Beispiel in Syrien, Kleinasien).

Für den italischen Raum ging Günther kurz auf die pagi ein, die zunächst eine den Demen ähnliche Stellung hatten und wie diese örtliche Selbstverwaltungsorgane besaßen. Mit der Munizipalisierung verloren die pagi an Bedeutung und waren im Prinzipat Flurbezeichnungen für Städte. In gewissem Gegensatz dazu sei die Entwicklung der vici verlaufen. Sie waren ursprünglich keine staatsrechtlichen Einrichtungen gewesen, sondern als Wohnsitze der Landeigentümer immer den pagi untergeordnet. Erst in der späten römischen Republik wurden die vici zu geschlossenen Siedlungen mit dem Markt als Zentrum. In den germanischen Provinzen zeichneten sie sich durch die (hier generell übliche) Streusiedlung aus.

Als Zusammenfassung der von ihm behandelten Merkmale von komai, vici und pagi stellte Günther fest, daß die - namentlich in der Sowjetunion - vieldiskutierte Frage, wieweit in der Spätantike administrative Einheiten mit Gemeindefeld, Nachbarschaftshilfe usw. nachweisbar seien, negativ entschieden werden müsse. Derartige territorial abgegrenzte Gemeinden seien nicht im Westen, sondern nur in den östlichen Provinzen (ähnlich wie die komai) nachweisbar.

Die Referate zum dritten Komplex waren im wesentlichen Ergänzungen zu den vorgenannten Vorträgen.

<sup>5</sup> Aus römischer Sicht behauptet Plinius 6, 26, 117 sogar von Mesopotamien generell, daß dessen Bevölkerung zur Zeit der altorientalischen Großreiche zerstreut gesiedelt habe. Er fügt hinzu: "Erst die Makedonier haben sie in Städten vereint."

Ausführlich behandelt wurden Probleme der Dorfgemeinde im Fernen Orient, so auf dem Territorium Vietnams, Indiens und Chinas. Doris Heide (Berlin) kennzeichnete "Die Dorfgemeinde in China" des 2. bis 5. Jahrhunderts als ungewöhnlich stabile, typische Erscheinung dieser Zeit, als Nachbargemeinde individueller Produzenten; diese hätten über eine Art Schutzwall sowie über Gemeinschaftsgebäude (Post- und Polizeistation) und Institutionen der Selbstverwaltung verfügt.

Rosemarie Zell (Dresden) sprach über "Die Dorfgemeinde in Vietnam" und machte auf besondere Schwierigkeiten bei der Charakterisierung von Dorfgemeinden in einem Land aufmerksam, dessen Territorium sich bis zur vietnamesischen Revolution 1945 sehr stark regional unterschied. Im Norden sei bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts die unterste Einheit des Staates die Dorfgemeinde gewesen, bemerkenswert durch das Fehlen von Privateigentum in ausgeprägter Form. Daneben hätten, besonders bei Bergvölkern, Territorialgemeinschaften, noch urgesellschaftlich organisierte Einheiten, existiert, welche die unterste Einheit im Range eines Distriktes bildeten. Individuelles Eigentum sei nur an beweglichen Dingen bekannt gewesen, so an Vieh und Sklaven.

Bei den Bergvölkern Südvietnams sei die Brandrodung mit von Zeit zu Zeit erfolgreicher Verlegung der Siedlung innerhalb der Territorialgemeinde kennzeichnend gewesen. Als Produktionskollektiv habe sich bis etwa 1945 teilweise die Großfamilie neben der erweiterten Kleinfamilie gehalten.

Im Norden bildete der Bewässerungsanbau (Reis) die ökonomische Grundlage; die der Territorialeinheit vorstehende Adelsfamilie habe einen größeren Anteil am Bewässerungsfeld erhalten.

Für Indien zeigte Marlene Njammasch (Berlin) in ihrem Referat über "Einige Probleme in der Entwicklung der frühfeudalen Dorfgemeinde in Indien vom 5. bis 10. Jahrhundert u. Z.", in welchem Maße die dort zwischen dem 5. und 8. Jahrhundert zu beobachtenden ökonomischen Veränderungen - oft staatlich gelenkt (Kolonisation, Durchsetzung des Eisens) - zur Konzentration des großen feudalen Grundbesitzes beigetragen haben.

In dieser Zeit seien die Bauern verstärkt in Abhängigkeit überführt und die Dorfgemeinschaften außerordentlich geschwächt worden (Raub des Gemeinlandes). Hinzu komme der Zerfall des alten Staatslandes als Ausgangspunkt für großen Grundbesitz. Nach längerem Prozeß der Feudalisierung konnten seit dem 10./11. Jahrhundert die Dorfgemeinden neue Bedeutung erlangen; diese Tatsache könne im Zusammenhang damit gesehen werden, daß nun der Staat mit dem entstehenden feudal-bürokratischen Beamtenapparat (in welchen die Klasse der Feudalherren größtenteils integriert wurde) Träger der Feudalisierung gewesen sei. Erst seit dieser Periode könne wahrscheinlich von der indischen Dorfgemeinde als sich selbst versorgend gesprochen werden. Ähnlich wie Heide für China betonte Njammasch in ihren Ausführungen das Entwicklungsmoment für die Dorfgemeinden Indiens. Sie zeigte dadurch, daß man gerade diese Gemeinden nicht als Zeugnisse für eine (von manchen Indologen angenommene) jahrhundertelange ökonomische Stagnation verwenden könne. Damit berührte sie eines der prinzipiellen Probleme der Wertung indischer Geschichte, das jedoch nicht vertiefend diskutiert wurde.

Ebenfalls "Zur Dorfgemeinde in Indien" sprach Maria Schetelich (Berlin), die das Hauptgewicht ihres Vortrages auf die Katalogisierung der Formen indischen Grundeigentums legte, das nicht allein in privat, staatlich oder gemeinnützig unterteilt werden könne. Dabei verzichtete die Referentin auf eine zeitliche Fixierung, wodurch Entwicklungen im Charakter des Eigentums nicht sichtbar gemacht werden konnten.

Einen Überblick über altamerikanische Dorfgemeindeformen, speziell bei Inkas und Azteken, gab Ursula Thiemer-Sachse (Rostock) mit ihrem Referat "Die Dorfgemeinde in Amerika". Im Inkareich seien zur Zeit der spanischen Eroberung Dorfgemeinschaften



belegbar, dort erfolgte gemeinschaftliche Arbeit auf dem Boden, der den Dorfgemeinschaften gehörte. Sie sicherten jedem Nutzer mindestens das Existenzminimum. Bei Umsiedlungen sei das Prinzip der Dorfgemeinschaften beibehalten worden. Bei den Azteken habe es neben Dorfeigentum eventuell schon Privateigentum an Grund und Boden gegeben, doch stehe hier die Forschung erst am Anfang.

Peter Donath (Berlin) setzte sich in seinem Vortrag "Die Dorfgemeinde im frühgeschichtlichen Mitteleuropa" unter anderem mit bürgerlichen Darstellungen auseinander, wonach die Markgenossenschaften in Mitteleuropa erst das Ergebnis feudalen Landesausbaues seien und es feste Marken demzufolge seit dem 12. Jahrhundert gebe. Mit solchen Prämissen würde häufig die elitäre Rolle der Adelherrschaft begründet und gefolgert, daß erst durch letztere ein Zusammenschluß zu großen Dorfsiedlungen erfolgte, also vor dem 12. Jahrhundert Kleinsiedlungen typisch gewesen sein müßten. Gerade das ließe sich aber nicht sagen; Dorfsiedlungen mit mehreren hundert Einwohnern hätte es bereits im 6./7. Jahrhundert und früher im Römischen Reich gegeben, das heißt, die von Tacitus erwähnte Dorfgemeinde bei den Germanen ist archäologisch nachweisbar. Mit anderen Worten, man kann der bürgerlichen Geschichtswissenschaft nur insoweit folgen, als Dorfgemeinschaften im Sinne von Markgenossenschaften nicht direkt und ohne Kontinuitätsbruch aus gentilizischen Verhältnissen entstanden seien. Doch es sei unbestreitbar, daß es andersgeartete gentilizische Dorfgemeinden gegeben habe.

Im Verlaufe des Kolloquiums, das sich zum Ziel setzte, die Dorfgemeinde in Entstehung und Entwicklung unter sehr verschiedenen Aspekten zu betrachten, stand zu Recht die Darstellung sozialer Bedingungen im Vordergrund, zeigten die Dorfgemeinden doch ihre Anpassungs- und Existenzfähigkeit in unterschiedlichen sozialökonomischen Strukturen. Damit stehen die Wechselwirkungen zwischen Dorfgemeinde und zentralem Machtapparat in Zusammenhang - ein Thema, das leider nicht genügend angesprochen wurde. Auch das Weiterleben der Dorfgemeinde, ihre veränderte Rolle zum Beispiel im kleinasiatisch-syrischen Teil des Römerreiches oder im Iran der Sassaniden, wo sie (ähnlich wie in Indien nach dem 10. Jahrhundert), verändert, noch einmal an Bedeutung gewann, ist kaum oder gar nicht gestreift worden. So konnten Vergleiche nicht gezogen werden, um so weniger, als auch die Diskutanten lediglich direkt vom Referenten vorgetragene Thesen berührten und jeweils Spezialisten auftraten; das (aufgrund des Spektrums der Tagungsteilnehmer mögliche) interdisziplinäre Gespräch unterblieb.

Befruchtend dürften sich die Referate zu Fragen und Komplexen wie das Verhältnis zwischen Dorfgemeinde und Eigentumsverhältnissen, Dorfgemeinde und Stadt oder Problemen der Periodisierung auswirken.

Insgesamt zeigte sich, daß bei der weiteren wissenschaftlichen Bearbeitung von Fragen, die mit der Dorfgemeinde zusammenhängen, stärker differenziert werden muß. Mehr als bisher werden auch Umbildungsprozesse im Dorf selbst zu beobachten sein, ist doch die Landwirtschaft generell in den frühen Klassengesellschaften wichtigster ökonomischer Faktor.

Hagen Fischer



BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie von Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Altertums

(2. Nachtrag)

von Hagen Fischer

Der hier vorliegende Nachtrag umfaßt Arbeiten, die zwischen 1972 und 1976 erschienen sind.<sup>1</sup>

Im wesentlichen gelten die Vorbemerkungen zum Teil 2 der Bibliographie für die Jahre 1945 bis 1966 bzw. zum 1. Nachtrag.<sup>2</sup> Der Verfasser ist für Ergänzungen und Hinweise dankbar, besonders angesichts der zunehmenden Zahl von Veröffentlichungen von Autoren aus der Deutschen Demokratischen Republik in internationalen, oft nur schwer zugänglichen Organen. Um hier größtmögliche Vollständigkeit zu erreichen, sind Angaben der Verfasser oder die Zusendung von Sonderdrucken eine wertvolle Hilfe. Ein weiteres Problem sind Verzögerungen bei dem Erscheinen einiger wissenschaftlicher Zeitschriften. Der Verfasser bittet um Verständnis, wenn infolgedessen einige Arbeiten erst im darauffolgenden Nachtrag genannt werden können.

- 1 Fischer, Hagen, Bibliographie von Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Altertums, T. 1: Autoren aus der Deutschen Demokratischen Republik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1968, T. 1, S. 409 - 429; T. 2: Veröffentlichungen ausländischer Autoren in der Deutschen Demokratischen Republik, in: ebenda 1968, T. 2, S. 424 - 434. - Ein Nachtrag für beide Teile in: ebenda 1975, T. 4, S. 283 - 309.
- 2 Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1968, T. 2, S. 425; ebenda 1975, T. 4, S. 283.

Adams, William Y.: Pottery, Society and History in Meroitic Nubia, in: Meroitica, Bd. 1: Sudan im Altertum. - Berlin: Akademie-Verlag 1973, S. 177 - 209.

Allam, Schafik: Zur Adoption im pharaonischen Ägypten, in: Das Altertum 19, 1973, S. 1 - 17, 2 Abb.

Altheim, Franz/Stiehl, Ruth: Die Lage der Bauern unter den späten Sāsāniden, in: Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 79 - 86.

Andreev, Juri V.: Sparta als Typ einer Polis, in: Klio 57, 1975, S. 73 - 82.

Andreev, Juri V.: Volk und Adel bei Homer, in: Klio 57, 1975, S. 281 - 291.

Audring, Gert: Über den Gutsverwalter (epitropos) in der attischen Landwirtschaft des 5. und des 4. Jh. v. u. Z., in: Klio 55, 1973, S. 109 - 116.

Audring, Gert: Über die wirtschaftliche und soziale Stellung des Bauern in der Polis Athen während des ausgehenden 5. und des 4. Jh. v. u. Z. - Berlin 1973, 132 gez. Bl. (= Dissertation A, Akademie der Wissenschaften der DDR zu Berlin).

Audring, Gert: Grenzen der Konzentration von Grundeigentum in Attika während des 4. Jh. v. u. Z., in: Klio 56, 1974, S. 445 - 456.

Audring, Gert: Über Grundeigentum und Landwirtschaft in der Krise der athenischen Polis, in: Hellenische Poleis, Bd. 1. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 108 - 131.

Audring, Gert: Über die wirtschaftliche und soziale Stellung des Bauern in der Polis Athen während des ausgehenden 5. und des 4. Jh. v. u. Z. (Promotion A, Berlin 1973, Autorreferat), in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 15, 1974, S. 323 - 328.

Audring, Gert: Historische Leistungen der attischen Bauernschaft, in: Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 103 - 108.

Audring, Gert: Über die Stellung der Bauern in der athenischen Demokratie, in: Klio 57, 1975, S. 399 - 403.

Balil, Alberto: Sozialökonomische Aspekte der griechischen Kolonisation auf der iberischen Halbinsel, in: Hellenische Poleis, Bd. 2. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 970 - 976.

Begrich, Gerhard: Der wirtschaftliche Einfluß Assyriens auf Südsyrien und Palästina. - Berlin 1975, 338 gez. Bl. (= Dissertation A, Humboldt-Universität zu Berlin).

Beiträge zur Entstehung des Staates. Hrsg. von Joachim Herrmann und Irmgard Sellnow. Berlin: Akademie-Verlag 1973; 2. Aufl. 1974; 3. Aufl. 1976, 254 S. (= Veröffentlichungen des Zentralinstituts für Alte Geschichte und Archäologie der Akademie der Wissenschaften der DDR, Bd. 1).

Beljavskij, V. A.: Die Sklavenelite des Hauses Egibi (Szenen aus dem Geschäftsleben im Babylon des 6. Jahrhunderts v. u. Z.), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, 1, S. 133 - 158.

Bernhardt, Karl-Heinz: Revolutionäre Volksbewegungen im vorhellenistischen Syrien und Palästina, in: Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformation Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 65 - 78.

Berthold, Heinz: Die Rolle der Massen in Lucans Epos vom Bürgerkrieg, in: Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 293 - 300.

Biezuńska-Majowist, Iza: Formen der Sklavenarbeit in der Krisenperiode Athens, in: Hellenische Poleis, Bd. 1. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 27 - 45.

Blawatsky, Tatiana: Über den Sklavenmarkt am Aktion, in: Klio 56, 1974, S. 497 - 500.

Bockisch, Gabriele: Der Niedergang des zweiten attischen Seebundes, in: Helikon 11/12, 1971/72, S. 241 - 252.

Bockisch, Gabriele: Dvorzü Krita, in: Vestnik drevnej istorii 1974, 4 (130), S. 88 - 97.

Bockisch, Gabriele: Die sozial-ökonomische und politische Krise der Lakedaemonier und ihrer Symmachoi im 4. Jahrhundert v. u. Z., in: Hellenische Poleis, Bd. 1. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 199 - 230.

Bockisch, Gabriele: Die Rolle der Volksmassen bei der Entstehung der frühen Polis (12. - 8. Jh. v. u. Z.), in: Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 87 - 101.

Bockisch, Gabriele: Voraussetzungen und Anfänge der antiken Produktionsweise im alten Griechenland, in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 16, 1975, S. 209 - 267, 1 Abb.

Bockisch, Gabriele/Geiß, Heinz: Beginn und Entwicklung der mykenischen Staaten, in: Beiträge zur Entstehung des Staates, 3. Aufl. - Berlin: Akademie-Verlag 1976, S. 104 - 122.

Bockisch, Gabriele: Die Entstehung des Staates der Lakedaemonier, in: Beiträge zur Entstehung des Staates, 3. Aufl. - Berlin: Akademie-Verlag 1976, S. 123 - 133.

Bockisch, Gabriele: Zur sozialen und ethnischen Herkunft der Tyrannen von Sikyon, in: Klio 58, 1976, S. 527 - 534.

Böttger, Burkhard/Kreißig, Heinz: Zur Erforschung des antiken und altorientalischen Schwarzmeergebietes, in: Das Altertum 21, 1975, S. 5 - 13, 6 Abb.

Bogaert, Raymond: Die Krise der Banken in Athen im 4. Jahrhundert v. u. Z., in: Hellenische Poleis, Bd. 1. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 521 - 530.

Bolotin, Nikolaj I.: Latentnye zavisimosti meždu linejnymi i denezno-vesovymi edinicami mer u drevnych narodov, in: Klio 57, 1975, S. 249 - 260.

Brentjes, Burchard: Zur Einheit der vorkapitalistischen Klassengesellschaft, in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 14, 1973, S. 277 - 293.

Brentjes, Burchard: Zur ökonomischen Funktion des Rindes in den Kulturen des Alten Orients, in: Klio 55, 1973, S. 43 - 78, 19 Abb.

Brentjes, Burchard: Studien zum Bewässerungsackerbau des Vorderen Orients, in: Altorientalische Forschungen 1, 1974, S. 43 - 54.

Brentjes, Burchard: Zu einigen Schlußfolgerungen aus den Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels zur Entstehung des Staates im Alten Orient, in: Beiträge zur Entstehung des Staates, 3. Aufl. - Berlin: Akademie-Verlag 1976, S. 27 - 35.

Briant, Pierre: Dörfer und Dorfgemeinschaften im achämenidischen und hellenistischen Asien, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1975, T. 4, S. 115 - 133.

Bülow, Gerda von: Studien zur Organisation des Töpferergewerbes und zum Status der Töpfer in den römischen Rhein-Oberdonau-Provinzen im 3. und 4. Jh. u. Z. - Berlin 1972, III, 193 gez. Bl. (= Dissertation A, Humboldt-Universität zu Berlin).

Bilow, Gerda von: Studien zur Organisation des Töpfergewerbes und zum Status der Töpfer in den römischen Rhein-Oberdonau-Provinzen im 3. und 4. Jahrhundert u. Z. (Promotion A, Berlin 1972, Autorreferat), in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 15, 1974, S. 67 - 74, 1 Abb., 1 K.

Bülow, Gerda von: Zur Verlegung der römischen Terra-Sigillata-Herstellungszentren in die ehemals germanischen Stammesgebiete unter dem Aspekt ihres Einflusses auf die germanische Keramikproduktion, in: Römer und Germanen in Mitteleuropa. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 161 - 167.

Cirkin, Julij Berkovič, K karakteristike fokejskoj kolonizaciji v zapadnom Sredizemnomor'je, in: Klio 54, 1972, S. 91 - 99.

Cirkin, Julij Berkovič, Finkijskij Gades - rimskij municipij, in: Klio 57, 1975, S. 207 - 216.

Clavel-Léveque, Monique: Das griechische Marseille. Entwicklungsstufen und Dynamik einer Handelsmacht, in: Hellenische Poleis, Bd. 2. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 855 - 969.

Dandamayev, Muhammad A.: The Domain-Lands of Achaemenes in Babylonia, in: Altorientalische Forschungen 1, 1974, S. 123 - 127.

Dandamayev, Muhammad A.: Forced Labour in the Palace Economy in Achaemenid Iran, in: Altorientalische Forschungen 2, 1975, S. 71 - 78.

Deniaux, Elizabeth: Un problème de clientèle: Marlus et les Herennii, in: Philologus 117, 1973, S. 179 - 196.

Diesner, Hans-Joachim: Patrocinium, beneficium, stipendium, precarium im Westgotenreich, in: Zeitschrift für Archäologie 6, 1972, S. 57 - 62.

Diesner, Hans-Joachim: Auf dem Wege zum Feudalismus: Puer, homo, satelles bei Isidor von Sevilla, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle - Wittenberg, ges. - und sprachwiss. Reihe, 22, 1973, 5, S. 75 - 78.

Diesner, Hans-Joachim: Zur langobardischen Sozialstruktur. Gasindii und Verwandtes, in: Klio 58, 1976, S. 141 - 144.

Doorselaer, André van: Spuren von Eisenerzeugung bei gallischen und germanischen Bewohnern der nordwestlichen Grenzgebiete in der Römerzeit, in: Römer und Germanen in Mitteleuropa. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 149 - 159, 5 Abb.

Dovatur, Aristid: Aristoteles und die Krise der Polis, in: Hellenische Poleis, Bd. 4. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 2089 - 2094.

Edelmann, Hannelore: Volksmassen und Einzelpersönlichkeit im Spiegel von Historiographie und Publizistik des 5. und des 4. Jahrhunderts, in: Klio 56, 1974, S. 415 - 444.

Eifler, Rudolf: Vorkapitalistische Klassengesellschaft und aufsteigende Gesellschaftsformationen im Werk von Karl Marx, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 20, 1972, S. 577 - 596.

Erb, Teja: Zum Inhalt des Eigentumsbegriffs in der Diskussion um die Entstehung des Feudalismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 22, 1974, S. 833 - 843.

Erxleben, Eberhard: Das Kapital der Bank des Pasion und das Privatvermögen des Trapeziten, in: Klio 55, 1973, S. 117 - 134.

Erxleben, Eberhard: Die Rolle der Bevölkerungsklassen im Außenhandel Athens im 4. Jahrhundert v. u. Z., in: Hellenische Poleis, Bd. 1. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 460 - 520.

Erkleben, Eberhard: Die Kleruchen auf Euböa und Lesbos und die Methoden der attischen Herrschaft im 5. Jh., in: Klio 57, 1975, S. 83 - 100.

Erkleben, Eberhard: Das Verhältnis des Handels zum Produktionsaufkommen in Attica im 5. und 4. Jahrhundert v. u. Z., in: Klio 57, 1975, S. 365 - 398.

Fichman, I. F.: Sklaven und Sklavenarbeit im spätrömischen Oxyrhynchos (im historischen Längsschnitt), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, 2, S. 149 - 154.

Fischer, Hagen: Die Wirtschaftspolitik des Römischen Reiches in Kleinasien unter dem Einfluß der römisch-parthischen Rivalität. - Berlin 1973, IX, 194, 8 gez. Bl. (= Dissertation A, Humboldt-Universität zu Berlin).

Fischer, Hagen: Die Wirtschaftspolitik des Römischen Reiches in Kleinasien unter dem Einfluß der römisch-parthischen Rivalität (Promotion A, Berlin 1973, Autorreferat), in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 15, 1974, S. 329 - 334.

Fischer, Hagen: Probleme bei der Erforschung der Wirtschaftsgeschichte Kleinasiens in römischer Zeit, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 2, S. 139 - 146.

Freydank, Helmut: Zwei Verpflegungstexte aus Kär-Tukultī-Ninurta, in: Alt-orientalische Forschungen 1, S. 55 - 89.

Freydank, Helmut: Wirtschaft und Gesellschaft in Uruk in der zweiten Hälfte des 6. Jahrhunderts v. u. Z. - Versuch einer Zusammenfassung, in: Asien in Vergangenheit und Gegenwart. Beiträge der Asienwissenschaftler der DDR zum 29. Internationalen Orientalistenkongreß 1973 in Paris. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 335 - 345. (= Studien über Asien, Afrika und Lateinamerika, Bd. 16.)

Freydank, Helmut: Die Rolle der Deportierten im mittelassyrischen Staat, in: Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 55 - 63.

Freydank, Helmut: Untersuchungen zur sozialen Struktur in Mittelassyrischer Zeit, in: Altorientalische Forschungen 4, 1976, S. 111 - 130.

Frolov, Édouard: Staat und Ökonomie im Lichte schriftlicher Quellen des 4. Jahrhunderts v. u. Z. Zum Traktat des Xenophon "Über die Einkünfte", in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 4, S. 175 - 189.

Frolov, Édouard: Die späte Tyrannis im Balkanischen Griechenland, in: Hellenische Poleis, Bd. 1. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 231 - 400.

Funck, Bernd: Einige Bemerkungen zum altorientalischen Despotismus, in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 16, 1975, S. 289 - 298.

Funck, Bernd: Die antike und die altorientalische Komponente im Hellenismus (Zur Tagung vom 29. März bis 1. April 1976 in Hartenstein), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 4, S. 225 - 231.

Funck, Bernd: Zum Problem von Klassen und Schichten in neuester sowjetischer Literatur, in: Klio 58, 1976, S. 481 - 490.

Gabler, Dénes: Zu Fragen der Handelsbeziehungen zwischen Römern und den "Barbaren" im Gebiet östlich von Pannonien, in: Römer und Germanen in Mitteleuropa. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 87 - 124, 5 Abb.

Geisler, Horst: Der römische Import auf dem kaiserzeitlichen Urnengräberfeld von Kemnitz, Kr. Potsdam-Land, in: Römer und Germanen in Mitteleuropa. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 131 - 138, 3 Abb.



Geiß, Heinz: Zur Entstehung der kretischen Palastwirtschaft, in: *Klio* 56, 1974, S. 311 - 323.

Geiß, Heinz: Das Leben im mykenischen Griechenland. Handel, Schrift, Palastwirtschaft und Ernährung, in: *Das Altertum* 21, 1975, S. 225 - 233, 10 Abb.

Geiß, Heinz: Die Herausbildung des Staates in der minoischen Periode - Möglichkeiten und Tendenzen, in: *Beiträge zur Entstehung des Staates*, 3. Aufl. - Berlin: Akademie-Verlag 1976, S. 92 - 103.

Ghinatti, Franco: Einige Spezialprobleme der Landwirtschaft in Magna Graecia, in: *Hellenische Poleis*, Bd. 2. - Berlin 1974, S. 774 - 822.

Gigon, Olof: Antinomien im Polisbegriff des Aristoteles, in: *Hellenische Poleis*, Bd. 4. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 2095 - 2118.

Gluskina, Lea M.: Zur Spezifik der klassischen griechischen Polis im Zusammenhang mit dem Problem ihrer Krise, in: *Klio* 57, 1975, S. 415 - 431.

Grace, Emily: Aristotle on the "Enfranchisement" of Aliens by Cleisthenes (a Note), in: *Klio* 56, 1974, S. 457 - 495.

Grünert, Heinz/König, Wolfgang: Die Nomadenviehzucht als wirtschaftlich kultureller Typ. Bericht vom 3. EAZ-Kolloquium, Leipzig 1973, in: *Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift* 15, 1974, S. 453 - 468.

Grünert, Heinz: Zusammenstoß und Auseinandersetzung zwischen römischer Sklavenhaltergesellschaft und germanischer Gentilgesellschaft in Mitteleuropa vom 1. Jh. v. u. Z. bis 2. Jh. u. Z., in: *Römer und Germanen in Mitteleuropa*. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 5 - 22, 1 K.

Grunert, Stefan: Einige Bemerkungen zu den sozialen Unruhen in Ägypten am Ende des Alten Reiches (Pap. Leiden I 344 rc.), in: *Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen*. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 39 - 46.

Günther, Rigobert: Zur Entstehung des Feudalismus bei den Franken. Die römisch-germanische Auseinandersetzung im 4. und 5. Jahrhundert, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 20, 1972, S. 427 - 443.

Günther, Rigobert: Kritische Bemerkungen zu Argumenten für eine einheitliche Gesellschaftsformation der vorkapitalistischen Klassengesellschaften, in: *Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift* 14, 1973, S. 261 - 276, 1 Abb.

Günther, Rigobert: Einige Probleme der Genesis des Feudalismus im byzantinischen Ägypten, in: *Studia Coptica*. Hrsg. von Peter Nagel. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 67 - 75. (= *Berliner Byzantinistische Arbeiten*, Bd. 45.)

Günther, Rigobert: Germanische Laeten, Foederaten und Gentile im nördlichen und nordöstlichen Gallien in der Spätantike, in: *Römer und Germanen in Mitteleuropa*. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 225 - 234.

Günther, Rigobert: Stadt und "Dorf" in den römischen Provinzen im Rhein-Mosel-Land und an der oberen Donau im 2. und 3. Jahrhundert, in: *Actes de la 12e Conférence internationale d'études classiques "Elrene"*. Cluj-Napoca 2. - 7. octobre 1972. - Bukarest: Ed. Acad. Rep. Soc. România 1975, S. 455 - 457.

Günther, Rigobert: Die Volksbewegungen in der Spätantike und ihre Bedeutung für den gesellschaftlichen Fortschritt im Feudalismus, in: *Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen*. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 167 - 173.

Günther, Rigobert: Zusammenstoß und Auseinandersetzung zwischen römischer Sklavenhaltergesellschaft und germanischer Gentilgesellschaft in Mitteleuropa von der Mitte des 4. Jh. bis zum Ende des 5. Jh., in: *Römer und Germanen in Mitteleuropa*. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 41 - 61.

Guhr, Günter: Ur- und Frühgeschichtsauffassung bei W. I. Lenin und Fragen der historischen Periodisierung, in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 13, 1972, S. 369 - 423.

Härtel, Gottfried: Die Rechtsverhältnisse in den römisch-germanischen Grenzprovinzen in der Niedergangsperiode der antiken Sklavenhaltergesellschaft, in: Römer und Germanen in Mitteleuropa. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 253 - 263.

Härtel, Gottfried: Die Rechtsverhältnisse in den römisch-germanischen Grenzprovinzen in der Niedergangsperiode der antiken Sklavenhaltergesellschaft, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, ges. - und sprachwiss. Reihe, 24, 1975, S. 79 - 92.

Hahn, István: Der Klassenkampf der plebs urbana in den letzten Jahrzehnten der römischen Republik, in: Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 121 - 146.

Hahn, István: Sklaven und Sklavenfrage im politischen Denken der Spätantike, in: Klio 58, 1976, S. 459 - 470.

Hartwig, Werner A.: Die "Spezifik" der gesellschaftlichen Organisation der Nomadenviehzüchter. Zur Diskussion der Thesen "Die Nomadenviehzucht als wirtschaftlich-kultureller Typ", in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 15, 1974, S. 621 - 627.

Held, Wieland: Politische und ökonomische Aspekte der allgemeinen Krise des 3. Jahrhunderts im Imperium Romanum, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, ges. - und sprachwiss. Reihe, 21, 1972, S. 5 - 10.

Held, Wieland: Die Vertiefung der allgemeinen Krise im Westen des Römischen Reiches. Studien über die sozial-ökonomischen Verhältnisse am Ende des 3. und in der ersten Hälfte des 4. Jahrhunderts. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, 247 S. (= Schriften zur Geschichte und Kultur der Antike 10).

Held, Wieland: Die gallische Aristokratie im 4. Jahrhundert hinsichtlich ihrer Siedlungsstandorte und ihrer Stellung zur römischen Provinzial- bzw. Zentraladministration, in: Klio 58, 1976, S. 121 - 140.

Herrmann, Joachim: Siedlungskomplexe und Werkstattentwicklung von der späten Kaiserzeit zum frühen Mittelalter. Auf der Grundlage von Forschungen in Tornow, Niederlausitz, in: Early Medieval Studies, 7, 1973, S. 54 - 70.

Herrmann, Joachim: Die Rolle der Volksmassen für den historischen Fortschritt in den vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen. Probleme der Forschung, in: Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 17 - 28.

Herrmann, Joachim: Die Rolle der Volksmassen in vorkapitalistischer Zeit. Das Problem der revolutionären Veränderungen in den vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen und die Rolle der Volksmassen. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, 45 S. (= Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR 1974, Nr. 16.)

Herrmann, Joachim: Spuren des Prometheus. Der Aufstieg der Menschheit zwischen Naturgeschichte und Weltgeschichte. - Leipzig/Jena/Berlin: Urania-Verlag 1975, 272 S., Abb.

Heyde, Doris: Haozu und dörfliche Gemeinde in China vom 3. bis 6. Jahrhundert, in: Altorientalische Forschungen 4, 1976, S. 327 - 337.

Heza, Edmund: Le sort réservé aux prisonniers faits dans la Guerre du Péleponnèse selon Thucydide, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, ges. - und sprachwiss. Reihe, 23, 1974, S. 209 - 215.

Hoffmann, Ernst: Über die Dorfgemeinde und ihre Stellung im Übergangsprozeß von der Urgesellschaft zur Klassengesellschaft, in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 13, 1972, S. 71 - 143.

Hornemann, Wolfgang/Wutzke, Ulrich: Frühgeschichtliche Eisenverhüttung am Beispiel des Kreises Greifswald, in: Ausgrabungen und Funde 18, 1973, S. 197 - 206, 1 Tafel, 1 Abb.

Hruška, Blahoslav: Die Reformen Urukaginas. Der verspätete Versuch einer Konsolidierung des Stadtstaates von Lagaš, in: Klio 57, 1975, S. 43 - 52. (= Ungekürzte Fassung des auf dem XIX. Rencontre assyriologique internationale /Paris/ verlesenen Referats).

Huchthausen, Liselot: Herkunft und ökonomische Stellung weiblicher Adressanten von Reskripten des Codex Iustinianus (2. und 3. Jh. u. Z.), in: Klio 56, 1974, S. 199 - 232.

Huchthausen, Liselot: Kaiserliche Rechtsauskünfte an Sklaven und in ihrer Freiheit angefochtene Personen aus dem Codex Iustinianus, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, ges. - und sprachwiss. Reihe, 23, 1974, S. 251 - 257.

Huchthausen, Liselot: Zum Problem der "Freiheitsbegünstigung" (favor libertatis) im römischen Recht, in: Philologus 120, 1976, S. 47 - 72.

Irmscher, Johannes: Die Polistradition im spätantiken Rom, in: Byzantinä 6, 1974, S. 179 - 190.

Irmscher, Johannes: Die Widerspiegelung der Rolle der Volksmassen in der historischen Literatur der Justinianischen Zeit, in: Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 301 - 307.

Jacob, Liselotte: Aufstände und Volksbewegungen in der Darstellung Ammians, in: Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 147 - 157.

Jähne, Armin: Die "Syrische Frage", Seleukeia in Pierien und die Ptolemäer, in: Klio 56, 1974, S. 501 - 519.

Jähne, Armin: Drei Grundlinien der Polisentstehung, in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 16, 1975, S. 305 - 313.

Jähne, Armin: Politische Aktivität der Bevölkerung Alexandrias am Ende des 3. Jh. v. u. Z. (nach Polybios), in: Klio 58, 1976, S. 405 - 423.

Johne, Klaus-Peter: Untersuchungen zur Datierung und sozialen Herkunft der Historia Augusta. - Berlin 1971, 238 gez. Bl. (= Dissertation A, Humboldt-Universität zu Berlin vom 19. November 1971).

Kallistov, Dimitrij Pavlovič: Die Polis-Krise in den Städten der Nördlichen Schwarzmeerküste, in: Hellenische Poleis, Bd. 2. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 551 - 586.

Kallistov, Dimitrij Pavlovič: Zur Stellung der Poleis im Bosporanischen Reich, in: Hellenische Poleis, Bd. 2. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 587 - 607.

Kamil, Murad: La vie sociale chez les Coptes, in: Studia Coptica. Hrsg. von Peter Nagel. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 29 - 41. (= Berliner Byzantinische Arbeiten Bd. 45.)

Karau, Liselotte: Das Bild der Frau in den Res gestae des Ammianus Marcellinus. - Berlin 1971, 229 gez. Bl. (= Dissertation A, Humboldt-Universität zu Berlin).

Klengel, Horst: Zwischen Zelt und Palast. Die Begegnung von Nomaden und Sesshaften im alten Vorderasien. - Leipzig: Koehler & Amelang 1972, 238 S., mehr. Tafeln.

Klengel, Horst: Die Geschäfte des Babyloniers Balmunamche, in: Das Altertum 19, 1973, S. 199 - 207.

Klengel, Horst: Einige Bemerkungen zur sozialökonomischen Entwicklung in der altbabylonischen Zeit, in: Acta Antiqua Academiae Scientiarum Hungaricae 22, 1974, S. 249 - 257.

Klengel, Horst: "Hungerjahre" in Hatti, in: Altorientalische Forschungen 1, 1974, S. 165 - 174.

Klengel, Horst: Einige Probleme der Gesellschaftsstruktur im alten Vorderasien, in: Orientalische Literaturzeitung 69, 1974, S. 437 - 443.

Klengel, Horst: Condizioni ed effetti del commercio siriano nell' Età del Bronzo /Bedingungen und Wirkungen des syrischen Handels in der Bronzezeit/, in: Studi Micenei ed Egeo-Anatolici 16, 1975, S. 201 - 219.

Klengel, Horst: Zur ökonomischen Funktion der hethitischen Tempel, in: Studi Micenei ed Egeo-Anatolici 16, 1975, S. 181 - 200 (= Vortrag, gehalten im Juni 1973 im Istituto per gli Studi Micenei ed Egeo-Anatolici, Rom).

Klengel, Horst: Ugarit - eine Handelsmetropole am östlichen Mittelmeer, in: Das Altertum 21, 1975, S. 206 - 212, 4 Abb.

Klengel, Horst: Einige Erwägungen zur Staatsentstehung in Mesopotamien, in: Beiträge zur Entstehung des Staates, 3. Aufl. - Berlin: Akademie-Verlag 1976, S. 36 - 55.

Klengel, Horst: Untersuchungen zu den sozialen Verhältnissen im altbabylonischen Dilbat, in: Altorientalische Forschungen 4, 1976, S. 63 - 110.

Kluwe, Ernst: Bemerkungen zu den Diskussionen über die drei "Parteien" in Attika zur Zeit der Machtergreifung des Peisistratos, in: Klio 54, 1972, S. 101 - 124.

Kluwe, Ernst: Attische Adelsgeschlechter und ihre Rolle als Auftraggeber in der bildenden Kunst der späarchaischen und frühklassischen Zeit, in: Der Mensch als Maß der Dinge.

Studien zum griechischen Menschenbild in der Zeit der Blüte und Krise der Polis. Hrsg. von Reimar Müller. - Berlin: Akademie-Verlag 1976, S. 29 - 63. (= Veröffentlichungen des Zentralinstituts für Alte Geschichte und Archäologie der Akademie der Wissenschaften der DDR, Bd. 8.)

Kluwe, Ernst: Die soziale Zusammensetzung der athenischen Ekklesia und ihr Einfluß auf politische Entscheidungen, in: Klio 58, 1976, S. 295 - 333.

Koch, Irmgard: Die Vermögensverhältnisse Ciceros: Eine Untersuchung zu den Widersprüchen zwischen ökonomischer Grundlage und gesellschaftlichem Überbau zur Zeit der ausgehenden Republik. - Jena 1974, 209 gez. Bl. (= Dissertation A, Friedrich-Schiller-Universität zu Jena).

Köpstein, Helga: Zur Rolle der Agrarbevölkerung in Byzanz im ausgehenden 6. und 7. Jh., in: Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 187 - 194.

Koerner, Reinhard: Zu Recht und Verwaltung der griechischen Wasserversorgung nach den Inschriften (Promotion B, Berlin 1970, Autorreferat), in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 13, 1972, S. 151 - 154.

Koerner, Reinhard: Die staatliche Entwicklung von Alt-Achaia, in: Klio 56, 1974, S. 457 - 495.

Koerner, Reinhard: Zu Recht und Verwaltung der griechischen Wasserversorgung nach den Inschriften, in: Archiv für Papyrusforschung 22/23, 1974, S. 154 - 202 (= Überarbeitete Fassung der Diss. B, 1970, Humboldt-Universität zu Berlin).

Kollesch, Jutta: Die Medizin und ihre sozialen Aufgaben zur Zeit der Polis-Krise, in: Hellenische Poleis, Bd. 4. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 1850 - 1871.

Kothe, Heinz: Der Hesiopflug, in: Philologus 119, 1975, S. 1 - 26.

Kotula, Tadeusz: Nouvelles observations sur les "portes" de Thugga et sur les curies municipales en Afrique romaine, in: Klio 54, 1972, S. 227 - 237.

Kreißig, Heinz: "Antike" Produktionsformen im hellenistischen Asien, "Orientalische" Produktionsformen in der klassischen Ägäis, in: Acta Conventus 11 "Eirene". Diebus 21 - 25 mensis Octobris anni 1968 habiti, hrsg. von Kazimierz Kumaniecki. - Wratislavia/Varsavia/Cracovia/Gedanus: Ossolineum 1971, S. 41 - 45.

Kreißig, Heinz: Die Polis in Griechenland und im Orient in der hellenistischen Epoche, in: Soziale Probleme im Hellenismus und im Römischen Reich. Akten der Konferenz Liblice 10. - 13. Oktober 1972. - Praha: ČSAV, Kabinet pro Studia Řecká, Římská a Latinská 1973, S. 136 - 144.

Kreißig, Heinz: Die sozialökonomische Situation in Juda zur Achämenidenzeit. - Berlin: Akademie-Verlag 1973, 132 S. (= Schriften zur Geschichte und Kultur des Alten Orients 7).

Kreißig, Heinz: Die Polis in Griechenland und im Orient in der hellenistischen Epoche, in: Hellenische Poleis, Bd. 2. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 1074 - 1084.

Kreißig, Heinz: Prologomena zu einer Wirtschaftsgeschichte des Seleukidenreiches, in: Klio 56, 1974, S. 521 - 527.

Kreißig, Heinz: Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte bis zur Herausbildung des Feudalismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 4, S. 361 - 363.

Kreißig, Heinz: Boden und Abhängigkeit im Orient in der hellenistischen Epoche, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1975, T. 2, S. 101 - 116.

Kreißig, Heinz: Die Bedeutung der sogenannten Richterzeit für die Staatsentstehung bei den Hebräern, in: Beiträge zur Entstehung des Staates, 3. Aufl. - Berlin: Akademie-Verlag 1976, S. 82 - 91.

Krüger, Bruno: Zusammenstoß und Auseinandersetzung zwischen römischer Sklavenhaltergesellschaft und germanischer Gentilgesellschaft in Mitteleuropa vom Ende des 2. Jh. bis zur Mitte des 4. Jh., in: Römer und Germanen in Mitteleuropa. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 23 - 39.

Krüger, Bruno: Auflösungserscheinungen gentilgesellschaftlicher Produktionsverhältnisse bei den germanischen Stämmen in den Jahrhunderten um die Zeitenwende, in: Beiträge zur Entstehung des Staates, 3. Aufl. - Berlin: Akademie-Verlag 1976, S. 147 - 163.

Krüger, Bruno: Zum Problem der Einflüsse der römischen Sklavenhaltergesellschaft auf die Entwicklung der Germanen, in: Prace archeologiczne 22, 1976, S. 63 - 75.

Kruškol, Julia: Die griechischen autochthonen Städte der Sindike (Nordkaukasien) im Bosporianischen Reich im 4. und 3. Jahrhundert v. u. Z., in: Hellenische Poleis, Bd. 2. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 608 - 647, 12 Abb.



Kuch, Heinrich: Kriegsgefangenschaft und Arbeit in der "Hekabe" des Euripides, in: Acta Conventus 11 "Eirene". Diebus 21 - 25 mensis Octobris anni 1968 habiti, hrsg. v. Kazimierz Kumaniecki. - Wratislavia/Varsavia/Cracovia/Gedanus: Ossolineum 1971, S. 47 - 53.

Kuch, Heinrich: Kriegsgefangenschaft und Sklaverei bei Euripides. Untersuchungen zur "Andromache", zur "Hekabe" und zu den "Troerinnen". - Berlin: Akademie-Verlag 1974, 97 S. (= Schriften zur Geschichte und Kultur der Antike 9).

Kühne, Klaus: Frühgeschichtliche Werkstoffe auf silikater Basis. Chemie im Dienste der Archäologie, in: Das Altertum 20, 1974, S. 67 - 80, 8 Abb.

Kulturgeschichte der Antike. Bd. 1: Griechenland. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Reimar Müller. - Berlin: Akademie-Verlag 1976, 534 S., 82 Abb., 112 Tafeln. (= Veröffentlichungen des Zentralinstituts für Alte Geschichte und Archäologie der Akademie der Wissenschaften der DDR, Bd. 6, 1).

Lange, Elsbeth: Botanische Befunde zur germanischen Landwirtschaft in der römischen Kaiserzeit, in: Römer und Germanen in Mitteleuropa. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 169 - 177, 3 Abb.

Lange, Elsbeth: Grundlagen und Entwicklungstendenzen der frühgeschichtlichen Agrarproduktion aus botanischer Sicht, in: Zeitschrift für Archäologie 10, 1976, S. 75 - 120, 7 Abb., 4 K.

Laser, Rudolf: Zur Einfuhr und Verbreitung römischer Münzen bei den Stämmen des freien Germaniens und zur Möglichkeit ihrer wirtschaftlichen Aussage (vorzugsweise anhand des Fundmaterials der DDR), in: Römer und Germanen in Mitteleuropa. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 63 - 67.

Lauffer, Siegfried: Die Liturgien in der Krisenperiode Athens. Das Problem von Finanzsystem und Demokratie, in: Hellenische Polets, Bd. 1. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 147 - 159.

Leclant, Jean: Les recherches archéologiques dans le domaine merottique, in: Meroitica, Bd. 1: Sudan im Altertum. Internationale Tagung für merottische Forschungen in Berlin 1971, hrsg. von Fritz Hintze. - Berlin: Akademie-Verlag 1973, S. 19 - 59. (= Meroitica. Schriften zur altsudanesischen Geschichte und Archäologie).

Leube, Achim: Probleme germanischer Adelsentwicklung im 1. und 2. Jh. unter dem Aspekt der römischen Beeinflussung, in: Römer und Germanen in Mitteleuropa. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 179 - 195, 8 Abb.

Lewin, Günter: Die staatliche Leitung und Kontrolle von Manufakturen und handwerklicher Produktion im China der frühen Song-Zeit, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 3, S. 179 - 199.

Lewin, Günter: Juristische oder politökonomische Kategorien? Die Ur- und Frühgeschichte und das Problem der historischen Periodisierung. Einige Bemerkungen zu den in der EAZ veröffentlichten Artikeln von K. Weisgeber, in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 16, 1976, S. 271 - 293.

Luppe, Wolfgang: Sklavenbestrafung in einem Hallenser Papyrus, in: Das Altertum 20, 1974, S. 20 - 25, 1 Abb.

Malinowski, Tadeusz: Von der Ostsee nach Mykene und Aquileia, in: Das Altertum 21, 1975, S. 143 - 150, 8 Abb.

Minkner, Konrad: Die Einwirkung des Bürgerschaftsrechts auf Leben und Religion Altisraels. - Halle 1974, 188 gez. Bl. (= Dissertation A, Martin-Luther-Universität zu Halle).

Mrozek, Stanislaw: Zu der kaiserlichen und privaten Kinderfürsorge in Italien im 2. und 3. Jh., in: Klio 55, 1973, S. 281 - 284.

Müller, Reimar: Die epikureische Gesellschaftstheorie. - Berlin: Akademie-Verlag 1972, 147 S. (= Schriften zur Geschichte und Kultur der Antike, Bd. 5).

Müller, Reimar: Die sozialen Grundlagen der epikureischen Philosophie, in: Soziale Probleme im Hellenismus und im Römischen Reich. Akten der Konferenz in Liblice 10. - 13. Oktober 1972. - Praha: ČSAV, Kabinet pro Studia Řecká, Římská a Latinská 1973, S. 83 - 96.

Müller, Reimar: Zur sozialen Utopie im Hellenismus, in: Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 277 - 286.

Musiolek, Peter: Probleme und Tendenzen der Warenproduktion in der Athenischen Polis am Ende des 5. und am Anfang des 4. Jahrhunderts v. u. Z. und die Reaktion der Zeitgenossen. - Berlin 1972, 140 gez. Bl. (= Dissertation A, Humboldt-Universität zu Berlin).

Musiolek, Peter: Probleme und Tendenzen der Warenproduktion in der Athenischen Polis am Ende des 5. und am Anfang des 4. Jahrhunderts v. u. Z. (Promotion A, Berlin 1972, Autorreferat), in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 15, 1974, S. 75 - 86.

Musiolek, Peter: Ökonomische Überlegungen der Philosophen und Publizisten im 4. Jahrhundert v. u. Z., in: Hellenische Poleis, Bd. 4. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 1910 - 1926.

Musiolek, Peter: Zur antiken Produktionsweise im alten Griechenland, in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 16, 1975, S. 299 - 303.

Musiolek, Peter: Zur Rolle der Stadt in der antiken Klassengesellschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 2, S. 135 - 138.

Mylius, Klaus: Die gesellschaftliche Entwicklung Indiens in jungvedischer Zeit nach den Sanskritquellen. Teil 1: Die Produktivkräfte, in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 12, 1971, S. 171 - 197; Teil 2: Die Produktionsverhältnisse, in: ebenda 13, 1972, S. 321 - 365. Teil 3: Der ideologische Überbau, in: ebenda 14, 1973, S. 425 - 499.

Njammasch, Marlene: Der navakammi-ka und seine Stellung in der Hierarchie der buddhistischen Klöster, in: Altorientalische Forschungen 1, 1974, S. 279 - 293.

Njammasch, Marlene: Einige Aspekte der sozialen Gliederung in den altindischen Staaten in der zweiten Hälfte des 1. Jahrhunderts v. u. Z., in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 4, S. 107 - 123.

Njammasch, Marlene: Dorfverleihungen in Gujarāt und Kāthiāwar vom 5. Jh. bis zum 8. Jh. u. Z., in: Klio 58, 1976, S. 167 - 186.

Oelsner, Joachim: Neue Daten zur sozialen und wirtschaftlichen Situation Nippurs in altbabylonischer Zeit (Auf der Grundlage der Rechts- und Verwaltungsurkunden der Hilprecht-Sammlung vorderasiatischer Altertümer.), in: Acta Antiqua Academiae Scientiarum Hungaricae 22, 1974, S. 259 - 265.

Oelsner, Joachim: Krisenerscheinungen im Achämenidenreich im 5. und 4. Jahrhundert v. u. Z., in: Hellenische Poleis, Bd. 2. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 1041 - 1084.

Oelsner, Joachim: Erwägungen zum Gesellschaftsaufbau Mesopotamiens von der neubabylonischen bis zur achämenidischen Zeit (7. - 4. Jh. v. u. Z.), in: Altorientalische Forschungen 4, 1976, S. 131 - 149.

Oliva, Pavel: Die Helotenfrage in der Geschichte Spartas, in: Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 109 - 116.

Pećirka, Jan: Die athenische Demokratie und das athenische Reich, in: *Klio* 57, 1975, S. 309 - 311.

Peschel, Karl: Zu den Anfängen germanischer Besiedlung im Mittelgebirgsraum: Sueben, Hermunduren und Markomannen. - Jena 1975, IV, 286 gez. Bl. (= Dissertation B, Friedrich-Schiller-Universität zu Jena).

Hellenische Poleis. Krise - Wandlung - Wirkung. Hrsg. von Elisabeth Charlotte Welskopf. Bd. 1 - 4. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, 2296 S., mehr. Abb. und Tafeln.

Quitta, Hans: Neue Aspekte zum Alter des Pflanzenanbaues und der Bronze-metallurgie in Südostasien, in: *Das Alttertum* 21, 1975, S. 36 - 43, 5 Abb.

Rädle, Herbert: Der Freikauf griechischer Sklaven im Lichte der Inschrift SEG XII, 1955, 314 aus Beroia, in: *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Romanist. Abt.*, 89, 1972, S. 323 - 333.

Ritschl, Eva: Untersuchungen zur sozialen und ökonomischen Struktur im Handwerk und Handel im alten Indien anhand des Kautilya Arthashastra. - Berlin 1969, VII, 191 gez. Bl. (= Dissertation A, Humboldt-Universität zu Berlin).

Ritschl, Eva/Schetelich, Maria: Kuṭumbin und Kuṭumbiko - zum Inhalt dieser Begriffe und zur Stellung ihrer Träger in der altindischen Gesellschaft, in: *Altorientalische Forschungen* 4, 1976, S. 207 - 230.

Römer und Germanen in Mitteleuropa. Im Auftrag der Historiker-Gesellschaft der DDR hrsg. von Heinz Grünert unter der Redaktion von Hans-Joachim Dölle. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, 296 S., 41 Abb. (= Historiker-Gesellschaft der DDR. 6. Zentrale Tagung der Fachgruppe Ur- und Frühgeschichte der Historiker Gesellschaft der DDR vom 11. - 13. Mai 1971 in Berlin, veranstaltet mit der Fachgruppe Alte Geschichte unter dem Thema: Zusammenstoß und

Auseinandersetzung zwischen römischer Sklavenhaltergesellschaft und germanischer Gentilgesellschaft in Mitteleuropa).

Die Römer an Rhein und Donau. Zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den römischen Provinzen an Rhein, Mosel und oberer Donau. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Rigobert Günther und Helga Köpstein. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, 517 S., zahlr. Abb. (= Veröffentlichungen des Zentralinstituts für Alte Geschichte und Archäologie der Akademie der Wissenschaften der DDR 3).

Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen. Zum 14. Internationalen Historiker-Kongreß in San Francisco 1975 hrsg. von Joachim Herrmann und Irmgard Sellnow. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, 322 S. (= Veröffentlichungen des Zentralinstituts für Alte Geschichte und Archäologie der Akademie der Wissenschaften der DDR, Bd. 7).

Rothe, Christian: Ciceros humanitas und römische Provinzverwaltung, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, ges. - und sprachwiss. Reihe*, 23, 1974, S. 233 - 236.

Ruben, Walter: Die gesellschaftliche Entwicklung im alten Indien. Bd. 6: Die Entwicklung der Gangesgesellschaft. - Berlin: Akademie-Verlag 1973, XIII, 365 S.

Ruben, Walter: Probleme der Indusgesellschaft, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, ges. - und sprachwiss. Reihe*, 22, 1973, Heft 3, S. 53 - 58.

Ruben, Walter: Einige Probleme der altorientalischen Klassengesellschaft, von der indischen Geschichte her gesehen. 1.: Die Entwicklung der altorientalischen Klassengesellschaft, in: *Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift* 14, 1973, S. 635 - 666; 2.: Die Eigenart der Kultur der altorientalischen Klassengesellschaft, in: ebenda 15, 1974, S. 27 - 65.

**Ruben, Walter:** Über den Beginn des altindischen Staates, in: Beiträge zur Entstehung des Staates, 3. Aufl. - Berlin: Akademie-Verlag 1976, S. 73 - 81.

**Sartori, Franco:** Verfassungen und soziale Klassen in den Griechenstädten Unteritaliens seit der Vorherrschaft Krotons bis zur Mitte des 4. Jahrhunderts v. u. Z., in: Hellenische Poleis, Bd. 2. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 700 - 773.

**Schetelich, Maria:** Die Dorfgemeinde nach dem Kautliya Arthasastra. - Berlin: 1969, 150 gez. Bl. (= Dissertation A, Akademie der Wissenschaften der DDR zu Berlin).

**Schetelich, Maria:** Zur Dorfgemeinde in Indien, in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 13, 1972, S. 237 - 246.

**Schetelich, Maria:** Zur Schuldklaverei im alten Indien, in: Altorientalische Forschungen 1, 1974, S. 263 - 277.

**Schetelich, Maria:** Zur Terminologie der Grundigentumsverhältnisse im alten Indien, in: Asien in Vergangenheit und Gegenwart. Beiträge der Asienwissenschaftler der DDR zum 29. Internationalen Orientalistenkongress 1973 in Paris. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 427 - 432. (= Studien über Asien, Afrika und Lateinamerika, Bd. 16).

**Schlette, Friedrich:** Zur Bildung germanischer Stammesverbände, in: Römer und Germanen in Mitteleuropa. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 219 - 224.

**Schlette, Friedrich:** Formen des römisch-germanischen Handels, in: Römer und Germanen in Mitteleuropa. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 123 - 130, 2 Abb.

**Schmitt, Gerhard:** Meng als "Kolonisten". Zur ersten und fortschrittlichsten Klasse im alten China, in: Altorientalische Forschungen 4, 1976, S. 251 - 312.

**Schönert-Geiß, Edith:** Die Geldzirkulation Attikas, in: Klio 56, 1974, S. 377 - 414.

**Schönert-Geiß, Edith:** Die Geldzirkulation Attikas im 4. Jahrhundert v. u. Z., in: Hellenische Poleis, Bd. 1. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 531 - 550.

**Schultze-Motel, Jürgen:** Literatur über archäologische Kulturpflanzenreste 1971/72, in: Die Kulturpflanze 21, 1973, S. 61 - 76; 1972/73, in: ebenda 22, 1974, S. 61 - 76; 1973/74, in: ebenda 23, 1975, S. 189 - 201; 1974/75, in: ebenda 24, 1976, S. 159 - 178.

**Schulz-Falkenthal, Heinz:** Römische Handwerkerkollegien im Dienst der städtischen Gemeinschaft und ihre Begünstigung durch staatliche Privilegien, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, ges. - und sprachwiss. Reihe, 22, 1973, Heft 4, S. 21 - 35.

**Schulz-Falkenthal, Heinz:** Zu einigen Wesensmerkmalen und Erscheinungsformen der antiken Produktion, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 3, S. 191 - 204.

**Schulz-Falkenthal, Heinz:** Handwerkerkollegien und andere Berufsgenossenschaften in den römischen Rhein-Oberdonau-provinzen, in: Das Altertum 20, 1974, S. 25 - 33.

**Selectkj, Boris P.:** Der Gesetzentwurf Drusus' des Jüngeren zur Gewährung der Bürgerrechte für die Italiker im Lichte der Schriften Ciceros (Q. fr. I, 1; Att. II, 16), in: Klio 58, 1976, S. 425 - 437.

**Sellnow, Irmgard:** Vorkapitalistische Produktionsweisen und die Periodisierung der Geschichte altafrikanischer Staaten, in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 14, 1973, S. 501 - 536.

**Sellnow, Irmgard:** Afrika und die Mittelmeerwelt, in: Das Altertum 21, 1975, S. 69 - 78, 9 Abb.

**Sellnow, Werner:** Marx, Engels und Lenin zu Problemen der Staatsentstehung, in: Beiträge zur Entstehung des Staates, 3. Aufl. - Berlin: Akademie-Verlag 1976, S. 13 - 26.

Semjonow, J. I.: Zur Diskussion über die ökonomische Gesellschaftsformation als historisches Entwicklungsstadium, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge 27, 1974, S. 161 - 166.

Shukow, J.: Einige Fragen der Theorie der ökonomischen Gesellschaftsformationen, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge 27, 1974, S. 150 - 160.

Sigismund, Reinhold: Die Aromata in ihrer Bedeutung für Religion, Sitten, Gebräuche, Handel und Geographie des Altertums. Bis zu den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung. - Leipzig: Zentralantiquariat der DDR 1974, 234 S. (= Neudruck der Originalausgabe Leipzig 1884).

Simon, Hermann: Die sassanidischen Münzen des Fundes von Babylon; ein Teil des bei Koldeweys Ausgrabungen im Jahre 1900 gefundenen Münzschatzes. - Berlin 1975, XXIII, 102 gez. Bl. (= Dissertation A, Humboldt-Universität zu Berlin).

Šofman, Arkadij C.: Gradostroitel' naja dejatel'nost' - Aleksandra Makedonskogo, in: Klio 57, 1975, S. 123 - 145.

Štaerman, Elena M.: Zur Methodologie der Erforschung der Weltanschauung ausgebeuteter Klassen Roms, in: Klio 57, 1975, S. 5 - 13. (= Referat, gehalten auf dem Kolloquium: "Grundprobleme der antiken Kulturgeschichte", Cottbus 8./9. 5. 1973).

Štefan, Alexandra: Die Getreidekrisen in den Städten an den westlichen und nördlichen Küsten des Pontos Euxinus in der hellenistischen Zeit, in: Hellenische Poleis, Bd. 2. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 648 - 663, 4 Abb.

Storm, Elfriede: Palmyra. Die Entwicklung der Oase Tadmor zur "Königin der Wüste" und ihr Untergang, in: Das Altertum 21, 1975, S. 213 - 224, 6 Abb.

Sundermann, Werner: Commendatio pauperum. Eine Angabe der sassanidischen politisch-didaktischen Literatur zur gesellschaftlichen Struktur Irans, in: Alt-orientalische Forschungen 4, 1976, S. 167 - 194.

Thiel, Winfried: Verwandtschaftsgruppe und Stamm in der halbnomadischen Frühgeschichte Israels, in: Alt-orientalische Forschungen 4, 1976, S. 151 - 165.

Thilo, Thomas: Zum Problem der Staatsentstehung in China, in: Beiträge zur Entstehung des Staates, 3. Aufl. - Berlin: Akademie-Verlag 1976, S. 56 - 72.

Torelli, Mario: Beziehungen zwischen Griechen und Etruskern im 5. und 4. Jahrhundert v. u. Z., in: Hellenische Poleis, Bd. 2. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 823 - 840.

Velkov, Velizar: Über die Rolle der griechischen Kolonien an den Küsten Thrakiens im 6. - 4. Jahrhundert v. u. Z., in: Hellenische Poleis, Bd. 2. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 977 - 992.

Vertet, Hugues/Rigoir, Yves/Rigoir, Jacqueline: Versuch einer Klassifizierung der Terra sigillata, in: Zeitschrift für Archäologie 7, 1973, S. 67 - 74.

Weber, Volker: Entstehung und Rechtsstellung der römischen Gemeinde Pompeji, in: Klio 57, 1975, S. 179 - 206.

Weinberg, Joël P.: Demographische Notizen zur Geschichte der nachexilischen Gemeinde in Juda, in: Klio 54, 1972, S. 45 - 59.

Weinberg, Joël P.: Der 'am hä'ares des 6. - 4. Jh. v. u. Z., in: Klio 56, 1974, S. 325 - 335.

Weissgerber, Klaus: Zur Definition der vorkapitalistischen Produzentenklassen, in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 14, 1973, S. 223 - 259, 1 Abb.



Weissgerber, Klaus: Zwischen Urgesellschaft und Kapitalismus. Die sowjetischen Diskussionen über die vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen. T. 1; 1917 - 1941, in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 15, 1974, S. 655 - 690; T. 2; 1945 - 1973, in: ebenda 16, 1975, S. 117 - 202.

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Die Bedeutung der Arbeitsorganisation für die Entwicklung der Produktivkräfte im Altertum, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 3, S. 175 - 187.

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Gedanken und politische Entscheidungen der Zeitgenossen der Krisenperiode Athens über Charakter und Entwicklung der Sklaverei, in: Hellenische Poleis, Bd. 1. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 46 - 91.

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Soziale Gruppen und Typenbegriffe. Klasse, Stand, Schicht, Privatmann, Individualität. - Hellenen, Barbaren, Polis und Territorialstaat, in: Hellenische Poleis, Bd. 4. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 2141 - 2176.

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Der Souveränitätsverlust der hellenischen Poleis als Rückschlag und als Impuls der Urbanisierung der Mittelmeerwelt, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1975, T. 2, S. 89 - 100.

Wielowiejski, Jerzy: Die Kontakte Noricum und Pannoniens mit den nördlichen Völkern im Lichte der römischen Importe, in: Römer und Germanen in Mitteleuropa. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 69 - 86.

Wilsdorf, Helmut: Technische Neuerungen in der Phase des Niedergangs der Polis, in: Hellenische Poleis, Bd. 4. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 1787 - 1821.

Wilsdorf, Helmut: Technik und Arbeitsorganisation im Montanwesen während der Niedergangsphase der Polis, in: Hellenische Poleis, Bd. 4. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 1741 - 1786, 55 Tafeln.

Wüstmann, Harry: Zur Sozialstruktur im Seddiner Kulturgebiet, in: Zeitschrift für Archäologie 8, 1974, S. 67 - 107, 10 Abb.

Zabłocka, Julia: Palast und König. Ein Beitrag zu den neuassyrischen Eigentumsverhältnissen, in: Altorientalische Forschungen 1, 1974, S. 91 - 113.

Zimmermann, Hans-Dieter: Die freie Arbeit in Griechenland während des 5. und 4. Jahrhunderts v. u. Z., in: Klio 56, 1974, S. 337 - 352.

Zimmermann, Hans-Dieter: Freie Arbeit, Preise und Löhne, in: Hellenische Poleis, Bd. 1. - Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 92 - 107.

Zimmermann, Hans-Dieter: Frühe Ansätze der Demokratie in den griechischen Poleis, in: Klio 57, 1975, S. 294 - 299.

Zuchold, Barbara: Die römischen kleinen Bauernwirtschaften 200 - 133 v. u. Z.; eine Untersuchung zur Krise des klassischen Gemeinwesens in Rom. - Jena 1972, 136 gez. Bl. (= Dissertation A, Friedrich-Schiller-Universität zu Jena).

Zuchold, Barbara: Die römischen kleinen Bauernwirtschaften 200 bis 133 v. u. Z. Eine Untersuchung zur Krise des klassischen Gemeinwesens in Rom (phil. Diss. der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1972, Autorreferat), in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 15, 1974, S. 469 - 473.

Zuchold, Barbara: Die römischen kleinen Bauern 200 bis 133 v. u. Z., in: Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen. - Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 117 - 120.

## II Rezensionen

Audring, Gert/Kreißig, Heinz: Stadt und Land im alten Griechenland. Zu einigen Beiträgen in: *Problèmes de la terre en Grèce ancienne. Recueil de travaux publié sous la direction de M. I. Finley.* Paris/La Haye 1973 (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1975, T. 4, S. 179 - 183).

Behrsing, Lydia: V. I. Avdiev, Voennaja demokratija i klassovyj charakter drevnejšego gosudarstva (Die militärische Demokratie und der Klassencharakter des ältesten Staates), in: *Voprosy istorii* 1970/1, S. 89 - 102. Moskva (Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 15, 1974, S. 763 - 764).

Bentzien, Ulrich: Was lehrt uns Columella? Bemerkungen zu: Columella, Über die Landwirtschaft. Ein Lehr- und Handbuch der gesamten Acker- und Viehwirtschaft aus dem 1. Jahrhundert u. Z., aus dem Lateinischen übersetzt, eingeführt und erläutert von Karl Ahrens. Berlin 1972 (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1975, T. 3, S. 183 - 187).

Brentjes, Burchard: Robert McC. Adams/Hans J. Nissen, *The Uruk Countryside. The Natural Setting of Urban Societies.* Chicago/London 1972 (Deutsche Literaturzeitung 94, 1973, S. 684 - 686).

Brentjes, Burchard: Horst Klengel, *Zwischen Zelt und Palast. Die Begegnung von Nomaden und Sesshaften in Vorderasien.* Leipzig 1972 (Deutsche Literaturzeitung 95, 1974, S. 884 - 885).

Brentjes, Burchard: *The Ethnological Notebooks of Karl Marx (Studies of Morgan, Phear, Maine, Lubbock).* Transcribed and edited, with an Introduction by Lawrence Krader. Assen 1972 (Deutsche Literaturzeitung 96, 1975, S. 134 - 135).

Browning, Robert: *The Crisis of the Greek City. - A New Kollektiv Study: Hellenische Poleis. Krise - Wandlung - Wirkung,* hrsg. v. E. Ch. Welskopf. Bd. 1 - 4. Berlin 1974 (Philologus 120, 1976, S. 258 - 266).

Bund, Elmar: Heinz Bellen, *Studien zur Sklavenflucht im römischen Kaiserreich.* Wiesbaden 1971 (Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Romanist. Abt., 90, 1973, S. 393 - 399).

Derrett, J. D. M.: Walter Ruben, *Die gesellschaftliche Entwicklung im alten Indien.* Bd. 1: Die Entwicklung der Produktionsverhältnisse im alten Indien. Berlin 1967 (Orientalische Literaturzeitung 67, 1972, Sp. 481 - 485); Bd. 2: Die Entwicklung von Staat und Recht im alten Indien. Berlin 1968 (Orientalische Literaturzeitung 69, 1974, Sp. 280 - 282).

Diesner, Hans-Joachim: Pavel Oliva, *Sparta and her Social Problems.* Transl. by Iris Urwin - Lewitová. Prag 1971 (Deutsche Literaturzeitung 94, 1973, S. 118 - 120).

Diesner, Hans-Joachim: T. V. Blavatskaja, E. S. Golubcova und A. I. Pavlovskaja, *Die Sklaverei in hellenistischen Staaten im 3. - 1. Jh. v. Chr.* Übersetzung von M. Bräuer-Pospelova, I. Neander und R. Pollach. Wiesbaden 1972 (Theologische Literaturzeitung 99, 1974, S. 767 - 769).

Diesner, Hans-Joachim: Mechtild Overbeck, *Untersuchungen zum afrikanischen Senatsadel in der Spätantike.* Kallmünz 1973 (Deutsche Literaturzeitung 95, 1974, S. 801 - 803).

Diesner, Hans-Joachim: Levine, Lee I., *Caesarea under Roman Rule.* Leiden 1975 (Theologische Literaturzeitung 101, 1976, S. 763).

Dieter, Horst: Beiträge zur Entstehung des Staates. Hrsg. v. Joachim Herrmann und Irmgard Sellnow. Berlin 1973 (Deutsche Literaturzeitung 95, 1974, S. 881 - 884).

Freydank, Helmut: Armas Salonen, *Die Fischerei im alten Mesopotamien. Nach sumerisch-akkadischen Quellen. Eine lexikalische und kulturgeschichtliche Untersuchung.* Helsinki 1970 (Orientalische Literaturzeitung 69, 1974, Sp. 560 - 562).

Freydank, Helmut: Erkki Salonen, Über das Erwerbsleben im alten Mesopotamien. Untersuchungen zu den akkadischen Berufsamen. Bd. 1. Helsinki 1970 (Orientalische Literaturzeitung 70, 1975, Sp. 462 - 464).

Freydank, Helmut: Armas Salonen, Die Ziegeleien im alten Mesopotamien. Helsinki 1972 (Orientalische Literaturzeitung 71, 1976, Sp. 24 - 25).

Funck, Bernd: Zum Problem von Klassen und Schichten in neuester sowjetischer Literatur. Rezension; L. M. Gluskina, Studien zu den sozialökonomischen Verhältnissen in Attika im 4. Jh. v. u. Z. Autorreferat der Diss. B, in; Eirene 21, 1974, S. 111 - 138; L. M. Gluskina, Problemy sozial'no-ekonomičeskoj istorii Afin 4. v. do n. è. Leningrad 1975; L. P. Marinovič, Grečeskoe naemničestvo 4. v. do n. è. i krisis polisa. Moskau 1975; A. P. Kashdan, Sozial'nyj sostav gospodstvujusčego klassa Vizantii 11 - 12 v. v. Moskau 1974 (Klio 58, 1976, S. 481 - 490).

Funck, Bernd; E. Ch. Welskopf (Hrsg.): Hellenische Poleis. 4 Bd. Berlin 1974 (Zeitschrift für Archäologie 10, 1976, S. 307 - 312).

Gelß, Heinz; Fritz Schachermeyr, Ägäis und Orient. Die überseeischen Kulturbeziehungen von Kreta und Mykenai mit Ägypten, der Levante und Kleinasien unter besonderer Berücksichtigung des 2. Jahrtausends v. Chr. Wien 1967 (Orientalische Literaturzeitung 67, 1972, Sp. 535 - 538).

Günther, Rigobert; Franz Kiechle, Sklavenarbeit und technischer Fortschritt im Römischen Reich. Wiesbaden 1968 (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 20, 1972, S. 628).

Günther, Rigobert; E. M. Štaerman/M. K. Trofimova, Rabovladel' českie otnošenija v rannej Rimskoj Imperii - Italija. Moskva 1971 (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 20, 1972, S. 628).

Günther, Rigobert; Tuttu Tarkkainen, Die athenische Demokratie. München 1972 (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 21, 1973, S. 1014).

Günther, Rigobert; J. P. Wild, Textile Manufacture in the Northern Roman Provinces. Cambridge 1970 (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 21, 1973, S. 102 - 103).

Günther, Rigobert; Beiträge zur Entstehung des Staates. Hrsg. v. Joachim Herrmann/Irmgard Sellnow. Berlin 1973 (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 22, 1974, S. 1137 - 1138).

Günther, Rigobert; Die Einordnung der "Spätantike" in neueren Publikationen. Rezension; Emillenne Dèmougeot, La formation de l'Europe et les invasions barbares des origines germaniques à l'avènement de Dioclétien. Paris 1969; Mario Mazza, Lotte sociali e restaurazione autoritaria nel 3. secolo d. C. Catania 1970; E. M. Štaerman/M. K. Trofimova, Rabovladel' českie otnošenija v rannej Rimskoj Imperii /Italija/. Moskau 1971; Alfredo Passerini, Linee di storia romana in età imperiale. Mailand 1972; Michael Grant, Das Römische Reich am Wendepunkt. Die Zeit von Mark Aurel bis Konstantin. München 1972; Hermann Bengtson, Römische Geschichte. Republik und Kaiserzeit bis 284 n. Chr. München 1973 (Klio 56, 1974, S. 239 - 244).

Günther, Rigobert; Franz Kiechle, Sklavenarbeit und technischer Fortschritt im Römischen Reich. Wiesbaden 1969 (Deutsche Literaturzeitung 96, 1975, S. 481 - 483).

Günther, Rigobert; V. I. Kuziščn, Rimskoe rabovladel' českoje pomest' je. 2. v. do n. è - 1. v. n. è. Moskva 1973 (Deutsche Literaturzeitung 96, 1975, S. 725 - 727).

Günther, Rigobert; Hellenische Poleis. Krise - Wandlung - Wirkung. Hrsg. von Elisabeth Charlotte Welskopf. 4 Bd. Berlin 1974 (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 23, 1975, S. 212 - 213).

Günther, Rigobert: Wolfgang Seyfarth, Römische Geschichte. Kaiserzeit. Bd. 1, 2. Berlin 1974 (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 23, 1975, S. 1217 - 1219).

Günther, Rigobert: Joachim Herrmann, Spuren des Prometheus. Der Aufstieg der Menschheit zwischen Naturgeschichte und Weltgeschichte. Leipzig/Jena/Berlin 1975 (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 24, 1976, S. 947 - 948).

Härtel, Gottfried: András Mócsy, Gesellschaft und Romanisation in der römischen Provinz Moesia Superior. Budapest/Amsterdam 1970 (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 21, 1973, S. 488 - 489).

Härtel, Gottfried: Wieland Held, Die Vertiefung der allgemeinen Krise im Westen des Römischen Reiches. Studien über die sozialökonomischen Verhältnisse am Ende des 3. und in der ersten Hälfte des 4. Jahrhunderts. Berlin 1974 (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 22, 1974, S. 1139).

Härtel, Gottfried: Heinz Kreißig, Die sozialökonomische Situation in Juda zur Achämenidenzeit. Berlin 1973 (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 22, 1974, S. 897).

Härtel, Gottfried: Horst Klengel, Zwischen Zelt und Palast. Die Bewegung von Nomaden und Sesshaften im alten Vorderasien. Leipzig 1972 (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 23, 1975, S. 1085).

Härtel, Gottfried: Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen. Zum XIV. Internationalen Historiker-Kongress in San Francisco 1975. Hrsg. v. Joachim Herrmann u. Irmgard Sellnow. Berlin 1975 (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 24, 1976, S. 345 - 347).

Held, Wieland: E. Badian, Publicans and Sinners. Private Enterprise in the Service of the Roman Republic. Oxford 1972 (Deutsche Literaturzeitung 95,

1974, S. 432 - 435).

Held, Wieland: Heribert Aigner, Die Soldaten als Machtfaktor in der ausgehenden römischen Republik. Innsbruck 1974 (Deutsche Literaturzeitung 96, 1975, S. 1047 - 1050).

Held, Wieland: Heinrich Kuch, Kriegesgefangenschaft und Sklaverei bei Euripides. Untersuchungen zur "Andromache", zur "Hekabe" und zu den Troerinnen. Berlin 1974 (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 23, 1975, S. 220 - 221).

Herrmann, Joachim: Wilhelm Backhaus, Marx, Engels und die Sklaverei. Zur ökonomischen Problematik der Unfreiheit. Düsseldorf 1974 (Zeitschriften für Geschichtswissenschaft 24, 1976, S. 731).

Horak, Franz: Kreditvertrag und Kreditprozeß in den Zwölf Tafeln. Rezensionsmiszelle zu Okko Behrends, Der Zwölf Tafelprozeß. Zur Geschichte des römischen Obligationenrechts. Göttingen 1974 (Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Romanist. Abt., 93, 1976, S. 261 - 286).

Huchthausen, Liselot: Joseph Vogt, Sklaverei und Humanität. Studien zur antiken Sklaverei und ihrer Erforschung. 2. erw. Aufl. Wiesbaden 1972 (Deutsche Literaturzeitung 94, 1973, S. 610 - 612).

Huchthausen, Liselot: Walter Langhammer, Die rechtliche und soziale Stellung der Magistratus municipales und der Decuriones in der Übergangsphase der Städte von sich selbstverwaltenden Gemeinden zu Vollzugsorganen des spätantiken Zwangsstaates (2. - 4. Jahrhundert der römischen Kaiserzeit). Wiesbaden 1973 (Deutsche Literaturzeitung 95, 1974, S. 888 - 889).

Jähne, Armin: Ju. V. Kačanovskij, Рабовладение, феодализм или азиатский способ производства? Moskva 1971 (Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 14, 1973, S. 171 - 179).

Jähne, Armin/Njammassch, Marlene: Probleme der vorkapitalistischen Gesellschaften in den Ländern des Orients. Bemerkungen zu: Problemy dokapitalisti-

českých obšestv v strnach Vostoka. Sammelband unter verantwortlicher Redaktion von G. F. Kim, zusammengestellt von V. N. Nikiforov. Moskau 1971 (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1975, T. 1, S. 185 - 205).

Johne, Klaus Peter: Zum Problem von Sklaven und Kolonat in der römischen Landwirtschaft. Bemerkungen zu Norbert Brockmeyer, Arbeitsorganisation und ökonomisches Denken in der Gutswirtschaft des römischen Reiches. Bochum 1968 (= Inaug. Diss., Ruhr-Universität Bochum) (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 3, S. 219 - 224).

Kertész, István: Das republikanische Rom. Rezension; E. Badian, Roman Imperialism in the Late Republic. Ithaca/New York: 1968 (Klio 56, 1974, S. 543 - 550).

Klengel, Horst: Gesellschaftsklassen im Alten Zweistromland und in den angrenzenden Gebieten. Hrsg. v. Dietz Otto Edzard. 18. Rencontre assyriologique internationale, München, 29. 6. - 3. 7. 1970. München 1972 (Orientalische Literaturzeitung 69, 1974, S. 437 - 443).

Köhn, Jens: Zum altgriechischen Recht. Rez.: Antonios M. Babakos, Familienrechtliche Verhältnisse auf der Insel Kalymnos (im ersten nachchristlichen Jahrhundert). Köln/Wien 1973 (Klio 58, 1976, S. 511 - 515).

Kreißig, Heinz: William W. Buehler, The Pre-Herodian Civil War and Social Debate, Jewish Society in the Period 76 - 40 B. C. and the Social Factors Contributing to the Rise of the Pharisees and the Sadducees. Basel 1974 (Deutsche Literaturzeitung 96, 1975, S. 116 - 217).

Kreißig, Heinz: Zum Handwerk in Judäa in den ersten Jahrhunderten u. Z. Zu einem Kapitel aus Arye Ben-David, Talmudische Ökonomie, Bd. 1. Hildesheim/New York 1976 (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1975, T. 3, S. 189 - 193).

Kreißig, Heinz: Hellenische Poieis. Krise - Wandlung - Wirkung. Hrsg. v. Elisabeth Charlotte Welskopf. 4 Bände. Berlin 1974 (Deutsche Literaturzeitung 96, 1975, S. 581 - 585).

Kreißig, Heinz: Krisen in der Antike. Bewußtsein und Bewältigung. Mit Beiträgen von G. Alföldy, K. Pittschen, H. Flashar, M. Landfester, G. Lieberg, R. Schröter, V. M. Strocka, K.-W. Welwei. Düsseldorf 1975 (Deutsche Literaturzeitung 97, 1976, Sp. 882 - 884).

Kreißig, Heinz: Die Ursachen des "Makabäer-Aufstandes. Zu einem Abschnitt in Hengels "Judenchristentum und Hellenismus" (M. Hengel, Judentum und Hellenismus, Studien zu ihrer Begegnung unter besonderer Berücksichtigung Palästinas bis zur Mitte des 2. Jh. v. Chr. 2., durchgesehene und ergänzte Auflage. Tübingen 1973) (Klio 58, 1976, S. 249 - 253).

Kuczynski, Jürgen: Überlegungen über die Rolle der Werktätigen in der Geschichte anhand von: Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen, hrsg. v. Joachim Herrmann und Irmgard Sellnow (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 4, S. 163 - 173).

Lewin, Günter: Ju. V. Kačanovskij, Račbovladenie, feodalizm ili aziatskij sposob proizvodstva? Moskva 1971 (Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 14, 1973, S. 180 - 189).

Maróti, Egon: Columella, Über Landwirtschaft. Ein Lehr- und Handbuch der gesamten Acker- und Viehwirtschaft aus dem 1. Jahrhundert u. Z. Aus dem Lat. übers., eingeführt u. erl. von Karl Ahrens. Berlin 1972 (Deutsche Literaturzeitung 96, 1975, S. 111 - 113).

Maróti, Egon: Scriptorum Romanorum de re rustica reliquae. Collegit, recensuit Felicianus Sperata. Bd. 1. Messina 1974 (Deutsche Literaturzeitung 97, 1976, Sp. 758 - 760).



Meyer, R.: Joseph Henninger, Über Lebensraum und Lebensformen der Frühsemiten. Köln/Opladen 1968 (Orientalische Literaturzeitung 71, 1976, Sp. 474 - 476).

Meyer-Laurin, Harald: T. V. Blavatskaja/E. S. Golubcova/A. I. Pavlovskaja, Die Sklaverei in hellenistischen Staaten im 3. - 1. Jh. v. Chr. Wiesbaden 1972 (Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Romanist. Abt., 92, 1975, S. 452 - 454).

Müller, Manfred: M. A. Dandamaev, Rabstvo v Vavillonii VII - IV vv. do n. é. Moskva 1974 (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 24, 1976, S. 237).

Njammasch, Marlene: Beiträge zur sozialen Struktur des Alten Vorderasien. Hrsg. v. Horst Klengel. Berlin 1971 (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 21, 1973, S. 1541).

Njammasch, Marlene: Burchard Brentjes, Die orientalische Welt. Von den Anfängen bis Tschinggis-Khan. Berlin 1970 (Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 15, 1974, S. 744 - 754).

Njammasch, Marlene: Altindische "Republiken" und ceylonesischer "Klosterkapitalismus?" J. P. Sharma, Republics in Ancient India c. 1500 B. C. - 500 B. C. Leiden 1968; Hans-Dieter Evers, Monks, Priests and Peasants. A Study of Buddhism and Social Structure in Central Ceylon. Leiden 1972 (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 3, S. 181 - 195).

Nörr, Dieter: Bibliographie zur antiken Sklaverei. In Verbindung mit der Kommission für Geschichte des Altertums der Akademie der Wissenschaften und der Literatur (Mainz) hrsg. v. Joseph Vogt. Bochum 1971 (Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Romanist. Abt., 89, 1972, S. 503 - 504).

Pećirka, Jan: Eine neue Darstellung der Geschichte der griechischen Polis. Hellenische Polis. Krise - Wandlung - Wirkung, Bd. 1 - 4. Hrsg. v. Elisabeth Charlotte Welskopf. Berlin 1974 (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 2, S. 189 - 203).

Pettinato, G.: Armas Salonen, Agricultura Mesopotamica. Nach sumerisch-akkadischen Quellen. Eine lexikalische und kulturgeschichtliche Untersuchung. Helsinki 1968 (Orientalische Literaturzeitung 67, 1972, Sp. 351 - 356).

Ries, Gerhard: Gesellschaftsklassen im Alten Zweistromland und in den angrenzenden Gebieten. XVIII. Rencontre assyriologique internationale, München, 29. Juni bis 3. Juli 1970. Hrsg. v. D. O. Edzard. München 1972 (Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Romanist. Abt., 91, 1974, S. 384 - 388).

Ries, Gerhard: M. San Nicolò, Die Schlußklauseln der altbabylonischen Kauf- und Tauschverträge. Ein Beitrag zur Geschichte des Barkaufs. 2. durchges. Aufl. mit Vorwort, Anmerkung und Nachträgen von Herbert Petschow. München 1974 (Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Romanist. Abt., 92, 1975, S. 476 - 477).

Ritoók, Zsigmond: Heinrich Kuch, Kriegsgefangenschaft und Sklaverei bei Euripides. Untersuchungen zur "Andromache", zur "Hekabe" und zu den "Troerinnen". Berlin 1974 (Deutsche Literaturzeitung 96, 1975, S. 557 - 559).

Schubert, Werner: Walter Langhammer, Die rechtliche und soziale Stellung der Magistratus municipales und der Decuriones in der Übergangsphase der Städte von sich selbst verwaltenden Gemeinden zu Vollzugsorganen des spätantiken Zwangsstaates (2. bis 4. Jahrhundert der römischen Kaiserzeit). Wiesbaden 1973 (Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Romanist. Abt., 93, 1976, S. 350 - 358).

Seyfarth, Wolfgang: J. H. W. G. Liebeschuetz, Antioch. City and Imperial Administration in the Later Roman Empire. Oxford 1972 (Deutsche Literaturzeitung 94, 1973, S. 366 - 368).

Seyfarth, Wolfgang: Hermann Nehlsen, Sklavenrecht zwischen Antike und Mittelalter. Germanisches und römisches Recht in den germanischen Rechtsaufzeichnungen. Bd. 1: Ostgoten, Franken, Lango-

barden, Göttingen/Frankfurt/Zürich 1972 (Deutsche Literaturzeitung 95, 1974, S. 196 - 198).

Slonimskij, M. M.: Problemy dokapitalističeskich obščestv v stranach vostoka. Hrsg. v. G. F. Kim. Moskva 1971 (Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 14, 1973, S. 747 - 751).

Vejnberg, I. P.: Probleme der sozial-ökonomischen Struktur Judäas vom 6. Jahrhundert v. u. Z. bis zum 1. Jahrhundert u. Z. Zu einigen wirtschaftshistorischen Untersuchungen von Heinz Kreißig (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 1, S. 237 - 251).

Wachtel, Klaus: Dieter Nörr, Imperium und Polis in der hohen Prinzipatszeit. 2. durchges. Aufl. München 1969 (Orientalische Literaturzeitung 68, 1973, Sp. 336 - 337).

Wieacker, Franz: György Diószdi, Ownership in Ancient and Preclassical Roman Law. Budapest 1970 (Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Romanist. Abt., 89, 1972, S. 415 - 425).

Wieling, Hans Josef: A. N. Sherwin-White, The Roman Citizenship. 2. Aufl. Oxford 1973 (Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Romanist. Abt., 91, 1974, S. 414 - 418).

Wirth, Gerhard: N. Pigulewskaja, Byzanz auf den Wegen nach Indien. Aus der Geschichte des byzantinischen Handels mit dem Orient vom 4. bis 6. Jahrhundert. Überarb. dt. Ausgabe. Berlin 1969 (Deutsche Literaturzeitung 94, 1973, S. 811 - 814).

Wirth, Gerhard: Diokletians Preisedikt. Hrsg. v. Siegfried Lauffer. (West-)Berlin 1971 (Deutsche Literaturzeitung 96, 1975, S. 728 - 730).

Wirth, Gerhard: András Mócsy, Gesellschaft und Romanisation in der römischen Provinz Moesia Superior. Budapest 1970 (Deutsche Literaturzeitung 96, 1975, S. 135 - 138).

Ziegler, Adolf Wilhelm: Henneke Gülzow, Christentum und Sklaverei in den ersten drei Jahrhunderten. Bonn 1969 (Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Romanist. Abt., 89, 1972, S. 454 - 457).

Zinserling, Gerhard: Griechisches Münzwerk. Die Münzprägungen von Byzantion. Teil 2: Kaiserzeit. Bearbeitet von Edith Schönert-Geiss. Textbd. Tafelbd. Berlin 1972 (Deutsche Literaturzeitung 94, 1973, S. 730 - 732).

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte

von Renate Günther

Maritta Bernien

Der kapitalistische Arbeitskräftemarkt

Tendenzen seiner weiteren Internationalisierung in der gegenwärtigen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus

Dissertation A (14. 6. 1978)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

1. Zur Stellung des kapitalistischen Arbeitskräftemarktes in der ökonomischen Theorie von Marx, Engels und Lenin
2. Zur Herausbildung und zu einigen Hauptmerkmalen des Arbeitskräftemarktes im Kapitalismus der freien Konkurrenz und im Imperialismus; Zu seiner Entwicklung in den Stadien der Produktion des relativen Mehrwerts. Der kapitalistische Arbeitskräftemarkt während des Höhepunkts des Kapitalismus der freien Konkurrenz, beim Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus. Veränderungen in der Struktur des kapitalistischen Arbeitskräftemarktes als Ausdruck der vollen Durchsetzung des staatsmonopolistischen Kapitalismus
3. Tendenzen der Internationalisierung des Arbeitskräftemarktes in der gegenwärtigen Etappe der allgemeinen Krise; Die Notwendigkeit zunehmender Internationalisierung des kapitalistischen Arbeitskräftemarktes. Zur Bedeutung des Arbeitskräfteimports für die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft der führenden imperialistischen Länder. Zum Ausmaß der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in den Ländern der EWG. Der Import von Arbeitskräften aus weniger entwickelten kapitalistischen Ländern als eine Quelle zusätzlicher Ausbeutung. Zur Arbeitskräftewanderung zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern Westeuropas und ihren Auswirkungen auf die Kapitalverwertung. Einige Auswirkungen der Internationalisierung des Arbeitskräftemarktes auf die Verschärfung der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung einzelner Länder der EWG
4. Der antagonistische Charakter des Arbeitskräftemarktes, dargestellt an der Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit vor allem in den entwickelten kapitalistischen Ländern Westeuropas seit Beginn der 60er Jahre; Zur Dialektik zwischen industrieller Reservearmee und chronischer Massenarbeitslosigkeit. Zur Diskussion über die Verflechtung der allgemeinen Krise mit zyklischen Krisenerscheinungen unter dem Gesichtspunkt der Arbeitslosigkeit. Zu einigen Grundprozessen der Wechselwirkung von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften unter den gegenwärtigen Bedingungen (Wirkungen der widerspruchsvollen Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Erhöhung der Arbeitslosigkeit; Der wachsende Polarisierungsprozeß und sein Einfluß auf das Verhältnis von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit; Zur Herausbildung volkswirtschaftlicher und regionaler Schwerpunkte der Arbeitslosigkeit in den Ländern der EWG
5. Arbeitskräftemarkt und monopolistische Beschäftigungspolitik

Katharina Breinessl

Zur Bestimmung der gesellschaftlichen Konsumtionsfonds, zu ihrem Umfang und ihrer Entwicklung nach Altersgruppen der Bevölkerung bzw. Ausbildungsstufen in der DDR 1955 bis 1975

Dissertation A (11. 5. 1979)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Die gesellschaftlichen Konsumtionsfonds als ökonomische Kategorie; Die Notwendigkeit der Verteilung aus den gesellschaftlichen Konsumtionsfonds. Zur Rolle der gesellschaftlichen Konsumtionsfonds im Distributionsprozeß. Zur Problematik der Erfassung der Bestandteile der gesellschaftlichen Konsumtionsfonds. Das Prinzip ihrer Verteilung
2. Die Bedeutung der indirekten Einkommen der Bevölkerung und ihre Ermittlung; Die indirekten Einkommen der Bevölkerung aus den Fonds des Staates (Gesundheitswesen, Kultur und Sport und Erholung, Wohnungswesen, Preissubventionen, Bildungswesen, Betreuung und Erziehung der Kinder, Betreuung von Personen im Rentenalter, Investitionen in den kulturell-sozialen Bereichen, Höhe der indirekten Einkommen der Bevölkerung aus den Fonds des Staates). Indirekte Einkommen der Bevölkerung aus den Fonds für die kulturelle und soziale Betreuung in den Betrieben und Einrichtungen, Genossenschaften und gesellschaftlichen Organisationen sowie aus den Fonds der Sozialversicherung. Die Höhe dieser Einkommen und ihre Verteilung auf Bedürfniskomplexe und nach Altersgruppen bzw. Ausbildungsstufen
3. Geldleistungen aus gesellschaftlichen Konsumtionsfonds; Für das Aufziehen der Kinder und den Unterhalt der noch in der Ausbildung stehenden Personen. Zur Versorgung von Personen im Rentenalter. Zur Gewährung der sozialen Sicherheit der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Die Höhe der Geldleistungen aus gesellschaftlichen Konsumtionsfonds und ihre Aufteilung nach Altersgruppen
4. Einkommen der Bevölkerung aus gesellschaftlichen Konsumtionsfonds, ihre Struktur und ihr Anteil an den Gesamteinkommen der Bevölkerung

Gottfried Dittrich

Das quantitative Wachstum der Arbeiterklasse der DDR und die Veränderungen in ihrer sozialen und Zweigstruktur während der sozialistischen Revolution 1949 bis 1961/62

Eine Untersuchung auf der Grundlage theoretisch-methodologischer Ergebnisse der sowjetischen Historiographie zur Geschichte der Arbeiterklasse

Dissertation B (25. 11. 1977)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Zur sowjetischen Historiographie der Arbeiterklasse der UdSSR und ihrer Rolle in der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR; Entwicklung und Gegenstand der Geschichtsschreibung über die sowjetische Arbeiterklasse; Herausbildung der neuen sozialen Natur der Arbeiterklasse als bestimmender Zug ihrer Geschichte in der Übergangsperiode; Veränderungen in der zahlenmäßigen Stärke, in Struktur und Bestand der sowjetischen Arbeiterklasse; Methodologische Probleme der Erforschung von Struktur- und Bestandsveränderungen; Hauptrichtungen des Wachstums der politischen und Arbeitsaktivität der sowjetischen Arbeiterklasse; Die Hebung des Lebensstandards und des kulturell-technischen Niveaus der Arbeiterklasse in der UdSSR; Fragen der Leitung des Wachstums der Arbeiterklasse durch die Kommunistische Partei und die Sowjetmacht. Zur Rolle der sowjetischen Historiographie der Arbeiterklasse in der Geschichtswissenschaft der DDR

2. Quantitatives Wachstum und Veränderungen in der sozialen und Zweigstruktur der Arbeiterklasse der DDR während der sozialistischen Revolution; Zu Forschungsgegenstand, Problemstellung und Methode. Die wesentlichsten Auswirkungen von Faschismus und Krieg sowie antifaschistisch-demokratischer Umwälzung auf Zahl und Bestand der Arbeiterklasse. Das zahlenmäßige Wachstum und die Reproduktionsquellen der Arbeiterklasse während der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR (Theoretisch-methodologische Probleme; Verlauf und Umfang der quantitativen Veränderungen der Arbeiterklasse in den Jahren von 1949 bis 1961; Zu den Reproduktionsquellen der Arbeiterklasse während der sozialistischen Revolution). Die Herausbildung der sozialistischen Grundstruktur der Arbeiterklasse der DDR beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus (1945 bis 1961/62); Die soziale Struktur der Arbeiterklasse während der Übergangsperiode. Die Herausbildung der sozialistischen Grundstruktur der Arbeiterklasse der DDR im Verlaufe der Übergangsperiode (Herausbildung, Rolle und Wachstum der Gruppe der Arbeiterklasse in der volkseigenen Wirtschaft, Über die Rolle der Gruppe der Arbeiterklasse in der privaten Wirtschaft, Die Übergangsgruppe der Arbeiterklasse in den Betrieben mit staatlicher Beteiligung, Zu einigen Resultaten der Herausbildung der sozialistischen Grundstruktur der Arbeiterklasse der DDR). Bestimmende Veränderungen in der Zweigstruktur der Arbeiterklasse im Zusammenhang mit der revolutionären Umwälzung der Klassenverhältnisse sowie der sozialistischen Industrialisierung und Rekonstruktion (1950 - 1963); Veränderungen in der Wirtschaftszweigstruktur der Arbeiterklasse; Veränderungen in der Industriebereichs- und -zweigstruktur der Arbeiterklasse
3. Über Allgemeines und Besonderes im zahlenmäßigen Wachstum sowie in sozial- und zweigstrukturellen Veränderungen der Arbeiterklasse der DDR während der sozialistischen Revolution

Helmut Edelmann

Die Entwicklung der Arbeiterklasse als gesellschaftliche Hauptproduktivkraft im Werkzeugmaschinenbau der Deutschen Demokratischen Republik im Zusammenhang mit der Lösung der diesem Industriezweig zwischen dem V. und VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gestellten Aufgaben (1958 bis 1971)

Dissertation B (23. 8. 1979)  
Bergakademie Freiberg

1. Die Situation im Industriezweig Werkzeugmaschinenbau zur Zeit des V. Parteitages der SED (1958); Die Rolle des Werkzeugmaschinenbaus in der Volkswirtschaft, Wachsende Anforderungen an die Entwicklung und Produktion moderner Werkzeugmaschinen. Zum Stand der Fertigungstechnik, der technologischen Verfahren und der Produktionsorganisation und die Notwendigkeit ihrer Veränderung. Die Arbeitskräftesituation und das Qualifikationsniveau. Zum Entwicklungsstand der Masseninitiative
2. Der Kampf der Werktätigen des Industriezweiges Werkzeugmaschinenbau für die Erfüllung der von V. Parteitag der SED gestellten Aufgaben zur sozialistischen Rekonstruktion der Industrie (1958 bis 1961/62); Zur Erzeugnisentwicklung. Maßnahmen zur Modernisierung der Produktionsausrüstungen im Rahmen der sozialistischen Rekonstruktion. Der zweite Weg der sozialistischen Rekonstruktion als ihr Hauptweg auch im Industriezweig Werkzeugmaschinenbau. Die Entwicklung der Arbeitskräftesituation nach dem V. Parteitag der SED. Probleme des Wachstums des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens durch Qualifizierung und Weiterbildung der Werktätigen. Die weitere Entfaltung der Masseninitiative der Werkzeugmaschinenbauer zur zielstrebigsten Durchführung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Produktion
3. Die Arbeit der Werkzeugmaschinenbauer zur Lösung der beim umfassenden Aufbau des Sozialismus von VI. Parteitag der SED gestellten Aufgaben (1963 bis 1965); Die wachsen-



de Verantwortung der Werkzeugmaschinenbauer im Prozeß der sozialistischen Rationalisierung. Ergebnisse und Probleme der weiteren Modernisierung der Produktionstechnik. Die Anstrengungen der Werktätigen zur progressiven Veränderung der Technologie und der Organisation der Produktion. Die Entwicklung der Arbeitskräftelage und -struktur nach dem VI. Parteitag der SED. Die Qualifizierung der Werktätigen für die Meisterung der Aufgaben der sozialistischen Rationalisierung. Der Aufschwung der Masseninitiative der Werktätigen im Kampf um die Verwirklichung der vom VI. Parteitag gestellten Ziele

4. Die schöpferische Aktivität der Werkzeugmaschinenbauer zur Lösung ihrer Aufgaben bei der beginnenden Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR von der Konferenz für Rationalisierung bis zum VIII. Parteitag der SED (1966 bis 1971); Die wachsende Verantwortung des Werkzeugmaschinenbaus für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR. Die Entwicklung und Produktion hochleistungsfähiger Maschinen und Bearbeitungszentren als wichtiger Beitrag der Werkzeugmaschinenbauer zur komplexen sozialistischen Rationalisierung der Metallverarbeitenden Industrie. Die Erhöhung des Wirkungsgrades der Arbeit durch Maßnahmen der komplexen sozialistischen Rationalisierung in der Fertigungstechnik. Die Bemühungen um ein höheres Niveau der Technologie und der Organisation der Produktion als Bestandteil der komplexen sozialistischen Rationalisierung. Zur Entwicklung der Beschäftigtenzahlen und der Arbeitskräftestruktur im Fünfjahresplanzeitraum 1966 bis 1970. Tendenzen der Qualifizierung der Arbeitskräfte im Werkzeugmaschinenbau im Prozeß der komplexen sozialistischen Rationalisierung. Die wachsende Initiative der Werkzeugmaschinenbauer zur Meisterung der komplexen sozialistischen Rationalisierung

Wilbert Ennuschat

Zur philosophischen Bestimmung der Kategorie "Produktivkräfte" unter besonderer Berücksichtigung der "Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie. (Rohentwurf) 1857 - 1858. Anhang 1850 - 1859" von Karl Marx

Dissertation A (6. 12. 1977)

Friedrich-Schiller-Universität Jena

1. Die Klassiker des Marxismus-Leninismus zur Kategorie der Produktivkräfte; Zum Prozeß der Herausbildung der Begriffe "Produktivkräfte" und "Produktionsverhältnisse". Die Marxsche Analyse des Arbeits- und Produktionsprozesses als Ausgangspunkt und Grundlage einer jeden systematischen Untersuchung des marxistischen Begriffs der Produktivkräfte. Das System der Produktivkräfte als eine dialektische Einheit subjektiver und objektiver Faktoren. Materielle und ideelle Produktivkräfte. Marx über die Begriffe individuelle und gesellschaftliche Produktivkräfte. Natürliche oder naturbedingte und gesellschaftliche Produktivkräfte - Naturkräfte als Produktivkräfte. Die Wissenschaft als Produktivkraft. Die Rolle und Bedeutung der Produktionsverhältnisse bei der Bestimmung des Begriffs der Produktivkräfte
2. Die gegenwärtige marxistisch-leninistische Diskussion um eine vertiefende Bestimmung des Begriffs der Produktivkräfte; Anmerkungen zu den Versuchen, die Kategorie "Produktivkräfte" vom Kraftbegriff, von dem Begriff der Naturkräfte, sowie von dem Verhältnis von lebendiger und vergegenständlichter Arbeit her zu bestimmen. Kurzer historischer Abriß der Herausarbeitung eines umfassenden, philosophisch fundierten Produktivkräftebegriffs

Gert Friedrich

Grundtendenzen der Veränderungen im Kern der Arbeiterklasse bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und der Schaffung grundlegender Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus

Dissertation A (2. 12. 1977)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Homogenität und soziale Differenziertheit der Arbeiterklasse im Sozialismus; Kriterien der Differenziertheit der Arbeiterklasse als Gegenstand der Diskussion unter marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaftlern, insbesondere in der Sowjetunion. Zur Dialektik von Einheit und Differenziertheit der Arbeiterklasse im Sozialismus
2. Die Entwicklung des Kerns der Arbeiterklasse im Sozialismus - eine wichtige Führungsgröße der marxistisch-leninistischen Partei bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und bei der Schaffung grundlegender Voraussetzungen für den allgemeinen Übergang zum Kommunismus; Die Industriearbeiter als Teil der Arbeiterklasse im Sozialismus. Veränderungen im Kern der Arbeiterklasse. Die soziale und politisch-ideologische Entwicklung der Industriearbeiter
3. Die soziale Höherentwicklung der Produktionsarbeiter im Bauwesen und die Aneignung von Wesensmerkmalen der Industriearbeiter auf der Grundlage der weiteren Durchsetzung industriemäßiger Methoden der Produktion; Die Politik der marxistisch-leninistischen Partei zur weiteren Entwicklung des Bauwesens bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Der Zusammenhang zwischen der Anwendung industriemäßiger Methoden beim Bauen und der Höherentwicklung der Produktionsarbeiter im Bauwesen. Die Erhöhung der politischen Aktivitäten der Produktionsarbeiter im Wohnungs- und Gesellschaftsbau der DDR als Ergebnis der Führungstätigkeit der marxistisch-leninistischen Partei und als Ausdruck ihrer Höherentwicklung und Angleichung an die Industriearbeiter

Rolf Gabler

Zur kritischen Auseinandersetzung mit der vulgärökonomischen Marketinglehre

Dissertation B (23. 12. 1975)

Handelshochschule Leipzig

1. Die Grundlagen für die Herausbildung des kapitalistischen Marketings; Die theoriegeschichtlichen Quellen der Marketinglehre. Der Einfluß der allgemeinen Krise des Kapitalismus auf die Veränderung der Produktionsweise der bürgerlichen Vulgärökonomie
2. Das Eintreten des Kapitalismus in die erste Etappe seiner allgemeinen Krise und die Herausbildung der Marketingkonzeption; Die Herausbildung des Marketing und seines Instrumentariums in den USA. Der Einfluß des Keynesianismus auf die Entwicklung des Marketing
3. Die Bedingungen für die umfassende Entfaltung der Marketinglehre und ihres Instrumentariums in der zweiten und dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus; Der Einfluß des Neoklassizismus auf die Entwicklung des Marketing. Vervollkommnung der Marketinginstrumente als Mittel des Konkurrenzkampfes zur Sicherung und Realisierung von Monopolprofit. Die Bedeutung der Marketingplanung und -strategie und der Einsatz des Marketing als "Antikrisiskonzeption" für die Sicherung und Realisierung von Monopolprofit
4. Die Marketinglehre und ihre Bedeutung für den Kampf der Arbeiterklasse unter den Bedingungen der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus; Die Stellung der Marketinglehre in der sozialreformistischen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik. Die Konsumerisusbewegung als ein Teil der ideologischen Strategie des Imperialismus im

Kampf gegen die Arbeiterklasse. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen das kapitalistische Marketing

## 5. Zusammenfassende Einschätzung des Marketing

Bernhard Gentsch

Der Klassenkampf der ländlichen Untertanen im Erzgebirge und Vogtland im 17. Jahrhundert

Dissertation A (23. 2. 1979)

Pädagogische Hochschule "Karl Friedrich Wilhelm Wander" Dresden

1. Einleitende Bemerkungen zu den Quellen und zur Literatur sowie zu einigen Grundfragen des 17. Jh.
2. Die soziale Struktur sowie die wirtschaftliche und rechtliche Lage der ländlichen Untertanen im Erzgebirge und Vogtland im 17. Jh.
3. Ursachen, Voraussetzungen, Ziele, Charakter und Formen des Klassenkampfes der ländlichen Untertanen
4. Die Klassenkämpfe im ersten Drittel des 17. Jh.
5. Die Klassenkämpfe unter den Bedingungen der unmittelbaren Einwirkung des Dreißigjährigen Krieges; Die Fortdauer des Klassenkampfes im Kriege. Die unmittelbaren Auswirkungen des Krieges auf die Lage der dörflichen Bevölkerung und der bewaffnete Kampf der ländlichen Untertanen gegen die Soldateska. Zu einigen besonderen Erscheinungen des Klassenkampfes der ländlichen Untertanen im Kriege
6. Die Klassenkämpfe nach dem Dreißigjährigen Kriege; Die Folgen des Krieges und der Fortgang der antifeudalen Aktionen. Die Unruhen in den Schönburgischen Herrschaften als Höhepunkt der Klassenkämpfe im westlichen Sachsen. Äußere Einflüsse auf den antifeudalen Widerstand der ländlichen Untertanen im Erzgebirge und Vogtland
7. Zu den Ergebnissen des Klassenkampfes der ländlichen Untertanen im 17. Jahrhundert im westsächsischen Raum

Willi Goder

Zum Zusammenhang zwischen dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte im sächsischen Berg- und Hüttenwesen und der Erfindung des ersten europäischen Porzellans sowie zwischen der Entwicklung der Montanwissenschaften insbesondere durch die Gründung der Bergakademie Freiberg und der Weiterentwicklung des ersten europäischen Porzellans zum Meißner Porzellan

Dissertation A (24. 11. 1978)

Bergakademie Freiberg

1. Der Manufakturbetrieb
2. Zum Zusammenhang zwischen dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte im Bergbau und Hüttenwesen im Freiburger Raum und der Erfindung des Meißner Porzellans
3. Die Entwicklung der Meißner Porzellanmanufaktur von 1737 - 1765 (vorakademische Periode) in Beziehung zu den Montanwissenschaften in der 1. Hälfte des 18. Jahrhunderts in Freiberg
4. Die Entwicklung der Meißner Porzellanmanufaktur von 1765 - 1814 (Beginn der frühakademischen Periode)
5. Die Herausbildung einer verwertbaren wissenschaftlichen Lehrtradition auf dem Gebiet der Silikathüttenkunde an der Bergakademie und der Einfluß ehemaliger Freiburger Bergstudenten auf die Entwicklung und Stabilisierung der Meißner Porzellanmanufaktur von 1814 - 1945 (akademische Periode)
6. Der Einfluß technischer Beamter aus Freiberg auf die maschinentechnische Entwicklung

sowie den Neubau der Porzellanmanufaktur

7. Das Wirken und die Bedeutung ehemaliger Freiburger Bergstudenten in der neuerrichteten Meißner Porzellanmanufaktur nach 1863
8. Die Entwicklung der Silikathüttenkunde an der Bergakademie nach 1945 und der Einfluß der Freiburger Forschung und Lehrtradition auf die Herausbildung der Meißner Manufaktur zu seinem sozialistischen Betrieb

Konrad Gräfe

Von der nomadisierenden Weidewirtschaft zu intensiven Formen der landwirtschaftlichen Produktion in der Mongolischen Volksrepublik - Entwicklung und Probleme

Dissertation A (19. 7. 1977)

Humboldt-Universität zu Berlin

2. Das Territorium und die natürlichen Erzeugungsgrundlagen der Mongolischen Volksrepublik; Geographische Faktoren und Bevölkerung. Klimatische Faktoren. Charakteristik der Jahreszeiten in der MVR. Die geographischen Zonen des Landes und ihre natürlichen Erzeugungsgrundlagen
3. Die Produktionsweise in der vorrevolutionären Epoche der Mongolei und ihre Probleme: Gesellschaftliche und natürliche Probleme. Die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in den Jahren von 1911 bis 1938 als Voraussetzung der Entwicklung intensiver Formen der Landwirtschaft. Die Auswirkungen der gesellschaftlichen Veränderungen auf die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Araten; Die Entwicklung der Aratenwirtschaften nach der Enteignung aller Feudalen
4. Sozialistische Eigentumsformen in der Landwirtschaft der Mongolischen Volksrepublik und ihre Entwicklung; Der staatliche Sektor; Die Entwicklung der Staatsgüter in der Mongolischen Volksrepublik; Leitung, Organisation und wirtschaftliches Ergebnis der Staatsgüter; Die Entwicklung der Maschinen-Züchtungs-Stationen in der MVR und ihre Vorläufer; Leitung und Organisation der MTZ. Der genossenschaftliche Sektor; Die Genossenschaftsbewegung 1928 bis 1931 und 1932 bis 1954, ab 1955 (Die Entwicklung der Landwirtschaftlichen Vereinigungen, Leitung, Organisation und wirtschaftliches Ergebnis der LV)
5. Die erste Etappe auf dem Wege der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion: Kurze Analyse der gegenwärtig hauptsächlich wirkenden Intensitätsfaktoren. Einige Besonderheiten der mongolischen Landwirtschaft, die die Intensivierung beeinflussten. Entwicklung und Umfang des Ackerbaus. Der Getreidebau. Der Kartoffelbau. Der Futterbau; Die natürliche Futtergrundlage und ihre Probleme. Möglichkeiten der Intensivierung der Futterproduktion und -nutzung auf Grünland; Möglichkeiten der Ackerfutterproduktion
6. Maßnahmen in der 2. Etappe der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion; Intensivierungsmöglichkeiten in der tierischen und in der pflanzlichen Produktion

Horst Groschopp

Klassenlage und Lebensbedingungen

Zum Zusammenhang von Klassenanalyse und Analyse von Lebensbedingungen und ihrer Bewertung in der Kulturauffassung einiger zeitgenössischer Theoretiker in Deutschland (1860 - 1914)

Dissertation A (7. 4. 1978)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Zur Verwendung des Klassenbegriffs für die kulturtheoretische Abbildung von Lebensbedingungen; Klassendefinition und Lebensbedingungen von Klassenindividuen. Klassen-

begriff bei Marx, Engels und Lenin und das Problem der Konstituierung von Lebensbedingungen der Arbeiter im Kapitalismus. Über den zweifachen Gebrauch des Klassenbegriffs bei der Abbildung von Lebensbedingungen

2. Lohnarbeit und Lebensweise - zur Beschreibung der Herausbildung einer "zweiten Kultur" (unter besonderer Berücksichtigung der Analysen von F. Engels); Arbeitsbedingungen und Lebensweise der Arbeiterklasse, Industrialisierung, Wachstum der Städte und Bedürfnisentwicklung in ihrer Wirkung auf die Lebensweise der Arbeiterklasse. Zur Bewertung der Lebensbedingungen der Arbeiter
3. Die Veränderung wesentlicher Lebensbedingungen der Arbeiter beim Übergang zum "organisierten Kapitalismus" (Hilferding) in ihrer Wirkung auf die wissenschaftliche Kulturauffassung führender Sozialdemokraten; Verelendung oder Aufstieg - Bemerkungen zur Entwicklung des Kulturniveaus der Arbeiterklasse. Bewertung der Klassenstruktur und der Reife der Arbeiterklasse in ihrer Bedeutung für wissenschaftliche Kulturauffassungen deutscher Sozialdemokraten
4. Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und "zweite Kultur" bei Lenin

Hans-Jürgen Hartig

Die Prozesse der vertikalen Integration und der Diversifikation und ihre Rolle im supranationalen Monopolisierungsprozeß der EWG

Dissertation A (31. 3. 1978)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Vertikale Integration und Diversifikation als spezifische Formen der Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals sowie der Monopolisierung im heutigen Imperialismus; Spezifische Bewegungs- und Realisierungsbedingungen des heutigen kapitalistischen Monopols. Vertikalintegration und Diversifikation als wesentliche Bewegungsformen der monopolistischen Kapitalkonzentration in der Gegenwart; ... als Ausdruck der Anpassung monopolistischer Eigentums- und Kapitalstrukturen an die wissenschaftlich-technische Revolution unter den Bedingungen der supranationalen staatsmonopolistischen Integration; Die vertikale Reproduktionsverflechtung als ein Ausdruck monopolistischer Anpassung an den heutigen Vergesellschaftungsprozeß der Produktivkräfte; Die Diversifizierung von Produktion und Kapital als eine internationale Erscheinungsform der Kapitalkonzentration sowie der Monopolisierung
2. Entwicklungsformen und Tendenzen der staatsmonopolistisch forcierten Prozesse der Vertikalintegration und der Diversifikation sowie ihr Einfluß auf den monopolistischen Reproduktionsprozeß im supranationalen Wirtschaftsraum der EWG; Entwicklungsformen und Tendenzen der Prozesse der Vertikalintegration und der Diversifikation im supranationalen Wirtschaftsraum der EWG; Vertikalintegrierte Monopole auf der Ebene der EWG innerhalb und zwischen einzelnen Reproduktionsphasen; "Traditionelle" Vielweitzkonzerne und Konglomerate als wesentliche Erscheinungsgebilde von Diversifikationsprozessen innerhalb der EWG; Die Rolle der Vertikalintegration und der Diversifikation im weiteren Monopolisierungsprozeß des heutigen Imperialismus. Neue Momente im Wertungsprozeß der "Vielweitzimperten" durch Vertikalintegration und Diversifikation. Die Modifizierung der kapitalistischen Konkurrenzbeziehungen durch Vertikalintegration und Diversifikation und ihr Einfluß auf den gegenwärtigen Herrschaftsmechanismus des Monopolkapitals. Die Spezifik und Leitungsorganisation vertikalintegrierter und diversifizierter Monopole
3. Die verstärkte Anpassung der vertikalen und diversifikativen Konzentrationsprozesse industrieller Konzerne an das Marktgeschehen im heutigen Monopolkapitalismus; Grundzüge der monopolistischen Beeinflussung des Marktgeschehens durch Vertikalintegration und Diversifikation. Die widersprüchlichen staatsmonopolistischen Rahmenbedingungen für die Anpassung von monopolistischer Konzentrations- und Marktstrategie auf nationa-



ler Ebene. Die vertikale und diversifikativ orientierte Erzeugnispolitik der Konzerne als eine entscheidende strategische Richtung der Anpassung monopolistischer Konzentrationsprozesse an das Marktgeschehen; Der produktinnovatorische Prozeß industrieller Konzerne als eine entscheidende produktionsseitige Richtung monopolistischer Erzeugnispolitik; Vertikal und diversifikativ orientierte Absatzmarktsysteme als zirkulationsseitige Komponente monopolistischer Erzeugnispolitik

Peter Heilmann

Die Stadtarmut als Erscheinungsform des spontanen Urbanisierungsprozesses im subsaharischen Afrika - Analyse der sozialökonomischen Wurzeln und des Charakters sowie der ökonomischen, sozialen, politisch-ideologischen und demographischen Besonderheiten der Entwicklung des städtischen Pauperismus als Erscheinungsform der deformierten und spontanen Urbanisierung im subsaharischen Afrika, unter besonderer Berücksichtigung der Republik Zaire

Dissertation A (11. 10. 1977)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Zur politischen Situation und den sozialökonomischen Verhältnissen in Zaire (Sozialstruktur auf dem Lande, sozialökonomische Verhältnisse der Städte, Klassen- und Schichtenstruktur in den afrikanischen Städten - Wesen, Charakter, Merkmale, Vertreter)
2. Der Urbanisierungsprozeß im subsaharischen Afrika, besonders in der Republik Zaire: Zur Bevölkerungsentwicklung in Tropicisch-Afrika (Die Entwicklung von der europäischen Entdeckung bis zur imperialistischen Aufteilung, Die Zeit des Kolonialismus, Von der Erlangung der politischen Unabhängigkeit bis zur Gegenwart). Die Stadt als grundlegende Kategorie der Urbanisierung (Die vorkoloniale Stadt Tropicisch-Afrikas, Die Stadt der Periode des Kolonialismus). Der Prozeß der Urbanisierung; Die marxistische Auffassung von der Urbanisierung am Beispiel einiger kapitalistischer Länder (Wesen, Ursachen, Triebkräfte, Soziale Ergebnisse und Verlauf); Die Urbanisierung in Schwarzafrika als Teilprozeß der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung
3. Die Stadtarmut: Entstehung. Sozialökonomischer Charakter und Struktur; Arbeitssuchende; Gelegenheitsarbeiter, Kleinsthändler und Kleinshandwerker; Die soziale Abgrenzung zu anderen sozialen Gruppen sowie die sozialökonomischen Tendenzen der spontanen Entwicklung der Stadtarmut. Außerökonomische und quantitative Merkmale der Stadtarmut; Grad der Urbanisierung, Demographische, ethnische und Bildungsstruktur; Der Anteil der Stadtarmut an der Bevölkerung der Städte. Die soziale Lage; Einkommen, Existenzbedingungen und Formen der Existenzsicherung; Die Lebensbedingungen in den Slums. Rolle und Bedeutung der Stadtarmut. Definition der Stadtarmut als soziale Gruppe
4. Die Beseitigung der Stadtarmut: Der kapitalistische Entwicklungsweg. Der nichtkapitalistische Entwicklungsweg

Knut Henßler

Zur Bewegung des Widerspruchs zwischen Planung und Anarchie im staatsmonopolistischen Kapitalismus, dargestellt am Beispiel der staatlichen ökonomischen Prognosestätigkeit in den USA

(kurzfristige Prognosen)

Dissertation A (19. 2. 1976)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Der Widerspruch zwischen Konkurrenz und Planung - grundlegender Widerspruch im Kapitalismus; Konkurrenz und Planung im Kapitalismus der freien Konkurrenz, unter der Herrschaft der Monopole und im staatsmonopolistischen Kapitalismus

2. Die staatsmonopolistische Wirtschaftsregulierung; Begriffsbestimmungen. Zur historischen Entwicklung der staatsmonopolistischen Regierung in den USA (vor dem zweiten Weltkrieg, Beschäftigungsgesetz, 1950 bis zur Gegenwart). Instrumente staatsmonopolistischer Konjunkturpolitik
3. Möglichkeiten und Grenzen staatsmonopolistischer Konjunkturpolitik; Zum Verlauf der zyklischen Entwicklung in den USA nach 1960 und zur staatlichen Konjunkturpolitik (1960/61, 1962 bis 1966, 1967 bis 1970, 1971 bis 1973, 1974). Die staatsmonopolistische Einflußnahme auf die Investitionen. Lohnleitlinien und staatliche Einkommenspolitik. Staatsmonopolistische Regulierung der Arbeitslosigkeit. Bilanz: Staatsmonopolistische Wirtschaftspolitik in der Krise

Ursula Hessel

Einige Aspekte der wissenschaftlich-technischen Information in der bürgerlichen Gesellschaft, dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der Informationstätigkeit des Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW) in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1950 bis 1961

Dissertation A (13. 12. 1977)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Entwicklung und spezifische Merkmale der wissenschaftlich-technischen Information in der bürgerlichen Gesellschaft; Ausgangspunkt. Zur Herausbildung und zur Aufgabenstellung der Dokumentation. Die Entwicklung der Information und Dokumentation unter monopolkapitalistischen Verhältnissen. Widersprüche und Probleme bei der Organisation der wissenschaftlich-technischen Information unter monopolkapitalistischen Verhältnissen; Grenzen für eine koordinierte und geplante Arbeitsweise; Ziele und Folgen der Nutzung moderner Möglichkeiten der Informationsbe- und -verarbeitung im Interesse des Monopolkapitals. Zur Betrachtungsweise der Information und Dokumentation in den "Nachrichten für Dokumentation"
2. Ziele und Organisation der wissenschaftlich-technischen Information im RKW im Zeitraum 1950 bis 1961; Die Rolle des RKW im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem der BRD. Aufbau und Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Information im RKW in der Periode von 1950 bis 1955/56; Die Zielstellung der Rationalisierungsbestrebungen in der konkreten historischen Situation und spezifische Aufgaben des RKW; Ausgangssituation und Aufgabenstellung auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Information im Jahre 1950; Die Förderung der Dokumentation und die Dokumentation der Fachliteratur zu ausgewählten Gebieten; Ziel und Wirkungsweise der Publikationstätigkeit des RKW; Die allgemeinsten Informationsmittel; Die internationale Zusammenarbeit der OEEC-Staaten auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Information. Die Weiterentwicklung der wissenschaftlich-technischen Information im RKW in der Periode von 1956/57 bis 1961; Die Bedeutung der Rationalisierung und die Aufgaben des RKW; Entwicklungsstand und neue Problemstellungen auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Information; Die Aufgaben auf dem Gebiet der Dokumentation; Die Intensivierung der Publikationstätigkeit; Die Entwicklung der allgemeinsten Informationsmittel; Neuorientierung der Informationstätigkeit im Rahmen der OEEC. Ausgewählte Aspekte der Parteilichkeit der Informationsmittel des RKW

Untersuchungen zur agrarischen Revolution der Produktivkräfte im vorderen Orient

Dissertation B (10. 4. 1979)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Der Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion in der Gentilgesellschaft der Jäger, Sammler und Fischer als Triebkraft für die qualitative Höherentwicklung der Produktivkräfte im ausgehenden Eiszeitalter und der beginnenden Nacheiszeit
2. Der Begriff der neolithischen Revolution bzw. der agrarischen Revolution der Produktivkräfte
3. Voragrарische Pflanzennutzung und Erntewirtschaft
4. Die natürlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für den Übergang zu Pflanzen- und Tierproduktion
5. Der gegenwärtige archäologische Kenntnisstand vom Prozeß des Übergangs von der Jagd- und Sammelwirtschaft zu beginnendem Pflanzenanbau mit Tierhaltung und Anfängen der Tierzucht (14. - 9. Jt. v. u. Z.)
6. Pflanzen- und Tierproduktion als neue Qualität in der Entwicklung der Produktivkräfte (8. und 7. Jt. v. u. Z.)
7. Das Wesen der agrarischen Revolution der Produktivkräfte
8. Die Blütezeit der Urgesellschaft auf bäuerlicher Grundlage als Ergebnis der agrarischen Revolution der Produktivkräfte (7. und 6. Jt. v. u. Z.)
9. Zur Frage der Triebkräfte im Prozeß der agrarischen Revolution der Produktivkräfte
10. Die agrarische Revolution der Produktivkräfte als Forschungsgegenstand für die vergleichende Revolutionsgeschichte
11. Die agrarische Revolution der Produktivkräfte unter philosophischem Aspekt

Ulrich von Hoven

Management und Innovation - Zur Leitung und Organisation von Neuerungsprozessen im staatsmonopolistischen Kapitalismus

Dissertation A (25. 11. 1977)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Die wachsende Bedeutung von Innovationsprozessen im staatsmonopolistischen Kapitalismus; Ursachen des verstärkten Hervortretens von Neuerungsprozessen im gegenwärtigen Entwicklungsstadium des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Zur gesellschaftlichen Determiniertheit der Innovationen in Praxis und Theorie des Managements. Innovation und Marketing - zwei Pole einer Strategie
2. Analyse und Bewertung von Darstellungen innovativer Prozesse in der Management-Literatur; Ausgewählte Innovationsbegriffe der Management-Literatur. Zu Darlegungen über die "Arten der Innovationen". Die Widerspiegelung der Produktinnovation in der Management-Literatur; Inhalt und Funktion der Produktinnovation; Analyse und Kritik bürgerlicher Auffassungen über das "neue Produkt"; Ergebnisse produktinnovativer Maßnahmen in der kapitalistischen Wirtschaft - dargestellt in bürgerlichen Analysen. Wesen und Funktion der technologischen Innovation. Die systematische Organisationserneuerung - "Organization Development". Rolle und Bedeutung wichtiger Innovationsarten in der kapitalistischen Wirtschaft
3. Analyse und Kritik bürgerlicher Konzeptionen über die Leitung und Organisation von Innovationsprozessen - dargestellt am Beispiel der Produktinnovation; Die Phasen des Innovationsprozesses - Mittel und Methoden seiner Leitung. Innovationsfördernde Leitungsmethoden und Organisationsstrukturen - Analyse und Kritik bürgerlicher Darstellungen

4. Zu einigen Aspekten der gesellschaftlichen Determiniertheit der Hervorbringung und Realisierung neuer Erzeugnisse im Kapitalismus und Sozialismus

Ingrid Kuczynski

Englische Arbeiterautobiographien des 19. Jahrhunderts

Dissertation A (16. 2. 1978)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die proletarische Literatur als Bestandteil und Ausdruck des Klassenkampfes der Arbeiter
2. Klassenbewußtsein und autodidaktische Bildung
3. Die Funktionen der Arbeiterautobiographien: Der dokumentarische Aspekt und dessen Nutzen für die Arbeiterliteratur. Die historische Entwicklung der didaktischen Funktion der Autobiographie und ihr neuer Charakter in den proletarischen Lebensbeschreibungen
4. Zur Spezifik der Widerspiegelung der Wirklichkeit in der proletarischen Autobiographie
5. Die Anfänge der Arbeiter- und Handwerkerautobiographien vor 1830: Neue Stoffe und Themen in der autobiographischen Literatur. Die Verschiedenartigkeit der Darstellung in den Autobiographien der entstehenden Arbeiterklasse
6. Die veränderte Klassenkonstellation - Proletarische Autobiographien in den 40er und 50er Jahren; Autobiographische Rückbesinnung als Bestandteil der Auseinandersetzung um die Taktik der Arbeiterbewegung. Der Kampf um eine menschliche Existenz
7. Die Bilanz einer Epoche; Erinnerungen an den Chartismus; Die Autobiographien. Der Chartismus in erzählender Gegenwart und als erzählte Vergangenheit. Der "unpolitische" Alltag. Die Gestaltung der Lebensbeschreibungen

Thomas Kuczynski

Zur Anwendbarkeit mathematischer Methoden in der Wirtschaftsgeschichtsschreibung - Methodologische Überlegungen und praktische Versuche

Dissertation B (16. 11. 1979)

Akademie der Wissenschaften der DDR

2. Zu einigen Voraussetzungen für die Anwendung mathematischer Methoden in der Wirtschaftsgeschichtsschreibung; Die sprachliche Fixierung von Sachverhalten. Abstrakte Gesamtheiten. Abstrakte Zusammenhänge
3. Praktische Versuche; Konjunkturale Zusammenhänge innerhalb des mittelalterlichen europäischen Gewichtssystems. Inhomogenität und Gefälle in Wirtschaftsgebieten. Probleme der Verifikation und Interpretation langfristiger Wachstumsschwankungen in der Geschichte der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die Ungenauigkeit ökonomischer Daten und ihre Auswirkungen auf die Genauigkeit ökonomischer Kennziffern

Jan Lazar

Kritik der bürgerlichen Eigentumskonzeptionen

Dissertation A (27. 6. 1978)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Auffassungen vom Eigentum; Unterschiedliches methodologisches Herangehen. Die marxistische Auffassung vom Eigentum im ökonomischen und rechtlichen Sinne. Das Wesen des kapitalistischen Privateigentums. Kritik einiger bürgerlicher Hauptauffassungen vom Eigentumsrecht
2. Die Konzeption von der "Transformation" des kapitalistischen Eigentums durch Rechts-

formen der Kapitalgesellschaften; Allgemeine Voraussetzung der Entstehung dieser theoretischen Konzeption. Wesen, Funktion und Kritik der Konzeption. Der Klassenaspekt der Konzeption

3. Die Konzeption des "volkskapitalistischen" Eigentums; Voraussetzungen der Entstehung und Entwicklung der Konzeption. Wesen, Funktion und Kritik der Konzeption der "Eigentumsbildung und Eigentumsstreuung in Arbeiterhand" in der BRD. Rechtliche Hauptformen
4. Eigentumskonzeption des "lenkenden" und "regulierenden" Kapitalismus; Allgemeine Bedingungen für das Entstehen der Konzeption. Wesen, Funktion und Kritik der Konzeption. Wesen und Funktion der sog. Antikartell-(Antitrust-)Gesetzgebung
5. Eigentumskonzeption des sog. demokratischen Sozialismus; Charakteristische Grundzüge der ökonomisch-ideologischen Doktrin. Eigentumsformen und deren "Transformation" im System der sog. gemischten Wirtschaft. Kontrolle wirtschaftlicher Macht, Mitbestimmungsrecht und "Eigentumsbildung"

Karin Lehmann

Staatliche Investitionen und Subventionen aus dem Staatshaushalt in der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland. Ein Vergleich mit langfristigen und internationalen Entwicklungstendenzen

Dissertation B (8. 1. 1980)

Akademie der Wissenschaften der DDR

1. Einige grundsätzliche Überlegungen zur staatsmonopolistischen Regulierung des Akkumulationsprozesses im Imperialismus durch Staatsausgaben; Staatliche Investitionen und Subventionen aus Haushaltsmitteln. Regulierung des Konkurrenzkampfes durch staatliche Subventionen
2. Langfristige Entwicklungstendenzen der staatlichen Investitionstätigkeit im imperialistischen Deutschland - Eine quantitative Analyse; Als Hintergrund; Die Entwicklung des Kapitalbestandes und der volkswirtschaftlichen Investitionen. Investitionen aus dem Staatshaushalt
3. Investitionen und Subventionen aus dem Staatshaushalt in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus 1924 - 1928 in Deutschland. Staatliche Subventionen als Komponente der Finanzpolitik in Deutschland
4. Ein Vergleich mit der Entwicklung in Großbritannien; Zu einigen statistisch-methodischen Problemen des Vergleichs. Vergleichende Betrachtung der Staatsausgaben
5. Staatliche Investitionen und Subventionen in einigen Bereichen der Infrastruktur (Verkehrswesen, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung)
6. Staatliche Finanzierung der privatkapitalistischen Wirtschaft; Ursachen und Triebkräfte für die staatliche Subventionierung der privatmonopolistischen Industrie aus Haushaltsmitteln. Das Zusammenwirken des Staatsapparates, des staatlichen Banksystems und der privatmonopolistischen Wirtschaft bei der Subventionierung. Die Kredit- und Subventionpolitik gegenüber der mittleren und kleinen Bourgeoisie. Staatliche Finanzierung des Wohnungsbaus
7. Exkurs; Staatliche finanzielle Unterstützung für Monopole im Schiffbau (Situation in den zwanziger Jahren, Stützung der Vulcan-Werke in Hamburg und Stettin A. G.)



Analyse der sozialökonomischen Verhältnisse westafrikanischer Völker - Eine Untersuchung der Beziehungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bei den Völkern Nordghanas, Obervoltas und im Hinterland Liberias

Dissertation A (11. 5. 1975)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Methodische Prinzipien einer Analyse der Beziehungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bei westafrikanischen bäuerlichen Bevölkerungen: Eigenschaften des Arbeitsgegenstandes, der Arbeitsmittel und des Produktes. Die Produktivkräfte, ihre Bedeutung und Entwicklung im Produktionsprozeß. Betriebsökonomische Gesichtspunkte zu Sklaverei und Feudalismus
2. Die Ökonomie der kleinen Völker in Nordghana, Süd-Obervolta und den benachbarten Gebieten: Die Auswahl der Bevölkerungsgruppen (ethnisch-historische und geographisch-historische Gesichtspunkte). Der Einfluß geographischer und historischer Faktoren auf die Ökonomie (Veränderungen in der Viehhaltung und der Ökologie. Die Kulturpflanzen. Die Felder (Feldtypen, Besitz- und Verfügungsrechte an den Feldtypen, Regionale Unterschiede in der Bedeutung der Feldtypen, Feldgrößen, Düngung und Feldentfernung, Brachezeit, Fruchtfolge und Landbedarf, Vergleich mit anderen Bevölkerungsgruppen im Westsudan). Die Arbeit (Jahresablauf, Rodung, Aufhacken des Bodens, Aussaat, Arbeiten nach der Aussaat, Ernte und Speicherung, Arbeitsspitze und Arbeitsgeräte). Arbeit und Ernährung (Ernährung im Jahresablauf, Der Anteil anderer Wirtschaftszweige an der Ernährung). Die Arbeitsorganisation und die gesellschaftliche Organisation (Die Organisation im Produktionsprozeß und die Besonderheiten der gesellschaftlichen Organisation, Produktivität und Ernteergebnis). Kurzer Vergleich mit anderen Hirsebauern in der Sudanzone (Die Nuba, Zur Ökonomie der Bevölkerung in Nord-Darfur)
3. Die Trockenreisbauern im Hinterland Nigerias und der Elfenbeinküste: Die Auswahl der Bevölkerungsgruppen (Geographisch-historische und ethnisch-historische Gesichtspunkte, Veränderungen der wirtschaftlichen Grundlagen in der Vergangenheit). Die Formen der sozialen Organisation und der Landbesitz. Die Arbeit (Felder, Rodung, Aussaat, Arbeiten nach der Aussaat und Erntearbeit). Die Arbeitsorganisation und die gesellschaftliche Organisation (Die Bedeutung des Reises im Verhältnis zu anderen Produkten, Die Beziehungen zwischen der Arbeitsspitze und den Besonderheiten der gesellschaftlichen Organisation, Genossenschaftliche Arbeit)

Johannes Mager

Denkmale der Maschinen- und Gradiertechnik im ehemals kursächsischen Raum und den angrenzenden Gebieten

Dissertation A (24. 2. 1978)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Hauptgesichtspunkte der wissenschaftlichen Untersuchung mit Bezug auf das Denkmalpflegegesetz vom 19. Juni 1975. Zur Quellensituation und zum technologischen Teil des Literaturverzeichnisses
2. Salinen - insbesondere Maschinen- und Gradieranlagen - im historisch-technischen Landschaftsbild des thüringischen und Saale-Harz-Raumes; Die Salzwerke von Halle, Staßfurt und Salzellen - Erläuterungen zur Entwicklung der Siedetechnik. Die kursächsischen Salinen und das benachbarte Salzwerk Frankenhausen. Die Saline Sulza und die Salzwerke jenseits des Thüringer Waldes
3. Allgemeines und Spezielles zur Problematik der technischen Denkmale - Beschreibung und Bewertung der Maschinen- und Gradieranlagen ehemaliger Salinen nebst einigen Be-

merkungen zu den artverwandten Mühlen, Hütten- und Hammerberger Salinengelände. Die Köseener Schacht-, Maschinen- und Gradieranlagen. Das Salztal und Salinengelände von Artern. Die hallesche Salinenhalbinsel mit ihren historisch interessanten Gebäuden und das Gradierwerk in Salzellen. Die Maschinen- und Gradieranlagen von Bad Sulza, Darnstedt und Bad Salzungen. Tabellarische Zusammenstellung der salinentechnischen Denkmale des Untersuchungsgebietes

4. Der Schacht-, Maschinen- und Gradieranlagenbau auf den staatlichen Salzwerken Artern, Kösen und Dürrenberg in der Geschichte des kursächsischen Salinenwesens. Erste Salinen Gründungen in Kursachsen unter besonderer Berücksichtigung von Artern und Kösen. Das Gründungswerk Johann Gottfried Borlachs und die Auswirkungen der nach 1763 beginnenden Staatsreform im Salinenbau
5. Exkurs zu einigen Teilgebieten der Maschinen- und Gradiertechnik als Bestandteil der Salzgewinnungstechnologie des 18. und frühen 19. Jahrhunderts (Technologie, Salzgewinnungstechnologie, Maschinen, Salzwerksmaschinen, Die "entwickelte Maschinerie", Muskelkraftbetriebene Maschinen, "Mühle" und "Kunst", Wasserräder, Kunstgestänge, Stockgetriebe, Pumpen, Windkünste, Weiterentwicklung der alten Kraftmaschinen, Gradieren, Dorn- oder Tröpfelgradierung, Maßeinheiten und Münzwesen)

Mohammed Ahmed El Mantawi

Egypt and the rich Arab oil countries' revenues - past trends and future prospects - with reference to the history of the Egyptian oil from the beginning of this century up to now

Dissertation A (6. 5. 1977)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. The role of oil in the Egyptian economy: The development of oil production and consumption till 1952 (Historical background, prospection and discoveries, production, consumption and refining). The development of oil production and consumption from 1952 up till the ten-year-plan (Oil prospecting, agreements and discoveries; Processing of crude oil, production and consumption of by-products; Marketing, transport and foreign trade of crude oil and petroleum products). The ten-year-plan (1972 - 1982)
2. The development of the rich Arab oil countries' revenues: The development of Arab oil revenues (prices, revenues, surpluses). Using of Arab oil revenues (Big surpluses Arab countries; Kuwait, Saudi Arabia, U. A. Emirates, Qatar, Libya). Arab revenues and the recent economic and monetary crisis of the world - arguments and counter-arguments
3. The role of the rich Arab oil countries' revenues in the Egyptian economy; Arab funds and the recent Arab economic developments (Absorptive capacity, Arab money for Arab development). Egypt and Arab economic cooperation. Trends of Arab funds in the Egyptian economy; Conditions for the inflow of the Arab capital; The Egyptian economic development plans; Rich Arab countries' flows; Arab flows and Egyptian economic problems; Prospects for the possible role of Arab funds in the Egyptian economy
4. Conclusion and future prospects: The transfer problem. Management of Arab oil revenues. Protecting the value of oil revenues

Klaus Müller

Kritik bürgerlicher Einkommensverteilungstheorien und deren wirtschaftspolitischer Relevanz

Dissertation B (11. 7. 1978)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Theoretische Grundlagen und die praktische Entwicklung der Einkommensverteilung im staatsmonopolistischen Kapitalismus am Beispiel der BRD; Analyse der Einkommens-

verteilung in der BRD im Zeitraum 1950 - 1974; Die Einkommensverteilung zwischen Kapital und Arbeit; Die Entwicklung von Vermögenserträgen und Sozialeinkommen; Einkommensverteilung unter den Arbeitern und Angestellten verschiedener Industriezweige (Lohnstruktur oder "horizontale" Einkommensverteilung); Einkommensdifferenzierungen zwischen männlichen und weiblichen Arbeitskräften

2. Die theoretische Reflexion der Einkommensverteilung durch die bürgerliche politische Ökonomie und deren wirtschaftspolitische Relevanz; Zu den grundsätzlichen Beziehungen zwischen Theorie und Praxis auf dem Gebiet der Einkommensverteilung im Kapitalismus; Ausgangspunkte einer marxistischen Kritik der bürgerlichen Theorie der Einkommensverteilung; Theorienpluralismus - Ausdruck und Resultat von Problemen und Schwächen bei der Widerspiegelung der Verteilungsrealität durch die bürgerliche Ökonomie. Bürgerliche Ansätze zur Erklärung der Einkommensverteilung und ihre wirtschaftspolitische Relevanz; Die funktionelle Verteilungstheorie in Form der Grenzproduktivitätstheorie; Makroökonomische Modelle der Verteilung (Nachfrageorientierte Modelle keynesscher bzw. neokeynesscher Grundlage, Angebotsorientierte Modelle in Form der Monopolgradtheorie, Versuch einer Synthese in einem Modell); Die sozialen Theorien der Verteilung (Der soziale Verteilungsansatz von Marchal und Lecaillon, Die Theorie des kollektive-bargaining); Die Theorie der personellen Einkommensverteilung; Die Erklärung der Verteilung des Einkommens zwischen den Arbeitern verschiedener Zweige; Die Deutung der Einkommensverteilung als Ausdruck des Konfliktes zwischen den Generationen
3. Die Krise der bürgerlichen Einkommensverteilungstheorien und das Fiasko ihrer wirtschaftspolitischen Ableitungen; Krisenindikatoren der bürgerlichen Verteilungstheorie. Dilemma und Schwächen einer verteilungstheoretisch determinierten staatsmonopolistischen Einkommenspolitik; Zum allgemeinen Zusammenhang zwischen Einkommensverteilungstheorie und staatlicher Einkommenspolitik im Kapitalismus; Ursachen und Art der Einordnung der staatlichen Einkommenspolitik in das Gesamtsystem staatsmonopolistischer Wirtschaftsregulierung; Die Uneffektivität staatsmonopolistischer Einkommenspolitik. Zur Verteilungsalternative gewerkschaftlicher Politik im Kapitalismus

Marlene Njammasch

Zur Genesis des Feudalismus in Indien, insbesondere unter Berücksichtigung der Umwälzung in den Eigentumsverhältnissen beim Übergang zum Feudalismus und dem Charakter der Grundrente in der frühfeudalen Periode vom 5. bis 12. Jahrhundert u. Z.

Dissertation B (17. 10. 1979)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Der Charakter des Eigentums am Hauptproduktionsmittel, dem Boden, in der altorientalischen Klassengesellschaft; Zum Verhältnis von individuellem und auf Ausbeutung beruhendem Privateigentum. Die Weiterentwicklung der Formen des Privateigentums am Grund und Boden in der zweiten Hälfte des ersten Jahrtausends v. u. Z.; Staats- und Königseigentum; Steuer- und Arbeitsabforderung des Staates von den unmittelbaren Produzenten; Die Staatsmonopole; Das Staatsland; Das Königsland
2. Die Voraussetzungen für die Entstehung feudaler Verhältnisse im Schoße der altorientalischen Klassengesellschaft; Die weitere Verfestigung des Privateigentums und die Ausbreitung des privaten Großgrundbesitzes in den ersten drei Jahrhunderten u. Z. Der Charakter der Steuerprüden in der altorientalischen Klassengesellschaft. Die frühen buddhistischen Dorfverleihungen und Landschenkungen im Dekhan als Vorläufer der feudalen Belehungen
3. Die Genesis des Feudalismus in Indien; Kontinuität und Diskontinuität beim Übergang zum Feudalismus in Indien. Der Zerfall des alten Staatseigentums in seinen für die altorientalische Klassengesellschaft typischen Formen. Die Individualisierung der Steuerüber-

tragung und der Arbeitsabforderung; Die Vergabe von Staatsmonopolen; Die Exterritorialität des entstehenden feudalen Großgrundbesitzes; Immunitäten und Privilegien der Landverleihungen; Termini technici der Landverleihungen und die mit ihnen verbundenen Bedingungen; Die Grenzen der verlehnen Ländereien und ihre Aussagen. Die Umwandlung von Staatsland in feudales Grundigentum - die Kolonisation

4. Die Entstehung der Grundrente; Udraṅga und uparikara. Die Arbeitsrente. Die Produkterente als vorherrschende Grundrentenform des Feudalismus in Indien. Die Geldrente. Die Auswirkungen der frühen Vorherrschaft der Produkterente auf die Wirtschaftsform des privaten Großgrundbesitzes in Indien

Iglal Rateb El-Okell

Die Außenwirtschaftsbeziehungen als Faktor der ökonomischen Entwicklung der Arabischen Republik Ägypten

Dissertation A (10. 11. 1977)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin

1. Internationalisierung des Wirtschaftslebens; Die Gesetzmäßigkeiten der Internationalisierung des Wirtschaftslebens. Sozialistische internationale Arbeitsteilung. Die Stellung der Entwicklungsländer im Weltwirtschaftssystem; Einige Probleme der Entwicklungsländer als Folge der Einordnung in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem. Hauptaufgaben zur Überwindung dieser Probleme (Kampf um bessere Einordnung in das System der internationalen Arbeitsteilung, Möglichkeiten und Probleme einer engeren Zusammenarbeit und Integration der Entwicklungsländer)
2. Analyse des Zusammenhangs zwischen der Außenwirtschaft und der ökonomischen Entwicklung in der Arabischen Republik Ägypten im Zeitraum 1952 - 1970; Die Haupttendenzen, die die ökonomische Struktur Ägyptens bis zum Zeitpunkt der Revolution prägten. Die Widerspiegelung ihrer Wirkung in der Struktur wichtiger Volkswirtschaftszweige (Landwirtschaft, Industrie, Außenhandel und Zahlungsbilanz). Die prinzipiell prokapitalistische Haltung der Freien Offiziere zu Beginn dieser Periode und die Widersprüche zwischen dieser Orientierung und die nationalen und sozialen Zielsetzungen. Die verstärkte Orientierung Ägyptens ab Mitte der 50er Jahre auf das sozialistische Lager. Die Entstehung des Planungsgedankens und die Veränderung der sozialökonomischen Struktur durch die Nationalisierung (1961 - 1964); Das Industrialisierungsprogramm und die Konzeption der Importsubstitution; Ziele, Inhalt, Methoden und Probleme des Planes 1960 - 1965; Die Außenwirtschaft im ersten 5-Jahrplan. Die wirtschaftspolitischen Aufgaben in der Zeit von 1965 - 1970 und die Entwicklung der ökonomischen Struktur in dieser Zeit. Die Außenwirtschaft im zweiten Planzeitraum (1964/65 - 1969/70)
3. Möglichkeiten und Probleme der Nutzung der außenwirtschaftlichen Beziehungen bei der weiteren Entwicklung der ARÄ; Die Wirtschaftspolitik und die Außenwirtschaftspolitik nach dem Oktoberkrieg; Die Veränderungen der nationalen objektiven ökonomischen Lage nach dem Oktoberkrieg; Die Proklamation der "Open-door-Policy"; Das Gesetz Nr. 43/1974 über die Investitionen arabischen und ausländischen Kapitals und die Freizonen; Die Auswirkungen der neuen Politik. Möglichkeiten der Ausnutzung der Außenwirtschaftsbeziehungen; Die Grundorientierung der wirtschaftlichen Entwicklung; Grundsätze und Ziele des 5-Jahrplanes 1976 - 1980; Die Voraussetzungen der Ausnutzung der Außenwirtschaftsbeziehungen bei der weiteren ökonomischen Entwicklung unter den gegenwärtigen Bedingungen; Internationale Sicherung durch langfristige Kooperations-, Spezialisierungs- und Liefervereinbarungen mit der arabischen Welt und mit dem sozialistischen Lager

Struktur und Strukturwandel der Wirtschaft Finnlands

Dissertation B (6. 12. 1977)

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

2. Zum Strukturproblem in der politischen Ökonomie
3. Die Ergebnisse der industriellen Revolution in Finnland - die historische Bedingtheit gegenwärtiger ökonomischer Strukturen
4. Die Veränderung der ökonomischen Strukturen unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Finnland; Die Entwicklung der Produktionsstruktur. Die Beschäftigtenstruktur und ihre Veränderungen. Neue Zentralisations- und Monopolisierungstendenzen in der finnischen Industrie
5. Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise in der Mitte der siebziger Jahre - neue Versuche der staatsmonopolistischen Regulierung in Finnland

Gudrun Prandke

Grundzüge der Höherentwicklung der Klasse der Genossenschaftsbauern in der DDR und ihrer Annäherung an die Arbeiterklasse

Dissertation A (27. 7. 1978)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin

1. Die Annäherung von Arbeiterklasse und Klasse der Genossenschaftsbauern - Grundprozeß der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR; Die Annäherung der Klassen und Schichten - grundlegende Entwicklungstendenz der Sozialstruktur des Sozialismus; Zur Charakteristik der Sozialstruktur des Sozialismus; Zur Gesetzmäßigkeit der Annäherung der Klassen und Schichten; Haupttendenzen der Annäherung beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft; Die Leninsche Methode der Unterscheidung von Klassen als Kriterium ihrer Höherentwicklung. Zur Annäherung von Arbeiterklasse und Klasse der Genossenschaftsbauern; Der Einfluß des Verhältnisses von Stadt und Land auf die Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und Bauern; Zur führenden Rolle der Industrie und der Arbeiterklasse bei der Beseitigung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land, Arbeiterklasse und Bauern im Prozeß der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft
2. Die Herausbildung der Grundlagen für die Annäherung von Arbeiterklasse und Klasse der Genossenschaftsbauern in der DDR; Die Bedeutung der demokratischen Bodenreform für die Entwicklung der werktätigen Bauernschaft; Klassenmäßige Charakteristik der werktätigen Bauern vor der demokratischen Bodenreform, ihr unmittelbarer Einfluß auf den sozialökonomischen Wandel der werktätigen Bauernschaft. Die Entwicklung der werktätigen Bauernschaft nach der demokratischen Bodenreform und die Entstehung der Klasse der Genossenschaftsbauern (bis 1952; Die Bedeutung der VdgB (BHG) und MAS zur Festigung und Entwicklung der Wirtschaften der werktätigen Bauern, Überwindung der Unterschiede zwischen Alt- und Neubauern, Klassenmäßige Charakteristik der werktätigen Bauern vor dem Beginn der Genossenschaftsbewegung); Die Weiterentwicklung der werktätigen Einzelbauern und die Entstehung der Klasse der Genossenschaftsbauern
3. Zur Höherentwicklung der Klasse der Genossenschaftsbauern (60er 70er Jahre); Die Bedeutung des Übergangs zu industriemäßigen Produktionsmethoden für die Klassenentwicklung der Genossenschaftsbauern. Die Höherentwicklung hinsichtlich der Stellung im System der gesellschaftlichen Produktion, des Verhältnisses zu den Produktivkräften, hinsichtlich der Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, hinsichtlich der



Jürgen Queitsch/Lazo S. Jaime

Grundzüge der Entwicklung der Landwirtschaft in Lateinamerika nach 1960

Dissertation A (9. 11. 1977)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die Agrarstruktur in den Ländern Lateinamerikas; Zur historischen Entwicklung der Agrarstruktur in den lateinamerikanischen Ländern; Das Wesen des Latifundiums; Die historischen Wurzeln des Latifundiums; Die Evolution der Agrarverhältnisse unter den Bedingungen der Abhängigkeit vom Imperialismus. Zur sozialen Situation der Landbevölkerung in den lateinamerikanischen Ländern. Die Klassenverhältnisse auf dem Lande. Revolutionäre Bauernbewegungen in Lateinamerika (17. - 19. Jh., 20. Jh.) (Mexiko, Kolumbien, Chile, Bolivien, Brasilien, Peru, Guatemala, Kuba). Die Strategie des Imperialismus in Lateinamerika nach 1959 und ihre Folgen für die Landwirtschaft
2. Der bürgerliche Agrarreformismus in Lateinamerika nach 1960; Die bürgerliche Konzeption zur Lösung der Bodenfrage in der Landwirtschaft der lateinamerikanischen Länder; Die "soziale Funktion" des Privateigentums an Boden; Agrarreformprogramme über privaten Bodenbesitz; Bodenenteignung und Böden zum Zwecke der Agrarreform; Entschädigungsmodus für enteigneten privaten Boden; Die Bodenaufteilung. Die Kolonisierung im Rahmen bürgerlich-reformistischer Agrarreformen in Lateinamerika; Ziele der bürgerlichen Kolonisierungspolitik; Bürgerliche Begründungen über die Notwendigkeit der Kolonisierung; Die marxistische Auffassung zur Kolonisierung. Gemeinschaftliche bäuerliche Unternehmungen; Die bäuerliche Position zu den ECC; Die Auffassungen der kommunistischen Parteien Lateinamerikas zu den ECC. Agrarkredit und technische Hilfe; Die Agrarreformprogramme über Agrarkredite und technische Hilfe; Ergebnisse der Kreditpolitik und der Maßnahmen zur Entwicklung der PK in der Landwirtschaft; Zu den landwirtschaftlichen Entwicklungsprogrammen. Bauernorganisationen und bürgerlich reformistische Agrarreformen. Zur Agrarpolitik Brasiliens und Argentiniens (Nationale Entwicklungspläne, Charakter und Ergebnisse der Agrarentwicklung). Der Einfluß des Agrarreformismus auf die Transformation des Latifundiums
3. Die antilperialistischen, antiloligarchischen und demokratischen Agrarreformen in Chile und Peru; Die Agrarumwandlung in Chile unter der Regierung "Unidad Popular"; Die Ausgangsbedingungen; Das Programm zur Umgestaltung der Landwirtschaft; Die Transformation der Eigentumsverhältnisse; Die Funktion des Staatsapparates auf dem Lande; Die strategische Bedeutung der ökonomischen Entwicklung des Agrarsektors; Die Rolle der Bauernschaft. Die strukturellen Veränderungen in der Landwirtschaft Perus unter der fortschrittlichen Militärregierung in der Regierungszeit von Präsident Velasco Alvarado; Der revolutionäre Charakter der Regierung unter Velasco Alvarado; Das Agrarreformprogramm der Regierung; Die Veränderung der Bodenbesitzverhältnisse. Ergänzende Maßnahmen zur Veränderung der Eigentumsverhältnisse (Kontrolle des Wassers, Technische und Kredithilfe, Versorgung mit Produktionsmitteln und Agrarhandel). Beteiligung der Bauernschaft an der Agrarreform
4. Bemerkungen zu den Agrarprogrammen einiger kommunistischer Parteien Lateinamerikas; Der Inhalt der Agrarfrage in den lateinamerikanischen Ländern. Die Lösung der Agrarfrage in Lateinamerika. Zum Bündnis zwischen Proletariat und Bauernschaft. Die Haltung der kommunistischen Parteien zu bürgerlich reformistischen Agrarreformen

Über die Herausbildung des Industriezweiges Lederwaren und seine weitere Entwicklung zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung

Dissertation A (17. 5. 1972)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Die historische Entwicklung der Lederwarenindustrie; Die Entstehung der Lederwarenindustrie und die Entwicklung ihrer Produktivkräfte bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die Lederwarenindustrie von 1900 bis 1945; Struktur, Umfang und Standorte zwischen den beiden Weltkriegen; Entwicklung der Arbeitsgegenstände und Arbeitsmittel; Marktwandelung und Absatzprobleme
2. Zu einigen Grundfragen der sozialistischen Umgestaltung und Stellung der Lederwarenindustrie in der DDR; Allgemeine Analyse der Nachkriegsentwicklung der Lederwarenindustrie der DDR bis 1964. Die Formierung des Industriezweiges Lederwaren in den Jahren 1965 bis 1970 und der Entwicklungsstand seiner Produktivkräfte; Die Gründung der VVB Lederwaren und ihre Wirksamkeit als ökonomisches Führungsorgan des Industriezweiges im Prozeß der fortschreitenden Vergesellschaftung der Arbeit; Rolle und Stellung der Werk tätigen als Hauptproduktivkraft; Entwicklung der wichtigsten Produktionsmittel. Die Einordnung der Lederwarenindustrie in die sozialistische Volkswirtschaft der DDR
3. Die Rolle der Bedürfnisse und des Gebrauchswertes; Zu einigen theoretischen und praktischen Problemen der Kategorien Bedürfnis und Bedarf, Bedürfnisse nach Lederwaren und die Beziehungen zwischen Bedürfnis und Gebrauchswert. Bedürfnis und Mode
4. Die bessere Bedürfnisbefriedigung als ständige Hauptaufgabe des Industriezweiges Lederwaren; Allgemeine Bedingungen, Kriterien und Grenzen der Bedürfnisentwicklung und -befriedigung. Strategische Hauptprobleme und Aspekte für das Zielsystem des Industriezweiges Lederwaren. Einige Konsequenzen für strategische Handlungsalternativen, die sich aus den Erfordernissen der ökonomischen Gesetze des Sozialismus ableiten

Ursula Schöne

Preis und Preistheorie in der sozialistischen Ökonomie - eine Auseinandersetzung mit nichtmarxistischen Auffassungen

Dissertation A (28. 7. 1977)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

0. Zur prinzipiellen und aktuellen Notwendigkeit der theoretischen Auseinandersetzung auf dem Gebiet der Ökonomie und zu den unmittelbaren Zielen der Arbeit
1. Kritische Darstellung der Aufgaben bürgerlicher Preistheorien der Gegenwart und Auseinandersetzung mit politökonomischen und methodischen Ausgangspunkten in den bürgerlichen Auffassungen zu Wert und Preis im Sozialismus; Inhalt und Aufgaben der bürgerlichen Preistheorie als Ausdruck imperialistischer Klasseninteressen. Theoretische Probleme des Zusammenhangs von Wert und Preis; Zu Ursachen und Wesen der gegenwärtigen bürgerlichen Beschäftigung mit wertheoretischen Problemen; Die Lösung des Preises vom Wert in den bürgerlichen Auffassungen und die marxistische Erklärung der Objektivität und Möglichkeit wertmäßiger Begründung der Preise. Wert und Preis in ihrer Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft; Bürgerliche Versuche der Erklärung wirtschaftlicher Systeme ausgehend vom Charakter der Preisbildung; Zum Zusammenhang von Preis und wirtschaftlicher Rationalität. Kritische Analyse der bürgerlichen Alternative; Der Preis als "Knappheitsanzeiger"
2. Auseinandersetzung mit bürgerlichen, revisionistischen und maoistischen Verfälschun-

gen von Theorie und Praxis sozialistischer Preisbildung; Objektive Grundlagen und Stellung des Preises in der sozialistischen Gesellschaft; Zur Charakterisierung der sozialistischen Warenproduktion; Zum Wesen des Preises in der sozialistischen Planwirtschaft; Zur Wirkungsweise des Wertgesetzes unter Berücksichtigung der sozialistischen gesellschaftlichen Zielsetzung. Theoretische Fragen des Zusammenhangs von Plan und Preis; Zur Unhaltbarkeit der bürgerlichen Gegenüberstellung von Planwirtschaft und "Marktwirtschaft"; Zu Zusammenhang und Wirkung von Plan und Preis auf den einzelnen Ebenen der sozialistischen Volkswirtschaft. Das Preissystem der DDR - zu wesentlichen Merkmalen und Tendenzen seiner Entwicklung; Zu bürgerlichen Interpretationen der Entwicklung des sozialistischen Preissystems; Zum fondsbezogenen Preistyp und seiner politökonomischen Interpretation; Zu Merkmalen und Ursachen der speziellen Verbraucherpreispolitik. Inhaltliche und methodologische Probleme der sozialistischen Preistheorie.

Renate Schwärzel

Die Entwicklung der Produktivität und Effektivität des Produktionsprozesses im VEB Berliner Glühlampenwerk in der Zeit von 1958 bis 1968

Dissertation A (16. 1. 1980)

Akademie der Wissenschaften der DDR

1. Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen des VEB BGW im Jahre 1958; Kurze Darstellung des Betriebes, dessen Aufgaben und Produktionsprofils. Vergleich ausgewählter Kennziffern der betrieblichen Entwicklung 1955 bis 1958. Plan-Ist-Vergleich 1958 einiger ausgewählter Kennziffern zur Darstellung des ökonomischen Niveaus des Betriebes
2. Charakterisierung der Zielstellung des VEB BGW für die Zeit von 1958 - 1968; Wirtschaftspolitische Aufgabenstellung des VEB BGW. Zielstellungen für die Entwicklung der lebendigen und vergegenständlichten Arbeit zur Realisierung der geplanten Aufgabenstellung. Einschätzung des geplanten Typs des betrieblichen Reproduktionsprozesses
3. Analyse und Darstellung der betrieblichen Wachstumsfaktoren der Produktivität und ihres Beitrages zur Produktivitätsentwicklung im VEB BGW 1958 - 1968; Darstellung ausgewählter Ergebniskennziffern als Voraussetzung für die Analyse der betrieblichen Entwicklung. Analyse und Darstellung der Kennziffern zur Entwicklung der lebendigen und der vergegenständlichten Arbeit
4. Der Einfluß der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung auf die Entwicklung der Produktivität und Effektivität der Produktion im VEB BGW 1958 - 1968; Die Bedeutung der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung für die Entwicklung der Produktivität und Effektivität der Produktion. Die Entwicklung der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung im VEB BGW als Teil des volkswirtschaftlichen Leitungs- und Planungsprozesses; Überblick; Die Organisationsstruktur des VEB BGW; Der Beitrag des sozialistischen Wettbewerbs zur Erhöhung der Produktivität und Effektivität des VEB BGW 1958 - 1968. Die Sicherung eines kontinuierlichen Produktionsprozesses durch die betriebliche Leitungstätigkeit - Der Einfluß der Dynamik des Produktionsprozesses auf die Produktivität und Effektivität der Produktion im VEB BGW. Die Leitungstätigkeit im VEB BGW zur Senkung der betrieblichen Fluktuation und ihre Auswirkungen auf die Produktivität und Effektivität
5. Zum Verhältnis von extensiv und intensiv erweiterter Reproduktion bei der Entwicklung von Produktivität und Effektivität des VEB BGW; Gesamteinschätzung des betrieblichen Reproduktionstyps des VEB BGW 1958 - 1968

Zu einigen Problemen der sozialökonomischen Entwicklung der Bundesrepublik Nigeria seit der Übernahme der Macht durch das Militär im Jahre 1966 unter Berücksichtigung der Rolle des Staates und seiner Wirtschaftspolitik

Dissertation A (20. 7. 1977)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Einige Probleme der Entstehung der vielfältigen sozialökonomischen Verhältnisse in Nigeria und die Entwicklung der Klassen und Schichten; Bemerkungen zu den traditionellen Oberschichten und zur Feudalaristokratie; Zur Entwicklung der nigerianischen Bourgeoisie und ihrer Rolle in der nigerianischen Gesellschaft; Die nigerianische Arbeiterklasse, ihre zahlenmäßige Stärke, Struktur und Entwicklung; Die bäuerlichen Schichten; Die Stellung und Bedeutung der Zwischenschichten in der nigerianischen Gesellschaft
2. Die Rolle des nigerianischen Staates bei der Entwicklung der nigerianischen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Nationalen Planes für Wiederaufbau und Entwicklung 1970 - 1975; Allgemeine Probleme der Herausbildung der vielfältigen Wirtschaftsformen in den afrikanischen Entwicklungsländern. Zur Rolle des Staates in den Entwicklungsländern. Die Haltung des nigerianischen Staates und seines staatlichen Sektors zur Entwicklung des Kapitalismus in Nigeria und zur Rolle des Auslandskapitals bei der Entwicklung des Landes; Erste Auseinandersetzung um die Entwicklung einer nigerianischen Wirtschaft in der Periode der "Ersten Republik" der Jahre 1960 - 1966; Das verstärkte Eingreifen des nigerianischen Staates in die Wirtschaft durch umfassendere Regulierungsmaßnahmen vor allem in den Jahren 1966 - 1970; Zu den Auseinandersetzungen innerhalb der nigerianischen Bourgeoisie um die Rolle und den Platz des Staates und des staatlichen Sektors bei der kapitalistischen Entwicklung des Landes. Zu den Konzeptionen der Militärregierungen für eine eigenständige kapitalistische Entwicklung unter Berücksichtigung der Rolle des Staates in der Wirtschaft Nigerias; Der "Zweite Nationale Entwicklungsplan" Nigerias - der Versuch der stärkeren Tätigkeit des Staates in der Wirtschaft; Die Landwirtschaft als ein Schwerpunkt der Entwicklungspolitik des nigerianischen Staates; Zur Bildung staatlicher Institutionen und Organe zur Durchsetzung der Wirtschaftspolitik. Die staatlichen Maßnahmen zur Unterstützung des privaten Sektors der nigerianischen Wirtschaft; Die Beziehungen des Staates zum einheimischen privaten Sektor; Das Verhältnis der nigerianischen Bourgeoisie zum Auslandskapital
3. Die Erdölförderung Nigerias und die Maßnahmen des Staates zur nationalen Einflußnahme auf diesen wichtigen Bereich der Wirtschaft des Landes; Zum Kampf der erdölexportierenden Staaten um die Verfügungsgewalt über das Erdöl. Die Entwicklung der nigerianischen Erdölförderung und die Einflußnahme des Staates auf diesen Bereich der Wirtschaft; Allgemeines zur Bedeutung des Erdöls für Nigerias Wirtschaft; Zur historischen Entwicklung der Erdölförderung in Nigeria; Die Veränderungen in der Erdölwirtschaft Nigerias seit Beginn der siebziger Jahre; Die Nigerianisierung im Bereich der Erdölförderung und die Bildung und die Aufgaben der nationalen Erdölgesellschaft

Herta Sörgel

Soziale Aspekte der Industrialisierung in Algerien unter besonderer Berücksichtigung des Beschäftigungsproblems

Dissertation A (23. 6. 1978)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Das Beschäftigungsproblem in Algerien; Seine gegenwärtigen Erscheinungsformen und Auswirkungen; Die demographische Situation; Gegenwärtige quantitative Ausmaße von

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Auswirkungen des Beschäftigungsproblems auf die Sozialstruktur (Pauperismus als unmittelbares Ergebnis des Mißverhältnisses zwischen demographischer und ökonomischer Entwicklung; Auswirkungen des Beschäftigungsproblems auf den Formierungsprozeß anderer Klassen und Schichten). Die Ursachen des Beschäftigungsproblems; Grundzüge der sozialökonomischen Strukturen und der Bevölkerungsreproduktion im vorkolonialen Algerien; Die Auswirkungen der kolonialen und neokolonialen Ausbeutung und Abhängigkeit auf das sozialökonomische Gleichgewicht

2. Der Prozeß grundlegender Veränderungen der sozialen Strukturen und Beziehungen im Kampf um die industrielle Entwicklung Algeriens; Die soziale Richtung der Industrialisierung in Algerien. Die algerische Industrialisierungskonzeption unter besonderer Berücksichtigung ihres Beitrages zur Lösung des Beschäftigungsproblems. Veränderungen der Sozialstruktur im Zuge der industriellen Entwicklung; Der Einfluß der Industrialisierung auf die Klassenstruktur; Der Wandel der gesellschaftlichen Rolle der Frau und damit verbundene demographische Strukturveränderungen

Hans-Jürgen Steinbach

Analyse und Kritik neuester Tendenzen in der bürgerlichen, einschließlich sozialdemokratischen Historiographie der BRD zur Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland (unter besonderer Berücksichtigung der Wechselbeziehungen von Politik und Ökonomie vor 1933)

Dissertation A (30. 7. 1976)

Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED

1. Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus und bürgerliche Historiographie der BRD - Zum Verhältnis von imperialistischer Politik und bürgerlicher Geschichtsideologie zu Beginn der siebziger Jahre; Zu aktuellen geschichtsideologischen Bedürfnissen des Imperialismus der BRD und ihrer Reflexion durch die bürgerliche Geschichtsschreibung. Zu Versuchen, die Wechselbeziehungen von Ökonomie und Politik in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus geschichtstheoretisch in antimarxistischer Zielsetzung neu zu fassen
2. Zur Modifizierung der sozialreformistischen Theorie des "organisierten Kapitalismus" als antimarxistisches bürgerliches Konzept zur Erforschung und Darstellung der Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland bis 1933; Das sozialreformistische Konzept des "organisierten Kapitalismus" und die theoretisch-methodologische Bewertung durch die bürgerliche Historiographie. Zu den historischen Bedingungen der Entstehung der Theorie des "organisierten Kapitalismus", ihrer Funktion im Klassenkampf während der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland und zur marxistisch-leninistischen Auseinandersetzung ihrer Verfälschung des Wesens des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Zur gegenwärtigen Anwendung der Theorie des "organisierten Kapitalismus" auf die Interpretation der Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus
3. Zur Analyse und Kritik des gegenwärtigen, "sozialgeschichtlich" geprägten und vorwiegend sozialreformistisch orientierten Geschichtsbildes über die Weimarer Republik der Jahre 1924 bis 1933; Zur Konzeption eines sogenannten "Strukturwandels der Industriegesellschaft". Zur Darstellung von Problemen des staatsmonopolistischen Kapitalismus im bürgerlichen Geschichtsbild über die Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus und die Zeit der Weltwirtschaftskrise. Zur historisch-politischen Bewertung der Rolle des Sozialreformismus in der Weimarer Republik



Wesen, Formen und Tendenzen der imperialistischen Integration von naturwissenschaftlich-technischer Forschung in Westeuropa

Dissertation B (1977)

Technische Universität Dresden

1. Die Ursachen und das Wesen der imperialistischen Internationalisierung und Integration der Forschung und Entwicklung im EWG-Raum; Veränderungen im Niveau der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse als Hauptursachen der imperialistischen Internationalisierung und Integration von Forschung und Entwicklung in Westeuropa - Das Wesen der imperialistischen Forschungsintegration. Wirkungen der allgemeinen Krise und ihrer Verschärfung auf die imperialistische Internationalisierung und Integration von Forschung und Entwicklung in der EWG; Die Entwicklung des Sozialismus und seine Wirkungen, Der Einfluß der sich verschärfenden imperialistischen Widersprüche, Die Ergebnisse des nationalen Befreiungskampfes und ihre Wirkungen auf die imperialistische Forschungsintegration. Charakterisierung der Ebenen der imperialistischen Forschungsintegration
2. Die objektiven Grundlagen und das Wesen einer neuen Etappe in der privatmonopolistischen Internationalisierung von Forschung und Entwicklung in der EWG - untersucht an ausgewählten Industriezweigen; Die internationale Monopolisierung von Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Kernenergietechnik in Westeuropa. Die Monopolisierung von Forschung und Entwicklung in der westeuropäischen Computerindustrie; Die Bedeutung der EDV für die Beherrschung der Produktivkräfte und die expansive Machtausübung durch das westeuropäische Monopolkapital; Die Konkurrenzpositionen westeuropäischer Konzerne der Computerindustrie gegenüber dem amerikanischen Monopolkapital; Die zunehmende internationale Monopolisierung und beginnende Integration von Forschung und Entwicklung, der Produktion und des Kapitals in der westeuropäischen Computerindustrie
3. Die Hauptrichtungen und Schwerpunkte der zwischenstaatlichen imperialistischen Forschungsintegration, ihre Ausprägung in der imperialistischen Forschungsstrategie und -politik der EWG; Die bisherigen Entwicklungsetappen und der gegenwärtige Stand der zwischenstaatlichen Integration von Forschung und Entwicklung im EWG-Raum. Charakterisierung der im "Aktionsprogramm für die Politik im wissenschaftlich-technischen Bereich" fixierten Hauptrichtungen der EWG-Forschungsintegration. Die Schwerpunkte der EWG-Forschungsintegration und Probleme ihrer Realisierung (Energiepolitik, Sozialpolitik - medizinische Forschung, wissenschaftlich-technische Information, Umweltschutz, Forschungsaktivitäten im Rahmen der "Entwicklungshilfepolitik" der EWG)
4. Überlegungen zur Perspektive der imperialistischen Forschungsintegration in Westeuropa

Horst Wernicke

Zum Bundescharakter der Städtehanse - Strukturen, Strukturelemente und Funktionen in ihrer Entwicklung (1280 - 1418)

Dissertation A (1978)

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

1. Die Charakterisierung der städtehanasischen Organisation in der Forschung - Stand und Aufgabe
2. Zu grundlegenden Strukturen, Strukturelementen und Funktionen in der Städtehanse; Die Mitgliedstadt und ihr Rat. Die gesamthansischen Tagfahrten. Die regionalhansischen Tagungen. Lübeck und die wendischen Städte. Die hansischen Niederlassungen. Die Rege-

lung finanzieller Verbindlichkeiten in der Städtehanse. Zu einigen wesentlichen nicht-ständigen Einrichtungen in der Städtehanse

3. Zu Struktur und Funktion der Mitgliedschaft in der Städtehanse; Die Mitgliedschaft. Formen der Mitgliedschaft und deren Entwicklung. Der Weg in die Städtehanse. Das Scheiden aus der Städtehanse. Der Deutsche Ritterorden - Hansischzugewandt. Zu einigen Rechten und Pflichten der Mitglieder in ihrer Entwicklung; Rechte und Pflichten aus den merkantilen, den rechtlichen und den politisch-organisatorischen Beziehungen der Städte und ihrer Bürger. Die Stadt als Mitglied der Städtehanse
4. Zu Struktur und Funktion des Bündnisses - Das Bündnissystem der Städtehanse in der Zeit von 1280 bis 1418; Die Städtehanse nur eine städtische "Interessengemeinschaft". Die bündnisrechtliche Verflechtung der Städtehanse in ihrer Entstehung und Funktion (Die Einheit der Städtehanse durch Privilegienbesitz, -erwerb und -sicherung; durch interkommunale Verträge vorbündischer Art, durch die städtisch gelenkten Landfrieden, durch die lokalen und regionalen Bünde der hansischen Städtemitglieder, durch die hansischen Tagungen und Beschlüsse, in der Durchsetzung hansestädtischer und sonstiger bündnischer Beschlüsse, in der Anerkennung ihnen gemeinsamer Zentralen durch die Bundesmitglieder, im Kampf gegen innerstädtische Oppositionsbewegungen, im Kampf um die Beilegung innerstädtischer Konflikte sowie in der Abwehr von Angriffen auf den Bestand der Städtehanse und ihrer Mitglieder). Innerbündische Strukturelemente und Strukturen in der Städtehanse; Die Drittelung bzw. Quartierbildung - unbündische Struktur, Die Regionalbünde in ihrem Verhältnis zur städtehanseischen Gesamtheit (Der wendische Regionalbund, Die märkische Städtegruppe, Der pommersche Regionalbund, Die preussische Regionalvereinigung, Die livländische Regionalvereinigung, Der niedersächsische Regionalbund, Die süderseeische Regionalvereinigung, Der westfälische Regionalbund). Das Bündnissystem der Städtehanse in seiner Entwicklung und Funktion
5. Zu Charakter, Funktion und Struktur der Städtehanse 1280 - 1418

## Autorenverzeichnis

- Ballwanz, Ilona, Dr. phil., wissenschaftlicher Assistent, Sektion Geschichte, Wilhelm-Pieck-Universität Rostock.
- Behm, Erika, wissenschaftlich-technische Assistentin, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Fischer, Hagen, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Handke, Horst, Dr. rer. oec. habil., Abteilungsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Heitz, Gerhard, Prof. Dr. sc. phil., Direktor der Sektion Geschichte, Wilhelm-Pieck-Universität Rostock.
- Jeleček, Leoš, RNDr., ČSc., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für tschechoslowakische und allgemeine Geschichte, Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften, Prag.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Lehmann, Karin, Dr. sc. rer. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Mauter, Horst, Dr. phil., Abteilungsleiter für Geschichte, Märkisches Museum Berlin.
- Münch, Ernst, wissenschaftlicher Aspirant, Sektion Geschichte, Wilhelm-Pieck-Universität Rostock.
- Njammach, Marlene, Dr. sc. phil., wissenschaftlicher Oberassistent, Bereich Südasiens, Sektion Asienwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Nussbaum, Manfred, Dr. rer. oec. habil., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Osipova, T. V., Dr. der historischen Wissenschaften, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Sektor Große Sozialistische Oktoberrevolution, Institut für Geschichte der UdSSR, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau.

Roesler, Jörg, Dr. sc. rer. oec., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Schumacher, Reinhard, Dipl. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Schwärzel, Renate, Dr. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Tomaszewski, Jerzy, Prof. Dr. habil., Prodekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät, Institut für politische Wissenschaften der Universität Warschau.

Zumpe, Lotte, Dr. rer. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

- Илона Баллванц, Крестьянство и социальные слои деревни при капитализме
- Карин Леманн, Дотации, предоставленные государством акционерному обществу "Vulkan-Werke" в Гамбурге и Стеттине с 1925 по 1927 год.
- О критике государственно-монополистической политики субсидий
- Хорст Маутер, К вопросу экономической экспансии берлинской буржуазии в Румынии и Испании до 1871 года
- Эрнст Мюнх, Крестьянство и крестьянские слои в период расцвета феодализма
- Райнхард Шумахер, О проблемах развития позднеантичных фракийских и мезийских городов
- Йорг Рёслер, Некоторые характерные черты восстановительного периода в Венгрии и ГДР
- Манфред Нуссбаум, Государственно-монополистический капитализм сегодня
- Леоп Елечек, Новое собрание сочинений по экономической истории в Чехословакии
- Хорст Хандке, "Теория социального преобразования" – составная часть буржуазной социальной и экономической историографии
- Юрген Кучинский, Конкретное исследование будней в период позднего феодализма
- Герхард Хайтц, Крестьянские движения на картах
- Марлене Няммаш, Публикации о материальной культуре Древней Индии в буржуазной историографии
- Т. В. Осипова, Аграрный вопрос в России в 1917 году. Историографические проблемы семидесятых годов
- Четвертая международная научная конференция по истории фабрик и заводов /с 10 по 12 декабря 1979 года в Москве/
- Ренате Шверцель, Влияние роста нормы текучести на повышение производительности труда и эффективности производства на народном предприятии "Berliner Glühlampenwerk" с 1958 по 1968 год
- Эрика Бем/Юрген Кучинский, Отражение рабочего движения в правительственной прессе перед началом Первой мировой войны. Преимущественно количественный анализ / Соединенное Королевство Великобритании и Ирландии/
- Лотте Цумпе, Евгений Варга – учёный и революционер /9-ого ноября 1979 года в Лейпциге/
- Ерки Томашевский, Международные предприятия и Центральная Европа с 1919 по 1939 год /с 20-ого по 22-ого сентября 1979 года в Норидже/
- Хаген Фишер, Историческое значение организации деревенских общин /28-ого февраля 1979 года в Берлине/
- Хаген Фишер, Библиография к экономической и социальной истории древности /дополнение/
- Работы высших школ по экономической истории /Ренате Гюнтер/



- Information on the grant of the René-Kuczynski-Prize 1979
- Ilona Ballwanz, Peasantry and social strata of the village in capitalism
- Karin Lehmann, State money for the Vulcan-Werke in Hamburg und Stettin A. G. 1925 to 1927. On the discussion on state-monopolistic policy of subventions
- Horst Mauter, On the economic expansion of the Berlin bourgeoisie in Rumania and Spain before 1871
- Ernst Münch, Peasantry and rural strata during fully developed feudalism
- Reinhard Schumacher, On problems of development of the lateantique towns of Thrace and Lower-Moesia
- Jörg Roesler, Some characteristic features of the period of reconstruction in Hungary and the GDR
- Manfred Nussbaum, State-monopolistic capitalism today
- Leoš Jeleček, A new collective work on economic history in Czechoslovakia
- Horst Handke, The "theory of social change" - part of bourgeois social and economic history
- Jürgen Kuczynski, A concrete study of every day life during late-feudalism
- Gerhard Heitz, Peasants movement on maps
- Marlene Njammasch, Publications by bourgeois historians on the material culture of ancient India
- T. V. Osipova, The agrarian question in Russia in 1917. Historial problems of the seventies
- 4 th international scientific conference on works history (Dec. 10 th to Dec. 12 th 1979 in Moscow)
- Renate Schwärzel, The influence of the development of the rate of fluctuation on the increase of labour productivity and the efficiency of production at the VEB Berliner Glühlampenwerk from 1958 to 1968
- Erika Behm/Jürgen Kuczynski, The reflection of the working class movement by the government press before world war I. A particularly quantitative analysis (United Kingdom of Great Britain and Ireland)
- Lotte Zumppe, Eugen Varga - scientist and revolutionary (November 9 th at Leipzig)
- Jerzy Tomaszewski, International enterprises and central Europe 1919 to 1939 (Sept. 20 th to Sept. 22 nd 1979 at Norwich)
- Hagen Fischer, The historical meaning of the village-community-organisation (February 28 th 1979 in Berlin)
- Hagen Fischer, Bibliography on the economic and social history of antiquity. (Supplement)
- University publications on economic history (Renate Günther)

## Information sur la distribution du Prix René Kuczynski 1979

- Ilona Ballwanz, La classe paysanne et les couches sociales du village au capitalisme
- Karin Lehmann, Deniers publics pour les "Vulcan-Werke A. G." à Hambourg et à Stettin de 1925 à 1927. Sur les discussions de la politique de subvention monopoliste d'Etat
- Horst Mauter, Sur l'expansion économique de la bourgeoisie berlinoise en Roumanie et en Espagne avant 1871
- Ernst Münch, La classe paysanne et les couches paysannes au féodalisme pleinement développé
- Reinhard Schumacher, Sur les problèmes de développement des cités antiques en Thrace et en Basse-Mésie
- Jörg Roesler, Quelques aspects caractéristiques de la période de reconstruction en Hongrie et en R. D. A.
- Manfred Nussbaum, Le capitalisme monopoliste d'Etat de nos jours
- Leoš Jeleček, Un nouveau compendium sur l'histoire de l'économie en Tchécoslovaquie
- Horst Handke, La "théorie du changement social" - partie intégrante de l'historiographie sociale et économique bourgeoise
- Jürgen Kuczynski, Une étude concrète de la vie quotidienne au féodalisme tardif
- Gerhard Heitz, Mouvements paysans en cartes
- Marlene Njammasch, Publications sur la culture matérielle en Inde ancienne dans l'historiographie bourgeoise
- T. V. Osipova, La question agraire en Russie de l'année 1917. Problèmes historiographiques des années soixante-dix
- 4<sup>e</sup> Conférence scientifique internationale sur l'histoire des fabriques et des usines (du 10 au 12 décembre 1979 à Moscou)
- Renate Schwärzel, L'influence du développement du taux de fluctuation sur l'augmentation de la productivité du travail et l'efficacité de la production à l'usine "V. E. B. Berliner Glühlampenwerk" de 1958 à 1968
- Erika Behm/Jürgen Kuczynski, La réflexion du mouvement ouvrier dans la presse officielle avant la Première Guerre mondiale. Une analyse avant tout quantitative. (Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande)
- Lotte Zumppe, Eugen Varga - savant et révolutionnaire (9 novembre 1979 à Leipzig)
- Jerzy Tomaszewski, Entreprises internationales et Europe centrale de 1919 à 1939 (du 20 au 22 septembre 1979 à Norwich)
- Hagen Fischer, L'importance historique de l'organisation de la commune rurale (28 février 1979 à Berlin)
- Hagen Fischer, Bibliographie sur l'histoire économique et sociale de l'antiquité (supplément)
- Traité universitaire sur l'histoire économique (Renate Günther)

- Informe sobre la atribución del premio René Kuczynski en 1979
- Ilona Ballwanz, El campesinado y capas sociales de la aldea en el capitalismo
- Karin Lehmann, Fondos públicos para las empresas de "Volcán" en Hamburgo y Stettin S. A. Desde 1925 hasta 1927. Acerca de controversias refiriéndose a la política de subvención monopolista-estatal
- Horst Mauter, Acerca de la expansión económica de la burguesía berlinés en Rumania y España antes de 1871
- Ernst Münch, El campesinado y capas campesinas en el feudalismo enteramente desarrollado
- Reinhard Schumacher, Acerca de problemas de desarrollo de las ciudades antiguas tardías de Tracia y Mesia baja
- Jörg Roesler, Unos rasgos característicos del período del restablecimiento en Hungría y en la R. D. A. (Horst Barthel, Las condiciones económicas de origen de la R. D. A.)
- Manfred Nussbaum, El capitalismo monopolio-estatal en la actualidad (S. I. Tjulpanov/V. L. Scheinis, Problemas actuales de la Economía política del capitalismo de nuestros días)
- Leos Jeleček, Una colectánea nueva acerca de la historia económica en Checoslovaquia (Hospodárské dějiny. Economic History, tomos 1 y 2)
- Horst Handke, La "teoría de la transformación social" - componente de la historiografía burguesa sobre historia económica y social (Günter Wiswede/Thomas Kutsch, Transformación social)
- Jürgen Kuczynski, Un estudio concreto del día de trabajo en el feudalismo tardío (Karl S. Kramer/Ulrich Wilkens, Vida popular en un distrito de un cortijo de Holstein)
- Gerhard Heitz, Levantamientos de campesinos representados por mapas (Karlheinz Blaschke Acontecimientos de la Guerra Campesina de 1525)
- Marlene Njammasch, Publicaciones acerca de la cultura material de la India vieja en la historiografía burguesa (Wilhelm Geiger, Obras pequeñas acerca de la ciencia sobre la India y del budismo; Heinrich Zimmer, La vida de la India vieja. Wilhelm Rau, Metales e instrumentos metálicos en la India de las Vedas; Hermann Goetz, Studies in the History, Religion and Art of classical and Mediaeval India; Willibald Kirfel, La cultura de los Indios)
- T. V. Osipova, La cuestión agraria en Rusia en el año de 1917. Problemas historiográficos de los años de la setenta
- Renate Schwärzel, La influencia del desarrollo de la tasa de fluctuación en el aumento de la productividad del trabajo y la eficacia de la producción en la empresa nacionalizada de bombillas en Berlín desde 1958 hasta 1968
- Cuarta conferencia internacional científica acerca de la historia de fábricas y empresas (desde el 10 hasta el 12 de diciembre de 1979 en Moscú)
- Erika Behm/Jürgen Kuczynski, La reflexión del movimiento obrero dentro de la prensa gubernamental antes de la Primera Guerra Mundial. Un análisis especialmente cuantitativo (el Reino Unido de Gran Bretaña e Irlanda)
- Lotte Zumpe, Eugen Varga - científico y revolucionario (el 9 de noviembre de 1979 en Leipzig)
- Jerzy Tomaszewski, Empresas internacionales y Europa central desde 1919 hasta 1939 (el 20 hasta el 22 de septiembre de 1979 en Norwich)
- Hagen Fischer, El sentido histórico de la organización de la comunidad aldeana (el 28 de febrero de 1979 en Berlín)
- Hagen Fischer, Bibliografía acerca de la historia económica y social de la antigüedad (suplemento)
- Tratados universitarios acerca de la historia económica (Renate Günther)

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Jörg Roesler

Werkzeugmaschinenbau und sozialistische Industrialisierung

Arnold Voigt

Zum Verhältnis von Feudalismus und Kapitalismus in Lateinamerika - das Beispiel der Großgrundbesitzverhältnisse in der Landwirtschaft Chiles

Judit Balász

Die Rolle des Staates bei der Entstehung und Vertiefung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in der Türkei. Eine kritische Würdigung des Kemalismus vornehmlich unter ökonomischen Aspekten

N. F. Bugaj

Die Revolutionskomitees und die Sozialpolitik des Sowjetstaates in den Jahren 1918 bis 1921

Ingrid Parpart

Jahrbuch-Forum: "Faschismus - Ökonomie - soziale Basis"

Sándor Pál

Besonderheiten der ungarischen Agrarentwicklung in neuerer Zeit  
(Die ungarische Landwirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert)

Elfriede Rehbein

Die Bedeutung der Eisenbahnen für die Industrielle Revolution (Peter Beyer, Leipzig und die Anfänge des deutschen Eisenbahnbaus)

Rudolf Berthold

Eine Informationsquelle der agrarhistorischen Grundlagenforschung  
(Wirtschaftliche und soziale Strukturen im säkulären Wandel)

Klaus Vetter

Zur Wirtschaftspolitik Preußens im 18. Jahrhundert (Ingrid Mittenzwei, Preußen nach dem Siebenjährigen Krieg)

István Orosz

Forschungsgebiete und Aufgaben der Agrargeschichtsschreibung in Ungarn

Reinhold Zilch

Die Memoranden Karl Helfferichs vom 28. und 29. August 1914 über die finanzielle Unterdrückung und Ausplünderung Belgiens

Karlheinz Kuba

SAG-Betriebe - Schulen des Sozialismus (15. Januar 1980 in Berlin)

Elzbieta Kaczyńska / Daniel Grinberg

Mensch - Arbeit - Umwelt (17. bis 20. September in Katowice)

Ilona Ballwanz

Der Bauer als historische Kategorie (12. bis 14. September 1979 in Weimar)

Wolfgang Mühlfriedel

SAG-Betriebe - Schulen des Sozialismus

Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik (15. Fortsetzung) (Renate Günther)

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR, 17. Lieferung



# GESAMTINHALTSVERZEICHNIS

## 1960 BIS 1979

---

Nach dem Erscheinen des 20. Jahrgangs des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte gibt die Redaktion 1980 ein Inhaltsverzeichnis für die Jahre 1960 bis 1979 heraus.

In das Inhaltsverzeichnis wurden die Beiträge aller bisher erschienenen Jahrgänge (1960 bis 1979) einschließlich der Sonderbände sowie ein Autorenregister aufgenommen.

Mit dem Gesamtinhaltsverzeichnis 1960 bis 1979 wendet sich die Redaktion an alle Abonnenten, an alle anderen Interessenten für Wirtschaftsgeschichte und ihrer Grenzbereiche sowie an Institutionen für Information und Dokumentation.

Es ist gegliedert in folgende zeitliche und inhaltliche Abschnitte:

Theorie und Methodik  
Mehrere Zeitabschnitte umfassend  
Bis 500  
500 bis 1789  
1789 bis 1917  
1917 bis zur Gegenwart  
    Sozialistische Staaten  
    Kapitalistische Staaten  
    Entwicklungsländer  
Betriebsgeschichte  
Bibliographie und Quellen-  
nachweise  
Berichte

---

## BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich:

### JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE Gesamtinhaltsverzeichnis 1960 – 1979

1980. 137 Seiten — 9,— M  
BESTELL-NR. 753 821 1 (2103/80/J)

---

(DATUM)

(UNTERSCHRIFT)

---

(GENAUE ANSCHRIFT)



*Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten*

AKADEMIE-VERLAG DDR-1080 Berlin, Leipziger Straße 3—4